C 21734 E



Beilage: Grüne Ostpolitik

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 13, Nr. 241, 19. 12. 83

4 DM
Förderpr. DM 6

Lieber Leser! Liebe Leserin! Der nächste Arbeiterkampf erscheint in vier Wochen!

Gewerkschaften vor dem Durchbruch?



Eine der vermutlich härtesten Tarifauseinandersetzungen seit Gründung der Bundesrepublik hat begonnen: Der Kampf um die 35-Stunden-Woche.

In selten so offen gezeigter Einmütigkeit demonstrieren Kapitalisten und Regierende in diesem Land ihre harte, unbeugsame (?) Ablehnung dieser Forderung. Sie steigere die Lohnkosten, verteuere die Produkte und vermindere die Exportchancen, sagen die einen — sie gefährde den „Aufschwung", verKohlen die anderen.

Wochen-Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Freizeit-Bedingungen der Noch-Arbeitenden — diese durchaus eingängige Gewerkschaftsargumentation verspricht Massenzustimmung.

Aber: Weder ist der Bruch mit der marktwirtschaftlichen Logik an der Gewerkschaftsbasis und bei der Bevölkerung vollzogen, noch haben es die Gewerkschaften bislang ausreichend geleistet, die Basis, die einen solchen harten Kampf zur Durchsetzung der Forderung bestehen soll, ausreichend vorzubereiten und zu mobilisieren. Nicht vergessen sind insbesondere in der IG Metall die unverdauten Niederlagen in der Stahl- und Werftenindustrie und bei ARBED Saarstahl.

Hinzu kommt: Relevante Gewerkschaften im DGB stellen sich in offener Frontbildung gegen die 35-Stunden-Woche und paktieren stattdessen mit der Bundesregierung für eine neue „Vorruhestandsregelung".

Zum Stand der gewerkschaftlichen Diskussion und Vorbereitung siehe die

Seiten 3 bis 6

Volkszählungs-Urteil

Wenn alle zufrieden sind ist einer der Angeschmierte

Gerade noch rechtzeitig zum Fest der Liebe kam die frohe Botschaft aus Karlsruhe, im Stil der Zeit ganz ‚unsentimental', wie die „Frankfurter Rundschau" kommentiert. Das Verfassungsgericht entschied: Volkszählung ja, aber nicht so. Es konstatierte ein „informationelles Recht auf Selbstbestimmung", das allerdings nicht absolut sei, sondern durch Gemeinschaftsinteressen einschränkbar. Die Einschränkung müsse allerdings zweckbestimmt und verhältnismäßig sein. Von daher sei die Volkszählung in der bisher geplanten Form verfassungswidrig, insbesondere in der Koppelung von Datenerhebungen zu Zwecken der Statistik mit denen zu Zwecken des Verwaltungsvollzugs (Melderegisterabgleich). Grundsätzlich jedoch sei eine Volkszählung, auch als Totalerfassung, erlaubt — nur „zweckbestimmt" muß sie halt sein, versteht sich.

Das Echo geht ans Gemüt: „Wir sind hochzufrieden", jubeln die Rechtsanwältinnen Maja Stadler-Euler und Gisela Wild. Als „sensationell weitgehend" begrüßen Rechtsanwalt Sebastian Cobler und Rechtsinformatiker Wilhelm Steinmüller die Entscheidung. Datenschützer reden von *„einer der wichtigsten Entscheidungen eines deutschen Gerichts"*. Bundesdatenschutzbeauftragter Reinhold Baumann prognostiziert „weitreichende Folgen für zukünftige datenschutzbezogene Entscheidungen." Die Landes-Beauftragte von Baden-Württemberg, Ruth Leutze, sieht einen „Markstein des Persönlichkeitsschutzes" Der Informatiker und FDP-Mann Brunnstein, Hamburg, und der innenpolitische Sprecher der FDP, B. Hirsch, „begrüßen" mit dem neuen Begriff der „informationellen Selbstbestimmung" nunmehr ein „Grundrecht auf Datenschutz" und eine „vierte Gewalt" (gemeint ist wohl eine fünfte, da die vierte ja bereits durch die Presse besetzt ist). Im Namen der SPD-Fraktionskonferenz begrüßt auch J. Vogel die Entscheidung. Sie entspreche in „doppelter Hinsicht den Vorstellungen seiner Partei: In der Notwendigkeit einer Volkszählung für die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben und in der Berücksichtigung des Grundrechts auf Schutz des Einzelnen". „Eindeutig bestätigt", sieht sich im selben Sinne auch Hamburgs Innensenator A. Pawelczyk, der ja sowieso schon immer dagegen war. Bestätigt sieht sich auch das Zimmermann-geleitete Bundesinnenministerium „in seiner Auffassung, daß Volkszählungen im Interesse des Volk notwendig seien". So auch Egon Hölder, Präsident des statistischen Bundesamtes, der findet, mit dem Urteil habe man nun eine Grundlage, *„daß der, der die Volkszählung jetzt bekämpft, nicht auf dem Boden dieser Rechtsordnung steht"*.

Kurz: Für jede/n ist etwas dabei. Alle sind zufrieden. Und so spricht denn wohl der bekannte Friedensengel H. Lummer, Innensenator in Westberlin, nur aus, was alle im Herzen tragen, wenn auch er das Urteil begrüßt, und zwar besonders wegen seines „friedensstiftenden Charakters", der zu „respektieren und zu akzeptieren" sei.

Soviel versöhnlicher Stimmung scheint denn auch die „taz" nicht widerstehen zu können und flugs ist offenbar auch für sie der Tag gekommen, mit der westdeutschen Justiz endlich Frieden zu schließen, nachdem sie das Bundesverfassungsgericht bei seiner Einstweiligen Verfügung gegen die Volkszählung im Sommer noch als „Spielverderber" verdächtigt hatte. Nichts mehr davon! Jetzt ist von einer „Schlappe für Zimmermann" und einer „Ohrfeige" für die SPD die Rede und daß eine neue Zählung „zumindest im nächsten Jahr nicht möglich" sei, kurz: „Volkszählung ade"! Da sind selbst die liberalen Kommentatoren von der „Süddeutschen Zeitung" kritischer, wenn sie schreiben: *„Damit hat Karlsruhe der seit Jahren im EDV-Bereich wütenden ‚normativen Kraft des Faktischen' eine juristische Grenze gesetzt. Umgekehrt ist damit natürlich nicht erreicht, daß die faktische Kraft des Normativen, die Wirkung richterliche Gebote auf die Wirklichkeit also, quasi sofort den Datenschutz sichert."*

Nur unsere Jüngsten im Bundestag, die Grünen, konnten es diesmal nicht lassen, selbst angesichts eines so voll beladenen Gabentischs noch mit den Füßen aufzustampfen: Auch sie „begrüßen" das Urteil, stellen aber fest, daß Gesetze angesichts der technischen Entwicklung nicht ausreichen, und außerdem mache der maschinenlesbare Ausweis als Schlüssel zum Überwachungsstaat die vom Verfassungsgericht anerkannte informationelle Selbstbestimmung zur Farce.

Mittelamerika

Das Äußerste tun um das Schlimmste zu verhindern!

Der Aufmarsch der US-Truppen zum Umsturz der revolutionären Regierung in Nicaragua und zur Niederwerfung der Gueerilla in El Salvador ist abgeschlossen. Die USA scheinen nur noch auf eine günstige Gelegenheit zu warten, um Nicaragua oder El Salvador zu überfallen und vom verdeckten zum offenen Krieg überzugehen. Die konterrevolutionäre Drehscheibe Honduras ist überladen mit Waffen, Söldnern der alten Somoza-Truppen und US-Militäreinheiten. Die Gesprächsebene der internationalen Diplomatie ist von den USA fast gänzlich aufgekündigt, die Verweigerung der Einreise des Regierungsmitgliedes und Revolutionsführers Borge ist ein jüngstes Indiz für diese Entwicklung. Und nicht zuletzt die Invasion auf Grenada war eine Demonstration der Bereitschaft der US-Regierung, bei der Aufrechterhaltung ihrer imperialen Machtansprüche in Mittelamerika selbst zur Waffe zu greifen.

Viele Menschen haben sich in den vergangenen Monaten Gedanken gemacht, wie sie den Kampf der Völker in Mittelamerika um ihre Eigenständigkeit und gegen die drohende Intervention durch den US-Imperialismus unterstützen können. Aus den USA reisten Mitte des vergangenen Sommers eine Gruppe „Witness for Peace" in die Aufmarschgebiete der konterrevolutionären Banden, in die Grenzregion zwischen Nicaragua und Honduras. Ihre Mahnwachen dort waren begleitet von einer breiten Publizität in den USA selbst.

Seit Anfang November wurde in Europa und den USA begonnen, einerseits eine Kampagne unter dem Motto „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika: Arbeitsbrigaden nach Nicaragua!" aufzubauen, und zum anderen bemüht sich eine Gruppe von Menschen mit der Initiative „Frieden für Nicaragua" Öffentlichkeit und Solidarität zu mobilisieren.

Fortsetzung auf Seite 2

1984 — im Orwell-Jahr gegen maschinenlesbare Personalkarte

1984, das Jahr des Orwell'schen »Großen Bruders«, steht vor der Tür. Manche meinen, dies Jahr sollte übersprungen werden. Manche meinen, mensch sollte sich nicht von der Magie bloßer Zahlen beindrucken lassen: Die Entwicklung zum Überwachungsstaat Orwell'scher Prägung habe eh schon begonnen und werde auch ohne Orwell-Gedenk-Rituale weiter stattfinden. Manche, so die Bundesregierung, sehen sich Orwells Utopie des totalen Überwachungsstaates aber offenbar auch im Sinne einer „self full-filling prophecy" verpflichtet. Mit der Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte am 1.11.84 glauben sie das richtige Mittel gefunden zu haben. Dagegen formiert sich der Widerstand.

Siehe hierzu die Seiten 7 und 8

Fortsetzung von vorheriger Seite

Das Äußerste tun um ...

Innerhalb kürzester Zeit erklärten sich Hunderte bereit, das Volk Nicaraguas in seinem eigenen Land zu unterstützen. Ein Mehrfaches an Arbeitsbrigaden hätte aufgestellt und nach Nicaragua entsandt werden können. Ein beredtes Beispiel dafür, daß der Kampf in Mittelamerika Symbol und Teil **unseres** Kampfes in dieser Vorkriegszeit ist.

„Menschenwall" und Arbeitsbrigaden

Die Kampagne „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika: Arbeitsbrigaden nach Nicaragua" gewann zuerst Konturen. Auf einem Treffen von Solidaritäts-Komitees für Nicaragua Ende November wurde ein Aufruf beschlossen (siehe nebenan) und in den zwei, drei Wochen darauf stellten sich ca. 150 Menschen aus der BRD zu Arbeitsbrigaden auf, die sich gegenwärtig auf der Reise nach Nicaragua befinden. Kürzlich abgefahren sind Techniker- und Medizinerbrigaden.

Im Rahmen der Vorbereitungen und Diskussionen wurde von verschiedenen Seiten zu einiger Verwirrung um Ziel und Zweck dieser Brigaden beigetragen. Im ersten Schritt wurde eher vom eigenen Wunschdenken, wie man die Brigaden gern aufgezogen hätte, ausgegangen. Die Stoßrichtung eines Teils der Initiatoren spiegelt sich in der „taz"-Meldung vom 18.11. wider: *„Die Brigaden (werden) voraussichtlich an der nördlichen Grenzregion zu Honduras stationiert werden. Sie werden vor allem die politische Funktion haben, auf unbewaffnete Weise die Revolution zu schützen".* Nicaragua hat bisher jedoch nur in Ausnahmefällen einen Einsatz ausländischer Besucher in den gefährdeten Grenzregionen zugelassen. Und es ist von der Regierung Nicaraguas zugesichert worden, daß die Arbeitsbrigaden zur Kaffeernte im weniger gefährdeten Inneren des Landes eingesetzt werden.

gelassen. Und es ist von der Regierung Nicaraguas zugesichert worden, daß die Arbeitsbrigaden zur Kaffeernte im weniger gefährdeten Inneren des Landes eingesetzt werden.

Während die nächsten Schritte der Kampagne um die Arbeitsbrigaden gegangen wurden, schälte sich mehr und mehr der eigentliche Sinn und Zweck heraus. Aus einigen Ländern Europas (Spanien, Niederlande, Frankreich, BRD) und den USA sollten rund 500 Menschen für zwei Monate nach Nicaragua fahren, um dort als Brigaden bei der Kaffeernte eingesetzt zu werden. Von einem ökonomischen Nutzen dieser Brigaden ist dabei nicht auszugehen, etwa in der Weise, daß durch ihre Anwesenheit und Mitarbeit wesentlich Kräfte für die Verteidigung des Landes freigesetzt würden. Mit der Akklimatisierung und der Gewöhnung an die landwirtschaftliche Handarbeit werden die metroplitanischen Brigaden vollauf genug zu tun haben. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den Brigaden haben denn auch eher eine symbolische Funktion, indem sie in den Metropolen und in Nicaragua selbst einen handfesten Beweis für die internationale Solidarität mit dem Kampf des nicaraguanischen Volkes liefern. So wäre es politisch richtiger, man benannte die Brigaden „Solidaritätsbrigaden" und nicht Arbeitsbrigaden.

Von Beginn an war auch für jeden Teilnehmer klar, daß der Aufenthalt in Nicaragua nicht ungefährlich sein würde. Wenn die Regierung Nicaraguas auch alles erdenkliche tun wird, für die Sicherheit der Brigaden zu sorgen, Nicaragua ist jedoch ein Land im Kriegszustand. Sicherlich sieht die Regierung Nicaraguas der Ankunft der Arbeitsbrigaden mit gemischten Gefühlen entgegen, ist dies doch eine Art Experiment, von dem die Beteiligten noch nicht wissen, wie es ausgehen wird. Von daher hat sich die Regierung auch vorbehalten, über eine weitere „Rotation" für das kommende Jahr nach Ende der ersten zwei Monate zu entscheiden.

Zum anderen hat sich die Regierung Nicaraguas von jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin bestätigen lassen, daß sie im Bewußtsein der eigenen Verantwortung anreisen und nicht die Unterstützung einer fremden Regierung in Anspruch nehmen werden, falls es zu irgendwelchen „unüberschaubaren" Situationen kommen sollte. Im Hintergrund für diese Maßnahme steht sicherlich die Furcht, daß die politische Einstellung und Erfahrung der Freiwilligen niemand kennt. Und so kann sich auch niemand sicher sein, wie die Arbeitsbrigadisten reagieren — im Ernstfalle. Zumal die US-Regierung den vermeintlichen Schutz „ihrer Bürger" schon öfter zum Vorwand für Interventionen genommen hat.

Das Wesentliche an dieser Kampagne ist sicherlich die Schaffung von Öffentlichkeit während und nach dem Aufenthalt in Nicaragua. Zum anderen ist bisher im wesentlichen die Fahrt der Brigadisten finanziert worden, teils aus eigener Tasche, teils durch die Unterstützung aus Freundeskreisen und Komitees. Aber wenn sich diese Kampagne nicht allein auf die moralische Solidarität reduzieren will, wäre es wünschenswert, gleichzeitig im verstärkten Maß für die Aufbau- und Abwehrarbeit in Nicaragua zu sammeln. Materielle Unterstützung fanden die Brigaden bereits bei den Grünen im Bundestag, die 30.000 DM zur Finanzierung dieses Projektes zur Verfügung stellten.

... und El Salvador nicht vergessen

Aus dem Kreis derjenigen, die sich die Unterstützung des Kampfes der Guerilla in El Salvador zur Aufgabe gestellt haben, wurde verschiedentlich die Befürchtung geäußert, daß durch die Kampagne um die Arbeitsbrigaden die Solidaritätsarbeit in ihrem Bereich leiden würde. Heftige Debatten gab es auf dem Treffen der Nicaragua-Komitees u. a. um die Parole der Kampagne. Neben anderen lautete ein Vorschlag für das Motto der Kampagne: „Waffen für El Salvador — Brigaden für Nicaragua". Abgelehnt wurde diese Verquickung zum einen aus bündnispolitischen Erwägungen. Denn eine Kampagne unter diesem Motto würde weite Teile der sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und christlichen Szene von einer Unterstützung ausgrenzen. Zum anderen wurde die Ablehnung damit begründet, daß es aus diplomatischen Gründen für die nicaraguanische Regierung besser sei, die Kampagne frei zu halten von offensiver Unterstützung der Guerilla in El Salvador. Nun denn, es wird eines der Geheimnisse bleiben, darum es diese „Unvereinbarkeit" gibt — wo doch klar ist, daß das Volk Nicaraguas seine Revolution bewaffnet erkämpfte, und sie heute und in der Zukunft bewaffnet verteidigt wird. Mag sein, daß es für viele Menschen etwas anderes ist, wenn sich ein Volk als souveräner Staat nach einem Volkskrieg **bewaffnet** verteidigt — oder ob eine Guerilla — wie etwa in El Salvador, erst im Stadium ist, die gesellschaftliche Macht **bewaffnet** zu erringen. In der Praxis hat sich jedoch schon gezeigt, daß Sozialdemokraten erklärt haben, die Kampagne „Waffen für El Salvador" könnten sie nicht, die Kampagne „Arbeitsbrigaden ..." hingegen doch unterstützen.

Denjenigen, die sich nicht zwischen einer der beiden Kampagnen-Richtungen entscheiden müssen, stünde es gut an, ihrerseits eine Spendenkampagne anzuzetteln, mit der z e n t r a l für die Kämpfe der Völker in Mittelamerika gesammelt wird.



Initiative „Frieden für Nicaragua"

Ausgangspunkt dieser Initiative ist u. a. ein Interview mit dem Erziehungsminister Nicaraguas, Carlos Tünnermann Bernheim, in der „Zeit" vom 18.11.83 gewesen. Angesichts der militärischen Eskalation sieht Tünnermann *„den Augenblick gekommen, um historisch neue Formen der Solidarität und der Verteidigung zu entwickeln: etwa in der Art eines weltweiten Marsches nach Managua, eines großen Stroms von Jugendlichen und Erwachsenen, die den Weltfrieden herbeisehnen und begriffen haben, daß dieser Frieden in Mittelamerika gefährdet ist"* (1). Nun entwickelte diese Initiative das Konzept eines weltweiten Friedensmarsches weiter und machte weitere Vorschläge, *„daß*

fen haben, daß dieser Frieden in Mittelamerika gefährdet ist" (1). Nun entwickelte diese Initiative das Konzept eines weltweiten Friedensmarsches weiter und machte weitere Vorschläge, *„daß*

(...) eine internationale Bewegung ‚Frieden für Nicaragua' entsteht: eine friedliche Initiative, die die Bemühungen Nicaraguas zur Verhinderung der drohenden Invasion unterstützen will. (...) Von Managua und anderen Ankunftsorten aus könnte sich die Bewegung verzweigen: An die Grenzen, um dort in grenznahen Dörfern Friedenscamps und Mahnwachen zu errichten, aber auch in das Landesinnere und in wichtige Küstenregionen (...) sowohl symbolische Aktionen durchführen als auch in der Gemeinde- und Landes-Entwicklung mitzuwirken ..." (1). Seit Anfang Dezember sammelt diese Initiative Unterschriften unter einen Aufruf, der sich vornehmlich an Prominente aus Politik und Kultur richtet, in dem diese aufgefordert werden, sowohl materielle Unterstützung zu leisten als auch persönlich an Aktionen in Nicaragua selbst teilzunehmen.

Parallel dazu veröffentlichte das Komitee für Grundrechte einen Aufruf unter der Überschrift „Nicaragua braucht jetzt Solidarität!", der seinerseits die Arbeitsbrigaden unterstützt.

In diesem Aufruf heißt es u. a.: *„Wir, die Unterzeichner dieses Briefes, werden demnächst für eine begrenzte Zeit nach Nicaragua fliegen, uns dort sachkundig machen und uns aktiv — unseren Möglichkeiten entsprechend — in die westdeutschen Arbeitsbrigaden integrieren. ... Es sollte in den nächsten Monaten eine lückenlose Kette von wichtigen Besuchern entstehen, die eine Zeit lang in Nicaragua bleiben ... Wir hoffen, daß viele Prominente unserem Aufruf folgen: Reisen Sie mit nach Nicaragua! Wir sprechen diese Einladung ausdrücklich in Übereinstimmung mit der nicaraguanischen Regierung aus."*

Bisher unterzeichneten schon eine Reihe von Persönlichkeiten die beiden Aufrufe. Die „Initiative ..." und deren Stoßrichtung wurden von den Grünen auf ihrem Parteitag in Duisburg Mitte November unterstützt, die eine ähnlich lautende Resolution verabschiedeten: *„Wir wollen einen Wall aus unbewaffneten Menschen innerhalb der Grenzen Nicaraguas zwischen das Volk von Nicaragua und diejenigen stellen, die diesem Volk das freie Recht auf eigene Entwicklung, auf Frieden, auf Leben nehmen wollen"* (Pressemitteilung der Grünen vom 28.11.83). Bislang zeichnet sich ab, daß vom Projekt des „Menschenwalls" abgerückt wird und die Initiative sich mehr auf die Entsendung von Prominenten konzentriert — eine Entscheidung, die politisch nur zu begrüßen ist. Wenn es schon um einen Menschen„wall" und dessen Errichtung geht, dann sollte er hier, im Herzen des Imperialismus errichtet werden — und hier kann er auch praktisch, und nicht nur symbolisch den Kampf der Völker in Mittelamerika unterstützen. Einen Menschen„wall" zwischen Nicaragua und Honduras errichten zu wollen mit der ehrlichen Absicht, eine Contra-Invasion abzuwenden, kann nur als töricht und selbstmörderisch

zen. Einen Menschen„wall" zwischen Nicaragua und Honduras errichten zu wollen mit der ehrlichen Absicht, eine Contra-Invasion abzuwenden, kann nur als töricht und selbstmörderisch

bezeichnet werden: Der tägliche Terror der Contrabanden zeigt, daß diese Söldner keinerlei moralische Skrupel besitzen, sie gehorchen nur dem Diktat der Waffen.

Imperialismus-Kommission

(1) Initiative für eine Kampagne „Frieden für Nicaragua" Berlin, 23. Nov. 1983; unterzeichnet von (u.a.): M. Liebel; J. Zimmer; R. Zimmer; M. Kappeler

Gegen die US-Intervention in Zentralamerika:

Gegen die US-Intervention in Zentralamerika:

Arbeitsbrigaden nach Nicaragua!

Nie wieder Krieg! Millionenfach haben wir in den letzten Wochen mit Demonstrationen, Blockaden und anderen Aktionen gegen Aufrüstung und Krieg protestiert.

Nie wieder Krieg — und doch ist Krieg in Zentralamerika. In Grenada sind drei Tage nach den größten Friedensdemonstrationen die US-Truppen einmarschiert. In Nicaragua versuchen seit langem schon die ehemaligen Nationalgardisten Somozas, bezahlt und befehligt von der CIA, durch Terroraktionen gegen die Zivilbevölkerung und gezielte Wirtschaftssabotage die Revolution zu destabilisieren. An den Grenzen Nicaraguas konzentrieren sich außerdem Tausende von honduranischen Soldaten und Elite-Truppen der US-Armee, an den Grenzen zu El Salvador stehen die Armeen von Honduras und Guatemala zum Einmarsch bereit, um einen möglichen Sieg der Befreiungsfront FMLN blutig niederzuschlagen. Das alles macht uns deutlich: die sandinistische Regierung Nicaraguas und die Befreiungsbewegung in El Salvador stellen die Vormacht der USA in ihrem „Hinterhof" Zentralamerika in Frage, denn sie treten für die Selbstbestimmung und soziale Veränderung zugunsten ihrer Völker ein, die sich gegen unerträgliche Ausbeutung und Unterdrückung erhoben haben.

Unser Kampf gegen die Kriegspolitik der US-Regierung in Zentralamerika und unser Kampf gegen die atomare Abrüstung und Kriegsvorbereitung in Europa sind Teil einer einzigen Sache. Denn hier wie dort geht es darum, daß mit militärischer Drohung und Gewalt die Vormacht der USA aufrechterhalten werden soll.

Zur Unterstützung und zum Schutz Nicaraguas rufen wir dazu auf, Arbeitsbrigaden zu bilden und nach Nicaragua zu entsenden. Diese Arbeitsbrigaden sollen dabei mithelfen, die gefährdete Kaffee- und Baumwollernte einzubringen. Darüberhinaus sollen Brigaden von Technikern in der Landwirtschaft, im Gesundheitswesen und im Energiesektor bei Aufbauprojekten helfen. Durch unsere Anwesenheit in Nicaragua wollen wir demonstrieren, daß Nicaragua seinen Weg des Aufbaus einer neuen Gesellschaft nur im Frieden gehen kann. Und wir machen deutlich, daß jeder Angriff auf Nicaragua auch ein Angriff auf die weltweite Friedensbewegung wäre. Wenn die USA offen in Nicaragua intervenieren, müssen sie wissen, daß sie auch auf Deutsche, US-Amerikaner, Italiener, Franzosen, Engländer, auf Menschen aus der ganzen Welt schießen werden.

Auch wenn wir nicht persönlich in El Salvador anwesend sein können, so richten wir uns mit unseren Arbeitsbrigaden gegen jegliche Intervention in El Salvador und ganz Zentralamerika.

Die Entsendung von Arbeitsbrigaden ist ein Schritt der konkreten Hilfe, der konkreten internationalen Solidarität für das wirtschaftlich und militärisch bedrohte Nicaragua, der aber nur dann politisch wirksam wird, wenn er eine breite Unterstützung bei uns bekommt und weitere Initiativen zur Folge hat. Diese Initiativen müssen konkrete Aktionen gegen diejenigen Kräfte einschließen, die von hier aus die Kriegspolitik in Zentralamerika mitbetreiben oder tolerieren und die von der täglichen Ausbeutung und Unterdrückung in Zentralamerika profitieren.

Verschiedene Personen, Gruppen und Organisationen können ganz unterschiedliche Beiträge leisten:
— mit dem eigenen persönlichen Einsatz, im vollen Bewußtsein des Risikos, das sie dadurch auf sich nehmen;
— mit der politischen und moralischen Unterstützung der Teilnehmer in der Öffentlichkeit unseres Landes;
— mit der materiellen Unterstützung durch Geldspenden, Patenschaften für die Brigadisten etc.

Laßt uns der eskalierten Aggression gegen die Völker Zentralamerikas eine neue, eine konkrete Solidarität entgegensetzen: Durch unseren persönlichen Arbeitseinsatz in Nicaragua — durch eine breite politische Unterstützungskampagne und durch direkte Aktionen in unserem Land!

Dieser Aufruf wurde von den in West-Berlin versammelten Nicaragua-Komitees und an einer Teilnahme an den Arbeitsbrigaden Interessierten am 26./27. November verabschiedet. Auf der Basis dieser Erklärung werden die gegenwärtig nach Nicaragua abreisenden Arbeitsbrigaden organisiert und ist das offizielle Motto, unter dem die Kampagne zur Unterstützung dieser Brigaden läuft. Zur materiellen Unterstützung dieser Kampagne und für Sofortmaßnahmen in Nicaragua ist das folgende Konto beim Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal eingerichtet worden:

Konto 976 738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00.

Weitere Informationen über:
Informationsbüro Nicaragua
Katernberger Schulweg 123
5600 Wuppertal 1

Berichtigung

Leider wurden bei dem Artikel: „Zivilbanden bei der Springerblockade" im AK 240 in einem Satz gleich zwei Schreibfehler gemacht. Im ersten Abschnitt heißt es: „Die Polizeidirektion Mitte soll bereits seit Februar 1982 bestehen...". Richtig muß es heißen: „**Der Zug bei der Polizeidirektion soll bereits seit Februar 1981 bestehen...**" Durch die falsche Jahreszahl wurde nicht verständlich, wieso die Bildung dieses Zuges mit der SPD-Parteitagsdemo vom 2.2.1981 in Verbindung gebracht wird.

E. Antirepressions-Kommission, HH

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Tel: Redaktion/Verlag: 040/435320, Aboverwaltung: 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abopreis jährlich DM 60.-, halbjährlich DM 33.- (als Förderabo jährlich DM 100.-, halnjährlich DM 50.-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank, BLZ 20080000, Kt. 481068500.
Einzelpreis DM 4.-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. In diese Ausgabe ist eine Beilage des Arbeiterkampf und der Politischen Berichte eingelegt.

Nach den Gewerkschaftstagen:

Die Auseindersetzung um die 35-Stunden-Woche hat begonnen

Mit den ersten Tarifverhandlungen im Bereich der IG Metall (Mitte Dezember) ist der Startschuß für eine Auseinandersetzung eröffnet, die von Gewerkschaftskreisen als der ,,Jahrhundert-Kampf'' apostrophiert wird, dessen Dimension der neue IG Druck-Vorsitzende Ferlemann so beschrieb: ,,Entweder wir schaffen die 35-Stunden-Woche oder wir sind für die nächsten zehn Jahre von der politischen Bühne abgemeldet.''

Nach der ‚Wende' in Bonn jetzt auch eine ‚Wende der Gewerkschaftspolitik'? Die in der Öffentlichkeit angelaufenen Debatte um die Arbeitszeitverkürzung und die vehementen Angriffe auf die IG Metall seitens der Kapitalisten, der Bundesregierung und von Teilen des DGB legen diese Vermutung nahe.

Allerdings sollte man nicht übersehen, daß die Gewerkschaften, voran die IG Metall, bisland mehr verbal denn durch aktive Basismobilisierung in diese ,,Jahrhundert-Auseinandersetzung''stolpern, daß die Vorbereitungen auf die Durchsetzung ihrer Forderung kaum angelaufen sind, daß ein rechter Teil der DGB-Gewerkschaften offen gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung opponiert und die IG Metall zwar kräftig tönt, aber gerade erst eine Reihe gewerkschaftspolitischer Niederlagen in der Stahl- und Werftenindustrie sowie bei Arbed Saarstahl hinter sich hat.

Es stellt sich daher die Frage, wie weit das Bemühen um gewerkschaftliche Gegenmacht ernst und realistisch ist, oder ob eine absehbare Niederlage im Kampf um die Arbeitszeitverkürzung die hochgesteckten Erwartungen und die Hoffnungen auf eine klassenkämpferische Wende der Gewerkschaftsbewegung enttäuschen wird.



So etwas ist bislang noch eine Ausnahme: Gemeinsame Protestaktionen der IGM, IG Druck, HBV und GHK in Köln.

Von der Mit-Regierung zur Opposition

Nicht zu unrecht wird der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche ein so hoher Stellenwert eingeräumt.

Erstmals wieder seit 18 Jahren findet ein bedeutsamer Tarifkampf statt, der die Gewerkschaften in veränderter gesellschaftspolitischer Rolle findet. Was unter Adenauer begann, wurde in den Jahren der ‚Großen Koalition' 1966 - 69 und der nachfolgenden sozialliberalen Koalition stetig fortentwickelt: Die Einbeziehung des DGB und seiner Einzelverbände in das politische System des Regierens. Die Gewerkschaften als kalkulierbare, vollintegrierte Institution in diesem System haben wesentlich zu dessen Stabilität insbesondere in wirtschaftlichen Krisenlagen beigetragen. Höhepunkt dieser Integration war die Mitte der siebziger Jahre eingerichtete ,,Konzertierte Aktion'' aus Regierung, Unternehmern, Gewerkschaften und Interessenverbänden. Die in dieser Phase der Politik betriebene (und institutionalisierte) ‚Sozialpartnerschaft' hat das Bild und die Bewußtseinslage ihrer Mitglieder entscheidend und nachhaltig geprägt. Den Höhepunkt solcherart Einflusses hatten die Gewerkschaften als quasi Mitregierung auf dem Gipfel der SPD-‚Reformpolitik'.

Mit dem Niedergang dieser Politik als Folge der zunehmend krisenhaften Entwicklung begann dieses Modell bereits in der Endphase der sozialliberalen Koalition zu bröckeln. Mit der Bonner ‚Wende' ist ein Bruch eingetreten. Für die Gewerkschaften wird schmerzlich spürbar, daß ihre mitbestimmende Rolle ausgespielt ist; daß der Preis der Integration in dieses System nicht mehr in gleicher Weise mit Gegenleistungen in Form freiwilliger Zugeständnisse aushandelter Kompromisse bis hin zu Aufstiegschancen in Regierungsetagen vergolten wird. Mit der neuen Rolle und realen Machtbeteiligungs-Verlusten kommt man in den DGB-Führungskreisen derzeit noch nicht zurecht.

Während rechte DGB-Kreise ganz unverhohlen auf Zusammenarbeit mit jeder Regierung, ob Strauß, Kohl oder Schmidt setzen, versuchen die ,,Linken'' parallel zur Wandlung der SPD in der Opposition ihre Rolle neu zu bestimmen. Daher das Einschwenken auf die Friedensbewegung. Falsch wäre es, neue und klassenkämpferische Töne aus diesen DGB-Kreisen mit dem Suchen nach ‚Gegenmacht' als Alternative zur ‚Sozialpartnerschaft' zu verwechseln. Die Beschlüsse etwa der IG Metall zur Wirtschaftspolitik oder auch zur Friedenspolitik greifen nicht die Grundlagen dieses Systems an. Selbst der gegen Vorstandswiderstand angenommene Passus nach ,,*Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum*'' erinnert nur an alte Satzungspassagen, die seit Neugründung der BRD-Gewerkschaften bestehen. Auch die ,,*Vergesellschaftung der*
marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum'' erinnert nur an alte Satzungspassagen, die seit Neugründung der BRD-Gewerkschaften bestehen. Auch die ,,*Vergesellschaftung der*
Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik'' (1) hört sich zwar auf dem Papier tendenziell systemüberwindend an, prägt aber in keiner Weise die Politik der IGM in diesem Bereich. In der Friedenspolitik bewegen sich die Gewerkschaftsbeschlüsse neben allgemeinen und ausgewogenen Friedensappellen im Rahmen des auch von der SPD vertretenen ‚konditionierten NEIN' zur Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen, aber eben auch im Rahmen ‚unserer' Einbeziehung in das NATO-Bündnis. Darüberhinausgehend ist eigentlich nur die Rede des ausgeschiedenen IG Druck-Vorsitzenden Mahlein zu erwähnen, die aber mehr von seinem Abschied, denn von neuer politischer Orientierung der Gewerkschaft gekennzeichnet war (2).

Spaltung im DGB an der Arbeitszeitfrage

Vor diesem Hintergrund ist Euphorie in der Beurteilung der abgelaufenen Gewerkschaftstage, insbesondere der IGM, die immer eine wichtige Rolle für die Ausprägung bundesdeutscher Gewerkschaftspolitik gespielt hat, unangebracht. Zweifelsohne gewinnt aber die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche eine zentrale Bedeutung für die kommenden Jahre gewerkschaftlicher Politik, da hier auch die Frage mitentscheidend wird, ob sich die rechten Kräfte im DGB stärker durchsetzen oder ob die Strömungen als Sieger daraus hervorgehen, die wie in der IGM und der IG Druck die Basismobilisierung zu einem Bestandteil ihrer Politik machen wollen und ihren reform-orientierten Kurs ohne aktive Gewerkschaftsbasis zur Durchsetzung von Forderungen nicht halten können; die damit auch — wie auf den abgelaufenen Gewerkschaftstagen sichtbar geworden — empfindlich für Druck von unten sind.

Der vordergründige Streit im DGB um die Frage der Form der Arbeitszeitverkürzung (Wochenarbeitszeit kontra
worden — empfindlich für Druck von unten sind.

Der vordergründige Streit im DGB um die Frage der Form der Arbeitszeitverkürzung (Wochenarbeitszeit kontra
Lebensarbeitszeit) ist kein Produkt jüngster Auseinandersetzungen, sondern läuft schon seit einigen Jahren. Er spielte auch auf dem letzten DGB-Kongreß im Mai 1982 eine Rolle. Dort wurde zwar beiden Formen eine gewichtige Rolle zuerkannt, es wurde aber auch beschlossen: ,,*Durch ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen soll eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stundenwoche durchgesetzt werden*'' (3). Von diesem gemeinsam abgestimmten Vorgehen ist allerdings nichts sichtbar. Im Gegenteil ist es zu einer tiefen Spaltung zwischen rechtem und ‚linkem' Flügel im DGB gekommen, eine denkbar ungünstige Voraussetzung, einen gewerkschaftlichen ,,Jahrhundertkampf'' siegreich zu bestehen.

Von den 17 DGB-Einzelgewerkschaften haben allein die IGM, die IG Druck und die GHK mit konkreten Vorbereitungen zur Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung begonnen. Doch auch hier muß festgestellt werden: Spät und ohne erkennbares Konzept, wie bei der vorhersehbaren Ablehnung durch die Kapitalisten mit der Mobilisierung begonnen werden soll. Die IGM hat zwar ihre Tarifverhandlungstermine ab Mitte Dezember festgelegt, befindet sich aber in der Basisarbeit noch in der Phase der Auswertung einer Mitgliederbefragung, die ganz offensichtlich der erste breitenwirksame Versuch der Verankerung der 35-Stundenwochen-Forderung bei der eigenen Basis ist. Auch unterstützende Mobilisierungsmöglichkeiten außerhalb der Gewerkschaften (Modelle à la ,,Grüne Raupe'' oder ,,Anachronistischer Zug'' sowie Unterstützerkreise — ,,Künstler für die 35-Stundenwoche'' u.ä.) sind ebenfalls noch im Vorbereitungsstadium. Dies deutet darauf hin, daß dem Schnellschuß Verhandlungsbeginn zunächst einmal monatelange, zähe Verhandlungen folgen werden, in denen man dann offensichtlich ausprobieren will, wie die Mobilisierungsbereitschaft ist.

Außer den beiden genannten Gewerkschaften fordern die 35-Stundenwoche: die HBV, GHK (Holz und Kunststoff), DPG (Postgewerkschaft) sowie für den Gang der Ent-
Außer den beiden genannten Gewerkschaften fordern die 35-Stundenwoche: die HBV, GHK (Holz und Kunststoff), DPG (Postgewerkschaft) sowie für den Gang der Ent-
wicklung zunächst einmal unbedeutend: Die GEW, Gewerkschaft Leder und die GGLF (Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten).

Die wichtige Gewerkschaft ÖTV hat sich zwar ebenfalls positiv hierzu erklärt und der IGM Unterstützung zugesagt, plant selber aber erst für April 1984 eine Arbeitszeitkonferenz, auf der über die Umsetzbarkeit der Forderung diskutiert werden soll.

Demgegenüber steht eine ‚Ablehnungsfront' aus IG Chemie, IG Bergbau, NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten), IG BSE (Bau, Steine, Erden) und der GTB (Textil/Bekleidung), die offen mit der derzeitigen Bundesregierung zu paktieren bemüht ist, um die ‚Vorruhestandsregelung' als Alternative zur Wochenarbeitszeitverkürzung zu propagieren. Sie findet Unterstützung bei den Arbeitgeberverbänden.

Von ,,gemeinsamer Front'' ist nach Lage der Dinge nichts zu sehen und eine solche Entwicklung ist auch nicht zu erwarten.

Die Entwicklung in der Metallindustrie

Kräftige Verbalradikalismen von IGM-Führern sind auch deswegen mit Vorsicht zu genießen, weil die IG Metall als Gewerkschaft in den entscheidenden Auseinandersetzungen der letzten Monate um den Erhalt von Arbeitsplätzen nur Niederlagen hat einstecken müssen.

Da war die Serie von Niederlagen und Hilflosigkeit gegenüber der Rationalisierungsentwicklung in der Stahlindustrie. Die IG Metall hat auf diese Entwicklungen immer gleich reagiert: Ausgehend von ihrer Einsicht, ,,*daß Überkapazitäten im Stahlbereich abgebaut werden müssen*'' (IGM-Stahlexperte Judith), hat sie Entlassungsplänen immer dann zugestimmt, wenn damit das Verprechen auf die Sicherung und den Erhalt der verbleibenden Arbeitsplätze verbunden war. Im Vertrauen auf kapitalistische Krisenregulierungsvorschläge wurde nicht Gegenwehr entwickelt, sondern an der ‚sozialen Abfederung' von Entlassungen mitgewirkt, Hoffnungen in staatliche Subventionspolitik gesteckt und auf eigenes Handeln verzichtet. Weder konnte dabei die Entlassungswelle aufgehalten werden, noch hat man der IGM diese Nachgiebigkeit gedankt. Im Fall Arbed-Saarstahl haben Unternehmen und Regierung bedenkenlos die Nachgiebigkeit der IG Metall genutzt, um nicht nur weiter zu entlassen, sondern auch einen tiefen Schnitt in bisher erreichte gewerkschaftliche Erfolge bei der sozialen Absicherung durchzusetzen.

Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklug der Werftenindustrie. Selbst die verzweifelten Selbsthilfeaktionen von Belegschaften (Betriebsbesetzun-
Ähnlich verhält es sich mit der Entwicklug der Werftenindustrie. Selbst die verzweifelten Selbsthilfeaktionen von Belegschaften (Betriebsbesetzun-
gen HDW Hamburg und AG Weser Bremen) sind nicht als gewerkschaftliche Gegenstrategie gegen Massenentlassungen zu werten, sondern sind ausschließlich das gewesen, was z.B. die HDW-Belegschaftsvertreter immer wieder betonten: ,,Notwehr'', und das in einer Situation, wo es für die Rettung der Arbeitsplätze fast zu spät war. Daß dies von der IGM Spitze nicht ernsthaft in die Debatte um gewerkschaftliche Widerstandsstrategien aufgenommen wurde, zeigte der IGM-Gewerkschaftstag deutlich. Eine Diskussion und Auswertung der aktuellsten und wichtigsten Arbeitskämpfe der letzten Zeit wurde abgeblockt.

Demgegenüber verhärten Kapitalisten und Bundesregierung die Front gegen die Gewerkschaften. Gemeinsam stehen sie gegen die 35-Stundenwochen-Forderung (Kohl: Eine ,,dumme'' Forderung), unterstützen die Spaltungslinie im DGB (Blüm's Vorruhestandsregelungsgesetz), drohen den Gewerkschaften mit einem Verbändegesetz (Lambsdorff gegenüber der IG Druck — (4)) und ziehen rigoros ihren Kurs der Kaputtsanierung von Branchen und Betrieben in der Stahl- und Werftindustrie durch, wobei sie der hilflos agierenden mächtigsten Gewerkschaft, der IG Metall, erpresserisch die Pistole auf die Brust setzen und sie geradezu demütigen (ARBED-Saarstahl, siehe auch die Artikel hierzu).

Angesichts dieser Entwicklung sind Zweifel mehr als angebracht, ob sich diese IG Metall nicht übernimmt mit ihrer großsprecherischen Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde und die Mitgliedschaft in eine verheerende Niederlage hineinschlittern läßt, da kaum zu erwarten ist, daß der Widerstand von Unternehmern und Regierung gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung weniger hart sein dürfte, als in den oben beschriebenen Konflikten.

In welcher Situation die Gewerkschaften in der Bundesrepublik sich befinden, dämmert mehr und mehr auch den Gewerkschaftsführern. Es mutet fast schon wie ein Treppenwitz an, wenn IGM-Vorstandsmitglieder sich auf dem Gewerkschaftstag hinstellen, die Inaktivität der Basis beklagen und diese zum Kämpfen auffordern, nachdem sie jahrelang eine andere Politik betrieben und gepredigt haben und selbständige Basisaktivitäten gefürchtet haben wie der Teufel das Weihwasser.

So hart wie die IGM-Führer zur 35-Stundenwoche auftreten, sind sie in der konkreten Vorbereitung allerdings auch wieder nicht, schaut man sich ihre Haltung zum Lohnausgleich und zur zu erwartenden Leistungsverdichtung in den Betrieben an.

Einkalkulierter Lohnverzicht?

Einkalkulierter Lohnverzicht?

Es gehört zum gewerkschaftlichen Selbstverständnis, die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich zu fordern. Doch was sich auf dem Papier gut liest, sieht in der Realität ganz anders aus. Zum einen haben die gewerkschaftlichen Lohntarifverhandlungen der letzten Jahre den Reallohn nicht halten können:

1980:	**- 0,3%**
1981:	**- 1,4%**
1982:	**- 2,2%**
1983:	**- 1.0%**
1984:	**- 0,5% (geschätzt)**

Zum anderen wird deutlich erklärt: ,,*Die IGM weiß, daß es die 35-Stundenwoche nicht zum Nulltarif gibt. Was für die Wochenarbeitszeitverkürzung beansprucht wird, steht für Lohnerhöhungen nichtmehr zur Verfügung*''(5).

Entsprechend hat der IGM-Vorstand seinen regionalen Tarifkommissionen für die Tarifverhandlungen die Forderungshöhe von 3 bis 3,5% für 1984 empfohlen.

Angesichts der Härte, die die Kapitalisten bei der Ablehnung der 35-Stundenwoche zeigen, ist zweifelhaft, ob dieses Lohnzugeständnis der Verbesserung der Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung dienen kann.

Rationalisierungsschutz zweitrangig?

Schon vor dem Gewerkschaftstag waren in der IGM-Presse merkwürdige Rechenkunststücke aufgetaucht, die an der Ernsthaftigkeit der 35-Stundenwochen-Forderung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zweifeln lie-

ßen. So setzte die IGM dem Kapitalistenargument, die 35-Stundenwoche bedeute letztlich eine Lohnerhöhung von 18 Prozent, folgendes entgegen: *„Diese Rechnung ist falsch. 50 Prozent der Arbeitszeitverkürzung werden durch die zusätzliche Produktivitätssteigerung aufgefangen, verursachen also keine Lohnkostenbelastung. Die effektive Kostenbelastung beträgt lediglich gut sechs Prozent der Lohn- und Gehaltssumme und wird durch Neueinstellungen verursacht"* (Metall, 26.8.83).

Richard Heller, Betriebsratsvorsitzender von Opel Rüsselsheim, bekannt als linker Gewerkschafter, griff in einem Redebeitrag auf dem Gewerkschaftstag eben diese Argumentationslinie an: *„Laut sagen unsere Leute schon, mit 50 Prozent Rationalisierungseffekt durch die Einführung der 35-Stundenwoche finden wir uns ab. Wo sind wir denn eigentlich, wenn wir im Vorfeld der Auseinandersetzung öffentlich von unseren Vertretern sagen lassen, wir finden uns mit 50 Prozent Leistungsverdichtung ab. Das ist das Gegenteil von Strategie und Taktik. ... Wenn das Taktik ist, daß wir den Arbeitgebern erst die 35 Stundenwoche abringen wollen, und dann in Nachverhandlungen Definitionen der Arbeitsbedingungen durchsetzen sollen, dann graust es mir vor dieser Auseinandersetzung"* (Nachrichten, 11/83).

Zu dieser Frage wurde von Stuttgarter und Frankfurter Delegierten ein von 148 (von insgesamt 551) Delegierten unterzeichneter Ergänzungsantrag eingebracht, um den es eine heftige Auseinandersetzung gab. In dem Antrag hieß es: *„Die 35 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich, um Arbeitsplätze zu schaffen, sowie gestiegene Belastungen auszugleichen. Wo die tarifrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, sollten die Tarifkommissionen deshalb die Forderung nach der 35--Stundenwoche verbinden mit der tariflichen Regelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen. Die so realisierte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit verbessert auch die Voraussetzungen der Arbeitnehmer, ihr persönliches Leben zu gestalten und am kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen".*

Mayr und Jantzen (zuständig im IGM-Vorstand für Tarifpolitik) vertraten in der Diskussion dann den Standpunkt, daß die Arbeitszeitverkürzung schon eine solch gewaltige Aufgabe sei, daß man sie nicht mit anderen Forderungen *„überfrachten"* solle. Der Gewerkschaftstag solle es, so forderte Mayr, bei der Vorstandsempfehlung 35 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, Überstundenbeschränkung und Ausgleich durch Freizeit belassen. Schließlich solle der Verhandlungsspielraum der Tarifkommission nicht unnötig eingeengt werden.

Beschämend war nun, wie sich der ehemalige Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler in dieser Debatte verhielt. Kurz vorher war er noch mit 494 Stimmen (Mayr erhielt nur 440) zum 2. Vorsit-

Beschämend war nun, wie sich der ehemalige Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler in dieser Debatte verhielt. Kurz vorher war er noch mit 494 Stimmen (Mayr erhielt nur 440) zum 2. Vorsit-
zenden der IGM gewählt worden. Anstatt nun dieses Stimmengewicht auszunutzen und seine Stuttgarter Kollegen/innen zu unterstützen, kuschte er und verhielt sich in der Debatte passiv. Als er dann in der Diskussion darauf angesprochen wurde, erklärte er den Delegierten, es sei ja bekannt, daß er dazu eine ganz bestimmte Auffassung habe — nur: *„Ihr solltet wissen, daß es niemanden geben wird, der zwischen Hans Mayr und mir einen Keil treibt oder auch nur ein Stückchen Papier"* (FAZ, 17.10.83).

Die Stuttgarter konnten sich mit ihrem Ergänzungsantrag schließlich nicht durchsetzen. Er wurde als Material angenommen, was den IGM Vorstand zu nichts weiter verpflichtet, als dies Material „zu den Akten" zu nehmen.

Die Niederlage auf dem Gewerkschaftstag hat die Stuttgarter jedoch nicht veranlaßt, von ihrer Forderung Abstand zu nehmen. Am 24.11. beschloß die Große Tarifkommission der IGM Baden-Württemberg neben der Forderung nach 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich, die Forderung nach Senkung der Überstunden sowie die Forderung nach Betriebsvereinbarungen über die Arbeitsbedingungen. Damit gehen sie deutlich über den vom IGM Vorstand abgesteckten Rahmen hinaus. Es ist aber kaum zu erwarten, daß ein einzelner Bezirk allein diese Forderungen auch realisieren kann.



Ähnliche Schwierigkeiten bei der IG Druck

Ähnliche Schwierigkeiten bei der IG Druck

Im Gegensatz zur IGM hat die IG Druck und Papier ihre Forderungen zur 35-Stundenwoche schon vor ihrem Gewerkschaftstag dem Kapitalistenverband übermittelt. Im einzelnen fordert die Drupa:

1. 35 Stunden (von der formal die Lohnfrage nicht betroffen ist, da die Drupa in der Druckindustrie tarifliche Wochenlöhne im Lohnabkommen hat — keine Stundenlöhne).
2. Bindende Vereinbarungen mitbestimmungspflichtiger Stellenpläne.
3. Generelles Widerspruchsrecht des Betriebsrates gegen Entlassungen.
4. Verbote bzw. Schutzbestimmungen bezüglich der Erfassung, Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten sowie Mitbestimmungsrecht über Arbeitserfassungsbögen.
5. Kündigung des bisherigen Rationalisierungsabkommens, das zukünftig im MTV (Manteltarifvertrag) geregelt sein soll. Gefordert wird vor allem: Recht auf Ablehnung neuer Technologien, wenn die Auswirkungen nicht geklärt sind sowie ein Unterlassungsanspruch des Betriebsrates hinsichtlich personeller und/oder wirtschaftlicher Maßnahmen bei Betriebsänderungen, sofern nicht das Verfahren nach §§ 111/112 BVG (Sozialplan, Interessenausgleich) abgeschlossen ist (Druck und Papier, 17.10.83).

Wie auch bei der IG Metall gab es Streit über die Gewichtung und Absicherung der Forderung nach 35 Stunden. Die Position des Drupa-Vorstandes sieht folgendermaßen aus: *„Die Kontrolle der Leistungsbedingungen ist ein wichtiger Flankenschutz jeder Arbeitszeitverkürzung und ihrer*

cherung der Forderung nach 35 Stunden. Die Position des Drupa-Vorstandes sieht folgendermaßen aus: „Die Kontrolle der Leistungsbedingungen ist ein wichtiger Flankenschutz jeder Arbeitszeitverkürzung und ihrer
späteren betrieblichen Umsetzung. Es wäre jedoch falsch, daraus zu schließen, daß die Arbeitszeitverkürzung nur unter der Voraussetzung derartiger Kontrollrechte sinnvoll ist. Die 35--Stundenwoche hat ihre eigenständige Bedeutung".

In der Auseinandersetzung um diese Frage auf dem Gewerkschaftstag, tat sich der linke Hensche (jetzt einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden) unrühmlich hervor. Mit seiner Äußerung, daß **jede** Arbeitszeitverkürzung in welcher Dimension auch immer etwas bringt, stellte er sich gegen verschiedene Anträge, die ausdrücklich einen vollen Personalausgleich forderten (Bezirk Hannover) bzw. *„eine stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche"* ablehnten (Landesbezirk Nordmark).

Hensche argumentierte, daß die Frage der Stufen und der Geschwindigkeit, mit der die 35-Stundenwoche eingeführt werden soll, nicht mit Resolutionen und Beschlüssen des Gewerkschaftstages festgelegt werden dürfe. Er plädierte gegen die Annahme des Antrages gegen die stufenweise Einführung. In einer Kampfabstimmung folgten 137 Delegierte dieser Empfehlung, 124 stimmten dagegen. Auch der Antrag nach vollem Personalausgleich wurde nur als „Material" an die Tarifkommission verabschiedet.

U. + H.
Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Beschäftigungswirkungen der Wochenarbeitszeitverkürzung

Anzahl der abhängig Beschäftigten	Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 40 Stunden auf	Rechnerischer (Brutto-) Beschäftigungseffekt[1]	Tatsächlicher (Netto-) Beschäftigungseffekt Variante I[2]	Variante II[3]
19395000[4]	39	497000	249000	331000
19892000[5]	38	523000	262000	348000
20415000[5]	37	552000	276000	368000
20967000[5]	36	582000	291000	388000
21549000[5]	35	616000	308000	410000
22165000[5]	35	2770000	1386000	1845000

[1] Der rechnerische Beschäftigungseffekt ergibt sich aus folgender Formel: ausgefallene Arbeitszeit x abhängig Beschäftigte / Arbeitszeit je Erwerbstätiger nach der Verkürzung = Mehrbedarf an Arbeitskräften
[2] Die Arbeitszeitverkürzung wird zu 50% durch zusätzliche Produktivität aufgefangen.
[3] Die Arbeitszeitverkürzung wird zu 33,3% (ein Drittel) durch zusätzliche Produktivität aufgefangen.
[4] 1983 gibt es nach der WSI-Prognose ca. 22085 Millionen abhängig Beschäftigte. Davon werden zirka 12% Teilzeitbeschäftigte abgezogen, die weniger als 36 Stunden die Woche arbeiten und für die die Wochenarbeitszeitverkürzung vermutlich nicht unmittelbar voll wirksam wird.
[5] Die rechnerische Mehrbeschäftigung der vorherigen Arbeitszeitverkürzung wird zu der Zahl der abhängig Beschäftigten hinzuaddiert. Falls hier die tatsächliche Mehrbeschäftigung hinzuaddiert würde, wäre bei einer Arbeitszeitverkürzung in mehreren Stufen die Summe niedriger als bei einer einstufigen Arbeitszeitverkürzung. Die Differenz ist jedoch gering.

Quelle: „Mehr Zeit fürs Leben — 35 Stunden sind genug", hrsg. von der IG Druck und Papier.

Anmerkungen

1 Entschließung 7, „Wirtschaftspolitik" (Gewerkschafter 12/83)
2 Mahlein sprach davon, daß die Gewerkschaften stärker über politische Widerstandsmaßnahmen sprechen müßte, da mit parlamentarischen Mehrheiten für gewerkschaftliche Forderungen auf längere Zeit nicht gerechnet werden könne. *„Für Volks- und Regierungsparteien mag der Staat Oberbegriff sein, für die Gewerkschaften ist es die Gesellschaft; der Staat ist dabei nur die formale Hülle und deshalb eben nicht der dominierende Begriff. Als gewerkschaftliches Selbstverständnis schält sich insoweit die außerparlamentarische Opposition heraus".* Offensichtlich mit Blick auf die IG-Chemie u.a. fragte Mahlein dann, ob sozialpartnerschaftliches Verhalten, ein Sozialpakt aller gesellschaftlichen Gruppen, oder eine unkritische Zusammenarbeit mit der „Rechtskoalition" die richtige gewerkschaftliche Antwort ist, um in absehbarer Zukunft die Abwärtsbewegung im Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung aufhalten oder wieder verbessern zu können.
Schließlich kritisierte Mahlein auch den DGB, dem er unzureichende Koordination in der Tarifpolitik vorwarf. Bei den vergangenen Tarifrunden sei die gesamtgewerkschaftliche tarifliche Anlage falsch gewesen. Die kämpferischen Möglichkeiten seien nur teilweise und die tatsächlich vorhandene Kraft sei nur unzulänglich eingesetzt worden (Druck und Papier, 17.10.83).
3 Entschließung „Tarifpolitik", Quelle 6/82
4 Lambsdorffs Drohung mit dem Verbändegesetz hat nach dem ÖTV-Streik 1973 eine Rolle in der öffentlichen Diskussion gespielt. Gemeint ist damit, die Gewerkschaften in ihren Rechten zu knebeln und *„Verbände und Vereinigungen"*, soweit sie *„bei ihrer Tätigkeit in den Bereich wesentlicher öffentlicher Interessen hineinwirken"*, darauf zu verpflichten, *„zugleich das Wohl der Allgemeinheit zu beachten"* (so der Vorschlag einer CDU-Grundsatzkommission für eine Grundgesetzänderung).
5 Grundsatzrede des neuen IGM-Vorsitzenden Hans Mayr (Gewerkschafter 11/83).

Generalstreik-Debatte auf den Gewerkschaftstagen

Ein Schwerpunkt der Gewerkschaftstage war die Friedensdiskussion. Heiß wurden die Köpfe bei der Diskussion über die geeigneten gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen.

Auf den Gewerkschaftstagen von GEW, DPG und IG Druck wurde beschlossen, den 21. November *„in Zusammenarbeit mit dem DGB und der Friedensbewegung"* zu dem nächsten „Widerstandstag der Betriebe" zu machen. Bei der IG Druck wurden durch die Vorlage eines Leitantrages vom Hauptvorstand verschiedene weitergehende Anträge, die sich auch für den Generalstreik aussprachen, vom Tisch gewischt.

In dem Leitantrag, der dann auch verabschiedet wurde, heißt es u.a.: *„Der Gewerkschaftstag erwartet gleichermaßen von den Mitgliedern, von den anderen Gewerkschaften und vom DGB: 1. Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung"*, ... und an anderer Stelle: *„7. Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich*

... und an anderer Stelle: „7. Gegen die Stationierung neuer Atomwaffen ist mit geeigneten Mitteln im Sinne des Grundgesetzes gewaltfrei Widerstand zu leisten; von den Mitgliedern erwartet der Gewerkschaftstag, daß sie sich
an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen beteiligen ..." (Druck und Papier, 31.10.83). Das Wort Generalstreik wurde peinlichst vermieden. Offensichtlich ist dies das Ergebnis eines „Interessensausgleichs" zwischen den einzelnen politischen Fraktionen in der IG Druck, der dazu führte, daß politische Kontroversen, wie sie etwa bei der IGM um diese Frage geführt wurden, gar nicht erst aufkamen. Ein Grund dafür, Konflikte in dieser Art zu umgehen ist sicherlich, daß die rechten Sozialdemokraten in der IG Druck, wie z.B. der neue Vorsitzende Ferlemann, bei der IGM zu den „Linken" zählen würden. Das heißt die Linken in der IG Druck werden nicht so herausgefordert wie in der IGM, wo sie es von Vorstandsseite ja noch mit offenem Antikommunismus zu tun haben.

So hatte Loderer auf dem IGM-Kongreß gepowert, er marschiere nicht mit denen *„unter einem Friedenstransparent, die in diesem Lande dank unserer demokratischen Verhältnisse für Frieden und Abrüstung demonstrieren dürfen, während in den Mutterländern der Politik, die sie vertreten, Gleiches oder Ähnliches nicht möglich, ja verboten ist"* (Metall, 21.10.83).

Nach einer vierstündigen Debatte in der sich von 38 Diskussionsrednern 30 für politische Widerstandsaktionen einschließlich des Streiks aussprachen, wurde schließlich folgender Kompromiß verabschiedet: *„Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen zu einer Situation führen, in der die demokratische Grundordnung als Ganzes bedroht ist, fordert der Vorstand der IGM in Zusammenarbeit mit dem DGB die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Arbeitsniederlegungen gemäß § 2 unserer Satzung durchzuführen."*

Richard Heller, der Opel-Betriebsratsvorsitzende hatte in der Debatte hierzu gesagt: *„Ist denn in der Zeitspanne eines Computerfehlers die Zeit vorhanden, daß demokratisch legitimierte Beschlüsse über einen Generalstreik gefaßt werden können?"* (Nachrichten, 11/83) Der weitergehende Antrag, für den etwa hundert Delegierte stimmten, lautete: *„Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen*

timierte Beschlüsse über einen Generalstreik gefaßt werden können?" (Nachrichten, 11/83) Der weitergehende Antrag, für den etwa hundert Delegierte stimmten, lautete: „Sollte die Stationierung von Mittelstreckenraketen
durchgeführt werden, fordert der Vorstand der IGM die Mitglieder auf, gewerkschaftliche Aktions- und Kampfformen bis hin zur Arbeitsniederlegung gemäß Paragraph 2 unserer Satzung durchzuführen" (taz, 15.10.83).

Interessant war, daß auch bei dieser Debatte einer am Mikrophon fehlte: Franz Steinkühler. Und das obwohl er mit seinem Vorschlag, am 19. Oktober 15 Minuten aus Protest gegen die Nachrüstung zu streiken, die gewerkschaftliche Debatte wesentlich mit herbeigeführt hatte.

Zum Schluß sei noch die Postgewerkschaft erwähnt, die entgegen den Empfehlungen ihres Vorstandes beschloß, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften *„den Generalstreik als letztes Mittel zur Durchsetzung zentraler Forderungen offen diskutieren"* müssen (Nachrichten, 11/83).

U., Kommission
Betrieb & Gewerkschaft



Vor dem Hamburger Springerverlagshaus

Tarifrente:

DGB-„Kontras", Regierung und Kapitalisten gegen die 35-Stunden-Woche

Die „Kontras" gegen die 35-Stunden-Woche im DGB, das sind die IG Chemie, die NGG, die IG Bergbau, die IG BSE und die GTB. Sie sind sich nur in einem Punkt einig: Die Zuspitzung der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche muß zum Wohle des wirtschaftlichen Aufschwungs unterbleiben. Gegenüber den Berechnungen anderer Gewerkschaften, daß die 35-Stunden-Woche eine Million und mehr neue Arbeitsplätze schaffen könnte, setzen sie, daß das Modell der Vorruhestandsregelung 900.000 neue Arbeitsplätze schaffen würde und die Belastung für die Unternehmen geringer wäre. Dagegen stehen schon viel zu positive Berechnungen kapitalfreundlicher Institute, daß der jetzt vorliegende Gesetzentwurf von Arbeitsminister Blüm maximal 200.000 Arbeitsplätze schaffen würde. Von den 900.000 infrage kommenden Arbeitnehmern würden gut 50% diese Regelung wahrnehmen. Die dann freiwerdenden Stellen wiederum würden von den Unternehmen nur etwa zur Hälfte mit neuen Einstellungen belegt (1).

Politischer Pakt mit der CDU-Regierung

Am deutlichsten war bislang der IG-Chemie-Vorsitzende und rechte Kanalarbeiter in der SPD-Bundestagsfraktion Hermann Rappe. Vor dem Beirat der IG Chemie propagierte er: „*Um die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien sicherzustellen, wäre auch eine große Regierungskoalition von SPD und CDU als wirksame Alternative gegen die derzeitige, von den Wirtschaftsflügeln von FDP und CDU/CSU bestimmte Politik erwägenswert*" (dpa, 1.12.83).

Dieser Versuch des Arrangements gegen eine Linksentwicklung in einem Teil der DGB-Gewerkschaften prägt das Handeln der „Kontras" seit längerem. Es ist der NGG-Vorsitzende Döding gewesen, der seit langem das Modell der Tarifrente als Alternative zur Wochenarbeitszeitverkürzung propagiert hat und hier zuerst beim vormaligen IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild Gehör fand. Hauenschild und Döding versuchten schon in der ersten Jahreshälfte 1982 in einem Brief an den damaligen Bundeskanzler Schmidt diesen zu einer frühzeitigen Gesetzesinitiative zu bewegen (wozu der nicht mehr kam). Nach dem Regierungswechsel 1982 und nachdem die IG Metall sich im Herbst 1982 für die 35-Stunden-Woche als Priorität entschieden hatte (2), griff der neue Arbeitsminister Blüm den Döding-Plan auf. Sein Vorstoß führte zu monatelangen regierungsinternen Beratungen um das Was und Wie eines Gesetzes.

Mittlerweile handelte die IG Chemie: Am 25. März 1983 schloß sie einen Tarifvertrag ab, der zwei wesentliche Elemente enthielt:

1. Vorableistungen beim Lohn (3,2%-Abschluß bei einem Nullmonat und 14 Monaten Laufzeit) sowie

2. Eine Vorentscheidung bei der Arbeitszeit: Die 40-Stunden-Woche wurde im Manteltarifvertrag **bis 1988** festgeschrieben sowie als Einstieg in die Tarifrente vereinbart, daß alle ab 58 Jahre ab 1.9.83 vierzehntägig eine vierstündige ‚Altersfreizeit' erhalten, die dann ab 1.1.87 wöchentlich gelten soll.

Diese Gewerkschaftsvereinbarung mit dem Arbeitsring Chemie war das erste Signal aus dem Unternehmerlager, daß man das Ansinnen Tarifrente gegen Wochenarbeitszeit positiv honorieren wolle. Damit auch das ohne „größere Verluste" für das Kapital abgeht, signalisiert die IG Chemie, daß sie eine umfassendere Vorruhestandsregelung „*erst im Anschluß an die Lohnrunde 1984 aufnehmen und in Bezug zur Tarifrunde 1985 bringen will*" (FAZ, 28.11.83).

Flankenschutz kam dann vom rechten SPD-Flügel: Sozialexperte Glombig brachte im Juni 1983 eine gesetzliche Regelung zum Vorruhestand im Bundestag ein, die offensichtlich als Druck auf den noch mit seinen Minister-Kollegen Stoltenberg und Lambsdorff verhandelnden Blüm gedacht war, seinen Gesetzentwurf zu beschleunigen. (Glombigs Entwurf enthält günstigere finanzielle Regelungen sowie eine schärfere Garantie für den Ersatz freigewordener Arbeitsplätze).

Als dringenden Hilferuf an die Bundesregierung richteten die fünf Gewerkschaftsvorsitzenden der „Kontras" am 14. Oktober 1983 einen gemeinsamen Brief an Bundeskanzler Kohl, „ ‚*nöch in den nächsten Wochen' ein Rahmengesetz für eine Vorruhestandsregelung (‚Tarifrente') im Bundestag einzubringen*" (nach FAZ, 15.10.83).

Ziel dieser Intervention: Auf jeden Fall soll vor Beginn der 35-Stunden-Wochen-Verhandlungen im Dezember eine öffentlichkeitswirksame Initiative da sein. Dies geschah auch: Am 17. November einigten sich der Bundeskanzler und seine Ressortminister auf eine Regelung, die mit großem Getöse über die Medien als sozialer Fortschritt verkauft wurde.

Die „Kontras" fanden zwar nicht alle Forderungen des Döding-Plans wieder, bezeichneten Blüms Entwurf aber als „*Schritt in die richtige Richtung*" (FR, 3.12.).

Das „Blüm-Modell"

Danach soll der Vorruhestand mit der Vollendung des 59. Lebensjahrs beginnen, gilt aber nicht für den öffentlichen Dienst. Es soll bis zum frühestmöglichen Beginn der Rente gezahlt werden. Der frühzeitig in Rente gehende Arbeitnehmer erhält dann 65% des bisherigen Bruttolohns abzüglich Sozialversicherung (Was netto nur wenig mehr ausmacht als die 68% Arbeitslosengeld vom Nettolohn). Die Bundesanstalt für Arbeit erstattet den Unternehmen 40% der Kosten, wenn diese „*glaubhaft machen, daß sie anstelle des ausgeschiedenen Arbeitnehmers einen Arbeitslosen oder einen arbeitssuchenden Jugendlichen einstellen*".

Blüms Gesetz und die Einigung darüber zogen sich deshalb so lange hin, weil seine Ministerkollegen Lambsdorff und Stoltenberg vehement die Forderungen der Kapitalisten nach Senkung des zu zahlenden Geldes, Unverbindlichkeit der Arbeitsplatzersetzung („glaubhaft machen") und ausreichender Finanzierung durch die Bundesanstalt für Arbeit verfochten.

Gleichzeitig mit dem Gesetz soll die bisherige „59er-Regelung" nach dem Arbeitsförderungsgesetz verschlechtert werden. Sie sah vor, daß Arbeitslose, die im Alter von 59 Jahren entlassen werden, bis zur Erreichung der vorzeitigen Rente (Arbeitslose können schon mit 60 in Rente gehen) ein Jahr lang volles Arbeitslosengeld beziehen. Der finanzielle Abstand zur neuen Vorruhestandsregelung soll vergrößert werden.

Die „Kontras" im DGB waren's nur halb zufrieden, mußten sie doch Federn lassen. Vereint schlugen sie daher Anfang Dezember zu und hielten eine gemeinsame Arbeitszeit-Konferenz ab, auf der sie neben der positiven Bewertung des Blüm-Vorschlags ihre Änderungs-Wünsche formulierten:

— Beginn der Regelung schon mit 58
— 75% vom Bruttolohn
— Nachweis statt Glaubhaftmachung eines wiederbesetzten Arbeitsplatzes
— Ausdehnung der Regelung auf den öffentlichen Dienst.

Trotz dieser Kritik scheint den „Kontras" das Hauptziel erreicht.

Umgekehrt gilt dies auch für die Bundesregierung. Blüms parlamentarischer Staatssekretär sagte dazu schon vor einiger Zeit: „*Wir wollen jenen Gewerkschaften, die sich der Kampagne der IG Metall zur Einführung der 35-Stunden-Woche nicht anschließen, eine Alternative bieten*" (Metall, 26.8.83). Und Blüm selber erklärte anläßlich der Vorlage des Gesetzentwurfs, 1984 entscheide sich, ob es einen Rückfall in den Klassenkampf geben werde, oder ob eine Politik des vernünftigen partnerschaftlichen Ausgleichs eine Chance habe. Er setze darauf, daß die „Tarifpartner" in der Bauwirtschaft, in der chemischen Industrie, in der Textilindustrie sowie in der Lebensmittelbranche das Angebot des Staates aufgreifen. Noch wichtiger für dieses Vorgehen ist: „*Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sicherem Vernehmen nach zugestimmt*" (Hamburger Abendblatt, 19.11.83).

Sicheres Zeichen dafür ist, daß nur wenig später der wichtigste Arbeitgeberverband, Gesamtmetall, der IG Metall für ein Spitzengespräch ein Paket „Flexible Arbeitszeitverteilung" anbot:

— Verhandlung über eine tarifliche Ausgestaltung der Vorruhestandsregelung
— Mehr Teilzeitarbeit
— Flexible Verteilung der Arbeitszeit, z.B. in auftragsschwachen Zeiten die 30-Stundenwoche, dafür in Spitzenzeiten als Ausgleich die 50-Stundenwoche bei entsprechend mehr oder weniger Lohn (FAZ, 21.11.83).

Die IGM hat sowohl das Spitzengespräch abgelehnt, als auch Blüms „Vorruhestandsgesetz", das sie als „*Versuch, die Tarifbewegung der IG Metall zur 35-Stunden-Woche zu unterlaufen*" bewertete. Die Regelung von Blüm treibe die Arbeitnehmer, so die IGM, „*wegen der unzureichenden Leistungen in die Sozialhilfe und damit ganz bewußt in die Armut*" (Gewerkschafter 12/83).

H. und U., Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen

(1) Berechnungen des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung", zitiert nach FR, 19.11.83
Kurios ist die Beteiligung der IG Bergbau in der Koalition der „Kontras". Für die Bergbauindustrie ist die jetzt ausgehandelte Vorstandsruhegeldregelung kaum bedeutsam, da es nur wenige Beschäftigte über 55 Jahre gibt .

(2) Auch in der IG Metall hatte 1982 das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied Jantzen versucht, die Position des „Tarifrenten"-Schwerpunkts durchzusetzen, war aber in der anschließenden Entscheidung unterlegen.



Frank Kramer

ARBED Saarstahl

Die Erpressung

Viele Kollegen erinnern sich noch recht gut an das letzte gelungene Erpressermanöver der Bundes-, saarl. Landesregierung, sowie der Geschäftsführung in Sachen ARBED-Saarstahl (s. auch den Artikel von J. Bünig in revier 1/83). Was waren die Ergebnisse dieser Aktion Ende des letzten Jahres gewesen? 3.500 Arbeitsplätze sollten zusätzlich in drei Jahren vernichtet werden, für 1983 und '84 sollte auf die Hälfte des 13 Monatsgehaltes ‚verzichtet' werden und 5.500 Kollegen sollten in routierender Form jahrelang Kurzarbeit fahren.

Knapp sechs Monate nach dieser Aktion ließ die Geschäftsführung durchblicken, daß sie auch mit diesen Geldern nicht auskommt. Bundes- und Landesregierung gaben daraufhin erneut Stahlhilfen (2 mal 90 Millionen DM), verbunden mit den Auflagen, ein endgültiges ‚Anpassungsprogramm' vorzulegen, das die Restrukturierung von ARBED-Saarstahl (zwecks Bezuschussung) den veränderten Marktbedingungen anpaßt, sowie massive Kostenentlastungen mittels Massenentlassungen und Schließung ganzer Werksteile durchzuführen.

Was die angekündigten Massenentlassungen anging, kursierten damals Zahlen zwischen 3.000 und 4.000. Anfang Oktober kam dann das ‚endgültige' Konzept auf den Tisch: Abbau der Belegschaft auf ca. 12.000 bis Ende 1985. Einstellung des Blockgusses und Beseitigung weiterer ‚Schwachstellen'. In der Folge liefen Gespräche zwischen Bundes- und Landesregierung einerseits und Geschäftsführung andererseits, wie dieses Programm der zusätzlichen Arbeitsplatzvernichtung durchzuführen ist und natürlich: wie der ‚Arbeitnehmerbeitrag' auszusehen hat.

52.000 Kollegen sollen bis Ende 1985 ihren Arbeitsplatz mittels neuer Sozialpläne verlieren. Massenentlassungen hieß es, seien vom Tisch. Betroffen sind alle Kollegen über 50 (!) Jahre. Sie werden mit 82 % des Monatsnettolohnes nach Hause gehen. Die Jahressonderzahlung (13. Monatsgehalt) werden diese Kollegen nicht mehr bekommen. Dann liegt der jetzige Sozialplan bei 73 % des Jahresnettolohnes, also 5 % über dem Arbeitslosengeld.

Also: Die neuen Sozialpläne sind ein ‚besseres' Wort für Massenentlassungen! Die älteren Sozialpläne (vor allem der erste), die z.T. erheblich attraktiver erschienen, sollen auch entsprechend herabgesetzt werden. Außerdem wird konkret von ‚Nullrunden' für die drei kommenden Jahre gesprochen; also keine Lohnerhöhungen. Auflage des Bundeswirtschaftsministeriums ist es, daß ARBED-Saarstahl aus dem Arbeitgeberverband ausscheidet und die Nullrunden mittels Haustarife durchsetzt.

Die Verschlechterung der Sozialpläne konnte durchgesetzt werden (von den -zig-tausend Arbeitsplätzen, die jetzt noch zusätzlich vernichtet werden, ganz zu schweigen). Da der Gesamtbetriebsrat sich weigerte, den geforderten 82 % zuzustimmen, lief entsprechend das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren ab: Die Präsidentin des Landesarbeitsamtes, Frau Lenske (CDU), setzte kurzfristig ein Vermittlungsgespräch zwischen Geschäftsführung und Gesamtbetriebsrat an, zu dem die Vertreter für den Betriebsrat nicht erschienen. Daraufhin wurde nach § 112 Betriebsverfassungsgesetz die sog. Einigungsstelle einberufen, der ebenfalls Frau Lenske als ‚neutraler Mann' vorstand. Dann wurde gegen die Arbeitnehmerstimmen die 82 %-Regelung durchgesetzt.

Zur Bewertung

Bei ARBED-Saarstahl wurde zum zweitenmal ein Exempel statuiert nicht nur im Hinblick auf die Neuordnung der bundesdeutschen Stahlindustrie, sondern im Hinblick auf anstehende Auseinandersetzungen (wie z.B. der Kampf um die 35-Stunden-Woche). Weitere Stahlhilfen im Rahmen der saarländischen Restrukturierung und damit die Verhinderung des Konkurses von ARBED-Saarstahl wurden von einem ‚Arbeitnehmerbeitrag' abhängig gemacht. Schaut man sich die Summen an, um die es in beiden Fällen ging (also die Dezember-Aktion und die letzte Erpressung), so erkennt man, daß es der Bundesregierung um mehr ging, als der, lediglich der Belegschaft die Gelder abzupressen.

— Einsparung durch die Einbehaltung der Hälfte des 13. Monatsgehaltes für 1983 und 1984 ohne Wegfall des Härteausgleiches und 10 %ige Kürzung der Sozialpläne: 60 Mio. DM
— Einsparung durch niedrigere Sozialpläne ab Dez. 1984: 54 Mio. DM
— bisherige Subventionen: 1,3 Milliarden DM
— bisherige Bürgschaften: 1,18 Milliarden DM

Es ging um einen anderen Kurs der IGM gegenüber und darum, die winzigen verbliebenen Spielräume gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu streichen. Beide Regierungen sind nicht mehr bereit, sich das Wohlverhalten der IGM in Sachen Arbeitsplatzvernichtung mittels Sozialpläne zu sichern. Das Muster dieser gelungenen Erpressungen ist denkbar einfach: Die

> „Die volle Tragweite der Ereignisse um Arbed Saarstahl wird vor allem deutlich, wenn man sich menschliche Folgen und die finanziellen Größenordnungen vor Augen hält: Mit dem Einigungsstellenspruch vom 8.11.83 sollen Arbeitnehmer ab 50 Jahren aus dem Arbeitsleben gedrängt und in vielen Fällen bis an die Sozialhilfegrenze in ihrem Einkommen geschmälert werden. Die dabei gegenüber dem alten Sozialplan ersparte Summe von durchschnittlich 4 Mio. DM pro Jahr steht in gar keinem Verhältnis zu dem Finanzbedarf, der zur Rettung von Arbed Saarstahl insgesamt erforderlich ist. Ganz offensichtlich ging es dabei den reaktionären Kräften in der Bundesregierung und der saarländischen Landesregierung vor allem darum, die vielbeschworene ‚Wende' zu dokumentieren, mit dem Versuch, Gewerkschaften und Arbeitnehmer zu demütigen und die Umverteilung von unten nach oben überall Praxis werden zu lassen".
> (Stellungnahme der IGM vom 9.11.83 — zitiert aus „Revier" 12/83).

Bundesregierung verkündet bestimmte Spielregeln; wenn sich IGM und Betriebsräte den verlangten Auflagen nicht beugen wollen, werden sie verantwortlich für den Konkurs des Unternehmens gemacht. Das war der demagogische Tenor von Bund und Land sowie diversen saarländischen Medien. Gleichzeitig war dies der offensivste Spaltungsversuch der jüngsten Geschichte: Die IGM soll dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Kollegen über den Konkurs des Unternehmens dauerarbeitslos werden. Die Dinge werden vollends auf den Kopf gestellt!

Im vergangenen Dezember sind nicht wenige Kollegen auf diese Hetze hereingefallen. Vereinzelt ging das bis zur telefonischen Morddrohung gegenüber eines Betriebsrates. Daß die Kollegen so reagierten, tut allerdings nicht wunder. Ohne an Wahrsagerei zu glauben, war eine solche Situation vorhersehbar; die IGM informierte die Kollegen nicht ausreichend und mobilisierte kaum bzw. auch zu spät. Und ist es nicht Rudolf Judith selbst (Stahlexperte im IGM-Vorstand), der von der Notwendigkeit spricht, daß „Überkapazitäten im Stahlbereich abgebaut werden müssen" (gemeint sind natürlich Arbeitsplätze) und kurz vor der Zustimmung der IGM zur Kündigung des Tarifvertrages letzten Dezember: „Wir werden schon einen Weg finden ... Die IGM hält, was sie verspricht." Angesichts eines solchen Erpressungsmanövers hatte das Verhalten von Betriebsräten, Bevollmächtigten und IGM-Vorstand einen ungemein demobilisierenden Cha-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

rakter. Die IGM-Saar bekundete ja ihre ‚Opferbereitschaft'; aber bitte: in Maßen!

Die Kollegen wußten nicht mehr, wo oben und unten war. Im Grunde genommen sprach Ministerpräsident Zeyer die gleiche Logik aus wie Rudolf Judith: von den tausenden an Arbeitsplätzen, die vernichtet werden sollen, wurde gar nicht mehr gesprochen ...

Man muß sich das vorstellen: Ende des letzten Jahres ging eine solche Erpressung der Kollegen glatt über die Bühne, während die Heckel-Kollegen monatelang den Betrieb besetzten!

Vielen Kollegen ging erst später ein Licht auf, und als die Bundesregierung ihre zweite Erpressung startete, war die übergroße Mehrheit gegen die geforderten Auflagen. Nullrunden für drei Jahre! Das hatten die Kollegen begriffen: Jetzt geht's ans Eingemachte! Drei Viertel der Beschäftigten, die nach der Herabsetzung des Sozialplanalters auf 50 Jahre gehen werden, haben einen Netto-Monatsdurchschnittslohn zwischen 1.320 DM und 1.650 DM. Behinderte, die sich als Portier bzw. Waschkaulwärter verdingen müssen, haben einen Stundenlohn von 10 DM. In Neunkirchen sind die Kollegen sauer wie nie, gerade dort müssen viele Kollegen mit 82 % gehen. Auch will die ARBED-Saarstahl-Geschäftsführung die alten besseren Sozialpläne auf 82 % zurechtstutzen. Ausgerechnet der Betriebsrat wies darauf hin, daß diese alten Sozialpläne Einzelverträge mit dem Unternehmen darstellen und damit nicht ihrer Verantwortung obliegen. Als Ende Juni die ersten Ankündigungen von Massenentlassungen bekannt wurden, glaubten über die Hälfte der Kollegen, daß solche gar nicht stattfinden könnten. Die IGM tat vor der Sommerpause nichts mehr.

Gerade in den dramatischen Tagen der Entscheidung über die Durchsetzung der Auflagen führte ich Gespräche am Werkstor mit den Kollegen. Sie waren stinkesauer. Aber es war eine fruchtlose Empörung. Die Kollegen kamen nicht auf die Idee, z.B. dem Betriebsrat Druck zu machen, daß er auf zung der Auflagen führte ich Gespräche am Werkstor mit den Kollegen. Sie waren stinkesauer. Aber es war eine fruchtlose Empörung. Die Kollegen kamen nicht auf die Idee, z.B. dem Betriebsrat Druck zu machen, daß er auf keinen Fall zustimmen darf oder gerade während den ‚Verhandlungs'-stunden der Einigungsstelle ein Zeichen zu setzen, z.B. zu streiken. Außerdem entstand wieder das große Mißtrauen den anderen Stahlstandorten gegenüber: Sprüche waren zu hören, wie: „Die bei Thyssen, die freuen sich jetzt, wenn ARBED-Saarstahl dicht macht!"

Selbst in dieser Situation zeigte sich die IGM noch verhandlungsbereit: Ihr ging es um einen Sozialplan mit 86 %, statt mit 82 %. Ebenfalls erklärte der Gesamtbetriebsrat von vornherein, daß er den Spruch der Einigungsstelle tolerieren werde. Von den angekündigten Nullrunden und ihre Bedeutung für den Kampf um die 35-Stunden-Woche war in diesen Tagen von der IGM recht wenig zu hören. Und was die Bedeutung dieser gelungenen Erpressung als Signalwirkung an das übrige Bundesgebiet angeht, so sucht der Vorstand das Gespräch mit Kanzler Kohl, um ihm das Versprechen abzuringen, daß ARBED-Saarstahl kein Präzedenzfall darstelle.

Resümee

Das war noch lange nicht das vorläufig letzte Kapitel eines Trauerspiels: es wird konsequent weitergehen.

1) ARBED-Saarstahl ist noch lange nicht gerettet. Ungünstiger Standort und ungünstige Produkte (leichte Profile) werden bei sich verschärfenden Marktbedingungen das Restukturierungskonzept vollends scheitern lassen. Was bleibt ist entweder ein Stahlunternehmen in Mini-Format, nicht vergleichbar mit dem jetzigen Umfang, oder: der komplette Konkurs.

Die SPD-Saar fordert aus diesen Gründen eine Hinorientierung auf Edelstähle. Allerdings würde dieser Fall bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen auch langfristig das ‚Aus' für ARBED-Saarstahl bedeuten. Die Lösung kann nur ein Konzept bieten, das für alle Standorte gleichermaßen Geltung hat. Bei Produktion im kapitalistischen Sinne optimal organisieren zu müssen, können alle Lösungen einschließlich Schutzzollpolitik und Dauerbezuschussung das Problem allerhöchstens verlagern. Wenn es im Falle von ARBED-Saarstahl weiterhin eine Menge Banken gibt, die kräftig zulangen, — wenn es eine Muttergesellschaft gibt, die Nutzen davonträgt, aber keine müde Mark in das Unternehmen investiert, — wenn es eine Landesregierung gibt, die sich Gutachten erstellen läßt, über die Perspektiven der saarländischen Stahlindustrie, wo die Länder der dritten Welt als zukünftige Standorte der Flüssigphase und Massenstähle angepriesen werden und als Reaktion eine kostengünstige Flüssigphase den Unternehmen in Form der gemeinsamen Roheisenerzeugung (ROGESA) zur Verfügung gestellt wird. Ein Beispiel indirekter Verstaatlichung.

2) Das Beispiel ARBED-Saarstahl zeigt konkret die Anwendung der Montanmitbestimmung. Im letzten Fall galt § 112 Betreibsverfassungsgesetz. Wir sehen: wenn es darauf ankommt, haben die betrieblichen Mitbestimmungsträger einen Scheißdreck mitzubestimmen.

Wäre die Entscheidung am Montag, den 7. November durch die Einigungsstelle nicht zustande gekommen und hätte sich in der Folge die Hetze der Landesregierung und CDU/FDP noch weiter verstärkt, so glaube ich, daß ähnlich wie im vergangenen Dezember viele Kollegen wieder ‚umgefallen' wären. Die dramatische Regierungserklärung des Ministerpräsidenten per Funk und Fernsehen muß bei manchen die Wirkung nicht verfehlt haben.

Hier zeigt sich der ungemein demobilisierende Charakter der Sozialplanpolitik der vergangenen Jahre. Die IGM stolpert nun selbst über ihre eigene Politik. Fast jeder Kollege empfindet ein unterschiedliches Arbeitsplatzrisiko. Der erste Sozialplan erschien den über lisierende Charakter der Sozialplanpolitik der vergangenen Jahre. Die IGM stolpert nun selbst über ihre eigene Politik. Fast jeder Kollege empfindet ein unterschiedliches Arbeitsplatzrisiko. Der erste Sozialplan erschien den über 55jährigen recht attraktiv. Heute bedeuten Sozialpläne krasse Lohneinbußen. Ein Teil der ‚qualifizierten' jungen Kollegen streichte die Abfindung ein und ging von selbst.

Diese Abstufung war ein wichtiger Grund dafür, daß keine Solidarität innerhalb der Belegschaft entstehen konnte. Es ist eine verrückte Situation: Dadurch, daß die IGM in den letzten Jahren auf Sozialplan gesetzt hat, hat sie ihre eigene Grundlage zerstört. In diesem Sinne baut die Regierung Kohl/Lambsdorff auf die Jahre sozialdemokratischer-liberaler Herrschaft auf. Bundes- und Landesregierung hielten es in Sachen ARBED-Saarstahl nicht mehr für nötig, die IGM in die Gespräche miteinzubeziehen. Sie weisen der IGM die Aufgabe zu, für Opfergleichheit in den eigenen Reihen zu sorgen. So machte die Landesregierung den Vorschlag, eine Umverteilung innerhalb der verschiedenen Lohnstufen nach Kürzung der Sozialpläne vorzunehmen, um ‚Opfergleichheit' zu bewahren. Die IGM legte ebenfalls eine ähnliche Regelung vor.

Ende 1985 soll ARBED-Saarstahl ca. 12.000 Beschäftigte haben. Vor der Restrukturierung waren es ca. 27.000. Die Möglichkeiten der gesellschaftspolitischen Einflußnahme wird entsprechend abnehmen. Dasselbe gilt wohl auch für die bundesweite Stahlneuordnung. Waren die Stahlbetriebe einmal Brennpunkt der Auseinandersetzungen gewesen, so steht jetzt die Austrocknung der mitgliederstärksten Gewerkschaft an. Das ist die Kapitaloffensive der 80er Jahre!

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus „Revier" 12/83).

Günter Preßer

ARBED Saarstahl — Die nächste Erpressung kommt bestimmt

Psychoterror gegen IGM

Eine Regel besagt, daß ein Erpresser immer wieder erpresst. Das Unternehmen ARBED brauchte im Herbst '82 wieder einmal Geld. Erpresser Lambsdorff verlangte damals von den Banken, von der Mutter und von uns — den Arbeitnehmern — einen Beitrag zur Sanierung. Bund und Land wollten dann auch ihr Scherflein dazugeben. Die IG Metall sagte zuerst „NEIN" zu Tarifkürzungen, aber nach Druck von Teilen der Belegschaft stimmte die IGM dann doch zu. Die Sonderzahlung 1983-84 wird nur zur Hälfte in den Jahren 85-86 ausgezahlt.

ARBED Luxemburg, die auch 100 Mill. DM dazugeben sollte, hat es bis heute noch nicht getan. Handlanger Lambsdorffs war in erster Linie die SZ (Saarbrücker Zeitung). Jeden Tag schrieb sie, daß die Belegschaft dazugeben müßte, um ARBED Saarstahl zu retten. Es wäre ja nur einmal und dann würde das Unternehmen überleben.

Ministerpräsident Zeyer (CDU) sagte sogar, daß es danach keine Massenentlassungen mehr geben würde.

Viele Kollegen meinten damals — nach ständigem Druck durch die Medien —, daß mit einem einmaligen Verzicht (Stundung der Sonderzahlung) man seinen Arbeitsplatz retten könne. Dies war nicht der Fall.

Im August — 3 Tage vor den Werksferien — kam dann durch eine undichte Stelle (es kann auch Absicht gewesen sein) heraus, daß die Werksleitungen in Neunkirchen, Burbach, Homburg und Völklingen drastischen Personalabbau planten und auch schon Zahlen hatten.

Rund 5.000 Arbeitsplätze sollten gestrichen werden. Ursache: das Geld war wieder einmal alle.

Die Bundesregierung war bereit Geld zu geben, aber unter einer Bedingung — Massenentlassungen sollten getätigt werden.

Die IG Metall, vom letzten Jahr gewarnt, sagte „NEIN" zu Massenentlassungen und Lohnkürzungen. Diesmal kam das NEIN aus Frankfurt vom Vorstand der IGM, es sollte nicht wieder passieren, daß ein Bezirksleiter eigenmächtig handeln und der IGM einen schweren Schaden zufügt. Am 10. November — Zahltag für die Belegschaft — brauchte die ARBED 83 Mill. DM, um die Löhne und andere Verpflichtungen zu bezahlen.

Lambsdorff sah seine Stunde gekommen, den Arbeitnehmern und Gewerkschaften zu zeigen, wer in diesem Staat das sagen hat, und wo die Reise hingeht.

Lambsdorff sah seine Stunde gekommen, den Arbeitnehmern und Gewerkschaften zu zeigen, wer in diesem Staat das sagen hat, und wo die Reise hingeht.

Der Psychoterror begann damit im Saarland.

Die Saarbrücker Zeitung (SZ), Radio und Fernsehen begannen die Öffentlichkeit zu bombardieren mit allen Tricks, die sie auf Lager hatten.

Judit versuchte man als Mann des Ruhrgebiets hinzustellen.

Die IG Metall Bevollmächtigte der Verwaltungsstellen Neunkirchen, Homburg, Saarbrücken und Völklingen wollte man von der IG Metall Frankfurt abspalten, indem man von saarländischen Gewerkschaftern schrieb, die doch andere Interessen hätten als die von außerhalb.

Daß die Betriebsräte nur ihre Gewerkschaft sehen und nicht die Arbeitnehmer und deren Interesse an der Erhaltung von ARBED Saarstahl. So sollte jeder gegen jeden ausgespielt werden.

Und immer die Drohung: 5.000 Massenentlassungen oder Konkurs, was der Zusammenbruch des Saarlandes in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht bedeutet.

Die Schuld wurde in jedem 2. Satz der IGM und den Betriebsräten in die Schuhe geschoben.

Die Betriebsräte mit der IGM organisierten in dieser schweren Zeit Unterschriftensammlungen, machten in fast jedem Ort öffentliche Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Flugblätter wurden von den Vertrauensleuten in alle Haushalte gegelmäßig gebracht.

Es passierte dann etwas, was Zeyer, Lambsdorff und die Medien sich nie träumen ließen: Der überwiegende Teil der Bevölkerung solidarisierte sich mit den Hüttenarbeitern und ihrer Gewerkschaft. Die Belegschaft stand zu 90% hinter der IGM und den Betriebsräten. Sie war bereit zu kämpfen.

Die Gewerkschaftsführung und die Regierung waren danach bereit über einen Sozialplan zu verhandeln und von Massenentlassungen abzusehen.

Und damals kam ein Diktat von Lambsdorff: nur 82% vom letzten Monatsnetto sollen die Kollegen ab 50 Jahre bekommen und alle anderen Kollegen, die im Sozialplan sind, sollen auch nur 82% vom letzten Monatsnetto bekommen, was 10 - 18% Verlust bedeutet.

Desweiteren soll ARBED aus dem Arbeitgeberverband ausscheiden und für 1984-85-86 eine Null-Lohnrunde anstreben.

Der Betriebsrat war bereit, den gültigen Sozialplan (90% vom Netto) auf die 50-55jährigen auszudehnen, was die Arbeitgeber und die Regierung nicht wollten.

Nach 12 Verhandlungen in einer Woche des Gesamtbetriebsrates mit den zuständigen Stellen kam es dann zur Einigungsstelle nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

Der Einigungsspruch lautete dann auch 82%. Lambsdorff, Zeyer und die Arbeitgeber hatten erreicht, was sie wollten. Es wurde ein Weg gezeigt, wie man aus Verträgen, die mit der Gewerkschaft und den Betriebsräten abgeschlossen wurden, aussteigen kann, ohne Rechtsbruch begangen zu haben.

Die Beriebsräte stehen jetzt in Verhandlungen mit der Geschäftsführung um den Sozialplan schriftlich festzulegen und zu retten, was noch zu retten ist.

ohne Rechtsbruch begangen zu haben.
Die Beriebsräte stehen jetzt in Verhandlungen mit der Geschäftsführung um den Sozialplan schriftlich festzulegen und zu retten, was noch zu retten ist.

Was die IGM und Betriebsräte in den letzten Tagen falsch gemacht haben, z.B. die Belegschaft aktiv in den Kampf einzubeziehen (Streik in der kritischen Phase, Sternmarsch aller Hüttenarbeiter an den Verhandlungsort der Einigungsstelle usw.) muß man erst aufarbeiten.

Es kommen jeden Tag noch versteckte Informationen ans Tageslicht.

Es wird noch einige Zeit dauern, bis man sich ein richtiges Bild machen kann.

Vielleicht ist es dann aber zu spät, denn die nächsten Erpresserversuche stehen schon vor der Tür.

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus „Revier" 12/83)



Einzelheft: 3,- DM, Jahresabo 36 DM
zu beziehen über:
REVIER-Verlag, Siegstr. 15, 4100 Duisburg, Tel.0203/ 340083

Winterschulung des KB Baden-Württemberg von 5. - 8. Januar 84

Auf dieser Schulung wollen wir zum einen die Krise in der BRD und die Krisenstrategien des Kapitals (neue Technologien/Rationalisierungen, neue Arbeitszeitformen etc.) diskutieren und die ökonomischen Konsequenzen des NATO-Hochrüstungskurses herausarbeiten: staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, um sie Rüstungserfordernissen anzupassen, womit die „normalen" Krisenfolgen nochmals drastisch verschärft werden; Finanzierung durch sozialen Kahlschlag; und gesellschaftspolitische Folgen dieser Entwicklungen, insbesondere auch für die Frauen.

Der zweite Teil der Schulung soll sich mit gewerkschaftlichen und reformistischen Gegenstrategien (35-Stundenwoche, Investitionsprogramme...) beschäftigen, den Stand der Bewegung in den Betrieben kritisch beleuchten und die Antikriegsdiskussion im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich (Gewerkschaftsbeschlüsse, Rüstungskonversionsforderungen, betriebliche Friedensinitiativen) untersuchen, um gegenüber der Hegemonie sozialdemokratischer Konzepte in diesem Bereich Positionen der radikalen Linken formulieren zu helfen.

Die Schulung beginnt am Abend des 5.1. auf einer Hütte im Odenwald. (Übernachtungskosten 13DM/Nacht, Verpflegung (kollektive Selbstversorgung) zusätzlich). Eine Materialmappe mit „Pflichtlektüre" und Hintergrundmaterial für die Teilnehmer/innen wird ab ca. Mitte Dezember lieferbar sein. Anmeldung schriftlich über KB/Gruppe Freiburg, c/o Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg. (Bitte 5 DM in Briefmarken oder bar für die Materialmappe beilegen).

Fahrplan für eine Kampagne
Gegen Personalkarte und Erfassungsstaat

Ab 1.11.84 soll die maschinenlesbare Personalkarte (PK) anstelle des jetzt gültigen Personalausweises eingeführt werden. Ein entsprechendes Bundesrahmengesetz samt Ausführungsbestimmungen dazu liegt verabschiedet vor; entsprechende Länderausführungsgesetze und Länderausführungsbestimmungen müssen (bis auf Baden-Württemberg) noch verabschiedet werden.

Anders als bei der Volkszählung, die allein durch die Fülle der s i c h t b a r abgeforderten Daten, das beabsichtigte Eindringen der Zähler/innen in die privaten Haushalte und einen gemeinsamen Zählungs-Stichtag das Ansinnen der Volksaushorchung sehr sinnlich erfahrbar machte, ist an der maschinenlesbaren Personalkarte selbst ihre Gefährlichkeit nicht erkennbar und schon gar nicht direkt sinnlich erfahrbar.

Darüberhinaus gibt es keinen Einführungsstichtag, an dem alle Ausweise durch die neuen Karten ausgetauscht würden, sondern die Einführung erfolgt entsprechend dem neuen Personalausweis-Rahmengesetz in einem Zeitraum von fünf Jahren entsprechend der jeweiligen Gültigkeitsdauer der jetzigen Personalausweise; zudem auch noch aufgrund der Rahmenrechtsregelung in den aus anderen Fällen schon bekannten Differenzierungen der Länderausführungsgesetze.

Mehr noch: gewitzigt aus den Erfahrungen mit dem Volkszählungsboykott, dessen Heftigkeit sie nach eigenen Angaben überrascht habe, entwickeln die Betreiber der Personalkarten-Einführung über diese auf Unterlaufung kollektiven Widerstands zielende Einführungsstrategie hinaus weit im Vorfeld eine propagandistische Verharmlosungs-Kampagne, in der die PK als schlichte Rationalisierung des Personalausweises hingestellt und jeglicher Zusammenhang der PK als neues Erfassungs-System mit der Automation staatlicher Verwaltung, vor allem der Schiene Meldewesen-Polizei, geleugnet wird.

Diese Verdummungs-Kampagne zielt auf die „sauberen Deutschen", die glauben „nichts zu verbergen" zu haben und denen mit Einführung der PK mehr Sicherheit durch größere Effektivität der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung sowie die Vereinfachung des Umgangs mit den Behörden versprochen, ja sogar ein größerer Datenschutz suggeriert wird, da die Karte weniger Daten enthalte als der bisherige Ausweis. Obwohl platt und verlogen, darf die Wirkung dieser Kampagne nicht unterschätzt werden. Soll der Widerstand gegen die Einführung der PK und den drohenden Erfassungsstaat 1984 auch nur annähernd vergleichbare Dimensionen erreichen wie bei der Volkszählung, so muß die Linke angesichts der Schwierigkeit der Materie ihrerseits ebenfalls weit im Vorfeld des Einführungsdatums mit einer Aufklärungskampagne beginnen, die Punkt für Punkt den Beweis antritt, daß die Einführung der PK eine Volkszählung in Permanenz bedeutet und noch wesentlich tiefer in Individualsphäre und -recht der Einzelnen — sowie ganzer Bevölkerungsgruppen — eindringt als die Volkszählung es vermocht hätte. Dann wird sich vielleicht zeigen, daß weit mehr Menschen weit mehr zu verbergen haben als sie zunächst glaubten.

1. Mehr Datenschutz durch die PK?

Die Karte sei nur ein, auch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten, verbesserter Ausweis, sagen die Befürworter/innen der PK. Sie enthalte nur Name, Geburtsdatum, Adresse, keine Hinweise mehr wie noch der alte Personalausweis auf „unveränderliche persönliche Kennzeichen", keinen „Säuferbalken", keine sonstigen Vermerke, auch nicht die als verfassungswidrig eingestufte Personen-Kennziffer früherer Entwürfe. Die Benutzung der Karte zur Anlage oder Erschließung von Dateien sei lt. dem neuen Personalausweisgesetz verboten, außer „für Zwecke der Grenzkontrolle und der Fahndung aus Gründen der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr durch die hierfür zuständigen Behörden", versteht sich und selbstverständlich auch nicht für die „zuständigen örtlichen Personalausweisbehörden". Bundes- und Landesdatenschützer hätten zugestimmt.

Tatsächlich ist die PK (samt den dazugehörigen Lesegeräten) für sich genommen nicht mehr und nicht weniger als ein rationalisierter Personalausweis, der weniger sichtbare Daten enthält als der alte Personalausweis. Tatsächlich geschieht bei Kontrollen „nichts, was nicht auch jetzt schon passiert", wie „Die Polizei" (12/83) formuliert, außer daß es maschinell geschieht. Insofern ist die PK (samt Lesegeräten) zunächst nichts anderes als ein automatisiertes Erfassungs- und Eingabe-System, das Kontrollvorgänge beschleunigt.

Die eigentliche Brisanz der PK liegt — insofern ähnlich wie bei der Volkszählung — in ihrer Koppelung mit dem Unterbau staatlicher Verwaltungsautomation bei Polizei- und sonstigen Behörden, die in den letzten Jahren in gigantischem Ausmaß betrieben wurde. Die Einführung der PK als Erfassungs-System ist nur die aktuelle Spitze dieser Entwicklung: Zwar wird auf der PK

System ist nur die aktuelle Spitze dieser Entwicklung: Zwar wird auf der PK

tatsächlich keine Personenkennziffer als erkennbare Laufnummer einer Person geführt, dafür wirken aber die Kombination von Name, Geburtsdatum, Adresse, ergänzend auch noch die ersten vier Stellen der Seriennummer der PK als Erkennungsmerkmal für die ausstellende Behörde, als vollkommen ausreichender Ersatz für eine solche Personenkennziffer. Dieser Ersatz figuriert unter dem Begriff „Ordnungsmerkmal" (OM), über das eine hundertprozentige Identifizierung einer Person und Zuordnung ihrer weiteren Personendaten möglich ist. Mittels dieses OM ist die PK nicht nur der Schlüssel zu den Polizei-Dateien, sondern darüberhinaus auch für die automatisierten kommunalen Einwohnerdatenbänke, hierarchisch gegliedert über zentrale Landesdatenbänke bis zu einzelnen kommunalen Ämtern, die bereits seit längerem nach denselben OM normiert sind und ihrerseits wiederum Drehpunkt eines behördlichen Daten-Netzes sind, das eben dieser Normierung gegenwärtig mit Macht angepaßt wird.



Mit Einführung der PK als Erfassungssystem wird dieser Normierungsprozeß entlang der OM erheblich beschleunigt, effektiviert und in der Verknüpfung für die anfragenden Stellen in wachsendem Maße nutzbar. In der Einführung der PK drückt sich somit die Zuspitzung einer ohnehin stattfindenden technischen Gleichschaltung (im wahrsten, nicht einmal nur im übertragenen Wortsinn wie bei den Nazis) der diversen staatlichen Informations-Systeme aus, die gestützt auf die zentralen Einwohnerdaten-Bänke der Länder technisch die Möglichkeit der Durchleuchtung von „unbescholtenen" Individuen, ganz zu schweigen von bereits erfaßten Fahndungsobjekten sowie ganzen Gruppen, eröffnet. Zu den technischen Details ist bereits einiges veröffentlicht (siehe auch AK 232). Soll allerdings der Behauptung der Betreiber, an eine Erschließung von Dateien außerhalb der Polizei-Systeme sei nicht gedacht und sie sei auch wegen mangelnder Kompatibilität (Vergleichbarkeit) der kommunalen Systeme nicht möglich, mit Tatsachen und nicht nur mit Befürchtungen entgegengetreten werden, dann müssen zur Schiene Polizei/Einwohnerdaten-Banken und insbesondere Einwohnerdaten-Banken/kommunale Verwaltungsautomation noch reichlich Fakten geliefert werden. (In Hamburg wurde eine entsprechende Arbeit jetzt gestartet — siehe nebenstehenden Kasten.)

Sind diese technischen Möglichkeiten erst einmal installiert, verblaßt Datenschutz vollends zur Farce. Da Behörden der „Strafverfolgung" und der „Gefahrenabwehr" eh von den datenschutzrechtlichen Einschränkungen des neuen Personalausweisgesetzes (wie übrigens auch der Meldegesetze u.a.m.) ausgenommen sind, bleibt ohnehin nur die Kontrolle der nicht durch dieses Gesetz geregelten Datenflüsse zwischen Polizei und sonstigen Behörden, insbesondere den kommunalen Datenbänken. Hierzu gibt es aus Kreisen der Datenschützer die Position, daß die Automation der Verwaltung durch Ausschaltung bisher üblicher „Unregelmäßigkeiten" des Handbetriebs auch die technische Kontrollierbarkeit der Datenflüsse erhöhe. Das trifft insoweit zu, daß technisch jeder Datentransfer als ‚Vorgang" protokolliert, d.h. automatisch festgehalten werden kann, weil jeder Transfer im System xyz entweder per Programm oder Einzeleingabe befohlen werden muß und nicht aus Versehen passiert.

Aber wer ist in der Lage zu prüfen, ob das auch geschieht? Die Betroffenen? Eh nicht! Die Datenschützer sind zu mehr als Stichproben weder politisch berechtigt noch von ihrer Sachkenntnis und Kapazität her in der Lage. Bleibt die Kontrolle der Maschinen-Protokolle durch die Behörden selbst. Da bedarf es schon eines bemerkenswerten Vertrauens in demokratische Arbeitsmethoden und Absichten der Staatsorgane und ihrer Behörden, in solcherart Kontrollmöglichkeit der Behörden durch sich selbst einen Fortschritt zu sehen. Worin auch wäre dieses Vertrauen bei der Geschichte deutscher Ämter begründet? Haben nicht die Vorläufer des heutigen automatisierten Melde- und Verwaltungswesens in Zusammenarbeit mit der Polizei, GeStaPo, SS schon einmal in der deutschen Geschichte, als sie technisch noch in den Katasterschuhen steckten, das Instrumentarium für die gezielte Selektion der Juden und anderer mißliebiger Minderheiten geliefert? Und sind nicht auch heute schon wieder Millionen Menschen in den Speichern der Geheimdienste und der Polizei? Angesichts solcher Tatsachen ist nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen erste Bürgerpflicht.

2. „Fälschungssicherheit" — Reaktion auf den Terrorismus?

Die neue Form der Personalkarte sei notwendig geworden, um Fälschungen seitens des internationalen Terrorismus vorzubeugen, heißt es. Das mag 1977 tatsächlich in einigen Köpfen der mittleren Partei- und Behördenetagen eine gewissen Rolle gespielt, vielleicht sogar die Diskussion bestimmt haben. Tatsächlich ist die Einleitung von Schritten zur Automation der inneren Verwaltung, einschließlich der Planung der Einführung eines Personenkennzeichens samt automatischer Erfassungs-Systeme wesentlich älter als der Terrorismus, der bekanntlich 1972 bis 1977 seine Hochphase hatte.

Nicht anders als das gesamte „Programm Innere Sicherheit", mit dem die SPD 1969 antrat, ist auch das Programm zur Automation und Effektivierung des Verwaltungswesens ein Produkt der politischen Erschütterung der BRD (im europäischen Kontext) durch die Krisen 66/67 und die ihr folgenden Studentenunruhen: franz. Mai '68, „heißer Herbst" in Italien '69, Osterunruhen und Anti-Vietnamkriegs-Bewegung 68/69 in der BRD, um nur ein paar Stichworte zu nennen. Die Reform der Inneren Sicherheit (EDV-Hochrüstung der „Sicherheitsorgane", personelle Aufrüstung, Schaffung neuer Polizeibefugnisse in Form von geheimen Sonderkommandos usw.) ist zusammen mit der Reform der inneren Verwaltung Bestandteil eines Gesamtkonzepts der damaligen SPD gewesen, das nach den Erfahrungen von 68/69 auf Re-Stabilisierung sowie mit Blick auf zukünftige Auseinandersetzungen auf Rationalisierung und Effektivierung des staatlichen Herrschaftsapparats zielte. Neben der Polizei gehört dazu eben auch die innere Verwaltung. Seitdem betreibt die „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung" (KGst) die systematische Durchforstung des Behördendschungels sowie der kommunalen Verwaltungsstrukturen mit dem besonderen Auftrag ihrer zügigen und gründlichen EDV-mäßigen Automation.

Parallel zum „Programm Innere Sicherheit, Teil 1" lagen bereits 1972 erste auf umfangreichen Untersuchungen und ersten Erfahrungen basierende Richtlinien für die weitere Automatisierung des Verwaltungswesens vor, einschließlich Plänen zur Einführung von Personenkennziffern. Die heutigen Vorstellungen zur PK gehen zurück auf Diskussionen und Projekte der KGst nach Ablehnung der Personenkennziffer bei der ersten Vorlage eines Bundesrahmen-Meldegesetzes 1977.

Wie leicht erkennbar, kreuzen Entstehungs-, Hoch- und Tiefphasen des Terrorismus nur zufällig die relativ stetige Entwicklungslinie der Automation im Melde- und Verwaltungswesen. Die angebliche „Fälschungssicherheit" ist lediglich der Vorwand, der bei öffentlicher Vorstellung der Pläne am 1977 am billigsten zu haben war, um von seinem eigentlichen Charakter, der Maschinenlesbarkeit, mit der ja immerhin das Verbot einer Personenkennziffer umgangen wird, zu verschleiern.

In diesem Zusammenhang muß auch der Interpretation entgegengetreten werden, die SPD-Regierung sei von diesem Automatisierungs-Prozeß lediglich überrollt worden. Nein, sie hat vielmehr den allgemeinen Entwicklungsprozeß, wie er in der „Wirtschaft" begonnen hatte, bewußt und gezielt für die Effektivierung von Polizei und Verwaltung nutzbar gemacht. Was Zimmermann heute in Sachen Einführung der PK fordert, geht bruchlos aus dieser SPD-Politik hervor. Sollte die SPD in ihrer neuen Oppositionsrolle auf die — nach den Erfahrungen in der Friedensbewegung naheliegende und sich auch durchaus schon abzeichnende — Idee kommen, ihre Politik nachträglich zu einem Irrtum zu erklären, dann sollte ihr die Korrektur nicht zu leicht gemacht werden.

Kommt schließlich in Sachen „Fälschungssicherheit" noch hinzu, daß selbstverständlich gerade die — ach so gefährliche — „organisierte Kriminalität" lt. Polizei-Definition international organisiert ist und sich insofern wohl mit Leichtigkeit mit ausländischen Dokumenten ausrüsten kann — insbesondere, wenn's wie beim Drogenhandel in die höheren Etagen geht. Ähnliches — abgesehen vom Drogenhandel — dürfte für die wenigen noch aktiven westdeutschen Terrorist/inn/en gelten.

3. Mehr Sicherheit durch größere Fahndungseffektivität gegenüber Kriminellen (und Terroristen)?

Tatsächlich: die Einführung der PK würde die Effektivität der Fahndung nach gesuchten Personen an Grenzübergängen und bei sonstigen ständigen oder aktuell eingerichteten polizeilichen Kontrollstellen spürbar erhöhen. — Aber wen trifft's?

Dem/r einzelnen Kriminellen wird sicher, sofern er/sie polizeibekannt ist, das Untertauchen erschwert, sofern er/sie sich der Fahndung nicht durch falsche Papiere entziehen kann. Das gleiche gilt für evtl. Terrorist/inn/en. „Die" Kriminalität jedoch dürfte auch nach evtl. Einführung der PK kaum zurückgehen, da Diebe, Vergewaltiger, Raubmörder u.a.m. in der Regel nicht ihren Perso vorzeigen, bevor sie zuschlagen. Ähnlich gilt das natürlich auch für mögliche Aktionen von Terrorist/inn/en.

Effektivität dagegen kann die Einführung des PK-Systems im Rahmen des ganzen Erfassungs-Hintergrunds gegenüber denen haben, die eben ihren Ausweis gemeinhin treudoof vorlegen, d.h. gegenüber den normal registrierten Bürgern — egal auf welcher Stufenleiter der Politisierung.

Erste Stufe ist die mögliche Anlage von vollständigen Bewegungs- und Charakterbildern einzelner Personen, die — aus welchem Grunde auch immer — polizeiliches Objekt der sog.

mer — polizeiliches Objekt der sog.

„beobachtenden Fahndung' (BeFa) werden. Methode: automatische Protokollierung aller Kontrollabfragen, gezielte Fahndungsabfrage bei der zuständigen Einwohnerdaten-Bank.

Zweite Stufe ist die mögliche Anlage von Bewegungsbildern ganzer Gruppen von Menschen: Minderheiten jeder Art — von sozialen über ethnischen zu kulturellen bis zu politischen Gruppen. Ergebnis: die Anlage von Kriminalgeografien, die die präventiven Eingriffsmöglichkeiten des Staates gegen diese oder jene Minderheit erheblich erhöhen. Methode: automatische Protokollierung bestimmter Kontrollen, gezielte Fahndungsabfragen bei zuständigen Einwohnerdaten-Banken, Rasterfahndungsabgleiche, vermittelt über die Einwohnerdaten-Banken.

Dritte Stufe ist die mögliche Durchleuchtung des sozialen Alltags der Durchschnittsbürger. Stichwort: Normierung und Selektion im Interesse sozialer Sparmaßnahmen, d.h. einer effektiveren Verwaltung der Armut auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Methoden: gezielte Büro-Personenfahndung im Verwaltungsbereich vermittels des Ordnungsmerkmals (OM), um verstreute, eine Person betreffende Daten zu einer Information zu koppeln; Büro-Rasterfahndung nach bestimmten Merkmalen zur Erfassung von bestimmten Gruppen; Erstellung eines allgemeinen statistischen sozialgeografischen Atlanten durch entsprechende statistische Massenauswertungen. Ergebnis: die vielen kleinen Alltags-Tricks, Unregelmäßigkeiten und individuellen Sonder-Wege, die mancher/m heute das Leben auf Staatskosten versüßt, mancher/m erst ermöglicht, werden wegrationalisiert, soziale Leistungen nach unten nivelliert etc. und zugleich diejenigen erfaßt, die aus sozial-geografischen Erwägungen für polizeiliche „Behandlung" vorzumerken sind.

Auch ohne Einführung der PK geht die Entwicklung staatlicher Verwaltungsautomation in diese Richtung. Mit Einführung der PK würden aber eben darüberhinaus die allgemeinen Möglichkeiten der Datensammlungen, -abgleiche usw. jederzeit in Sekundenschnelle individuell mobilisierbar. Praktisch bedeutet das, daß den „Sicherheitsorganen" von ihnen für nötig gehaltene personenbezogene Daten über jede beliebige Person oder Gruppe jederzeit zur Verfügung stehen, ohne daß die zentralen Polizei-Rechner damit vollgestopft werden müßten. Dies ist wahrlich eine Effektivierung der Fahndung — allerdings nicht im Interesse der Bürger, sondern einer Polizei, die als Spinne im Netz mehr und mehr alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

4. Entbürokratisierung und „weniger Staat" durch Verwaltungsvereinfachung?

Allerdings, die Benutzung der PK könnte den Verkehr zwischen Bürger und Verwaltung vereinfachen, indem durch Quer- und technische Gleichschaltung der verschiedenen Ämter Schreib- und Antragsaufwendungen üblicher Art reduziert werden. Auch wäre die PK praktischer als der Personalausweis, weil leichter, abwaschbar, kleiner u.a.m. Insofern mag manche/r wirklich eine Entbürokratisierung erwarten.

Nichtsdestoweniger ist absehbar, daß eine solche Entbürokratisierung auf Dauer dem Staat zu effektiver Kontrolle, den Bürgern aber nicht zu mehr Freiheit verhelfen würde. Schon jetzt ist von den Betreibern klargestellt, daß die PK auch im privaten Verkehr Einzug halten soll, vor allem im Bereich betrieblicher Überwachungs- und Sicherungs-Systeme, wo schon heute vergleichbare Karten benutzt werden, die durch die PK leicht und effektiv zu ersetzen sind. Es folgen außerdem der Bankverkehr, öffentliche Dienstleistungen u.a.m. Aus der Erleichterung des Umgangs mit dem Staat von unten



Direkte, blitzschnelle Verbindung von jedem Peterwagen ...



... zum BKA-Computer.

wird somit flugs eine Erleichterung der allseitigen Kontrolle von oben, die befürchtete totale Erfassung und der allgegenwärtige Staat. Die PK bliebe nach ihrer Einführung zudem mit Sicherheit nicht nur im übertragenen Sinne der Schlüssel zum Erfassungsstaat, sondern würde sich zu einem unverzichtbaren realen Schlüssel alltäglicher Verrichtungen am Arbeitsplatz wie im Freizeitbereich entwickeln: ohne PK bist du nicht mehr identifizierbar und damit geschäfts- und bewegungsunfähig. Dies ist zwar gegenwärtig politisch noch eine Utopie, technisch allerdings ist diese Entwicklung möglich und auch gewollt. Und was technisch möglich ist, das wird von entsprechenden Kräften auch politisch angestrebt werden, allen voran Leute wie Zimmermann, Strauß und Co.

Mensch muß in diesem Zusammenhang wohl auch daran erinnern, daß diese innenpolitischen Entwicklungen im Zusammenhang der globalen Krisen- und Vorkriegspolitik der BRD stehen. Auch hier wird der Nutzen der PK und ihres Hintergrunds für ihre Betreiber offensichtlich: u.a. Effektivierung der Wehr- und Zivildiensterfassung bei gleichzeitigr Aussonderung präventiv gespeicherter potentieller Störer.

5.) Verpflichtung durch Europa-Konvention?

Es gibt eine Empfehlung des Ministerrats des Europarats von September 1977 zur Einführung eines „fälschungssichereren" Ausweises nach einheitlichem Muster, sowie eine Empfehlung der internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO), einer Unterorganisation der UNO, vom November 1978, eine elektronisch lesbare PK einzuführen. Diese Empfehlungen sind offenbar von anderen europäischen Staaten nicht angenommen worden, jedenfalls offiziell nicht. In Frankreich sogar begleitet von einer explizit antifaschistischen Argumentation, daß Mißbrauch durch entsprechende Regimes nicht auszuschließen sei. In England gibt es nicht einmal ein dem (west)deutschen vergleichbares Meldewesen, infolgedessen auch kein vergleichbares Personalausweis(un)wesen. Die Niederländer haben keine Personalausweise. Das soll so bleiben. Ebenso in Belgien. Die Schweiz hat eine Personalkarte, die aber nicht computerlesbar ist. Österreich will bei dem herkömmlichen Ausweis bleiben. Italien hat von der geplanten Einführung einer PK aufgrund innerer Wirren Abstand genommen. Schweden hat zwar keine Personalausweise, dafür aber im Führerschein eine zehnstellige Personenkennnummer. Kurz: von einer Verpflichtung, die aus einheitlichen Plänen im europäischen Rahmen resultieren könnte, kann nicht die Rede sein. (Es wäre allerdings interessant, dies weiter aufzuarbeiten).

Bemerkenswert ist Zimmermanns Hinweis auf die Effektivierung der Grenzfahndung — während gleichzeitig mindestens im Rahmen der EG über die Verwandlung der Grenzen in grüne Grenzen verhandelt wird. Das kann nur zweierlei heißen: entweder das Bundesinnenministerium spinnt oder ihr gegenwärtiger Chef denkt Deutschland schon wieder einmal in den Grenzen Europas nach dem Motto: am deutschen (Paß)wesen soll die Welt genesen.

Was nun, was tun?

Kommt schließlich das Argument: „Was soll man machen?" Dazu ist in aller Bescheidenheit anzumerken: der Kampf gegen die Einführung der PK und den Erfassungsstaat ist ein Abwehrkampf. Jede Vorstellung etwa derart, daß nach hoffentlich verhinderter Einführung der PK die Gefahr des Überwachungsstaats gebannt sei, wäre Illusionsmacherei. Insofern ist es richtig, praktisch eine Kampagne gegen die Einführung der PK als aktuellem Ausdruck dieser Entwicklung zu entfalten. Die unmittelbare Forderung dazu lautet: Sofortiger Stop aller Vorbereitungen und Außerkraftsetzung des neuen Personalausweisgesetzes! Dies dürfte sicher der breiteste demokratische Konsens in der Sache sein. Es wäre aber fatal, den Inhalt der Kampagne in dieser Weise auf die PK selbst zu begrenzen. Wir stimmen damit überein, was die AG Demokratie und Recht der GAL/HH dazu in einer Erklärung zur PK am 18.8.83 formulierte: *Mit der Verhinderung der Einführung der PK ist es allerdings nicht getan: es müssen zugleich und darüberhinaus juristische und politische Schritte auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene unternommen werden gegen die einzelnen Teile des in den letzten Jahren aufgebauten Kontroll- und Überwachungssystems selbst, dessen Existenz erst die Voraussetzung dafür ist, daß die PK als Schlüssel zum Kontrollstaat wirksam werden kann. Es sind dies im wesentlichen:*

- *die unkontrollierbaren, ständig weiter ausgebauten Informationssysteme und Datensammlungen von Polizei und sonstigen 'Sicherheitsorganen', sowie deren Verbund, insbesondere Koppelung zwischen Geheimdiensten und Polizei;*
- *die wachsende Verkoppelung zwischen privaten (z.B. Schufa) und betrieblichen (Paisy, PIS etc.) und staatlichen Informationssystemen;*
- *die beabsichtigte technische Groß-Vernetzung der Systeme mittels Einführung zentraler automatischer Einwohnerdatenbanken der Länder;*
- *die Einrichtung kommunaler Datenzentren mit sog. online-Verbindungen zwischen Polizei-, Melde- und sonstigen Behörden sowie privaten Datenbanken — hier in Hamburg z.B. mit Sitz im Polizeipräsidium;*
- *die rechtliche Absicherung des staatlichen Kontrollanspruchs und der Datenvernetzung u.a. durch*
- *die neuen Polizeigesetze von 1977*
- *die neuen Meldegesetze*
- *das neue Personalausweisgesetz*
- *die neuen Volkszählungsgesetze*
- *ein beabsichtigtes neues Amtshilfegesetz* (gemeint: die neuen Datenübermittlungs-Verordnungen in Bund und Ländern - AK). Als notwendige Maßnahmen, die zu ergreifen und zu unterstützen seien, werden genannt:
- *Datensammlungen der 'Sicherheitsorgane' einzuschränken;*
- *die Entkoppelung betrieblicher, privater und staatlicher Datensysteme zu fördern;*
- *der beabsichtigten Vernetzung durch BTX und Verkabelung entgegenzutreten;*
- *die genannten Gesetze und Gesetzesvorhaben unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes einzugrenzen, womöglich zu ändern* — oder auch abzuschaffen, wäre zu ergänzen.

Besonderer Gegenstand kommunaler Bemühungen müsse sein:

- *den weiteren Ausbau einer zentralen Einwohnerdatenbank in Hamburg zu unterbinden;*
- *das kommunale Datenzentrum zu dezentralisieren und den Zugriff der Polizei darauf zu unterbinden.*

Nur so kann dem sicher zu erwartenden Versuch begegnet werden, mit geringfügiger technischer oder juristischer Kosmetik dem Widerstand gegen PK und Erfassungsstaat die Spitze abzubrechen. Dies gibt eine Chance die sicher zu erwartenden Versuche abzuwehren, mit geringfügigen technischen oder juristischen Kosmetiken dem Widerstand gegen die PK und den Erfassungsstaat die Spitze abzubrechen. Im übrigen kann über dies hinaus versucht werden, diese Entwicklung in den Rahmen der Vorkriegspolitik zu stellen, wie sie von den BRD-Strategen betrieben wird. Für die Form des Widerstands ist angesichts der bewußt jeden Widerstand individualisierenden Einführungsstrategie die Schaffung von Kristallisationspunkten vorrangig, an denen sich eine kritische Öffentlichkeit und aktiver Widerstand kollektiv entfalten können. (siehe dazu nebenstehenden Kasten).

F. Antifa-Kommission
KB/Gruppe HH

Am 1. April 1984:
Auf zum "Bundeswaschtag" und zur "Aktion Schlange"

Ausgehend von dem Kölner Kongreß „Vor den Toren von Kabylon" vom 28.-30.10.83 trafen sich am 3./4.12. in Köln Vertreter/innen mehrerer Initiativen, Gruppen und Organisationen, um den von dem Kölner Kongreß beschlossenen Aufruf für eine Kampagne gegen die Einführung der PK zu präzisieren und die anlaufende Kampagne zu koordinieren. Anwesend waren: Büro Petra Weiß/Hamburg; FORBIT e.V./Hamburg; AG Computer & Medien/GRÜNE im Bundestag; Kölner Vorbereitungsgruppe des Kabylon-Kongresses; AK-Datenschutz/Hamm; Erfassungsschutz AG/Gießen; Kommunistischer Bund; AG Demokratie und Recht/GAL Hamburg; HH-Vobo-Nachfolgegruppe; AG Datenschutz der AL/Westberlin.

Das nächste Treffen soll, mit allseits erhoffter breiterer Beteiligung weiterer Gruppen, am 21./22.1.84 in Gießen stattfinden.

Als Vorschlag für die Kampagne wurde folgender vorläufiger Fahrplan aufgestellt: Silverster 83/84: Aufruf zu dezentralen phantasievollen Aktionen zur Begrüßung des ORWELL-Jahres;
ab 1.1.84 Beginn des öffentlichen Countdowns zum 1.4.84 unter der Parole: „noch 91 .. (90,89,88 usw.).. Tage bis zum Bundeswaschtag." Erste Gelegenheit, den Countdown zu beginnen, können die Aktionen zum 1.1. sein;
am 18./19.2.84 (oder am 3./4.3.84) findet ein weiterer Arbeitskongreß zu Neuen Medien, Automation und Überwachungsstaat unter besonderer Berücksichtigung des praktischen Nutzens für die anlaufende Kampagne gegen die Personalkarte statt, Ort: Gießen;
der 1.April wird zum „Bundeswaschtag" erklärt, an dem alte Personalausweise kollektiv gesäubert werden sollen;
ab 2.April beginnt die „Aktion Schlange", in deren Verlauf gültige, aber auf verschiedene Weise unbrauchbar gewordene Personalausweise auf Orts- und Meldeämtern abgegeben und die Ausgabe neuer (alter) Personalausweise beantragt werden soll. Ziel der Aktion soll sein: 1) einen ersten Kristallisationspunkt für einen kollektiven Widerstand zu setzen, 2) eine technische Störung der Einführungsstrategie zu versuchen, 3) demonstrative Öffentlichkeitsarbeit zu machen, 4) aufs Differenzierteste auf das Amtspersonal einzuwirken. Dementsprechend sollen die — örtlich organisierten — Aktionen erstmals gemeinsam am 2.4. demonstrativ und kollektiv, verbunden mit Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen aller Art beginnen. So weit möglich, soll die Aktion an den nächsten Tagen und Wochen fortgeführt, mindestens aber an bestimmten Tagen im April wiederholt werden. Das hängt ja wohl auch von den jeweiligen örtlichen Bedingungen ab;
am 27.4. wird die von den Anti-Kabel-Gruppen geplante „ORWELL-Woche" beginnen, die u.a. „Datenschutz"-Anfragen an verschiedene Behörden mobilisieren soll, nach dem Motto: „Welche Daten sind warum über mich zu welchem Zweck gespeichert?" (z.B. Schufa, BKA, Einwohnermeldeämter, Arbeitsamt etc.);
am 1.5.84 Beteiligung an Mai-Kundgebungen zum Ausklang der ORWELL-Woche, insbesondere mit dem Versuch, die Themen PK und betriebliche Überwachungssysteme zu koppeln;
sofort nach Beendigung der „Aktion Schlange" soll ein Auswertungstreffen stattfinden, wo auf der Grundlage der gemachten Erfahrung über weitere Aktionen beraten werden soll. Im Vorfeld der April-Aktionen sollen Anstrengungen für Untersuchungs- und Öffentlichkeitsarbeit unternommen werden, um der Propaganda-Kampagne des BMI entgegenwirken zu können und für den 1.4. zu mobilisieren. Besonderer Gegenstand von Untersuchung wird die Wirkung der PK im Rahmen der forcierten Automation kommunaler Verwaltung sein. Nach langem bürokratischem Gezappel der hamburger LandesGRÜNEN in der GAL wird von den BundesGRÜNEN dazu inzwischen ein vom hamburger Wissenschaftsladen FORBIT zu erstellendes PILOT-Projekt am Beispiel Hamburg finanziert. Es soll anwendungsbezogen der Entwicklung der Kampagne und der Arbeit von Initiativen unmittelbar zugute kommen. Über das Büro Petra Weiß wird aus Hamburg eine Broschüre mit aktuellem INFO-Material zur PK zur Verfügung gestellt, die demnächst über den alten VoBo-Verteiler verschickt werden soll. Ebenfalls über das Büro Petra Weiß soll zwecks Koordination, Informationsaustausch und Stärkung der Initiativen-Infra-Struktur ein mehr oder weniger regelmäßiges INFO verbreitet werden. Die GRÜNEN im Bundestag sowie die GAL/Hamburg und AL/Westberlin wollen die April-Aktionen durch entsprechende parlamentarische Aktivitäten auf Bundes- sowie Länderebene so begleiten (Gesetzentwurf gegen das neue Personalausweisgesetz, Große Anfrage), daß sie die Mobilisierung unterstützen. (Weitere Einzelheiten entnehme frau/man bitte dem Protokoll des Kölner Treffens, das über das Büro P.Weiß, Thadenstr. 130, 2 HH 50, oder notfalls über mich, zu beziehen ist).
F., 15.12.83

neuer (alter) Personalausweise beantragt werden soll. Ziel der Aktion soll sein: 1) einen ersten Kri-
den FORBIT zu erstellendes PILOT-Projekt am Beispiel Hamburg finanziert. Es soll anwen-

Literatur:

Neuere AK-Artikel zum Thema
AK 239: Kongreß „Ratschlag gegen die 'schöne neue Welt' beschließt: Kampagne gegen die Einführung der computerlesbaren Personalkarte
AK 232: Neuer Personalausweis — Schlüssel zum Computerstaat? (2.5.83)
AK 232: Betrifft Volkszählung: Fakten zur Verdatung der Republik (5.4.83)
AK 231: Gezählt wird nicht, die Volkszählung wird zum Fiasko: Thesen, Artikel und Interview zur Volkszählung.
Zum Einlesen
Totale Überwachung, der neue Personalausweis. Broschüre der AG-Datenschutz der AL/WBln. (kostenlos zu beziehen über AL-Büro, Badensche Str. 29, 1 WBln 31)
Nica Hardmann, Überwachung total: Der neue Personalausweis, Verlag die Werkstatt, Oktober '83

verdatet, verkabelt, verkauft

verdatet, verkabelt, verkauft



In immer mehr Betrieben werden Datenverarbeitungssysteme eingeführt, die dem Unternehmer die alleinige Verfügungsmacht und den uneingeschränkten Zugriff zu den Daten aller Kolleginnen und Kollegen ermöglichen sollen.

Beim Austausch von Erfahrungen ist uns klargeworden, daß unser Widerstand allein im Betrieb nicht ausreicht. Daher haben wir — eine Gruppe von Menschen aus verschiedenen Hamburger Betrieben — eine Veranstaltung in Hamburg zu diesem Thema gemacht, die wir mit dieser Broschüre dokumentieren. Mit Texten aus Science-Fiction-Romanen, Unternehmerzitaten, kurzen Sketchen, Video-Filmen, Dias und einer Ausstellung glauben wir, die kommende Entwicklung deutlicher darstellen zu können als durch herkömmliche Podiumsdiskussionen und Referate. Außerdem wollen wir damit anregen, etwas Ähnliches oder vielleicht auch, mit neuen Ideen, etwas ganz anderes zu probieren.

Diese Broschüre ist zu bestellen über:
Medienpädagogikzentrum Hamburg
Thadenstr. 130 a
2000 Hamburg 50
gegen Vorauszahlung auf das
Sonderkonto Karsten Groth
Postscheckamt Hamburg
Nr. 55 78 55-201
BLZ 200 100 20
Preis: DM 6,— pro Exemplar
zuzüglich Porto etc. für

1 Ex.	—,70
2 Ex.	1,—
bis 10 Ex.	5,—
bis 20 Ex.	8,—

Stichwort: "Computerkriminalität"

Kriminologen in allen westlichen Ländern, voran die USA, wie immer dichtgefolgt von der BRD, machen sich Gedanken über ein neues Phänomen, das sie „Computerkriminalität" nennen. Man zeigt sich beunruhigt über zunehmende unbefugte Benutzung privater, öffentlicher und staatlicher Systeme für private oder — seltener — politische Zwecke durch ausgeflippte Top-Spezis oder auch Hobby-Bastler von der Art der „hacker", wie sie der Film „War Games" anschaulich schildert.

Man macht sich nicht nur Gedanken. Man handelt auch. Das Wort „Sicherheit" hat in diesem Zusammenhang Hochkonjunktur. Und nicht nur das: in den USA wurde kürzlich der „hacker" Mark Austin, 19 Jahre alt, verhaftet. Ihm droht eine mehrjährige Gefängnisstrafe nach dem neuen US-„Gesetz gegen Computerkriminalität". Ähnliche Gesetze sind für die BRD auch in Vorbereitung. Es scheint, als ob auch im Computerzeitalter die „ultima ratio" der Herrschenden zur Sicherung der Besitzverhältnisse, d.h. aktuell des Computer-Monopols, die Repression oder mindestens ihre exemplarische Vorführung bleibt — eine beruhigende Beobachtung.

Worum geht's?

Die Entwicklung neuer EDV-gesteuerter Automations-Techniken hat ein Stadium erreicht, indem sie über die massenhafte Durchdringung der Produktion hinaus nunmehr sichtbar auch den sog. tertiären Sektor von Verwaltung und Dienstleistung und zunehmend auch den Konsumtionsbereich erfaßt: BTX, Kabelfernsehen, Neue Medien, Home-Computer sind der massenhafte Ausdruck dieses Prozesses. Ungute Erinnerungen an die Einführung des Volks-Empfängers während der Nazi-Zeit werden wach. Mit Recht: die Gesamt-Entwicklung ist bedrohlich und muß entschieden bekämpft werden, wo ohnehin schon gegebene menschenfeindliche Entwicklungen, Unterdrückung und Ausbeutung auch noch automatisiert und somit effektiviert werden. Diese Erkenntnis und eine dementsprechende Praxis soll hier vorausgesetzt werden.

In Ergänzung dazu muß aber auch gesehen werden, daß eben jene aktuelle Vermassung der Computerisierung zugleich die Störanfälligkeit der automatisierten Systeme erhöht. Das gilt zum einen im technischen Sinne. Das soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Das gilt darüberhinaus für die menschliche Bedienung der Apparate. Mensch könnte sagen: mit zunehmender Vermassung der Computertechnik bis zum Volks-Computer wirkt die soziale Realität wieder als Faktor auf die Entwicklung und Benutzung der Maschinerie

Volks-Computer wirkt die soziale Realität wieder als Faktor auf die Entwicklung und Benutzung der Maschinerie

zurück und zwar — aus der Sicht der Herrschenden durchaus beunruhigend — als Störfaktor. Der Begriff „Computerkriminalität" gibt das zu erkennen. Gemeint ist die unbefugte Benutzung privater oder öffentlicher Systeme zu privaten, ggf. auch politischen Zwecken, die dem Kapitalinteresse an der Computerisierung, der Rationalisierung und Effektivierung von Produktion und Herrschaft im Dienst des Profits, zuwiderlaufen. Dabei ist die Realität dessen, was die Herrschenden unter dem Begriff „Computerkriminalität" fassen, ebenso vielfältig wie die soziale Realität selbst und entspricht in der Benutzung des Begriffs durchaus den bisher handelsüblichen Kategorien bürgerlicher Kriminologie, wenn auch noch recht vage und ohne ausreichende empirische Grundlagen. Die Hauptpunkte sind danach:

- Wirtschaftskriminalität, dabei speziell die Wirtschaftsspionage, Betriebsspionage u.ä.;
- Programmklau bzw. unberechtigter Handel mit Programmen;
- unberechtigter Daten-Handel;
- florierender Versicherungsbetrug;
- Computermanipulation durch automatisierte Buchhalter/innen oder andere Spezis aus dem Betriebsinnern;
- Computermanipulation von außen (sog. hacker);
- Sabotage;
- politische Enthüllungen oder politische Spionage durch Anzapfen von computerisiepten Geheimnisträgern. Kurz: die Liste enthält die ganze Realität von Konkurrenz -und Klassenkampf.

Unter den aktuellen politischen Bedingungen der USA, mehr noch der BRD, sind die „Sicherungsprobleme" in bezug auf computerbezogene Wirtschaftskriminalität, Betriebsspionage, Programmklau usw. zweifellos von größerer Bedeutung als evtl. politische Enthüllungen durch „hackerei" oder gar Sabotage. Dies könnte sich allerdings unter anderen politischen Bedingungen anders darstellen, insbesondere bei einem durchaus denkbaren Anwachsen organisierten politischen Widerstandes gegen das gesamte System, ganz zu schweigen von einer evtl. Entstehung revolutionärer Massenorganisationen, die etwa Sabotage, technische Subversion u.ä. zum organisierten Bestandteil ihres Widerstandes machen würden. Allemal ist festzustellen, daß die Zahl der potentiellen unbefugten Benutzer/innen naturgemäß in dem Maße wächst, wie die Zahl der mit Computern und deren Systemen beschäftigten Menschen zunimmt und vor dem Hintergrund politischer Organisiertheit könnte darin ein Sprengsatz liegen. Insofern ist das Vorgehen gegen die heute eher unpolitischen und individualisierten „hacker" in den USA zu begreifen als demonstrative präventive Disziplinierung nach dem Motto: „Hacker bleib bei deinen Leisten!" (In diesem Zusammenhang ist ja auch nicht uninteressant, daß die meisten jugendlichen „hacker" in den USA später als Spezialisten die besten „hacker-Jäger" abgeben).

Die eigentliche „Computerkriminalität" im Sinne der genannten Wirtschaftskriminalität oder gar im Sinne der noch darüber angesiedelten „befugten" computer-manipulierten Transaktionen von Großkapital werden von diesem Vorgehen wo wenig betroffen wie z.B. beim Kampf gegen den

Transaktionen von Großkapital werden von diesem Vorgehen wo wenig betroffen wie z.B. beim Kampf gegen den

Drogenhandel die staatlich gedeckten Großhändler in den Kreisen des Großkapitals und der Mafia dadurch, daß der kleine Verbraucher und der kleine Zwischenhändler abgestraft wird.

Elektronischer Pförtner

Von der Methode her handelt es sich beim „unbefugten Benutzen" im wesentlichen um ein Quereinsteigen vermittels Kennwort (Kennziffer oder Code) — die Qualifikation des Quereinsteigers bzw. der Quereinsteigerin, seine/ihre technischen Mittel der Netz-Verbindung oder Netz-Benutzung am eigenen Arbeitsplatz vorausgesetzt. Dabei kann das unbefugte Benutzen von innerhalb und von außerhalb gegebener Systeme geschehen, durch Top-Spezialisten, die ihren gesonderten Interessen aufgrund ihrer Fachkenntnisse nahezu unkontrolliert nachgehen können, ebenso wie durch Hobby-Bastler wie sie der Film „War Games" — soweit es die technische Seite betrifft — durchaus realistisch zeigt. Der jetzt inhaftierte Mark Austin soll erwischt worden sein, als er justamente im System der Airforce herum„hackerte", in der Hoffnung, Geheimdaten zur Raketenaufrüstung der US-Streitkräfte veröffentlichen zu können.

In den USA scheint es bereits Tausende junger Leute zu geben, die sich entweder einfach nur einen technischen Spaß daraus machen, fremde Systeme zu knacken oder dasselbe Spiel mit dem Ziel der Erlangung privater Vorteile, wie Zensuren-Änderung u.ä betreiben, seltener bisher allerdings mit politischen Absichten zu verbinden trachten. In der BRD steht eine solche Entwicklung erst am Anfang.

Technische Voraussetzungen dafür in den USA ist die offene Vernetzung der Systeme über das allgemein zugängliche Telefon- und Postnetz, das die direkte Verbindung zwischen allen ans Fernsprechnetz angeschlossenen Systemen technisch möglich macht. Für die BRD wird erst die Durchführung der geplanten Verkabelung und Einführung von BTX zu einer vergleichbaren Situation führen — dann allerdings in ziemlichen Dimensionen.

Zurück zum Kennwort: Das in der Regel hierarchisch organisierte und administrativ verwaltete Kennwort-System ist sozusagen der elektronische Pförtner, mit dem die verschiedenen Systeme sowie innerhalb der Systeme und Dateien die Teil-Systeme und Teil-Dateien gegeneinander abgeschottet und Daten vor unbefugtem internen wie ggf. auch externen Zugriff bewahrt werden sollen. Anders als der gute alte Pförtner ist die Kennwort-Erkennung aber in ihrer maschinellen Begrenztheit nicht in der Lage, dem Kennwort eine bestimmte Person unverwechselbar zuzuordnen. D.h., bei Kenntnis der entsprechenden Kennworte kann sie jede/r als Schlüssel für den ungehinderten Zugriff auf entsprechende Daten benutzen — gleich, ob er/sie von außen oder von innen in das betreffende System eindringt.

Hieraus ergeben sich eine Reihe von Handlungs-Möglichkeiten. Um nur ein paar zu nennen:

Hieraus ergeben sich eine Reihe von Handlungs-Möglichkeiten. Um nur ein paar zu nennen:

- Bei Kenntnis des Gesamtprogramms und einer Übersicht über die hierarchisch gegliederten Kennworte von oben sind Top-Spezis in der Lage, Informationen im System „zu verstecken" bzw. ihm versteckt zu entnehmen;
- bei Kenntnis von Teilprogrammen und erfolgtem Kennwort-Austausch zwischen Kollegen können diese miteinander im Programm umherfahren — soweit ihr (kollektiviertes) Kennwort reicht;
- bei Kenntnis von Kennworten (sei's durch systematische technische Suche, sei's durch Indiskretion) kann von außen in Systeme eingestiegen werden — allerdings immer nur für den Geltungsbereich des Kennworts, übergeordnete Hierarchien müssen neu erschlossen werden.

Und schließlich ein faszinierender Gedanke: die Funktion des gesamten Kennwort-Systems ist davon abhängig, daß die Kennworte geheimgehalten werden und zwar doppelt: zum einen innerhalb eines jeweiligen Systems (Betrieb, Amt, Polizei) und zum anderen nach außen gegenüber der Öffentlichkeit. Sollte diese Geheimhaltung nicht nur aus Versehen, sondern gezielt aus Disloyalität, oder unter bestimmten Bedingungen gar organisiert, durchbrochen werden, wäre damit die Öffentlichkeit des Datenflusses hergestellt — sozusagen Datenschutz total. Nun ja — unter aktuellen Bedingungen eine Utopie, die allerdings zeigt, wo das Problem der Datensicherung im Kern liegt: nicht in der hardware, nicht in der software, sondern in der ideologischen und politischen Haltung der Menschen, die diese Technologie bedienen.

Sicherungsmaßnahmen

Im Sinne der Herrschaftssicherung wird damit eine Schwachstelle in der aktuellen technologischen Entwicklung sichtbar, die von den Herrschenden durchaus als Lücke empfunden und um deren Beseitigung sich fieberhaft bemüht wird. Diverse technische Maßnahmen zur Abschottung der Systeme untereinander wurden bereits entwickelt, angefangen bei Methoden des „Zerhackens" bzw. „Kryptographierens" von Informationen, die durch die öffentlichen Netze geschickt werden. Hierdurch soll der Einstieg von außen verhindert werden. Nun ist allerdings klar: wo es eine technische „Verzerrung" gibt, da gibt es notwendigerweise auch die Möglichkeit der „Entzerrung". Das ist dann eine Frage des technischen Aufwands. Desweiteren wurden komplizierte System-Verwaltungsprogramme entwickelt, die der eigentlichen System-Be-Nutzung vorgeschaltet sind und in die hinein schon nur noch mit Kennwort gegangen werden kann. Innerhalb der Systeme wurden elektronische Sperren bei der Kennworteinlösung programmiert, die als „Kennwort-Fallen" unbefugte Eindringlinge abfangen sollen. Viele „hacker" stolpern heute offenbar irgendwann über solche Kennwort-Fallen. Darüberhinaus wurden Selbstverwaltungssysteme bei der Kennwort-Vergabe eingeführt. Damit können die jeweiligen Kennwort-Inhaber/innen beim Verdacht, ihr Kennwort könnte im Kollegenkreis (oder darüberhinaus) gegen ihren Willen bekanntgeworden sein, sich selbst wieder unabhängig von einer zentralen Neuvergabe ein neues Kennwort geben, das nur sie kennen bzw. ihre Vorgesetzten, denen es angegeben werden muß.

„Sicherheitsrelevante" Systeme, etwa des Militärs oder der Polizei u.ä., laufen teilweise oder ganz auf eigenen

„Sicherheitsrelevante" Systeme, etwa des Militärs oder der Polizei u.ä., laufen teilweise oder ganz auf eigenen

Netzen, in die von außen keine bzw. nur gestaffelte Wege führen, die offenbar technisch vollkommen kontrollierbar sind, andernfalls wüßten z.B. sich militärische Gegner der USA oder BRD mit Sicherheit auf technischem Weg in den Besitz militärischer Geheimnisse zu bringen. Alle bekannten öffentlichen Informationen sprechen aber dagegen, daß dem so sei. Ähnliches läßt sich z.B. über die Systeme der BRD-„Sicherheitsorgane" sagen wie VS-, MAD-, BND- und diverse Polizei-Systeme wie INPOL, POLAS u.a.m., die zu großen Teilen auf eigenen Netzen laufen (wie weit im einzelnen wäre allerdings mal eine eigene Untersuchung wert).

Die Beispiele der „sicherheitsrelevanten Bereiche" zeigen, daß in abgeschlossenen Bereichen technische und organisatorische Lösungen der „Sicherheitslücke" möglich sind. Wie weit das auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung übertragbar ist, ist eine offene Frage, die zu lösen wir getrost der Gegenseite überlassen können. Aktuell sieht es allerdings erst einmal so aus, als ob mit der vor unseren Augen stattfindenden Vermassung der Computerisierung die genannte Lücke zunächst größer wird und für die Betreiber der Computerisierung ein akutes Problem darstellt.

Es ist auch leicht zu erkennen, daß — was immer an technischen und systematischen sowie organisatorischen Sicherungen noch entwickelt werden mag — die Aktivierung der System-Eingänge durch Kennwort unumgänglich ist. Das gilt auch für die relevantesten der „sicherheitsrelevanten" Systeme, solange nicht den Menschen, die die EDV bedienen, ein klar identifizierbarer elektronischer Impuls als unverwechselbares persönliches Kennzeichen ins Gesicht gezeichnet, an den Körper geheftet oder ins Gehirn versenkt worden sein sollte. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt der elektronische Pförtner die entscheidende Lücke in der Perfektion eines drohenden Computer- und Überwachungsstaats. Trotz technischer Sicherungsversuche bleibt damit für die Besitzer der Computer, und das sind heute die Kapitalisten und ihr Staat, die Erhaltung der Loyalität ihrer Beamten, Angestellten, Arbeiter das A und O für einen Einsatz der Maschinerie in ihrem Sinne. Mehr noch: im Zuge der Vermassung der Computer-Technologien gewinnt die Aufrechterhaltung dieser Loyalität noch an Bedeutung, eben weil mit der Effektivität der Technologie auch ihre Störanfälligkeit gewachsen ist und weiter wächst.

In den ersten Entwicklungsphasen der Computerisierung (seit der Entwicklung von ersten elektronischen Rechnern während des zweiten Weltkrieges bis zur Entwicklung von Microprozessoren in den Siebzigern) mochten hochdotierte Bezahlung und die Forschungsprivilegien der im Vergleich mit der heutigen Situation wenigen Spezialisten zur Aufrechterhaltung dieser Loyalität ausgereicht haben.

Heute ist die Aufrechterhaltung der Loyalität der in diese computerisierte Maschinerie hineingezogenen tendenziellen Massen das Problem der Herrschenden. Das gilt sowohl für den Produktionsbereich als auch für den Staatsapparat und seine Behörden sowie allgemein für eine im Umgang mit Computern wachsend qualifizierte und z.T. selbst computerbesitzende Bevölkerung. Einerseits liegt eine solche Vermassung der Computertechnologien im unmittelbaren Interesse des Kapitals, andererseits muß das Kapital darauf bedacht sein, sich nicht die Verfügungsgewalt über dieses derart effektivierte Produktions- und Herrschaftsinstrument entwinden zu lassen, sondern sein Monopol darauf zu behaupten.

Konkret heißt das: das Kapital und sein Staat haben zwar ein Interesse an einer massenhaften Verbreitung von Automation bis hin zu Volks-Computern aller Größen und Gattungen, keineswegs aber an einer gleichzeitigen Verbreiterung des bisherigen Spezialisten-Wissens über die Funktionsweise der Computer-Technologie zu einer allgemeinen Volks-Qualifikation in dieser Sache. Im Gegenteil: der Verbreitung von Volks-Computern entspricht das Bemühen, die Bedienungsanleitungen auf Minimalanforderungen zu reduzieren, vergleichbar etwa dem Fahren eines Autos oder dem Steuern des Fernsehapparates u.ä., was in der Regel ohne Kenntnis der technischen Funktionsweise möglich ist und auch geschieht. Das Wissen um die Funktionsweise der Computertechnologie bliebe auf diese Weise nach wie vor Spezialisten vorbehalten, die durch enorme soziale und finanzielle Privilegien dazu angehalten werden, ihr Wissen als Herrschaftswissen im Interesse der herrschenden Klasse einzusetzen.

Tatsache ist, daß das Vorgehen gegen die „hacker" in den USA erst vor diesem Hintergrund seinen Sinn bekommt, nämlich als staatlicher Versuch, eine wildwuchernde Entwicklung von Qualifikation bzgl. Computer-

diesem Hintergrund seinen Sinn bekommt, nämlich als staatlicher Versuch, eine wildwuchernde Entwicklung von Qualifikation bzgl. Computer-

Technologie unter die Kontrolle von Staat und Kapital zu bekommen.

So klassisch wie diese Problemstellung, wenn auch auf neuem Niveau, so klassisch sind die fantasielosen Lösungsansätze: wo der Einkauf mit Privilegien nicht reicht, muß eben die alte Repression wieder her. Gegen „Computerkriminalität" im oben erwähnten Sinne nützt das wenig, gegen den Wildwuchs an wissenschaftlich-technischer Qualifikation und für ihre Ausrichtung an den Verwergungsinteressen und Herrschaftsinteressen des Kapitals aber recht viel.

Bleibt am Schluß als Kampflinie in Sachen Computerisierung anzumerken: wer sich gegen die mit der Computerisierung einhergehende Totalisierung kapitalistischer Verwertungs- und Herrschaftsinteressen stellen will, muß nicht nur ein entschiedenes Nein gegen den Ausbau bestimmter Herrschaftstechniken wie z.B. Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte oder betrieblicher Überwachungs-Systeme u.ä. setzen, sondern auch ein ebenso entschiedenes Ja dazu, sich die Fähigkeiten aneignen zu wollen, mit denen die Herrschenden beim Einsatz dieser Technik und speziell des technisierten Herrschaftsapparats gestört, tendenziell vielleicht gar „expropriiert" werden können, um diese alte Erkenntnis denn doch mal wieder auszusprechen. Wie weit aus der technischen Möglichkeit zur Störung und unbefugten Anzapfung der Systeme über Hobby-Spielereien oder private Bereicherungen hinaus eine politische Realität im Sinne effektiven Widerstands wird, hängt allerdings m.E. nach wie vor, genauer: angesichts dieses gewaltigen Apparats sogar mehr denn je, vom Grad der politischen Organisiertheit ab.

F. Antifa/HH



Der 19-jährige Student Mark Austin aus Kalifornien wurde am 3. Oktober verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, von seinem Heim-Computer aus in 200 Computerdateien, darunter einer aus dem Verteidigungsministerium, eingedrungen zu sein. Obwohl er keinen Schaden anrichtete, droht ihm nach dem neuen Gesetz gegen Computerkriminalität eine mehrjährige Gefängnisstrafe.

Am besten Arier-Nachweise...

Im Rechtsvergleich der Ausländer-Gesetzgebungen innerhalb der EG hält die BRD den Negativ-Rekord: Insbesondere die bundesdeutschen Bestimmungen zur Familienzusammenführung sind so restriktiv wie in keinem anderen Land.

Nur in der BRD gibt es die Nachzugssperre für Jugendliche über 16. Daß von einer weiteren Senkung des Einreise-Alters auf 6 Jahre vorerst abgesehen wird, ist dabei kein Trost. Das neu-gefaßte Ausländergesetz, das voraussichtlich im März '84 verabschiedet werden soll, sieht weitere drastische Einschränkungen bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen vor. Parallel dazu werden die Kompetenzen von Ausländerbehörden und Polizei erweitert: Ein Verstoß gegen die Verpflichtung, ständig seinen Paß mitzuführen, kann zum Beispiel die Ausweisung zur Folge haben.

Asylbewerber sollen für die gesamte Dauer ihres Verfahrens keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten.

Ausländer, die zu Ausbildungszwecken in die BRD einreisen, bekommen nur noch eine begrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Nach Ablauf der festgelegten Frist werden sie ausgewiesen.

Die Bundesregierung will sich besonders in der Frage der „Familienzusammenführung" hervortun.

Der Nachzug von Eltern „eingebürgerter" Ausländer in die BRD soll generell untersagt werden, Ehegatten-Nachzug nur im Rahmen jährlich festgesetzter Quoten erfolgen. Wobei im übrigen der Nachzug nur genehmigt werden soll, wenn der in der BRD lebende Partner mindestens 8 Jahre hier lebt, und die Ehe seit mindestens 1 bzw. 3 Jahren besteht.

Besonders soll der Nachzug von Kindern und Jugendlichen verhindert werden. Zur Frage der Kriterien für eine Beendigung des „Aufenthalts" in der BRD ist man noch unterschiedlicher Meinung, was Details betrifft.

Einig ist man sich allerdings in der Hauptsache:
- Politische Betätigung ist grundsätzlich nicht erwünscht.
- Bezug von Arbeitslosenhilfe ist Ausweisungsgrund, wenn dies über ein Jahr lang erfolgt oder aber bei Ausländern ohne Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung (siehe hierzu AK 232, 7.3.83).

Bevor die heutige Praxis der Ausländerbehörden anhand verschiedener Beispiele dargestellt wird, soll erläutert werden, wie die Behörden die Erteilung von Aufenthaltsberechtigungen formal handhaben.

Sowohl befristete als auch unbefristete Aufenthaltserlaubnisse sind keine Garantie gegen Ausweisung.

So kann beispielsweise bei Bezug von Sozialhilfe die unbefristete Aufenthaltserlaubnis zurückgenommen werden, während die befristete einfach nicht verlängert wird.

Um eine Aufenthaltsberechtigung zu bekommen, muß man
— seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig und ununterbrochen in der BRD leben. Als Unterbrechung gilt u.a. die nicht rechtzeitige Paßverlängerung;
— im Besitz einer „besonderen Arbeitserlaubnis" sein. Diese wird beim Arbeitsamt beantragt und bei einem „rechtmäßigen und ununterbrochenen" Aufenthalt von mindestens 5 Jahren in der BRD erteilt;
— „ausreichende Deutschkenntnisse" besitzen;
— „ausreichenden Wohnraum nachweisen.

Was „ausreichender Wohnraum" ist, variiert derzeit je nach Bundesland:
— In Nordrheinwestfalen und Westberlin bedeutet dies neun Quadratmeter Wohnfläche pro Erwachsenem und Kind.
— In Niedersachsen bedeutet dies zwölf Quadratmeter Wohnfläche pro Erwachsenem und Kind, für Kinder unter sechs Jahren werden acht Quadratmeter verlangt.
— In Baden-Württemberg bedeutet dies zwölf Quadratmeter, wobei im Ausland lebende Kinder unter 16 Jahren (ähnlich wie in Niedersachsen) mitgezählt werden. Auch wenn sie gar nicht nachziehen wollen.
— In Bremen und Schleswig-Holstein bedeutet dies für zwei Personen mindestens fünfzehn Quadratmeter und eine Kochgelegenheit,
für drei Personen zwanzig Quadratmeter (+ Kochgelegenheit),
für vier Personen dreißig Quadratmeter (+ Kochgelegenheit),
Für fünf Personen vierzig Quadratmeter, (+ s.o.),
Für sechs Personen fünfundvierzig Quadratmeter (+ s.o.),
bei sieben und mehr Personen werden pro Person weitere fünf Quadratmeter gefordert.
— In Hessen bedeutet dies für Personen über sechs Jahren zwölf Quadratmeter und für Kinder unter sechs Jahren acht Quadratmeter Mindestfläche.
(aus einem Infoblatt von „terre des hommes").

Und die Praxis heute?

Welchen Schikanen und Unverschämtheiten sich heute schon Ausländer in der BRD gegenübersehen, zeigen die folgenden Beispiele. Sie stellen die Schwierigkeiten bei der Beantragung oder Verlängerung von Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung dar.

Aufenthaltserlaubnis:

— Vormundschaftsfälle:
Der Fall des 11jährigen türkischen Mädchens in Berlin, der durch die Presse ging, steht nicht isoliert da. Allein in Berlin gab es in den letzten Jahren etwa 10 ähnliche Fälle, wo ausländische Kinder unter Vormundschaft bei Geschwistern oder anderen Verwandten lebten und ausgewiesen werden sollten.

Das damals neunjährige türkische Mädchen kam 1980 zu seinem in Berlin lebenden Onkel. Der Vater war gestorben, der Aufenthaltsort der Mutter unbekannt.

Der Berliner Senat wollte dem Mädchen eine Aufenthaltsgenehmigung verweigern:

„Die Tatsache, daß ein ausländisches Kind unter Vormundschaft steht, begründet kein Aufenthaltsrecht.

Die Verwaltungsbestimmungen, gemeinhin unter dem Namen Ausländererlaß bekannt, sehen vor, daß ein Nachzug von ausländischen Jugendlichen nur in begrenzten Fällen stattfinden darf. Nämlich als Nachzug minderjähriger Kinder zu ihren hier lebenden Elternteilen. Befindet sich ein Elternteil im Ausland, dann findet auch kein Familiennachzug statt ..." (Berliner Senatsdirektor Dr. Conen; Sender Freies Berlin, 1.9.83). Die Ausländerbehörde in Berlin zog mit der Begründung nach:

„Es widerspricht dem Interesse der Bundesrepublik Deutschland, Kindern, deren Eltern nicht hier leben, einen längeren Aufenthalt zu gestatten, da ihre Anwesenheit zu einer noch stärkeren Belastung öffentlicher Einrichtungen führen würde".

Gegen das Kind wurde sogar Abschiebehaft angeordnet! Der Vollzug dieses Haftbefehls wurde allerdings durch das Landgericht — nach Beschwerde der Verteidigung — ausgesetzt ...

Die jetzige Lage: Das Mädchen soll erst dann in die Türkei zurückgeschickt werden, wenn die Mutter ausfindig gemacht worden ist.

Ein zehnjähriges spanisches Mädchen in Gelsenkirchen erfuhr eine ähnlich skandalöse Behandlung: Nach dem Tod ihrer Mutter war sie zu einer älteren Schwester nach Gelsenkirchen eingereist.

Der Vater lebt in Spanien als Landarbeiter, seine anderen Kinder sind in spanischen Heimen untergebracht.

Anfang Januar dieses Jahres erhielt die Zehnjährige folgendes Schreiben der Ausländerbehörde:

„Ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin wird hiermit zeitlich bis zum 31. Januar 1983 beschränkt. Sie werden aufgefordert, das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin bis zum 15. Februar 1983 zu verlassen".

Weiter steht dort:

„Ihr Aufenthalt (...) war ... zu beschränken, weil das öffentliche Interesse an Ihrer Ausreise gegenüber Ihrem privaten Interesse an einem weiteren Verbleib überwiegt ... Die Inanspruchnahme von Schul- und Ausbildungsplätzen durch jugendliche Ausländer, die keine engere familiäre Bindung in der Bundesrepublik Deutschland haben, beeinträchtigt deutsche Belange ... Die von ihnen vorgebrachten Argumente sind von mir bei meiner Entscheidung berücksichtigt worden. Es ist jedoch Angelegenheit des Heimatstaates, Ihre Versorgung sicherzustellen, falls Ihr Vater dazu nicht in der Lage sein sollte ... Ihr weiterer Aufenthalt würde nämlich zu erheblichen Schwierigkeiten verschiedenster Art, nicht zuletzt auch zu unzumutbaren Belastungen der öffentlichen Hand führen. Ferner kann die soziale und wirtschaftliche Struktur der Bundesrepublik Deutschland, die bereits heute zu den am dichtesten besiedelten Gebieten zählt und deshalb kein Einwanderungsland ist, durch den Aufenthalt von Ausländern, die nicht zu dem Personenkreis gehören, dem nach dem geltenden Ausländerrecht eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden durfte, gefährdet werden.

Aus den vorgenannten Gründen überwiegt das öffentliche Interesse an Ihrer Ausreise gegenüber Ihrem privaten Interesse an einem weiteren Verbleib im Bundesgebiet".

Und der Nachsatz:

„Die Kosten, die durch eine evtl. erforderlich werdende Abschiebung entstehen, haben Sie gemäß § 24 Abs.6 AuslG. selbst zu tragen" („Waz", 17.2.1983).

Vor dem Verwaltungsgericht wurde schließlich entschieden, daß das Mädchen bei seiner Schwester bleiben darf ...

— Jugendliche Ausländer:
Nach dem Ausländergesetz benötigen alle jungen Ausländer/innen nach Vollendung des 16. Lebensjahres eine Aufenthaltserlaubnis.

Je nach Aufenthaltsdauer bekommen sie eine befristete oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Bei verspäteten Anträgen werden, vorzugsweise in Baden-Württemberg, Jugendliche dazu bestraft, an zwei, drei Wochenenden Arbeit in einer „gemeinnützigen" Einrichtung zu verrichten. Wenn es nicht gleich Strafanzeige und nur kurz befristete Aufenthaltserlaubnis bedeutet:

„... bedeutet die verspätete Beantragung der Aufenthaltserlaubnis (auch wenn es nur 2 Monate sind) ein Verstoß gegen die geltenden Bestimmungen des Ausländergesetzes. Eine Strafanzeige sowie die maximalen Beschränkungen der Aufenthaltserlaubnisse dienen nicht zuletzt dazu, eine generalpräventive Wirkung zu erzielen. Inwieweit bei einer geringfügigen Übertretung der Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis von derartigen Maßnahmen abzusehen ist, liegt im Ermessen des jeweiligen Ausländeramtes ... Ich empfehle den Ausländerbehörden allerdings in den stattfindenden Dienstbesprechungen immer wieder, in diesen Angelegenheiten von ihrem Ermessen Gebrauch zu machen". (aus dem Antwortschreiben eines zuständigen Regierungspräsidiums auf die Anfrage einer Beratungsstelle).

— Verwitwete Ausländerinnen:
Ausländerinnen, deren Ehepartner gestorben sind, wird die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert — mit der delikaten Begründung: Der Einreisezweck in die BRD sei mit dem Tode ihrer Ehepartner „entfallen". Ein besonders rabiater Fall:

Eine türkische Frau wurde 1981 Witwe, ihr Mann war von einem besoffenen Bundeswehrsoldaten in einer Gaststätte erschossen worden. Vergeblich reichte die Frau gegen den Ablehnungsbescheid des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf eine Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht ein. Ihre 2- und 4jährigen Kinder hätte sie jedoch bei Verwandten in der BRD lassen können. Weil sie wegen ihres Alters nicht ausgewiesen werden können ... Nach langem Hin und Her erteilte der nordrhein-westfälische Innenminister der Frau doch eine Aufenthaltsgenehmigung: *„aus ausschließlich humanitären Gründen"* („Bild", 15.7.83).

— Ehegatten-Nachzug:
In Baden-Württemberg wurde einer türkischen Frau die Aufenthaltserlaubnis verweigert, da ihr Mann weder seit 8 Jahren in der BRD lebe, noch eine ausreichende Wohnung zur Verfügung stehe. Außerdem sei die 3jährige „Ehebestandszeit" noch nicht erfüllt.

In dem Bescheid der Ausländerbehörde heißt es:

„... Außerdem bereitet es der Bundesrepublik Deutschland große Schwierigkeiten, die hier dauernd lebenden und zum Teil aus fremden Kulturkreis stammenden Ausländer mit ihren Familien angemessen zu integrieren.

Deswegen sollen die Integrationsbemühungen möglichst nicht durch weitere massierte Zuzüge erschwert werden. Gerade um einer dem Sozialstaatsprinzip zuwiederlaufenden Entwicklung im Innern vorzubeugen, entspricht es in der Regel pflichtgemäßem Ermessen, Ausländern den Zuzug zu verwehren, bei denen damit gerechnet werden kann, daß sie durch ihren Aufenthalt zu den erwä hnten Problemen beitragen".

Es kommt noch viel doller:

„Eine Politik, die darauf hinausläuft, Ausländern unbeschränkt die Einreise in das Bundesgebiet zu gestatten, wäre ... mit dem Willen des Grundgesetzgebers unvereinbar, da sie die allmähliche Umwandlung der zur Zeit noch bestehenden Majorität des deutschen Volkes gegenüber den im Bundesgebiet befindlichen Ausländern in eine Minorität zur Folge haben könnte.

Die Kontrolle und Einschränkung der Einreise und des Aufenthalts ist ein Akt staatlicher Selbstbehauptung, wenn nicht gar Selbstverteidigung ...".

Eine Tradition geht ihren Weg ... (zitiert aus „Die Tat", März 83).

— Kinder-Nachzug:
Hierzu die Bestimmungen des Innenministeriums:

„a) Entspricht die Wohnung nicht den Mindestanforderungen nch Art.3 Abs.2 des Wohnungsaufsichtsgesetzes, ist der Ausländer mit einer Auflage aufzufordern, sich innerhalb von zwei Monaten eine ordnungsgemäße Wohnung zu beschaffen. Hat er danach noch keine ordnungsgemäße Wohnung, ist der Aufenthalt des Kindes nach § 7 Abs.5 AuslG. zu beschränken.
b) Ist die Wohnung ordnungsgemäß, aber reicht die Wohnfläche nicht aus, ist der Ausländer aufzufordern, sich um eine ordnungsgemäße und ausreichende Wohnung zu bemühen und Nachweise über diese Bemühungen alle zwei Monate der Ausländerbehörde vorzulegen: dabei ist dem Ausländer zu erläutern, daß ihm auch der Umzug in eine andere Gemeinde oder in einen anderen Stadtteil und ein tägliches Pendeln zur Arbeit zuzumuten ist.
Bemüht sich der Ausländer trotz Abmahnung nicht um eine solche Wohnung, wird der Aufenthalt des Kindes beendet (...).
c) Kindern, die unerlaubt zu anderen Verwandten als ihren Eltern nachziehen, ist der Aufenthalt gemäß § 7 Abs.5 AuslG. zu beschränken (...).
d) Ist eine Anordnung gegen das Kind nicht möglich, weil eine Betreuung des Kindes in der Heimat nicht gesichert ist, ist einem Elternteil zuzumuten, mit dem Kind in die Heimat zurückzukehren".

Und die Zusammenfassung:

„Liegen die Voraussetzungen für den Familiennachzug nicht vor, beeinträchtigt der Familiennachzug regelmäßig erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland ...".

— Politische Betätigung:
Bekannt geworden ist der Fall des seit fast 22 Jahren in der BRD lebenden ägyptischen Staatsangehörigen Magdi El-Gawhary.

Gawhary wurde bereits im September 1972 (im Zusammenhang mit dem Überfall auf die israelische Olympia-Mannschaft in München) erstmals ausgewiesen — als vermeintliches Mitglied der GUPS bzw. GUPA. Jetzt bringt die Landes-Staatsanwaltschaft Bayern neue Vorwürfe gegn ihn vor: Er sei tätig in der Anti-Apartheit-Bewegung, habe auf einer VVN-Veranstaltung geredet und ähnliches mehr.

Jedenfalls erklärte die Stadt München: *„Im Fall des Herrn El Gawhary ist das Bayerische Staatsministerium des Innern mit gewichtigen Gründen zum Ergebnis gekommen, daß der weitere Aufenthalt die Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen würde"* (Ende August 1983, siehe auch „SZ", 28.1.83).

Bespiele für abgelehnte Anträge auf Aufenthaltsberechtigung

— Ein türkischer Staatsangehöriger in Baden-Württemberg bezieht Pflege-Geld für seinen 1981 geborenen behinderten Sohn. 1982 stellt der Vater einen Antrag auf Aufenthaltsberechtigung. Mit folgender Begründung lehnt die zuständige Ausländerbehörde ab:

„Sie können offenbar den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie nicht aus eigenem Einkommen zu bestreiten. Sie werden voraussichtlich öffentliche Leistungen auf unabsehbare Zeit beziehen.

Es liegen deshalb Gründe vor, die Ihre Aufenthaltserlaubnis in Frage stellen. ...Sie haben sich nicht in das soziale Leben in der Bundesrepublik eingefügt. Ihr Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung ist daher abzulehnen".

— Einer türkischen Frau in Stuttgart wurde die Aufenthaltsberechtigung 1983 so verweigert:

„Sie halten sich zwar schon länger als 8 Jahre rechtmäßig im Bundesgebiet auf (...) Sie haben sich jedoch nicht in das soziale Leben der Bundesrepublik Deutschland eingefügt, denn Ihr Sohn T. ist erheblich vobestraft (wegen zahlreicher Ladendiebstähle) ... Dies zeigt, daß Sie als Mutter nicht in der Lage sind, Ihren Sohn so zu erziehen, daß er sich in die deutsche Gesellschaft einzugliedern vermag. Deshalb muß davon ausgegangen werden, daß Sie selber Eingliederungsprobleme haben ... Die ausreichende Erziehung ausländischer Kinder und Heranwachsender durch die Eltern steht im deutschen öffentlichen Interesse" („Stuttgarter Zeitung", 9.9.83).

— Besonders listig ist die Begründung der Ablehnung im Fall eines türkischen Staatsangehörigen, der seit 1973 hier arbeitet und lebt. Ihm, dessen Familie in der Türkei lebt, wurde eine Aufenthaltsberechtigung im Namen des Familienschutzes vorenthalten:

„Die Voraussetzungen der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung erfüllen Sie nicht. Ihre Familie lebt nach wie vor in der Türkei. Von einer Eingliederung in das wirtschaftliche und soziale Leben in der Bundesrepublik Deutschland kann nicht gesprochen werden, solange die Familie getrennt lebt. Dies zeigt sich allein schon darin, daß in der deutschen Staats- und Rechtsordnung die Familie als kleinste Zelle des Staatsgebildes betrachtet wird und als solche durch Artikel 6 GG mit einem besonderen Schutz umgeben ist.

(...) Da Ihre Familie in der Türkei lebt, und keine Zeichen dafür ersichtlich sind, daß sie in Zukunft bei Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland leben soll, ist davon auszugehen, daß Ihr Aufenthalt im Bundesgebiet nicht von Dauer ist und Sie in die Türkei zurückkehren werden". (EPD-Dokumentation Nr.44/83).

— Diktate:
Die Ausländerbehörde Stuttgart ist durch die Einführung einer dort ausgedachten „Deutsch-Prüfung" bekannt geworden. „Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache" verlangt § 8 des AuslG. vom 1.10.1978 bei Beantragungen von Aufenthaltsberechtigungen.

Die Zeitung „Metall" (14/83) recherchierte, daß z.B. in Berlin Antragsteller erfolgreich Sprachkurse absolviert haben müssen, die durch „deutsche Schulzeugnisse" oder gar Bescheinigungen des „Sprachverbandes ‚Deutsch für ausländische Arbeitnehmer .V.' " nachgewiesen werden müssen.

Das heißt, in Westberlin wird grundsätzlich ein sogenanntes „Deutsch-Zeugnis" verlangt. In Bayern werden die Behörden ermuntert, nach „eigenem Ermessen" Zeugnisse deutscher Schulen zu verlangen. In Bremen ist laut Weisung vom 21.10.82 die „Verwendung eines Überprüfungsbogens" erlaubt.

In Rheinland-Pfalz wird grundsätzlich per Diktat abgefragt. *„Den Antragstellern werden einfache Texte von etwa einer halben Seite diktiert, wie zum Beispiel Zeitungsartikel aus der Mainzer Allgemeinen oder der Rheinpfalz",* so Ausländerreferent Hans Lauer (zitiert in „Metall", 14/83).

In Schleswig-Holstein wird ein „eigenhändig geschriebener Lebenslauf" gefordert. Besonders scharf sind die niedersächsischen und die baden-württembergischen Behörden.

Fortsetzung nächste Seite

Das Asylrecht der BRD steht in einer „großen Tradition"

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, der Däne Poul Hartling, hat nun endlich doch seinen Besuch in der Bundesrepublik absolvieren können — und — er wurde sogar von CSU-Zimmermann empfangen.

Es ging um die bundesdeutsche Ausländerpolitik, insbesondere die Asylpolitik, die verglichen mit anderen europäischen Ländern in den letzten Jahren einzigartig verschärft worden ist.

„*Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hohen Flüchtlingskommissar und der Bundesregierung sind nicht so groß, wie es noch vor kurzem den Anschein hatte. Hartling nannte — alles in allem — die deutsche Asylpolitik ‚ein Beispiel'. Er verwies auf den Grundrechtscharakter des Asylrechts und zitierte die Äußerung des Bundeskanzlers, es gebe keinen Zweifel, daß ‚die große Tradition' fortgesetzt werde.*" Mit diesen Sätzen beginnt die konservative „Frankfurter Allgemeine" (9.12.83) offensichtlich erleichtert ihren Bericht über Hartlings Besuch. Doch diese stolze Einschätzung ist der Bundesregierung keineswegs so einfach in den Schoß gefallen!

Noch im Sommer hieß es in einem internen Bericht des UN-Flüchtlingskommissariats: „*Obwohl das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte in Artikel 16 des 1949 verkündeten Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland verankert ist, sind in Europa einzigartige abschreckende Maßnahmen gegen Asylsuchende verübt worden, so z.B. durch die zwangsweise Einweisung in Sammelunterkünfte, starke Beschränkung der Freizügigkeit, Arbeitsverbot, Arbeitsverpflichtung in bestimmten Fällen und Nichtanerkennung des Konzepts der familiären Einheit (ungleicher Status der Familienmitglieder)*". (aus: UNHCR-Bericht zur Lage der Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland, Punkt 29. Sämtliche Kritikpunkte sind hier einzeln belegt und Ergebnisse von Besuchen in Asylanten-Sammellagern).

Um diese mißliebigen Aussagen vom Tisch zu bekommen, bedurfte es allerdings keiner anderen Politik in Sachen Asylanten. Es genügten Druck und Intervention seitens der Bundesregierung, die auch vor den

Asylsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland, Punkt 29. Sämtliche Kritikpunkte sind hier einzeln belegt und Ergebnisse von Besuchen in Asylanten-Sammellagern).
Um diese mißliebigen Aussagen vom Tisch zu bekommen, bedurfte es allerdings keiner anderen Politik in Sachen Asylanten. Es genügten Druck und Intervention seitens der Bundesregierung, die auch vor den

sog. unabhängigen Institutionen nicht halt macht. Hier das Vorspiel zu diesem schnellen, deutlichen Positionswechsel. Bereits im September wollte UN-Flüchtlingskommissar Hartling die BRD bereisen. Als Vorbereitung lag ihm der oben zitierte, schlicht ehrlich zu nennende Bericht über die Zustände in den Asyl-Sammelunterkünften vor. Durch „Indiskretion" wurde der Bericht bekannt und von der nationalen und internationalen Presse verbreitet.

Das ließ sich die Bundesregierung nicht bieten — und sie hatte es ganz offensichtlich auch nicht nötig.

Der Bericht wurde als „unerträglich" und „in keiner Weise den Tatsachen entsprechend" bezeichnet. Hartling wurde zwar nicht ausgeladen, aber man teilte ihm mit, daß Innenminister Zimmermann ihn nicht empfangen werde. Keine Zeit!

Der unabhängige Flüchtlingskommissar verstand richtig. Bereits zwei Monate später lag ein neuer „offizieller" Bericht vor — und jetzt wurde er auch empfangen. Was er vortrug, war deutlich entschärft; er forderte und kritisierte nur noch wenig. Er sprach lediglich „*Verbesserungsmöglichkeiten*" an, er sah „*in der Praxis in einigen Punkten Anlaß zu Beanstandungen*" und „*fand mahnende Worte*". („FR"/„FAZ", 9.12.). Insgesamt eine „*sehr fruchtbare Begegnung*" — so der Originalton des Innenministeriums.

Dort, wo Hartling konkret in seiner Kritik wurde — etwa die lange Unterbringungszeit der Asylbewerber in Sammelunterkünften oder das Arbeitsverbot — blockte Bonn ab bzw. machte unsinnige Zusagen — wie z.B. die Unterbringungszeit in Asyllagern auf 5 Monate zu kürzen, was vom gesamten Verfahren her so überhaupt nicht praktikabel ist.

Den Skandal, der hier passiert ist, sollten wir ernst nehmen. Die Durchsetzung dieser katastrophalen Asylpolitik ist erst der Anfang. Die Bundesregierung ist dabei, ihre extrem ausländerfeindliche Politik weiter zu entwickeln — und ganz offensichtlich verfügt sie über Machtmittel, um sich dabei über internationale Kritik hinwegzusetzen und sie sogar zu unterbinden.

Bleibt noch nachzutragen, daß die Bundesregierung auch nicht kleinlich ist, wenn es um die Förderung der Menschenrechte — in ihrem Sinne — geht. Sie hat anläßlich der neuen „erfreulichen Entwicklung" ihren finanziellen

weiter zu entwickeln — und ganz offensichtlich verfügt sie über Machtmittel, um sich dabei über internationale Kritik hinwegzusetzen und sie sogar zu unterbinden.
Bleibt noch nachzutragen, daß die Bundesregierung auch nicht kleinlich ist, wenn es um die Förderung der Menschenrechte — in ihrem Sinne — geht. Sie hat anläßlich der neuen „erfreulichen Entwicklung" ihren finanziellen

(Bestechungs-)Anteil am Etat des UN-Flüchtlingskommissariats von 36 Mio. DM auf 45 Mio. in diesem Jahr erhöht.

AG Ausländer/Hamburg

Zimmermann schlägt zu:

ANS verboten!

Am 7. Dezember wurde von Bundesinnenminister „Old Schwurhand" Zimmermann (nicht identisch mit dem Fernsehfahnder) der Kühnen-Verein „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) samt Unterorganisationen verboten. Stolz präsentierte sich Zimmermann als der Saubermann der Nation, der nach der linken DEVRIMCI SOL (9.2.83) und den HELLS ANGELS (2.11.83) nun auch gegen Rechte aufräumt. Teile der Linken — so scheint es — sind verwirrt, da hier ein Rechtsaußen der Regierung ausgerechnet gegen Rechte vorgeht. Völlig verrückt wird die Angelegenheit dadurch, daß die einzige Kritik an dem Verbot von sozialdemokratischer Seite kommt. Oder ist die Sache gar nicht so verrückt?

Von Rechts wegen war die ANS schon längst überreif für ein Verbot. Gegründet für die Hamburger Bürgerschaftswahlen 78, erlangte sie bundesweite Bedeutung seit Kühnens Haftentlassung Ende 82. In mehr als 30 „Kameradschaften" im ganzen Bundesgebiet (außer Saarland und Bremen) sammelte Kühnen in den vergangenen Monaten angeblich etwa 270 Anhänger — zum Teil ehemalige Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG, verboten 1981), teils aber auch neue Anhänger, die er in verschiedenen „Szenen" zu rekrutieren versuchte (Skins, Fußballfans).

Wir haben im ARBEITERKAMPF regelmäßig über Kühnens Aktivitäten berichtet und jeweils nachgewiesen, daß seit der ANS-Gründung im Bundesgebiet (15.1.83) jederzeit das Verbot hätte erfolgen können u n d m ü s s e n. Stattdessen ließen alle Behörden die Nazis munter agitieren bis sogar zu dem Punkt, daß diese unter eindeutig nazistischen Parolen als „Aktion Ausländerrückführung" bei den hessischen Landtagswahlen kandidieren konnten. Verbotsforderungen von Antifaschisten wurden monatelang zurückgewiesen mit Hinweis, man könne leider nichts machen.

Jetzt auf einmal konnte Zimmermann. In einer der größten Polizeiaktionen wurden am Morgen des 7. Dezember mindestens 64 Wohnungen durchsucht (außer Westberlin), wurde Kühnen in Pinneberg das Verbot zugestellt und das Vereinsvermögen in Form von Flugblättern, Fahnen, Uniformen etc.pp. beschlagnahmt. Zu Verhaftungen kam es nicht (was bei einem Vereinsverbot auch nicht geboten ist). Parallel zum Verbot allerdings sind gegen die ANS und ihre Kader diverse Prozesse wegen Volksverhetzung anhängig, teilweise auch wegen krimineller Delikte (Bankraub, Körperverletzung und Entführung), die zur Begrün-

Kühnen in Pinneberg das Verbot zugestellt und das Vereinsvermögen in Form von Flugblättern, Fahnen, Uniformen etc.pp. beschlagnahmt. Zu Verhaftungen kam es nicht (was bei einem Vereinsverbot auch nicht geboten ist). Parallel zum Verbot allerdings sind gegen die ANS und ihre Kader diverse Prozesse wegen Volksverhetzung anhängig, teilweise auch wegen krimineller Delikte (Bankraub, Körperverletzung und Entführung), die zur Begrün-

dung des Verbots herangezogen wurden.

Doch die Frage, die sich offenbar angesichts des Verbotes vielen Antifaschisten stellte, warum nämlich ausgerechnet ein Rechter Rechte verbietet, kann kaum aus der aktuellen Bedeutung Kühnens hergeleitet werden. Sein Stern war offenbar im Sinken begriffen, innerhalb des engsten Führungskreises war es zu Querelen gekommen (Arndt Marx war wegen „Eigenmächtigkeit" ausgeschlossen worden), und die Serie der Mißerfolge hatte bei Kühnens Anhängern einigen Unmut ausgelöst: Das miserable Abschneiden bei den Landtagswahlen, der Flopp vom 26.10. in Westberlin, als anläßlich des Fußballländerspiels BRD - Türkei der „Volkszorn" eben nicht kochte, dafür aber der nicht gerade als Antifaschist berüchtigte Innensenator Lummer sich profilierte und den Nazis den Aufmarsch verhagelte, und schließlich der so jämmerlich in die Hose gegangene Versuch, den 60. Jahrestag des „Marschs auf die Feldherrenhalle" in München gebührend zu begehen: All dies machte in den letzten Monaten deutlich, daß ganz so einfach in der BRD nun doch keine nazistische „Massenorganisation" aufzubauen ist.

Genau hieran setzt denn auch die Kritik von sozialdemokratischer Seite, allen voran die des Hamburger Polizeisenators Pawelczyk, an: Zimmermann habe Kühnen durch das Verbot aufgewertet; jetzt sei die Gefahr gegeben, daß die ganz militanten Nazis in den Untergrund abtauchen würden und daß die Arbeit der zuständigen Behörden nun erschwert würde. Nun mag mensch ja streiten, ob ein Organisationsverbot gegen die ANS sinnvoll ist, w e n n das die einzige Maßnahme gegen Rechte darstellt, w e n n insbesondere seit Jahren der durch VS-Spitzel völlig aufgedeckte NSDAP-Zusammenhang in keiner Weise behelligt wird. Doch daß ausgerechnet Pawelczyk diese Kritik erhebt, fällt auf ihn selbst zurück, da gerade Hamburg sich dadurch auszeichnet, daß von staatlicher Seite reineweg gar nichts ge-

mensch ja streiten, ob ein Organisationsverbot gegen die ANS sinnvoll ist, w e n n das die einzige Maßnahme gegen Rechte darstellt, w e n n insbesondere seit Jahren der durch VS-Spitzel völlig aufgedeckte NSDAP-Zusammenhang in keiner Weise behelligt wird. Doch daß ausgerechnet Pawelczyk diese Kritik erhebt, fällt auf ihn selbst zurück, da gerade Hamburg sich dadurch auszeichnet, daß von staatlicher Seite reineweg gar nichts ge-

gen die Kühnen-Bande unternommen wurde und wird.

Da scheint doch auch einiges an Neid bei den Kritikern mitzuschwingen, die dem rechten Zimmermann nicht den Triumph gönnen wollen, daß er als einer auf dem ganz rechten Flügel der Union sich der staunenden Öffentlichkeit als Antinazi präsentieren kann.

Denn daß es bei dem Verbot vor allem um das Image des Herrn Zimmermann gegangen ist, kommentierte anderntags in gewohnt deutlicher Art die „BILD": „*Nanu? Zimmermann schlägt rechts zu? Haben seine Gegner nicht immer gesagt, Zimmermann sei auf dem rechten Auge blind? Richtig ist: Zimmermann bekämpft Extremisten von links und rechts. Wehret den Anfängen ist seine Devise. Würden doch alle so denken!*"

Genau! Herr Saubermann räumt auf: Die CDU/CSU als Kraft der Mitte und des Ausgleichs, des Rechtsstaats und der Sicherheit, die das von der SPD schwankend zurückgelassene Staatsschiff sicher vor rechten wie vor linken Gefahren schützt. Das ist die aktuelle Image-Politur der CDU/CSU in der Regierungsverantwortung. Da kommt so ein ANS-Verbot gerade recht, auch wenn — so weit kann mensch den ansonsten durchsichtigen Kritiken von sozialdemokratischer Seite folgen — es nicht viel einbringen wird, was die t a t s ä c h l i c h e Bekämpfung des Neo-Nazismus und seiner Ursachen anbetrifft: denn die Ursachen des Neo-Nazismus zu bekämpfen, würde für Zimmermann u.a. bedeuten, die Politik seiner eigenen Partei bekämpfen zu müssen. Für die Imagepflege aber braucht der Herr keine lange Bedenkzeit, nicht einmal eine gute Begründung, er handelt. Der Beifall ist ihm sicher. Aus „politischer Opportunität" — so nennt mensch so etwas gemeinhin. Es nützt Herrn Zimmermann in seinem Image und in seinem Ansehen, wenn er auch mal was gegen Rechts unternimmt. Es nützt ihm im Innern genauso wie im Ausland, wo nach wie vor nazistische Umtriebe in der BRD argwöhnisch registriert werden.

Kühnen selbst, der das Verbot schon länger in seine Überlegungen einbezogen hatte, erklärte anschließend, daß er gegen das Verbot klagen werde. Insbesondere die Frage, ob die AAR eine Partei sei und deshalb gar nicht in Zimmermanns Zuständigkeit falle, soll dabei vom Gericht geklärt werden. Ansonsten wolle man vorerst kürzer treten und sich was Neues ausdenken.

Kühnen selbst, der das Verbot schon länger in seine Überlegungen einbezogen hatte, erklärte anschließend, daß er gegen das Verbot klagen werde. Insbesondere die Frage, ob die AAR eine Partei sei und deshalb gar nicht in Zimmermanns Zuständigkeit falle, soll dabei vom Gericht geklärt werden. Ansonsten wolle man vorerst kürzer treten und sich was Neues ausdenken.

Antifa-Kommission KB Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

Immerhin versicherte der Kreisordnungsamts-Leiter aus Stade:

„*Aber ‚mir' und ‚mich' darf der Geprüfte dabei schon verwechseln*" („Stader Tageblatt", 14.7.83).

In Bayern spielen natürlich noch ein paar andere Sachen eine Rolle:

„*Die Rosenheimer Behörden legen größeren Wert auf das persönliche Gespräch mit den Ausländern. Das äußere Erscheinungsbild und der erste Eindruck spielen eine weitaus größere Rolle*" („Oberbayerisches Volksblatt", 26.7.83).

Deutscher kann nicht werden, wer will

Bei politischer Betätigung, im linken Sinne versteht sich, schon gar nicht.

So fehlen beispielsweise, laut Freiburger Polizeibehörde, einem 26jährigen italienischen Staatsangehörigen, H.-Th. Guzzoni, „*die Grundvoraussetzungen für eine Einbürgerung*".

Begründung: Kandidatur für den MSB-Spartakus zum Freiburger Studentenparlament und ähnlich Schreckliches für die Herrschenden. In die gleiche Richtung geht der Fall eines 45jährigen Spaniers in München, J. Aguirre, der über 20 Jahre in der BRD lebt. Aguirre ist seit 5 Jahren Mitglied im Nürnberger Ausländerbeirat, den er jetzt auch stellvertretend leitet.

Überhaupt:

Wer in die Bundesrepublik eingebürgert werden möchte, der muß den Anforderungen des „Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes" (RuStAG) genügen.

Der „Kölner Stadtanzeiger" (14.4.83) wußte von einem Fall zu berichten, wo der freundliche Tip gegeben wurde, **„das Verfahren durch das Beibringen eines Arier-Nachweises aus der NS-Zeit abzukürzen"**.

Es ging hierbei nicht um einen Ausländer, sondern um den deutschen Ehemann einer koreanischen Krankenschwester, der enorme Schwierigkeiten hatte, seine eigene deutsche Staatsangehörigkeit den Leverkusener Behörden nachzuweisen. Laut „RuStAG" kann nämlich ein(e) Ausländer(in) nur dann Deutsche(r) werden, wenn er/sie sich selbst ernähren kann oder einen dazu fähigen Partner hat. Besagter Ehemann war arbeitslos geworden und nun rotierten die Behörden ...

Die Liste dieser Beispiele könnte leider beliebig erweitert werden.

Es gibt viel zu tun!

Im März wird in verschiedenen Städten der BRD, anläßlich der drohenden Verabschiedung des revidierten Ausländergesetzes, zur Politik der Aufenthaltsberechtigung eine Aktionswoche stattfinden.

Die lokalen Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit freuen sich über jeden Menschen, der mitarbeiten will!

E., KB-Frankfurt

"Ratten und Schmeißfliegen" geben auf

Der „Pressedienst Demokratische Initiative", seit 1968 die wohl wichtigste Informationsquelle über rechte Umtriebe in der BRD, gibt auf. Lapidar heißt es in seiner Erklärung: „*Wir müssen Ihnen heute leider mitteilen, daß der PDI zum 31. Dezember 1983 aufhört zu existieren und auch der ‚Blick nach rechts' eingestellt wird*".

Das Archiv des PDI, das wohl umfangreichste über Neofaschismus in der BRD, wurde zur Abdeckung von Schulden an die FU Westberlin verkauft — womit auch schon der eine Grund für das Aufgeben benannt ist: Dem PDI fehlte Geld. Wie zu erfahren ist, hatten die Verantwortlichen des PDI seit nahezu einem Jahr versucht, eine neue finanzielle Grundlage für die Fortführung des Archivs und des „Blick nach rechts" zu finden — ohne Erfolg.

Doch diese Erklärung für das Scheitern einer demokratischen Institution reicht nicht aus. Zur Rettung des PDI hätte ein Bruchteil dessen ausgereicht, was der „Scheißladen" (so der Delegierte Klaus-Volker Hofmann beim jüngsten Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier) ‚Neue Heimat' täglich an Defizit macht. Nicht, daß der PDI eine gewerkschaftseigene Institution gewesen wäre — das hätte ihm schlecht angestanden. Unbestritten aber ist, daß der PDI sich selbst dem DGB und der SPD besonders verbunden fühlte, daß seine Arbeit sich im besonderen an diese Organisationen richtete.

Die „Münchener Stadtzeitung" charakterisierte dieses besondere Verhältnis der Sozialdemokratie zum PDI recht treffend folgendermaßen: „*Und es bleibt dem PDI das Wissen, daß es der SPD und den Gewerkschaften noch immer und schon wieder an Bewußtsein fehlt, ihre vorhandenen Gelder sinnvoll genug einzusetzen, um den politischen Alltagskampf gegen ihre eigenen Gegner zu unterstützen.*"

Um was für, gemessen an SPD-Verhältnissen, lächerliche Beträge es gegangen ist, enthüllte die Zeitschrift „Konkret", die von 1.500 Fest-Abos mit einem Gesamtwert von 120.000,- DM zur Rettung des PDI berichtet, über die seit Mai 1983 zwischen SPD und PDI verhandelt wurde.

Doch das mangelnde Geld allein scheint es nicht gewesen zu sein, was den PDI zur Aufgabe zwang. Er selbst schreibt dazu: „*Die Ursachen sind nicht leicht zu benennen: Die Rechtswende in Bonn, das damit verbundene Klima der Einschüchterung, aber auch das Engagement der demokratischen Kräfte in der Friedensbewegung haben die antifaschistische Arbeit in den Hintergrund gedrängt. Die neofaschistische Szene befindet sich darüber hinaus in einem strukturellen Wandel, der ihre Beobachtung und die klare Definition und Abgrenzung zu konservativen Gruppen erschwert.*"

Ein Antifaschismus, wie er heute nötig ist, der sich nicht einengt auf das Spektrum der Schaftstiefel-Nazis, sondern alle Tendenzen im konservativen Lager dokumentiert, alle Ansätze à la „Konservative Aktion", „Criticon" und ähnliches — ein solcher Antifaschismus ist offenbar in der BRD nicht gefragt. Traurig, daß der PDI aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen hat.

Mit dem PDI hat damit in diesem ersten Jahr der neuen Rechtsregierung schon die zweite antifaschistische „Institution" die Waffen gestreckt. Seit dem Sommer dieses Jahres erscheint auch die „Tat", die antifaschistische Zeitung der VVN, nicht mehr; sie fusionierte mit der „Deutschen Volkszeitung", wobei bei dieser Fusion sowohl der spezifische Antifaschismus der „Tat" als auch manche nicht ganz linientreue Berichterstattung der bisherigen „DVZ" übern Deich ging.

Die Lücken, die diese beiden Publikationen hinterlassen (hinzuzurechnen sind da noch die „Neuen Kommentare", die ihr Erscheinen schon länger eingestellt hatten), werden für die antifaschistische Bewegung nicht so leicht auszufüllen sein.

Antifa-Kommission KB Hamburg

Wie weiter in der Friedensbewegung?
Der alte Minimalkonsens taugt nicht mehr

„Die Friedensbewegung muß sich von den falschen Ängsten befreien."

„Eine Friedensbewegung, die die unmittelbare Verhinderung der westlichen Nachrüstung ... anstrebt, programmiert ihren eigenen Untergang ...
Die neue Friedensbewegung hat nur eine Chance, ihren ziemlich wahrscheinlichen Zusammenbruch 1984/85 zu vermeiden, wenn sie den Mut hat, sich von den eigenen falschen Ängsten und Hoffnungen zu befreien ...
Die Angst vor dem Verlust der eigenen Angst vor den neuen Atomwaffen scheint der Motor der gegenwärtigen Friedensbewegung ...
In großen Teilen der Friedensbewegung haben sich im wesentlichen folgende Ängste als Glaubensgewißheiten festgesetzt, die annehmen, daß die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen
1. eine unmittelbar drohende Kriegsgefahr ... produzieren;
2. der Vorbereitung eines amerikanischen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion dienen;
3. eine qualitative Revolution in Sinne der Schaffung einer entwaffnenden Erstschlagskapazität darstellen ...
4. eine direkte Gefährdung der nationalen physischen Existenz der Deutschen und anderer Europäer bedeuten ...
Gegen diese verbreiteten Überzeugungen läßt sich in aller Kürze einwenden:
1. Mehr Rüstung bedeutet nicht erhöhte Kriegsgefahr — weniger Rüstung nicht vergrößerte Friedenschance ...
2. Für die Planung eines amerikanischen oder gar NATO-Angriffskrieges gegen die Sowjetunion in Europa gibt es keinerlei Anhaltspunkte, wohl aber für die Planung eines atomaren Ersteinsatzes im Verlaufe eines Verteidigungskrieges ...
3. Die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen sind entgegen verbreitetem Glauben keine Erstschlagswaffen ...
4. Die physische nationale Existenz ... ist und bleibt in einem Atomkrieg besonders gefährdet; ... Die Mittelstreckenraketen ändern an dieser Situation überhaupt nichts. Auch atomwaffenfreie Zonen verringern nicht die Gefahr eines Völkermordes in einem Atomkrieg, sondern erhöhen sie unter Umständen ..."

Egbert Jahn, „FR", 2.9.83

„Es bleibt beim Nein" und „die Bewegung muß noch weiter verbreitert werden": Mit solchen Phantasielosigkeiten versucht sich mancher (wie hier der Trägerkreis des Hamburger Forums) über die Runden zu retten. Inzwischen dämmert es aber allmählich auch dem Letzten: Mit dem alten ‚Minimal'-Konsens — *„Keine neuen US-Atomraketen — keine Pershing II und Cruise Missiles"* — kann die Friedensbewegung keinen neuen Aufschwung erleben.

Die Bundesregierung geht zwar lädiert, aber im Großen und Ganzen heil aus der Kampagne gegen die Stationierung hervor. Wer glaubt, in nächster Zeit noch eine Konfrontation herbeiführen zu können, nachdem die Bundesregierung trotz des öffentlichen Drucks mit der Stationierung begonnen hat, ist bestenfalls ein Traumtänzer zu nennen.

Der (bereits erwähnte) Trägerkreis des Hamburger Forums möchte trotzdem nicht gern von einer Niederlage sprechen, sondern nennt das einen „Mißerfolg". Man möchte sich vor der Schlußfolgerung drücken, die ganz offen auf der Hand liegt: Eine in demoskopischen Umfragen ermittelte riesige Mehrheit, die die Aufstellung neuer Atomraketen nicht so gerne hätte, eine Friedensbewegung, die maximal 10 % der Bevölkerung in ihre direkten Aktivitäten einbeziehen konnte und weitestgehend jeder politischen Konfrontation ausgewichen war, war nicht in der Lage, einen solchen Druck auszuüben, um den Rüstungsvorhaben der Herrschenden ernsthafte Steine in den Weg zu legen. Wenn jetzt in noch größerer „Verbreiterung" das Heil gersucht wird, so geht das am Problem vorbei. Ablehnungsquoten wie 1958, wie bei der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, oder gar Quoten, wie sie noch bis Anfang der 50er Jahre gegen die Wiederbewaffnung zu finden waren, änderten an den realen Verhältnissen leider nichts.

Wieviel Gelegenheiten, glauben solche Leute, werden wir noch haben, um zwar den Herrschenden die Ablehnung ihres Kriegskurses demonstrieren zu können, wobei in Hinsicht auf die Verhinderung der Kriegsvorbereitung aber kein Erfolg erreicht wird?

Auf den DDR-Vorschlag, die atomwaffenfreie Zone auf je 300 km auszudehnen, weil 150 km jeweils als „zu gering" anzusehen seien, erklärte Schwedens Außenminister Lennart Bodström, *„Eine Verdoppelung der Breite des Korridors gebe diesem 'andere politische und militärische Dimensionen (!)',* **zusehen seien, erklärte Schwedens Außenminister Lennart Bodström,** *„Eine Verdoppelung der Breite des Korridors gebe diesem 'andere politische und militärische Dimensionen (!)',* *als ursprünglich vorgesehen waren. Eine derart breite Zone würde nahezu das gesamte Gebiet der Bundesrepublik umfassen und könne so ... als Maßnahme gegen die Stationierung eurostrategischer Raketen angesehen werden ... Dies sei jedoch nicht Sinn dieses Vorschlages."*

aus „FR", 19.3.83

Die Diskussion und Bewertung der bisherigen Strategie der Friedensbewegung soll nicht Thema d i e s e s Artikels sein, obwohl natürlich die jeweilige Sicht der Dinge bei der Diskussion um zukünftige inhaltliche Schwerpunkte eine große Rolle spielen wird. Wenn auch diese Debatte — wie geht es weiter mit der Friedensbewegung! — auf den ersten Blick vollkommen offen erscheint, so kann das nicht über die Situation hinwegtäuschen: Es gehört zu den entscheidenden „Fehlern" der Friedensbewegung, daß diese Debatte erst jetzt beginnt, wo ein entscheidender „Kitt", das gemeinsame Ziel der Verhinderung der „Nachrüstsung", weggefallen ist. Jede Debatte über dieses Thema wurde während der Kampagne tabuisiert, das sei ein Thema für Miesmacher, die sowieso nicht an die Verhinderung der Stationierung glauben mögen (leider hatten diese Miesmacher eben Recht), und von Leuten, die der „Verbreiterung der Friedensbewegung" Steine in den Weg legen wollten.

Von „Fehlern" kann man dabei überhaupt nur sprechen, wenn man unterstellt, daß es „nur" das kurzsichtige Ziel war, j e d e n Vorschlag aus dem radikalen Lager (unabhängig von jeder Prüfung) abblocken zu wollen, ohne zu sehen oder sehen zu wollen, daß dieses Verfahren der SPD-Spitze total in die Hände spielt.

Man hat es ja nun geschafft: Kaum war die SPD in die Opposition geraten, brauchte sie ihren alten „Nachrüstungs"-Beschluß nicht mehr durchzuführen, war sie ein Jahr später zum Bündnispartner der Friedensbewegung gekürt worden. Bei der DGB-Spitze (die ja zum rechteren Teil der SPD gehört), kam noch hinzu, daß sich damit die Einbeziehung der Arbeiterschaft euphorisch an die Wand malen ließ (ein Ritual, was auf jeder Friedensversammlung regelmäßig die Leute auf die Bänke treibt und lediglich zeigt, daß der Großteil der Aktiven nicht aus diesem Milieu stammt). Der bisherige hört), kam noch hinzu, daß sich damit die Einbeziehung der Arbeiterschaft euphorisch an die Wand malen ließ (ein Ritual, was auf jeder Friedensversammlung regelmäßig die Leute auf die Bänke treibt und lediglich zeigt, daß der Großteil der Aktiven nicht aus diesem Milieu stammt). Der bisherige Konsens war nämlich in Opposition zur SPD — wenn auch mit vielen sozialdemokratisch orientierten Kräften — durchgesetzt worden, während sich heute nach dem üblichen Konsensprinzip viele Kräfte sperren dürften, überhaupt noch inhaltliche Festlegungen zu treffen, die der SPD, aber vor allem dem DGB weh tun könnten.

Das wäre das Ende der Friedensbewegung, denn so würde sie zum Wurmfortsat einer NATO-Reform-Strategie und einer Mehrheitsbeschaffung für die SPD verkommen.

Diese Situation erfordert gleichzeitig, daß der ‚unabhängige' Teil nun unbeschadet der Möglichkeiten, Ziele für die Gesamtfriedensbewegung mitformulieren zu können, eigene Zielvorstellungen entwickelt und sich auf gemeinsame Strategievorstellungen verständigt, um einen entsprechenden Druck herstellen zu können. Die Forderung nach Radikalisierung des Widerstands reicht da keineswegs aus, zumal die bisherige Situation die vollkommen unterschiedlichen Vorstellungen in diesem Teil der ‚Unabhängigen' Kräfte nicht so zum Tragen gebracht hat.

Die Angst vor dem Atomkrieg

Für jedes weitere Vorgehen ist es von zentraler Bedeutung zu berücksichtigen, worin eigentlich die Ursache besteht, daß sich über 70 % der Bevölkerung in Umfragen gegen eine Stationierung ausgesprochen haben. Denn auch wenn die „Volksversammlungen" am 22.10.1983 die bisher größten Kundgebungen in der Geschichte der Bundesrepublik waren, bleibt als Tatsache, daß die Schallmauer für die Einbeziehung von Menschen in Aktivitäten (und sei es nur die Form des Unterschriftengebens) unter 20 % der Bevölkerung angesiedelt ist, wobei 10 % eher eine realistische Größe sein dürfte.

Im Zentrum dieser Ablehnung steht die vollkommen r e a l e Befürchtung, daß jede kriegerische Konfrontation zwischen Warschauer Pakt und NATO zu einem direkten Himmelfahrtskommando werden dürfte. Diese Einschätzung hat sich nicht nur in Europa herumgesprochen, sondern mehr und mehr auch in den USA an Boden gewonnen.

„Dieses Land ist infolge des Krieges in Vietnam durch eine tiefe philosophisch-kulturelle ropa herumgesprochen, sondern mehr und mehr auch in den USA an Boden gewonnen. *„Dieses Land ist infolge des Krieges in Vietnam durch eine tiefe philosophisch-kulturelle* *Krise gegangen ... Es taucht jetzt aus dieser Krise auf."*

Brzezinski 1979

Der Friedensbewegung wird von verschiedenster Seite „Panikmache" vorgeworfen, darunter auch gerade aus antiimperialistischer Sicht. Richtig an dieser Kritik ist nur, daß teilweise die unsinnigsten Bilder und Vorstellungen verbreitet werden, wie es zum Atomkreig kommen kann, daß Erklärungen, der wahnsinnige Reagan wolle Europa in seinem Kriegskalkül eines auf Europa begrenzten Atomkrieges opfern, die „Opfer" in der BRD und anderswo müßten sich abkoppeln, niemand wolle eigentlich den Krieg, weshalb er nur als „Panne" denkbar ist, an den tatsächlichen Kriegskalkülen vorbeigehen bzw. davon ablenken. Es geht ja der NATO nicht darum, bei der Erlangung einer absoluten atomaren Überlegenheit über Nacht den Krieg mit einem „Entwaffnungsschlag" aller strategischen Einrichtungen der Sowjetunion („Enthauptung") zu beginnen, sondern es wird die Fähigkeit entwickelt, durch sogenannte „chirurgische Schläge" bzw. der Fähigkeit zum „deep Strike" auf jeder begrenzten Kriegsebene eine Konfrontation beginnen zu können.

Das alles ändert aber gar nichts an der schlicht vollkommen richtigen Tatsache, daß jeder kriegerische Konflikt in Europa mit aller Wahrscheinlichkeit bei der gegenseitigen Vernichtung enden dürfte, es sei denn, man setzt voraus, die Sowjetunion würde sich einer kriegerischen Erpressungspolitik der NATO beugen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß nicht nur die SPD, sondern vor allem auch sozialdemokratische Kräfte „innerhalb" der Friedensbewegung vor „falscher Panikmache" warnen. Besonders hervorgetan hat sich dabei Egbert Jahn (SB und SPD) bzw. „sein" hessisches Friedensforschungsinstitut, daß sich in letzter Zeit vollkommen darauf konzentriert, die jetzige Niederlage statt auf mangelnde Konfrontationsbereitschaft auf den Punkt „falscher Panikmache" zurückzuführen (s. Faksimile). Der Kern der Situation in Europa besteht nicht nur darin, daß die Rüstung des Warschauer Paktes jedes Einmarschkalkül in Osteuropa (wieder einmal) keinen „Spaziergang" nach Osten erlaubt, sondern die Drohung im Raum steht, daß eine einseitige Vernichtung der SU einschließlich der atomaren Vernichtungsdrohung zu einer b e i d e r s e i t i g e n Vernichtung werden dürfte.

Diese Drohung macht nicht nur für die NATO-Strategen die Kriegsplanung zu einem unkalkulierbaren Risiko, sondern diese Drohung ist zum großen Teil d e r G r u n d für viele Menschen, einen Krieg zu fürchten. Denn bei der großen Masse sieht es inbezug auf Kriegsführung ohne diese dieses offensichtliche Risiko des eigenen Untergangs vollkommen anders aus. Das hat das Falklandunternehmen in Großbritannien und in den USA die Grenada-Invasion allzu deutlich gemacht.

Diese Kriege riefen bei der Mehrheit Stimmungen her, wie sie vom Verhältnis zur eigenen Fußballnationalmannschaft bekannt sind. Die Nation fiebert möglichst am Fernseher um den grandiosen Sieg ihrer Mannschaft. Tosender Beifall, wenn der Rechtsaußen den Gegner verladen oder demoralisieren kann. Jeder Gegentreffer, jeder „eigene" Verlust wird schnell zur nationalen Schande. Der Ruf nach besseren Truppen oder einem neuen Trainer liegen nicht fern. Auch der so von den Herrschenden bezeichnete „Vietnam-Schock" beruht vor allen Dingen auf d i e s e m Effekt. Es ist ja eben nicht so, daß dem US-Imperialismus in großen Teilen der Bevölkerung das unausrottbare Schandmal eines Völkermordes anhaftet, sondern vor allem die Schmach einer Niederlage. Es muß eben eine „saubere" Operation sein, wenn Grenada erobert wird, oder die US-Truppen im Libanon müssen schnelle Erfolge zeitigen und Reagans Wiederwahl ist gewiß, gerade w e i l er solche Kriege geführt hat.

„Wir leben in einer Zeit, in der ein Putsch, ein größerer Streik, ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem *„Wir leben in einer Zeit, in der ein Putsch, ein größerer Streik, ein terroristischer Angriff oder ein abgelegener Krieg zwischen zerstrittenen Nachbarn in einem* *noch nicht dagewesenen Ausmaß weltweite Konsequenzen zur Folge haben kann."*

David C. Jones, Stabschef aller Waffengattungen, 1982 vor dem US-Kongreß

Selbst in der BRD konnte man dies an der Reaktion auf die Blutspritzer erkennen, die der grüne Landtagsabgeordnete Schwalba-Hoth auf der Uniform eines Vietnam-Generals vergossen hat. Daß dieser Vorgang über jede moralische Empörung erhaben sein müßte, macht der Vergleich deutlich, daß die Hamburger Außenalster erst auf 20 Meter Tiefe ausgebaggert werden müßte, um das Blut vietnamesischer Menschen fassen zu können, das während der US-Intervention vergossen worden ist; das ergibt einen See, in dem die ganze US-Elite ersaufen könnte.

Sowenig also die Atomkriegsfurcht in genereller Opposition zur NATO und auch zu Kriegspolitik steht, so verhehrend wäre es, nicht gerade hier anzusetzen, will man große Teile der Bevölkerung in eine Opposition zur herrschenden Kriegsrüstung bringen. Seit Jahren hat es sich schon in herrschenden Kreisen herumgesprochen, daß sich dieses zu einer allgemeinen NATO-Krise auswachsen könnte. In der BRD ist dies häufig weniger sichtlich, weil der durchschnittliche CDU-Politiker es gar nicht wagen würde, da mitzudenken und es auch bei der SPD nicht viel besser aussieht. Inzwischen hat sich aber die SPD-Spitze (jetzt erst in der Opposition) einer solchen NATO-„Reform" verschieben. Wie sie vor allem in US-Kreisen (z.B. McNamara) entwickelt wurden. Dabei geht es weniger um tatsächliche Reformen von der Kriegsplanung weg, als vielmehr um die Versöhnung der Masse der Bevölkerung mit der NATO.

Von der SPD-Spitze werden heute der Freeze-Gedanke, der Verzicht auf den atomaren Ersteinsatz und auch der atomwaffenfreier Zonen in Form des Palme-Planes (einer Zone von je 150 km in der DDR und BRD ohne Atomwaffen in Friedenszeiten) aufgenommen und propagiert.

Als V o r a u s s e t z u n g jeder dieser Vorschläge betrachtet die SPD-Spitze eine konventionelle Aufrüstung. Man sollte sich nicht täuschen lassen; es handelt sich just um die konventionellen Waffen, die im Rahmen des Rogers-Plan und des Airland-Battle Konzeptes für den „deep Strike", für das Blitzkriegskonzept nach Osteuropa benötigt werden. Selbst SPD-Politiker wie der ehemalige Verteidigungsminister Apel stellen sich gerne in der warnenden Pose hin, daß eine Blitzkriegsstrategie nach Osten, so lauthals verkündet, politisch verheerend wäre. Politiker aller Couleur möchten ihre Waffen gerne mit dem Gütesiegel „defensiv" verkaufen.

„In den ersten 20 Jahren des Bündnisses der NATO war es für die Verteidigung Europas nicht von großer Bedeutung, was 'draußen in der weiten Welt' passierte. Die Macht der USA verhinderte, daß da etwas für die Sicherheit Europas Gefährliches geschah."
Nun aber seien *„die Großräume um den Nordatlantischen Raum herum, also der Nordmeerraum, der Mittelmeerraum, der Nahe- und Mittlere Osten, Afrika und der Indische Ozean, von großer und unmittelbarer Bedeutung für die europäische Verteidigung. Man muß sie ohne jede Dramatisierung lebenswichtig nennen, im Kriege überlebenswichtig und dies aus zwei Gründen: in ihnen liegen die rohstoffliefernden Länder, und über die Meere laufen die Verbindungslinien der westlichen Länder beiderseits des Atlantiks."*

Bundeswehrgeneral Graf v. Kielmannsegg in Europäische *über die Meere laufen die Verbindungslinien der westlichen Länder beiderseits des Atlantiks."* **Bundeswehrgeneral Graf v. Kielmannsegg in Europäische** **Wehrkunde 5,6/1979**

Helmut Schmidt sagte es im Rahmen der Bundestagsdebatte ganz offen, worum es gehen soll: Man will noch in diesem Jahrzehnt erreichen, daß die NATO auf die Drohung mit dem atomaren Erstschlag verzichten kann, weil sie in der Lage wäre, einen konventionellen „Blitzkrieg" zu führen, was dann in völliger Umkehrung der jetzigen Situation die Sowjetunion in Ablehnungsschwierigkeiten bringen könnte. Wenn man sich die Pläne anschaut, sehen diese keineswegs die B e s e i t i g u n g der Atomkriegsrüstung vor, sondern so sehr diese Vorschläge auch heute in Opposition zum jetzigen NATO-Kurs stehen, können sie für eine neue Legitimation und „Akzeptanz" für den NATO-Kurs mißbraucht werden.

Alle diese SPD-Pläne sehen keineswegs die sofortige (oder gar einseitige) Änderung der NATO-Atomrüstung vor, sondern neue Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion (bzw. die Einbeziehung Großbritanniens und Frankreichs in die Verhandlungen). Es geht um den altbekannten Verhandlungspoker, bei dem sich die SPD (schon in der „Nachrüstungs"-Frage) für den besseren Atompokerspieler hält.

So sieht der Palme-Plan auch keineswegs die Verschrottung einer einzigen Atomwaffe vor, im Gegenteil: Der schwedische Außenminister begründete die Ablehnung einer 600 km breiten Zone (wie ihn die DDR vorschlug) ausdrücklich damit, daß dann ja der Vorschlag in Kontroverse zur jetzigen „Nachrüstungsplanung" geraten wür-

Fortsetzung nächste Seite

Antimilitarismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

de. So sehr jede atomwaffenfreie Zone, auch die nur symbolischer Natur, in Opposition zur jetzigen NATO-Politik stehen mag, so wenig kann sich die Friedensbewegung darauf einlassen, daß solche Abrüstungsvorschläge an den Genfer Verhandlungstisch gestellt werden, die keine realen Abrüstungsschritte der NATO mit beinhalten.

Will man konsequent die Atomkriegsfurcht aufnehmen (und nicht auf Hoffnungen der NATO-Verhandlungsführung lenken, wenn erst einmal die Reagan-Opposition in den USA und in der BRD die SPD die Regierungen stellen), so geht es um die Beseitigung der Atomwaffen.

An die hiesigen Herrschenden kann und sollte darum unbedingt die Forderung nach Abzug sämtlicher Atomwaffen bzw. aller Massenvernichtungsmittel (also auch der B- und C-Waffen) aus der BRD gestellt werden und zwar ohne jedes ausdrückliche Verhandlungskalkül und auch ohne jede Ost-West-Bedingung. Gerade dadurch kann auch der Masse der Bevölkerung, die sich gegen die Atomkriegsplanung wendet, deutlich gemacht werden, ob ihre Furcht vor allem nur „beruhigt'' werden soll.

„Wie 1975 in Angola versäumt und 1977 und 1978 in Shaba praktiziert, müssen westliche Staaten wohl oder übel immer wieder eingreifen, um die Machtübernahme durch kommunistische Usurpatoren und die Rekolonialisierung durch die Sowjetunion zu verhindern. Nichteinmischung ... gibt es nicht, denn ... Abstinenz des Westens bedeutet nur noch mehr Einmischung des Ostblocks."

Frankfurter Allgemeine, 6.6.78

TO BE oder NATO BE!

Mit diesem Slogan endet ein Papier, daß eine Diskussion um den NATO-Austritt der BRD und die Erweiterung des Minimalkonsenses um diese Forderung begründet. Das Papier ist im letzten Arbeiterkampf abgedruckt; es ist auf der letzten Aktionskonferenz verteilt worden und wird von Personen aus 3.-Welt-Gruppen und dem nicht gewaltfreien Teil des BAF-Spektrums getragen.

Der erste Vorstoß in der NATO-Frage kam aber aus umgekehrter Richtung: Kaum hatte der Bonner Koordinationsausschuß („Bonner Frühstücksrunde'') der SPD nun ein „entschiedenes Nein'' zur „Nachrüstung'' bescheinigt, da brachte Willy Brandt auf der Bonner 'Volksversammlung' sein entschiedenes JA zur NATO zum Ausdruck.

Nach inzwischen langen Diskussionen brachte der geschäftsführende Ausschuß der Bonner Koordination in einer Presseerklärung (am 17.11.83) eine ungewöhnlich klare Gegenposition zustande: *„Ein NEIN zur „Nachrüstung'' darf angesichts des Air-Land-Battle-Konzepts mit dem Ziel der Erlangung einer Kriegsführungsfähigkeit nicht mit einem bedingungslosen JA zur NATO gekoppelt werden. Ein bedingungsloses JA zur NATO bedeutet die Mitschuld an der Fortsetzung des Rüstungswahnsinns und an militärischen Bedrohungen gegen Länder der Dritten Welt (...).*

Der Beginn der Stationierung von Erstschlagswaffen wird für alle Teile der Friedensbewegung eine Herausforderung sein, über den Widerstand gegen Atomwaffen hinaus die Verwandlung (wieso Verwandlung, das war schon immer Sinn und Zweck der NATO - Anm. des Verf.) *der NATO zu einem Instrument der Kriegsführung zu bekämpfen''* (soweit der Koordinationsausschuß).

In diesem Sinne erklärte auch Volkmar Deile, Vertreter von Aktion Sühnezeichen (ASF) im Koordinationskreis: *„Zwar wird eine Folge der Stationierung auch die Diskussion um die NATO-Mitgliedschaft sein. Wer stationiert, muß das wissen''.* Tatsächlich wird nicht nur aus den SPD-Reihen vor dieser Gefahr gewarnt, in diesem Sinne bricht die CDU/CSU ständig Debatten vom Zaun, in denen sie vorsorglich und zur Abschreckung allen möglichen Sozialdemokraten (leider zu Unrecht) diesen Kurs unterstellt. Dafür muß die Weigerung der SPD, ihren Segen für den Stationierungsbeschluß zu geben, genauso herhalten wie der jüngste Vorstoß von Oskar Lafontaine zugunsten einer europäischen Militärmacht anstelle der NATO.

Für einen Austritt aus der NATO tritt Volkmar Deile keineswegs ein; er glaube nicht, daß dies *„jetzt richtig''* sei. Es ist auch unklar, ob er damit meint, später einmal. Für ihn heißt *„die Richtung ...'Auflösung der Blöcke'. Das ist eine langfristige Aufgabe, die sich heute darin konkretisiert, daß die NATO zu einer anderen Politik gezwungen wird. D.h. nicht, daß man darauf verzichtet, die Bundesregierung zu einer eigenständigeren Politik zu bringen.''* In diesem Sinne fordert er eine **„Sicherheitspartnerschaft''** zwischen Ost und West (das Papier von Volkmar Deile ist im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt'' (am 18.11.83) abgedruckt). Ob Deile meint, die NATO dahin reformieren zu können oder ob er diese Frage aus taktischen Gründen nur lieber ausgeklammert wissen möchte, bleibt im Nebel.

„Die UdSSR könnte sich gezwungen sehen, den Griff, mit dem sie ihre europäischen Satelliten gefaßt hält, zu lockern, wenn sich herausstellt, daß diese Politik mehr und mehr ihrer Kraft aufzehrt (...) Eine Probe auf unsere Strategie besteht deshalb darin, ob sie fähig ist, Lagen herbeizuführen, die potentiellen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Sowjetblocks zur Auswirkung zu bringen."

Henry Kissinger, 1957

Daß die DKP die NATO-Austrittsforderung nicht als neuen Konsens unterstützen mag, ist bei ihrem scheelen Blick auf das Bündnis mit SPD und DGB kaum anders zu erwarten. Ganz im Sinne der sowjetischen Außenpolitik fordert die DKP die „Auflösung der Blöcke'' und befindet sich damit Seite an Seite mit jenen Grünen, die an dieser und anderen Fragen die DKP aus dem Bündnis katapultieren möchten (s. dazu später). Die Bauchschmerzen, ob man den NATO-Austritt in den Mittelpunkt stellen solle, reichen aber auch weit ins linke unabhängige Lager.

Grundsätzlich (ohne bündnistaktische Überlegungen) ist die Sache denkbar einfach: Daß die NATO ihre Interessen mit kriegerischen Mitteln durchzufechten gedenkt, läßt sich vor allem angesichts der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren kaum noch wegdiskutieren, und es wird für viele Menschen zu einer ernsten Frage. Eine neue Phase der Invasionspolitik — unterbrochen durch den sogenannten Vietnam-„Schock'' — hat begonnen. Auch die Wortakrobatik einzelner Regierungserklärungen bei solchen Interventionen — wie jüngst durch die Bundesregierung zur Grenada-Invasion der USA — ändert nichts daran, daß es um gemeinsame imperialistische Interessen geht und im einzelnen lediglich um Fragen des Vorgehens Differenzen bestehen, sonst müßte dies ja Folgen für das NATO-Bündnis haben. In aller Regel machen sich distanzierende Worte besonders gut, wenn es sich bei einer solchen Invasion um einen Vorgang der „Arbeitsteilung'' handelt.

Neben einer Nuklearstrategie brauche die NATO *„ein nichtnukleares Truppenkontingent, ... das vorbereitet und in der Lage ist, in Osteuropa einzumarschieren. ... Sollte es in Europa zu einem Krieg kommen, müssen sie wissen, daß es einen Status Quo nicht länger gibt. Die Frage der Struktur Osteuropas — dies ist das mindeste — ist wieder einmal offen..."*

Colin S. Gray, 1979 (in Military Review)

Nicht nur in diesen Invasionen wird die militärische Konfrontation mit der Sowjetunion heraufbeschworen. Die NATO geht davon aus, daß die neuen Rüstungsprogramme und Strategien (Rogers-Plan und Air-Land-Battle) auch zu einer konventionellen Kriegsfähigkeit in Europa führen sollen. Daß davon auszugehen ist, daß die NATO uns Krieg „bescheren'' dürfte, wird ernsthaft niemand bestreiten wollen aus der Friedensbewegung, deren Sinn und Zweck es eigentlich ist, dieses zu verhindern (und nicht darauf zu hoffen, daß es schon so schlimm nicht kommen möge).

Bisher hat die Friedensbewegung an einem zentralen Aufrüstungsvorhaben (den neuen Mittelsreckenraketen) den Kriegsvorbereitungskurs der NATO durchkreuzen wollen. Daß dabei häufig des Guten zuviel getan wurde, indem dieses neue Waffensystem nicht nur zum Ausgangspunkt genommen wurde, um den gesamten Kriegskurs zu erläutern, sondern häufig diesen Waffen die Kriegsfähigkeit schlechthin zugesprochen wurde, liegt auf einem anderen Blatt, weil damit andere Rüstungsvorhaben „übersehen'' wurden. Die konventionelle Rüstung, die neuen Pläne (Rogers-Plan und Air-Land-Battle), die Schnelle Eingreiftruppe sind genauso „alte'' Hüte wie die „Nachrüstungsplanung'', auch wenn sie jetzt erst bei vielen ins Blickfeld rücken. Will man seine generelle Opposition gegen den Kriegsvorbereitungskurs zum Ausdruck bringen und zusammenfassen, landet man ganz zwangsläufig bei der grundsätzlichen Stellung gegen die NATO.

Bisher hieß es in den Aufrufen dazu, man wolle „Entspannung''. Diese Parole hat das sozialdemokratisch orientierte Mehrheitsspektrum immer ungeniert in jeden Aufruf hineingestimmt (obwohl dieses allen Linken ins Gesicht schlug). „Entspannung'', Handel und Abkommen in den Warschauer Pakt hinein waren lediglich einem militärischen Kräftegleichgewicht, besser gesagt mangelnder Überlegenheit der NATO, geschuldet, stand aber für die NATO niemals in Alternative oder gar als Verzicht für eine Kriegsplanung.

Zur seinerzeit geplanten Propaganda-Kampagne:

„Diejenigen, die sich dieser Aufgabe anzunehmen haben, machen sich keine Illusionen über die Erfolgschancen ... Es wäre nicht der erste Versuch, ... Einsicht in die Notwendigkeit der Nachrüstung zu schaffen."

Karl Feldmeyer in „FAZ'', 26.8.83

Die Hoffnung, daß sich „Entspannung'' irgendwie zu einem „Friedensprozeß'' oder zu Abrüstung ausbauen würde, sind heute selbst den kühnsten Optimisten nicht mehr einzureden.

Nicht viel mehr taugt der von Deile propagierte Begriff einer „Sicherheitspartnerschaft''. Im Rahmen der NATO gäbe es eine scheinbare „Sicherheitspartnerschaft'' nur dann, wenn es als aussichtslos gelten würde, zu militärischer Überlegenheit und Kriegsfähigkeit aufrüsten zu können, was auch weniger gigantische Rüstungsausgabensteigerungen zur Folge haben könnte. Will man das als eigene Utopie verstanden wissen, so ist das ja kein Ersatz für eine grundsätzliche Opposition gegen die NATO, im Gegenteil, ohne die wäre überhaupt gar nichts zu erreichen.

Andere erheben den Einwand, die Forderung „Raus aus der NATO'' könnte dem Plan einer 3. Supermacht, einem europäischen Militärbündnis „Vorschub'' leisten. Dahinter steht die Einschätzung oder Sorge, daß eine solche Einigung und auch eine „Abkoppelung'' von den USA als Alternative immer stärker in herrschenden Kreisen diskutiert werden. Die Debatte um eine europäische Einigung und um eine „europäische NATO'' gibt es, solange es die Debatte um Europa gibt, der Höhepunkt dieser Debtte war schon in den 60er Jahren. Es ist allerdings eine Fehlmeinung, wenn dies hauptsächlich als Konkurrenzbündnis gegenüber den USA mißverstanden wird. Der Imperialismus geht heute von einer gemeinsamen Frontstellung gegenüber der 3. Welt und dem „System des realen Sozialismus'' aus. Eine Variante des Vereinigten Europas ist ja nicht als Schwächung, sondern als Stärkung dieser Front gedacht, wenn es dabei auch

---

Zur Stationierung:

„Bonn muß demonstrieren, daß es seiner Sache sicher ist. Je besser dies gelingt, um so stärker wird die Bundesregierung aus der Kraftprobe dieses Herbstes hervorgehen. Die Erfahrung, daß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen weder den Alltag der Politik noch den des einzelnen verändert, wird erleichternd und ernüchternd wirken."

Karl Feldmeyer (s.o.)

---

um ein entscheidenderes Gewicht und ein angestrebtes Gleichgewicht der Europäer geht. Jedenfalls wird der Europäische Gedanke in herrschenden Kreisen niemals in Konfrontation zur NATO oder gar mit einem tatsächlichen Austritt aus der NATO erwogen.

Ganz unsinnig ist der Gedanke, die Opposition zur NATO einzubetten oder zu verstecken hinter der Forderung nach „Auflösung der Blöcke''. Vor dem „Mißverständnis'', daß ja auch die NATO die Auflösung der Blöcke in ihrem Sinne im Auge hat, versucht man sich damit zu retten, daß dann von einer Auflösung „von unten'' gesprochen wird. Ein Auflösen der Blöcke würde aber rein logisch betrachtet voraussetzen, daß die BRD aus der NATO austritt. Interessanter wird es schon dann, wenn (wie z.B. im Grünen Friedensmanifest) behauptet wird, ein solcher Austritt sei (einseitig) in der BRD gar nicht zu bewerkstelligen. Sicherlich kann eine internationale Front gegen die NATO dazu nur nützlich sein, aber ansonsten wäre es idiotisch, wollte man einer solchen Bewegung (sagen wir in den Niederlanden als Beispiel) verbieten, sich aus der NATO zu begeben, solange wir in der BRD soweit gar nicht sind. Umgekehrt würde dasgleiche gelten. In der Regel heißt es, die Auflösung der Blöcke müsse durch einen gleichzeitigen Prozeß in Ost und West hergestellt werden. Daß hieße natürlich derzeit vor allem, jeder Oppositionsbewegung in Osteuropa abzuraten, am Warschauer Pakt zu rütteln, weil in der BRD ein NATO-Austritt nicht in Sicht erscheint. Gerade den Propagandisten solcher Ost-West-Auflösung ist aber gerade dieser Gedanke noch überhaupt nicht in den Sinn gekommen, obwohl gerade das Kriegskalkül der NATO darauf aufbaut, daß es zu solchen einseitigen Prozessen in Osteuropa kommt, wo die NATO gern den „Befreier'' spielen möchte, während umgekehrt für die Sowjetunion diese Möglichkeit überhaupt nicht besteht.

In aller Regel gehen solche Ost-West-Kalküle davon aus, daß eine grundsätzliche Opposition gegen das herrschende NATO-System gar nicht als möglich angesehen wird; sozialdemokratische Kräfte und Teile der Grünen, vor allem Ex-ML-Kräfte, haben ganz offen eine Schwächung des Kampfes gegen die NATO im Auge.

Will man die Forderung nach Auflösung der Blöcke nicht an die Völker der Welt stellvertretend delegieren, so muß schon in der BRD die Forderung nach einem NATO-Austritt erhoben werden.

Bleiben wir aber mal auf dem Teppich der derzeitigen Situation, so geht es dabei um zwei Dinge:

Rogers-Plan und Air-Land-Battle

„Wenn es aber in der Entwicklung unserer Strategie darum gehen sollte, unsere militärischen Fähigkeiten so zu verändern, daß wir eine etwaige konventionelle militärische Auseinandersetzung hineintragen können in den gegnerischen Raum, dann kann sich auch sehr schnell politisch-psychologisch vieles im Ost-West-Verhältnis ändern. Dann werden wir anfällig für die Behauptung der Sowjetunion, wir wollten konventionell angreifen und ihr Staatsgebiet mit Krieg überziehen. Gerade wir Deutschen könnten angesichts unseres Überfalls auf die Sowjetunion im letzten Weltkrieg einer solchen Kampagne nur schwerlich widerstehen, nicht zuletzt angesichts des überragenden Anteils unserer Bundeswehr an der konventionellen Abschreckung der NATO in Zentraleuropa."

Hans Apel in Europ. Wehrkunde 4/83

unter seiner Ägide als „Verteidigungsminister'' wurden diese Pläne entwickelt und z.T. auf NATO-Ebene verabschiedet: man muß nur anders drüber sprechen...

---

1. Es ist unumstritten notwendig, die Opposition gegen den NATO-Kriegskurs in einer zentralen Forderung zusammenzufassen (und nicht nur gegenüber einzelnen Plänen und Rüstungsschritten).
2. Spätestens seit sich die SPD als die Vertreterin des Friedensgedankens in der Friedensbewegung aufzuspielen be-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

ginnt und von zahlreichen Strömungen in dem bisherigen Friedensbündnis als Teil der Friedensbewegung gesponsert wird, ist es unabdingbar geworden, daß sich der Anti-NATO-Flügel auf der anderen Seite sammelt, um gegen den Unsinn von NATO-Reform-Versprechen (als ob diese „den Frieden sichern" sollten) nicht nur im einzelnen anzutreten. Es wäre verheerend, als besonders „schlauen" Bündnis-Schachzug auszumalen, hier Zurückhaltung zu üben.

Es ist nicht zu bestreiten, daß beim derzeitigen Stand der Dinge in manchen größeren Bündnissen „Kompromisse" zu formulieren wären, die sich in etwa an der Erklärung des Koordinationskreises orientieren könnten. Aber auch das setzt einem gemeinsam agierenden Anti-NATO-Flügel voraus.

Friedensbewegung zwischen Ost und West

Wir hatten begründet, warum sich die Friedensbewegung, will sie Bestand haben und nicht auf spontane Anlässe eines Breitenprotestes spekulieren, zu einer klaren Oppositionsbewegung gegen den NATO-Kriegskurs entwickeln muß. Gegen diesen klaren eindeutigen Kurs werden vor allem Ost-West-Orientierungen der Friedensbewegung gesetzt, häufig auch in direkter Alternative zum Anti-NATO-Kurs.

Bei Sozialdemokraten ist es überdeutlich, daß die Zielrichtung auf eine Ost-West-Orientierung, und neue „Ab"-Rüstungsverhandlungen der Abschwächung der Konfrontation gegen die NATO dienen soll.

Auf der anderen Seite wird eine Ost-West-Orientierung vor allem aus den Reihen der Grünen Partei eingebracht, häufig ist es sogar das Hauptbetätigungsfeld, wenn nicht gar überhaupt das einzige aktiv betriebene Anliegen dieser Kräfte.

Allerdings reichen die Unklarheiten und die unterschiedlichsten Ansichten dazu in große Teile der Friedensbewegung hinein.

Angesichts zahlreicher Artikel zu dem Thema in diesem AK (siehe Beilage) kann sich hier auf mehr zusammenfassende Aussagen beschränkt werden.

Heißer Herbst — schon vorbei?

„Ich habe damals gesagt, ob der Herbst nun naß oder kalt oder heiß wird — dieser freiheitliche

Herbst nun naß oder kalt oder heiß wird — dieser freiheitliche

Rechtsstaat ist stärker als Farbbeutel, Demonstranten und Gewalttäter. Das hat sich erwiesen. Der Teil der Friedensbewegung, der einfach antiparlamentarisch ist, wird abschwellen, aber der harte Kern wird weiterzumachen versuchen und sich ein neues Thema suchen."

Rainer Barzel, „Welt", 3.12.83

Innerhalb dieser Kreise ragt der kleine, aber umso agilere Rest-ML-Teil hervor, der heute samt und sonders seine Zelte in den grünen Reihen aufgeschlagen hat und noch immer Anhänger der 3 Weltentheorie ist, wonach die beiden Supermächte (insbesondere die Sowjetunion) die 2. Welt (Europa) bedrohen. Diese Kräfte sind in den verschiedensten Ost-West-Kreisen und in der „Deutsch-Deutschen" Wiedervereinigungsnationalismus-Initiative zu finden.

So kraß, wie es hier z. B. Exil-Solidarnosc-Vertreter betreiben, wo erst jüngst ein KOS-Komitee („Komitee für sozialen Widerstand") vor jeder (einseitigen) westlichen Abrüstung wegen der sowjetischen Kriegsgefahr warnte (s. „taz", 6.12.83), mögen es diese Kräfte nur selten ausdrücken. Umso vehementer werden aber solche Positionen zur (unabhängigen) Friedensbewegung in Osteuropa hochstilisiert, mit denen eine Zusammenarbeit das Herzensanliegen der Friedensbewegung hier überhaupt sein müsse.

Andere grüne Ost-West-Postionen sind widersprüchlich und schwankend. Auf der einen Seite werden von der Sowjetunion Abrüstungsvorleistungen verlangt, um damit als „Bündnispartner" der Friedensbewegung deren Möglichkeiten zu verbesseren. Als die Stationierung nun unausweichlich näherrückte, machte die fixe Idee, jetzt könne für den „Durchbruch" nur noch die Verschrottung von SS-20-Raketen helfen, die Runde.

Auf der anderen Seite soll Friedensbewegung in Osteuropa überhaupt nur dort anzusiedeln sein, wo diesen Kräften eine ausdrückliche Opposition zu den dort herrschenden Verhältnissen nachgesagt werden kann; ein Maßstab, der in der BRD niemals angewendet wird. Wenn die Grünen ihren Ost-West-Kurs gerne mit dem Slogan umhängen, daß die Friedensbewegung weder mit einem Bein in Moskau noch in Washington stehen dürfe, so fällt ihnen offenbar nicht einmal „auf", daß sie ihre Ostkontakt- und Ausrichtungsarbeit in herzlichster Eintracht mit SPD'lern betreiben. So ist Rudi Steinke vom Arbeitskreis Atomwaffenfreies Europa immer dabei, ebenso stammte der letzte Ost-West-Aufruf aus dem Biermann-Büro aus der SPD-Baracke (Biermann stammt aus dem genannten Arbeitskreis und arbeitet heute für MdB Weißkirchen, er gilt als inoffizieller SPD-Vertreter im Bonner Koordinationsausschuß).

Hintergrund der vielen schwankenden Positionen ist, daß der Sowjetunion in aller Regel eine Berechtigung auf militärischen Schutz und Verteidigung gegen die NATO-Drohung verweigert wird, obwohl selbst pazifistische Kräfte in aller Regel ein solches Recht für Befreiungsbewegungen oder Staaten in der 3. Welt gegenüber einer imperialistischen Invasion oder Invasionsdrohungen nicht bestreiten. Dieses Recht eines bedrohten Staates, und dies ist die Sowjetunion seit ihrer Existenz, anzuerkennen, hat ja absolut nichts mit einem Blankoschein zu tun, mit dem der Sowjetunion Friedfertigkeit o. ä. attestiert wurde.

Daß sich die Sowjetunion keineswegs durch die Friedensbewegung hier schützen lassen kann, liegt auf der Hand; es liegt sogar auf der Hand, daß nicht prinzipielle Anti-Kriegshaltungen die Furcht vor einem Krieg in Europa haben so groß werden lassen, sondern die von der Sowjetunion angedrohte beiderseitige atomare Vernichtung (s. o.).

Mit Ausnahme der DKP, die allerdings in solchen Verhandlungen mit starken Kräften und Unterstützern vertreten ist, herrscht ansonsten Einigkeit, daß Solidarität gegenüber Unterdrückung von sozialen Bewegungen und Antimilitaristen und Pazifisten auch in Osteuropa nicht aus der Friedensbewegung auszuklammern ist.

Die DKP selbst hat es verschiedentlich bereits schlucken müssen, daß Vertreter aus der DDR (die sich auch gegen die NATO-„Nachrüstung" gewandt haben) auf Kundgebungen sprechen konnten.

Der neue Minimalkonsens:

Hans Apel hat sich mit Oskar

Der neue Minimalkonsens:

„Hans Apel hat sich mit Oskar Lafontaine und Egon Bahr bei der Diskussion über ein Vorstandspapier zu neuen Strategien auf den Minimalkonsens verständigt, eine 300 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone zwischen NATO und Warschauer Pakt zu befürworten. Diesen Vorschlag des schwedischen Regierungschefs Olof Palme mag der frühere Verteidigungsminister gerade noch akzeptieren.

Apels Sorge: Die auf Abschaffung von Atomwaffen eingeschworenen Genossen könnten sich ... auf die Forderung verständigen, die Bundesrepublik einseitig von dem „Teufelszeug" (Brandt) zu befreien; damit begänne für Apel tatsächlich der Weg in den Neutralismus."

nach „der Spiegel", 28.11.83

Andererseits geht es grünen Kräften in aller Regel nicht um Solidarität in diesem Sinne. Es wird gleich noch gefordert, solchen Kräften alle möglichen Anerkennungsschreiben (als die Friedensbewegung dort) zu verpassen, selbst wenn diese vor westlicher Abrüstung warnen oder für die selbst dann noch Solidarität gefordert wird, wenn diese (wie bei Solidarnosc) mit den hiesigen Herrschenden zusammen organisiert wird. Statt Anerkennung der bestehenden Grenzen darf dann auch ruhig die deutsche Wiedervereinigung gepredigt werden. Daß der europäische Imperialismus allein (ohne die USA im Rücken) immer noch stark genug wäre, ökonomisch ganz Osteuropa zu erobern, wenn das ihm ermöglicht würde, sollte doch allen Anlaß geben, nicht nur jedem „deutschen", sondern auch jedem europäischen Nationalismus eine Abfuhr zu erteilen und sich vom Bild eines von der Sowjetunion bedrohten Europas zu trennen.

Antimilitarismus

Die Friedensbewegung müsse sich von einer Anti-Atom- zu einer antimilitaristischen Bewegung entwickeln, so heißt es bei den unabhängigen Kräften.

In der Tat bestehen auch gute Chancen, daß alle Kräfte zur massenhaften Kriegsdienstverweigerung aufgerufen werden. Es muß aber auch deutlich gemacht werden, daß nicht nur für mehr Kriegsdienstverweigerung eingetreten werden muß, sondern daß die Verweigerung die einzige Möglichkeit ist, will man gegen den jetzigen Kriegskurs etwas tun. Denn „Verteidigung" wird es über den Kriegsdienst in keinem Fall geben können, ein „bißchen" bewaffneten Friedensdienst am Rande des atomaren Holocaustes kann es wohl nicht geben.

Die Erkenntnis, daß nur durch konsequente Ablehnung jedes Rüstungsvorhabens und jeder Militarisierung die Kriegsvorbereitungen der NATO infrage gestellt werden können, sollte nach der jetzt erfolgten Niederlage deutlich sein, dazu bedarf es keineswegs grundsätzlich pazifistischer oder antiimperialistischer Positionen.

Aus demselben Grunde sind Vorstellungen von „alternativer oder defensiver" Rüstung, die ausgerechnet bei den „gewaltfreien" Grünen zahlreich auf Zuspruch stoßen, auf die Situation der NATO und der BRD übertragen bestenfalls phantastische akademische Gebäude, in aller Regel aber eine Beschönigung oder Verharmlosung von Massenmordwaffen, die auch in den gegebenen Kriegsplanungen ebenfalls benötigt werden.

Es ist mehr eine Frage der Praxis, und nicht Gegenstand dieses Artikels, wie im einzelnen dazu vorgeschlagene Kampagnen, zur Verweigerung, gegen den Rüstungsexport, gegen den Ausbau von Militäreinrichtungen, gegen die Herbstmanöver und andere mehr sich entwickeln können. Ungeeignet aber ist es, wenn statt Praktizierung davon ausgegangen wird, als könne man jetzt mit Aufrufen die Millionenmassen zum alltäglichen Widerstand bewegen, als warteten diese nur noch auf den richtigen Ruf, um ihr Konto aufzulösen, gemeinsam zu fasten, zu streiken oder sonstiges zu unternehmen. Vielmehr ist es doch so, daß nicht einmal eine feste Zusammenarbeit der Antimilitaristen innerhalb der Friedensbewegung hergestellt ist.

HH, Hamburg

HH, Hamburg

Neues aus Krefeld: 16 Monate Gefängnis für Karin G. Prozeß gegen Anne H. geplatzt

Am 15.12. erging das zweite Urteil in Sachen Krefeld, erneut durch die Kammer unter Vorsitz des Staatsschutzerprobten Richter Paul. Diesmal nicht wie bei Holger aus Detmold wegen schweren Landfriedensbruch, sondern wegen einfachem. Konkrete Beweise waren, wie bei Holger, rar in diesem Verfahren. Der Beweis für den Landfriedensbruch bestand aus beschlagnahmten Briefen, die im Prozeß verlesen wurden. Aus ihrer Prozeßerklärung wurde geschlossen, daß sie an der Demo teilgenommen und ihre Ziele und das Vorgehen gebilligt habe. Außerdem sei sie „ausgerüstet" gewesen (Helm, Lederkleidung, Sturmhaube). Das alles beweise ihre Mittäterschaft nach §125 StGB (einfacher Landfriedensbruch). Im übrigen habe sie sich durch Einschlagen mit einem Holzknüppel auf einen Bullen des Widerstandes und der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht.

Das hohe Strafmaß wurde damit begründet, daß die ihr zur Last gelegten Handlungen dem Straftatbestand des schweren Landfriedensbruchs sehr nahe kommen würden.

Letztlich ist dies dieselbe Begründung wie bei Holger: Wer teilnimmt an der Demo und dies hinterher vertritt und sich für die Ziele der Demo erklärt, ist automatisch Mittäter des Landfriedensbruchs. Der Untschied zwischen schwerem und einfachem Landfriedensbruch ist in Krefeld genau ausgerechnet worden: fünf Monate Knast.

Aufgrund eines am 8.12. gestellten Befangenheitsantrages von Annes RA erklärte die 2. Kammer des Landgerichts Krefeld die 1. Kammer unter Vorsitz von Richter Hegger für befangen. Damit ist der Prozeß vorläufig geplatzt und wird vermutlich im Januar vor der 2. Kammer unter Richter Paul — verantwortlich für die Urteile gegen Holger und Karin (s.o. und AK 240) — neu eröffnet.

Anne ist eine der Angeklagten, denen zur Zeit vor dem Landgericht Krefeld der Prozeß wegen der Anti-Bush-Demo vom 25.6. dieses Jahres der Prozeß gemacht wird. Am dritten Prozeßtag, dem 8.12., unterbrach der Vorsitzende Hegger mehrmals die Verlesung ihrer Erklärung zur Sache, in der sie noch mal den Hintergrund der Demo und die Rolle der BRD im Rahmen der Nato herausarbeiten wollte. Die Begründung dafür: Das gehöre hier nicht zur Sache — ein weiterer Versuch, den politischen Hintergrund der Demo und der jetzt stattfindenden Prozesse zu unterdrücken. Nachdem Anne sich das nicht gefallen ließ und den Richter mehrmals scharf anfuhr, er solle das lassen, erwirkte dieser mit der Kammer den Beschluß, Anne vom Prozeß auszuschließen. RA Simon, der Anwalt von Anne, stellte daraufhin einen Befangenheitsantrag gegen die Kammer, den diese erstmal zurückstellte. Als dann der beisitzende Richter Beermann bei einer Zeugenbefragung dem Zeugen die „passenden" Antworten geradezu in den Mund legte, folgte ein zweiter Befangenheitsantrag gegen Richter Beermann. Am Mittwoch, den 14.12. entschied nun die 2. Kammer, daß dem Antrag gegen die Kammer von Richter Hegger zulässig und berechtigt sei, da die Aussage von Richter Hegger, die Erklärung gehöre nicht zur Sache, die Besorgnis der Befangenheit begründe, denn für die Angeklagten sei aus ihrer Sicht die Erklärung sehr wohl ein wichtiger Bestandteil ihrer Einlassung zur Sache, deren Unterbrechung für sie ein Grund dafür sein könne, sich einem Gericht gegenüberzusehen, daß ihr befangen gegenübertrete.

zeß gemacht wird. Am dritten Prozeß-

Prozeßtermine

Landgericht:
5. Jan. 84 gegen Jörn aus Köln, 9 Uhr
9. Jan. 84 und die folgenden Montage gegen Bea aus Hamburg, 9 Uhr
11. Jan. 84 und die folgenden Mittwoche gegen Doro aus Düsseldorf, 9 Uhr.
Alle drei sitzen noch im Knast!

Amtsgericht:
3./10. Jan. gegen Moni aus Düsseldorf
17. Jan. gegen Thomas aus Bielefeld
24./31. Jan. gegen Erik aus Frankfurt.
Alle drei haben Widerspruch gegen Strafbefehle eingelegt.

Strafbefehle eingelegt.

„Ohne ‚Sozialisierung' Europas ist die Europäisierung ein Spiel mit dem Feuer"

Ton Veerkamp ist Studentenpfarrer für ausländische Studenten und seit 1968 in Westberlin in der Linken aktiv. Er war jahrelang in der Solidaritätsarbeit mit den Befreiungsbewegungen der „3. Welt" engagiert. Mit dem Aufblühen der neuen Friedensbewegung fand er hier seinen Tätigkeitsbereich. Auf der westberliner Volksversammlung am 22.10. dieses Jahres sprach er als Vertreter der westberliner Friedensbewegung.

AK: Welchen Stand hat deiner Meinung nach die neue westdeutsche Friedensbewegung nach den herbstlichen Aktionen und der nun begonnenen Nato-„Nachrüstung" erreicht?

Ton: Sie ist ratlos, würde ich sagen, obwohl jeder mit dem Ergebnis vom 22. November gerechnet hat. Die Strategie der Friedensbewegung als Massenbewegung war parlamentarisch angelegt. Man hat gehofft, durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung die Politiker und Parlamente zu anderen Entscheidungen zu bewegen. Diese Hoffnung kam dadurch zum Ausdruck, daß man versuchte, so viel Leute wie möglich in Aktivitäten einzubinden. Also die Zahl der Beteiligten war eine politische Qualität in dieser Strategie. Nach dem 22. November stellte sich nun heraus, daß dieser Weg nicht zum Erfolg geführt hat. Das Ziel, das die Friedensbewegung hatte, nämlich die „Nachrüstung" zu verhindern, konnte nicht erreicht werden. Nun fragt man sich, wie es weitergehen soll. Muß man auf andere Mehrheiten in Bonn hoffen und dafür arbeiten? Muß man zu gezielten außerparlamentarischen Aktionen schreiten — mit dem Ziel, das öffentliche Leben zu destabilisieren? Die anschließende Frage lautet, wie dies in politische Entscheidungen umgesetzt werden könnte. Auf alle diese Fragen gibt es ebensoviele Antworten, wie es Gruppen in der Friedensbewegung gibt. Wir sollten uns noch einige Monate die Zeit nehmen, nachzudenken und uns darüber zu unterhalten, was zu tun ist. Das schließt ein Weiterführen der laufenden Aktionen natürlich nicht aus, 30.1., Ostern 84. Aber wir müssen jetzt die Erfahrungen, die wir in den letzten drei, vier Jahren gesammelt haben ordnen und uns fragen, was wir daraus gelernt haben.

Damit besteht doch aber die Gefahr, daß ähnlich wie zum Ende der Studentenbewegung über „eine Phase des Nachdenkens" der Zerfall der Bewegung eingeleitet wird.

Diese Gefahr gibt es immer, weil eine solche Bewegung wie die Friedensbewegung weder politisch noch sozial eine einheitliche Bewegung ist und Spaltungssprengstoff an nahezu allen Ecken und Enden vorhanden ist. Der Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß man versucht, gemeinsam ein neues Ziel zu formulieren, das die meisten Gruppen der Friedensbewegung zum Handeln motiviert.

Die Diskussion um die Aufkündigung des Minimalkonsenses, bzw. dessen Erweiterung ist derzeit in aller Munde.

Ja, nun war dieser sogenannte Minimalkonsens immer ein Stück weit Mythologie. Es hieß: Abrüstung in Ost und West und keine NATO-„Nachrüstung". Der Sinn einer solchen Formel bestand darin, so viele Leute wie möglich zum Nachdenken zu bringen über das, was man bislang fast als Schicksal hingenommen hat: eben die Rüstung. Die neuen Waffen machten sehr viel klar. Man sollte also diesen Minimalkonsens nicht verdammen. Er hat dafür gesorgt, daß ein Prozeß der Nachdenklichkeit in der Bevölkerung eingesetzt hat, wie er seit 1945 einmalig war.

Wir müssen uns vor einem Fehler hüten: Der Warschauer Pakt leitet jetzt Gegenmaßnahmen ein, und es besteht bei Teilen der Friedensbewegung die Neigung, den Spieß nun umzudrehen und von dem Warschauer Pakt einen einseitigen Abrüstungsbeginn zu verlangen. Das sage ich, obwohl ich weder den politischen noch den militärischen Sinn der Maßnahmen des Warschauer Paktes verstehen kann. Wir müssen auch nach wie vor unsere Verantwortlichkeit in dieser Frage in den Vordergrund stellen, d.h. die NATO rüstet „nach". Was will sie damit, was ändert sich dadurch bei uns, und was ergibt sich daraus für uns als politische Konsequenzen? Das bedeutet nicht so sehr eine Erweiterung, als vielmehr eine Vertiefung des Minimalkonsenses, indem wir jetzt nicht mehr nur über die Raketen selber reden, sondern über das, was sie repräsentieren, was sie erreichen bzw. „schützen" sollen. Ich denke, daß dies jetzt auf der Tagesordnung der Friedensbewegung steht. Ob dabei am Ende eine Parole wie „Raus aus der NATO!" herauskommt, ist eine zweite Frage, über die erst ausführlich diskutiert werden muß.

Welche langfristigen Aufgaben hat nach deiner Meinung die Friedensbewegung?

Diese Frage macht schon deutlich, daß auch die „Friedensbewegung" selber nur eine Worthülse ist. Es gibt in der Friedensbewegung so viele unterschiedliche Leute, daß auch dort fast jeder einzelne eine eigene Antwort hat. Für bürgerlich-demokratische Politiker ist die Friedensbewegung allenfalls ein Mittel, um eine weitere Aufrüstung einzudämmen bzw. vorsichtige Schritte in Richtung einer Abrüstung einzuleiten und so Mittel und Wege zur Kriegsverhütung zu finden. Für Sozialisten in der Friedensbewegung liegt die Perspektive sicherlich in einer gesellschaftlichen Veränderung, weil ein Gesellschaftssystem wie das unsrige auf der Ausbeutung ganzer Völker und Kontinente beruht. Es ist damit an und für

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sich bereits ein Kriegsherd. Und solange dieses System besteht, wird man immer mit der Kriegsgefahr leben müssen. Also besteht die Perspektive letztendlich darin, daß eine Gesellschaft wie die unsrige von Grund auf geändert oder erneuert werden muß, um endlich zu wirklicher Abrüstung und zu einem wirklichen Frieden zu kommen, der mehr ist als nur Kriegsverhütung.

Was kennzeichnet die Beziehung SPD — Friedensbewegung?

Ich sehe dort für die Friedensbewegung eine große Gefahr. Allerdings muß ich mich dabei auch auf die Grünen beziehen. Die Bonner Schlußkundgebung vom 22. Oktober hat gezeigt, daß es einen Konkurrenzkampf zwischen Grünen und SPD um die Friedensbewegung gibt, wobei ich den Grünen etwas mehr lautere Motive unterstelle als der SPD; obwohl die Vorstellungen der Grünen auch reichlich verwirrt sind. Aber diese ganze Geschichte ist schädlich. Die Friedensbewegung sollte sich in jedem Falle als parteiunabhängig weiterentwickeln.

Was die SPD betrifft, ist natürlich die Frage, wie es um Friedenspolitik bestellt sein würde, wenn diese Partei 1987 in Bonn wieder die Macht übernimmt. Da muß man äußerst skeptisch sein, gerade aufgrund der Erfahrungen, die mit der SPD in der Nachkriegszeit gemacht wurden. Es war kein Zufall, daß ausgerechnet diese Partei 1979 auf ihrem Berliner Parteitag den ,,Nachrüstungsbeschluß'' befürwortet hat. Das hängt mit dem Ja dieser Partei zum westlichen Bündnis und zum westlichen Militärsystem zusammen. Seitdem dieses ,,Ja'' in den 50er Jahren gesprochen wurde, konnte diese Partei den Weg zur Macht erfolgreich begehen. Es wäre eine illusionäre Hoffnung, daß diese Partei diese Erfahrungen vergessen würde, wenn es 1987 wieder einen sozialdemokratischen Kanzler geben sollte. Es müssen klare politische Forderungen gestellt werden, die eine Rückkehr zur klassischen NATO-Politik ausschließen.

Was mir weiter Sorgen bereitet, ist, daß nach vielen Äußerungen sozialdemokratischer Politiker die nukleare Schwelle durch eine verstärkte konventionelle Aufrüstung angehoben werden soll. Dies ist eine sehr abenteuerliche Position, weil alles darauf hinweist, daß es bei einem militärischen Konflikt in Mitteleuropa nicht bei der Anwendung konventioneller Waffen, was sowieso schon eine Katastrophe für die betroffenen Länder wäre, bliebe. Die ganze waffentechnologische Entwicklung zeigt in die Richtung, daß es zu einem zeitlich sehr frühen Einsatz von Atomwaffen kommen würde. Solange es in der SPD solche Gedanken gibt, und solange es in der SPD keine Bereitschaft gibt, die grundsätzliche Frage anzugehen, nämlich die Frage, die das westliche Bündnis als solches betrifft und ob die Zeiten dieses Bündnisses nicht vielleicht vorbei sind, solange kann die Liebe der Friedensbewegung zur SPD nur sehr kühl sein.

Die SPD ist zwar gegen die Nachrüstung aber für die NATO. Im NATO-Rahmen will sie für eine größere Unabhängigkeit Westeuropas bzw. der BRD von den USA eintreten. Siehst du darin einen emanzipatorischen Prozeß?

Nein, ich denke, daß es ein illusionärer Vorgang ist. Die Unabhängigkeit Europas von den USA würde, wenn es eine wirkliche Unabhängigkeit wäre, bedeuten, daß Europa grundsätzlich andere politische, ökonomische und andere soziale Interessen hätte als die USA. Solange das aber nicht der Fall ist, wird diese Unabhängigkeit nur eine Papierunabhängigkeit sein. Die Amerikaner würden natürlich jederzeit sagen — und sie tun es —: ,,Das ist Euer Öl, das wir am Golf verteidigen!''. Solange diese grundsätzliche Interessenübereinstimmung zwischen USA und Europa besteht, wird das notwendigerweise auch seinen militärischen Ausdruck finden. So wird man im Krisenfall nichts anderes tun können, als in dem Boot mitzufahren, in dem sowohl der Kapitän als auch der Steuermann ein Amerikaner ist.

In der Friedensbewegung kursiert die Forderung nach einer ,,Europäisierung Europas''.

Ich habe mit Europa noch nie etwas anfangen können. Ich denke, daß es sich um eine bloße Abstraktion handelt, was auch der gescheiterte Athener Gipfel bewies. Den europäischen Staaten ist das Hemd immer näher als der Rock.

Was soll das sein, eine ,,Europäisierung Europas''? Ein blockfreies Europa? Und wenn das so sein sollte, hört dann das Interesse Europas als ökonomische Großmacht auf? Frankreich würde weiterhin auf seinen Interessen in Afrika bestehen, die bundesdeutsche Industrie in Iran, Lateinamerika usw.

Auch der Frieden würde durch ein ,,europäisiertes Europa'' nicht sicherer. ,,Wir'' hätten immer noch die gleichen Interessen wie die USA. Daraus ergibt sich m.E., daß, wenn diese Parole zur zentralen Forderung erhoben würde, sie die Leute nur in die falsche Richtung schicken würde. Etwas anderes ist es, wenn man sagt, die Europäer sollen, weil sie nun einmal mit der Sowjetunion auf einem relativ kleinen Kontinent zusammenleben, ihr Verhältnis zu ihr regeln, ohne die Amerikaner! Das heißt kurzfristig Anti-Rüstungspolitik (etwas mehr als nur Anti-Raketen-Bewegung!); längerfristig bedeutet dies einschneidende gesellschaftliche Änderungen bei uns, weil der Konflikt ja nicht nur ein Konflikt konkurrierender Mächte ist, sondern tiefer geht.

Wenn man von einem blockfreien und unabhängigen Europa spricht, sehe ich nicht, wie man dann ohne ,,Eurobalance'' auskommt, wie man dann verhindert, daß es zu einem eigenständigen europäischen Atomarsenal kommt, das dem sowjetischen gleichgewichtig wäre, wie man verhindert, daß sich gaullistische- oder Straußkonzepte durchsetzen. ,,Europa den Europäern'' — prima! Aber ohne ,,Sozialisierung'' Europas ist die Europäisierung ein Spiel mit dem Feuer. Emanzipation von den USA und gleichzeitig einseitige Abrüstung? Wenn dafür Mehrheiten geschaffen werden sollen, haben wir noch eine Menge zu tun.

In Westberlin gab es heftige Auseinandersetzungen über die Frage, ob ein Mitglied der unabhängigen Friedensbewegung sprechen sollte. Nur notdürftig wurden die Klippen dadurch umschifft, daß nur e i n deutscher Redner auftreten sollte. Wie soll sich aus deiner Sicht das Verhältnis zu dieser Frage in der Zukunft gestalten?

Das ist eine sehr komplizierte Frage, die einen vordergründigen Aspekt hat. Demnach dürfen gemeinsame Aktionen der westberliner Friedensbewegung nicht auf Bedenken wesentlicher Teile der Friedenskoordination Westberlins stoßen. Daher war die Forderung, einen exilierten Jenaer reden zu lassen, von vornherein nicht konsensfähig.

Den Hintergrund bildet aber folgende Frage: Wenn es bei jeder friedenspolitischen Großaktion zur Bedingung gemacht werden soll, jemanden aus der Oppositionsbewegung Osteuropas bzw. der DDR reden zu lassen, wird dann dabei nicht eine politische Perspektive heraufbeschworen, die in Richtung eines ,,blockfreien'' Europas führt?

Die ganze Frage: wie hältst du es mit der Opposition in Osteuropa, und die Rednerfrage ist nur eine untergeordnete Teilfrage, kann nur beantwortet werden, wenn man die ganze Perspektive eines atomwaffenfreien Europpas als Auftakt zu einem blockfreien Europa von Polen bis Portugal viel gründlicher diskutiert als es bis jetzt der Fall war. Für das DKP/SEW-Lager ist die Frage sowieso tabu, habe ich das Gefühl; bei den Grünen wird die Sache praktisch als Glaubensartikel gehandelt. Entwede bist du dafür oder du bist Teil des ,,Spektrums'' (sprich DKP) und von vorneherein unglaubwürdig. Die irrationalen Haßreaktionen auf meine Position seitens mancher Leute in der AL deuten daraufhin, daß wir erst noch lernen müssen, die Fragen sachlich zu stellen. Ich bin aber nicht bereit, dafür den Preis eines Verzichts auf jegliche Imperialismusdiskussion zu zahlen.

Was siehst du als konkrete Handlungsperspektive?

Die Politiker rechnen fest damit, daß es mit der Friedensbewegung wie mit der Studentenbewegung, der Bewegung gegen die Berufsverbote, der Anti-AKW-Bewegung geht. Es fallen Entscheidungen, und dann ebbt die Sache ab. Kohl hat dies ausdrücklich so gesagt. Wenn wir es schaffen würden, daß dieses Abebben nicht stattfindet, wäre das ein Politikum von größter Bedeutung. Dazu ist jetzt aber eine Phase des Nachdenkens nötig, ohne daß es zu einem Stillstand bei den Aktionen kommt. All diese Aktionen sollten weitergehen, von Unterschriftensammlungen bis zu Blockaden. Für die Ostertage sollte man sich vielleicht vornehmen, keine Militäranlage in der Bundesrepublik ohne Besuch zu lassen, wobei der Besuch verschiedene Formen annehmen kann, die aber nach wie vor strikt gewaltfrei sein sollten. Man würde so klarstellen, daß hier vorläufig gar nichts abebbt und uns würde es Mut machen, den Kampf, der noch über viele Jahre hinweg zu führen ist, nicht aufzugeben.

(Das Gespräch wurde am 10.12.1983 geführt.)

Blockade in Frankfurt Hausen — ein Lichtblick

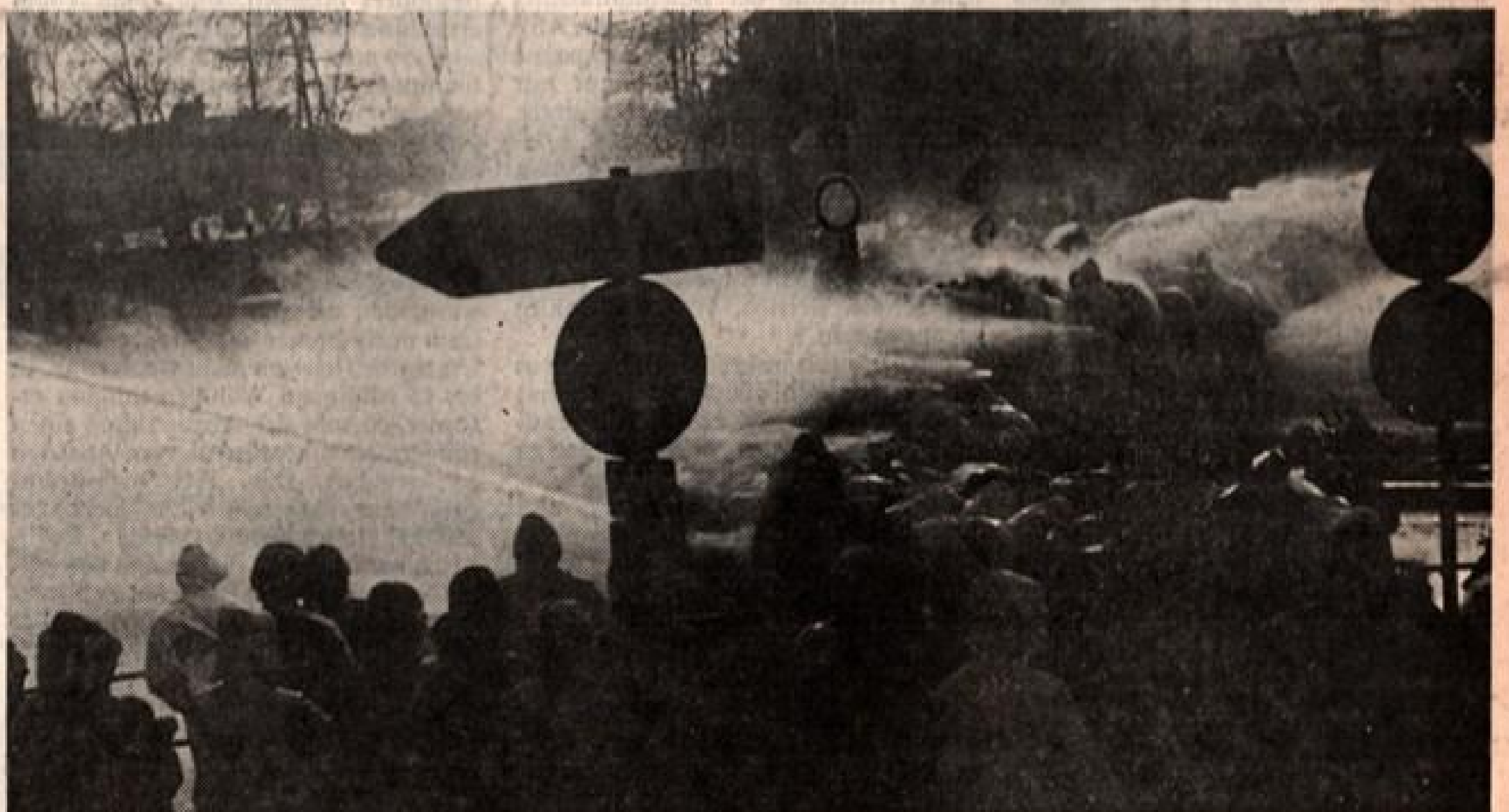


Foto: AK

Zu einer harten Konfrontation zwischen Rüstungsgegnern und Polizei kam es vom 9. bis 12.12. im Frankfurter Stadtteil Hausen vor dem dortigen US-Militärgelände, auf dem nachweislich Montage- und Wartungsarbeiten für die Pershing-Systeme I und II durchgeführt werden. Anders als bei den ,,Prominenten-Blockaden'' in Mutlagen und ungeachtet der laufenden Gespräche zwischen den hessischen GRÜNEN und der SPD um eine Zusammenarbeit in der Landespolitik drosch die Polizei mit einer Heftigkeit auf die Demonstanten ein, wie sie der Friedensbewegung bislang unbekannt war. Ziel der zügellosen Wasserwerfer-Einsätze, der Verfolgungsjagden und Schlägereien, die die Polizeiführung anordnete, war ganz offensichtlich, die beabsichtigte Blockade nicht zustandekommen zu lassen, d.h. Aktionen zu zerschlagen, die über den bisherigen gutmütigen Appellationscharakter von Ostermärschen und Volksversammlungen hinausgehen. Dabei dürfte die Frage, einigen Miltiärfahrzeugen freie Fahrt zum US-Gelände zu verschaffen, in den polizeilich-politischen Überlegungen eine höchst untergeordnete Rolle gespielt haben. Den Verantwortlichen des Einsatzes — wie immer bei solchen Frankfurter Anlässen Polizeipräsident Gemmer (SPD), Oberbürgermeister Wallmann (CDU) und Innenminister Günter (SPD) in Nachfolge (Vertretung??) des unvergessenen Gries (FDP) — ging es um mehr: Ansätze der Friedesbewegung, den Weg vom Protest hin zum Widerstand zu beschreiten, sollten strikt unterbunden werden. Doch wie es manchmal bei solchen Strategien passiert, wurde wohl eher das Gegenteil befördert. Die polizeiliche Gewalt provozierte erst Empörung, dann Entschlossenheit und Gegenwehr. Die Aktion lief besser ab, als man nach den Vorbereitungen erhoffen durfte. Es war ,,wie an der Startbahn''. Und das ist für die Friedensbewegung — nicht nur im Rhein-Main-Gebiet — sicher ein enormer Zugewinn an Kampfbereitschaft, gerade wenn man bedenkt, daß dies drei Wochenenden nach dem Stationierungsbeschluß des Bundestages stattfand.

Die Blockade ging am Freitag morgen (9.12.) gegen 8 Uhr gleich los mit 1000 Leuten, die sich pünktlich am vereinbarten Treffpunkt einfanden und nach Hausen aufbrachen. Dort hatte die Polizei zwei zum US-Gelände hinführende Straßen in jeweils 500 m (Rossittenerstr.) und 100 m (Elbingerstr.) Entfernung davon dichtgemacht. Vor den polizeilichen Absperrungen ließen sich die Demonstranten nieder, wobei die zweimalige Aufforderung der Polizei, die vorbeiführende Durchgangsstraße (Ludwig Landmannstr.) freizumachen, geflissentlich überhört wurde. Merklich hob sich die Stimmung, als ein US-LKW eintraf, haltmachen mußte, eine Weile festsaß, um dann über den Grünstreifen der Ludwig Landmannstr. hinweg zu wenden und abzuhauen. Ansonsten stritt sich der ,,Sprecherrat'' unentwegt über die bedeutsame Frage, ob zivile Fahrzeuge mit anderen Anlaufzielen als der Pershing-Fabrik durchgelassen werden sollten: Teils geschah's so, teils auch nicht. Umständlich konstruiert die Polizei jetzt im nachhinein aus diesem Umstand eine publizistische Rechtfertigung für ihr späteres Eingreifen. Der Wirklichkeit am nächsten dürfte die konservative ,,Frankfurter Neue Presse'' kommen, die am darauffolgenden Tag schlicht feststellte: ,,*Zu Ende war die Geduld* (der Polizei) *allerdings, als ein amerikanischer Lastwagen angehalten und seine Ladung, bestehend aus Klappstühlen, als bequeme Sitzgelegenheit auf die Straße gestellt wurde''*. Das geht ja nun auch entschieden zu weit. Wasser marsch! Marburger Blockade-Spezialisten trotzen der Hochdruck-Fontäne und bleiben sitzen — 204 Festnahmen zur Personalien-Feststellung. Aus Protest dagegen findet am Abend eine Innenstadt-Demo mit 800 Leuten statt.

Schon der Verlauf des ersten Tages bringt die unterschiedlichen Strömungen der Friedensbewegung zueinander. Beinahe mühelos gelingt eine Einigung über bis dahin heiß umstrittene Demonstration am nächsten Tag. Das Unabhängige Friedensplenum Frankfurt hatte eine Route angemeldet, die am IG Farben-Haus (heute Sitz des V. Corps der US-Army) und am US-Konsulat vorbei nach Hausen führte. Der Friedenstreff hingegen (KOFAZ-Spektrum) wollte diese ,,kritischen Punkte'' meiden, um SPD und DGB eine Teilnahme an der Demo zu erleichtern — vergebens. Man einigte sich auf die ,,UFF''-Route und eine gemeinsame Abschlußkundgebung. Und so vermittelten die 8000 Teilnehmer, die am Samstag-Vormitag zusammenkamen, durchaus ein gewisses ,,Stärkegefühl''. Es war eine linke Demonstration, unausgewogen, einseitig, NATO-feindlich. In den Augen des Staates mag es auch eine ,,unfriedliche'' Demo gewesen sein, insofern zwar lautstark der äußere, nicht aber der ,,innere'' Frieden gefordert wurde.

Ohne groß die Schlußansprachen abzuwarten, fanden sich nun tausende vor den Polizeisperren ein. Was verboten ist, macht eben doch — trotz Kälte und Erschöpfung — scharf, und die Blockade war von A bis Z ,,einschließlich aller Ersatzhandlungen'' vom Ordnungsamt verboten worden. Diesmal verzichtete die Polizei von vornherein auf ,,Geduld'' und auch auf irgendwelche Vorwände vonwegen Verkehrsbehinderung. Von beiden Richtungen wurde die Ludwig Landmannstr. durch massive Einsatzkräfte bedroht. Dann wurde geräumt. Flüchtende wurden mit gezogenen Knüppeln verfolgt und teilweise auf dem Gelände einer Kirchengemeinde niedergeschlagen. Es gab mehrere Schwerverletzte mit blutigen Schädeln und 87 Festnahmen, darunter auch ein Reporter des Hessischen Rundfunks, was wieder mal anschaulich beweist, daß es die Polizei ,,ausschließlich auf Gewalttäter abgesehen hat''. Es gab keinerlei ,,Gewaltaten'', die dieses Vorgegen ,,provoziert'' hätten. Es gab d a n n aber sehr wohl auf die Straße gezogene Müll-Container, Flaschen und Steine, um die blindwütige Jagd der Uniformierten abzustoppen. Während dieser Straßenschlacht-ähnlichen Szenen in den angrenzenden Straßen harrte eine kleine Gruppe von Blockierern immer noch unbeugsam vor der Polizeisperre in der Rossittenerstr. aus. Sie wurde von vier (!) Wasserwerfern aus unmittelbarer Nähe mit voller Wucht bespritzt. Gesichtsverletzungen waren die Folge. Vor dieser rücksichtslosen Brutalität ist selbst die bürgerliche Presse unangenehm berührt.

Auf dem abendlichen Plenum zunächst Niedergeschlagenheit sowohl beim Friedenstreff wie auch beim Unabhängigen Plenum. ,,So macht man den Erfolg der Demo kaputt'', meinten DKPler. Jetzt müsse wieder von vorn angefangen werden, der Widerstand müsse ,,neu aufgebaut werden''. Vertreter des ,,UFF'' beklagten, daß sich die Autonomen nicht an Absprachen und Konzept gehalten hätten. Später kam die Parole auf, am Samstag seien polizeiliche Provokateure ,,à la Krefeld'' am Werk gewesen. Nun sind zwar während der Demonstration — also noch ohne jede Tuchfühlung mit der Polizei — in völlig unsinniger und objektiv provokatorischer Weise Scheiben bei einem Hotel eingeworfen worden, das sich immerhin geweigert haben soll, als Beobachtungsposten für die Polizei zur Verfügung zu stehen. Und es sind von einzelnen Kids, wohl in panischer Angst, auch Steine geworfen worden, die leicht andere Demonstranten hätten treffen können. Dies kann jedoch kein Anlaß sein, eine insgesamt berechtigte, d e f e n s i v e Gegenwehr von Demonstranten als das Werk eingeschleuster Zivis darzustellen. Die Provokatuere zeigten sich an diesem Tag ganz offen in Uniform.

Vielmehr war das Plenum am Samstag-Abend von der Angst geprägt, Militanz von seiten der Demonstranten könne zur Isolierung in der Bevölkerung führen. Diese Angst war gewiß übertrieben. Mensch führt zwar ungern die ,,Bildzeitung'' als Zeugen an. Aber bemerkenswert ist es doch, wenn etwa ,,Bild'' am 13.12. ,,Interviews mit der Bevölkerung'' bringt (*,,4 Tage Blockade — wie stehen Sie dazu?''*) und von sechs Befragten vier Leute nicht nur Verständnis, sondern sogar Unterstützung bekunden. Heimtückischer Trick von Springer, um uns auf einen falschen Trip zu setzen???

Für den Sonntag wurde ein flexibles Vorgehen verabredet — wenn die Polizei räumt, zurückweichen statt sich festnehmen zu lassen — und von an die tausend Leuten befolgt. Gegen Abend gab es wieder aus nichtigem Anlaß einen schlimmen Knüppeleinsatz der Polizei mit einigen Verletzten. In der Nacht 34 Festnahmen in Hausen, um die Leute ,,an der Begehung von Straftaten zu hindern'', also Vorbeugehaft. Die Polizei versuchte mit dieser Taktik eine Stimmung zu verbreiten, daß jetzt nichts mehr hingenommen werde, und daß jede Versammlung gleich welcher Art zerschlagen wird. Drohgebärden und Einschüchterungsversuche auch am Montag, wo sich erneut 300 bis 400 einfanden, die sich später nur mit knapper Not zum Campus der Universität zurückziehen konnten. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß die viertägige Aktion zum erfolgreichen Abschluß gebracht wurde: 2500 Leute beteiligten sich am Montag-Abend an einer Demo durch die Stadt.

Daß die von der Polizei beabsichtigte Zerschlagung auch gegen Ende der vier Tage nicht gelang, daß die Mobilisierung beachtlich war und eine Spaltung vermieden werden konnte und daß schließlich grundsätzliche Distanzierungen von Militanz erfreulicherweise ausblieben, zählt zu den Lichtblicken dieses Wochendendes. Die große Zahl der Festnahmen und der jetzt folgenden Ermittlungsverfahren deutet aber den hohen Preis an, der dafür bezahlt wurde. In der weiteren Diskussion um zweckmäßige Aktionsformen muß dieser Umstand berücksichtigt werden.

KB/Gruppe Frankfurt

Koordinierungsausschuß beschließt: „Autonome Volksbefragung" am 17. Juni

Nach einer zweitägigen Klausurtagung hat der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung am 14. Dezember beschlossen, eine ,,autonome Volksbefragung'' über die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen durchzuführen. Sie soll am 17. Juni, dem Tag der ,,deutschen Einheit'' und der Wahlen zum Europa-Parlament, abgehalten werden. Dabei soll folgender Text zur Abstimmung gestellt werden: ,,*Ich lehne die Stationierung von Pershing-II und Cruise Missile auf dem Boden der BRD ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen. Damit sollen der Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West — insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen — eingeleitet werden*''.

Dieser Text wurde mit 12:4 Stimmen angenommen. Gegen diese Formulierung votierten anwesende Vertreter von FÖGA, BAF, BuKo und den GRÜNEN. Der Antrag aus dem BAF-Kreis und von den GRÜNEN (Lukas Beckmann), den Abstimmungstext noch um den Satz ,,Ich bin für die Einführung des Volksentscheides'' zu ergänzen (wobei klar war, daß hierüber am 17. Juni gesondert abgestimmt werden sollte), wurde mit 9:3:4 Stimmen abgelehnt. Für diesen Antrag votierte neben den Antragstellern noch die ,,Initiative Kirche von unten''. Andere Vertreter des ,,unabhängigen Spektrums'' enthielten sich hier der Stimme. Mit großer Mehrheit angenommen wurde allerdings ein Antrag, daß im noch zu erarbeitenden Kampagnenaufruf die Forderung nach einem ,,Mehr an plebiszitärer Demokratie'' Eingang finden soll. Die Kampagne, so wurde versichert, sei auch als Schritt in diese Richtung zu interpretieren. Die Annahme dieses Antrags war jedoch — nach der Herausnahme der Forderung selbst nach konsultativer Volksbefragung — nicht mehr als die Verabreichung eines Trostpflasters an die Adresse derjenigen, die für eine stärkere Verknüpfung der ,,Raketenfrage'' mit der ,,Demokratiefrage'' plädierten. Ein ,,Zugeständnis'', das den DKP- und SPD-nahen ewigen Anhängern unverbindlicher Meinungsbekundungen vorerst nichts kosten dürfte.

Als Diskussionsgrundlage diente dem KA ein Papier der am KA assoziierten bundesweiten ,,AG Volksbefragung''. Zur Begründung der Kampagne heißt es in diesem Papier u.a.: ,,*Die Friedensbewegung darf den Kampf gegen die Stationierung der Pershing-II und Cruise Missiles jetzt nicht aufgeben. Trotz Bundestagsentscheidung und Stationierungsbeginn kann die Bundesregierung ein Defizit nicht loswerden: Sie war zwar zur physischen*

nichts kosten dürfte.

Als Diskussionsgrundlage diente dem KA ein Papier der am KA assoziierten bundesweiten ,,AG Volksbefragung''. Zur Begründung der Kampagne heißt es in diesem Papier u.a.: ,,*Die Friedensbewegung darf den Kampf gegen die Stationierung der Pershing-II und Cruise Missiles jetzt nicht aufgeben. Trotz Bundestagsentscheidung und Stationierungsbeginn kann die Bundesregierung ein Defizit nicht loswerden: Sie war zwar zur physischen*

Durchsetzung der neuen Atomwaffen in der Lage, ihr fehlt aber hierfür die politische Legitimation durch die Mehrheit der Bevölkerung. Diese Schwäche muß die Friedensbewegung nutzen: Sie muß die Bevölkerungsmehrheit gegen die neuen Raketen sichtbar werden lassen. Demoskopische Umfragen reichen nicht, weil Menschen nicht zum Handeln gebracht werden. Durch beteiligungsfreundliche Massenaktionen muß die einmal gewonnene Mehrheit auf Dauer gefestigt und damit die Regierung von der Bevölkerung isoliert werden. Die Organisierung einer eigenständigen Volksbefragung durch die Friedensbewegung ist eine Kampagne, mit der diese Zielsetzung für das Jahr 1984 als nächstem Zeitabschnitt in unserer Friedensarbeit erreicht werden kann. Die eigenständige Organisierung einer Volksbefragung durch die Friedensbewegung ist eine Massenaktivität, mit der weitere Bevölkerungsschichten für die Zielsetzungen der Friedensbewegung gewonnen werden können. Das Bekenntnis und die Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit an der Volksbefragung kann sich zudem als Schutzfunktion für andere gewaltfreie Aktionen auswirken. Die Volksbefragung könnte deshalb ein nützliches Bindeglied für die vielfältigen Aktivitäten der Friedensbewegung im Jahre 1984 werden''.

Einwände ...

Während BBU (Leinen), Jusos (Hartung) und IFAS (Biermann, SPD) sich für einen sofortigen Start der Kampagne stark machten, verhielten sich die ASF und das KOFAZ-Spektrum diesbezüglich vergleichsweise zurückhaltend. Letztere plädierten für einen zeitlichen Aufschub der Beschlußfassung über die Kampagne in den Januar. ASF gab zu bedenken, daß eine Kampagne derartigen Ausmaßes überhaupt nur unter der Voraussetzung zu realisieren sei, daß sich die g e s a m t e Friedensbewegung an ihrer Durchführung beteiligt. Dem KOFAZ hingegen mag es dabei mehr um die bereits in eigener Regie gestartete Volksabstimmungskampagne im Mikrobereich (Universität, Schule, Betrieb, WG, Katzenklo) gegangen sein.

Auf Drängen insbesondere der Jusos sprach sich schließlich der KA mit Mehrheit dafür aus, bereits jetzt endgültig über den Start der Kampagne zu entscheiden.

Seitens der ,,Unabhängigen'' und der GRÜNEN wurden gegen die vorgelegte Konzeption der Volksbefragungskampagne u.a. folgende Einwände formuliert:

— In weiten Teilen des ,,unabhängigen Spektrums'' wird der Verdacht gehegt, daß es den Befürwortern der Kampagne primär darum geht, mit der ,,selbstorganisierten Volksbefragung'' die von den ,,Unabhängigen'' kritisierte alte Politik unter veränderten Bedingungen (Stationierung) in (gezwungenermaßen) neuen Formen fortzusetzen. Für diesen Verdacht spricht das Desinteresse und die Sabotage, die Teile derjenigen, die nun die ,,autonome Volksbefragung'' organisieren wollen, in der Vergangenheit der Forderung nach Durchführung einer Konsultativen Volksbefragung entgegengebracht haben. Dieses Desinteresse galt ganz offensichtlich bis zum 22.11., dem Tag der Entscheidung des Bundestages über die ,,Nachrüstung''. Während sich bis heute noch nicht e i n Abgeordneter vom linken Flügel der SPD-Fraktion dazu durchringen konnte, den in Zusammenarbeit mit dem KA formulierten Gesetzentwurf der GRÜNEN nach Durchführung einer Konsultativen Volksbefragung zu unterstützen, kommt nun aus derselben Ecke der Vorschlag der ,,selbstorganisierten Volksbefragung''.

Der Unterschied zwischen einer per Gesetz beschlossenen Konsultativen Volksbefragung und der ,,selbstorganisierten Volksbefragung'' ist der, daß letztere von noch geringerer machtpolitischer Relevanz ist als die Konsultative Volksbefragung. Für die Unterstützung des Vorhabens durch die SPD dürfte das von Bedeutung sein. In diesem Zusammenhang muß auch gefragt werden, warum sich die AG nicht bei der Wahl des Textes für die Formulierung des grünen Gesetzentwurfes entschieden hat, aktualisiert um die Forderung nach Abzug der bereits stationierten Systeme. Es hätte nämlich noch einen gewissen Sinn ergeben, nach Ablehnung dieses Gesetzentwurfes durch die Bundestagsmehrheit die Durchführung einer ,,autonomen Volksbefragung'' mit eben diesem Gesetzentwurf

dürfte das von Bedeutung sein. In diesem Zusammenhang muß auch gefragt werden, warum sich die AG nicht bei der Wahl des Textes für die Formulierung des grünen Gesetzentwurfes entschieden hat, aktualisiert um die Forderung nach Abzug der bereits stationierten Systeme. Es hätte nämlich noch einen gewissen Sinn ergeben, nach Ablehnung dieses Gesetzentwurfes durch die Bundestagsmehrheit die Durchführung einer ,,autonomen Volksbefragung'' mit eben diesem Gesetzentwurf

anzukündigen.

Besonders infame Geister behaupten nun, das ganze Unternehmen sei ohnehin nur als Bonbon an die Adresse der SPD zu begreifen. Derartige Behauptungen finden ihre Bestätigung, wenn Juso Hartung, angesprochen auf die Gefahr, daß das ganze Unternehmen mangels Beteiligung den Charakter einer neuerlichen Unterschriftensammlung anstatt einer repräsentativen Abstimmung bekommen könnte, erwidert: der intendierte Zweck sei auch schon dann erreicht, wenn die Kampagne am Wahltag i m W a h l e r g e b n i s ihren Ausdruck finden würde. So besehen gibt tatsächlich auch eine noch so zahnlose weitere Unterschriftensammlung für die SPD ihren Sinn: Mit Hilfe einer in den Wahltag einmündenden Kampagne der Friedensbewegung soll der SPD bei den eigentlich völlig unattraktiven Europawahlen zu einem guten Ergebnis verholfen werden. Wichtig ist dabei, und nur unter dieser Voraussetzung kann die SPD an dieser Form von ,,Wahlhilfe'' augenblicklich interessiert sein, daß diese Wahlen unter machtpolitischen Gesichtspunkten völlig irrelevant sind. Ein gutes Ergebnis der SPD bei den Europawahlen, getragen von der Friedensbewegung, dient vielmehr einem mittel- bis längerfristigen Come-Back der SPD als Regierungspartei, bzw. kurzfristig der Verbesserung ihrer Position in der Opposition. In diesem Zusammenhang darf auch nicht vergessen werden, daß Teile der linken SPD sich darum bemühen, die Friedensbewegung auf die 1987 stattfindenden nächsten Bundestagswahlen zu orientieren. Verkommt die Friedensbewegung zum Anhängsel und Wahlhelfer der SPD? Aber wie gesagt, derartige Vermutungen werden bislang nur von besonders infamen, und somit kaum ernstzunehmenden Geistern geäußert.

— Es wurde auf der KA-Sitzung auf die notwendigen politischen, organisatorischen und finanziellen Anstrengungen hingewiesen, die das Unternehmen erfordert — gesetzt den Fall, es ist nicht eine neuerliche Unterschriftensammlung intendiert, sondern eine ernsthafte Abstimmung mit repräsentativem Charakter. Selbst bei der zu erwartenden niedrigen Wahlbeteiligung sind noch immer die Kreuzchen und Unterschriften von nicht weniger als 12 bis 15 Millionen Wahlberechtigten erforderlich, um der Abstimmung einen einigermaßen repräsentativen Anstrich zu verleihen. Die ,,AG Volksbefragung'' hat ausgerechnet, daß hierzu ca. 250.000 Helfer benötigt werden. Realistisch betrachtet ist dies nur zu bewerkstelligen, wenn so gesellschaftlich relevante Großorganisationen wie SPD und DGB das Unternehmen unterstützen. Da genügt es auch nicht, wenn SPD und DGB beschließen, es sei ihren Mitgliedern freigestellt, sich als Individuen an der Durchführung der Kampagne zu beteiligen, so wie dies bislang bei Aktionen der Friedensbewegung der Fall war. Sollte jedoch tatsächlich beabsichtigt sein, die Kampagne ernsthaft als A b s t i m m u n g vor den Wahllokalen am 17. Juni durchzuführen, so dürfte eine Konfrontation mit Zimmermann unausweichlich sein. Sind die SPD und der DGB heute schon zu einer solchen Konfrontation bereit? Sind SPD und DGB, die bislang noch nicht einmal die Forderung nach Abhaltung einer Konsultativen Volksbefragung und die Durchsetzung dieser Forderung auf parlamentarischer Wege unterstützen, tatsächlich dazu bereit, eine Kampagne nach dem Vorbild der ,,autonomen Volksbefragung'' von 1951/52, die bekanntlich von der Illegalisierung der Anti-Remilitarisierungsbewegung und der KPD begleitet war, tatkräftig voranzutreiben? Wir hätten nichts dagegen, im Gegenteil, und versichern abermals diesbezüglich unsere uneingeschränkte Solidarität. ,,Freiheit für Willy, Rudolf, Ernst und alle anderen eingekerkerten SPD- und DGB-Genossen'', wird unsere Schlagzeile am 18. Juni lauten. Wahrscheinlich wird aber alles viel harmloser ausfallen: die Friedensbewegung wird ein paar Millionen Unterschriften und Kreuzchen sammeln und die SPD ein gutes Wahlergebnis erzielen. Danach wird Willy Brandt vor die Kameras treten und verkünden, das Wahlergebnis und die stattliche Menge der Unterschriften hätten gezeigt, daß sich die SPD im Einklang mit ,,großen Teilen unseres Volkes'' befindet, die nämlich am 17. Juni sich nicht nur für den Stop der Stationierung und den Abbau der bereits stationierten Raketen aussprechen werden, sondern auch für die SPD-Lieblingsforderung des ,,Einfrieren'' aller Atomwaffen, selbst-

und die SPD ein gutes Wahlergebnis erzielen. Danach wird Willy Brandt vor die Kameras treten und verkünden, das Wahlergebnis und die stattliche Menge der Unterschriften hätten gezeigt, daß sich die SPD im Einklang mit ,,großen Teilen unseres Volkes'' befindet, die nämlich am 17. Juni sich nicht nur für den Stop der Stationierung und den Abbau der bereits stationierten Raketen aussprechen werden, sondern auch für die SPD-Lieblingsforderung des ,,Einfrieren'' aller Atomwaffen, selbst-

verständlich in Ost und West. SPD und DGB würden natürlich den Teufel tun, eine Kampagne zu unterstützen, die sich an die illegalisierte ,,autonome Volksbefragung'' von 1951/52 anlehnt. Sie werden sich vielmehr nach dem Motto verhalten: Die Friedensbewegung (inklusive unserer noch verbliebenen munteren Jusos) organisiert, die Sozialdemokratie kassiert (in Form von Wählerstimmen).

— Herbe Auseinandersetzungen gab es um die Formulierung des Textes, der der Abstimmung zu Grunde gelegt werden soll. In seiner ursprünglichen Formulierung stellte er einen Kompromiß zwischen Hartung/Biermann/Leinen einerseits und dem KOFAZ-Spektrum andererseits dar. Mit der verabschiedeten Fassung verhält es sich nicht anders, die Einwände der ,,Unabhängigen'' und der GRÜNEN fanden keine inhaltliche Berücksichtigung. Im Einzelnen wurde kritisiert,

a. daß der Text kaum zur Durchführung einer A b s t i m m u n g geeignet ist, sondern vielmehr an die Formulierung von Texten für Unterschriftensammlungen erinnert, und

b. daß der A b s t i m m u n g s charakter dadurch unterlaufen wird, daß der Text Dinge zur Abstimmung stellt, die bei einer realen Volksbefragung nie zur Abstimmung gestellt werden können. So hat sich der Wahlberechtigte nicht nur gegen die hier stationierten Atomraketen auszusprechen (die einzige Aussage, die für eine A b s t i m m u n g von Interesse ist), sondern auch für ein g l o b a l e s Einfrieren der atomaren Rüstung und natürlich in diesem Zusammenhang auch gegen die Rüstung des Warschauer Paktes. Ein fragwürdiger Beitrag zum 17. Juni ... Von der MSB-Vertreterin wurde dies damit verteidigt, daß es sich bei der Abstimmung doch ohnehin nur um eine Form von Meinungsbekundung handeln würde. Dann sollte mensch das Unternehmen aus Gründen der Redlichkeit von vornherein als ,,selbstorganisierte Meinungsbekundung'' ausgeben, anstatt hochtrabend von ,,autonomer Volksbefragung'' zu reden. Achim Maske (KOFAZ) verteidigte die opportunistischen Formulierungen mit den Worten, es sei wichtig, daß möglichst viele Menschen i.d.u.L. (= indiesula = In diesem unserem Lande) ihr Kreuz beim ,,Ja'' (= ,,Nein'' zu den Raketen) machen könnten. Auch solche, die nach wie vor der falschen Gleichung ,,Pershing-II/Cruise Missiles = SS 20'' Glauben schenken. Mensch kann selbstverständlich die Dinge diesbezüglich (mit Rücksicht auf das rückständige Bewußtsein der Bevölkerung) noch tiefer hängen ... Lukas Beckmann veranlasste die Aussage Maskes zu folgendem Text-Vorschlag: ,,Ich bin für Frieden und Freiheit. Ich trete ein für Frieden schaffen mit immer weniger Waffen''. Zweifellos würde mensch mit einem solchen Text einen Bombenerfolg landen. Fragt sich bloß, welche Aussagekraft eine derartige Abstimmung noch hätte.

c. Der verabschiedete Text legt die Friedensbewegung auf die Unterstützung der ,,Freeze''-Forderung als quasi neuen ,,Minimalkonsens'' fest, ohne, daß dies die Friedensbewegung bereits ausführlich diskutiert hat.

d. Wenn dem ganzen Unternehmen ohnehin die Gefahr droht, zu einer weiteren Unterschriftensammlung zu verkommen, so argumentierten die ,,Unabhängigen'' und GRÜNEN, dann müsse mensch wenigstens eine qualitativ neue Forderung hinzufügen. Hier wurde der bereits erwähnte Vorschlag gemacht, den Text um eine weitere Fragestellung zu erweitern, nämlich: **,,Sind Sie für die Einführung des Volksentscheides?''**. Hierüber sollte, selbstverständlich, mit einem gesonderten Kreuzchen entschieden werden, d.h., die Bejahung eines Stops der Stationierung und des Abbaus der bereits stationierten Systeme sollte keineswegs an die Bejahung des Volksentscheides gekoppelt werden. Das KOFAZ forderte dennoch, auf diese zusätzliche Fragestellung zu verzichten, mit der Begründung: diese Fragestellung, die heute lediglich von einer Minderheit mit ,,Ja'' beantwortet werden würde, könnten die Erfolgsaussichten des Unternehmens schwächen. (Nebenbei: Wird sich jemand an einer wie auch immer gearteten Volksbefragung zur Stationierung beteiligen, wenn er/sie nicht auch für das Prinzip des Volksentscheides ist ?! — d. Setzer) Zunächst einmal sei klar gestellt, daß laut Umfragen heute bereits 60% der Bevölkerung die Einführung des Volksentscheides befürwortet. Es handelt sich somit bei der Forderung nach Volksentscheid keineswegs um das Anliegen einer Minder-

die Erfolgsaussichten des Unternehmens schwächen. (Nebenbei: Wird sich jemand an einer wie auch immer gearteten Volksbefragung zur Stationierung beteiligen, wenn er/sie nicht auch für das Prinzip des Volksentscheides ist ?! — d. Setzer) Zunächst einmal sei klar gestellt, daß laut Umfragen heute bereits 60% der Bevölkerung die Einführung des Volksentscheides befürwortet. Es handelt sich somit bei der Forderung nach Volksentscheid keineswegs um das Anliegen einer Minder-

heit. Es wirft vielmehr ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der ,,Linken'' in den ,,neuen sozialen Bewegungen'', wenn sie sich als völlig unfähig erweisen, mit dem Verlangen von 60% der Bevölkerung nach einer Erweiterung der demokratischen Entscheidungsstrukturen vernünftig umzugehen. Hier ist mensch offensichtlich aus purem Opportunismus gewillt, eine riesige Chance zu vertun. Und das vor dem Hintergrund der Bundestagsentscheidung, die einmal mehr deutlich gemacht hat, daß die Verwirklichung von direkter Demokratie zur Überlebensfrage wird. Desweiteren ist die zitierte Begründung aber auch ein Beweis für die Unernsthaftigkeit des ganzen Unternehmens: Meint mensch es mit dem demokratischen Mehrheitsprinzip tatsächlich ernst, dann unterwirft er die Anwendung dieses Mehrheitsprinzipss auch nicht irgendeinem taktischen Kalkül, sondern nimmt gegebenenfalls auch in Kauf, aus einer Auseinandersetzung als Minderheit hervorzugehen. Schließlich bleibt jederzeit die Möglichkeit, eine einmal getroffene Entscheidung wieder zu revidieren. JuSo Hartung gab gegen die Aufnahme der Forderung nach Einführung des Volksentscheides zu bedenken, daß es schon schwer genug sei, die Genossen von der Richtigkeit der Konsultativen Volksbefragung zu überzeugen. Die Jusos sähen sich somit nicht im Stande, die weitergehende Forderung zu unterstützen. Darum ging es eigentlich auch gar nicht. Es ging lediglich darum, diese Forderung zusätzlich zur Abstimmung zu stellen. Wenn einige Millionen diese Forderung mit ,,Ja'' ankreuzen würden, könnte mensch am Ende tatsächlich von einer auch in qualitativer Hinsicht neuen und in ihrer politischen Aussagekraft über Bisheriges hinausgehenden Unterschriftensammlung sprechen.

Geschäftsführung aufgelöst

Zum Auftakt der Klausurtagung wurde die Geschäftsführung des KAs aufgelöst. Der KK3W hatte bereits nach dem 22. Oktober seinen Vertreter aus der Geschäftsführung zurückgezogen. Einem entsprechenden Antrag wurde jetzt mit 10:7 Stimmen stattgegeben. Gegen die Auflösung votierten sämtliche DKP/KOFAZ-nahen Organisationsvertreter (VDS, LSV, DFG-VK, DFI, SDAJ, KOFAZ) und der BBU. Neben den ,,Unabhängigen'' (BuKo) sprachen sich insbesondere die ASF, als Antragsteller, sowie die Jusos und die IFAS für die Auflösung aus. Die ,,Unabhängigen'' befanden sich hier einmal mehr in der mißlichen Situation, einer Fraktion des ,,traditionellen Spektrums'', mit der sie ansonsten inhaltlich wenig am Hut haben, als Mehrheitsbeschaffer zu dienen. Hinter der Kontroverse um die Beibehaltung oder Auflösung der Geschäftsführung verbirgt sich in erster Linie eine Kontroverse zwischen zwei Fraktionen des ,,traditionellen Spektrums'' um die zukünftige Orientierung der Friedensbewegung. Während der BBU und die DKP/KOFAZ-nahen Organisationen für eine ,,aktionsorientierte'' Friedensbewegung eintreten, vertreten ASF, Jusos, IFAS u.a. die Auffassung, die Friedensbewegung müsse sich jetzt erst einmal mit inhaltlichen Fragen auseinandersetzen. Was hier auf den ersten Blick hin recht einladend anmutet, dürfte sich noch als Versuch entpuppen, die Friedensbewegung ideologisch hinter der sicherheitspolitischen Strategiedebatte der Sozialdemokratie zu formieren. Vom ,,Protest zur Politik'' anstatt ,,vom Protest zum Widerstand'' lautet eine Parole, wie sie auch in — der SPD ideologisch nahestehenden — Alt-MLer Kreisen mittlerweile kursiert. Jusos und IFAS beabsichtigten zudem mit der Auflösung der Geschäftsführung die Zurückdrängung des DKP-Einflusses in den Gremien der Friedensbewegung. Zweifelsohne wird dies auch mittelfristig gelingen, zur Not unter Mithilfe der ,,Unabhängigen'' und GRÜNEN.

Die ,,Unabhängigen'' und ,,Linken'' sind nun vor die Entscheidung gestellt, entweder mit einem eher ,,aktionsorientierten'' Flügel zu gehen, der, was seine politische Praxis anbetrifft, weiterhin in den ausgelatschten traditionellen Pfaden wandeln wird, oder aber sich auf eine sicherheitspolitische Strategiediskussion im KA-Milieu einzulassen, von der schon heute feststeht, daß ihr Ergebnis nicht in der Forderung nach ,,Austritt der BRD aus der NATO'' bestehen wird, sondern in der Unterstützung der ,,neuen''

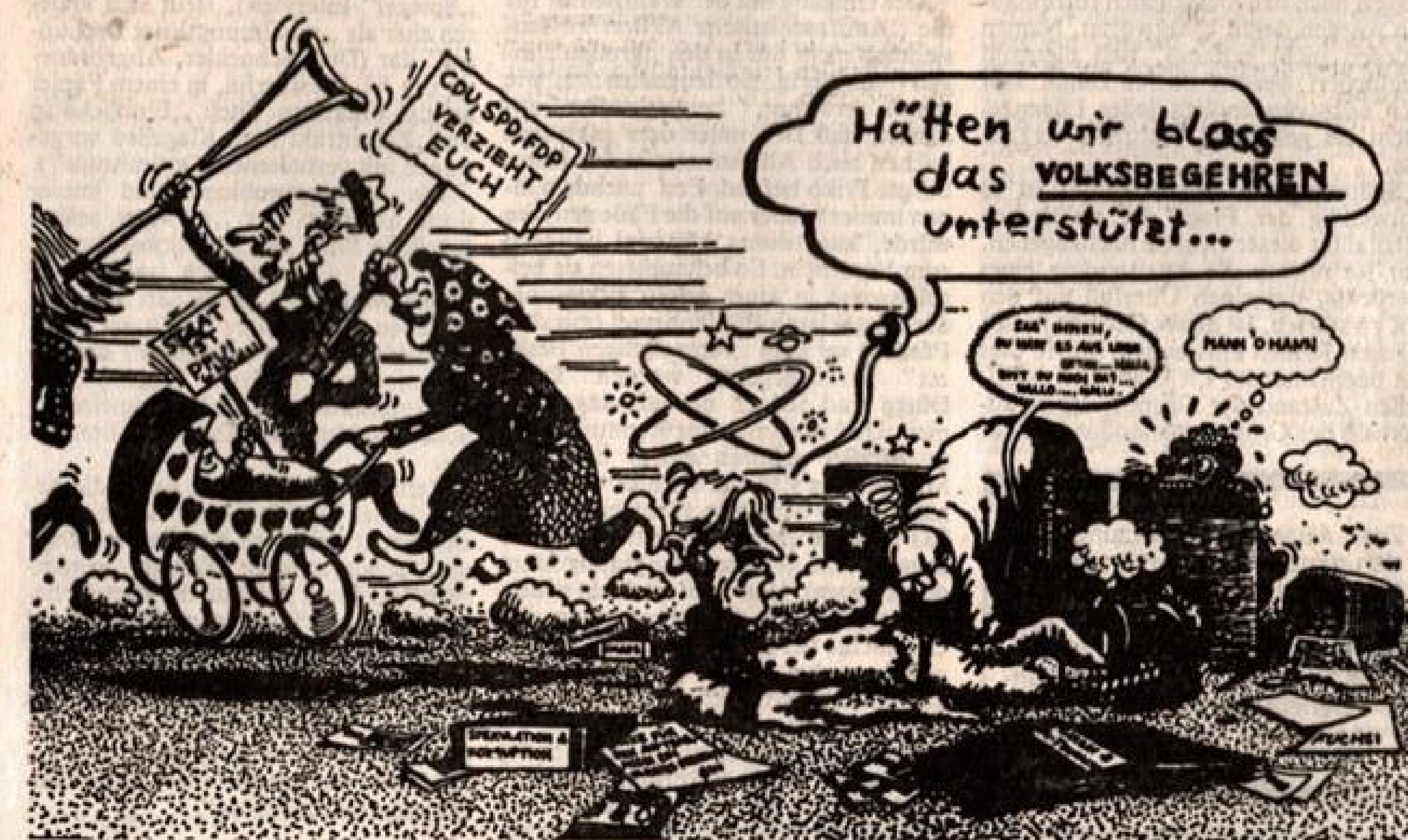
dung gestellt, entweder mit einem eher ,,aktionsorientierten'' Flügel zu gehen, der, was seine politische Praxis anbetrifft, weiterhin in den ausgelatschten traditionellen Pfaden wandeln wird, oder aber sich auf eine sicherheitspolitische Strategiediskussion im KA-Milieu einzulassen, von der schon heute feststeht, daß ihr Ergebnis nicht in der Forderung nach ,,Austritt der BRD aus der NATO'' bestehen wird, sondern in der Unterstützung der ,,neuen''

sozialdemokratischen Sicherheitspolitik. Einen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nur, wenn es den ,,Unabhängigen'' und ,,Linken'' gelingt, ihre eigenständige Position in jeder Hinsicht auszubauen. In diesem Sinne sollte auch die ,,Konferenz der unabhängigen Friedensbewegung'' am 22. Januar nächsten Jahres verstanden werden.

dsm

Volksbegehren für den Frieden im „Pershing-Ländle"

Nach Hessen jetzt auch Baden-Württemberg: Die plebiszitären Aufstände in den Bundesländern gegen den Kriegskurs der Bonner Zentralgewalt gehen weiter. Die bedächtigen Schwaben und die lebenslustigen Badener wollen nicht mehr in die Schlacht ziehen für die hohen Herren in Bonn und Washington. Ein landesweites Gesetz gegen ABC-Waffen, eingebracht auf dem Wege des Volksbegehrens, soll die Schaffung einer „Friedenszone" in Mitteleuropa einleiten. Die „Auflösung der Blöcke" beginnt bei uns, beginnt in den von der Vernichtung am direktesten bedrohten Provinzen.



Wie alles begann

Diese Geschichte kann man auf zwei Arten erzählen. Die eine Version ist die, daß in Deutsch-Südwest der Ruf nach Demokratie schon immer einen besonders guten Boden fand und die Zentralgewalt schon immer schlecht angesehen war. Zum Beispiel 1848/49, als eine radikaldemokratische badische Republik nur mithilfe einer fremden „Schutzmacht" niederkartätscht werden konnte. Diese „Schutzmacht" war damals noch nicht die USA, sondern das reaktionäre Preußen.

Für heute lehrreich zu erinnern: Die aufständischen Badener konnten nur deshalb besiegt werden, weil es in den anderen Bundesländern ruhig blieb. Ob das diesmal anders wird? Immerhin haben die Hessen mit ihrem Volksbegehren ebenfalls begonnen, in Nordrhein-Westfalen laufen die ersten Vorbereitungen, in der Pfalz — 1848 schon im Bunde mit den südlichen Nachbarn — wird auch nachgedacht. Vielleicht stimmt's wirklich: „Die Enkel fechten's besser aus ...".

Was Euch interessiert

„... wird aber zweifellos eine andere
Was Euch interessiert

„... wird aber zweifellos eine andere Geschichte sein. Nämlich nicht die von 1848, sondern die von 1983. Die Geschichte begann so: Am 16.11. trafen sich in Stuttgart 60 Menschen aus dem gesamten Ländle. Vornehmlich Mitarbeiter von Friedensinitiativen, die sich z.T. bisher schon mit dem Gedanken der plebiszitären Demokratie beschäftigt und untereinander einen lockeren Kontakt aufgebaut hatten. Auf diesem Treffen wurde der Gedanke an ein landesweites Volksbegehren erstmalig diskutiert. Die Überlegungen dieses Kreises wurden in Flugblättern mit einer Auflage von 6.500 Stück an alle Initiativen verschickt. Weiterhin wurde das Gespräch mit wichtigen „Multiplikatoren" der Bewegung gesucht, sodaß schließlich auch die Gustav-Heinemann-Initiative, die „Landesberatung der Friedensinitiativen" und die Grünen das Papier mitverbreiteten.

Die „Initiative Volksbegehren" wird gegründet

Kaum zwei Wochen später konnte nach dieser massiven Mobilisierung das nächste Treffen stattfinden: 160 Menschen aus baden-württembergischen Friedensinitiativen kamen am 4.12. nach Karlsruhe. Uli Tost vom Bundesvorstand der Grünen, ein Vertreter des Landesvorstandes, ein SPD-Landtagsabgeordneter und schließlich auch Erhard Eppler (der allerdings nur per Brief) machten deutlich, daß diese Idee auf Unterstützung in den Parteien „links von der CDU" rechnen kann.

Das Treffen konnte an diesem einen Tag sämtliche Vorbereitungen zur Einleitung eines Volksbegehrens beraten und beschließen. Das ist deswegen bemerkenswert, weil in Hessen dieses Ziel erst nach vier nervenaufreibenden Sitzungen geschafft war. Trotzdem gab es einige Hürden, die jedoch von der Versammlung souverän gemeistert wurden: **Hürde Nr. 1** — Die „Liberalen Demokraten" waren auf das Treffen schon mit den fertig gedruckten Unterschriftenlisten für ihr e i g e n e s Volksbegehren erschienen. Dieses richtet sich nicht gegen den Ausbau von Baden-Württemberg zur atomaren Abschußrampe, sondern hat lediglich Richtlinien für die „Friedenserziehung an den Schulen" zum Ziel. In mehreren Redebeiträgen versuchten die LD den Eindruck zu erwecken, unser Gesetzentwurf sei — im Unterschied zu ihrem — nicht verfasungskonform, da ein Landesgesetz sich nur auf Landeskompetenzen (z.B. Bildungspolitik) beziehen könne. Diese Auffassung ist deswegen höchst verwunderlich, weil die LD in Hessen maßgeblich an der Formulierung des Volksbegehrens beteiligt waren, das dem baden-württembergischen Gesetzentwurf als Vorbild diente.

Bei den Anwesenden stieß nicht nur der beschränkte Inhalt des LD-Volksbegehrens, sondern auch ihr Alleingang in dieser Frage auf Unverständnis und Kopfschütteln. Frustriert verließen die LD-Vertreter nach der Mittagspause das Treffen. Mit ihren wenigen Getreuen werden sie es schwer haben, auch nur die 10.000 Unterschriften für die Beantragung des Volksbegehrens einzusammeln.

Hürde Nr. 2 Vertreter der DKP, die freilich nicht als solche auftraten, sondern in allerhand Kostümierungen, beklagten die mangelnde Verankerung der „Initiative Volksbegehren" in der „offiziellen Friedensbewegung". Hier ist nicht nur der Ausdruck „offizielle Friedensbewegung" reichlich unverschämt, verstehen die DKP-Leute doch darunter vorzugsweise die von ihrer Partei kontrollierten Gremien. Besonders putzig ist im vorliegenden Fall, daß diese „Kritik" auch gar nicht stimmt. Die von der DKP stark beeinflußte „Landesberatung der Friedensinitiativen" hatten nicht nur das Einladungspapier zu diesem konstituierenden Treffen der „Initiative Volksbegehren" mitverschickt. Die letzte „Landesberatung" am 12.11. in Heilbronn hatte überdies mehrheitlich die Einleitung eines landesweiten Volksbegehrens b e s c h l o s s e n — und zwar auf Antrag von DKP-Chef Klaus Mausner selber.

Des Rätsels Lösung: Die DKP hatte diesen Weg nur halbherzig vorgeschlagen. Ein Volksbegehren sollte nur „pro forma" eingeleitet werden, um nach der — schon erwarteten — Ablehnung durch die Landesregierung ein „autonomes Volksbegehren" parallel zu den Landtagswahlen durchführen zu können. Und: Der DKP schmeckt die jetzt angeleierte Initiative deswegen nicht, weil sie darin nur ein Teil unter vielen wäre, und keineswegs so dominierend wie in der „Landesberatung".

Unterm Strich wird die DKP aber im Sinne ihrer eigenen Glaubwürdigkeit um die Unterstützung des Volksbegehrens nicht herumkommen. Durch ihren eigenen Vorstoß auf der letzten Landesberatung hat sie ja ein Projekt vorgeschlagen, das zumindest in der ersten Stufe identisch ist. Ob wir den eigensinnigen Dribbelkünstlern von der DKP ein bißchen mannschaftsdienliches Team-Spiel beibringen können? Die Chancen stehen nicht ganz schlecht.

Hürde Nr. 3 — Um den vorgelegten Gesetzentwurf gab es eine größere Kontroverse. Etwa der Hälfte der Versammlung war unwohl, weil nicht nur die „Nachrüstung", sondern „Massenvernichtungswaffen" allgemein durch das Gesetz abgeschafft werden sollten. Viele Kritiker und Kritikerinnen argumentierten betont sachlich und in der Sorge um die dadurch eventuell verlierende Breitenwirkung unserer Initiative. Ihnen konnte entgegengehalten werden, daß selbst der Papst sich öffentlich gegen s ä m t l i c h e Massenvernichtungswaffen ausspricht, und daß auch die SPD in einem Antrag an den Landtag vom 9.11. nicht nur die Verhinderung der „Nachrüstung", sondern die Entfernung a l l e r Atomwaffen aus Baden-Württemberg verlangt hatte. Zudem diskutiere auch die Friedensbewegung gerade über eine Ausweitung des „Minimalkonsenses" in diese Richtung, weil angesichts der schon ablaufenden Raketenstationierung ein Festkleben nur an den neuen Waffensystemen unsere Niederlage zementieren würde.

Sehr unsachlich und polemisch wurde von einem Mitglied des Landesvorstandes der Jusos argumentiert: Eine Stoßrichtung gegen a l l e Massenvernichtungswaffen könne man „den Kollegen" nicht vermitteln (wofür die immer herhalten müssen ...). Wenn vom Minimalkonsens (gegen Pershing II und Cruise missiles) abgegangen werde, so könne er „damit nicht leben". Darin wurde er von einer kleinen trotzkistischen Gruppe namens ISA, die ebenfalls in der SPD arbeitet, unterstützt. Das Power-Play zahlte sich nicht aus. Immer mehr Kritiker und Kritikerinnen der „ausgeweiteten" Formulierung relativierten ihre Einwände und plädierten für einen Kompromiß, der schließlich auch gefunden wurde (s. Abdruck des beschlossenen Gesetzestextes). Der Begriff „Massenvernichtungswaffen" wurde ergänzt durch die Eigenschaftswörter „atomar, bakteriologisch und chemisch", d.h. die im ursprünglichen Begriff implizierten konventionellen Massenvernichtungswaffen wurden in der beschlossenen Fassung ausgeklammert. Trotzdem ist der verabschiedete Text ein großer Fortschritt: Zusammen mit dem hessischen Volksbegehren wird jetzt auch in Baden-Württemberg versucht, die Massenbewegung gegen die „Nachrüstung" in eine Massenbewegung gegen ABC-Waffen zu transformieren. Die nächste Runde im Kampf gegen den Krieg ist eingeläutet!

> **Der Gesetzentwurf**
>
> §1 Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist verpflichtet, im Rahmen der ihr durch Grundgesetz und Landesverfassung zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse alles zu unternehmen, um Herstellung, Transport, Lagerung und Stationierung von jeglichen atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen — insbesondere Pershing II, Cruise Missiles und vergleichbare Systeme — zu verhindern und darauf hinzuwirken, daß solche bereits im Landesgebiet von Baden-Württemberg gelagerten oder stationierten Massenvernichtungsmittel entfernt werden.

Einige Diskussionspunkte für das weitere Vorgehen

Die am 4.12. gegründete „Initiative" deckt trotz ihrer kurzen Vorbereitungszeit schon ein recht breites politisches Spektrum ab. Dies zeigt sich auch an den (gesetzlich vorgeschriebenen) Vertrauensleuten, die gegenüber den Behörden für die „Initiative" verantwortlich sind. Unter den 5 am 4.12. gewählten Vertrauensleuten sind drei aus dem grün-alternativen Spektrum, ein Karlsruher Professor und ein Landtagsabgeordneter der SPD (Michael Sexauer). Naturgemäß gibt es in diesem pluralistischen Kreis recht unterschiedliche Ansichten über das weitere Vorgehen, die sich auch durchaus gegenseitig befruchten können, wenn sie nicht alternativ gestellt werden.

— Die eine Strömung hält ein Volksbegehren auf Landesebene im Grunde genommen für nur in einer Richtung effektiv: Ein so beschlossenes Gesetz könne die Landesregierung beauftragen, über den Bundesrat die Bundespolitik mitzubestimmen und dort gegen ABC-Waffen zu wirken. Ein Handeln der Landesregierung selbst sei darüberhinaus unmöglich.

— Die zweite Strömung sieht das genau andersherum: Es müsse der größtmögliche Druck ausgeübt werden, damit eben die Landesregierung ihre Unterstützung der Kriegsvorbereitungen unterläßt. Gedacht ist hier z.B. an die Absicherung der Stationierung durch Einheiten der Landespolizei, an die ideologischen Kriegsvorbereitungen an den Schulen, oder auch an die Raketentransporte, die auf den (der Landesregierung unterstehenden) Kreis- und Landdestraßen ständig hin-und hergefahren werden.

Hinter dieser Diskussion steckt eine unterschiedliche Gewichtung der juristischen bzw. politischen Argumente:

— Die erste Strömung argumentiert etwa so: Solange es ein Bundesabstimmungsgesetz nicht gibt, das auf **Bundes**ebene die Möglichkeit zu Volksbegehren und Volksentscheid schaffe, könne man auf **Landes**ebene nur eines tun: Nämlich die Landesregierung per Volksbegehren zu beauftragen, im Bundesrat in einer bestimmten Richtung tätig zu werden. Nun ist aber genau diese Argumentation, die sich juristisch einwandfrei glaubt, vom Bundesverfassungsgericht schon als verfassungswidrig bezeichnet worden. Im BVG-Urteil von 1958, das die Länder-Volksbefragungen gegen die Atombewaffnung untersagte, heißt es: „*Eine ‚Instruktion' der Landesregierung im Bundesrat durch das Landesvolk (...) ist nach der Struktur des Bundesrates ausgeschlossen.*"

Natürlich ist dieses BVG-Urteil überhaupt kein Argument dagegen, es a u c h in dieser Richtung wieder zu versuchen. Es widerlegt aber die Ansicht, es gebe hier sozusagen einen juristisch 100% sicheren Weg. Das „Sesam-öffne-Dich" für ein Volksbegehren ist überhaupt nicht die rechtliche Argumentation, sondern zu allererst der politische Druck.

— In diese Richtung argumentiert die andere Strömung: Wo ein politischer Wille ist, findet sich auch ein juristischer Weg.

Den politischen Willen bei den verantwortlichen Politikern, die über die Zulässigkeit eines Volksbegehrens entscheiden, erreichen wir, indem wir ihnen überall dort die Hölle heiß machen, wo sie im Rahmen ihrer Kompetenzen den Krieg vorbereiten helfen. Auf diese Art ist die Kampagne „Volksbegehren" auch eine Zusammenfassung von schon laufenden Protesten, z.B. gegen die Militarisierung der Schule und den deutschnationalen Kultusminister, gegen die Atomwaffenunfälle auf unseren Straßen, gegen die ABC-Waffenforschung an den Hochschulen des Landes, gegen die Polizeiaufrüstung.

Aufgabe und Chance: Landtagswahl

Besonders anfällig für politischen Druck sind die Politiker vor Wahlen — die stehen in Baden-Württemberg Ende März 1984 an. Im Augenblick sieht Späth diesen Wahlen mit Gelassenheit
die stehen in Baden-Württemberg Ende März 1984 an. Im Augenblick sieht Späth diesen Wahlen mit Gelassenheit
entgegen: Durch den vorläufigen Verzicht auf Wyhl und große Worte zum Waldsterben hat er ein liberales Image bekommen. Sein Kultusminister Mayer-Vorfelder hat als Präsident des Fußballvereins VFB-Stuttgart zusätzlich den Titel des Herbsmeisters an den Neckar geholt. Die Landes-SPD ist blaß, die Grünen noch nicht richtig in Schwung. In dieser Situation kann es sich die Friedensbewegung nicht erlauben, die Landtagswahlen zu verschlafen: Fährt die CDU wieder eine absolute Mehrheit ein, ist die „Nachrüstung" politisch abgesegnet: Baden-Württemberg ist die erste Wahl nach der Stationierung und zudem das Bundesland, das am stärksten betroffen ist. In dieser Situation dient das Volksbegehren auch als politische Gegenoffensive. Zum zentralen Wahlkampfthema muß die Frage gemacht werden: Musterländle für Demokratie — oder Abschußrampe für Raketen.

Wenn das wirklich geschafft wird, so bedeutet das vielleicht noch nicht die Zulassung des Volksbegehrens, aber immerhin könnte Späth auf diese Art die liberale Hose ausgezogen werden. Wenn zusätzlich am Wahltag 100.000 Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt würden (bei der hessischen Landtagswahl im September waren es immerhin 40.000), könnte nachher selbst eine weiterhin bestehende CDU-Mehrheit nicht als Wählervotum für die Raketen miß-interpretiert werden. Eigentlich habe ich aber noch eine andere Idee: Wäre es nicht vorstellbar, daß das Volksbegehren ein solche Wirkung bekommt, daß Späth im Falle von dessen Nicht-Zulassung 10% der Wähler verliert und wir nach der Landtagswahl eine Mehrheit aus SPD und Grünen haben? Beide Parteien hätten sich vorher zur Unterstützung des Volksbegehrens entschlossen und müßten es — dafür würden zumindest die Grünen sorgen — nach der Wahl durchführen. Jetzt werdet Ihr Leser sagen: Der spinnt. Wir sind im Jahre 1983 und nicht 1848. Recht habt Ihr.

Und dennoch: Es gibt einige gute Gründe für die SPD, auf den langsam anfahrenden Zug aufzuspringen. Der Hauptgrund ist ganz schnöde: Die SPD mit ihren kaum 30% und ihrem völlig blassen Spitzenkandidaten Ulrich Land hat keine andere Chance, in Deutsch-Südwest jemals aus ihrer Isolation herauszukommen. Wie sagte doch Peter Glotz ganz richtig: „*Die bayrische Sozialdemokratie hat, aus einer aussichtslosen Minderheitsposition heraus, ihre größten Erfolge mit Volksbegehren erkämpft.*" (Materialien Friedenspolitik, hrsg. SPD-Parteivorstand, S. 15). Ob die SPD im Ländle diesen Tip so schnell beherzigt?

Ein Genosse aus Baden-Württemberg

Betrifft: Überfall auf die AK-Technik

Wie berichtet, stürmten während der Erstellung des AK 240 vom Sonntag auf Montag ca. 15 Mitglieder der „Antifaschistischen Aktion Hamburg" die Redaktions- und Technik-Räume des ARBEITERKAMPF. Sie verlangten den Abdruck eines „Offenen Briefes an die Antifa-Kommission des KB" sowie eines weiteren Papieres. Darin wenden sie sich gegen einen Artikel aus AK 239, der sich kritisch mit der Politik auseinandersetzt, die unter dem Schlagwort „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" bekannt ist. Um ihrer „Forderung" Nachdruck zu verleihen, stahlen sie aus den Büroräumen Unterlagen verschiedenster Art, so einfaches Artikelmaterial, Briefe an den KB und zwischen KB- und Redaktionsmitgliedern, Aufzeichnungen über Artikelprojekte, mindestens ein wertvolles Buch, einen Pfeifensatz sowie Adressenunterlagen der Hamburger Friedenskoordination. Die Drohung, die mitgenommen „Pfänder" zu vernichten, bzw. die stillschweigende Drohung, die Materialien öffentlich zu machen, sollte uns gefügig machen. Wir gingen auf diese Erpressung nicht ein. Bis heute sind, bis auf die Materialien der Friko, keinerlei Sachen zurückgegeben worden. In einem Anruf gegenüber der „taz" wurde behauptet, die Papiere seien verbrannt worden.

Der weitere Gang der Geschichte: Nach dem Erscheinen des AK 240 schrieben wir einen Brief an die „Antifaschistische Aktion", in dem die sofortige Rückgabe der Materialien gefordert wurde, die nicht dem KB gehören (speziell das Adressmaterial der Friko); die Rückgabe der KB- und AK-Materialien wurde innerhalb drei Tagen verlangt (womit ihnen Zeit genug blieb, sich über die Wertlosigkeit dieser Dinge für s i e zu informieren). Es wurde betont, daß uns an keiner Eskalation der Auseinandersetzung läge, und die Bereitschaft erklärt, unter Hinzuziehnung unabhängiger linker Organisationen oder Personen ein Gespräch zu führen. Gleichzeitig machten wir jedoch klar, daß wir einer weiteren Eskalation ihrerseits, beispielsweise der Verwüstung der Technik-Räume, nicht tatenlos zusehen und a l l e uns zur Verfügung stehenden Mittel dagegen einsetzen würden, bis hin zu strafrechtlichen Mitteln.

Seitdem hat es kaum Bewegung gegeben. Auf dem folgenden Treffen der „Antifaschistischen Aktion" wurde die Aktion rundheraus gerechtfertigt, ein Gespräch mit dem KB nicht einmal in Erwägung gezogen. Es wurde sogar noch geleugnet, daß andere als dem KB gehörende Dinge bei der Klauaktion mitgegangen sind. Stattdessen wurde eine weitere ungeheure Lüge aufgetischt, um die Aktion vor der Hamburger autonomen Szene zu rechtfertigen: Der Fotograf, mit dessen Fotos nach einem Teilnehmer der Fallingbostel-Aktion wegen versuchten Totschlags gefahndet wird, sei KBler, wurde behauptet. Später wurde dieses Gerücht in weiteren Varianten verbreitet: der Fotograf wohne mit KBlern zusammen, komme aus KB-Zusammenhängen usw. Einen Beweis wollten und konnten sie für diese Behauptung nicht antreten. Es wurde auf sich „gesicherte Informationen" berufen, u.a. wiederum auf Informationen aus „KB-Kreisen". Nachfragen nach den angeblichen Informanten wurden damit beantwortet, Namen würden nicht genannt, weil niemand denunziert werden dürfe. Damit läßt sich selbstverständlich jedes Lügengerücht als gesicherte Wahrheit verkaufen.

Spätestens an diesem Punkt ist es notwendig der Frage der politischen Mentalität dieser Gruppe nachzugehen. Für sie reichte die Ausstreuung eines Gerüchts, um einen Überfall auf den AK zu starten. Ist dieses Gerücht in den eigenen Reihen entstanden, würfe dies ein bezeichnendes Licht auf den politischen Zustand der Gruppe. Ist es außerhalb der Gruppe entstanden und hat sich diese dadurch „im guten Glauben" aufstacheln lassen, hätte der Staatsschutz in Zukunft leichtes Spiel: Er bräuchte nur das Lügennetz aufzuspannen, um die linken Gruppen gegeneinander aufzubringen.

> Zur Auseinandersetzung um den ganzen Vorgang ist ein KB-Info erschienen, u.a. mit dem „Offenen Brief" und einer Antwort der Antifa-Kommission. Dies kann bestellt werden unter Beilegung von 80 Pfg. für Porto bei der Verlagsadresse.

Und noch ein interessantes Phänomen hat sich in den vergangenen Wochen gezeigt: Zwar ist die „Antifaschistische Aktion" über ihren engen Kreis hinaus fast vollständig auf Ablehnung mit ihrer Aktion gestoßen, aber sie hat sich damit keineswegs i s o l i e r t. Trotz der Ablehnung hat die Gruppe mit keinerlei Konsequenzen aus der autonomen und linksradikalen Szene zu rechnen. Kaum jemand ist beispielsweise auf die Idee gekommen, die Zusammenarbeit solange einzustellen, bis die Angelegenheit geklärt ist. Andererseits hat es große Aufregung darum gegeben, daß wir damit gedroht haben, daß bei einer weiteren Eskalation (beispielsweise die Verwüstung unsres Büros oder Angriffe auf einzelne Genossinnen und Genossen) wir a u c h strafrechtliche Abwehrmittel einsetzen würden. Wir warten aber bis heute auf eine Antwort aus dieser linken Szene auf die Frage, welche Mittel sie einzusetzen bereit ist, um uns die gestohlenen Sachen wieder zu besorgen und uns vor weiteren Angriffen dieser Art zu schützen. Solange hierfür keine Zusicherungen bestehen, solange die ganze Aktion für die „Antifaschistische Aktion" folgenlos bleibt, solange sich also ähnliche Dinge wiederholen können, halten wir die Aufgeregtheit über diesen Punkt für absolut fehl am Platze.

Der Umgang mit der Wahrheit ist für die „Antifaschistische Aktion" offensichtlich nicht nur in den „großen Dingen" schwierig. So leugneten sie, wie schon erwähnt, beispielsweise zunächst, daß sich unter dem geklauten Sachen auch Adressmaterial der Hamburger Friko befand. Erst nachdem ihnen immer wieder auf die Füße getreten wurde, kam dieses Material plötzlich zum Vorschein. So behaupteten sie beispielsweise in einer ersten Erklärung, der mitgeklaute Pfeifenbeutel (mit drei Pfeifen) sei dem „rechtmäßigen Besitzer" zurückgegeben worden. Diese Dinge sind jedoch niemals angekommen. Und nochmals zur Kenntnis: Diese Pfeifen gehören einem normalen Mitglied des KB, der sie hier vergessen hatte — es wird also nicht einmal ein LG-Mitglied persönlich getroffen (was ja noch eine gewisse Genugtuung hätte sein können). Und es ist auch ein relativ wertvolles Buch (Dokumentation der Geschichte der KPD, Feltrinelli-Verlag) verschwunden, das in den Erzählungen der „Antifaschistischen Aktion" gar nicht erst auftaucht.

Nun wird behauptet, die entwendeten Sachen seien verbrannt worden. Auch die Pfeifen und das Buch? Dies ist kaum anzunehmen. Warum werden diese Dinge dann nicht zurückgegeben, warum wird nicht gesagt, was damit passiert? Solange in solch einfachen Dingen keine klaren Verhältnisse zu schaffen sind, wie sollten wir dann beispielsweise glauben, daß wirklich alle internen Materialien vernichtet worden sind und diese nicht vielleicht bei anderer Gelegenheit wieder auftauchen?

Wir haben in einem KB-Info die Frage aufgeworfen, was die „Antifaschistische Aktion" überhaupt mit internen Unterlagen des KB will bzw. weshalb sie diese nicht zurückgegeben hat, als für sie erkennbar war, daß sie für aussenstehende Linke wertlos sind. Wir haben auf die Gefahr hingewiesen, die solche Unterlagen in f a l s c h e n Händen darstellen. Deshalb haben wir darauf bestanden, die Sachen komplett zurückzubekommen und als Möglichkeit offengelassen, diese im Beisein von Zeugen zu vernichten. Jetzt behauptet die „Antifaschistische Aktion", sie habe die Papiere verbrannt. Zeugen? Keine! Wer maßt sich nun an, uns aufzufordern, dem Glauben zu schenken?

Die Grünen im Bundestag

„Unkrautgarten" oder „erbarmungsloser Dschungel"?

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten, da unmittelbar beteiligten, grünen Kreisen aus dem Bonner „Hochhaus im Tulpenfeld" verlautet, ist dort nach dem ersten Dreivierteljahr alles beim Alten. Die grüne Bundestagsfraktion, dieser *„schöne Unkrautgarten"*, wo *„so mancher Mistkäfer um die Ecke kommt"* (Fraktionsgeschäftsführer Joschka Fischer im „Spiegel"-Interview), stellt sich anderen eher als „erbarmungsloser Dschungel" dar (Dirk Schneider, Abgeordneter der AL Westberlin, in einem Papier an die Fraktion; Titel: „Einblicke in den ‚Zellentrakt', ein Klagelied vorgetragen mit verhaltenem Optimismus").

Die Anfangsprobleme sind immer noch ungelöst: der *„teilweise selbstherrliche Stil"* der Fraktionsführung, der eine *„hierarchisch aufgebaute ‚Hackordnung' "* produziert hat, der Abscheu der „Stars" (Zitate: Dirk Schneider) vor der *„Guillotine der Basisdemokratie"* (Ernst Hoplitschek), die Rotationsfrage, die krass uneinheitliche Bezahlung der über 100 Mitarbeiter.

Petra Kellys Klage von April, die Arbeit in der Fraktion habe sie *„zutiefst enttäuscht und auch den Rest an Kraft und schöpferischer Energie genommen"* (Offener Brief an die Partei), bestätigt Dirk Schneider im Oktober für sämtliche Beteiligten: alle seien *„gestreßt wie die Hamster im Tretrad, mithin oft gereizt und übellaunig"*, was noch zu ertragen wäre, *„wenn das Fraktionsklima so etwas wie Heimatgefühl oder Vertrauen in das Gemeinsame ausstrahlen würde"*.

Der Führungsstil der „Pragmatiker"

Was Joschka Fischer in seinem umstrittenen „Pflasterstrand"-Interview (9.4.83) über die innere Struktur der großen Bundestagsfraktionen gesagt hat, gilt — in entsprechend verkleinertem Maßstab — heute auch für die Grünen: *„Es sind um die 200 Leute, von denen haben 30 was zu sagen. Der Rest sitzt in Bonn ... Sie sind aber ein Nichts — werden rumkommandiert, behandelt wie kleine Jungs — Coppik hat das beschrieben"*. Direkt rumkommandiert werden die grünen „Hinterbänkler" natürlich nicht, ab und zu dürfen sie sogar reden; der „Elitekult" (D.S.), der Führungsstil der Stars degradiert sie dennoch zu *„grauen Mäusen"*, die sich *„gereizt und übellaunig durch Papierberge wühlen"* (Zitate: D.S.). Kollektive Festlegung wesentlicher politischer Initiativen findet nicht statt. Entscheidungen auf dem „informellen Wege" der inzwischen etablierten „Hackordnung" erscheinen Dirk Schneider *„schlimmer als die ritualisierten, aber offenliegenden Entscheidungslinien bei etablierten Organisationen"*. Die Gesamtfraktion wird von den Entscheidungen ihrer Führung mitunter nicht einmal informiert: *„Auch wer in welches Land reist und was dann diese Reisen politisch gebracht haben, erfährt man oft nur aus der Zeitung"*. *„Schon jetzt tun sich gelegentlich Abgründe auf, wenn man versucht, bestimmte Handlungen einzelner Fraktionäre zu analysieren (Moskaureise, Distanzierungsmode). Je mehr Fakten gesetzt werden, die nicht mehr unter dem bisherigen grünen Konsens zu verbuchen sind, desto härter werden sich Widersprüche oder Mißverständnisse abzeichnen bzw. verselbständigen. (...) Es wäre konsequent, einigen Mitgliedern der Fraktion zu empfehlen, ihre Mandate zurückzugeben und stattdessen lieber als Botschafter der Partei für die grünen Ideen in der Welt zu werben"*. (Dirk Schneider).

Rotation nur auf den billigen Plätzen?

Eng verbunden mit dem Kompetenzgefälle unter den amtierenden grünen Abgeordneten ist die Frage der Rotation nach der Hälfte der Legislaturperiode. Um den Austausch ohne größere Einbußen an politischer Effektivität vornehmen zu können, wurden die Nachrücker von Beginn an und bei voller Bezahlung in die Bürogemeinschaft integriert.

Für Petra Kellys „Bedenken" gegen das Rotationsprinzip wird — wie so oft, wenn grün-alternativen Vollblutpolitikern die Argumente fehlen — der „Wählerwille" bemüht: *„Auch müßte unser jetziges Rotationsprinzip überprüft werden, ... (da) bei vielen Wählern und auch bei Angehörigen unserer ‚Basis' starke Vorbehalte gegen das bei uns spezifisch beschlossene Rotationsprinzip nicht nur nicht ausgeräumt sind, sondern sich im Gegenteil zu verstärken scheinen."* Auch Gert Bastian und Otto Schily sind für mehr „Flexibilität' bei der Handhabung des Rotations-Prinzips. Otto Schily im „Spiegel"-Interview: *„Es gibt dazu einen verbindlichen Parteibeschluß. Aber es muß möglich sein, die Auswirkungen solcher Beschlüsse zu problematisieren"*.

Apropos verbindlicher Parteibeschluß: die Erklärung „Zu Rotation, Diäten und Basisanbindung der grünen Bundestagsabgeordneten und ihren Nachrückern/Nachrückerinnen", erabschiedet auf dem Bundesparteitag in Sindelfingen, legt fest:

„Jede/r grüne Abgeordnete darf pro Legislaturperiode höchstens zwei Jahre ihr/sein Mandat wahrnehmen, dann muß sie/er zurücktreten und ihren/seinen Platz der/dem entsprechenden Nachrücker/in freimachen. Sie/er arbeitet danach auch den Rest der Legislaturperiode als Grüne/r im Bundestag weiter mit".

Allerdings sollen auch A u s n a h m e n möglich sein: *„In Ausnahmefällen kann eine Verlängerung der Mandatszeit bei der jeweils zuständigen Landesversammlung beantragt werden. Für diesen Antrag ist mindestens eine 70 %-Mehrheit der Landesversammlung erforderlich"*. Dirk Schneider beschreibt in seinem Papier die Auswirkungen dieser Klausel auf den „Dschungelkampf" in der Bonner Bürogemeinschaft: *„Mit der 70 %-Regelung, die es Vorrückern ermöglichen soll, sich von der Landesversammlung für weitere zwei Jahre eine Verlängerung des Mandats zu erbitten, tut sich eine abgründige Quelle der Unsicherheit, Spekulation und Versuchung auf, die die Arbeit der grünen Fraktion sehr beeinflußt"*. Und daß — falls die Rotation auch prominenter Abgeordneter doch durchgesetzt werden könnte — diese dann, wie vom Sindelfinger Beschluß vorgesehen, weiter in der Bürogemeinschaft mitarbeiten, dürfte Leuten, *„die unter Rotation den Aufstieg von einem Parteiamt in das nächsthöhere verstehen"* (Bundesvorstandssprecher Rainer Trampert auf dem Parteitag in Duisburg), wohl kaum „zumutbar" sein: *„Einige Prominente werden wohl kaum als Mitarbeiter von Nachrückern arbeiten mögen, noch dazu, wenn sie bestimmte Nachrücker als zweitrangig ansehen sollten"* (D.S.).

Wie sinnvoll Dirk Schneiders Forderung ist, für a l l e Abgeordneten Rotation nach zwei Jahrn verbindlich festzulegen — die AL Westberlin hat diese „goldrichtige Entscheidung" (D.S.) schon praktiziert — ist beim gegenwärtigen Zustand kaum sachlich diskutierbar: *„In dem Punkt haben Vor- und Nachrücker diametral verschiedene Interessen ..."* (D.S.).

Immer Ärger mit den Angestellten

Der grünen Bürogemeinschaft bleibt kaum etwas erspart. Zwar hat der von der „taz" angekündigte „Warnstreik" der Fraktions-Mitarbeiter nicht stattgefunden. Die Vorsitzende des gerade installierten Betriebsrats, Christine Schnappertz, behauptete im Nachhinein sogar, der Streik sei eine reine Erfindung der „taz" gewesen. So oder so — die Situation der Angestellten (Kompetenzen, Kündigungsschutz, Bezahlung) ist nach wie vor ungeklärt. Dazu trifft sie der Argwohn der Abgeordneten; Joschka Fischer etwa hatte *„nach dem Urlaub den Eindruck, daß die Mitarbeiter/innen den Laden übernommen hätten"*. Dem wurde sogleich ein Riegel vorgeschoben: *„Ein generelles Teilnahme- und Rederecht der Mitarbeiter/innen auf Fraktionssitzungen wird von den Fraktionssprecher/-innen abgelehnt. Personalversammlungen sollen nur in sitzungsfreien Wochen durchgeführt werden"* (Protokoll vom 19.9.83). Diese Festlegungen veranlaßten den früheren MAN-Betriebsrat und jetzigen Abgeordneten Dieter Burgmann zu dem Vorwurf an seine Kollegen, *„bei dem Beschluß ist ein wenig der Arbeitgeber mit Euch durchgegangen"* (Brief an den Fraktionsvorstand vom 28.9.83).

Js., Hamburg

tischt, um die Aktion vor der Hamburger autonomen Szene zu rechtfertigen: Der Fotograf, mit dessen Fotos nach ei-
und Genossen) wir a u c h strafrechtliche Abwehrmittel einsetzen würden. Wir warten aber bis heute auf eine Ant-
be die Papiere verbrannt. Zeugen? Keine! Wer maßt sich nun an, uns aufzufordern, dem Glauben zu schenken?
cher politischer Initiativen findet nicht statt. Entscheidungen auf dem „informellen Wege" der inzwischen etablierten „Hackordnung" erscheinen Dirk Schneider „schlimmer als die rituali-
Wie sinnvoll Dirk Schneiders Forderung ist, für a l l e Abgeordneten Rotation nach zwei Jahrn verbindlich festzulegen — die AL Westberlin hat diese

Börner knallhart!

Die Verhandlungen zwischen der hessischen SPD und den GRÜNEN in Wiesbaden sind nicht nur weitergegangen; sie werden auch immer peinlicher. Ein väterlich-arroganter Börner drängt die GRÜNEN in die Rolle der dummen Jungs. Letztere lassen weder eine Einschätzung noch ein Konzept für ihre Verhandlungsführung erkennen; wahllos bringen sie Wichtiges und Unwichtiges, Verzichtbares und (eigentlich) Unverzichtbares hintereinander, weichen auf dieses und jenes Gebiet aus, stets auf der Suche nach i r g e n d einem sichtbaren Erfolg. Derweil erscheint in der „taz" ein Interview, wobei man sich den Titel desselben auch noch vom Ministerpräsidenten persönlich diktieren läßt: *„Börner nachdenklich Fragezeichen"* (Börner). Der „Pflasterstrand" (Nr. 172) mit seiner Hofberichterstattung für grüne „Realpolitik" gibt sich gar dazu her, ein geradezu liebevolles „Protrait" des SPD-Politikers zu zeichnen, wie es besser, also dümmlicher, im „Vorwärts" nicht hätte erscheinen können.

Und so entsteht ein abgebrühtes Klima etablierter Politik, in dem der heiß Umworbene anschaulich den Grad seiner „Nachdenklichkeit" demonstrieren kann. Gegen Ende der fünften Verhandlungsrunde am 12.12. sagte Börner laut „FR" (14.12.): *„Bei der Ausländerfrage hatte er dann schon seine gewohnt auflockernde Art zurückgewonnen und bescheinigte den Grünen mit ihren Forderungen zum Wahlrecht und Aufenthaltsrecht für Ausländer, eine ‚Staubsaugerwirkung nach Anatolien' zu schaffen"*. Und laut „taz" (14.12.): *„Die SPD unterstellte den Grünen, sie wollten die BRD zum Einwanderungsland machen. Holger Börner witterte in der Verbesserung der Situation von Imigranten eine ‚Einladung mit dem Staubsaugereffekt nach Anatolien' oder ‚New Yorker Verhältnisse'. Die Grünen mutmaßten, daß die SPD die Situation von Asylanten so inhuman belassen wolle, wie sie sei — als Effekt der ‚Abschreckung' "*.



Wandel durch Annäherung?

Sehen wir einmal davon ab, daß jemand, der das Bild eines Staubsaugers gebraucht, vielleicht auch das Bild von D r e c k im Kopf hat. Von „anatolischem Dreck" sozusagen. Denn das wäre ja ein „furchtbares Mißverständnis", weil Börner das „niemals" so gemeint haben kann ... Dann bleibt aber trotzdem, daß der Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende eine ausgesprochene Abscheu davor hat, Menschen aus Anatolien durch Liberalität nach Hessen zu „saugen". Deswegen müssen also in Fragen der M e n s c h e n r e c h t e Abstriche gemacht werden.

Der Mann hat zu diesem Thema nicht zum ersten Mal und nicht zum letzten Mal in dieser Weise gesprochen. Er begründete vor nicht allzu langer Zeit die Notwendigkeit von Sammellagern für Asylanten mit **„Hygiene"**. Auch hier darf mensch wohl keine historischen Parallelen ziehen, weil es gewiß ein „Mißverständnis" wäre, auf die offizielle Begründung der KZs durch die Nazis zu verweisen.

In grün-alternativen Kreisen sind diese Äußerungen bisher nicht auf ein hörbares Echo gestoßen. (Ein grüner Nachrücker von Wiesbaden soll aber immerhin vernehmbar aufgestöhnt haben). Ist vielleicht die grüne Identität hier nicht so stark berührt wie beim Wälder-Sterben? Für L i n k e freilich fragt sich, welchen vernünftigen Grund es geben kann, einen unbelehrbaren Rassisten zum Ministerpräsidenten zu wählen.

KB/Gruppe Frankfurt

Abwasser-Abgaben-Gesetz (AbwAG)

Ablaßhandel zu Billigstpreisen?

Mit dem normalen marktwirtschaftlichen Menschenverstand ist die Wirkung des Abwasserabgabegesetzes (AbwAG) kaum zu erklären. Man muß schon zur Psychologie Zuflucht nehmen, wenn man die unerwartet positiven Folgen dieses Gesetzes auf den Kläranlagenbau darstellen will.

Dabei hatte Mitte der 70er Jahre alles mit einem großen Kuhhandel angefangen: Erstmals wollten die beamteten Umweltschützer im Bundesinnenministerium (BMI) mit Hilfe eines „ökonomischen Hebels" die Industrie und die Kommunen zu einem verstärkten Bau von Kläranlagen zwingen. Angesichts der katastrophalen Lage vieler Gewässer zu Beginn der 70er Jahre war dies auch höchste Zeit. Um eine Schadeinheit biologisch reinigen zu können, waren damals nach Berechnungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung 80,- bis 90,- DM vonnöten. Der Abgabesatz für eine Schadeinheit sollte sich nach den ursprünglichen Vorstellungen des BMI in ähnlicher Größenordnung bewegen. Dagegen opponierte eine geschlossene Front von Industrie und kommunalen Spitzenverbänden. Um die gefährdete Verabschiedung des AbwAG im Jahre 1976 trotzdem noch zu retten, wurde die Abgabe schließlich auf DM 12,- reduziert. Den Bedenken der Industrie und der Kommunen kam man noch weiter entgegen, indem die erstmalige Zahlung der Abgabe auf den 1. Jan. 1981 verschoben wurde. Bis 1986 soll die Abgabe dann stufenweise auf DM 40,- erhöht werden. Kein Wunder, daß damals bei den enttäuschten Gewässerschützern das Schlagwort vom „Ablaßhandel zu Billigstpreisen" die Runde machte.

Gemessen an den tatsächlichen Abwasser-Reinigungskosten sowie unter Berücksichtigung der Geldentwertung seit den 70er Jahren kann nun wahrlich nicht mehr von einem „ökonomischen Hebel" gesprochen werden. Vor allem, wenn man noch einkalkuliert, daß die Abgabe zusätzlich um die Hälfte reduziert wird, wenn die Einleiter die sogenannten allgemein anerkannten Regeln der (Abwasserreinigungs-)Technik einhalten. Diese Regeln bewegen sich allerdings oft nur am unteren Level moderner Klärtechnologien und Emissions-Minderungstechniken.

Daß nach allen Untersuchungen das AbwAG trotzdem den Bau von Kläranlagen vorangetrieben hat, wird von den erstaunten Experten mit der „psychologischen Anreizwirkung" erklärt — was immer man darunter verstehen mag.



Vollzugskatastrophe

Inzwischen sind aber auch einige schwerwiegende Mängel des AbwAG zutage getreten — die man nur mit dem Wort „Vollzugskatastrophe" umschreiben kann. Beispielsweise sind 4.500 überholte Bescheide über Abwassereinleitungn durch Industrie und Kommunen in Nordrhein-Westfalen (NRW) immer noch nicht entsprechend den Vorschriften des AbwAG und des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) umgestellt und angepaßt worden. In den meisten anderen Bundesländern sieht es nicht viel besser aus. Ferner wird die Abgabe in den meisten Fällen nicht aufgrund tatsächlicher Messungen und aufgrund einer kontinuierlichen behördlichen Überwachung erhoben — sondern aufgrund von Schätzungen und den (u.U. geschönten) Angaben der Abwasser-Einleiter.

Problematisch bleibt weiterhin, daß das AbwAG nur die sogenannten DIREKTEINLEITER erfaßt. Das sind diejenigen Betriebe und Kläranlagenbetreiber, die ihr mehr oder weniger geklärtes Abwasser d i r e k t in einen Fluß (neuhochdeutsch: „Vorfluter") einleiten. Die INDIREKTEINLEITER, die ihr Abwasser in die kommunale Kanalisation einlaufen lassen, müssen für ihre Schadstofffracht k e i n e Abgabe zahlen. Dies ist umso erstaunlicher, weil 80 % der Industrie- und Gewerbebetriebe in der BRD zu den Indirekteinleitern zählen. Insofern besteht für diese i n d i r e k t e i n l e i t e n d e n Betriebe kaum ein Anreiz, ihre Schadstoffeinleitungen in die Kanalisation spürbar zu verringern. Das Ergebnis dieser Gesetzeslücke ist bekannt: Mit Schwermetallen vergifteter Klärschlamm und hohe Gehalte an halogenierten kohlenwasserstoffen, die in den kommunalen Kläranlagen schwer oder gar nicht abgebaut werden können.

„Sauberes Wasser ohne bürokratischen Unsinn"

Angesichts dieser Misere hat das BMI Ende August dem Bundestags-Innenausschuß einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem AbwAG zugeleitet. Dies wurde von sämtlichen Interessenverbänden als Startsignal betrachtet, die Schützengräben für eine „Novellierungsschlacht" auszuheben. Als erstes meldete sich Franz Josef Strauß in einem Schreiben an Bundesinnenminister Zimmermann zu Wort: Er beklagte den „bürokratischen Unsinn" und rechnete vor, daß der behördliche Vollzug des AbwAG mehr kostet als das Gesetz an Abgaben einbringt. Dies liegt allerdings an der speziellen Art der bayrischen Vollzugspraxis. Kommentar vom Wasserrechtspapst Prof. SALZWEDEL: „Wo teuer verwaltet wird, kommt das Land eben später in die Gewinnzone!" In NRW stand 1981 den AbwAG-Einnahmen von 100 Mio. DM nur ein Vollzugsaufwand von 4,7 Mio. DM gegenüber.

Die Wortgefechte um die Novellierung des AbwAG erreichten am 7. November 1983 einen neuen Höhepunkt, als die VEREINIGUNG DEUTSCHER GEWÄSSERSCHUTZ die AbwAG-Experten aus Verbänden und Behörden zu einem Meinungsaustausch über die anstehende Novellierung geladen hatte. Bei den Verbänden der deutschen Wasserwirtschaft war gegenüber einer Novellierung eine große Vorsicht zu verspüren. Angesichts der herrschenden politischen Großwetterlage sei zu befürchten, daß eine Novellierung nur in einer weiteren Verwässerung des AbwAG enden könne. Die Behördenvertreter wiesen darauf hin, daß die Novellierungsdiskussion bereits jetzt zu einer „Irritation" in den Amtsstuben geführt habe und den Vollzug unnötig erschwere. Fazit aus der Sicht der Behörden und Wasserwirtschaftsverbände: „So schnell wie möglich so wenig wie möglich novellieren!"

Interessant war auch die geringe Beteiligung von Bundestagsabgeordneten an diesem Gespräch. Bei unseren mehrmonatigen Recherchen zu diesem Gesetz mußten wir immer wieder feststellen, daß innerhalb der Bundestagsfraktion kaum Ansprechpartner für diese Materie ausfindig gemacht werden können. Verbände, Industrie und Behörden machen die Neuverteilung der Karten unter sich aus. Der Bundestag wird ohne viel Durchblick, um was es eigentlich geht, die von der Ministerialbürokratie vorgelegten Entwürfe absegnen. Der Unwille bzw. das Unvermögen der Parlamentarier zeigt sich auch daran, daß die Debatte über den BMI-Bericht im Innenausschuß jedesmal verschoben wurde.

Verschläft die Umweltbewegung einmal mehr den Gewässerschutz?

Bei der Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 1976 hat der nicht etablierte Teil der Umweltbewegung die Auseinandersetzungen völlig verschlafen. Damit dies in Hinblick auf die anstehende Novellierungsdiskussion nicht wieder passiert, werden die drei großen Naturschutzverbände der Bundesrepublik (BUND, DNR, BBU) am 14./15. Januar in München einen gemeinsamen AbwAG-Kongreß durchführen, um über die Positionen der Umweltbewegung innerhalb der Novellierungsdiskussion zu beraten. Zum einen wird es darum gehen, inwieweit die offensiven Vorschläge von Nordrhein-Westfalen und Hessen unterstützt werden können. Beide Bundesländer wollen die Abgabe erhöhen sowie die halogenierten Kohlenwasserstoffe ebenfalls mit einer Abgabe belegen. Zum anderen ist es wichtig, die Vollzugserfahrungen mit dem AbwAG auf kommunaler Ebene zu diskutieren. Insbesondere rot-grün-bunte Ratsfraktionen stehen oft hilflos diesem unheimlich komplizierten Gesetzeswerk gegenüber, wenn es z.B. gilt, die Abwasserabgabe auf die Indirekteinleiter überzuwälzen.

(n.g., ak wasser im bbu)

Anmerkung
Der Erfahrungsbericht über den bisherigen Vollzug des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) kann kostenlos beim Bundesinnenministerium, Graurheindorferstr., 5300 Bonn, angefordert werden. Nähere Angaben über den AbwAG-Kongreß der Bürgerinitiativen und Umweltverbände am 14./15. Januar in München können gegen Voreinsendung von DM 2,- in Briefmarken an den
AkWasser im BBU
Bahnhofstr. 7
6521 Dorn-Dürkheim
0673/1569 oder 07664/2294
angefordert werden.

Droht das Aus fürs Frauenhaus?



Bonn, 30. November 1983: Auf einer Pressekonferenz in Bonn haben die Arbeitsgruppe Frauenrechte im Komitee für Grundrechte und Demokratie, das autonome Frauenhaus Bremen und die Zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser eine 80-seitige Bestandsaufnahme zur Situation der Frauenhäuser vorgelegt und rechtliche und finanzielle Forderungen in Form eines aktuellen Notprogramms und eines Bundesgesetzes erhoben.

Die autonomen Frauenhäuser sind in Not geraten. Sie sind Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und ihre Kinder; sie sind darüberhinaus ein Ort, an dem private Gewalt gegen Frauen öffentlich wird. Seitdem 1976 Fraueninitiativen das erste Frauenhaus in West-Berlin eingerichtet haben, hat sich die Zahl der autonomen Frauenhäuser bis heute auf etwa 80 erhöht. Ihre finanzielle Situation war nie rechtlich abgesichert, heute wissen die meisten nicht, wie es weitergehen soll. Neue Initiativen — etwa 40 dringen auf die Einrichtung weiterer Frauenhäuser in vielen bisher unterversorgten Städten und Regionen — haben keine Chance mehr. Die bestehenden und in der Regel überbelegten Zufluchstätten gibt es nur noch, solange die Betroffenen, geschlagene Frauen und Mitarbeiterinnen, ihre Kräfte und Geduld überfordern. Dabei ist mittlerweile unbestritten, daß Frauenhäuser unentbehrlich sind und eine soziale Aufgabe erfüllen.

Die neue ‚Sparpolitik' im sozialen Bereich trifft die autonomen Frauenhäuser in besonderer Weise. Abgesehen von den wenigen Einrichtungen, die durch jährliche Haushaltstitel von Ländern und Kommunen gefördert werden, sind die meisten anderen auf Einzelfall- und Ermessensentscheidungen oder auf sogenannte Pflegesatzvereinbarungen mit Sozialbehörden angewiesen. In einem Klima rigider Kürzungen von Sozialausgaben bedeuten diese auch bisher unzureichenden Regelungen neue Behinderungen bis hin zur Verhinderung der Frauenhausarbeit.

Die Bundesregierung hat am 5. August 1983 einen Bericht zu der Frage veröffentlicht, „ob bundesgesetzliche Grundlagen zur Finanzierung von Frauenhäusern geschaffen werden können". Darin heißt es: „Die geltenden Vorschriften werden für ausreichend gehalten. Die praktizierten Finanzierungsregelungen haben sich grundsätzlich bewährt."

Diese Beurteilung verkennt die tatsächliche Lage der autonomen Frauenhäuser grundlegend und geht auch an der in diesem Bericht zitierten Auffassung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege vorbei. Die vorgelegte Bestandsaufnahme zur Situation der autonomen Frauenhäuser kommt zu dem Ergebnis, daß gravierende gesetzliche Lücken und rechtliche Unzulänglichkeiten die Arbeit der Frauenhäuser behindern. Die Bestandsaufnahme basiert auf intensiven Gesprächen (Interviews) mit Mitarbeiterinnen von 56 autonomen Frauenhäusern.

Vor allem zu kritisieren sind die mangelnde Rechtsklarheit, Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit. Die Verletzung so wesentlicher Prinzipien unserer Rechtsordnung ergibt sich aus der Unübersichtlichkeit und Vielfalt der Rechtsgrundlagen, die in der Praxis von den Behörden zur Finanzierung herangezogen werden.

Ein überraschendes Ergebnis der Bestandsaufnahme ist, daß der überwiegende Teil der autonomen Frauenhäuser seinen Betrieb über die Hilfe zum Lebensunterhalt der geschlagenen Frauen nach § 11 Bundessozialhilfegesetz finanziert. Das wird in der Weise gehandhabt, daß die Frauenhäuser ihre Personalkosten über Miet- und Heizkostenzuschüsse der Sozialämter abrechnen und damit für die Besoldung der Mitarbeiterinnen von Tagessätzen und Einzelfallentscheidungen abhängig sind.

Im Ergebnis nicht weniger problematisch ist die Finanzierung der Frauenhäuser über Pflegesatzvereinbarungen nach § 27 II Bundessozialhilfegesetz. Ganz abgesehen davon, daß dieser Paragraph lediglich eine Kann-Vorschrift ist, bedeuten Pflegesatzvereinbarungen als ‚Pro-Kopf-Gelder' in der Praxis der Frauenhäuser, daß ihr Betrieb nur gesichert ist, wenn immer genügend und gleichbleibend viele Frauen mißhandelt werden und im Frauenhaus Zuflucht suchen — eine mehr als absurde Voraussetzung.

Daß der § 72 Bundessozialhilfegesetz, der Hilfen für Personen gewährt, „bei denen besondere soziale Schwierigkeiten der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft entgegenstehen", nicht für Frauen geeignet ist, die mit ihrer Flucht vor Gewalt ins Frauenhaus den ersten Schritt zu einem selbstbestimmten Leben getan haben, wird inzwischen auch außerhalb der autonomen Frauenhausbewegung anerkannt. Dennoch werden die Frauenhäuser auch wieder in dem Bericht der Bundesregierung unter Druck gesetzt, „ihre Einwände, besonders im Interesse einer wirksamen Hilfe für mißhandelte Frauen, zurückzustellen".

Aus der vorgelegten detaillierten Bestandsaufnahme über die Situation der autonomen Frauenhäuser ist der Schluß zu ziehen, daß nur eine durch Gesetz garantierte Absicherung aller Sach- und Personalkosten für die Einrichtung und den Betrieb eines Frauenhauses eine der gesellschaftlichen Not angemessene Finanzierung darstellt. Rechtsgrund für ein bundeseinheitliches Frauenhaus-Finanzierungsgesetz ist der durch das Grundgesetz gebotene Schutz der Menschenwürde, der nach Artikel 1 GG obersten Verfassungsrang hat. Die Menschenwürde auch der Frauen zu achten und zu schützen, verpflichtet den Staat nicht nur zur Abwehr gegen Angriffe, gegen Erniedrigung und Mißhandlung, sondern auch dazu, Verhältnisse zu schaffen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Gerade als von Frauen selbstbestimmter und selbstverwalteter Ort bieten die autonomen Frauenhäuser im Erfahrungsaustausch und verständnisvollen Gespräch mit anderen Frauen die Möglichkeit, erlebtes Leiden nicht nur als privates Schicksal zu verarbeiten, Vertrauen wieder zu gewinnen und den aufrechten Gang zu üben.

Eine positive Verpflichtung des Staates, die Verwirklichung der Grundrechte überhaupt erst zu ermöglichen, besteht auch für das Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 GG, für das Verbot der Diskriminierung nach Artikel 3 GG, sowie aufgrund der besonderen Schutzpflicht gegenüber der Familie, die nach Artikel 6 Absatz 4 GG ausdrücklich auch den Anspruch der Mutter auf Schutz und Fürsorge der Gemeinschaft meint.

Aus den genannten Rechtsgründen können sich die staatlichen Instanzen — Bund, Länder und Gemeinden — auch bei angespannter Finanzlage nicht aus ihrer Verpflichtung zum Handeln stehlen. Zu fordern ist ein Bundesgesetz und damit eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung autonomer Frauenhäuser, die als Sonderfinanzierung aus dem Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes gelöst und — z.B. entsprechend dem Wohngeldgesetz — als besonderer Teil des Sozialgesetzbuches zu konzipieren ist.

Hauptpunkt der gesetzlichen Regelung muß die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Einrichtung, die Betriebs- und Personalkosten autonomer Frauenhäuser sein. Notwendig für jedes bestehende oder zu gründende Frauenhaus sind jährlich festgelegte Pauschalbeträge. Die Kosten sind in einem Übereinkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu teilen.

Neben der Bereitstellung der Mittel sind verschiedene andere Rechtsfragen zu klären: Die Kostenerstattung zwischen örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe, das Aussetzen der Regreßansprüche der Sozialämter gegen Unterhaltspflichtige, steuerrechtliche Begünstigungen der Spenden an Frauenhäuser im Einkommen- und Lohnsteuerrecht, der berufliche Status der Frauenhausmitarbeiterinnen u.a.m.

Bis zum Inkrafttreten eines Bundesgesetzes zur einheitlichen Regelung zur Finanzierung autonomer Frauenhäuser fordern die Autorinnen der vorgelegten Expertise und Bestandsaufnahme die sofortige Bereitstellung eines besonderen Haushaltstitels über 8 bis 10 Millionen DM jährlich beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, um ein aktuelles Notprogramm für die autonomen Frauenhäuser zu realisieren.

Arbeitsgruppe Frauenrechte im Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Autonomes Frauenhaus Bremen

Zentrale Informationsstelle für autonome Frauenhäuser

Francois Mitterand:
»La Dissuasion, c'est moi!«

„Die Abschreckung bin ich... Das Kernstück der französischen Abschreckungsstrategie, das ist der Staatschef, das bin ich, und Alles hängt von seiner Entschlossenheit ab."

Diese forsche Parodie des Bonmots „*Vor Ihnen steht der Bundeskanzler*" bildet die Einleitung von Mitterrands letzter großen Fernsehansprache („Die Stunde der Wahrheit", Sendung am 16.11.). Die Mittelstreckenraketen-Krise sei seit der Berlin- und Kuba-Krise die schwerste, die die Welt erlebe. Allerdings: Jene seien beherrscht worden, und bei Einhaltung gewisser Bedingungen könne auch die Raketenkrise beherrschbar werden. Conditio sine qua non sei freilich die Gewährleistung des militärischen Gleichgewichts in Europa. Bekanntlich sind Mitterrand und Reagan der Ansicht, dieses Gleichgewicht existiere heute nicht bzw. es könne nur mittels der Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II einigermaßen wiederhergestellt werden. Nur einigermaßen, denn: „*Wenn man von den SS 20 redet, muß man ihre Anzahl mit drei multiplizieren. Die Pershing II ist schneller, sie braucht weniger als 10 Minuten, um ihr Ziel zu erreichen. Aber sie hat keine ähnlich große Reichweite. Ihre Sprengkraft ist geringer. Sie ist nur präziser und schneller... Die Pershing II, die in der BRD stationiert sind, können Moskau nicht erreichen.*" (Detail am Rande: Bereits am 16.11. stand für Mitterrand die Stationierung in der BRD fest...).

Was Mitterrand aber geflissentlich „vergißt", also bei seinen Gleichgewichtsberechnungen nicht mitzählt, sind beispielsweise die Polaris-Raketen auf den US-Atom-U-Booten. Ganz zu schweigen von der französischen Atomverteidigung: Diese ist „*nur defensiv. Was sage ich? Nur abschreckend... Wir wollen sie nicht einsetzen, um irgendjemanden anzugreifen. Da wären wir ja verrückt! Wir wollen aber Frankreich schützen. Und ich bin mir gewiß, daß die Anderen das verstehen, denn auch sie sind Patrioten*" (Die gesamte Ansprache ist in der „Le Monde"- Ausgabe vom 18.11. nachzulesen). Zur Gefährdung des Gleichgewichts trägt freilich auch (besonders der deutsche) Pazifismus bei: „*Mittelstreckenraketen im Osten — Pazifismus im Westen: Das ist kein Gleichgewicht*"(Mitterrand in Belgien; „LM", 14.10.).



Die französische Abschreckung

Der militärische Vierjahresplan Frankreichs (1984-1988) sieht eine Erhöhung

Die französische Abschreckung

Der militärische Vierjahresplan Frankreichs (1984-1988) sieht eine Erhöhung
des Verteidigungshaushaltes auf insgesamt 830 Milliarden Francs (238 Milliarden DM) vor. Die französische Armee soll angeblich drei Hauptaufträge erfüllen:
— Verteidigung der Grenzen durch die nukleare Abschreckungsmacht;
— Abwehr eines Angriffs auf Westeuropa in Zusammenarbeit mit den atlantischen Verbündeten;— Einhaltung der militärischen Bündnisverpflichtungen mit den „befreundeten" afrikanischen Staaten.

Folgende Maßnahmen sind hierzu geplant:
— Senkung des Personalbestandes des Heeres um 22.000 Mann innerhalb von 5 Jahren auf eine Gesamtstärke von 290.000. Die Mannschaftsstärke der französischen Armee in der BRD soll allerdings nur geringfügig geändert werden. Die Zahl 50.000, versichert Verteidigungsminister Hernu, soll auf keinen Fall unterschritten werden. Außerdem wird ihre Ausstattung mit Kampfpanzern verstärkt.
— Eine schnelle bewegliche Eingreifreserve (FAR) von 5 Divisionen, d.h. 47.000 Mann, darunter eine Kampfhubschrauber-Division, soll für die „Vorwärtsverteidigung" in Europa (und bei Bedarf in Übersee) bereitgestellt werden. Sie sind der 1.Armee, die im Osten Frankreichs und in der BRD stationiert ist, unterstellt.
— Waffen und Geräte sollen vermehrt und modernisiert werden: Die Anzahl der Kampfpanzer wird durch die Beschaffung von 455 weiterentwickelten A MX-30-B-2-Panzern auf insgesamt 1100 ansteigen. Außerdem werden den Verbänden des Heeres in den nächsten Jahren 251 Geschütze (Kaliber 155 mm), 57 Mehrfachraketenwerfer und 1941 gepanzerte Transportfahrzeuge zugeführt.
— Die Luftwaffe wird über den derzeitigen Bestand von 450 Kampfflugzeugen hinaus um 165 Mirage 2000 verstärkt. Das in Entwicklung befindliche Kampfflugzeug ACX soll 1986 erstmals erprobt werden.
— Die Marine wird 1986 ihr sechstes atomgetriebenes U-Boot in Dienst stellen. Es wird 16 Raketen vom Typus M-4, mit jeweils sechs Sprengköpfen und einer Reichweite von 4000 km, erhalten. Ein siebtes Atom-U-Boot soll 1994 in Betrieb genommen werden. Bis dahin sollen auch die übrigen Atom-U-Boote, die zur Zeit noch die M-20-Raketen besitzen (ein Sprengkopf von einer Reichweite von 3000km), auf die M-4-Rakete umgerüstet werden. 1986 wird auch der erste atomgetriebene Flugzeugträger starten.
— Die bodengestützten atomaren Kampfmittel werden ebenfalls modernisiert. 1992 wird die HADES-Atomrakete mit ihrer höheren Reichweite von 350 km diew alte PLUTON-Rakete ablösen. Die HADES-Rakete eignet sich darüberhinaus als Trägerrakete für die Neutronenbombe. (Fakten aus „Europäische Wehrkunde/WWR", 6, 83).

Haupteinsatzort der schnellen Eingreiftruppe FAR soll Mitteleuropa sein. Ihr Zweck ist die Bekämpfung der „mobilen operativen Gruppen" der sowjetischen Armee, wie Verteidigungsminister Hernu offen erklärte

Wehrkunde/WWR", 6, 83).

Haupteinsatzort der schnellen Eingreiftruppe FAR soll Mitteleuropa sein. Ihr Zweck ist die Bekämpfung der „mobilen operativen Gruppen" der sowjetischen Armee, wie Verteidigungsminister Hernu offen erklärte
(„LM",20.11.). Die FAR sei ein „*wesentliches Element der Reorganisation der Streitkräfte. Sie soll unser Engagement im atlantischen Bündnis konkret machen*", so Hernu am 4.12. vor dem französischen Senat. Was insgesamt für die französische „Verteidigung" gilt, gilt freilich auch hier: im Falle einer solchen Entscheidung „*will Frankreich auf abschreckender Ebene intervenieren, um einen gegebenen Krisenkontext zu entschärfen*" („LM",5.12.).

Europäische Verteidigung?

Die früheren Anläufe zur Organisation einer gemeinsamen europäischen Verteidigung kamen auch aus Frankreich: 1954 der Versuch einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" und 1961 eine Reaktivierung durch de Gaulle (der sog. „Fouchet-Plan"). PS und rechte Opposition sind sich über die Zweckmäßigkeit einer solchen gemeinsamen Verteidigung grosso modo einig. Die PS-Regierung hat das deutsch-französische Abkommen von 1963 (de Gaulle/ Adenauer) zur engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik wiederbelebt. Uneinig sind sich PS und Opposition, was den Grad der bundesdeutschen Beteiligung betrifft. Diese Frage ist wiederum auch innerhalb der Gaullisten umstritten. Angeheizt wurde die aktuelle Diskussion darum durch Chiracs („private") Rundreise durch die BRD (Etappenziele: München, Bonn, Konrad-Adenauer-Stiftung). Unter dem Motto: „*Zwischen der BRD und Frankreich muß die totale Solidarität her*" empfahl Chirac das offene Ansprechen gewisser Tabus. Gemeint ist das „Tabu" der atomaren Bewaffnung der BRD („LM", 21.10.). Wenn auch heute die Sicherheit West-Europas durch die Stationierung von US-Raketen garantiert werde, sei es doch unmöglich, daß „*die Völker ihre eigene Verteidigung in aller Ewigkeit Anderen zuschieben*".

Darum sollten die Europäer parallel zur Verstärkung ihrer Bindung zu den USA eine koordinierte (eigene) Verteidigung anvisieren. Hierbei müsse die BRD „*eine Rolle spielen dürfen, die sowohl ihrer geographischen Lage als auch ihrer Bedeutung entspricht*". Gewiß: „*die existierenden Verträge verbieten eine atomare Bewaffnung der BRD... Man kann sich aber Formeln ausdenken, die die BRD besser in den gemeinsamen Sicherheitsentscheidungsprozeß einbeziehen*". Eine bessere Einbindung der BRD in das Verteidigungssystem würde auch den deutschen Pazifismus abmildern: „*...Die Deutschen müssen die Sicherheit haben, daß ihre Grenzen optimal verteidigt werden*" („LM", 21.10.). Derart „deutsch-freundliche" Erklärungen riefen die Erz-Gaullisten auf den Plan. Mit Hinweisen auf de Gaulles Memoiren behauptete Chirac an die Adresse dieser Kritiker: „*Der General de Gaulle hat niemals erklärt, Deutschland dürfe nicht von seinen Verbündeten verteidigt werden. Im Gegenteil! Gaullismus, das bedeutet nicht Ablehnung der Solidarität, sondern*

Gaulles Memoiren behauptete Chirac an die Adresse dieser Kritiker: „Der General de Gaulle hat niemals erklärt, Deutschland dürfe nicht von seinen Verbündeten verteidigt werden. Im Gegenteil! Gaullismus, das bedeutet nicht Ablehnung der Solidarität, sondern
Ablehnung des Immobilismus" („LM", 28.10.).

Mitterands Außenpolitik

Ein kurzer Überblick zur PS-Außenpolitik:
— **Ost-West:** Gleich zu Beginn seines Amtsantritts bekannte Mitterrand, **„Yalta müsse überwunden werden"**. Angeregt durch die PS-Regierung wurde die Debatte um die Europäische Verteidigung neu eröffnet.

Parallel dazu hat sich Mitterrand als einer der entschlossensten Befürworter der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles profiliert. Wie oben erwähnt, hat die PS/KPF-Regierung das deutsch-französische Abkommen zur Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen reaktiviert. Die Aufstellung der HADES-Raketen sowie die Bereitstellung der FAR werden als Ausdruck der Solidarität zur BRD dargestellt. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die PS heute kaum noch von „Europäischer Verteidigung" spricht, sondern vielmehr von der „Verteidigung Europas". Subtile Nuance ...
— **Tschad:** Immer noch befinden sich rund 3000 französische Soldaten im Tschad. Auftrag ist bekanntlich die Zurückweisung der „libysch-sowjetischen Hegemonie-Ambitionen" zur Rettung der Demokratie made in France.
— **Latein-Amerika:** Im August 1981 erkannte Frankreich zusammen mit Mexiko die FDR-FMLN in El Salvador an. 1982 unterzeichnete Frankreich mit Nicaragua einen Vertrag, wonach es Nicaragua Waffen für 100 Millionen Francs liefert. Noch kurz vor der US-Invasion auf Grenada gewährte Frankreich Kuba einen Kredit in Höhe von 150 Mio. Francs.
— **Libanon:** Wie im Tschad haben auch dort französische Fallschirmjäger die Mission der „Friedenssicherung". Frankreich will damit sowohl zur Souveränität des Libanon als auch zur Unterstützung Arafats beitragen, heißt es wiederholt in öffentlichen Erklärungen. So soll der kürzlich zustande gekommene Gefangenen-Austausch (PLO — Israel) in der Hauptsache Frankreichs Diplomaten zu verdanken sein. Allerdings hat Frankreich bislang immer noch nicht die PLO anerkannt ...
— **Irak/Iran:** Auch unter Mitterrand wurde die massive französische Unterstützung des irakischen Regimes fortgesetzt.

Die kürzliche Lieferung von 5 Super-Etendards hat dies nochmals demonstriert. Irak ist überhaupt Frankreichs erster Kunde im Nahen Osten: Irak kaufte in den Jahren 1981/1982 französische Waffen für 28 Milliarden Francs ein.

Pazifismus

In Frankreich kursiert der „Witz": „*Welchen Unterschied gibt es zwischen den Deutschen und Krebs! — ??? — Krebs entwickelt sich ...*". Unermütlich kritisieren Intellektuelle und

Pazifismus

In Frankreich kursiert der „Witz": „Welchen Unterschied gibt es zwischen den Deutschen und Krebs! — ??? — Krebs entwickelt sich ...". Unermütlich kritisieren Intellektuelle und
Journalisten aus dem PS-Spektrum den „deutschen Pazifismus". Die Hauptkritik gilt der mangelnden Abwehr gegen den „russischen Bären". Prägender Begriff: „*la dérive à l'est de l'Allemagne*" (das Abdriften der Deutschen nach Osten) ... Zusätzliche (in der Propaganda beschworene) Sorge: ein neuerwachsener deutscher Nationalismus, das Monster der deutschen Wiedervereinigung am Horizont ...

„*Der Pazifismus, mit seinem Münchner Geist, mit seiner Feigheit, mit seinem Egoismus, ist nicht hinter uns. Er ist noch im Kommen. Und er nährt sich vom aktuellen Klima. Die Invasion auf Grenada wird die europäischen Pazifisten nicht entwaffnen, sondern sie natürlich nur noch bestärken*", schreibt der Herausgeber von „Libération" (!), Serge July. Eine Zeitung, die anläßlich der Grenada-Invasion von der Ungeduld der Grenadiner zu berichten wußte, denen die US-Marines nicht schnell genug da waren ...

Münchner Geist: damit ist das Münchener Abkommen vom 29./30. September 1938 zwischen Hitler, Mussolini, Daladier (Frankreich) und Chamberlain (G.-B.) gemeint — klassisches Beispiel für „Apeasement"-Politik, die als negative Auswirkung des Pazifismus dargestellt wird. Logisch diese historische Parallele nur, wenn Hitler-Deutschland mit der Sowjetunion heute gleichgesetzt wird.

André Laurens, Direktor von „Le Monde", ruft auf: „*Europa, verteidige dich!*" („LM", 3.11.).

„*Das Drama des Pazifismus ist, daß ihm noch nie die Verhinderung eines Krieges gelungen ist. Einseitige militärische Abrüstung bedeutet wenn schon nicht militärische, dann moralische Schwäche ... Die natürliche Entwicklung der Dinge würde auf den Neutralismus hinauslaufen. Die Pershing II sind angesichts der SS 20 nötig. Sie reichen aber nicht aus ...*

Die Zeit ist gekommen, um Europa gegenüber zu sagen: Verteidige dich und wage es, jetzt schon offen darüber zu reden".

Der Sprecher des PS-Linken Flügels CERES, J.P. Chevènement, konzedierte in einem Interview generös: „*Wenn ich Deutscher wäre, wäre ich ziemlich verwirrt. Die Deutschen sind natürlich ein bißchen in der Situation von Opfern. Man versteht, daß es nicht besonders angenehm ist.*

Gleichzeitig glaube ich aber nicht, daß man der sowjetischen Bedrohung mit Pazifismus begegnen kann. Es sei denn, der Pazifismus wäre eine Spielart des deutschen Nationalismus, der irgendwann mal nach Osten abdriften will. Wenn ich deutscher Nationalist wäre, dann wäre ich vielleicht Pazifist. Ich bin aber französischer Patriot, außerdem noch Sozialist und Europäer". („Libé", 23.9.).

Es versteht sich im übrigen von selbst, daß die PS ihre Mitglieder zur Nicht-Teilnahme an Friedens-Demonstrationen aufforderte ...

Anhand der wenigen hier zitierten Beispiele, die aber tatsächlich die Hauptinhalte dieser französischen Debatte repräsentieren, fällt die erschreckende Gemeinsamkeit zwischen der PS-Rede dort und CDU-Rede hier ins Auge: **„Von Moskau (bewußt/unbewußt) manipuliert. Gegen die Russen hilft nur eines: Nach — und nach — und nachrüsten". Gut paßt dazu die Berichterstattung der Medien beispielsweise über den SPD-Parteitag. Durchweg wird W. Brandt als „ewiges Kind", „Idealist" u.ä.m. apostrophiert.**

Was die KPF angeht, so freut sie sich zwar über die Friedensbewegung in der BRD — hinter der französischen Verteidigungskonzeption steht sie jedoch wie eine Eins. Die KPF-Essentials:
— Die Force de Frappe muß die Verteidigung nach allen Seiten (tous azimuths) sein.

Die Pariser Zeitung „Libération" kommentiert zu den Folgen des Flugzeug-Abschusses:
„*Wird der offensichtlichste Akt von Brutalität in der ganzen Geschichte des kalten Krieges ohne Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen vorbeigehen? Alles scheint trotz eines Konzerts von Vorwürfen gegenüber der Sowjetunion darauf hinzudeuten. Der Westen ist bereit, mit dem Schwamm darüber zu gehen und die 269 Opfer der Boeing als Verlust zugunsten der großen geopoli-*

scheint trotz eines Konzerts von Vorwürfen gegenüber der Sowjetunion darauf hinzudeuten. Der Westen ist bereit, mit dem Schwamm darüber zu gehen und die 269 Opfer der Boeing als Verlust zugunsten der großen geopoli-
tischen Schachzüge abzubuchen. Diese Opfer des kalten Krieges wären dann also gestorben wie soviele der anderen Kriege auch: für nichts."

nach FAZ, 6.9.83

— Die Force de Frappe muß eine rein französische sein, d.h. nur Frankreich darf und soll über ihren Einsatz entscheiden.

Die Mini-Widersprüche der KPF zur PS-Regierung:
— Die französischen Waffensysteme sollen bei den SU/USA-Verhandlungen einbezogen werden, wobei aber gleichzeitig versichert wird, eine Infragestellung „unserer Force de Frappe" sei ausgeschlossen (Interview mit Georges Marchais; „LM", 22.11.).
— Die französische schnelle Eingreiftruppe sei zu stark den atlantischen Verbündeten untergeordnet. Sie müsse voll autonom sein.
— Der Einsatz von Frankreichs Waffen dürfe nicht von Mitterrand alleine entschieden werden. Kurz vorher solle dazu eine Volksabstimmung stattfinden. Ein ziemlich witzloser Vorschlag ... Ansonsten erklärt Marchais anläßlich der eingangs erwähnten Rede Mitterrands: „*Dem habe ich im Wesentlichen nichts hinzuzufügen*" („LM", 21.11.). Da freut sich der Sowjet-Bürger ... Überraschungen sind so ziemlich auszuschließen:

„*Unter den Gegnern der Linken wird immer wieder ein Bruch der Mehrheit angekündigt. Ich sage es ihnen gleich: Natürlich werden sie einmal mehr enttäuscht werden*" (ebda).

Frankreich-Kommission.

Frankreich

Unaufhaltsamer Aufstieg der Rassisten?

Im März 1983 waren in Frankreich Kommunalwahlen gewesen. Aufgrund von Wahlanfechtungen fanden im Herbst mehrere kommunale Nachwahlen in Gemeinden statt, die bislang von KPF/PS regiert waren: Sie ergaben eine Serie von Wahlerfolgen der rechten Opposition.

Dreux, 4. September: Die rechtsextremistische FN (Front National) von Jean-Marie Le Pen erhält beim 1. Wahlgang fast 17% der Stimmen.

Dreux, 11. September: Mit einer gemeinsamen Liste erobern RPR (Chirac), UDF (u.a. Giscard, Lecanuet) und FN den Gemeinderat.

Aulnay, 6. November: Die FN erhält beim 1. Wahlgang fast 10% der Stimmen.

Aulnay, 13. November: Die RPR zieht in den Gemeinderat, diesmal ohne Listenverbindung.

Mit Sarcelles, Antony, Villeneuve-Saint-Georges (alles kleine Städte um Paris) ist Aulnay die 5. Gemeinde, die die PS/KPF-Allianz an die Rechten verliert.

Während 1981 laut Umfragen die rechtsextremistische Wählerströmung landesweit gerade 0,34% ausmachte, sind es heute 2%. Zum Vergleich: Die französischen Grünen haben in vergleichbaren Umfragen nie über 4% verzeichnen können. Ganz überraschend ist der Aufstieg der Faschisten indessen nicht: Schon im März konnte die FN im 20. Pariser Arrondissement fast 12% verbuchen.

Damals wie jetzt bei den Nachwahlen bildete Rassismus und Ausländerfeindlichkeit das Thema Nummer Eins — nicht nur bei der FN, sondern bei sämtlichen Parteien der Rechten.

Erinnert sei auch an die rechte Studentenmobilisierung dieses Frühlings sowie an die Bullendemos vom Juni.

Einer weiteren Umfrage zufolge ist über die Hälfte der RPR-Wählerschaft zu einem Bündnis mit den Rechtsextremisten bereit.

sowie an die Bullendemos vom Juni.

Einer weiteren Umfrage zufolge ist über die Hälfte der RPR-Wählerschaft zu einem Bündnis mit den Rechtsextremisten bereit.

Während die Rechte immer penetranter von der Notwendigkeit vorgezogener Neuwahlen spricht, ruft die Regierung zum x-ten Mal (sich selbst) zur „Wiedereroberung der öffentlichen Meinung" auf.

Rassismus als gemeinsames Programm

In Frankreich leben heute 5,4 Millionen Ausländer, wovon 2 Millionen aus Algerien, Marokko, Tunesien und der Türkei kommen. Diese Ausländer, meint der Rassist in seinen Hetztiraden. Sie leben vor allem im Großraum Paris und in den Regionen um Lyon und Marseille. Mit dem Wahlsieg des PS/KPF-Bündnisses im Mai 1981 sind zwar die französischen Ausweisungsbestimmungen liberaler geworden, allerdings wendet sich auch die Mitterand-Regierung gegen „Überfremdung": Allein 1982 wurden 47.000 Nordafrikaner gleich an den Grenzen zurückgeschickt; 27.000 Illegale, die „Papierlosen", wurden nach Razzien ausgewiesen. In Frankreich sind heute Ausweisungen minderjähriger Jugendlicher sowie derjenigen Ausländer, die seit 15 Jahren in Frankreich leben, verboten (Das gilt auch für Ausländer/innen, die seit 6 Monaten mit einem französischen Ehegatten verheiratet sind). Mit einem Erlaß vom Mai 1982 wurden aber die Einreisebestimmungen erheblich verschärft. Jetzt müssen die Grenzbeamten neben dem Paß vom Einreisenden den Nachweis einer Unterbringungsmöglichkeit fordern. Dieser Erlaß wurde im September noch verschärft, indem die Bürgermeister der französischen Gemeinden den „Unterbringungsnachweis", den eine „Gastfamilie" bei ihnen beantragen muß, verweigern können, wenn sie den Eindruck haben, irgendwas sei nicht ganz „normal". Dieser Zusatz öffnet der Willkür Tür und Tor.

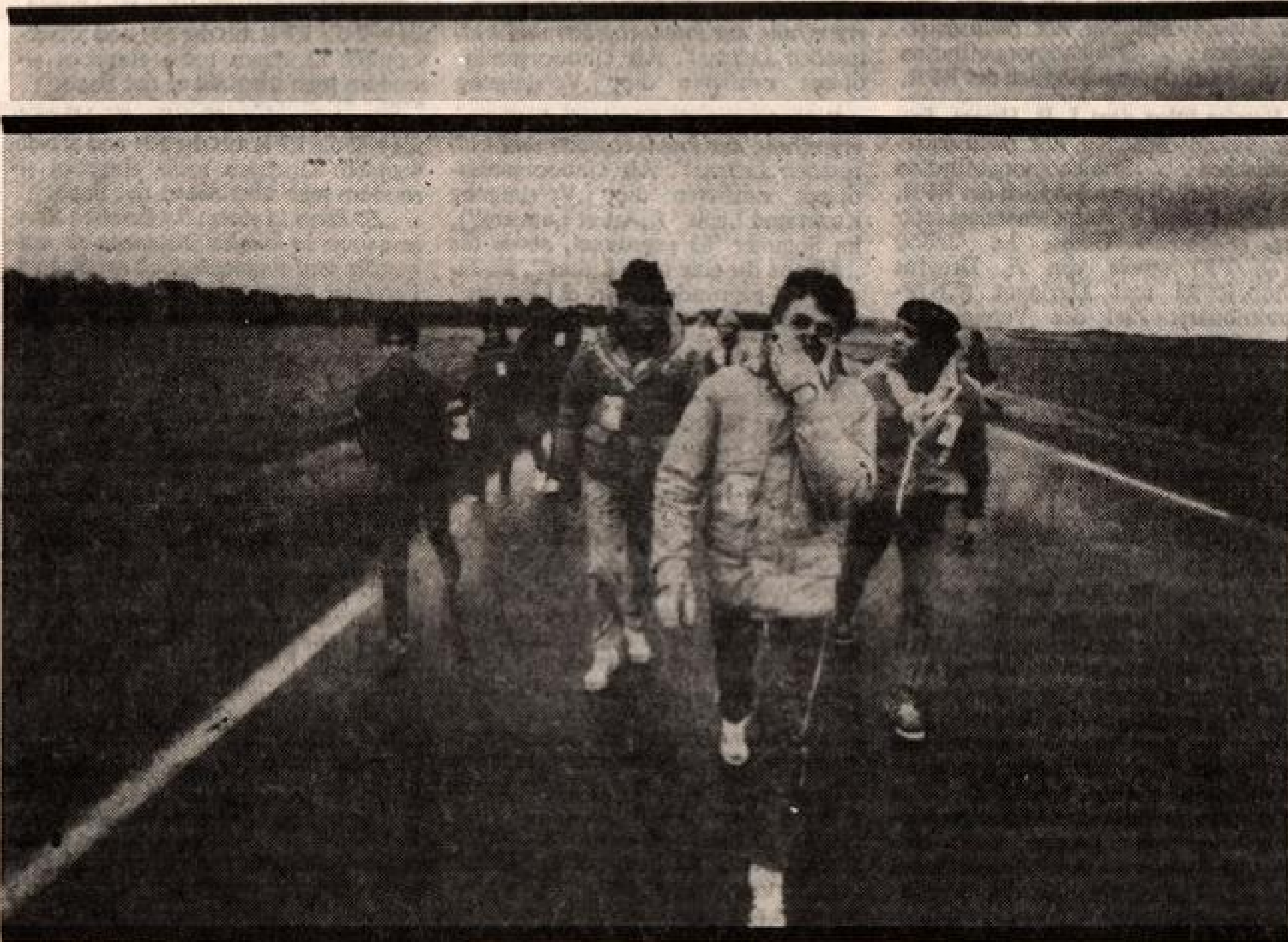
Das Recht auf Familienzusammenführung haben Ausländer, die seit mindestens einem Jahr eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besitzen. Nachziehen dürfen Ehegatten und Kinder unter 18 (wobei für EG-Angehörige und junge Frauen aus Spanien und Portugal die Grenze bei 21 Jahren liegt). Voraussetzung ist, daß regelmäßige und ausreichende Einkommen für den Lebensunterhalt der nachziehenden Personen nachgewiesen werden können, ebenso ausreichender Wohnraum.

Familienmitglieder haben Anspruch auf Arbeitserlaubnis, vorausgesetzt sie finden einen Arbeitgeber und die Arbeitsmarktlage spricht nicht dagegen. Dieses Gesetz wurde zunächst als Reform dargestellt. Bald jedoch machte die Regierung deutlich, es gehe ihr „um die bessere Kontrolle des Gastarbeiterproblems" und um die Beendigung der „Laxheit" der Giscard-Politik auf diesem Sektor.

Legalisiert wurde nur der Status derjenigen Ausländer, die vor dem 1.1.1981 eingereist sind und in einem festen Arbeitsverhältnis stehen: 130.000 ausländische Arbeiter konnten dadurch in den Besitz einer Aufenthaltserlaubnis kommen. Zur Illustration der Regierungspolitik sei der PS-Innenminister und Bürgermeister von Marseille, Gaston Deferre, zitiert: „... *Derzeit verlassen mehr Nordafrikaner Marseille, als hier bleiben. Ich habe den falschen Touristen ein Ende gesetzt.*" Ein PS-Plakat in Marseille anläßlich der Kommunalwahlen vom März: „*Die Rechte, das bedeutet illegale Einwanderung; die Linke, das bedeutet kontrollierte Einwanderung*".

Indessen bleibt der von Rechten und extremen Rechten geschürte Ausländerhaß nicht verbal: Jüngstes trauriges Beispiel ist die Ermordung des 26jährigen Algeriers Habib Grimzi, der in der Nacht vom 14. auf den 15. November aus dem Zug Bordeaux-Vintimille von drei Angehörigen der Fremdenlegion hinausgeworfen wurde.

Dieser rassistische Mord ist kein Einzelfall. In den Monaten Juli und August 1983 wurden zwei algerische Kinder im Alter von 10 und 11 Jahren erschossen und sechs weitere verletzt. Die Rechte behauptet, ihren Stimmenzuwachs verdanke sie der enttäuschten, ehemals links wählenden Arbeitschaft.



Die Marschierer gegen Rassismus

Nun sind deren Lebens- und Arbeitsbedingungen unter der Mitterand-Regierung tatsächlich nicht gerade besser geworden, und daß rassistisches Gedankengut auch unter Arbeitern auf fruchtbaren Boden fallen kann, soll auch nicht abgestritten werden.

Dennoch bleibt die Rechte den Nachweis dieser Propaganda-These schuldig, denn es ist nicht zuletzt aus der hiesigen deutschen Geschichte bekannt, daß sich für Rassismus und verwandte Ideologien vor allem das Kleinbürgertum mobilisieren und zuweilen auch begeistern läßt.

Le Pen von der FN

Wie es sich gehört, ist der Vorsitzende der FN, Jean-Marie Le Pen, ein ehemaliger Fallschirmjäger, der als Offizier in Indochina tätig war. Er bedient sich einer äußerst delikaten Sprache: „*Natürlich tragen viele Jugendliche bei der FN den glattrasierten Haarschnitt nach Fallschirmjägerart. Soll man ihnen das vorwerfen. Ich weiß: In Frankreich liebt man die Fallschirmjäger nur, wenn sie in der Holzkiste, die Trikolore überm Bauch, liegen.*

Ich kann mich also nicht beklagen, wenn die Jugendlichen meiner Partei diesen Haarschnitt tragen. Wäre es Ihnen vielleicht lieber, wenn sie nach Joints oder schlecht gewaschenen Schwänzen riechen würden?" So agitiert Le Pen, in diesem Beispiel auf einer Veranstaltung in der Bretagne, wo demnächst auch Nachwahlen stattfinden („Libération", 14.11.). Auf einem FN-Fest Ende September kann man sich an Ständen die Enthüllungen des Robert Faurisson über die Nicht-Existenz der NS-Gas-Kammern besorgen, einen Katechismus von Pius X., Goebbels-Reden und das handsignierte Portrait von Führer Le Pen für 40 Francs. „*Mit den Revolutionären an der Regierung diskutiert man nicht — man schlägt sie auf der Straße*", gibt Le Pen als Parole aus. Die 3.000 bis 4.000 Anwesenden legen eine Schweigeminute ein — für die christlichen Opfer des Libanon-Krieges, die beweisen sollen, daß „*eine multi-rassische Gemeinschaft eine Utopie*" sei. Le Pen doziert über „*Geschlechtskrankheiten, die von den sozialen Parasiten, den Gastarbeitern*" ins Land gebracht würden und die die französische Geburtenziffer tragisch nach unten drückten („Libé", „Le Monde",19.9.).

Neuerdings führt Le Pen Prozesse gegen jeden, der ihn als Faschist „diffamiert". „*Ich bin weder Faschist, noch Rassist, noch Rechtsextremist. Wir sind die nationale Rechte, seit 10 Jahren führen wir den ideologischen Kampf*" (Radiosendung „Europa No. 1", 19.9.). Vielmehr sei er ein „Volksnationaler", was im übrigen, wer hätte daran zweifeln können, alles andere sei als „Nationalsozialist".

Anti-Kommunist? Das schon: „*Ich bin ein ewiger Anti-Kommunist*", Anti-Sozialist übrigens auch: „*Ich werde immer all denjenigen, die sich auf den Sozialismus berufen, den Rücken kehren*" (Wahlveranstaltung der FN in Paris, Ende September 1983).

Ausländer liebt er vor allem, wenn sie „bei sich zu Hause sind". Denn daß man seine eigenen Kinder fremden vorziehe, das sei ganz normal — die natürliche Moral des Evangeliums.

Ein Flugblatt der FN in Dreux nach den Wahlen: „*Die Sozialisten wollen das Emblem wechseln. Statt der Rose soll es nun der Präservativ sein. Weil es denjenigen, die man vögelt, Sicherheit geben soll*". Andere Flugblätter tragen als Überschrift „*Für das biologische Gleichgewicht der Stadt!*" Erste Aktion der RPR/UDF/FN-Gemeinderäte in Dreux: Verbot linker Stände. Und zwar von der PS über KPF und Liga für Menschenrechte bis zur trotzkistischen LCR. (Darauf reagierten Organisationen mit einem Button: „Ich bin ein verbotener Drouais" und hielten sich im übrigen natürlich nicht an die neuen kommunalen Vorschriften)



Jean-Marie Le Pen

In Aulnay stellte sich der FN-Kandidat von der Liste „Einheit der Franzosen für Aulnay" vor: „*Ich bin verheiratet. Habe drei Kinder. Vor 46 Jahren bis ich in dieser Stadt, die ich seitdem nie verlassen habe, geboren. Ich bin Katholik, mit 10 Jahren wurde ich Vollwaise und von meiner Großmutter dann erzogen. Schon mit 14 mußte ich zur Arbeit. Ich besitze lediglich den Volksschulabschluß. Ich liebe Sport, Fußball, Fahrrad- und Autorennen*" („Libé", 6.11.). Erste Aktion der FN-Abgeordneten in Aulnay: Die Säuberung der Gemeindebibliothek von allen subversiven Zeitschriften bis hin zum „Canard Enchainé" (satirisch-politische Wochenzeitschrift).

Der Antisemitismus ist selbstverständlich mit von der Partie. Mitte Oktober versammelte sich die militant rechtsextremistische Szene in Paris zu einem „Tag der französischen Freundschaft": Alles in allem rund 8.000 Menschen. Als Organisationen waren u.a. vertreten FN, PFN („Partei der neuen Kräfte", dazu später), „Oeuvre francaise" („Französisches Werk", klerikal-monarchistisch-faschistische Sekte), und die UNI (rechtsextremistische Studentenorganisation). Die Versammlung wurde gleich markant eröffnet: „*Vier Supermächte kolonisieren Frankreich*". Hierbei handelt es sich um „*die Marxisten, die Freimaurer, die Juden und die Protestanten*". Sie würden symbolisiert durch Fiterman: „**Der Marxist**", Hernu: „**Der Freimaurer**", Badinter: „**Der Jude**" und Rocard: „**Der Protestant**".

Die Hauptgefahr komme vom „Judaismus", der „*fast die gesamte Politik der Regierung inspiriert*". „*Erinnern Sie sich daran, daß die Juden die zwei Pole unserer Gesellschaft ausmachen: Sie sind sowohl die Begründer des Finanzkapitals wie auch seine entschiedensten Bekämpfer ... Badinter entspricht genauso Fiterman, wie gestern Marx Rothschild entsprach.*"

Über das französische Fernsehen, das angeblich den Christen alle, den Juden überhaupt keine geschichtliche Schuld zuweise: „*Wenn ich sowas in einer zionistischen Sendung des Tel-Aviver Fernsehens hören würde, könnte ich Verständnis haben. Aber sowas höre ich in den katholischen Sendungen des nationalen Fernsehens!*" Der Autor eines Werkes mit dem Titel „Diese Kanaille von Dreyfus" erklärte, Frankreich sei bereits unter der Herrschaft von Barbaren, und wenn weiterhin die „*Gastarbeiter sich wie die Kaninchen vermehren*", wäre der Tag nicht mehr weit, wo der Präsident der französischen Republik ein Ayatollah wäre. „*Arbeit! Familie! Vaterland!*", dies sei das Motto, dem die Japaner ihren ökonomischen Aufschwung verdankten — während Frankreich von solchen Figuren geprägt sei wie dieser „jüdischen Abtreiberin". Gemeint ist Simone Veil, ehemalige Vorsitzende des Europaparlaments und Mitglied der CDS (Lecanuet), eine Organisation in der UDF. Schließlich: „*Die Internationale des Mordes, die kommunistische Internationale, setzte sich hauptsächlich aus Juden zusammen ... Die Juden sind unverschämt, wenn sie behaupten, die Rechte sei antisemitisch. Wir könnten nämlich darauf antworten, daß der Kommunismus jüdisch ist*" (Zitate aus „LM", 19.11.).

Katholische Rechtsextremisten

Das letztgenannte Zitat stammt von einem Romain Marie, ehemaliges Mitglied der Neo-Nazi-Gruppe GAJ („Jugend Aktionsgruppen"), selbstverständlich Partisan eines französischen Algeriens, Mitbegründer der „Komitees Christentum-Solidarität", das er leitet, schließlich auch Mitglied und regionaler Verantwortlicher beim CNIP (Zentrum der Unabhängigen und Landarbeiter, siehe weiter unten).

„*Meine beiden Vornamen, Romain und Marie, symbolisieren all das, wofür ich kämpfe: Ein Land, eine Zivilisation und ein Glauben ... Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger von Lourdes und der Heiligen Jungfrau ... Ich bin Franzose, ich bin Römer, ich bin universell*", so stellt sich R.M. in einem „Le Monde"-Interview vor (28.11.). „*Französische Solidarität — das ist die Einheit aller Franzosen, die Frankreich lieben und seiner Taufe Treue erweisen wollen. Es ist der Wille, eine Tradition fortzusetzen, die von den Kreuzrittern über Saint-Exupéry zu den Fallschirmjägern von Dien-Bien-Phu und Kolwezi reicht ... Die Zukunft Frankreichs wird eine christliche oder keine sein.*

Ich bin für den Kreuzzug gegen den Kommunismus ... Als der Nazismus noch nicht tötete, tötete bereits der Kommunismus und er tötet immer noch.

Wiegt man die Zahl der Leichen auf,

Kommunismus ... Als der Nazismus noch nicht tötete, tötete bereits der Kommunismus und er tötet immer noch.

Wiegt man die Zahl der Leichen auf,

hat die kommunistische Monströsität ein Verhältnis von zehn zu eins gegenüber der nationalsozialistischen Monströsität. Sogar Yves Montand ist das aufgefallen.

Also wenn einige Christen sich als Kommunisten bezeichnen, dann behaupte ich, es sind Kommunisten, die sich als Christen verkaufen möchten ... Der Kommunismus ist nicht nur atheistisch. Er ist ein perverses, ein 'fundamental perverses System', wie es Papst Pius XI. endgültig ausgedrückt hat.

Ich habe nichts gegen Jean-Marie Le Pen, ich weiß, wie ungerecht die Karikaturen über ihn sind ... Meine Konzeption der Freiheit ist diejenige der katholischen Kirche, wie sie am klarsten von Papst Pius XII. entwickelt wurde ... Ich will morgens mein Radio einschalten können, ohne irgendeinen grotesken Witzbold anhören zu müssen, der Obszönitäten über die Heilige Bernadette ausspricht". (Das ist diejenige, die in der Grotte von Lourdes die Heilige Jungfrau erblickte). „*Ich will meine Kinder zum Zeitungskiosk schicken können, ohne daß sie mit der dreckigsten, nihilistischsten Pornographie konfrontiert werden, die die Ehre der Frau und die Reinheit der Kinder zutiefst mißachtet. Ich will Fernsehen sehen, ohne irgendwelche angeblichen Dokumentarsendungen über die Welt der Homosexuellen verfolgen zu müssen...*

Leider verfügt der französische Katholik über keinen öffentlich anerkannten Verein wie den MRAP oder die Licra (Verbände zur Bekämpfung des Rassismus und Antisemitismus, Anm. AK), *um sich gegen den antichristlichen Rassismus zu schützen ... Als Bürger und politischer Aktivist kenne ich nur eine Ambition: kämpfen, immer noch kämpfen, ständig kämpfen unter Ausschöpfung aller legalen Mittel: für mein Land, für meinen Glauben, gegen die kommunistische Sklaverei. Als Christ kann ich nur den Wunsch aller Christen aller Zeiten und aller Länder teilen: Möge Gott, wenn ich sterbe, mir Sünder Gnade und Verzeihung schenken*" („LM", 28.11).

Der CNIP: viele alte Bekannte

Das „Nationale Zentrum der Unabhängigen und Landarbeiter" (CNIP) bezeichnet sich selbst als „Partei der modernen und verantwortungsbewußten Rechten". Es erstrebt Anerkennung innerhalb der Opposition als „dritter Weg". Im CNIP sind heute, neben den oben erwähnten katholischen Rechtsextremisten, zahlreiche ehemalige Mitglieder neonazistischer Gruppierungen, insbesondere der PFN, organisiert.

So zum Beispiel der bekannte Alain Robert: ehemaliges Mitglied der Neo-Nazi-Gruppe „Occident" (Westen),

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

der „Gruppe Einheit-Verteidigung" (GUD) und Gründungsmitglied der PFN. Alain Robert ist seit 20 Jahren Aktivist der rechtsextremistischen Szene in Frankreich. Zu früheren Zeiten stellte er mit seinen Compagnons von „Occident" Giscards Ordnertrupp; 1981 wurde er auf einer Liste der RPR als Abgeordneter gewählt. Bei den Gemeindewahlen im März '83 wurden überhaupt ca. zwei Dutzend PFN-Mitglieder auf Listen der rechten Opposition aufgestellt und gewählt, z.B. in Toulon, Beziers und Pont-a-Mousson. Ermutigt durch die Wahlerfolge ihrer Schwesterpartei FN, erwägt nun auch die PFN eine Änderung ihrer bisherigen Wahltaktik: nicht mehr Listenverbindung mit der RPR oder UDF, sondern eigene Kandidaturen. Bei den Nachwahlen in Aix-en-Provence und Draguignan, die im Januar '84 stattfinden werden, will die PFN es erstmals versuchen.

Mit weiteren Führern der PFN ist Alain Robert 1979 dem CNIP beigetreten, dessen Abteilung im Departement Seine-Saint-Denis er leitet.

„Seit der Gründung der PFN 1974 verfolgten wir die Absicht, wenn auch erfolglos, uns voll am demokratischen Spiel der traditionellen politischen Formationen zu beteiligen. Das bedeutete also schon damals einen Bruch mit dem gewöhnlichen Verhalten des sogenannten Rechtsextremismus, der sich meistens als Alternative zum System begreift.

Im Laufe der Jahre wurde dieser Wille immer stärker, besonders bei mir persönlich. Ich habe ab einem bestimmten Zeitpunkt den Nutzen eines marginalen Engagements nicht mehr gesehen — und habe deswegen beschlossen, einer etablierten Struktur beizutreten....

Mein politisches Engagement begann im Herbst 1962, als ich 17 war. Vor den Toren meines Gymnasiums verbrannten Jugendliche die französische Fahne, trugen die FNL-Fahne und riefen: ‚Die Fallschirmjäger an die Laterne! Erschießt die Generäle!'. Der zweite Anstoß kam im Mai 68, als ich, wie viele andere Studenten, keinen Fuß in die Hälfte der Pariser Fakultäten setzen konnte, ohne angegriffen zu werden ... Nach 1974 überlegte ich, daß meine po-

le andere Studenten, keinen Fuß in die Hälfte der Pariser Fakultäten setzen konnte, ohne angegriffen zu werden ... Nach 1974 überlegte ich, daß meine po-

litischen Aktivitäten nun realistischer und weniger romantisch werden sollten ... Die PFN war innerhalb dieses Prozesses eine Etappe .. Ich bin ein Mann der Rechten, der wagt, seine Gedanken auszusprechen — zugunsten dessen, was er als Wohl seines Vaterlandes begreift. Ich bin für eine ruhige, komplexlose Rechte" („LM", 4.11.).

Kulturkampf

„Faschismus gleich Sozialismus", ist die neue Hauptparole des „Club de l'Horloge" („Club Uhrwerk"). Der 300 Mitglieder starke Club ist ein sogenannter „Forschungs- und Studienorganismus" der „neuen" Rechten. Präsident ist Yvon Blot, gleichzeitig Mitglied des ZKs der RPR. Generalsekretär ist Jean-Yves Le Gallou, gleichzeitig Mitglied des Führungskomitees der PR (Giscards Partei innerhalb der UDF).

Die Anprangerung des Faschismus sei *„eine wirkungsvolle Einschüchterungstechnik der Sozialisten ... Wenn man das faschistische Phänomen einigermaßen mit Objektivität untersucht, dann springen die Gemeinsamkeiten zwischen Faschismus und Sozialismus ins Auge... Diese Gemeinsamkeiten sind dermaßen offen, daß ihre Verdrängung über das Ausmaß des gegenwärtigen intellektuellen Terrorismus viel aussagt"*. (So der Vizepräsident des Clubs, de Lesquen, auf einem Kolloquium, wo im übrigen Grußadressen von solchen Leuten wie Ex-Premierminister Barre vorgetragen wurden). Denn Kommunismus und Faschismus seien gleichermaßen eine *„Option der Radikalisierung des Sozialismus"*. *„Der Faschismus entspringt immer einem sozialistischen Nährboden. Ohne sozialistischen Nährboden kein Faschsimus, sondern nur konservativ-autoritäre Regimes"*. Der „Club", der der Opposition Argumentationshilfen liefern will, setzt sich derzeit den Kampf gegen die Begriffsvermengung als Aufgabe: *„Man will die theoretische Distanz zwischen Rechten und extremen Rechten aufheben, indem man Parolen ausgibt über die Radikalisierung der Rechten. Damit werden Begriffe wie Nazi, Faschist, Reaktionär, Rechter beliebig und austauschbar"* („LM", 28.11.).

Für diese Sorte ideologischer Debatten hat sich die Opposition eine neue Struktur geschaffen: die „Vereinigung der Abgeordneten für die Freiheit der Kultur", gegründet im Juli dieses Jahres, und als Koordinierungsinstrument im Kulturkampf gedacht.



Vorsitz führt dort J.-P. Hugot, früher Verantwortlicher der rechtsextremistischen Studentenorganisation UNI, natürlich auch Mitglied der RPR. Assistiert wird er vom Generalsekretär des erwähnten Clubs, Le Gallou (UDF/PR) sowie von F. Dreyfus (Club/RPR) und Meriogot (CNIP-Funktionär). Ziel der Vereinigung: *„Kampf gegen die ideologische Besitzergreifung des intellektuellen und kulturellen Lebens"*. Als Unterorganisationen existieren die „Vereinigung Kunst und Licht" („Art et Lumiere"), im Sommer '83 gegründet, sowie die „Allianz für eine neue Kultur", im Januar '83 gegründet. „Art et Lumiere" will die *„Wiederentdeckung des geistigen Fundaments und des objektiven Wertes der Kunst"* ermuntern und hierzu die *„französischen Künstler vereinigen, die Träger einer anderen Kultur sind, die Umsturz-Ideologien, -Moden und -Dialektiken ablehnt"*.

Chef dieses noblen Vereins ist D. Courrant, gleichzeitig Verantwortlicher der „Komitees Christentum-Solidarität" in Westfrankreich. Schatzmeister ist A. Tirot, früher Aktivist der UNI und ehemaliges Mitglied der PFN.

Der Zweite Verein setzt sich aus dem gleichen Personenkreis zusammen. Der oben erwähnte Courrant führt den Vize-Vorsitz, und auch hier trifft man beim Schatzmeister auf einen („ehemaligen") Neonazi, M. de Rostolan, früher Mitglied der Gruppe „Ordre Nouveau", heute auch Mitglied beim CNIP. Rostolan ist in der faschistischen Szene seit dem berüchtigten Neonazi-Überfall an der Uni von Rouen im Januar 1967 kein unbeschriebenes Blatt.

Beide „Kulturvereine" planen im nächsten Sommer (28. Juni - 3. Juli 1984) ein „französisches Kunst-Festival" bei Saumur.

Französische Rechte: eine Mafia

Fassen wir die genannten Fakten zusammen, so wird deutlich, wie sich innerhalb der französischen Rechten Faschisten und Konservative die Hand reichen. Der ehemalige Minister Poniatowski (PR, Mitglied des „Club de l'Horloge") drückte das auf seine Art aus, als er anläßlich der Wahl von Dreux empfahl: *„Stimmen muß man gegen die Linksfaschisten"*.

Ein nationales offizielles Wahlbündnis will die RPR mit der FN und artverwandten Gruppen nicht eingehen — sondern man überläßt es der Basis:

„Es kann in einem bestimmten Kontext unseren lokalen Instanzen als notwendig und unumgänglich erscheinen, Vertreter einer anderen Liste zu integrieren, Vertreter einer rechtsextremistischen Szene. Wenn sie (die lokalen Instanzen) *diesen Schritt als notwendig betrachten, um sich der Kommunisten zu entledigen, sollen sie es tun"*. Dies ist die offizielle Stellungnahme der RPR („LM", 2.11.).

Als einzige innerhalb der Oppositionsparteien nahm Simone Veil (ehemalige Vorsitzende des Europaparlaments und Mitglied der CDS/UDF) explizit gegen solche Bündnisse Stellung.

Auf dem Parteitag der UDF erklärte sie, man hätte lieber den Verlust von Dreux in Kauf nehmen sollen, statt ein *„solches, seit dem Krieg noch nie dagewesenes Bündnis einzugehen"*. Poniatowski äußerte Verständnis für S. Veils Empörung — angesichts ihrer „schrecklichen Erfahrungen" — erklärte allerdings auch das, was derzeit von allen Rechten deklariert wird: *„die 17% Wähler der FN sind keine Faschisten. Das sind Leute, die es extrem satt haben"*. Ähnlich sieht es Giscard: *„Die Franzosen wollen Ruhe, Sicherheit und Geborgenheit"*. Ein CDS-Mitglied rief: *„Le Pen ist doch ein guter Franzose. Jedenfalls ein besserer als die Moskau-Leute an der Regierung"*. („LM", 28.9. und 29.11.). Die Haltung von Veil wurde in der faschistischen Presse („Present" u.a.) in Anspielung auf ihre jüdische Herkunft so kommentiert: *„Simone Veil spricht im Namen einer Moral, die jedenfalls in ihrem Mund keine christliche Moral sein kann"* („Libé", 10.11.).

Anti-rassistischer Marsch

Besondere Anerkennung verdient die Initiative von 40 Jugendlichen — Algerier und Franzosen — aus dem Viertel Lyon-Les Minguettes, ein Hauptschauplatz für rassistische Aggressionen in diesem Sommer.

Die Idee zu diesem Marsch hatte zunächst ein vom Rassismus betroffener junger Algerier: Touni Djaida, der im Juni von einem Bullen angeschossen

Fortsetzung nächste Seite

Nachlese zur „Jumbo-Affaire"

Nach einigen Wochen hellster Aufregung ist die Kampagne anläßlich des Abschusses der südkoreanischen Boeing KAL 007 in der Versenkung verschwunden. Diverse kleine Meldungen allerdings bestätigen den Verdacht, daß es sich bei dem zweieinhalbstündigen Irrflug der KAL 007 nicht um einen mysteriösen Fehler handelte. Diese Nachrichtensplitter geben einen Einblick in die Dichte des US-amerikanischen Aufklärungsnetzes und die Unbeholfenheit der Sowjetunion.

1. *„Drei Tage nach dem Abschuß der Boeing 747 der Korean Air Lines über Sachalin startete die Sowjetunion das Versuchsmuster SS-X-24 einer mittelschweren ICBM; der Test soll ursprünglich für die Nacht des Zwischenfalls* (d.h. den 1.September - Anm.AK) *vorgesehen gewesen sein"* („Internationale Wehrrevue", Nr.10/83, S.1376). Die „Europäische Wehrkunde" präzisierte, bei dem Test handle es sich *„um eine neue Version der Abwehrrakete SA-12, die in der Lage sein soll, feindliche Atomraketen wie die MX abzuschießen"* (Nr. 10/83, S.502). Dieser Bericht wurde in der „Europäischen Wehrkunde" Nr.11/83 bestätigt. *„Nach einem Bericht der ‚Washington Post' ... (sei) ein Test der neuen sowjetischen Interkontinentalrakete SSX24, der am Tag des Abschusses der südkoreanischen Paasagiermaschine annuliert worden war, drei Tage später gescheitert"* (S.549).

Und um auch dem letzten Blödmann klarzumachen, was da ablief, heißt es lapidar: **„Wegen des beabsichtigten Tests am 1.September habe sich das US-Aufklärungsflugzeug RC 135 in der Nähe des sowjetischen Luftraums vor der Halbinsel Kamtschatka aufgehalten"** (ebd.). Ah ja. Das macht die Behauptung der US-Behörden, die RC 135 sei auf einem Routineflug und zur Zeit des Abschusses bereits wieder auf dem Heimweg gewesen, ungemein glaubwürdig. (Dazu unten mehr). In dieser nuit fatale gab es viele Zufälle...

2. Die in Washington erscheinende „Counterspy" veröffentlichte mehrere Artikel zu dem Jumbo-Abschuß und nahm die offizielle US-Version auseinander. Wir verzichten hier auf eine Wiederholung der bereits bekannten Details (Vergl. AK 238). Duncan Campbell schreibt in einem Artikel von einem *„secret electronic war"*, einem geheimen elektronischen Krieg. *„Diese gefährliche Aktivität ist viel umfassender als allgemein angenommen wird. Eine Analyse dieses geheimen Krieges zeigt, daß seit 1950 die USA 27 Flugzeuge verloren haben, zur Landung gezwungen oder abgeschossen (‚forced or shot down'), und sechzig andre wegen elektronischer oder fotographischer Aufklärung attackiert wurden. Schließlich starben 139 US-Agenten in diesem Aufklärungsprogramm"*. Campbell verweist auf die Aktivierung des sowjetischen Abwehrsystems durch den „Irrflug" und zitiert die *„führende US-Militärzeitschrift Aviation Week and Space Technology"*, daß das Ausloten der sowjetischen Anlagen durch Grenzprovokationen der Analyse der Gebiete diene, *„die Bomber zum Einflug im Kriegsfall nehmen können" („the environment the bombers may be directed to penetrate in the event of war")*. **Es verweist darauf, daß diese Informationen unverzichtbar sind für die Navigation von Bombern und Cruise Missiles in die Ziele.** Und zitiert weiter US-Fachschriften, daß diese Informationen eben nicht von Satelliten geliefert werden könnten („Air Force Magazine", Sept. '78).

3. Zwei ehemalige Piloten der RC 135 veröffentlichten einen Artikel, der die offzielle US-Version für nicht unbedingt glaubhaft erklärte. Der Artikel erschien in den USA („Denver Post", 13.9.83) und in der „Japan Times" (16.9.83). Die beiden Piloten, die derartige Vorgänge sicherlich besser zu bewerten wissen als die Journaille, erklären zunächst, daß die US-Behörden die Öffentlichkeit belügen würden bezüglich der Fähigkeiten des RC 135-Systems. Die offizielle US-Version sei „incompatible with our experience". *„Die RC 135 ist als ein Strategic Air Command (SAC) ein weitreichendes Aufklärungsflugzeug, das eine Plattform zur Aufzeichnung elektronischer und kommunikativer Nachrichten trägt. Das gesamte Personal an Bord der RC 135 steht unter der operationellen Aufsicht der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA)"*. Seine Aufgabe sei es durch Eindringen in fremden Luftraum, *„die Luftabwehrsysteme eines Ziellandes in Alarmzustand zu versetzen"*. Die RC 135 wird *„immer abgelöst von einer andren RC 135, kurz bevor seine Mission beendet ist. Dieses Procedere erlaubt eine Routine, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr"*. Die Behauptung, zur Zeit des Abschusses sei die RC 135 auf dem Heimweg gewesen, sei *„unglaubhaft und widerspricht der NSA-Praxis"*.

„Das System (RC 135) ..berichtet, in Realzeit, taktische Informationen an die höchsten Stellen der US-Regierung, inklusive des Präsidenten, von jedem Ort der Welt". Diese erhalten die Information *„in nicht mehr als 10 Minuten nach dem Absenden der Nachricht"*. Und dieses System sei in der Lage, Luftabwehrradar und -flugzeuge zu irritieren; dies sei bereits im Vietnam-Krieg durchgezogen worden. Es liegt auf der Hand, daß auch Zivilflugzeuge irritiert werden können. Wie leicht dies ist, zeigt sich aus dem Faksimile (siehe Kasten).

Die beiden Piloten kommen zu dem Schluß, daß der gesamte Vorgang um die südkoreanische KAL 007 „peinlich genau (meticulously) sofort aufgezeichnet und anylsiert wurde von US-Geheimdiensten". Sie schreiben zum Schluß: *„Wir sind überzeugt, daß allein eine vollständige Aufklärung der von der NSA zurückgehaltenen Fakten die Beantwortung der Fragen erlaubt, die die amerikanische Öffentlichkeit zu diesem tragischen Vorfall hat"*. (Zitiert nach „The Japan Times").

4. All diese nachgereichten Details bestätigen unsere Einschätzung im AK 238. Sie dürfen aber *nicht nur* unter dem Gesichtspunkt einer Bestätigung der Aggressivität dse US-Imperialismus gesehen werden. Sie verdeutlichen in erschreckendem Ausmaß die militärische Unterlegenheit und die politische Unfähigkeit der Sowjetunion. Es ist so gut wie sicher, daß die UdSSR die KAL-Boeing mit einer RC 135 verwechselte. Und sie brauchte zweieinhalb Stunden, um sie auszuschalten. In dieser Zeit wären die Bomber über Moskau...

Die SU schwieg fast eine Woche nach dem Abchuß und selbst, als sie endlich redete, verschwieg sie so wertvolle Details wie den Raketentest. Sie hat es der Linken so schwer wie möglich gemacht, der imperialistischen Propaganda sachlich zu begegnen. Diese unverantwortliche Blindheit ist nicht einfach peinlich, sie zeigt auch, wie wenig die SU an der westlichen Linken interessiert ist. Stattdessen gibt es Meldungen von *„Säuberungen im ostwärtigen Luftverteidigungskommando der SU"* („New York Times", 8.10.83). Es mag etwas überspitzt erscheinen, aber es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich in der Sowjetunion ein Mechanismus abzeichnet, der dem vor dem II.Weltkrieg ähnelt: unter dem Druck des Imperialismus letztlich nur auf den Apparat zu vertrauen und seinen Zugriff auf alle Sparten auszubauen.

Das Peinliche ist, daß die westliche Linke tatsächlich noch viel weniger als vor dem II.Weltkrieg einen Hoffnungsposten abgibt.

J., Hamburg

Flugverbot für Computer?

Tragbare Computer, von manchen Herstellern als Beschäftigung für Manager auf Flugreisen ausdrücklich gepriesen, könnten schon bald in die Gepäckräume der Jets verbannt werden. Nachdem kürzlich das Navigationsgerät einer Maschine der US-Fluglinie United Airlines fehlerhaft reagierte, weil ein Passagier an Bord mit seinem Rechner arbeitete, wollen amerikanische Gesellschaften in Zukunft Computer nicht mehr in den Kabinen dulden. Die Gefahr, daß auch mitgeführtes elektronisches Kleinstgerät die bordeigenen Instrumentensysteme stören kann, hatten Spezialisten der Deutschen Lufthansa bereits Mitte der siebziger Jahre erkannt. Schon damals wurden die Cockpit-Crews etwa vor dem Gebrauch bestimmter Taschenrechner gewarnt, die die empfindlichen Kompaßsysteme beeinflussen könnten. Lufthansa-Techniker Ludwig Kilchert hat inzwischen noch einen weiteren elektronischen Feind ausgemacht: „Auch einige Video-Spiele strahlen Signale ab und sollten an Bord besser nicht benutzt werden."

aus: „Spiegel", 41/1983

Landbesetzung in Andalusien

Interview mit Diamantino Garcia A., Präsident des "Sindicato Obrevos des Campo"

Das Interview wurde am 26. September 1983 während der Weinlese in Cesseras, in Okzitanien gemacht.

In Andalusien besitzen zwei Prozent der Eigentümer landwirtschaftlicher Nutzflächen ca. 50% des Bodens. In der Mehrzahl handelt es sich dabei nicht mehr um klassische Latifundisten, sondern um Agrarkapitalisten, die, den Gesetzen kapitalistischer Rationalität folgend, immer mehr rationalisieren. Kulturen wie Baumwolle, Zuckerrüben und in jüngerer Zeit auch Oliven werden mechanisiert oder durch vollmechanisch zu erntende Kulturen wie Weizen, Sonnenblumen, Kardamon ersetzt (dabei werden auch andere Ressourcen verschwendet: z.B. fehlt seit einigen trockenen Sommern in zahlreichen Dörfern das Trinkwasser, während die Agrarkapitalisten ihre Sonnenblumen und ihre Baumwolle bewässern). Durch die Mechanisierung gehen immer mehr Landarbeiterstunden verloren (von Landarbeiterplätzen kann man nicht sprechen, weil schon immer sehr wenige fest angestellt waren). Diese Situation verschärft sich laufend dadurch, daß Arbeitsemigranten aus Nordspanien und den mitteleuropäischen Ländern zurückkehren seit Beginn der Krise, die Arbeitsmöglichkeiten im Tourismus auf den Inseln und an den spanischen Küsten nachlassen und — ebenfalls wegen der Mechanisierungen — auch die Möglichkeiten bei den Erntearbeiten außerhalb Andalusiens geringer werden (zur Weinlese nach Frankreich sind dieses Jahr ca. 60.000 Spanier gekommen, in vergangenen Jahren waren es Z.T. über 100.000). Neben den Saisonarbeiten und anderen Gelegenheitsarbeiten, wie z.B. auf dem Bau, wo die Beschäftigung aber auch zurückgeht, gibt es nur den „empleo comunitario", ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aus der Franco-Zeit, das systematisch zum unproduktiven Parasitentum erzieht und gleichwohl hinten und vorne nicht ausreicht für die Existenz einer Landarbeiterfamilie. Andere Möglichkeiten schließlich, die kärglichen Mahlzeiten zu verbessern (oft reicht es nur zu Brot mit Olivenöl), sind auch entfallen: durch die Einrichtung privater Jagdgründe ist das traditionelle Sammeln von Schnecken, wilden Spargeln und Schießen von Kleintier und Geflügel zum kriminellen Delikt geworden.

Entscheidend für diese immer schlimmer werdende Situation ist zweifellos die ungerechte Bodenverteilung in Andalusien, dessen Landwirtschaft von den natürlichen Voraussetzungen her eine der reichsten Europas ist. Eine radikale Bodenreform könnte ebenso zweifellos einige Abhilfe schaffen; sie ist der Schlüssel für eine autonome Entwicklung Andalusiens.

Nachdem der Franco-Faschismus die mächtige Landarbeiterbewegung in Andalusien, und damit die soziale Basis für eine Agrarreform, zerschlagen hatte, griff gegen Ende des Franco-Regimes und in der Zeit der bürgerlichen Suarez-Regierung keine Gewerkschaft den historischen Faden der andalusischen Agrarreform so konsequent auf wie das „Sindicato Obreros del Campo" (SOC = Gewerkschaft der Landarbeiter). Zwar ist sie immer noch die kleinste der Landarbeitergewerkschaften (zahlenmäßig am größten, aber weitgehend inaktiv, ist die Landarbeitersektion der UGT, gefolgt von den „CCOO del Campo"), aber sie ist in einigen Landkreisen der Provinzen Cadiz und Sevilla solide verankert und mit ihren militanten Aktionen fast zur letzten Stimme der ansonsten vergessenen Landarbeiterinnen und Landarbeiter Andalusiens geworden. Ihren Anspruch, eine klassenkämpferische, andalusische Gewerkschaft der Landarbeiter zu sein, löst sie auch bezüglich der inneren Demokratie ein: in Dorfversammlungen werden Meinungen gebildet und Entscheidungen gefällt; bis zum Generalsekretär hinauf gibt es keine hauptamtlichen Funktionäre (trotz einiger Zehntausend Mitglieder) und die ehrenamtlichen dürfen nicht gleichzeitig ein Parteiamt bekleiden.

Neben dem gewerkschaftlichen Kampf für bessere Löhne, regelmäßige Beschäftigung im „empleo comunitario" und gegen die Mechanisierung und dem politischen Kampf für eine Agrarreform in Andalusien hat die SOC angefangen, Selbsthilfeprojekte aufzubauen. In dem Dorf Marinaleda, dessen Bürgermeister ein führendes SOC-Mitglied ist und über das auch schon in der „taz" berichtet wurde, wurde z.B. eine Alphabetisierung durchgeführt; an den „domingos rojos", den roten Sonntagen, werden in Gemeinschaftsarbeiten Häuser gebaut, Straßen hergerichtet und Parks angelegt. In anderen Dörfern gibt es Ziegelei-, Back- und Viehhaltungskooperativen (Ziegen).

Die SOC gehört keinem Gewerkschaftsdachverband an und arbeitet ausschließlich mit Mitgliederbeiträgen, die der Situation entsprechend niedrig sind. Für die Selbsthilfeprojekte, die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und die Prozesse, die jetzt nach den Landbesetzungen wieder in großem Umfang anstehen, bräuchte sie aber viel Geld.

Spenden unter dem Stichwort ‚SOC' werden deshalb erbeten auf Kto. Nr. 6773692 bei der Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 501 01), Ulf Baumgärtner, Eudard-Steinle-Str. 15, 7000 Stuttgart 75.

Eine Photoausstellung über Andalusien, die Landarbeiter und die SOC steht ab Ende Oktober über die obengenannte Adresse zur Verfügung.

Stuttgart, 1. Oktober 1983
Ulf Baumgärtner

Frage: Welches waren die unmittelbaren Gründe, die Landbesetzungen in diesem Sommer zu beginnen?

Diamantino Garcia: Wir Landarbeiter von Andalusien waren vor allem wie schon all die Jahre zuvor ohne wirkliche Alternative für das Problem der Arbeitslosigkeit, unter der wir leiden und die uns immer wieder zur zeitweiligen Arbeitsemigration zwingt. Auf der anderen Seite bot die neue PSOE (Partido Socialista Obrero Espanol = Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) -Regierung keinerlei Lösung an. Beim „empleo comuniterio" (staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm) begann sie die Zahl derjenigen, die einen Anspruch darauf haben, einzuschränken, weil es, nach den Worten der Regierung nicht ausreichend Mittel dafür gibt. Schließlich hatte das Privateigentum, die Großgrundbesitzer, wie üblich kein Ohr für das Problem der Arbeitslosigkeit und der sozialen Verantwortung, die sie als Eigentümer der Produktionsmittel haben. In dieser Situation also, in der wir es müde geworden sind, auf eine Lösung zu warten und in der wir keine befriedigende Antwort bekommen, weder von den Unternehmern, noch der Regierung, dachten wir, daß wir lange genug die Arbeitslosigkeit und die Emigration ertragen haben, die im übrigen immer schwieriger wird. Deshalb beschlossen wir, Schritte einzuleiten, um Arbeit auf unserem Boden in Andalusien zu bekommen, eine Arbeit, die unsere Arbeitslosigkeit und unser Elend überflüssig macht und andererseits den Reichtum produziert, den Andalusien braucht. Wir glauben, daß sich Andalusien nicht mit staatlichen Subventionen, wie dem „empleo comunitario" entwickeln kann, sondern nur durch Produktion und Arbeit; nur auf diese Weise wird es in Andalusien Brot geben für alle seine Bewohner. Unser Land, Andalusien, ist reich genug, um unsere Probleme lösen zu können, wenn diese Reichtümer gerecht genutzt werden.

Welche Landbesetzungen gab es in diesem Sommer und wie verliefen sie?

Zu Beginn des Sommers beschloß das „Sinicato Obreros del Campo" (Gewerkschaft der Landarbeiter = SOC), das Landgut „El Indiano", Eigentum des Rumasa-Konzerns bzw. nach dessen Nationalisierung des Staates, zu besetzen. Unsere Hauptforderung dabei war, daß die Landgüter von Rumasa, die mehrere Tausend Hektar ausmachen, nicht an Private übergeben werden, wie es die Regierung angekündigt hatte. Vielmehr forderten wir, daß diese Landgüter nach ihrer Enteignung in die Hände des Volkes übergehen.

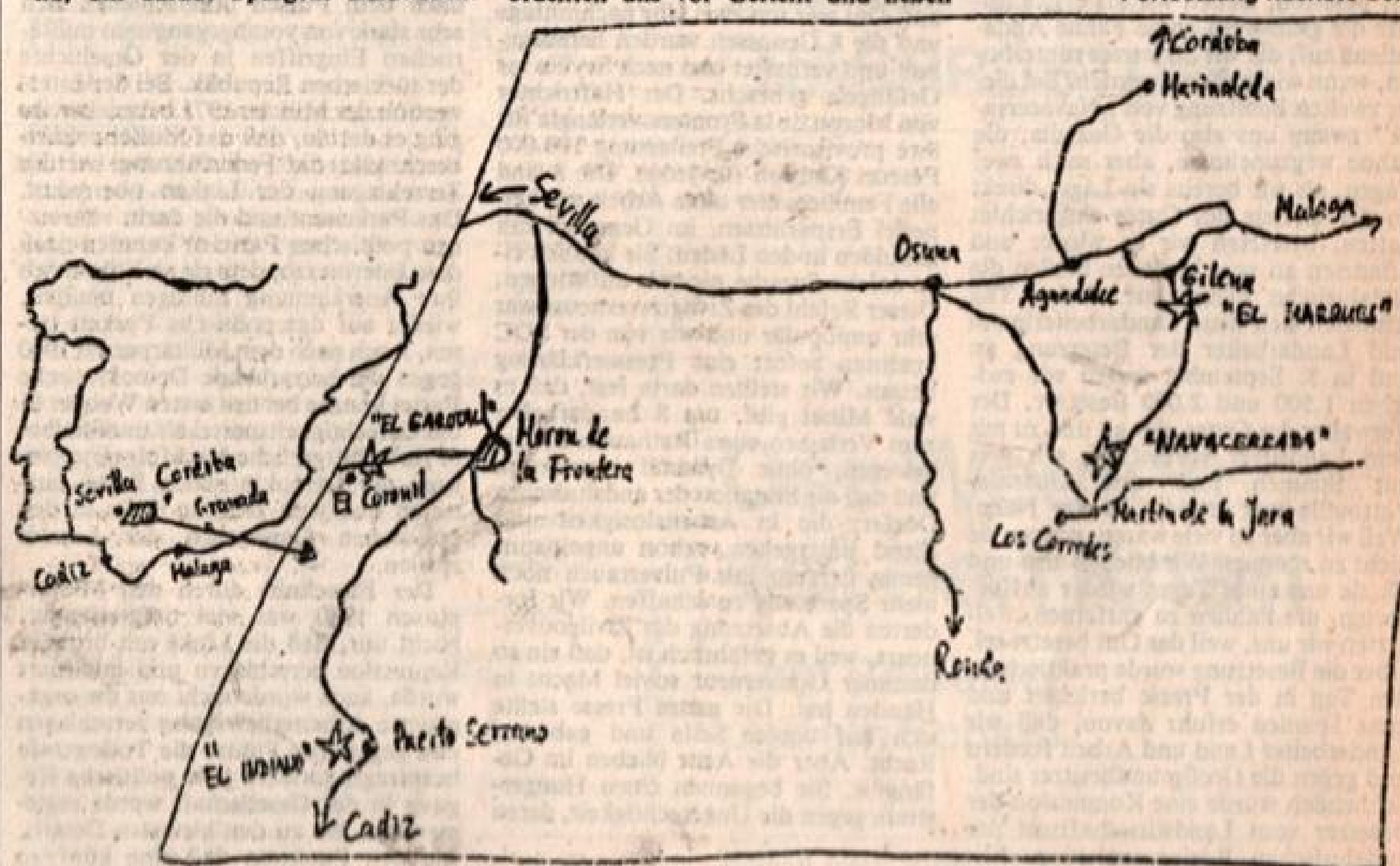
Das war ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Agrarreform, denn innerhalb einer Agrarreform sind die Enteignungen vielleicht das Schwierigste. Nachdem diese Enteignung im Falle Rumasa nun einmal stattgefunden hatte, verlangten wir, daß dieses Güter nicht wieder reprivatisiert werden, sondern in genossenschaftlicher Form an die Landarbeiter verteilt werden, damit wir darauf Arbeit finden. Diese Besetzung dauerte etwas mehr als 14 Tage. Eines morgens zu sehr früher Stunde wurden wir mit großem Aufwand geräumt: in der Nacht zuvor waren wir ungefähr 100 Landarbeiter und im Morgengrauen rückten 400 „Guardias Civiles" (Zivilgarde) an, um uns rauszuschmeißen. Bei der Räumung wiesen wir auf das „Gesetz über die offensichtlich verbesserbaren Landgüter" hin (Ein Gesetz, wonach ungenügend bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche enteignet werden kann) und daß wir nur hier seien, um einen Arbeitsplatz zu fordern. Die einzige Antwort der Regierung war, „Guardias Civiles" zu schicken. Der Oberst, der die Truppen anführte, sagte, nichts von Politik zu verstehen und daß er nur das Gesetz erfülle, das die Räumung vorschriebe. Wir antworteten, unsere einzige Politik bestünde darin, einen gerechten Lohn und einen würdigen Arbeitsplatz zu verlangen. Nach einem Dialog, in dem nichts klar wurde, weil wir gegensätzliche Sprachen redeten, wurden wir geräumt. Sie schleppten uns außerhalb der Grenzen des Privatbesitzes von Rumasa. Wir richteten uns auf einen anderen, kleinen Hof ein, den man uns überlassen hatte und von dort aus versuchten wir weiter, öffentlichen Druck zu schaffen für unsere Forderung nach Arbeit. In den Nächten überquerten wir die Grenze zu dem Rumasa-Gebiet, die dort vom Fluß Guadalete gebildet wird, und begannen zu arbeiten. Um Mitternacht wurden wir wieder von den Guardias vertrieben. Die öffentliche Meinung reagierte sehr sensibilisiert auf unsere Forderung nach Arbeit und Land in Andalusien und schließlich entschied sich die Regierung für Verhandlungen mit den Verantwortlichen der SOC. Die Regierung verpflichtete sich öffentlich, die Landgüter von Rumasa nicht an Private zurückzugeben; vielmehr sollen Genossenschaften gegründet werden, vor allem aus jenen Ländereien Rumasas, die nichts mit den anderen Industrien dieses Konzerns zu tun haben, was die Eigentumsverhältnisse kompliziert, und die mehr als ein Drittel dieser Ländereien ausmachen. Angesichts dieser Antwort, die wir als positiv gegenüber unseren Forderungen werteten — wie ich sagte, verpflichtete sich die Regierung öffentlich — hoben wir die Besetzung auf.

Danach beschlossen wir, das Privateigentum anzugreifen, das Privateigentum der Großgrundbesitzer, denn die Besetzung von „El Indiano" war ja ein Angriff auf das staatliche Eigentum. Diese Besetzung war Ende Juni. Am 18. August beschlossen wir, auf das Land eines großen Großgrundbesitzers in der Sierra Sur der Provinz Sevilla zu gehen, in der Gemeinde Martin de la Jara. Das war um fünf Uhr nachmittags und wir waren 200 Landarbeiter. Das Gut heißt „Navacerrada", hat 1.500 Hektar, von denen 700 mit Olivenbäumen bepflanzt sind und 600 Hektar, die landwirtschaftlich nutzbar sind, aber nicht bebaut werden, außerdem Getreideflächen und fünf Wasser-
Hektar, die landwirtschaftlich nutzbar sind, aber nicht bebaut werden, außerdem Getreideflächen und fünf Wasser-
stellen. Ein vorzügliches Land für den Anbau von Spargeln oder grünen Bohnen, Zuckerrüben oder Baumwolle. All diese Kulturen brauchen ziemlich viel Arbeitskräfte, aber die Eigentümer, die Familie Fernandez de Santaella y Gonzales, die 6 oder 7 solcher großen Landgüter hat mit insgesamt ca. 8.000 Hektar und außerdem Tankstellen im ganzen Landkreis — es sind Rechtsanwälte, Ärzte und Ingenieure — läßt dieses Land brachliegen. Wir forderten konkret, diesen unbebauten Teil, die 600 ha, um darauf Spargeln anzubauen.

Das würde bedeuten, daß 400 Landarbeiterinnen und Landarbeiter von Martin de la Jara und Los Corrales im Frühjahr nicht zur Spargelernte nach Navarra emigrieren müßten.

Die Familie Fernandez de Santaella zeigte unsere Besetzung an und nach wenigen Stunden — wir fingen um fünf Uhr nachmittags an —, am anderen Morgen um acht Uhr wurden wir von einer großen Einheit von Guardias Civiles geräumt. Sie bedrohten uns, brachten uns vor Gericht und ließen uns nicht zusammen in unsere Dörfer zurückgehen. Bevor sie uns wegräumten forderten wir, die andalusische Nationalhymne singen zu dürfen. Und so sangen wir 200 Landarbeiter des morgens um 8 Uhr, von Guardias Civiles mit Maschinenpistolen im Anschlag umstellt, mit erhobenen Fäusten: „Andalusier, die ihr aufgestanden seid, fordert Land und Freiheit, steht auf für ein freies Andalusien,

Fortsetzung nächste Seite



Forts. von vorheriger Seite

wurde. Am 15. Oktober liefen die Jugendlichen von Marseille aus los. 900 km legten sie zu Fuß zurück, hielten in Jugendhäusern, Pfarrgemeinden, Kulturzentren. In Lyon kamen 2000 zur Demonstration, in Straßburg 1500; 5 Bischöfe und 20 PS-Abgeordnete begleiteten sie zeitweise. In Paris, bei der Abschlußkundgebung am 3. Dezember, waren es 100.000 hinter dem Haupttransparent: **„Steckt die Waffen wieder ein. Wir kommen!"** (so auch der Button des Marsches).

Derzeit sorgen sich viele aus dem PS-Establishment um den Nationalismus der deutschen „Pazifistenbewegung". Diese Sorge mag zwar teilweise berechtigt sein. Allerdings wäre es schön, würden sich die Gleichen um den bedrohlichen Rassismus in Frankreich etwas mehr kümmern.

Frankreich-Kommission

Seitenverkehrt

Von August Graf Kageneck

Die Furcht vor dem „Rechtsextremismus" sitzt französischen Sozialisten tief in den Knochen. Der gestrige 25. Jahrestag des 13. Mai 1958, an dem rechtsextreme Siedler und Militärs mit einem Putsch in Algier die Vierte Republik stürzten und de Gaulle an die Macht zurückholten, weckt in ihnen Assoziationen mit dem Chile Allendes. Prompt sehen sie in den Studentendemonstrationen der letzten Tage in Paris und anderen Städten des Landes die äußerste Rechte am Werk, die das Regime von der Straße her aus den Angeln heben möchte.

Vergleiche mit Algier und Chile sind abwegig. Die Fünfte ist nicht die Vierte Republik, und die französische Armee steht loyal hinter der Regierung, die das Volk vor zwei Jahren wählte. Den Rechtsextremismus gibt es natürlich. Er hat sogar die Form einer Partei, der „Partei für die neuen Kräfte", aber diese Formation hat in Frankreich ebensowenig Zulauf wie ihre Pendants in England oder Deutschland.

Was bleibt sind marginale Radikalinskis, die jeden Umzug nutzen, um sich mit der Polizei zu prügeln. Sie sind nicht von einem obskuren Regisseur in den Kulissen gesteuert, ihre einzige Motivation ist, angestauten Lebensüberdruß in Tränengas und Molotowcocktails abzureagieren, statt in Haschisch.

Was aber demonstriert und zwar in Ordnung, sind Studenten, die mit einem Reformgesetz nicht einverstanden sind. Die Regierung will sie nicht anhören und bleibt bei ihrer Reform. Das ist ihre Sache. Wenn sie dabei das Risiko läuft, die Dinge wie 1968 schon einmal ausufern zu lassen, soll sie sich nicht hinter dem Rechtsextremismus verschanzen. Dieser wäre dann nur der Funke, der den Brand entfachen würde.

Forts. von vorheriger Seite

Spanien und die Menschheit''. Das ist die Hymne, die Blas Infante geschrieben hat, der Vater des Vaterlandes Andalusien. Diese Räumung war ein arger Angriff auf die Leute in Martin de la Jara und Los Corrales, denn die Besetzer kamen mehrheitlich aus diesen Dörfern, obwohl auch einige aus Osuna, Gilena, Pedrera, Aguadulce, Marinaleda, also aus den Dörfern der Umgebung gekommen waren. Die Räumung verletzte uns in Martin de la Jara und Los Corrales tief und wir besetzten die dortigen Rathäuser, lehnten die Arbeit im ,,empleo comunitario'' ab und erklärten uns im Generalstreik. Alle Läden, Bars und Diskotheken schlossen und mit dieser Aktion reagierten wir einerseits auf das Schweigen der Familie Fernandez de Santaella, die nicht auf unsere gerechten Forderungen eingehen wollte, ihr Land mit Kulturen zu nutzen, die Arbeit geben, und andererseits auch auf die Schwerhörigkeit der PSOE-Regierung, die nichts anderes zu tun hat, als uns mit Guardias Civiles zu verjagen, wenn wir Landarbeiter Andalusiens für einen Arbeitsplatz auf unserem Land kämpfen, und die nicht mit uns sprechen will, die taub und still ist in Komplizenschaft mit den Großgrundbesitzern. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß die gegenwärtige PSOE-Regierung sehr schnell auf die Klagen der Unternehmer hört, aber fast gar nicht auf die der Arbeiter.

Wenige Tage später beschlossen wir, Hand anzulegen an einen der größten Latifundisten in Spanien, den Duque del Infantado, der allein in Andalusien 17.000 Hektar hat. Wir gingen auf eines seiner Güter in der Gemeinde Gilena, ,,El Marques'' genannt, wiederum um 5 Uhr nachmittags. Aber diesmal waren die Guardias viel dynamischer und räumten uns schon nach der Abenddämmerung, um 20.30 Uhr. Nach der Räumung schlossen wir uns im Rathaus von Gilena ein und tagsdarauf gab es in allen Dörfern der Gegend Demonstrationen, bei denen Land und Arbeit gefordert wurde. Mit der Parole ,,Felipe, wir wollen Land. Felipe, deine Wende ist eine Scheiße'' (Felipe Gonzales, der Regierungschef) demonstrierten wir in der ganzen Zone, aber eine Antwort der Regierung erhielten wir wiederum nicht. Lediglich die Untersuchungsrichter von Osuna zitierten uns wegen der Anklage der Besetzung eines Privateigentums. Schließlich besetzten wir wenige Tage später ,,Navacerrada'' aufs neue, denn in der Zwischenzeit war der Eigentümer, die Familie Fernandez de Santaella nicht gekommen, um mit uns über unsere Forderungen zu sprechen. Am letzten Augusttag zur Mittagszeit besetzten wir das Gut und um 6 Uhr abends kam die Guardia, um uns wieder rauszuschmeißen. Wir hatten aber von einem Arbeiter aus Martin de la Jara, der in der Bundesrepublik lebt, die Erlaubnis er-
ßen. Wir hatten aber von einem Arbeiter aus Martin de la Jara, der in der Bundesrepublik lebt, die Erlaubnis er-
halten, uns auf seinem kleinen Hof, der an ,,Navacerrada'' grenzt, aufzuhalten. Er hatte uns schriftlich die Erlaubnis erteilt, so lange auf seinem Hof zu bleiben wie wir wollten. Als eine riesige Truppe von Guardias anrückte, um uns zu räumen, überquerten wir die Grenze und zogen auf den kleinen Hof des Arbeitsemigranten. Die Guardia holte Rat beim Zivilgouverneur in Sevilla, der mitteilte, daß wir von dort nicht vertrieben werden könnten. Natürlich wurde ziemlich viel Druck auf die Frau des Arbeitsemigranten ausgeübt, die schriftliche Erlaubnis zu widerrufen, aber sie ließ sich nicht darauf ein. Die Guardia zwang uns, die andalusische Fahne einzuholen. Wenn wir ein Landgut besetzen, ziehen wir als erstes immer die grün-weiß-grüne Fahne Andalusiens auf, die wir als letztes runterholen, wenn wir geräumt werden. Bei dieser zweiten Besetzung von ,,Navacerrada'' zwang uns also die Guardia, die Fahne wegzunehmen, aber nach zwei Tagen, als wir bereits ein Lager direkt an der Grenze des Gutes eingerichtet hatten, besetzten wir es wieder und pflanzten an verschiedenen Stellen die andalusische Fahne auf. Jeden Tag schlossen sich neue Landarbeiterinnen und Landarbeiter der Besetzung an und m 3. September waren wir zwischen 1.500 und 2.000 Besetzer. Der Verwalter des Gutes, der ab und zu mit dem Landrover vorbeifuhr, sah dies mit Staunen und eine Guardia-Patrouille war ständig in der Nähe. Weil wir aber so viele waren, wagten sie nicht zu räumen. Wir blieben also und als sie uns eines Tages wieder aufforderten, die Fahnen zu entfernen, weigerten wir uns, weil das Gut besetzt sei. Über die Besetzung wurde praktisch jeden Tag in der Presse berichtet und ganz Spanien erfuhr davon, daß wir Landarbeiter Land und Arbeit fordern und gegen die Großgrundbesitzer sind. Schließlich wurde eine Kommision der Besetzer vom Landwirtschaftsrat der andalusischen Regionaregierung, Miguel Manaute, empfangen. Er verpflichtete sich, zu prüfen, ob wir mit unseren Forderungen im Recht seien und zeigte sich bereit, eine Studie über die Aufforstung im Landkreis anfertigen zu lassen, was eine andere unserer Forderungen war. Wegen dieser positiven Reaktion auf unsere Forderungen, aber vor allem weil viele unser Genossinen und Genossen anfingen, zur Weinlese nach Frankreich abzureisen oder zur Ernte der grünen Oliven, beschlossen wir, die Besetzung abzubrechen, bevor wir geräumt wurden. Der letzte Tag der Besetzung war sehr bewegend, denn wir durchquerten das ganze Gut und vor den Häusern, in denen normalerweise die Eigentümer wohnen, hier aber nur ein paar festangestellte Landarbeiter, pflanzten wir wieder die andalusische Fahne und sangen die Hymne. So endete die Besetzung von ,,Navacerrada''. Es ist dabei hervorzuheben, daß die Beteiligung der Bevölkerung enorm war; dies war keine Besetzung durch eine Avantgarde, sondern durch das Volk selber. Es fehlte nicht an Lebensmitteln und Getränken, die von den Läden der umliegenden Dörfer gebracht wurden, um die Besetzung aufrechtzuerhalten. Die Rechte und die Repressionskräfte merkten, daß die Forderung ,,Land und Arbeit'' von allen Landarbeiterinnen und Landarbeitern in Andalusien stark unterstützt wird.

Undwie ging es mit ,,El Marques'' weiter?

Nachdem geräumt worden war, schlugen die Genossen von Gilena vor, das Gut wieder zu besetzen. Aber die Bedingungen dafür waren nicht mehr gegeben, weil die Leute schon zur Weinlese aufbrachen. Deshalb wiederholten wir die Besetzung dort nicht, sondern auf ,,Navacerrada''. Aber die Eigentümer des einen wie des anderen reagierten nicht. Vielmehr verkündete der Präsident des andalusischen Großgrundbesitzerverbandes häufig in den Zeitungen, wir seien verrückt, die Regierung sei sehr schwach, weil sie uns nicht ins Gefängnis stecke und daß sie, die Großgrundbesitzer, nicht zu Verhandlungen bereit seien, weil die Verfassung das Privateigentum schütze und niemand dessen Grenzen verletzen dürfe.

Wie kam es zur Verhaftung der 8 Landarbeiter, von der Du mir erzählt hast?

Es gab eine andere bedeutende Besetzung, von der noch zu erzählen wäre, in der Nähe von Sevilla, bei dem Dorf El Coronil. Es handelt sich ebenfalls um ein großes Landgut, in diesem Fall im Besitz eines hohen Beamten von Sevilla, des Herrn Delgado. Dieses Gut, das 2 km von El Coronil entfernt liegt, heißt ,,El Garotal''. Dieses Gut wurde von 40 Landarbeitern besetzt, mehr oder weniger der Avantgarde der Gewerkschaft in El Coronil. Es wurde tagsdarauf geräumt und dann wieder besetzt. Insgesamt wurde es neunmal besetzt und wieder geräumt. Der Zivilgouverneur von Sevilla wollte die Be-
besetzt und wieder geräumt. Der Zivilgouverneur von Sevilla wollte die Be-
setzer damit strafen, daß er ihnen das Recht auf den ,,empleo comunitario'' entzog, vor allem den 8 Anführern der Besetzung. Diese Genossen beschlossen darauf, sich im Rathaus einzuschließen, um zu zeigen, daß ihr Kampf um einen Arbeitsplatz gerecht war und daß es nicht gerecht ist, wenn ihnen der Zivilgouverneur, der ebenfalls der PSOE angehört, zur Strafe den ,,empleo comunitario'' entzieht. Sie blieben einige Tage im Rathaus und als weder der Gouverneur noch sonst jemand aus der Regierung reagierte, beschlossen sie, die Angestellten nicht länger ins Rathaus zu lassen. Der Gouverneur befahl darauf der Guardia Civil, mit allen Mitteln die Türen zu öffnen. Die Guardia sprengte die Türen mit Dynamit auf. Das war um zwei Uhr nachmittags und die 8 Genossen wurden herausgeholt und verhaftet und nach Sevilla ins Gefängnis gebracht. Der Haftrichter von Moron de la Frontera verlangte für ihre provisorische Freilassung 100.000 Pesetas Kaution für jeden. Die 8 sind alle Familienväter ohne Arbeit mit keinerlei Ersparnissen, im Gegenteil mit Schulden in den Läden. Sie können eine solche Summe niemals aufbringen. Dieser Befehl des Zivilgouverneurs war sehr unpopulär und wir von der SOC brachten sofort eine Presseerklärung heraus. Wir stellten darin fest, daß es viele Mittel gibt, um 8 Landarbeiter zum Verlassen eines Rathauses zu bewegen, ohne Dynamit einzusetzen und daß die Situation der andalusischen Dörfer, die in Arbeitslosigkeit und Elend untergehen, schon angespannt genug ist, um mit Pulverrauch noch mehr Spannung zu schaffen. Wir forderten die Absetzung des Zivilgouverneurs, weil es gefährlich ist, daß ein so dummer Gouverneur soviel Macht in Händen hat. Die ganze Presse stellte sich auf unsere Seite und gab uns Recht. Aber die Acht blieben im Gefängnis. Sie begannen einen Hungerstreik gegen die Ungerechtigkeit, deren

Fortsetzung auf Seite 25

Die Wahlen in der Türkei

Die bürgerliche Presse der BRD frohlockte nach den Wahlen in der Türkei, daß mit dem Sieg Turgut Özals und seiner Mutterlandspartei der Weg zu demokratischen Verhältnissen geebnet sei. Künftig werden die Legitimationsschwierigkeiten, die man zuweilen hatte, als es darum ging, das türkische Militärregime mit Finanz-, Militär- und Wirtschaftshilfe vollzupumpen, geringer sein.

Aber auch weite Teile der Linken, die vorher die Wahlen am 6.11.83 als Farce darstellten und für die alle der 3 zugelassenen Parteien willfährige Instrumente der Militärjunta darstellten, interpretierten nach den Wahlen und dem Sieg Özals das Wahlergebnis zu einer Schlappe für die Militärs um. Hegte man vorher noch Hoffnung, daß die Zahl der ungültigen Stimmen die Breite des Protestes in der Bevölkerung gegen die von den Militärs inszenierten Wahlen ausdrücken würde, mußte man nach den Wahlen angesichts der kläglichen 4,8% ungültigen Stimmen nunmehr in die Wahl Özals die Opposition der Bevölkerung gegen die Militärs hineininterpretieren.

Selten war man so im Einklang mit der bürgerlichen Presse, wie bei der Bewertung dieser Wahlen als ,,Wahl gegen die Diktatur''.

Wir werden im folgenden versuchen, dieser Sichtweise entgegenzutreten. Uns muß es darum gehen, ohne Beschönigung zu untersuchen, welches gesellschaftliche Kräfteverhältnis sich in diesen Wahlen Ausdruck verschafft hat. Als erstes untersuchen wir nach einer kurzen Einführung in die Vorgeschichte dieser Wahlen (1) die Bedeutung der regionalen Wahlergebnisse. Im weiteren Verlauf widmen wir uns der Frage, inwieweit Konfliktlinien zwischen dem Wahlsieger Özal und der Militärjunta bestehen. Der zentrale Teil des Artikels wird die Funktionsweise der Arbeitsteilung zwischen Parlament und Regierung einerseits und dem Militärapparat andererseits analysieren, eine Arbeitsteilung, welche modellhaft für Formen ,,gelenkter Demokratie'' in der dritten Welt gelten kann. Es geht darum, welche Vorzüge solche Formen der ,,gelenkten Demokratie'' für die Herrschenden haben gegenüber einer ,,reinen'' Militärdiktatur und welche positiven Anknüpfungspunkte für Sozialisten in diesem bislang ohne größere Reibungen ablaufenden Spiel bestehen.

Dieser Artikel wurde von einem Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik geschrieben und erscheint in der nächsten Nummer der ,,Arbeiterpolitik''. Wir veröffentlichen den Artikel als Vorabdruck.

Eine kurze Vorgeschichte

Eine kurze Vorgeschichte

Eine wesentliche Grundlage für das Gelingen des Militärputsches am 12. September 1980 war das durch die wirtschaftliche und soziale Krise entstandene politische Vakuum, in dem keine der großen bürgerlichen Parteien, sei es die rechtsbürgerliche Gerechtigkeitspartei (AP) unter Demirel oder die Republikanische Volkspartei (CHP) unter Ecevit, eine Perspektive aufweisen konnte. Am Vorabend des Putsches existierte in der Türkei eine zerstreute, entkräftete, von Krisen geschüttelte Bourgeoisie, die keine eigenständigen Lösungen bereithielt und bereit war, sich auf eine nicht-parlamentarische Kraft, wie die Militärs, zu verlassen.

Die Handlungen der Militärjunta nach dem Putsch unterschieden sich sehr stark von vorangegangenen militärischen Eingriffen in der Geschichte der türkischen Republik. Bei der Intervention der Militärs 1971 beispielsweise ging es darum, daß das Militär zeitlich beschränkt die Federführung bei der Zerschlagung der Linken übernahm. Das Parlament und die darin vertretenen politischen Parteien konnten nach dem Intermezzo, dem sie als Stimmvieh ihre Anerkennung huldigen mußten, wieder auf das politische Parkett treten. Auch nach dem Militärputsch 1960 gegen die herrschende Demokratische Partei konnte bei den ersten Wahlen 61 die Gerechtigkeitspartei als unmittelbare rechtsbürgerliche Nachfolgegruppierung der Demokratischen Partei auftreten und eine zentrale Rolle in den politischen Geschicken des Landes spielen.

Der Einschnitt durch den Militärputsch 1980 war viel tiefgreifender. Nicht nur, daß die Linke mit brutaler Repression zerschlagen und inhaftiert wurde, auch wurde nicht nur die organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen und gegen ihre Führer die Todesstrafe beantragt, sondern **jede politische Regung in der Gesellschaft wurde reglementiert.** Bis zu den kleinsten Details, wie den Punkten, daß eine künftige Amnestie der durch die Militärgerichte verurteilten Personen verboten ist, daß die von den Militärs zugelassenen Parteien auf den Dörfern keine Organisationen aufbauen dürfen oder keinen Frauenverband, daß die Flugblätter der zur Zeit zugelassenen Gewerkschaften vor ihrer Veröffentlichung dem Staatsanwalt vorgelgt werden müssen, ist alles institutionell durch die von den Militärs verabschiedete Verfassung und entsprechende **unabänderliche** Dekrete während der letzten drei Jahre abgesichert worden und unter Strafandro-
entsprechende **unabänderliche** Dekrete während der letzten drei Jahre abgesichert worden und unter Strafandro-
hung von jeder Kritik ausgeschlossen.

- Diese bis in die kleinsten Details gehenden Reglementierungen wurden nicht nur in Verfassung, Verbändegesetz, Hochschulgesetz, Gewerkschaftsgesetz geregelt, sondern ebenfalls im Parteiengesetz, welches die Grundlage für die Wahlen abgab. So konnten alle Parteien, die eine gewisse politische Nähe zu den vor dem Militärputsch wirkenden großen bürgerlichen Parteien aufwiesen, ausgeschaltet werden. Von 15 gegründeten Parteien wurden nur drei von den Militärs zur Wahl zugelassen. Jeder Kandidat wurde sorgfältig von den Militärs auf seine Zuverlässigkeit geprüft. Hunderte Vetos legten die Militärs gegen Kandidaten ein, diese durften nicht bei den Wahlen kandidieren.

Erstmalig in der Geschichte konnten die Militärs in Überschätzung ihrer Stärke es sogar wagen, mit einer eigenen politischen Formation, der Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP) unter dem pensionierten General Turgut Sunalp bei Wahlen anzutreten. Das Bemerkenswerte an dieser Partei ist, daß sie jenseits aller bisher bestehenden politischen Strukturen der Klassen sozusagen ,,künstlich'' aus dem Boden gestampft worden ist. Die andere zugelassene Partei ist die Volkspartei (HP) unter der Führung von Necdet Calp, einem Hampelmann, den die Militärs beauftragt hatten, Wähler der früheren Republikanischen Volkspartei an sich zu binden.

Die dritte Partei im Bunde ist die Mutterlandspartei (ANAP) unter Führung Turgut Özals, ehemals Chef der stärksten türkischen Unternehmervereinigung, des Arbeitgeberverbandes Metall (MESS), ein in Kreisen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hochgeachteter Mann. Er zeichnete als verantwortlicher Minister im letzten Kabinett unter Demirel vor dem Putsch für die Einleitung der monetaristischen Wirtschaftspolitik verantwortlich und konnte als einziger Minister nach dem Putsch seine Geschäfte weiterführen.

Die Bedeutung des Wahlergebnisses

Die Wahlbeteiligung belief sich auf 92%, von den abgegebenen Stimmen waren 4,9% ungültig. Diese Zahlen sind Ausdruck davon, daß der Aufforderung der Linken und aus Kreisen der vor dem Militärputsch dominierenden großen parlamentarischen Parteien, ungültig zu wählen, kaum entsprochen worden ist (2). Auch die nicht zu den Wahlen zugelassenen Parteien, die Partei der ,,Sozialen Demokratie''(SODEP) unter Erdal Inonü, die Kräfte des rechten Flügels, der verbotenen Republikanischen Volkspartei Ecevits auf sich vereint, sowie die ,,Partei des rechten Weges'', die Kräfte aus der alten Gerechtigkeitspartei Demirels stützen, hatten andeutungsweise die Losung ausgegeben, ungültig zu wählen. Bedenkt man, daß die kläglichen 4,9% ungültigen Stimmen nicht einmal ein linkes Potential repräsentieren, sondern im wesentlichen aus dem kritischen bürgerlichen Lager kommen, wird die Beschränktheit des aktiven Protestes gegen die von den Militärs inszenierten Wahlen deutlich. In ganz wenigen Regionen läßt sich ein aktiverer Protest ausmachen, wie in der kurdischen Provinz Diyarbakir, wo die militärische Repression gegen breite Teile der Bevölkerung besonders massiv ist. Hier gingen 1/4 der Wahlberechtigten (unter Inkaufnahme der Geldstrafe) nicht zur Wahl und 8% der Wähler stimmten ungültig.

Die Wahlen im Landesdurchschnitt brachten folgendes Ergebnis (3):

Mutterlandspartei ANAP	45,15%
Volkspartei HP	30,46%
Nationalistiche Partei MDP	23,27%

Der Versuch der Militärdiktatur, sich mit der MDP eine soziale Basis in der Bevölkerung zu schaffen, ist zwar gescheitert, aber die kalkulierte Alternative, daß willfährige Personen in Gnaden der Militärs die soziale Basis der vor dem Militärputsch existierenden Parteien repräsentieren sollen, hat sich anscheinend bewährt. Ergebnisse in regionalen Wahlbezirken illustrieren dies:

Özal und die ANAP konnten das Wählerpotential der Gerechtigkeitspartei (AP), der islamisch-
Özal und die ANAP konnten das Wählerpotential der Gerechtigkeitspartei (AP), der islamisch-
fundamentalistischen Nationalen Heilspartei (MSP) und z.T. der faschistischen MHP auf sich vereinigen. Während die ANAP im Landesdurchschnitt nur 45% auf sich vereinigen konnte, erhielt sie im Wahlbezirk Isparta 60% und im Wahlbezirk Afyon 58% der Stimmen, beides ehemalige Bastionen der Gerechtigkeitspartei Demirels. Im Wahlbezirk Konya 1, wo die islamische Nationale Heilspartei ihre größten Stimmerfolge hatte, erhielt Özal 60% der Stimmen. Dörfliche Regionen mit der Dominanz von Klein- und Mittelbauern, die ehemals im Klientelsystem an die Gerechtigkeitspartei gekettet waren, stimmten für Özal.

Dieselbe Integrationsfähigkeit ist der Volkspartei HP unter Calp zu bescheinigen. Sie konnte die Wähler der Repüblikanischen Volkspartei Ecevits gewinnen. Entscheidende Teile des städtischen Proletariats stimmten für die HP. Auch hier Regionalergebnisse aus Wahlbezirken mit einer herausgebildeten Arbeiterschaft. Erhielt Calp im Landesdurchschnitt 30%, so konnte er in den Wahlbezirken Adana 38%, Istanbul 36%, Izmir 1 34%, Izmir 2 36% und in dem vom Kohlebergbau dominierten Zonguldak 1 sogar 44% der Stimmen auf sich vereinigen. (Istanbul, Izmir und Adana sind die drei wichtigsten Industriezentren der Türkei.)

Zusammenfassend läßt sich zum Wahlergebnis sagen, daß die politischen Bewußtseinsformen der verschiedenen Klassen in der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie vor dem Putsch existierten und sich bei den Wahlen durch die Stimmabgabe für Demirel oder Ecevit äußerten, intakt geblieben sind. Die zivile Gesellschaft mit all ihren Widersprüchen und Konfliktlinien hat sich auch bei diesen Wahlen in der Stimmabgabe für die von den Militärs ernannten Parteiführer niedergeschlagen. Es zeugt von der breiten Illusion in

Fortsetzung nächste Seite

Naher Osten

Fortsetzung von vorheriger Seite



Turgot Özal

das Schaffen der parlamentarischen Parteien, selbst in dem von den Militärs gesetzten Zwangskorsett. Es drückt nicht Protest gegen die Grundlagen des Systems aus, sondern vielmehr ein **pragmatisches Abfinden mit den von den Militärs gesetzten Bedingungen.** In diesem Sinne ist das Experiment der Militärs gelungen, wenn auch die „Partei der Nationalistischen Demokratie", d.h. eine unmittelbar die Militärs repräsentierende parlamentarische Partei, scheitern mußte.

Gibt es Widersprüche zwischen Özal und den Militärs?

Als nach den Wahlen westliche Presseagenturen von einer Legitimationskrise für die Militärs schrieben und spekulierten, Özal werde von Evren nicht zum Ministerpräsidenten ernannt werden, hat der Putschistengeneral und per Verfassungsreferendum zum Staatspräsidenten „gewählte" Evren nach seinem Umarmungskuß mit Özal mit einer bemerkenswerten Offenheit den Charakter der Wahlen erläutert und jene Gerüchte zurückgewiesen: *„Falls der Nationale Sicherheitsrat* (das herrschende Juntagremium, welches künftig unter anderem Namen weiterhin die politischen Grundlagen der Herrschaftsausübung bestimmen wird) *so eine Absicht gehabt hätte, ließen wir keine Wahlen abhalten. Niemand hat uns gezwungen, die Wahlen anzuordnen. Wir selber haben es beschlossen, daß diese Wahlen dieses Jahr im Herbst stattfinden werden."* (Tercüman, 9.11.83). Sie haben ja auch angeordnet, mit welchen Parteien diese Wahlen stattfinden. Daß dabei mehrere Möglichkeiten offenstehen, gegen die sie grundsätzlich nichts einzuwenden haben, versteht sich von selbst.

Um zu belegen, daß die Militärs gegen Özal seien, wurde in der Presse die Rede Evrens, die zwei Tage vor den Wahlen im Fernsehen ausgestrahlt wurde, aufgegriffen, in der er Özal kritisiert hatte. Untersucht man aber genauer die Rede, wird auffallen, daß es dabei nicht um eine grundsätzliche Kritik an Özal geht, sondern um die Erinnerung an die arbeitsteilige Organisierung der Herrschaft, in der Regierung und Ministern das tagespolitische Geschäft der Wirtschafts- und Finanzpolitik zufällt, den Militärs aber die politische Sicherstellung der Systemgrundlagen.

„Weil die Demokratie das beste System ist, haben wir sie auserwählt. Habt keine Hemmungen, solange ich diesen Posten innehabe, werde ich mit aller Kraft daran arbeiten, daß im System keine Störungen auftreten ...

Ihr habt diejenigen gehört, die die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage 80 und 81 sich allein zuschreiben, ... die behaupten, sie seien die einzigen, die den magischen Stab des Exports gefunden zu haben glauben, ..., die meinen, sie allein könnten die Inflaton senken ... Bedauerlich daran ist, daß die, die nach dem 12. September Aufgaben übernahmen und sagen, sie seien diejenigen gewesen, die während ihrer Amtszeit alle guten Beschlüsse gefaßt hätten, ... so tun, als gäbe es den Nationalen Sicherheitsrat nicht. Dies obwohl sie wissen, daß alle Beschlüsse, die nach dem 12. September gefaßt wurden, dem Nationalen Sicherheitsrat zur Genehmigung vorgelegt wurden und nicht genehmigte Beschlüsse nicht in Kraft traten ..." (Redemanuskript Evren am 4.11.83)

Özal hat schnell seine Grenzen eingesehen und nach den Wahlen die Rolle der künftig auch wirkenden Putschisten herausgestellt. Nach seinem Dank an den „Nationalen Sicherheitsrat" und die türkische Armee, denen diese Wahlen ausschließlich zu verdanken seien, sagte er: *„Die vor uns liegende Zeit eröffnet eine neue Epoche. Daß wir in diese Epoche unter Führung unseres hochgeachteten Staatspräsidenten eintreten, ist für die Türkei ein Segen."* (Tercüman, 9.11.83)

Die Grundlage der anstehenden türkischen „Demokratie" ist das dreijährige Wirken der Armee, die jede eigenständige politische Regung brutal unterdrückte. Solange diese Grundlage von den ebenfalls von den Militärs zugelassenen Parteien anerkannt wird, werden kleinere Konflikte gütlich beigelegt werden können.

Ein „demokratisches Votum" für die Politik des IWF — oder wer ist Turgut Özal?

Wachsende Außenhandelsdefizite, entstanden aus einer weitestgehend importabhängigen Industrie, ließen den Zahlungsmittelbedarf der Türkei Ende der 70er Jahre immer größer werden. Immense Inflationsraten, hohe Arbeitslosigkeit, ständige Preissteigerungen und hohe Auslandsverschuldung kennzeichneten die Situation der türkischen Ökonomie Ende der 70er Jahre. Unter diesen Umständen — als der türkische Staat kurz vor dem Staatsbankrott stand und die Produktion total zu erliegen drohte — wurde zwischen Özal als verantwortlichem Minister der Demirel Regierung und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein „standby-Abkommen" unterzeichnet, welches den türkischen Kapitalismus mit einer weiteren Kreditvergabe wieder ein wenig Luft schnappen ließ. Das „Sanierungsprogramm" des IWF, nach „chilenischem Vorbild" für die Türkei maßgeschneidert, verfolgte den Zweck, die auf den Binnenmarkt orientierte türkische Industrieproduktion mit entsprechendem staatlichen Druck systematisch auf die Exportproduktion umzupolen. Das „Sanierungsprogramm" bewirkte:

- Eine laufende Abwertung der türkischen Lira, die einerseits türkische Exportprodukte auf dem Weltmarkt und ausländische Investitionen in der Türkei verbilligt, andererseits den Preis für importierte Waren erheblich steigert.
- Eine Freigabe der Kreditzinsen, die bei der schlechten Gewinnsituation der Industrie zu explosionsartigen Zinssteigerungen führen mußte. Kleine und mittlere Betriebe brachen reihenweise unter ihrer Schuldenlast zusammen, dies führt zu einer weiteren Zentralisierung des Kapitals in den Händen der größten Industriegruppen.
- Der Beginn einer Kahlschlagsanierung in den mit hohen Verlusten arbeitenden Staatsbetrieben: Subventionskürzungen, Lohnabbau, Entlassungen und Ausverkauf ganzer Industriezweige an die großen privaten Kapitalgruppen. Das ist vor allem deshalb bedeutend, weil in sämtlichen wichtigen Industriezweigen der Staat große Unternehmen besitzt oder sogar Monopolist ist.
- Und schließlich eine massive Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse. Dies war bekanntlich nicht ohne die Zerschlagung der linken Gewerkschaftskonföderation DISK durchzusetzen.

Selbst starke Gruppen des Industriekapitals, die nicht eng mit dem Finanzkapital verflochten sind und die Ressourcen zum Sprung zur Exportfähigkeit nicht aufbringen können, müssen in diesem Prozeß der „Sanierung" zugrundegehen. Die ökonomische Schwäche der türkischen Bourgeoisie, die sich darin zeigt, daß Teile von ihr diesen qualitativen Sprung nicht schafften, bedingte, daß das Sanierungsprogramm in der ursprünglich angekündigten Intensität nicht durchgeführt werden konnte.

Indes wurde der entscheidende Eingriff im Sinne der vom IWF geforderten wirtschaftspolitischen Wende mit den Beschlüssen des 24. Januar 1980
griff im Sinne der vom IWF geforderten wirtschaftspolitischen Wende mit den Beschlüssen des 24. Januar 1980
vollzogen. Unmittelbar nach ihrer Bekanntgabe gingen die Preise in die Höhe — bei wichtigen Waren des täglichen Bedarfs um mehrere 100% —, „die Inlandsnachfrage sinkt", stellten Ökonomen lapidar fest, die Lohnabhängigen erfuhren es am eigenen Leibe.

Die soziale Explosivkraft dieser Wende in der Wirtschaftspolitik ließ für wesentliche Teile der türkischen Bourgeoisie den Militärputsch opportun erscheinen, zumal Özals Wirtschaftspolitik auch Teile der bürgerlichen Basis der Gerechtigkeitspartei (FAP) verprellte. Özal verkörpert wie kein anderer die Kontinuität dieses oben erläuterten Austeritätsprogramms und konnte weiterhin unter der Militärherrschaft als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident wirken.

Erst der Zusammenbruch der Privatbankiers 1982, bei dem Zehntausende Klein- und Mittelsparer in Städten ihr Geld angelegt hatten, kostete Özal seinen Ministersessel. Der hohe Kreditbedarf von Klein- und Mittelunternehmen ließ Privatbankiers aufsprießen, die fast 100% Zinsen für vergebene Kredite verlangten und Spekulationsgeschäfte tätigten. Im Zuge des Niedergangs vieler solcher hochverschuldeter Unternehmer gingen ebenfalls die Privatbankiers kaputt.

Der Zeitpunkt (wenige Monate vor dem Verfassungsreferendum, welches die Militärherrschaft durch Annahme der Verfassung und gleichzeitige Wahl des Putschisten Evren zum Staatspräsidenten legitimieren sollte) bedingte, daß der Südenbock Özal gehen mußte und als Besänftigungsmaßnahme der Staat den betrogenen Sparern Teile der Einlagen erstattete. Unter dem Nachfolger Özals, Kafaoglu, erfolgte eine vorsichtige Lockerung der Austeritätspolitik. Die Militärdiktatur machte sich durchaus Sorgen bezüglich aufkommender Unruhe in bürgerlichen Kreisen infolge des Bankenzusammenbruchs, mehr Sorgen als Özal, dem zum Zwecke der Inflationsbekämpfung die **politischen Folgen** egal waren. Die erste kleine Schweigedemonstration aufrechter Bürger nach dem Putsch, um nach dem Zusammenbruch der größten Privatbank Kastelli dem Präsidenten eine Petition zu überbringen, blieb den Militärs unvergessen.

Als die aus 40 Firmen und Industriebetrieben bestehende Transtürk-Holding, an die Hunderte von zuliefernden Kleinbetrieben gebunden sind, kurz vor dem Bankrott stand, rettete sie der Nachfolger Özals, Kafaoglu, mit einer großangelegten Stützungsaktion, trotz scharfer Kritik des Internationalen Währungsfonds, wohlwissend um die drohende soziale Unruhe.

Nach den Wahlen: Ökonomische „Gesundung" und soziale Verelendung

Die Expertengruppe des IWF hat ihren Besuch in der Türkei verschoben, um die Bildung des Kabinetts Özals abzuwarten.(4) Die Forderungen, die ziemlich exakt auch Özals Ankündigung während des Wahlkampfs entsprechen, sind:

- Gewährleistung der Rückzahlung der Schulden, 1984: 2 Mrd. Dollar (1,2 Mrd. Tilgung, 0,8 Mrd. Zinsen), 1985: 2,5 Mrd Dollar (1,8 Mrd. Tilgung, 0,7 Mrd. Zinsen). Deshalb müßten die Exporte um 10% wachsen. Unter keinen Umständen dürften Exporte ihre Grundlage in einer Subventionspolitik haben. Die staatlichen Stützungsaktionen müßten aufgehoben werden.
- Weitere Abwertung der türkischen Lira.
- Freigabe der Zinssätze. Sie müßten sich auf 40 bis 45% erhöhen.
- Reform der KIT's (der staatlichen Unternehmen), keine weiteren Belastungen des Staatshaushalts durch diese Firmen (das kommt einer weiteren Schließung dieser defizitär arbeitenden Betriebe gleich) (Milliyet, 22.11.83).

Die Wirtschaftsexpertengruppe, die Özal nach den Wahlen einsetzte, bemängelte die „Wahlökonomie". Notwendige Maßnahmen wären nicht ergriffen worden, um die Bevölkerung nicht mißmutig zu stimmen (Hürriyet, 21.11.83). Und nachdem vier Tage nach den Wahlen der Vorsitzende der Istanbuler Industriekammer in einer Schlagzeile verkündete: *„Die Stützungsoperationen müssen aufhören"* (Milliyet, 10.11.83) präzisiert Özal das Ausmaß der gesunkenen Interventionsbereitschaft in einem Interview mit der Tercüman vom 28.11.83: *„Jeder soll seine Rechnung selber machen. Ich sage klipp und klar: Wir retten niemanden. In dieser Sache soll niemand etwas von uns erwarten."*

Die Folgen sind klar: Weitere Bankrotte, weitere Schließung der Staatsbe-
von uns erwarten."

Die Folgen sind klar: Weitere Bankrotte, weitere Schließung der Staatsbetriebe, verschärfte Arbeitslosigkeit, die jetzt schon nach offiziellen Schätzungen über 2 Mill. liegt.

Institutionalisierte Arbeitsteilung zwischen militärischer Herrschaft und ziviler Regierung

Die Wahlen in der Türkei waren ganz im Sinne einer rechtsreaktionären Wende. Die monetaristische Wirtschaftspolitik eines Turgut Özal, die ihm nach dem Zusammenbruch der Privatbankiers selbst unter der Militärdiktatur seinen Ministersessel kostete, erhält durch die Wahlen ihre „demokratische" Legitimation. Der politische Gewaltapparat — insbesondere die politische Justiz, die militärischen Staatssicherheitsgerichte bleiben bestehen, die die politischen Folgen einer solchen Wirtschaftspolitik auffangen soll — verbleibt weiterhin in den Händen der Militärs.

Die „Neue Zürcher Zeitung" spekulierte nach dem Abgang Özals als Wirtschaftsminister und seiner Ersetzung durch den ‚vorsichtigeren' Kafaoglu im Sommer 82: *„Wenn man die Aussage berücksichtigt, daß in etwa anderthalb Jahren das Land wieder von einem demokratischen Regime geleitet werden soll, kann man die Meinung gut informierter Sachverständiger nur teilen, daß der Abbau des Beamtenheeres in absehbarer Zeit durchgeführt werden muß, solange das Militär noch an der Macht ist: An die Lösung eines solch heiklen Problems — Entlassung Hunderttausender von Beamten und deren Versetzung in die Privatwirtschaft — würde sich wohl kein parlamentarisches Regime je wieder wagen."*

Doch hier irrte sich unseres Erachtens die NZZ. Liebend gerne überlassen die Militärs die unpopuläre wirtschaftspolitische Drecksarbeit einer zivilen Regierung und beschränken sich darauf, mit ihrem militärischen Gewaltapparat die Grundlagen des Systems zu wahren. Die klare, weit vorausschauende, politische Vordenkerin der türkischen Großbourgeoisie, Nazl Ilicak, hat die Bedeutung der institutionellen Arbeitsteilung zwischen Militär und zivilen Parteien herausgestellt, als sie die „Partei der Nationalistischen Demokratie" kritisierte, die im Wahlkampf sich als einzige wahre Vertreterin der „Philosophie des 12. September" (des Militärputsches) darstellte:

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 24

Opfer sie waren. Sie kämpfen nur für einen Arbeitsplatz und man hatte ihnen mit Dynamit geantwortet, mit Entzug des Rechtes, im „empleo comunitario" zu arbeiten und mit dem Schweigen der Unternehmer. Die SOC konnte die Kaution auch nicht aufbringen und wir waren auch nicht bereit, uns dieser Erpressung zu beugen. Der Richter senkte die Summe auf 20.000 Pesetas pro Person, einige Freunde sammelten Geld und nach 10 Tagen Hungerstreik, der sich bereits gesundheitsschädlich bemerkbar machte, konnte die Kaution bezahlt werden. So kamen die Genossen am 14. September frei.

In der darauffolgenden Woche zog Felipe Gonzales im Parlament eine Bilanz der politischen und wirtschaftlichen Situation nach einem Jahr PSOE-Regierung. Er ging ziemlich ausführlich auf die Landbesetzungen ein und betonte, daß die PSOE-Regierung unerbittlich und energisch für die Einhaltung der Gesetze und der Verfassung eintreten werde. Wir Landarbeiter haben uns über diese Haltung sehr geärgert, vor allem weil wir sahen, wie Felipe Gonzales sich Mühe gibt, der Rechten zu gefallen, und taube Ohren hat für die Schreie des Volkes nach Arbeit. Zur Zeit laufen einige Proteste gegen diese Rede von Felipe Gonzales mit dem Tenor: Felipe will die Landgüter räumen lassen, aber wir wollen, daß Elend, Arbeitslosigkeit und Arbeitsemigration aus Andalusien verbannt werden. Wir meinen, daß der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Elend gerechter ist, als die Verteidigung des egoistischen, mißbräuchlichen und unsolidarischen Privateigentums. Die sozialistische Regierung hat auf unsere Beschwerden nicht geantwortet. Wir wollen einen Arbeitsplatz in unserem Land und was wir von der SOC begonnen haben ist nichts anderes, als die Fundamente zu legen für die zukünftige Agrarreform, denn was für eine Art von Agrarreform wird die PSOE machen, wenn sie sich nicht an das Privateigentum wagt, daß verhindert, daß der Bodenbesitz einen sozialen Sinn bekommt, indem er uns Arbeit in unserem Land gibt.

Wieviele Angeklagte gibt es außer den acht genannten im Augenblick?

Fast jede Woche müssen Mitglieder der SOC vor dem Untersuchungsrichter erscheinen, nicht nur der Präsident, der Generalsekretär, die Sekretäre der verschiedenen Zonen, sämtliche Mitglieder des Exekutivkomitees wegen Landbesetzungen, öffentlicher Unruhe, illegalen Versammlungen, Landfriedensbruch. Unter der alten Regierung wurden wir häufig angeklagt und jetzt unter der PSOE-Regierung wieder. Insgesamt werden für jeden von uns viele Jahre Gefängnis von der Staatsanwaltschaft gefordert.

Welche Haltung haben die anderen Gewerkschaften und die linken Parteien eingenommen — nicht die Regierung, sondern die PSOE als Partei z.B.?

Die PSOE als Partei hat sich nicht geäußert, denn sie folgt nur dem, was die Regierung sagt. Die „Kommunistische Partei Spaniens" (PCE) hat eine unklare Haltung, sehr opportunistisch und gar nicht im Sinne der Arbeiter, nach meiner Meinung. Die Gewerkschaft, die sie beeinflußt, nämlich die „Comisiones Obreras" (Arbeiterkommissionen = CCOO), veranlaßt sie zu einer Serie von Aktivitäten, die keine tiefen Wurzeln haben, sondern nur Lärm machen sollen und in Wirklichkeit sich nicht gegen das Kapital und das Privateigentum richten. Es geht dabei im wesentlichen darum, die PSOE zu kritisieren, um den politischen Raum zurückzugewinnen, den die PCE bei den letzten Wahlen verloren hat. Die Haltung von CCOO ist also überhaupt nicht klar, weil sie dem opportunistischen Hin und Her der PCE unterworfen ist. Die Haltung der PSOE und ihres Gewerkschaftsverbandes UGT (Union General de Trabajadores = Allgemeine Arbeiterunion) ist dagegen ziemlich klar: sie unterwerfen sich dem, was die Regierung befiehlt, und sind in keiner Weise Avantgarde der Arbeiterbewegung und der Volksklassen.

Wie müssen diesbezüglich die Aktionen von „CCOO del Campo" (Bauern- und Landarbeitersektion des kommunistischen Gewerkschaftsverbandes) eingeschätzt werden?

Die Art von Aktionen, die CCOO del Campo während des Sommers durchgeführt hat, haben sich im wesentlichen auf den „empleo comunitario" bezogen; d.h. sie fordern die Subvention, die der „empleo Comunitario" darstellt und sind gegen die Einschränkung, die die Regierung zur Zeit betreibt. Diese Gewerkschaft hat sich nicht klar gegen die Großgrundbesitzer und für Arbeitsplätze in der Landwirtschaft eingesetzt. Sie hat gleichwohl einige Landbesetzungen gemacht, wie z.B. in Badolatosa.

In diesem Dorf in der Provinz Sevilla hat es einen Konflikt gegeben, weil 150 Landarbeitern das Recht, im „empleo comunitario" zu arbeiten, entzogen worden war. Aber das besetzte Landgut gehört nicht einem Großgrundbesitzer, sondern einer Gruppe von Pächtern, und die Aktion wurde in erster Linie gemacht, um die Wiederzulassung der 150 zum „empleo comunitario" zu fordern.

In ähnlicher Weise gab es noch mehrere anekdotische Landbesetzungen von „CCOO del Campo", die meistens nicht geräumt wurden und in der Regel ein bis zwei Stunden dauerten. Die Führer der CCOO selber sagten: gut, wir haben unsere Aufgabe erfüllt; wir haben öffentlich protestiert und jetzt gehen wir wieder nach Hause. Auf dieser Ebene hat sich CCOO diesen Sommer bewegt, immer viel angekündigt und wenig gemacht und immer mit der Stoßrichtung, die PSOE-Regierung zu kritisieren und mehr Gelder für den „empleo comunitario" zu fordern.

Wie siehst Du die Perspektiven, wie wird es weitergehen?

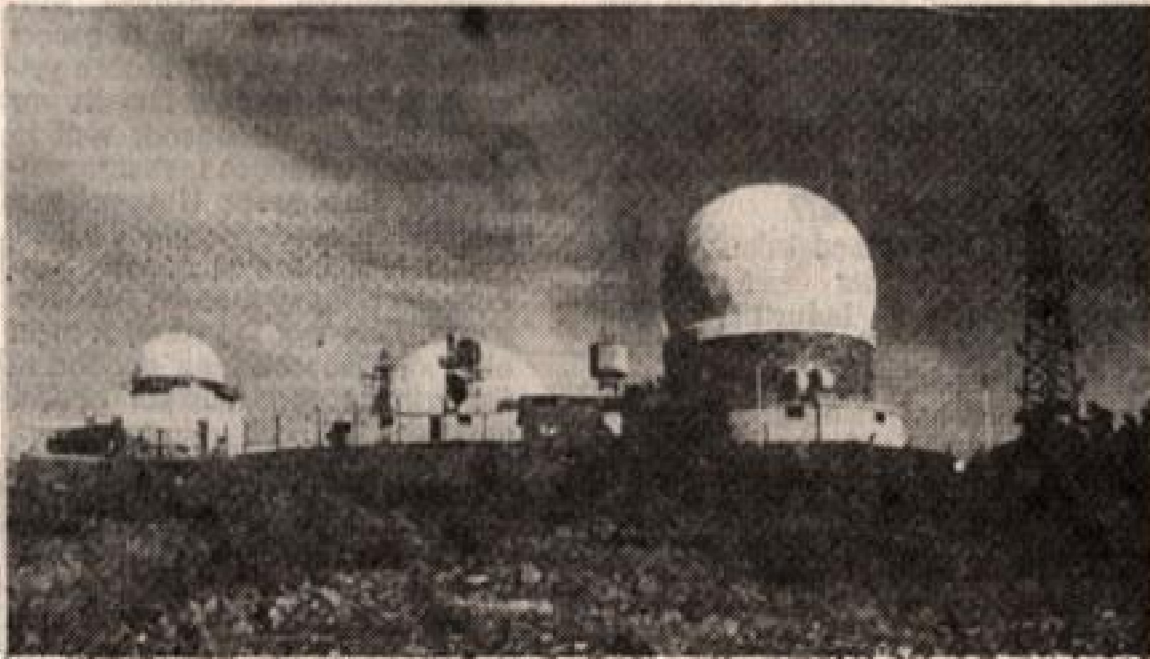
Wir werden fortfahren, die Landarbeiter dem Land anzunähern. Das große Drama der andalusischen Landwirtschaft ist nicht nur, daß sie auf ungerechte Weise mechanisiert wird von den großen Kapitalisten, die egoistisch und unsolidarisch handeln, sondern daß die Arbeiterklasse von ihrem Arbeitsplatz und ihrer Arbeit entfernt wird. Insbesondere gibt es Hunderte von Jugendlichen in unseren Dörfern, die die Arbeiten auf dem Lande schon nicht mehr kennen, die nicht wissen, wie es ist, wenn die Arme produzieren, und die nie den Schweiß der Anstrengung auf dem Boden eines Unternehmers gespürt haben. Sie sind nur an die Diskotheken und die Zerstreuung gewöhnt, und wenn sie 18 Jahre alt werden, bekommen sie in Gestalt des „empleo comunitario" ein Almosen. Das große Drama ist, daß in den andalusischen Dörfern Aberhunderte von Jugendlichen heranwachsen, die nicht wissen, was Produzieren, was Arbeiten heißt, und die der Arbeit ihrer Eltern und ihrer eigenen Arbeit als Landarbeiterinnen und Landarbeiter entfremdet sind. Deshalb kämpfen wir für die Rückeroberung des Bewußtseins von Produktion und Arbeit in Andalusien und in der andalusischen Landwirtschaft; dafür, daß die Jugend sich der Produktion wieder annähert und erfährt, wer die Verursacher sind der Demütigung ihrer Großeltern, ihrer Eltern und ihrer selbst; dafür, daß in ihnen der Zorn entsteht und wächst gegen die Ausbeuter und die Sehnsucht, die verlorene Würde und Arbeit und Lohn zurückzuerobern, um nicht länger von Almosen und der Arbeitsemigration leben zu müssen.

Zypern: Ein neuer Staat — die alte Politik

Am 15. November erklärte sich der sog. ,,türkische Teil" der Mittelmeerinsel zu einer eigenständigen ,,türkischen Republik Nordzypern". Mit diesem Schritt wurde die bereits seit 1974 existierende Teilung der Insel in einen griechischen und einen türkischen Sektor endgültig zementiert. Völlig zurecht wiesen die meisten Kommentatoren der bürgerlichen Presse darauf hin, daß dieser Schritt nicht möglich gewesen wäre, ohne daß sich Rauf Denktasch, Präsident des türkischen Sektors, vorher bei den Generälen in Ankara Rückendeckung geholt hätte. Nach ihrem grenzüberschreitenden Krieg gegen die Kurden beweist die türkische Junta erneut, daß sie verstanden hat, was die NATO von ihren Mitgliedern erwartet. Die NATO-Länder revanchierten sich umgehend dadurch, daß sie es bei einigen lauwarmen Bekundungen der Kritik bewenden ließen, und auch diese dürften wohl eher erfolgt sein, um es mit dem etwas störrischen NATO-Partner Griechenland nicht zu verderben. Die UN-Friedenstruppe, die an der ,,Grünen Linie" zwischen den beiden Sektoren stationiert ist, schaute der Aktion jedenfalls ungerührt und tatenlos zu. Auch wenn sich real durch den Akt der Proklamation dieses Mini-Staates wenig geändert hat (,,In Wirklichkeit ist die Phantomrepublik Nordzypern wie eine türkische Provinz", FR vom 9.12.), ist die westeuropäische Vorkriegsgeschichte dennoch um eine Episode bereichert. Interessierte Beobachter und Gewinner dieser Inszenierung ist die NATO!

Die Teilung Zyperns in einen nördlichen, türkischen und einen südlichen, griechischen Sektor resultiert aus dem Jahre 1974 und war das vorläufige Endergebnis langjähriger Intrigen und Interventionsversuche der westlichen Großmächte, die versuchten, die Politik des ,,unsinkbaren Flugzeugträgers" in ihrem —imperialistischen— Sinne zu beeinflussen. Sehr gezielt wurden dabei die türkisch-stämmigen und griechisch-stämmigen Bevölkerungsteile, die durchaus ein gemeinsames zypriotisches Nationalbewußtsein verband, gegeneinander ausgespielt.

Nach der dem zypriotischen Volk auf Grundlage der Zürcher und Londoner Vereinbarungen zwischen Großbritanien, Griechenland und der Türkei im Februar 1959 aufgezwungenen Vereinbarungen über die Bildung der Republik Zypern, entstand am 16. August 1960 ein neuer unabhängiger Staat, der per Definition seinen Volksteilen unterschiedliche Rechte einräumte. Die Staatsführung sollte ein nicht an das Vertrauen des Parlaments gebundener, ausschließlich vom griechischen Bevölkerungsteil — 1978: 78 Prozent— gewählter Präsident übernehmen. Die türkische Minderheit — 18 Prozent— sollte allein den Vizepräsidenten wählen. Die gesetzgebende Gewalt sollte bei einem wieder proporzmäßig gewählten Abgeordnetenhaus (35 griechische Vertreter, 15 türkische) liegen, die Exekutive dagegen ausschließlich bei einer von Präsident und Vizepräsident gmeinsam zu ernennenden Regierung.



Radarstation der Royal Air Force auf dem Olymp, mit 1953 m der höchste Berg Zyperns

Erster Präsident wurde Erzbischof Markarios III., der bis zu seinem Tode im August 1977 regierte. Sein Nachfolger wurde der Vorsitzende der ,,Demokratischen Partei", Spyros Kyprianou.

Der verfassungsmäßig festgelegte ethnische Proporz in der Staatsspitze wurde noch dadurch verkompliziert, daß die Benachteiligung der Türken auf anderen Gebieten durch bedeutende Vorrechte ausgeglichen wurde. Die dadurch entstehenden Reibungspunkte im Zusammenleben der beiden Gruppen boten breite Einflußmöglichkeiten der NATO-Staaten, die allergrößtes Interesse an dem ,,unsinkbaren Flugzeugträger" vor der libanesisch-israelischen Küste hatten. Im Dezember 1963 kam es zum ersten bewaffneten Konflikt zwischen beiden Bevölkerungsgruppen, mit dem Ergebnis, daß die türkischen Vertreter ihre Mitarbeit in den Verfassungsorganen einstellten. Sie bildeteh stattdessen 1967 eine ,,Provisorische Türkisch-zyprische Administration".

Im Juni 1968 nahmen Vertreter beider Bevölkerungsgruppen Gespräche zur Aufhebung ihrer tendenziellen Spaltung auf. Seit 1972 stieß zu diesen Verhandlungen auch ein UNO-Botschafter hinzu.

Alle diese Ansätze wurden abrupt zerschnitten, als am 15.Juli 1974 der griechische Befehlshaber der Nationalgarde, inspiriert von den Athener Obristen, putschte, mit dem Ziel, die Insel vollends an Griechenland anzugliedern. Unter weltweitem Protest scheiterte der Putsch (und war damit der Anfang vom Ende der Obristenherrschaft auch in Athen), gleichwohl bot er der Türkei den Anlaß, nun ihrerseits zu intervenieren. Unter dem Oberkommando des sozialdemokratischen Premiers Echevit besetzten im August 1974 türkische Truppen rund 40 Prozent des Inselterritoriums.

Eine nicht ganz unwesentliche Rolle bei den westlichen Einmischungen dürfte die Tatsache gespielt haben, daß im griechischen Bvölkerungsteil die 'moskautreue' AKEL-Partei starken Einfluß besaß, und auch heute noch mit 33% der Stimmen die stärkste Partei ist. Zypern erwarb sich in NATO-Kreisen den Ruf eines ,,Kuba des Mittelmeer", der langjährige Präsident der Insel, der durchaus am Westen orientierte Makarios, wurde gelegentlich ,,Castro im Priesterrock" tituliert. Zweifelos sind dies Übertreibungen, aber auch untrügliche Anzeichen dafür, daß die NATO mit den Zuständen auf der Insel nicht so ganz zufrieden war.

Der ,,Flugzeugträger"

Bereits die Proklamation der Republik Zypern war das Ergebnis imperialistischer Einmischung: ,,*Da Ende der fünfziger Jahre nach dem Libanon-Konflikt, den Unruhen in Jordanien und dem Umsturz im Irak die westlichen Interessen im Nahen Osten besonders gefährdet erschienen, war eine Lösung des Cypernproblems vordringlich geworden, die den bewaffneten Konflikt auf der Insel beendete und diese dennoch in das westliche Bündnis einband. Das schien mit den Abkommen von Zürich und London im Februar 1959 auch gelungen zu sein... Großbritanien behielt seine zwei Militärstützpunkte. Zusammen mit Griechenland und der Türkei bildete die alte Kolonialmacht ein Triumvirat von ,Schutzmächten', die in Krisenfällen vereint oder jede für sich den ,inneren Frieden' der Republik wiederherstellen konnten.*" (1). Großbritannien und die Türkei waren gleichzeitig Mitglieder im CENTO-Pakt, einem Bindeglied zwi-

Türkei waren gleichzeitig Mitglieder im CENTO-Pakt, einem Bindeglied zwi-

schen der europäischen NATO und der SEATO in Südostasien. Im Hintergrund standen eindeutig militärische Interessen: ,,*Mit der wachsenden Bedeutung der Ölvorräte des Nahen Osten, der seit dem Zweiten Weltkrieg gestiegenen militärischen Bedeutung von Luftlandetruppen und Luftstützpunkten und mit dem Verlust der britischen Basen in Palästina und Ägypten hatte Zypern für die Engländer schließlich die strategische Bedeutung gewonnen, die sie ursprünglich dazu bewogen hatte, die Insel zu übernehmen. Ihre Militär-Experten wußten besonders zu schätzen, daß von Zypern mit seinem ,hervorragendem Flugwetter und erstklassigen Flugplätzen ... alle infrage kommenden feindlichen Luftstützpunkte erreichbar' waren*". So wurde z.B. 1954 das britische Nahosthauptquartier von Suez nach Zypern verlegt (2).

Auch im Rahmen der Eisenhower-Doktrin (1957) hatte die Insel ihre Funktion: ,,*....wurde die Türkei für die USA und die NATO zum wichtigsten regionalen Partner. Denn als Mitglied in der NATO und ihrer Fortsetzung nach Osten, der CENTO, bildete sie das zentrale Bündnisscharnier und war zugleich Hauptbollwerk gegen die Sowjetunion. Der gesteigerte Bündniswert wirkte sich unmittelbar auf die Zypern-Politik der NATO aus! Denn nun galt es nicht nur, die Insel als ,Horchposten und Sprungbrett für Polizeiaktionen im Nahen Osten' zu erhalten, wie es ein amerikanischer Experte ausdrückte. Ihre strategische Funktion mußte vielmehr im Rahmen einer politischen Lösung sichergestellt werden, die vor allem keine politischen Turbulenzen zwischen den Bündnispartnern im östlichen Mittelmeer auslöste*"(2). Entsprechend stieg die 'Fürsorge' der USA für die Insel: ,,*Ökonomische ,Entwicklungsprogramme', vom CIA finanzierte Ausbildung ,ausgewählter Cyprioten', und ,wissenschaftliches' Interesse einschlägiger Forschungsinstitute gelten einem Objekt, das als ,ein möglicher Prototyp zur Beendigung des kolonialen Status eines strategisch wichtigen Territoriums' angesehen wurde.*"(2).

In einer US-Studie über die Insel heißt es: ,,*Unmittelbar nach der Unabhängigkeit basierte die US-Politik auf vier Hauptzielen, die das nationale Interesse Amerikas am östlichen Mittelmeer widerspiegeln. 1. Die Republik Zypern sollte politische Stabilität entwickeln und sich mit Großbritannien, Griechenland und der Türkei zu einem festen Bollwerk gegen den Kommunismus zusammenschließen. 2. Cypern sollte sein Hauptaugenmerk auf seine ökonomische Entwicklung, freie demokratische Institutionen und eine prowestliche Orientierung legen. 3. Die USA sollten ihre (aus britischer Zeit) vorhandenen Kommunikationseinrichtungen auf der Insel unbehindert benutzen können. Das souveräne Gebiet, der britischen Stützpunkte, sollte unangetastet bleiben und jeder westlichen Nation zu jedem denkbaren Zweck zur Verfügung stehen*"(zit. nach 2).

Im Nahost-Krieg 1967 spielten die britischen Basen eine wichtige Rolle für den militärischen Nachschub nach Israel, waren aber auch Anlaß für eine Kampagne der cypriotischen Linken gegen die NATO und für die Auflösung der Basen. Auch die weiteren Ereignisse in der Nahost-Region führten nur dazu, ,, *daß ihr (der NATO) Appetit auf die Insel zu einem regelrechten Heißhunger anwuchs. Die verstärkte Militärhilfe der Sowjetunion für Syrien und Ägypten und die Präsenz ihrer Flotte im östlichen Mittelmeer drohten das bis 1967 eindeutige Übergewicht der 6.US-Flotte auszugleichen. 1969 verloren die USA ihre Luftwaffenbasis in Lybien und im September 1970 führte ihnen der jordanische Bürgerkrieg vor Augen, welche Bedeutung eine vorgeschobene Polizeistation am Rande des Nahen Ostens gewinnen konnte. Denn als NAchschublager für die jordanische Armee haben die britschen Basen in Cypern wesentlich dazu beigetragen, daß die jordanische Monarchie den palästinensischen Widerstand mit der vollen Brutalität waffentechnischer Überlegenheit ausradieren konnte*"(2).

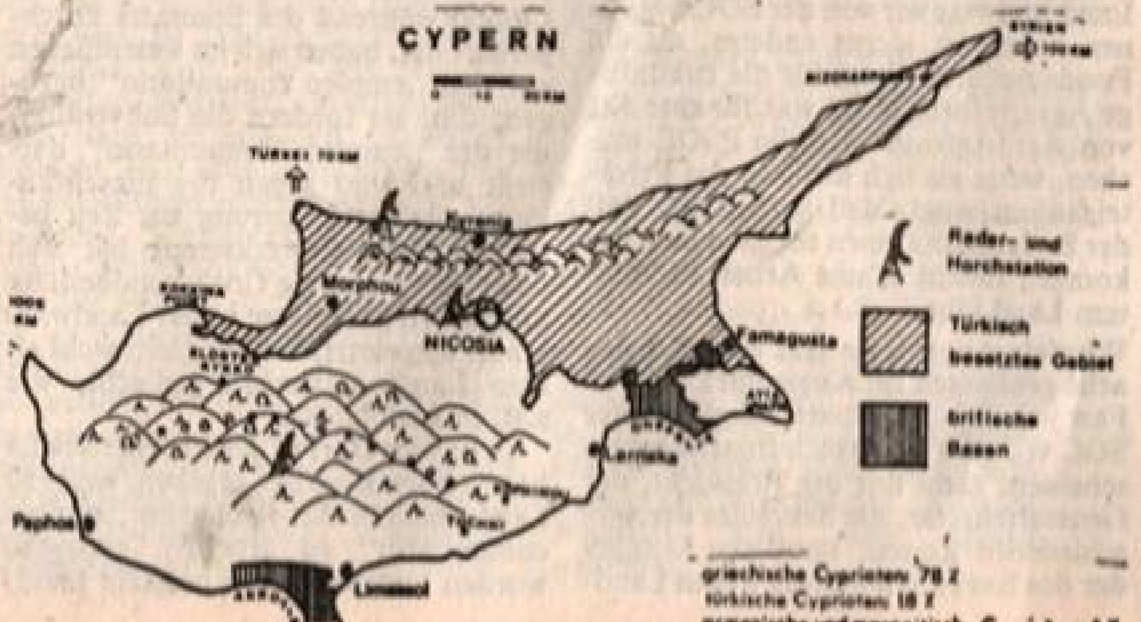
Im Herbst 1973 gewann die Insel

Überlegenheit ausradieren konnte"(2).

Im Herbst 1973 gewann die Insel

aufgrund des Oktoberkrieges zwischen Israel und seinen arabischen Gegnern noch weiter an Bedeutung: ,,*Die ungeheure Materialschlacht machte einen zügigen Ersatz schwerer Waffen für beide Seiten zum kriegsentscheidenen Angelpunkt.*" Den USA stand hierfür nur der portugiesische Stützpunkt auf den Azoren zur Verfügung. ,,*Nach den Erfahrungen des Oktoberkrieges mußte den USA eine zuverlässige Nachschubbasis am Rande des Nahen Osten wichtiger sein als je zuvor —ob sie nun zur militärisch glaubwürdigen Garantie einer politischen Befriedigung der ganzen Region oder im Falle eines weiteren arabisch-israelischen Kriegs gebraucht würde, oder gar, um der Interventionsdrohung militärischen Nachdruck zu verleihen, durch die US-Verteidigungsminister Schlesinger Anfang 1974 versucht hatte, die arabischen Ölproduzenten zur Raison zu bringen.*"(2). Über die reine Nachschubfunktion hinaus eignet sich Zypern im NATO-Konzept auch ausgezeichnet für Aggressionen: Wie der westdeutsche Militärexperte Rühl vor dem Bonner Arbeitskreis für Wehrforschung darlegte, bieten die britischen Stützpunkte ,,*den Westmächten für den Krisenfall einen Aktionsradius für den Einsatz auch schwerer Luftwaffenverbände ..., den sie nur noch von den türkischen Kontinentalbasen in Südwest-Anatolien haben... Als Teil ei-*

Fortsetzung nächste Seite



Forts. von vorheriger Seite

,,*Diese Haltung ist sowohl falsch als auch gefährlich. Der werte Staatspräsident bemüht sich um eine unabhängige, überparteiliche Haltung. Der Grund liegt darin, daß verhindert werden muß, daß aufgrund der Erfolglosigkeit einer Partei ein Schatten auf den 12. September und die türkische Armee fällt ... Die Armee ist die Armee der Nation. Eine Partei ist eine Partei eines Teils der Nation. Der Erfolg der Armee ist unser aller Erfolg. Es kann nicht gut geheißen werden, daß eine politische Gruppierung, die vielleicht nicht denselben Erfolg vorweisen wird, unter dem Motto ,Wir sind die Fortführung des 12. September' Propaganda macht.*" (Tercüman, 27.10.83)

Perspektiven

Das Parteienspektrum in der Türkei wird sich verändern. Die jenseits der bisher bestehenden Klassenstrukturen ,,künstlich" von den Militärs geschaffene MDP wird untergehen. Gleiches Schicksal droht der Volkspartei(HP), die gegenüber der SODEP (Partei der sozialen Demokratie) kaum in der Lage sein dürfte, die reformistische Arbeiterschaft an sich zu binden. Allein Özals Mutterlandspartei wird in der Lage sein, der anderen aufbegehrenden rechtsbürgerlichen Partei, der DYP (Partei des rechten Weges) Paroli zu bieten.

Entscheidend bleibt aber festzustellen, daß diese Veränderungen an dem wirklichen Kräfteverhältnis und der politischen Funktionsaufteilung in der türkischen Gesellschaft kaum etwas ändern. Vielmehr geht es dabei nur um graduelle Unterschiede bezüglich des Ausmaßes der Anerkennung dieses Kräfteverhältnisses durch verschiedene soziale Kräfte. Die diesmal nicht zu den Wahlen zugelassene SODEP und die DYP repräsentieren nur eine Richtung, die stärker die Notwendigkeit formaldemokratisch legitimierter ziviler Kräfte in dem Spiel betonen. Die von den Militärs diktierten Bedingungen können von diesem Kräften nicht infrage gestellt werden. Eine linke Strategie, die jetzt aus der Position der Schwäche heraus, in den vorgeblichen Widersprüchen solcher Parteien zu den Militärs einen Hebel zu politischer Veränderbarkeit erblickt, ist zum Scheitern verurteilt.

Die Anknüpfungspunkte für sozialistische Politik liegen ganz woanders. Die harmonisierende Wirkung parlamentarisch ziviler Herrschaft in der türkischen Gesellschaft ist in allen gesellschaftlichen Bereichen aufgehoben.

Vor dem Putsch konnten die türkischen Unternehmer, begünstigt durch die Wirtschaftskrise viele von den Gewerkschaften ausgerufene Streiks totlaufen lassen, ohne daß sich gravierende politische Folgen ergaben. Mit den neuen Arbeits- und Gewerkschaftsgesetzen wird aber jede kleine ökonomische Auseinandersetzung zum Politikum. Im Zuge der weiteren Verelendung von Teilen der türkischen Arbeiterklasse, die — ehemals in der DISK gewerkschaftlich organisiert — über eine Tradition verfügen können, erbittert für ihre ökonomischen Interessen zu kämpfen, wird es dem staatlich kontrollierten Gewerkschaftsverband Türk-Is schwerfallen, seine Mitglieder ruhig zu halten. In den kommenden kleinen Auseinandersetzungen in den Betrieben wird es darauf ankommen, inwieweit es den Sozialisten in diesem Prozeß gelingt, einen oppositionellen politischen Kern in diesen lizensierten Gewerkschaften herauszubilden.

Die von den Militäs angestrebte ,,Entpolitisierung" führt gerade dazu, daß jede soziale Regung schnell an die politischen Systemschranken stößt.

Indes darf die sozialistische Bewegung nicht auf spektakuläre Brüche in der ,,Militärdemokratie" hoffen, sondern muß sich weiterhin auf eine lange Phase illegaler Arbeit gefaßt machen.

(Anfang Dezember 83)

Anmerkungen

1) An dieser Stelle eine Literaturempfehlung, die sich jeder Türkei-interessierte Leser unbedingt zu Gemüte führen sollte. Der Aufsatz von Caglar Keyder „The Political Economy of Turkish Democracy" in der New Left Review (Mai-Juni 1979, H. 111) ist die mit weitem Abstand beste Einführung in die Geschichte der Türkischen Republik.
2) Der ehemalige Führer der Gerechtigkeitspartei Demirel beteiligte sich aktiv aus seinem Verbannungsort an der Kritik an diesen inszenierten Wahlen, die seine Rolle als bürgerlichen Politiker auf absehbare Zeit beendet haben. In seinem (mit anderen verfaßten) Manifest führte er aus: „*Die Lage ist folgende. Aus drei Zimmern des Ministerpräsidiums sind drei verschiedene Führer geschaffen worden* (gemeint sind hier Bülent Ulusu, Necdet Calp und Turgut Özal). *Denjenigen, die drei Jahre in demselben Gebäude auf Befehl der Junta die Herrschaft ausübten, hat man Parteien gründen lassen, die drei verschiedene Meinungen repräsentieren sollen. Das ist eine Operette. Die Rollenverteilung wurde von der Junta vorgenommen. Jetzt kommt sie zur Aufführung. Ihre Musik sind Militärmärsche, Ihre Dekoration sind die Kasernen, das Beiwerk die Bajonette. Der Name davon ist eindeutig Betrug an der Demokratie ... Wer immer am 6. November gewinnen wird, der Militarismus wird an die Macht kommen. Die Abgeordneten werden zum Militärdienst einberufen. Auf diese Weise kommt der Militarismus an die Macht. ... Wenn nach Kommunismus und Faschismus der Evrenismus in einigen Ländern der Erde als vorbildliche und leichte Herrschaftsform verbreitet wird, dann nützt auch Verwirrung und Reue nichts mehr. Die Türken werden, allein auf sich gestellt, den Evrenismus bekämpfen ...*" (Demokrat Türkiye, September 83, auszugsweise Übersetzung ins Deutsche in: türkei infodienst Nr. 65 vom 26.9.83).
3) Wir lassen hierbei die „unabhängigen" Kandidaten, ebenfalls von den Militärs sorgsam ausgewählt, außer Betracht.
4) Das Kabinett wurde am 13.11.83 von Staatspräsident Evren ernannt. Vgl.: „FR", 14.12.83, S. 2

Fortsetzung von vorheriger Seite

nes westlichen strategischen Systems zur Kontrolle des östlichen Mittelmeeres und zur Abschirmung des Nahen Ostens gegen sowjetische Aktionen in einer internationalen Krise kann Zypern, sofern und solange die Anlagen benutzbar und frei zur Verfügung bleiben, von relativ großer Bedeutung sein —relativ das heißt, verglichen mit Alternativen, die politisch unsicherer wären" (zit. nach 2).

Dies mag genügen um die Bedeutung Zyperns für die NATO-Strategie im Mittelmeer, aber auch als Sprungbrett für den Nahen Osten zu unterstreichen. In diesem Sinne unterstützten insbesondere die USA alle Versuche, die zu einer Befriedung und innenpolitischen Stabilisierung der Insel führten und andererseits die bündnisinternen Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland in einen erträglichen Rahmen hielten. Die Teilung der Insel durch die Invasion türkischer Truppen, der ein Putschversuch der griechischen Junta vorausgegangen war, wurde akzeptiert und durch die Stationierung einer UN-Sicherheitstruppe politisch abgesichert. Ähnliche Konzepte einer Teilung der Insel wurden NATO-intern bereits seit 1964 diskutiert (2). In der Folgezeit wurde alles getan, um die Spaltung der Insel —und damit auch die Kolonialisierung der Zyprioten— zu festigen. So wurden u.a. die jeweiligen Bevölkerungsteile in ihren jeweiligen nationalen Sektor zwangsumgesiedelt. Im türkischen Teil der Insel ist der türkische Lira inzwischen das einzige Zahlungsmittel usw. Nach wie vor sind etwa 25.000 türkische Soldaten auf der Insel. Der Akt der Staatsausrufung durch Rauf Denktasch verfestigt diesen Zustand nur, erfüllt aber auch die Wünsche des extrem rechten türkisch-zypriotischen Bevölkerungsteils, der seit langem einen Anschluß an die Türkei propagiert.

Im Mai schrieb die FR in einem Kommentar zu den bereits seit längerem laufenden Verhandlungen über das Zypernproblem: „*Ein Rückzug vom ‚Flugzeugträger Zypern', dieser idealen Aufmarschbasis an der Schwelle zum, Nahen Osten, käme Briten, Amerikanern und den meisten NATO-Partnern kaum jemals in den Sinn. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß noch keine wesentlicheren Vereinbarungen zwischen beiden zypriotischen Bevölkerungsgruppen getroffen wurden und das Zypernproblem immer noch als ein interner Konflikt bezeichnet wird.*" (31.5.'83). Damit sind die Interessen der NATO-Länder an der Insel, an der geteilten Insel! —bereits umrissen. Durch ihr resolutes Vorgehen hat die Türkei, ohne deren Unterstützung der Coup Denktaschs nicht möglich gewesen wäre, bewiesen, daß sie willens und in der Lage ist, auf der Insel den Ton anzugeben. Gleichzeitig war das Unternehmen eine ernste Warnung an Griechenland, das zumindest verbal mit der Drohung, die ausländischen Stützpunkte zu schließen, Politik zu machen versucht.

Eher pflichtschuldig nehmen sich denn auch die Kommentare der NATO-Länder zur Gründung der neu-

ernste Warnung an Griechenland, das
zumindest verbal mit der Drohung, die ausländischen Stützpunkte zu schließen, Politik zu machen versucht.
Eher pflichtschuldig nehmen sich denn auch die Kommentare der

en Republik aus, die angebliche „weltweite Verurteilung" (FR) reduziert sich auf sehr gemäßigte papierne Mißbilligung und Forderung nach einer „politischen Lösung". Von Sanktionen —wie sie etwa bei der türkischen Invasion 1974 im Gespräch waren (US-Waffenembargo gegen die Türkei)— ist keine Rede. Lediglich die Peinlichkeit einer diplomatischen Anerkennung dieser neuen „türkischen Provinz" (FR) ersparten sich die NATO-Länder; nach wie vor ist die Türkei das einzige Land, das sein eigenes Protektorat auch noch offiziell anerkennt. Und das wenige, was an „Verurteilung" überhaupt ausgesprochen wurde, scheint eher dazu angetan, den griechischen NATO-Partner über diese Politik der vollzogenen Tatsachen nicht allzu ärgerlich werden zu lassen. Mit Erfolg, wie es scheint: Nach der 74er Invasion hatte sich Griechenland aus der NATO zurückgezogen, diesmal scheint es ähnliche Schritte erst gar nicht zu bedenken. Man kann es drehen, wie man will, der Gewinner und Nutznießer der Teilung Zyperns bleibt der gleiche: der westliche Imperialismus, die NATO, der Verlierer auch: das zypriotische Volk.

Antimil-Kommission KB-Göttingen

Literatur: 1) N.Kadritzke: Der fingierte Bürgerkrieg, in:Friedensanalysen No.8, S.41
2) N.Kadritzke, W.Wagner: Im Fadenkreuz der NATO, Rotbuch-Verlag. Das Buch geht ausführlich sowohl auf die Intrigen von USA und NATO als auch auf die „Innerzypriotischen Auseinandersetzungen" ein.
3) Zypern, der konservierte Konflikt, CON-Verlag

Brief eines MIR-Genossen aus dem Gefängnis

Rolando Cartagena, ein Genosse des MIR, wartet seit Juli 1981 im Gefängnis von Santiago de Chile auf seine Aburteilung durch das 1. Militärgericht.

Schon einmal mußte er drei Jahre im Gefängnis verbringen, als er am 11. September 1973, dem Tag des Militärputsches in Chile, wie Tausende von Chilenen verhaftet wurde. Durch die Bemühungen der internationalen Solidarität konnte er 1976 in die BRD ausreisen, wo er politisches Asyl erhielt. In der Zeit seines Exils in Göttingen war sein politisches Engagement Beispiel für viele seiner Genossen. Er war jedoch immer davon überzeugt, daß die Pinochet-Diktatur in Chile selbst bekämpft werden müsse. 1979 zog er daraus die Konsequenz und ging illegal in sein Land zurück, um sich in den Widerstand zu integrieren. Als Verantwortlicher für eine Widerstandzelle wurde er im Juli 1981 verhaftet und schwer gefoltert. Im Gefängnis gelangte er durch konsequentes politisches Handeln bald in die Leitung der Organisation der politischen Gefangenen. In dieser Funktion ist sein Leben ständig in Gefahr. Deswegen ist er — wie viele Gefangene — auf die Solidarität außerhalb der Gefängnisse angewiesen.

Mit großer Freude gehe ich auf den Vorschlag einer Arbeitsgruppe des AK ein, aus den Gefängnissen der Militärdiktatur heraus einige Zeilen über die Situation in Chile zu schreiben. Ich glaube, daß diejenigen Parteien in Chile, die seit zehn Jahren den Widerstand aufrechterhalten, am ehesten berechtigt sind, Informationen über die politische Entwicklung zu geben. Deswegen handelt mein Bericht von den Kämpfen, die wir — Hunderte von Chilenen und insbesondere die politischen Gefangenen — auf dem Gebiet der Menschenrechte führen. ...

Im Laufe der letzten zehn Jahre, die durch Diktatur und Repression gekennzeichnet waren, entstand ein politisch-sozialer Sektor, den es in Chile vorher nicht gegeben hat: „Die Opfer der Repression". Diese sind in verschiedenen Gruppierungen, die der Avantgarde zuzurechnen sind, organisiert, wie z.B.: Die Gruppe der Familienanghörigen von Gefangenen/-Verschwundenen, die ihre Kämpfe darum führen, Aufklärung über den Verbleib ihrer gefangenen/verschwundenen Angehörigen zu erhalten; die Gruppe der Familienangehörigen politischer Gefangener, die bis heute einen unbeugsamen Kampf für die Freiheit und das Recht auf das Leben der politischen Gefangenen in den Gefängnissen aufrechterhalten; die Gruppe der Familienangehörigen Verbannter, die sich im Jahre 1983 gegründet hat. Letztere ist eine Antwort auf einen neuen Typ von Gefängnissen, die die Diktatur geschaffen hat: Sie verschickt demokratisch gesinnte Kämpfer in entlegene Dörfer, von ihren Familien getrennt und mit dem Verbot, sich von dort zu entfernen. Außerdem gibt es die Gruppe der Familienangehörigen Hingerichteter und die Gruppe für die Rückkehr aller Exilierten ohne irgendwelche Bedingungen. Die Organisation der politischen Gefangenen ist mit ihren Struk-

pe der Familienangehörigen Hingerichteter und die Gruppe für die Rückkehr aller Exilierten ohne irgendwelche Bedingungen. Die Organisation der politischen Gefangenen ist mit ihren Struk-

turen in den verschiedenen Regionen des Landes präsent.

Alle diese Gruppierungen haben die Rückkehr zur Demokratie und die Verteidigung der Menschenrechte zum Ziel.

Im Jahre 1983 haben die genannten Organisationen große Anstrengungen unternommen, um ihre Kämpfe zu koordinieren und zu vereinheitlichen. Sie finden ihren konkreten Ausdruck in der Antirepressions-Kommission (CAR = Comisión Antirepresiva), in der die verschiedenen Gruppierungen vertreten sind. Ihre Aufgabe ist die Koordination. Dabei behält sie die demokratische und massenwirksame Orientierung bei, da sich auf dem Gebiet der Menschenrechte schon eine Reihe von Institutionen engagieren, die ein distanziertes politisches Verhalten gegenüber allem, was den Interessen der Demokratischen Allianz (AD = Alianza Democrática) zuwiderläuft, an den Tag legen (diese politische Front steht unter der Führung und Hegemonie der bürgerlichen Opposition — PDC = Christdemokraten —, die an dem Zustandekommen des Militärputsches beteiligt war).

Die Opposition in Chile läßt sich in zwei politische Tendenzen unterteilen, die unterschiedliche Ziele für das Land anvisieren.

Auf der einen Seite befindet sich die Demokratische Allianz AD, die auf fast alle Institutionen einen gewissen Einfluß ausübt. Ihr politisches Handeln fügt sich in ihre landesweite Taktik ein: Die Kritik, die gleichzeitig einer Konfrontation mit dem Regime ausweicht, und partielle politische Forderungen, z.B. haben sie sich niemals öffentlich über die Situation der politischen Gefangenen (PP = Presos Politicos) geäußert, da sie uns für so kämpferisch halten und es vermeiden, sich zu revolutionären und konsequent demokratischen Strömungen in Beziehung zu setzen. Ihr Kampf konzentriert sich vor allem auf die Rückkehr aller Exilierten (wobei sie hinzufügen: Die, die sich vor der Justiz verantworten müssen, sollen sich ihr i n Chile (!) stellen), die Beendigung der Verbannungspraxis, die Auflösung der CNI (1), gegen die Folter und teilweise äußern sie sich über die Situation der Gefangenen/Verschwundenen.

Auf der anderen Seite gibt es die demokratische Volks-Richtung (2), die von denjenigen politischen Organisationen vorangetrieben wird, die sich zehn Jahre lang im Untergrund gehalten haben. Ihre Forderungen gehen über die obengenannten hinaus, denn ihr Kampf gilt der Befreiung der politischen Gefangenen, der Auflösung der CNI und der Verurteilung aller Schuldigen, die in Chile die Menschenrechte verletzt haben — angefangen bei den Mitgliedern der Militärdikatur. Diese

schen Gefangenen, der Auflösung der CNI und der Verurteilung aller Schuldigen, die in Chile die Menschenrechte verletzt haben — angefangen bei den Mitgliedern der Militärdikatur. Diese

Tendenz kritisiert und kämpft auch gegen Situationen der unmittelbaren Repression und drohender Gefahr, wie im Fall der Kriegsgerichte (Consejo de Guerra). Die Diktatur benutzt diese als Mittel, um gegen die Widerstandskämpfer mit der Todesstrafe vorgehen zu können. Es ist wichtig hier hervorzuheben, daß die Diktatur versucht, jeden Ausdruck von Organisation und demokratischem Volkskampf zu unterdrücken und zu zerstören. Die beiden erwähnten Tendenzen zeigen sich oft nicht klar und deutlich, und wir können sie meistens nicht aufgrund ihrer Mobilisierungsfähigkeit einschätzen, sondern aufgrund ihrer politischen Äußerungen und der politischen Alternative, die sie zu bieten haben.

In letzter Zeit mußte die bürgerliche Opposition ihre Kampfmethode abändern, weil sie befürchtete, durch die wachsende Volksmobilisierung an den Rand gedrängt zu werden. Zum Beispiel: Seit dem ersten Nationalen Protesttag im Mai (1983) wendet der Widerstand alle Formen des Kampfes an, insbesondere die Errichtung von brennenden Barrikaden. So mußte die AD nach den Protesten die Barrikaden für zulässig erklären, bezeichnete sie aber als symbolische Feuerwerke ('fogatas'). So muß die bürgerliche Opposition ihren politischen Kurs radikalisieren und dafür kämpfen, daß ihre Marginalisierung durch die Dynamik der antidiktatorischen Bewegung vermieden wird.

Im Zusammenhang mit dem Kampf für die Verteidigung der Menschenrechte des chilenischen Volkes und der Opfer der Repression muß die Wichtigkeit der Arbeit der CODEPU (Comite de defensa de los derechos del pueblo = Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes) (3) hervorgehoben werden.

Augenblicklich konzentriert sich der Kampf für die Menschenrechte auf:
— die Aussetzung der Todesstrafe für drei Genossen durch ein Kriegsgericht, das sich aus sieben Offizieren zusammensetzt, die die verschiedenen Waffengattungen der Streitkräfte repräsentieren (4);
— die Untersuchung der geheimen Gefängnisse der CNI durch zivile Gerichtstribunale;
— die Auflösung der CNI.

Gegenwärtig wird diesen Forderungen Nachdruck verliehen durch die Selbstopferung des Arbeiters Acevedo in der Stadt Concepcion (er verbrannte sich), weil er keine Antwort über den Verbleib seiner beiden Söhne erhalten hatte.

Die Kämpfe der Opposition waren zwischen Oktober und November zahlreich, z.B. veranstalteten die politischen Gefangenen der Hauptstadt zusammen mit ihren Angehörigen 48-stündige Fastenaktionen mit dem Ziel, auf die Todesgefahr für die drei Genossen hinzuweisen, die die Diktatur mit ihren „legalen" Instrumenten ermorden will. Diese Bewegung hat die Unterstützung zahlreicher Basisorganisationen hervorgerufen, wie z.B. der Christen, der Elendsviertelbewohner, der arbeitslosen Kupferminenarbeiter, der Studenten, der Arbeiter (öffentliche Erklärung der CNT) und aller Menschenrechtsorganisationen. Es fehlten noch die Solidaritätserklärungen der Kirche, der AD, der chilenischen Menschenrechtskommission, die bislang absolutes Schweigen gewahrt haben.

Im Kampf für den Sturz der Diktatur ist es wichtig, die politischen Kräfte und Ziele, die vorhanden sind, richtig einzuschätzen. Das oberste Kriterium der Revolutionäre und der wirklichen Demokraten muß sein, alle Formen des

tur ist es wichtig, die politischen Kräfte und Ziele, die vorhanden sind, richtig einzuschätzen. Das oberste Kriterium der Revolutionäre und der wirklichen Demokraten muß sein, alle Formen des

Kampfes als richtig anzusehen und voranzutreiben: Die Bekämpfung der Repression (Streitkräfte, CNI etc.) geschieht durch Angriffe auf Kasernen und Mitglieder der CNI genauso wie durch legale, friedliche und direkte Mobilisierung. Es ist auch richtig, ein Maximum an Kräften zu sammeln, um die Diktatur zu stürzen, jedoch ohne unsere Identität als revolutionäre Kämpfer zu verlieren: Wir sind auf der Suche nach einer radikalen Lösung für die Probleme, die unser leidendes und heldenhaftes chilenisches Volk umgeben.

Bevor ich diesen Brief beende, ist es notwendig auf diesem Wege unsere Solidarität mit euren unmittelbaren Forderungen auszudrücken: Raus mit den Atomwaffen aus der BRD und ganz Europa! Täglich sehen wir im Fernsehen die große Mobilisierung, die ihr dagegen unternehmt. Es ist auch richtig, daß sich ein Kämpfer nicht auf einen Kommentar zur Situation in Chile beschränkt, sondern die MIRisten, Kommunisten, Sozialisten (die Konsequenten) sollten sich im Exil über praktische Aktionen zusammentun und die antifaschistischen Deutschen und die Demokraten aufrufen, Briefe und Telegramme nach Chile zu schicken und auf ihre Parteien Druck auszuüben, daß diese schnell Erklärungen gegen die makabre „legale" Aktion der Diktatur abgeben, die drei chilenische Kämpfer ermorden will. Die politischen Gefangenen geben bekannt, daß wir ab 20. November eine unbefristete Fastenaktion beginnen und Unterschriften für eine Erklärung sammeln, die den Richtern und der Militärgerichtsbarkeit übergeben wird, als Zeichen der Ablehnung gegenüber dem Wunsch Pinochets, drei Genossen — Kameraden im Kampf gegen diese ehrenrührige Diktatur — umzubringen. Bis zum nächsten Brief.

Rolando Cartagena
„Chef der Kampfgruppe im Volkswiderstand" (PR)
Mitglied der Koordination der politischen Gefangenen in Chile

Anmerkungen

1) Centro Nacional de Investigacion = Nationales Untersuchungszentrum — Geheimdienst und hauptsächliches Unterdrückungsinstrument der Diktatur.
2) Gemeint ist die MDP (Movimiento Democratico Popular = Demokratische Volksbewegung), in der sich der MIR, die Kommunistische Partei, ein Sektor der Sozialistischen Partei und die christlichen Linken u.a. zusammengeschlossen haben (vgl. AK 239, S. 42).
3) Die CODEPU unterstützt mit ihren Basisorganisationen die MDP.
4) siehe AK 240, S. 5

Einleitung, Übersetzung und Anmer-
3) Die CODEPU unterstützt mit ihren Basisorganisationen die MDP.
4) siehe AK 240, S. 5

Einleitung, Übersetzung und Anmerkungen:
Internationalismus-Kommission Göttingen

Veranstaltungstermine der Rundreise des Vertreters der South African Black Municipal Workers' Union

Mo, 09.1.	Hamburg
Di, 10.1.	Schleswig
Mi, 11.1.	Kiel
Do, 12.1.	Lüneburg
Fr, 13.1.	Westberlin
Sa, 14.1.	Hannover
Mo, 16.1.	Clausthal
Di, 17.1.	Bielefeld
Mi, 18.1.	Münster
Fr, 20.1.	Dortmund
Sa, 21.1.	Köln
Mo, 23.1.	Schweinfurt
Di, 24.1.	Augsburg
Mi, 25.1.	München
Fr, 27.1.	Ravensburg
Sa, 28.1.	Stuttgart
Mo, 30.1.	Freiburg
Di, 31.1.	Schwäbisch Hall
Mi, 01.2.	Heilbronn
Do, 02.2.	Heidelberg
Fr, 03.2.	Frankfurt

Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter:

Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika)
BfG:Köln, Kto.-Nr: 11 46 36 86 00 (BLZ: 370 101 11)

Philipinen:
Wie biegsam ist der Bambus noch?
Überlegungen zu einem Nach-Marco-Szenario

William H. Sullivan, einstmals US-Botschafter in Laos und auf den Philippinen und Washingtons letzter Vertreter im Iran des Schah, zählt zu den Männern, die mit Fug und Recht von sich behaupten können, stets an Brennpunkten amerikanischer Interventionspolitik gewesen zu sein. Gefragt, welche Lehre die USA denn nun aus dem Sturz des Schah-Regimes zu beherzigen habe, antwortete der Diplomat verblüffend offenherzig: „Schickt ein Diktator sich an", so Sullivan in einem Hearing vor dem US-Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, „eine Politik der Liberalisierung einzuschlagen, so fällt er."

„Konstruktive" Blutbäder

Auf welche Liberalisierung des Schah-Regimes Sullivan Bezug nahm, mag sein Geheimnis bleiben. Für uns ist seine — übrigens von der Reagan-Administration buchstabengetreu praktizierte — Einschätzung in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Liberalisierungen dürfen nicht sein, und Diktatoren gilt es zu schützen. Die tödlichen Konsequenzen solcher Politik liegen auf der Hand. In ihrer Studie „The Political Economy of Human Rights" (Die politische Ökonomie der Menschenrechte) merkten Noam Chomsky und Edward S. Herman dazu an: „*Blutbäder und Terror, die wesentlich zur Schaffung eines günstigen Investitionsklimas beitragen, sind ‚konstruktiv' in dem Sinne, daß sie jenem Zweck dienlich sind, der unter den Führern der Freien Welt den höchsten Stellenwert in ihrer Prioritätenskala einnimmt. In derartigen Fällen sind Menschenrechte von gänzlich untergeordneter Bedeutung; dem praktizierten Terror wird die Sicherungsfunktion von ‚Freiheit' und ‚Sicherheit' zuerkannt.*"

Im Falle des nunmehr seit 18 Jahren amtierenden philippinischen Diktators Ferdinand Edralin Marcos wird sich Sullivans Aussage — allerdings im Umkehrschluß — wohl recht bald bewahrheiten. Je länger Marcos im US-Sattel zubrachte, desto strikter schottete er sich gegen jegliche Liberalisierung ab. Seit Reagans Amtsantritt wähnte sich sein Regime sicherer denn je. Die in Manila unter Marcos betriebene Monopolisierung politischer Macht, eine auswuchernde Günstlingswirtschaft, massive Menschenrechtsverletzungen sowie terroristische Unterdrückung aufkeimender Proteste selbst aus dem bürgerlichen Lager ließen Uncle Sam mit sei-

wuchernde Günstlingswirtschaft, massive Menschenrechtsverletzungen sowie terroristische Unterdrückung aufkeimender Proteste selbst aus dem bürgerlichen Lager ließen Uncle Sam mit sei-

ner Hochachtung vor Marcos nicht hinterm Berg halten. Anläßlich der mit reichlichem Propagandaaufwand und Pomp inszenierten Verkündung der sog. „Neuen Republik" im Sommer 1981 war Reagans Vize, George Bush, eigens angereist, um Washingtons treuesten fernöstlichen Verbündeten über den grünen Klee zu loben. „Wir wissen", so Bush damals in Manilas Rizal-Park, „Ihr Festhalten an demokratischen Grundsätzen aufrichtig zu schätzen."

Solchermaßen rückversichert und zudem mit freisprudelnden US-Finanz- und Militärhilfen hochgepäppelt, dachte das Marcos-Regime nicht im entferntesten daran, potentiellen Rivalen auch nur einen Deut an politischer Handlungsmarge einzuräumen. Die tödlichen Schüsse auf den früheren Oppositionspolitiker Benigno Aquino im vergangenen August lenkten nicht nur über Nacht die internationale Aufmerksamkeit auf Amerikas einstige und einzige Kolonie in Asien. Vollends durchlöchert wurde dadurch auch der Legitimationsversuch des Regimes, mit der im Januar 1981 vollzogenen Aufhebung des seit Herbst 1972 bestandenen Kriegsrechts das Land neuerlich auf die Gleise „Demokratisierung und Normalisierung" gehievt zu haben.

Noch sind die wahren Mörder Aquinos ungenannt, ebenso wie der Hergang dieses niederträchtigen Verbrechens im Dunkeln bleibt. Von den Marcos-inspirierten „Untersuchungs-Kommissionen" haben wir außer Zynismen und Heucheleien nur die ausgedörrtesten Früchte einer „Aufklärung" zu ernten.

Wichtiger indes, da von aktueller wie grundlegender Bedeutung, ist die Beantwortung folgender Fragestellungen: (1) In welchem sozialpolitischem Klima fand die Ermordung Aquinos statt? (2) Wer könnte an seiner Liquidierung Interesse gehabt haben? Schließlich: (3) Wie sähe ein Nach-Marcos-Szenario aus, in dem die demokratischen und nationalen Interessen der Bevölkerung reale Erfolgsaussichten besäßen?

Politische Polarisierung und tiefgreifende Wirtschaftskrise,

Die Entwicklungsstrategie exportorientierten Typs zählt zum Eckpfeiler von Marcos' Wirtschaftspolitik. Eine extreme — nicht zuletzt durch langwährende koloniale Durchdringung des Ausbildungs- und Erziehungsbereiches begünstigte — Abhängigkeit vom Imperialismus war und ist die Folge: Freier Kapitalverkehr wurde durchgesetzt; Sondergarantien ermöglichten ausländischen Investoren die vollständige Beherrschung der Schlüsselpositionen unserer Wirtschaft; Gewinnrückführungen (in US-Dollar) konnten und können in unbegrenzter Höhe vorgenommen werden. Als augenfälligste Produkte einer derartigen Sesam-öffne-dich-Politik gegenüber dem Ausland entstanden sog. Freihandels- und Exportförderungszonen. Durch sie, so die Regime-Propaganda, werde über die Ankoppelung der Inseln an den Welt-



dich-Politik gegenüber dem Ausland entstanden sog. Freihandels- und Exportförderungszonen. Durch sie, so die Regime-Propaganda, werde über die Ankoppelung der Inseln an den Welt-

markt einer umfassenden Industrialisierung mitsamt des dafür bereitgestellten, notwendigen technologischen Know-how eine Bresche geschlagen.

Den „Technokraten" einer vorwiegend in den USA im Sinne der strukturellen Wahrung amerikanischer Interessen geschulten wirtschaftspolitischen Elite um Premier- und Finanzminister Cesar Virata, fiel dabei die Rolle eines (Ver)Mittlers zwischen Washington, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und dem Marcos-Regime zu. Unter dem Kriegsrecht, wodurch über die Absicherung der berühmt-berüchtigten Gleichheitsklauseln über 1974 hinaus (Anm. 1) der in Stadt wie Land zu Beginn der 70er Jahre machtvollen nationalistischen Bewegung das Rückgrat gebrochen werden sollte, setzte ein Prozeß ein, der ausschließlich den Interessen der auf unbedingte Marcos-Loyalität eingeschworenen Bourgeoisie und Großgrundbesitzerklasse entgegenkam. Dies erklärt u.a. die höchst spektakulären Höhenflüge solcher Geschäftsleute und Marcos-Intimi wie Cuenca, Silverio, Disini, Benedicto. Verantwortlich dafür war ihr geradezu klassischer Kompradorencharakter: sie haben teil an den von amerikanischem — und seit Mitte der 70er Jahre in zunehmenden Maße japanischem — Kapital im extraktiven, pharmazeutischen, Handels- und Finanz- wie Ölsektor erzielten Superprofiten. Diese betragen allein nach offiziellen Berechnungen durchschnittlich 400%. Auf den ausgedehnten Plantagenwirtschaften der südlichen Hauptinsel Mindanao — fast ausnahmslos im Besitz von Großkonzernen wie Castle & Cooke, Del Monte, United Brands und Sumitomo — wird diese Profitrate noch weit übertroffen.

Marcos' Behauptung, seine ausländische Investoren hofierende Wirtschaftspolitik trage zur lokalen Kapitalbildung bei, ist über den Charakter einer Zwecklüge niemals hinausgekommen. Genau das Gegenteil ist der Fall: mindestens 60% der von ausländischen — in erster Linie nordamerikanischen — Konzernen im Lande realisierten Profite, so ist Untersuchungen an der „University of the Philippines" zu entnehmen, werden außer Landes geschafft. Der Rest wird auf den Inseln reinvestiert. Eine gezielte De-Kapitalisierung, die sich u.a. auch in der Aufzehrung des Löwenanteils des auf dem einheimischen Markt verfügbaren Kreditvolumens durch ausländische Firmen ausdrückt, ist ebenso unbestreitbar wie Manilas rasante Auslandsverschuldung. Von 2,2 Mrd. US-Dollar im Jahre 1972 bewegt sie sich gegenwärtig zielstrebig auf die 20 Mrd. US-Dollar-Marke zu. Während ein Teil dieser Gelder für Prestige-Objekte der „Neuen Gesellschaft"/„Neuen Republik" (Nobelhotels, Kongreßzentren, notorisch unterbelegte, da unerschwingliche Herz- und Lungenkliniken) und byzantinische Extravaganzen der ebenso großmäuligen wie kleinhirnigen „First Lady" Imelda verwandt wurde, verteilte sich der Rest auf aufwendige Infrastrukturprojekte und das Militärbudget. Dienten erstere primär dem Auslandskapital in Form zügigerer Abtransporte landwirtschaftlicher Produkte wie Ananas und Bananen, so

strukturprojekte und das Militärbudget. Dienten erstere primär dem Auslandskapital in Form zügigerer Abtransporte landwirtschaftlicher Produkte wie Ananas und Bananen, so

stärkten die massiven Militärzuweisungen die Rolle des staatlichen Unterdrückungs- und Terrorapparates.

Zählten die philippinischen Streitkräfte im Jahre 1972 ca. 68.000 Mann, so beträgt ihre gegenwärtige Stärke knapp 285.000 Mann. Hierbei sind nicht einmal paramilitärische Verbände — darunter auch die sog. Bürger- oder Heimatschutztruppen (CHDFs) — berücksichtigt, deren Zahl weit über 100.000 liegt. Dazu gesellen sich noch Eliteeinheiten und eine Vielzahl pseudoreligiöser Sekten/Schlägertrupps, die vornehmlich auf Mindanao zur Bekämpfung der muslimischen Moro National Liberation Front (MNLF) und der Neuen Volksarmee (NPA), des militärischen Arms der Kommunistischen Partei (CCP), im Einsatz sind. Da unser Land, von der fortdauernden Bedrohung durch die USA abgesehen, niemals einen äußeren Feind zu fürchten hatte, ist ersichtlich, gegen wen dieses unter dem Kriegsrecht gemästete Frankenstein-Monster eingespannt wird: gegen ethnische Minderheiten, die sich Landvertreibungen im Namen von „Entwicklung" widersetzen; gegen die Masse der Pachtbauern, deren ungebrochener Kampf der Beseitigung von Wucherpraktiken und Senkung bzw. Abschaffung erdrückender Abgaben gilt; gegen revoltierende Arbeiter in Stadt und Land, die sich trotz Streikverbot gegen Hungerlöhne (Anm. 2) und Manchester-kapitalistische Ausbeutungsfromen in den Schatten stellende Vegetierbedingungen zur Wehr setzen; gegen das anschwellende Heer von Slumbewohnern, die sich in selbstorganisierten Widerstandsgruppen noch auf Müllhalden den Planierraupen trotzig in den Weg stellen; gegen Schüler und Studenten, die sich weigern, Semester für Semester mit der „kulturellen Idiotisierung der ‚Neuen Republik'" vollgestopft und nach Studienabschluß arbeitslos auf die Straße geworfen zu werden; und zunehmend



auch gegen engagierte Nonnen und Priester, deren „Verbrechen"/„Subversion" in den Augen der Militärs bereits durch Sozialhilfe mit und für die Ärmsten der Armen außer Zweifel steht.

Neben der unverhüllten Terrorisierung der Masse unserer Bevölkerung kommt dem Militär noch eine weitere bedeutsame Funktion zu. Niemals zuvor ist seine Einbeziehung in politisch-adminstrative Aufgabenbereiche so stark ausgeprägt gewesen wie gegenwärtig. Wieso? Erfuhren vor und unter dem Kriegsrecht die abfällig als „Politikasterei" eingestuften Aktivitäten politischer Organisatioanen/Parteien ihre Brandmarkung als „Ballast", „kostspieliger Luxus" und „Störfaktor" — ganz im Sinne der nordamerikanischen Counterinsurgency-Politologen vom Schlage Samuel P. Huntingtons, aus dessen von Zynismus und Menschenverachtung strotzenden Studien Marcos bezeichnenderweise buchwie blutstäbliche Munition bezieht — so wurde ihre Beseitigung im Interesse des angeblich für das Allgemeinwohl förderlichen Wirtschaftswachstums konsequent betrieben. Kurz: „Entwicklung" fordert ihren Tribut, weg mit aufreibenden politischen Querelen und hin zur Steigerung des Bruttosozialprodukts, wodurch materielle Segnungen letztlich auch zu den Ärmsten durchsickern. Diese Ideologie/Legitimation beinhaltete also die systematische De-Politisierung des öffentlichen Lebens, wie denn auch die den Militärs zugewiesenen Betreuungs- und Überwachungsfunk-

Ideologie/Legitimation beinhaltete also die systematische De-Politisierung des öffentlichen Lebens, wie denn auch die den Militärs zugewiesenen Betreuungs- und Überwachungsfunk-

tionen im infrastrukturellen und selbst juristischen Bereich (Kriegsgerichte) nebst den ihnen schrittweise übertragenen Verwaltungsvollmachten auf Provinzebene entscheidende Komponenten bei der Durchsetzung der regierungsoffiziellen Entwicklungsstrategie bildeten.

Ihre diesbezügliche Feuertaufe hatten sie im Rahmen sog. „Civic action"-Programme unter den Fittichen von CIA und USAID (US-Entwicklungshilfebehörde) in Südvietnam erhalten. Ihren letzten Schliff „genossen" sie in nordamerikanischen Militär-Eliteschulen. Leitbilder, Feuerkraft und Ausrüstung entstammten dem Arsenal Uncle Sams.

Diese umfassende Militarisierung war stets in das militär-strategische wie wirtschaftliche Kalkül Washingtons eingebettet, den Archipel in der Nach-Vietnam-Phase fester an sich zu binden. Dem Marcos-Regime sind von Washington Anfang Juni 1983 für die kommenden 5 Jahre weitere 900 Mio. US-Dollar an „Mietzahlungen" für die Beibehaltung der größten US-Basen außerhalb der Vereinigten Staaten gewährt worden. Die Rolle dieser Stützpunkte sowohl damals (Vietnamkrieg) wie heute (eine der Heimstätten der sog. „Schnellen Eingreiftruppe", RDF) als wesentlicher Knotenpunkt amerikanischer Globalstrategie ist in den vergangenen Monaten innerhalb der europäischen Friedensbewegung mit Recht gewürdigt worden, sodaß sich hier ein detailliertes Eingehen auf die Basen-Problematik erübrigt. Nur soviel sei noch angemerkt: Mehrere geheime und öffentlich zugängliche Studien sowie die Haltung der amerikanichen Regierung lassen an der Notwendigkeit der Beibehaltung dieser Basen nicht die leisesten Zweifel zu. Die seit Jahren größten philippinisch-amerikanischen Manöver fanden bemerkenswerter Weise parallel zu den Stützpunktverhandlungen statt. Gleichzeitig verwies Marcos auf den 1951 zwischen beiden Ländern geschlossenen gemeinsamen Verteidigungspakt, der es zulasse, daß bei fortgesetztem Anschwellen des bewaffneten Widerstandes seitens der MNLF und NPA US-Truppen offen intervenieren!

Erhellend sind in diesem Zusammenhang die Überlegungen von Admiral Robert L. J. Long. In seiner Eigenschaft als Oberkommandierender der US-Marine im Pazifik führte er am 16. Juni 83 anläßlich eines Hearings im amerikanischen Kongreß aus: „... *Die US-Streitkräfte in den Philippinen sind ideal stationiert, um den USA höchstmögliche Flexibilität in der Reaktion auf Krisen in diesem Teil der Welt zu gewähren ... Vorneverteidigung ist ein entscheidender Faktor in unserer Verteidigungsstrategie für die USA. Deshalb ist es notwendig, unsere Einrichtungen in diesem strategischen Gebiet zu erhalten und zu verbessern ... Die beste Verteidigung ist eine Vorwärtsverteidigung. Diese Antwort wird noch durch das Erfordernis verstärkt, nicht nur unser Land, sondern unseren Way of Life zu verteidigen. Amerikaner erfreuen sich eines unübertroffenen Way of Life, der von einer Reihe von Dingen — darunter auch vom freien Welthandel — abhängt. Unsere wichtigsten Handelspartner kommen aus dem Pazifik ... Unsere Streitkräfte auf den Philippinen sind ein lebenswichtiges Bindeglied unserer Vorwärtsverteidigung. Unsere Präsenz demonstriert unsere Entschlossenheit, unsere gemeinsamen Interessen in Südostasien zu schützen. Obgleich unsere Streitkräfte auf den Philippinen nach Maßgabe der Verträge zur Verteidigung dieser Nation beitragen, dienen sie in gleicher Weise der Verteidigung der Vereinigten Staaten. Ebenso sind unsere vornstationierten Streitkräfte ein Gegengewicht gegen mögliches Abenteurertum der Sowjetunion im Pazifik und gegen jeden sowjetischen Versuch, unsere Verbündeten zu erpressen.*"

Bringt man solche als offiziell gültige Maxime der US-Außenpolitik anerkannte Verlautbarung in Beziehung mit den gleichermaßen im State Department, in der CIA wie in Manila zirkulierenden Analysen, wonach die revolutionäre Bewegung als zahlen- und einflußmäßig stärkste in der Region gilt, so liegt die Möglichkeit einer Neuauflage des Vietnamkrieges in Südostasien auf der Hand. Die Zwangsumsiedlung von mittlerweise über 1/2 Million Menschen (vornehmlich Bauern) in

so liegt die Möglichkeit einer Neuauflage des Vietnamkrieges in Südostasien auf der Hand. Die Zwangsumsiedlung von mittlerweise über 1/2 Million Menschen (vornehmlich Bauern) in

sog. „strategische Wehrdörfer" stellt neben Massakern und „salvaging", dem „inoffiziellen Töten" verdächtiger Oppositioneller, die zweifelsfrei schmutzigste Schaumkrone US-imperialistischen Terrors und seines Vasallen-Regimes dar. Eindeutig ist diese repressive Strategie darauf gerichtet, dem „Fisch das Wasser abzudrehen".

Dies, gekoppelt mit der relativen und absoluten Verelendung der Massen (knapp 80% der Filipinos leben unterhalb des bzw. am Existenzminimum), ist ein nur konsequenter Ausfluß der eingangs skizzierten „Entwicklungs"-Strategie des Marcos-Regimes. Seine Wirtschaftspolitik ist mitsamt den ihr zugrundegelegten Legitimationsversuchen vollends gescheitert. Dadurch sind selbst die nationale Bourgeoisie und Teile des (nicht zum engsten Marcos-Clan zählenden) Großbürgertums deklassiert bzw. in finanzielle Schwierigkeiten getrieben worden. Seit 1980 hat sich auch aus diesem Spektrum Widerstand entwickelt, der sich organisatorisch vor allem in der UNIDO, der Vereinigten Demokratischen Opposition, manifestiert. Die Klammer, die dieses aus einem Dutzend Kleinparteien und Regionalvereinigungen zusammengesetzte Bündnis zusammenhält, ist die Opposition gegen Marcos bei Vermeidung grundlegender, struktureller gesellschaftspolitischer Umwälzungen. Im Kern handelt es sich bei der UNIDO, zumindest was deren Führungsspitze um Salvador Laurel und den Expräsidenten Diosdado Macapagal betrifft, um Personen, die wir während der antiimperialistischen, nationalistischen Bewegung der 60er und 70er u.a. „Zebresel" nannten: eine deformierte Mischung aus Zebra und Esel, in Lebensstil und Denkweise halb amerikanisch und schon lange nicht mehr Filipino.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ihre Klassenbasis ist schmal. Sie artikuliert und repräsentiert wesentlich die Interessen eines Teils des Kleinbürgertums, der nationalen Bourgeoisie und des Großbürgertums. Ihr Protest speist sich aus einer persönlich gewendeten Verbitterung über politische Ausgrenzung und ökonomische Benachteiligung durch den Marcos-Clan. Ihre bürgerliche Ideologie wird um die politische Perspektive verlängert, eine kapitalistische Entwicklung à la Japan zu verfolgen. Ausdrücklich bekennt sie sich zu fortgesetzt engen Bindungen an die USA. Wenngleich sich heute UNIDO-Vertreter scharfzüngiger Parolen bedienen, so geschieht das schlicht deshalb, um (1) angesichts des massiven — gewaltfreien wie bewaffneten — Widerstandes nicht mit heruntergelassenen Hosen erwicht zu werden und (2), um ein weiteres Abdriften ihrer Mitglieder zur Nationaldemokratischen Front (NDF) zu vermeiden.

Das Gros dieser Mitglieder setzt(e) auf die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zur parlamentarischen Demokratie — eine Haltung, die spätestens seit Aquinos Ermordung einen aufrüttelnden Schuß vor den Bug erhielt. UNIDO-Führer Laurel hat mit Recht betont, daß sein Bündnis allenfalls 30% des Widerstandes repräsentiere. 70%, so fügte er hinzu, seien bereits in den Bergen.

Es verwundert nicht, daß die UNIDO nunmehr verstärkt diplomatische Avancen unternimmt, um auf internationalem Parkett politische Hoffähigkeit zu demonstrieren. Daß sie bzw. diese oder jene in ihr vertretene Gruppierung dabei auf Gegenliebe stoßen wird, ist auch in Westdeutschland ersichtlich. Im Oktober 1983 hielt sich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Delegation der ebenso schwarz eingefärbten wie unbedeutenden PDP/Lakas ng Bayan (Philipino Democratic Party/Stärke des Volkes) in Bonn auf.

Die SocDems, die teils aus aktiven konservativen Kirchenkreisen rekrutierten Sozialdemokraten, haben seit ihrer Gründung Mitte der 70er Jahre Stellung für einen ,,3. Weg'' zwischen Kapitalismus/Faschismus und Sozialismus/Kommunismus bezogen. Den Bankrott ihrer Politik versuchten sie durch sporadisch initiierte oder mitgetragene Stadtguerilla-Operationen wettzumachen, die kläglich — da isoliert — scheiterten.

Dann existiert da noch die traditionelle, alte Moskau-orientierte PKP (Partido Komunista ng Pilipinas), deren Führer um Jesus Lava, Luis Taruc und Generalsekretär Felicisimo Macapagal Mitte der 70er Jahre zur ,,kritischen Unterstützung der Marcos-Regierung'' übergingen und durch einen beispiellosen Kotau vor Marcos in dessen Amtssitz in Manila, im Malacanang-Palast, zeremoniell die wenigen ihnen noch verbliebenen Flinten streckten. Spätestens damit war ihre Rückentwicklung zur politischen Molluske vorgezeichnet. Die PKP-Führung stellte mitunter nicht nur Marcos' Hofschranzen in Bezug auf wütende Attacken gegen ,,maoistische Störenfriede'' in den Schatten. Sie nistete sich behaglich im Regime ein, übernahm daselbst Ämter und Unwürden und mauserte sich — so Taruc — zu Apologeten der kläglich gescheiterten und von Anfang an als systematische Befriedung konzipierten Marcos'schen Landreform.

Die im April 1973 gegründete NDF — ein breites Bündnis bestehend aus revolutionären Bauern- und Arbeiterorganisationen, der Nationalistischen Jugend (KM), fortschrittlichen Lehrer- und im Gesundheitssektor arbeitenden Verbänden, den Christen für Nationale Befreiung, der Kommunistischen Partei (CPP) und der Neuen Volksarmee (NPA) — ist ideologisch, politisch und organisatorisch d i e ernstzunehmende Alternative. Auf ihre Rolle und Bedeutung wird weiter unten noch einzugehen sein.

Die von uns hier nur in den Grundzügen charakterisierten gesellschaftspolitischen wie ökonomischen Strukturprobleme und Klassenauseinandersetzungen sind eine notwendige Voraussetzung für eine adäquate Einschätzung der aktuellen Lage. Darüber hinaus dienen sie dem Verständnis des ,,brisanten Schauplatzes'' anläßlich Aquinos Rückkehr aus dreijährigem Exil in den Vereinigten Staaten.

Der Aquino-Mord

Wer war Aquino und für welche Interessen stand er? Als gewiefter Politiker stellte er niemals jene dramatische Alternative zu Marcos dar, zu der ihn die internationalen Medien hochstilisierten. Ein derartiges Image entsprach allenfalls deren Wunschdenken. Als Sohn eines Kollaborateurs der Japaner während des 2. Weltkrieges in bürgerlichem Milieu aufgewachsen und mit Corazon Cojuangco, Tochter einer der — selbst heute noch — einflußreichsten Familien des Landes verheiratet, glückte Aquino eine nachgerade bilderbuchgetreue Blitzkarriere. Als 30jähriger war er Gouverneur der Provinz Tarlac (nördl. von Manila), und 5 Jahre darauf avancierte er zum Senator. Sein scharfer Verstand und sein Gespür, die Aufdeckung zahlreicher Skandale zu Beginn des Marcos-Regimes mit zielstrebigem Blick auf eigene Präsidentschaftsambitionen zu nutzen, ließen ihn unter seiner Gefolgschaft zum ,,Superboy Ninoy'' aufsteigen.

Marcos und Aquino: Beide hatten sie der Liberalen Partei angehört, bis ersterer — kein Novum auf dem Archipel — ins Lager der Nationalistischen Partei überwechselte und als deren frisch gekürter Präsidentschaftskandidat das Rennen machte. Aquino zog Marcos' Verschleiß ins Kalkül, gemäß des bis dahin praktizierten Wechselbades von ,,Pepsi und Coca Cola''. So kennzeichneten spitze Zungen seinerzeit den alternierenden Einzug Liberaler und Nationalisten in den Malacanang-Palast. Die Verhängung des Kriegsrechts beendete Aquinos Karriere. Marcos war das Pferd, auf das Washington gesetzt hatte. Bis zu seinem von Marcos 1980 gestatteten Abflug in die USA zwecks Herzoperation blieb er des Regimes prominentester Gefangener.

Marcos' angeschlagener Gesundheitszustand und die desolate Wirtschaftslage, gekoppelt mit der heillosen Zersplitterung der legalen bürgerlichen Opposition, machten seine mit Blick auf eine Marcos-Nachfolge schielende Rückkehr notwendig, wollte er dem Schicksal ausweichen, in politische Vergessenheit zu geraten. Zudem sahen gewisse einflußreiche Kreise im US-Außenministerium in ihm die Verkörperung und Garantie einer geregelten — mithin die substantiellen Interessen Washingtons wahrenden — Nach-Marcos-Ära. Im Weißen Haus schien indes die krude Haudegen-Variante einer Außenpolitik die Oberhand behalten zu haben, wonach sicherheitspolitischen Aspekten höchste Priorität einzuräumen ist. In diesem Sinne nämlich wäre Aquino zur falschen Zeit in Erscheinung getreten (Basen-Verhandlungen bzw. deren verstärkte Einbindung für die RDFs im Rahmen des fernöstlichen Pendants amerikanischer ,,Nachrüstung''); er hätte, um politisch auch nur wenige Tage als wirksame Marcos-Alternative überdauern zu können, ausdrücklich und mit Vehemenz — zumindest rhetorisch — g e g e n diesen US-Plan Stellung beziehen müssen. Für Reagan eine schier unannehmbare Zumutung! Daß Reagan in dieser Einschätzung danebenlag, mag die Tatsache unterstreichen, daß er Manila aus seinem Fernosttrip im vergangenen November kurzerhand strich. Unterschiedliche Nuancen in der Beurteilung und Durchsetzung amerikanischer Außenpolitik sind nicht neu. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang allenfalls, daß das State Department den ,,richtigen Riecher'' hatte, die Unwägbarkeiten nach Aquinos Liquidierung angesichts des Fehlens einer ihm vergleichbaren Figur hingegen zunahmen.

Für die Annahme, durch den Aquino-Mord seien Nepotismus und dynastische Herrschaft sowie eine Übernahme der Regierung durch Imelda Marcos und General Fabian Ver, mit dem Präsidenten verwandt und u.a. Generalstabschef der Streitkräfte, gewahrt, spräche zumindest, daß die unter Marcos auf die satten Wiesen ökonomischer Machtausdehnung geführte neue Oligarchie nebst den sie stützende und davon profitierenden Militärs intakt blieben. Verteidungsminister Juan Ponce Enrile, eine Zeitlang selbst als Präsidentenanwärter im Gespräch, scheint durch seine Geschäftsverbindungen mit dem Textilmagnaten Dewey Dee für höhere politische Ämter kaum mehr in Frage zu kommen. Dee hatte sich 1981 mit einem imposanten Schuldenberg in Höhe von mehr als 100 Mio. US-Dollar aus dem Staube gemacht und eine Finanzkrise heraufbeschworen. Unter den 27 im Juni 1983 in den Generalsrang erhobenen Militärs zählten 25 zu Marcos-Vertrauten. Die anderen gelten als Gefolgsleute von Generalmajor Fidel Ramos, der als Vers Stellvertreter wiederum engere Kontakte zu Enrile pflegt.

Ver verdankt seinen Aufstieg einzig seinem aus der gleichen Ilocos-Provinz stammenden Gönner Marcos und unterstützt, schon aus Gründen zurückzuzahlender Dankbarkeit und Loyalität, dem bei uns weitverbreiteten ,,utang na loob'', die Präsidentenfamilie — vor allem Imelda. Ihr hatte eine solche Rückendeckung bislang gefehlt. Cojuangco, über den Spekulationen kuriseren, er sei mitschuldig am Tode Aquinos, um dadurch auf dramatische Weise eine noch unausgestandene Familienfehde zu ,,bereinigen'', ist aus der Allianz mit Enrile ausgeschert und ebenfalls zu Imelda übergewechselt. Cojuangco ist immerhin der Kokos-Industrielle schlechthin. Damit ist die delikate, unter Marcos taktisch kalkulierende und regionalistische Gesichtspunkte berücksichtigende Machtbalance im Zentrum dermaßen in Bewegung geraten, daß sich eine zu den US-Interessen dysfunktional verhaltende (Wirtschafts)Politik herausbildete. Marcos wird damit schlicht zum rabenschwarzen Mohren, der seine Pflicht und Schuld(igkeit) getan hat, und selbst für die gestaltenden Künstler in Madame Tussauds Wachsfiguren-Kabinett zu London hochgradig uninteressant ist. Das Imelda-Ver-Lager gilt als stärkste Gruppe im Marcos-Camp. Aquino mußte von Vers Leuten liquidiert werden; sobald er in reguläre Haft überführt worden wäre, hätte seine Aufsicht Enrile innegehabt. Und dieser hatte eigene ambitionierte Pläne.



Denkbar wäre überdies eine Mittäterschaft auch von Spitzen der legalen bürgerlichen Opposition. Wer auch nur ansatzweise die Profilierungssüchte, die aufreibenden internen Querelen und die fast verzweifelten Wünsche dieser Herrschaften kennt, der weiß nur zu gut, daß von ihnen niemals und unter keinen Umständen — es sei denn auf dem Wege eines Selbstmordes — strukturelle Alternativen ernsthaft in Angriff genommen werden. Als Person wäre Aquino in ihren Augen eine reale Bedrohung gewesen; er, der geschmeidige und unbestritten mutige, in und nach seiner Inhaftierung mit der Gloriole des Unbeugsamen geschmückte Oppositionelle, hätte ihnen allesamt die Show gestohlen. Ein toter Aquino hätte ihnen noch eine Flutwelle an Sympathie beschert, auf der es sich, eigensüchtigen Motiven folgend, immerhin hätte gut reiten lassen. Enrile und Ramos hätten dabei ebenso gut militärisch Pate stehen können.

Wie verhalten sich, ungeachtet der Gültigkeit dieser oder jener These, die ,,Technokraten'' um Premier- und Finanzminister Cesar Virata und Zentralbankgouverneur Jaime Laya? Politisch ist ihre Bedeutung äußerst zwitterhaft. Sie verfügen über keine Macht in dem Sinne, daß sie sich auf bestimmte gesellschaftliche Kräfte stützen könnten oder gar vermöchten, Richtlinien im innen- wie außenpolitischen Bereich zu entwerfen und auf deren Durchsetzung zu drängen. Bedeutung kommt ihnen im Finanz- und Wirtschaftssektor zu. Für das Regime bilden sie eine unerläßliche Stütze: Sie sind zum einen dafür verantwortlich, daß der verfolgten Wirtschaftspolitik ein Rückgrat eingezogen wird, daß sie — durch zeitraubende politische Querelen ungetrübt — operabel und den Erfordernissen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank stromlinienförmig angepaßt ist. Andererseits gelten sie in Kreisen des internationalen Finanzkapitals als kompetente Fachleute und Ansprechpartner. Vor allem Virata genoß unter ihnen einen guten Ruf. Und er hatte denn auch maßgeblichen Anteil an der Beschaffung jener Kredite, die das Marcos-Regime wünschte. Das freilich war nur möglich, solange das Regime seinerseits sämtlichen Auflagen, die an gewährte Kredite geknüpft waren, nachkam: fortgesetzte Abwertungen (davon allein zwei einschneidende im Jahr 1983); Ausgabeneinschränkungen im Sozialbereich; Senkung der Löhne; ungehinderte Kapitaltransfers; Abbau von Zollschranken u. dergl. Darüber hinaus hatte das Regime das zur reibungslosen Durchsetzung dieser Auflagen erforderliche politische Instrumentarium einzusetzen.

Eine solche, die nationalen Interessen fortschreitend einschnürende Politik kann jedoch nur funktionieren, wenn ein ,,starker'' (seinem Charakter nach neokolonialer) Staat existiert und die implizierte De-Politisierung einge- und durchgehalten werden kann. Ist eines von beiden oder gar beides nicht länger mehr möglich, sei es aus Gründen massiven Volkswiderstandes oder auch aufgrund aufbrechender Widersprüche innerhalb und zwischen den herrschenden Klassen wie im Machtzentrum des Staates selbst, so bricht der herrschende Grundkonsens auseinander und das gesamte System gerät ins Wanken. Beides — Volkswiderstand und handfeste Widersprüche im Machtzentrum selbst — kennzeichnet nicht nur die aktuelle Situation in unserem Lande. Beides verstärkt sich wechselseitig — dies in den vergangenen Wochen dermaßen ausgeprägt und rasch — daß bestimmte gesellschaftliche Gruppen und Klassen, die sich zuvor ,,neutral'' verhielten, ausdrücklich g e g e n das System Frontstellung bezogen. D a s geschah, bislang einmalig in der jüngeren Geschichte unseres Landes, dessen Bevölkerung zu ca. 88% sich zum Christentum bekennt, durch den am 27. November 1983 verlesenen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe sowie durch die von den Mittel- und Teilen der Oberschicht ausgehenden Proteste nach dem Mord an Aquino.

Die Masse der Bauern und Werktätigen ist durch den Mord nur am Rande berührt worden. Erst recht wurden sie dadurch nicht zum Widerstand aufgerüttelt; den führten sie bereits vor und die ganze Zeit während des Kriegsrechts mit einer sprunghaften Bereitschaft zu seiner bewaffneten Form. Aquinos Liquidierung hat der Massenbewegung der **Mittelschichten** Aufwind gegeben. Da diese hauptsächlich in Manila angesiedelt sind, wird erkennbar, warum sich hier denn auch schließlich ,,was tat und bewegte''.

Vor allem die Demonstrationen im Geschäfts- und Bankenviertel Makati verdienen Aufmerksamkeit. Während die Demonstranten als Angehörige verschiedener Schichten des Kleinbürgertums ihren eigenen (ökonomischen) Grund zum Protest haben, ist es wichtig zu begreifen, warum viele Konzerne ihren Angestellten dies gar erlaubten, ja sogar empfahlen. Führend ist hier die ,,Ayala Corporation'' unter Enrique Zobel, die nicht nur enge Bande mit den Aquinos unterhält, sondern selbst, obgleich zur Großbourgeoisie zählend und als Komprador der Multis fungierend, unter der Konkurrenz korrupter Vetternwirtschaft des Marcos-Regimes litt.

Organisatorisch fand die Protestbewegung in Manila ihren Ausdruck in der JAJA (Gerechtigkeit für Aquino, Gerechtigkeit für alle) und in der daraus hervorgegangenen Nationalistischen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD), deren Spektrum indes breiter als das von JAJA zu sein und weitreichendere Zielsetzungen zu verfolgen scheint. Sie ist noch zu jung, um eine genaue Analyse ihrer Politik zu liefern. Außer Frage steht derweil, daß sie der allgemeinen Linksentwicklung im Lande förderlich ist. Gemeinsam mit solchen Organisationen wie der KMU (der gewerkschaftlichen 1. Mai-Bewegung), der ABC (Anti-Basen-Koalition) wie der NFPC (Koalition für nuklearfreie Philippinen) widerspiegelt sie die völlige politische Isolierung des Marcos-Regimes.''

Welche Alternative?

Unter Berücksichtigung der gegebenen Konstellationen scheint kurzfristig eine Militärregierung mit General Ver, Imelda Marcos und Cesar Virata als Schlüsselfiguren sehr wahrscheinlich, wobei deren Existenz ohne lautes amerikanisches Säbelrasseln, ohne Washingtons verstärktes militärisches Eingreifen in innerphilippinische Prozesse undenkbar wäre. Eine solche Regierung wäre indes außerstande, jene tiefgreifende Krise zu meistern, deren Drahtzieher und Auswurf sie letztlich selbst ist.

Mittelfristig wird eine Koalitionsregierung, zusammengesetzt aus den fortschrittlichsten Kräften sämtlicher Klassen und Schichten des Landes, mit maßgeblichem Einfluß der NDF reale Aussichten auf Erfolg haben. Das würde die einzige Alternative für die Durchsetzung der grundlegenden demokratischen und nationalen Interessen der Bevölkerung bilden. Überdies entspräche sie deren Bedürfnis nach einer Umwälzung der wirtschaftlichen, kulturellen und juristischen Verhältnisse.

Warum wäre da der Einfluß der NDF prägend? (1) Sie ist die erfahrenste und auf größte Sympathie unter den Bauern, Landarbeitern und dem städtischen Proletariat, also des Löwenanteils der Bevölkerung, stoßende oppositionelle Kraft. Mit einer Mitgliedschaft von über 1 Million Menschen und einer, vorrangig auf dem Lande verankerten, Massenbasis von mehr als 6 Mio. wird sie zudem von Kirchenkreisen, Teilen der Mittelschichten — wie Juristen, Professoren und Studenten — unterstützt. 2) In jenen Gebieten, wo die NDF — hier in Form der NPA und CPP — konsolidiert ist, hat sie (z.B. durch eine den Namen verdienende Agrarreform) den Zusammenschluß der Bevölkerung fördern, ihre Lebensbedingungen verbessern und die Menschenrechte praktizierenden demokratischen Rechtsverhältnisse verankern können. Im übrigen ist die NDF die einzige (auch oppositionelle) politische Kraft, die in Worten und Taten das Selbstbestimmungsrecht der Moros im Süden und der ethnischen Minderheiten achtet. 3) Die NDF ist eine genuin eigenständige revolutionäre Massenbewegung. Unterstützung aus dem Ausland ist spärlich. Überdies haben die NPA und CPP weder in Moskau noch in Peking vorgedachte Schablonen verinnerlicht. Ihre Führung hat sich, in auffälligem Gegensatz zu Topkadern der KPs in Kontinental-Südostasien, niemals dortselbst aufgehalten. Das trug maßgeblich und glücklicherweise dazu bei, obskuren ideologischen und anderen Windungen und Wendungen nicht nachtrotten zu müssen. 4) Schließlich verabsolutiert sie nicht Waffen. Die NPA verfügt nur über sie und ist dadurch in die Lage versetzt, gegen den täglichen staatlichen Terror anzukämpfen. Daß sie bereits in vollbesetzter Kompaniestärke zu taktischen Offensiven übergehen kann und 40 Guerillafronten in den meisten der über 70 Provinzen unterhält, verwundert nicht, wenn man weiß, welches Image sie unter der Bevölkerung genießt. Im Volksmund heißen ihre Kämpfer die ,,netten Leute von nebenan'' (,,nice people around'').

Abschließend ein Wort aus berufenem Munde. ,,Was ist zu tun'', so sagte kürzlich der Priester Conrado Balweg, seit seinem Anschluß an die Partisanen der NPA eine der meistgehaßten und -gesuchten Personen des Regimes, ,,wenn ein Eintreten für die Belange der Menschen in den Augen des Regimes bereits als ,umstürzlerisch', ,aufwieglerisch' gilt? Man muß Stellung beziehen, indem man dagegen ankämpft. Das ist dann Gewalt, gar Terror — sagen die Militärs und das Regime. Dabei wird einfach vergessen oder geflissentlich verschwiegen, daß das Regime ein Produkt der Gewalt ist, diese tagtäglich sät und zur eigenen Sicherung Terror gegen die Bevölkerung ausübt.'' Es wäre gut, wenn die Friedensbewegung in Europa und anderswo im Rahmen ihrer Gewalt-Diskussion eine solche Haltung respektiert. Als gemeinsamer Nenner böte sich immerhin an, Gewalt — auch in bewaffneter Form — anzuerkennen, solange sie dazu dient, den Verhältnissen zur Durchsetzung und Wahrung der Menschenrechte — nicht aber einem wie auch immer gearteten Elitewechsel — den Weg zu ebnen.

ANDRES B. MULINGTAPANG (AKTIONSGRUPPE PHILIPPINEN E.V./AGPHI

Anmerkungen

1) Seit der dem Land 1946 durch die Vereinigten Staaten gewährten formalen Unabhängigkeit wurden Amerikanern auf dem Archipel die gleichen Rechte wie Filipinos in den USA eingeräumt! Dieser nobel klingende „Gleichheits"-Grundsatz blieb in das aus dem Jahre 1954 datierende „Laurel-Langley-Abkommen" eingeschweißt. Letzteres wäre 1974 endgültig ausgelaufen. Durch die Verhängung des Kriegsrechts wurde es schließlich unterlaufen, nachdem der philippinische Oberste Gerichtshof kurz zuvor in zwei spektakulären Urteilen die Unrechtmäßigkeit amerikanischer Besitzungen hervorgehoben und ein Ende der Besetzung des Topmanagements durch Ausländer ab 1974 gefordert hatte. Beide Urteile erklärte Marcos — nach Verhängung des Kriegsrechtes — kurzerhand für null und nichtig!

2) Bei steigender Arbeitsproduktivität sank ihr Realeinkommen seit 1972 um knapp 50%. Gesetzlich garantierte Mindestlöhne werden in nur 10% aller Fälle gezahlt.

„Eine nie gekannte Nötigung andersdenkender Schüler ..."

Die Friedenswoche an den Schulen im Spiegel der Presse



„Die Schweine" aus dem Teletta-Großgymnasium

„Als Denkanstoß und kleinen Ersatz für das, was bei uns nicht stattfinden durfte" beschlossen zehn Schüler der 12. und 13. Klasse des Teletta-Groß-Gymnasiums im ostfriesischen Städtchen Leer, nachts Friedensplakate an die Schulmauer zu kleben: das Thema „Frieden" war trotz Beschluß der Gesamtkonferenz von der Schulleiterin verboten worden. Die nächtliche Widerstandsaktion endete für einen Schüler beinahe tödlich: mit den Worten: „Hab ich euch endlich ihr Schweine" rammte der Hausmeister einem Schüler eine Forke in den Rücken, schlug danach mit dem Stiel auch noch auf ihn ein, als er bereits ohnmächtig auf dem Boden lag. Für den Oberkreisdirektor Gerhard von Haus aber wird jetzt alles nur dramatisiert, denn der Hausmeister habe ja nur „weiteren Schaden vom Landkreis abwenden wollen".

So rauh geht es nicht überall zu, aber die Stimmung rechter Beamter und Parteipolitiker — angesichts — von Friedensaktivitäten ist erregt.

Besucht Papst Johannes Paul II. das Land oder setzt der höchste Repräsentant des freiheitlichsten Staates, den es je in diesem Land gegeben hat, auch nur einen Zipfel seiner Zehe auf guten deutschen Heideboden zur beispielhaften Ertüchtigung von deutscher Seele und Geist, ist „Schulfrei" erste Bürgerpflicht. Und auch als Tausende Polizisten in Nordrhein-Westfalen wegen Anti-AKW-Demonstrationen (Kalkar) oder jüngst am Niederrhein anläßlich eines Nato-Manövers in Schulen einkaserniert wurden, war Unterrichtsbefreiung zugunsten dieser Art von „Sicherung des Friedens und der Freiheit" kein Verstoß gegen die Dienstvorschriften. Aber Friedensbewegung an den Schulen bedeutet tödliche Gefahr für den Rechtsstaat: Da wurden *„Kinder politisch mißbraucht"* („Welt", 18.11.), *„Kinder zum Mitmachen gezwungen"* („Hamburger Abendblatt", 10/83), *„mußten Schüler Atom-Grab ausheben"* („Welt", 5.11.), da wurde der *„‚Friedenskrieg' in der Schule"* geführt („Welt", 8.11.).

Die Hetzkampagne zielt auch auf die GEW ab, die den Rechten schon lange ein Dorn im Auge ist: *„Es sind die GEW-angehörigen Lehrer, die sich nicht darauf beschränken, über die rivalisierenden Konzepte zur Sicherheitspolitik zu informieren; ganz ungeniert kündigen sie an, bei ihren Schülern ‚Betroffenheit über die Raketenstationierung' erzeugen zu wollen."* („FAZ", 14.9.). Na sowas! Und auf die Aufrufe, am Aktionstag (22.Okt.) den Schulen massenhaft fernzubleiben, schrieb die „FAZ": *„Mancher betätigte sich an diesem Samstag als Brandstifter, und nachher wird er wie ein Biedermann sagen, am Samstag hätten die meisten Schüler ja ohnehin frei"*.

Ein Peter Schmalz mußte endlich einmal aus seinem tiefsten Inneren Licht in das Dunkle bringen: *„Wie die GEW die Lehrer für den Frieden rüstet"*. Die linksgerichtete GEW rüste zur Zeit massiv zum Kampf gegen die

Licht in das Dunkle bringen: *„Wie die GEW die Lehrer für den Frieden rüstet"*. Die linksgerichtete GEW rüste zur Zeit massiv zum Kampf gegen die

Bundeswehr sowie Nachrüstung und deklariere diese ideologische Schlacht als *„Verfassungsauftrag zur Völkerverständigung"*. Dafür gebe sie Lehrern Material an die Hand, dessen *„Hauptziel die Diffamierung der Bundeswehr und der westlichen Verteidigungspolitik"* sei („Welt", 11.10.). Der bayerische CSU-Innenminister Tandler, der sich gerade in Sachen Flick-Skandal sehr deplaziert engagierte, warf der GEW vor, *„unter dem Mäntelchen des Friedens Unfrieden in die Schulen zu tragen, die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik zu unterminieren und demokratische westliche Politiker zu diffamieren"*. Ausgerechnet als *„Verstoß gegen das bayerische Bildungsziel der Völkerverständigung"* wertete der Kultusminister Maier (Bayern) die Aufforderung der GEW, daß Lehrer und Schüler Reden von Reagan und Hitler vergleichen sollten: *„Es ist eine Ungeheuerlichkeit, die Friedensheuchelei Hitlers mit dem amerikanischen Friedenswillen gleichzusetzen."* („Welt", 20.10.).

Die CDU sieht rot

Der ehemalige Kultusminister Girgensohn (SPD) wies in einem Brief an alle 170.000 Lehrer Nordrhein-Westfalens darauf hin, daß es weder für Lehrer noch für Schüler Sonderurlaub oder Unterrichtsbefreiung (wie es für die Demonstration am 10. Oktober in Bonn noch möglich war) geben werde. Er warnte davor, die Schulen zu einem Ort „politischer Auseinandersetzungen" werden zu lassen. Der hessische Kultusminister Krollmann (SPD) ließ Projekttage zu, sofern sie „pädagogisch vernünftig und sinnvoll abgehalten" würden. Keinesfalls dürfe es aber zu *„einem einseitigen Agit-Prop-Spektakel"* kommen („Frankfurter Rundschau", 21.10.).

Der CDU-Bildungspolitiker Lauterbach warf der hessischen Schulaufsicht „Untätigkeit" vor, die dazu geführt habe, daß *„linke Lehrergruppen den Unterricht für einseitige politische Aktion mißbrauchten"*. Er beklagte, daß mehrere hessische Schulen sich zu Atomwaffenfreien Zonen erklärt hätten und daß die Friedensdiskussion den Unterricht e r s e t z t habe. „Obskure" Nicaragua-Komitees und ähnliche Organisationen richteten Aktionstage aus. Lehrer gar, die ihren Unterricht nicht zum Thema „Rüstung tötet" durchführen wollten, hätten sich bei den Direktoren dienstlich melden müssen. Es sei beabsichtigt gewesen, nach dem politischen Projektunterricht die Schüler geschlossen auf einen „Basar der Abrüstungsinitiativen" zu führen. Damit sei das „Dienstrecht auf den Kopf gestellt" und die Amtspflicht verletzt worden („FAZ", 23.8.). Um das Dienstrecht wieder auf den rechten Fuß zu stellen, verschickte der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Main-Kinzig, Walter Kern, an mehr als 40 Schuldirektoren Informationsbroschüren, etwa *„Die Friedenspolitik der CDU"*, *„Die Überrüstung der Sowjetunion"* und *„Die SPD steigt aus"*. Das solle dazu beitragen, *„daß eine einseitige Darstellung dieses sehr komplexen und wesentlichen Themas im Unterricht ... unterbleibt. Eine einseitige Verwendung von Darstellungen der ‚Friedensbewegung' oder ihrer Befürworter, wie das leider*

chen Themas im Unterricht ... unterbleibt. Eine einseitige Verwendung von Darstellungen der ‚Friedensbewegung' oder ihrer Befürworter, wie das leider

von manchen Schulen schon bekannt wurde, wäre auch ein Verstoß gegen den Erlaß über politische Werbung im pädagogischen Raum." („Frankfurter Rundschau", 21.10.). Ein Verstoß wurde in den Broschüren nicht gesehen, denn die CDU könne „schließlich Broschüren verschenken, an wen sie wolle", und man müsse ihr ein „Recht auf Mahnung" zugestehen. In einigen Schulen wurden die Kartons zur freiheitlichen Verfügung von den Direktoren in die Lehrerzimmer gestellt („FR", s.o.).

In Westberlin nahmen mehrere tausend Lehrer und Schüler an Friedensaktionen teil, zogen mit Transparenten gegen die „Nachrüstung" um die Schulen. Springers Presse begann schon Tage vorher mit Kampagnen gegen „Indoktrination" an Schulen. Obwohl das Abgeordnetenhaus entschieden hatte, Schüler für Friedensaktionen vom Unterricht zu befreien, wurde dies von der Schulverwaltung verboten. Den Lehrern drohte Schulsenatorin Laurien (CDU) — womöglich zukünftige Bürgermeisterin — für den Fall einer Beteiligung an Schulstreiks mit disziplinarischen Maßnahmen. Der GEW warf sie vor, sie mache sich der „Anleitung von Lehrern zum Amtsmißbrauch schuldig („Welt", 20.10.). An mehreren Schulen versuchten die Schulleitungen, den Streik dadurch zu verhindern, daß Lehrer und Schüler in den Gebäuden eingeschlossen wurden („taz", 13.10).

Gegen 20 Lehrer haben die baden-württembergischen Oberschulämter disziplinarische Ermittlungen aufgenommen („taz", 13.10.). Der rechtslastige Kultusminister Mayer-Vorfelder wollte sich nicht scheuen, notfalls auch gegen 10.000 Lehrer zu ermitteln. Just in der Friedenswoche verabschiedete er sich mit amtlichen Mitteilungen über Verbote politischer Aktionen an Schulen und mit Verwaltungsvorschriften zu einer Demonstration ganz nach seinem Geschmack von Friedenspolitik: als aktiver Reservist, der sich auch nicht scheut, in Uniform möglichst häufig in der Presse zu präsentieren, z.B. bei einer Reserveoffiziersübung französischer Fallschirmspringer. Seine Oberschulämter riefen Schulleiter zu streng vertraulichen Konferenzen zusammen, in denen sie angewiesen wurden, den Lehrern bekanntzugeben, daß

— „sogenannte Friedensgottesdienste" untersagt seien;
— geplante Veranstaltungen der Schülermitverwaltungen zum Thema „Friedenssicherung und Bundeswehr" verschoben seien;
— Lehrerkonferenzen wegen der möglichen Diskussionen zum Thema Frieden zu verbieten seien;
— verstärkte Pausenaufsichten für Ruhe und Ordnung zu sorgen hätten.

Selbst das Schweigen für den Frieden, wenn für die großen Pausen vorgesehen, sollte untersagt werden. Wie dieses Verbot allerdings durchgeführt werden sollte, blieb ein Geheimnis der Oberschulämter.

Das Oberschulamt Freiburg (Baden-Württemberg) hat inzwischen gegen sechs Lehrer — nur ihre Namen waren bekannt — disziplinarische Vorermittlungen eingeleitet. Sie hatten als Mitglieder des Personalrates an einer Personalversammlung von Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen teilgenommen und mit 100 anderen Kollegen kurzzeitig zum Einhalten der

sonalversammlung von Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen teilgenommen und mit 100 anderen Kollegen kurzzeitig zum Einhalten der

Mahnminuten die Versammlung verlassen. Dies veranlaßte den Verdacht eines Dienstvergehens, weil es nicht mit den Dienstverpflichtungen vereinbar gewesen sei („Frankfurter Rundschau", 22.10.).

Der niedersächsische Kultusminister Oschatz (CDU) warnte davor, daß Lehrer „die fünfte Kolonne der ‚Friedensbewegung' spielen" und die Schulen zum „K a m p f p l a t z" würden. Da die Schule in der deutschen Tradition praktisch Staatsschule sei, könne sie nur funktionieren, wenn sie sich aus dem parteipolitischen Streit heraushalte. Wenn die Ankündigung auf dem Kölner Kongreß „Pädagogen gegen Rüstung", *„Möglichkeiten der Gegenwehr zu erörtern"*, bedeute, aktiv zu werden gegen eine von der legitimierten Regierung vertretenen Linie der Verteidigungspolitik, die in westlichen Demokratien *„immer nur Friedens-und Sicherheitspolitik bedeuten könne, dann bedeute dies einen eindeutigen Mißbrauch von Schulen"*. Lehrer würden disziplinarrechtlich geprüft, ob sie ihrer Pflicht noch gerecht würden („Welt", 13.9.83).

Zwischen der Mainzer Landesregierung (Rheinland-Pfalz) und der Evangelischen Kirche kam es zu einigen Meinungsverschiedenheiten, weil die Bezirksregierung in Neustadt mit Zustimmung von Kultusminister Gölter (CDU) mehrere für den 20. Oktober in Ludwigshafen, Oppau und Mundenheim angekündigte Schulgottesdienste zum Thema Frieden verbot. Das Verbot berührte nicht nur die Frage, ob der Staat das Recht habe, die Inhalte von Gottesdiensten zu bestimmen, sondern auch, wieweit der konfessionell bestimmte Unterricht eigenständig sei, so Oberkirchenrat Kronauer. In den Gottesdiensten sollten Grundschüler selbstgebastelte Friedenstauben von der Empore in das Kirchenschiff hinuntersegeln lassen. Die Rektoren gaben erst auf Druck der Bezirksregierung dem Verbot nach, weil diese sich auf eine Verordnung aus dem Jahre 1977 berief und eine zeitliche Nähe zu den Friedensaktionen, also ein *„enger Zusammenhang zwischen den Gottesdiensten und der an Schulen verbotenen ‚politischen Agitation', unbestreitbar"* sei („Frankfurter Rundschau", 19.10.).

In Lübeck (Schleswig-Holstein) machte vor allem die Junge Union von sich reden. In einer gezielten Diffamierungskampagne beschuldigte sie 600 Lehrer, die eine Anzeige gegen die Raketenstationierung unterschrieben hatten: die Liste der Schüler sei lang, die unter den genannten Lehrern zu leiden hätten, weil sei politisch anders dächten. Beweise konnten allerdings bis heute nicht erbracht werden. Anke Frankenberg, JU-Mitglied: *„Unsere Meinungsfreiheit ist in einigen Fächern stark eingeschränkt, da sofort Sanktinen in Form schlechter Zensuren zu erwarten"* seien. Die Anzeige der 600 Lehrer sei für die JU ein „politischer Skandal", und der „Schulfrieden sei gestört".

Die Schüler-Union (SU) sah in der Feststellung, daß die Bundesregierung an der Vorbereitung eines Angriffskrieges beteiligt ist, eine *„nie gekannte Nötigung andersdenkender Schüler"*. Die JU verlangte disziplinar-rechtliche Maßnahmen gegen die Unterzeichner. Die SU forderte, *„in diesem bisher einmaligen und eklatanten Fall deutliche Akzente zu setzen"*. („Frankfurter Rundschau", 25.10.).

Die CDU am Beginn einer politischen Offensive

Ganz besonders tief griffen Hamburger CDUler, allen voran der schulpolitische Sprecher Friedjof Kelber und Oppositionschef Perschau, in die braune Dreckkiste, um damit wild um sich zu werfen. Auch wenn sich dies für einige möglicherweise mehr als mißlungene Provinzposse darstellt, sollte ein solcher Auftakt für Diskriminierungs- und Verfolgungskampagnen, der an sich immer Leuten wie Geißler und Co. vorbehalten blieb, nicht unterschätzt werden. Die dahinterstehende Gesinnung und Wortwahl, die sich in dieser Weise öffentlich ohne großen Widerspruch Luft macht, stimmt bedrohlich: Die CDU sei *„am Beginn einer politischen Offensive ..., um die Eltern gegen eine einseitige Beeinflußung ihrer Kinder zu mobilisieren"*. Leute, die so

spruch Luft macht, stimmt bedrohlich: Die CDU sei *„am Beginn einer politischen Offensive ..., um die Eltern gegen eine einseitige Beeinflußung ihrer Kinder zu mobilisieren"*. Leute, die so

reden, handeln meist so, wenn nicht schlimmer. Gleich zwei Broschüren erstellten sie zum *„politischen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen während der sogenannten ‚Friedenswoche' an Hamburger Schulen"* (erste Broschüre) und *„weitere Fälle des politischen Mißbrauchs ..."* (zweite Broschüre). In diesen Broschüren werden Zitate von Schulsenator Grolle (SPD), Zeitungsberichte und Flugblätter im Stil einer Anklagebroschüre zusammengestellt. Bewiesen werden soll, daß Grolle den Lehrern einen *„Freibrief für jede Politisierung der Schulen gegeben"* habe („Bild",10.11.), daß er zahlreiche Verstöße gegen das Beamtenrecht ermöglicht habe („Welt", 8.11.). Die „an sich guten Richtlinien" würden „ausgehebelt" („Hamburger Abendblatt", 10/83), sodaß „Mißbrauch Tür und Tor geöffnet" sei. An den Schulen werde ein „Klima der Angst" erzeugt. Grolle sei unfähig, *„die Meinungsfreiheit in den Schulen zu gewährleisten"* und die *„ungesetzlich, primitiv-agitatorischen Maßnahmen"* zu verbieten, da *„Linksideologen nicht nur geduldet, sondern sogar begünstigt"* würden.

Die CDU appellierte an die Einsicht der SPD-Rechten, *„die wie wir das T r e i b e n nicht gutheißen"* könnten, womit sie wohl Recht hat. Fazit: *„Senator Grolle soll abtreten — er ist untauglich!"* („Bild", 3.10., 10.11.). Und: *„Linke Lehrer bereiten den heißen Herbst vor"* (dto.). Um dieser Hetzkampagne gegen einen liberalen Schulpolitiker den richtigen Schwung zu verleihen, scheute und scheut die CDU keine Mühen und Kosten: Ein „Sorgentelefon" wurde in der Bürgerschaftsfraktion eingerichtet *„für Eltern, Schüler und Lehrer, um über Manipulations- und Indoktrinationsversuche in den Schulen, vor allem während der ‚Friedenswochen'"* zu informieren. Als nächster Schritt ist eine ständige *„rechtliche Beratung bei der Abwehr derartiger Unterrichtsmißbräuche"* geplant. Flugblatt und andere „Aufklärungsaktionen" folgten. Viele Eltern hätten es bisher nicht gewagt, ihre Befürchtungen zu äußern, weil sie Nachteile für ihre Kinder befürchteten. Linksgerichtete Pädagogen hätten in den Schulen *„unzulässigen und freiheitlichen Anpassungsdruck"* erzeugt: Alarmübungen mit Lautsprechern oder das Malen von Atompilzen würden ebenso Meinungsdruck produzieren wie die Malaktion „Kohls botanischer Garten": Raketen zwischen Blumen und Pflanzen (hoffentlich auch ein paar Kohlköpfe), oder das „Ausheben eines symbolischen Grabes für die Atomkriegsopfer", offizielle Aufrufe von Schulen zu politischen Demonstrationen, vorzeitige Beendigung des Unterrichts, einseitige Behandlung von ohnehin propagandistischen Themen wie „Atomkriegspropaganda der USA" und „Atomkriegsplanung in der Bundesrepublik". Schüler gar, die sich weigerten, spontan verfaßte Friedenslieder nicht auswendig zu lernen, seien zurechtgewiesen worden. An einer Sonderschule hätten behinderte Schüler Friedenstauben basteln, Friedensgedichte schreiben und Bilder zum Thema Frieden zeichnen müssen: dies seien besonders verwerfliche Beispiele von Manipulation. Ein Schulleiter habe gerade noch eine körperliche Mißhandlung von Schülern gegen andere Schüler unterbinden können, die sich weigerten, vorgefertigte Brieftexte an den Kanzler zu schicken (alles Beispiele — aus — o.g. — CDU-Dokumentationen).

Alle Fälle, in denen Kinder bei Friedensaktionen *„politisch mißbraucht"* worden seien, sollten parlamentarisch untersucht werden, um *„linken Meinungsdruck und Meinungsterror"* entgegenzutreten; so Oppositionschef Perschau. *„Extreme GEW-Lehrer"* seien für die *„Symptome für die sich verstärkende Linkserziehung an vielen Schulen"* verantwortlich. Die Erziehung einer ganzen Generation gehe an der Wirklichkeit vorbei. Dies seien die größten politischen Gefahren, die höherrangiger seien als die gigantischen Schuldenprobleme. Der Verfassungsausschuß des Landesparlamentes solle den „Schüler-Mißbrauch" an mehr als 30 Schulen überprüfen. Falls dies alles nichts — fruchte, — solle — ein Untersuchungsausschuß eingerichtet werden. Zusätzlich würden Initiativen vorbereitet, um die Dienstaufsicht in den Schulen zu gewährleisten, z.B. eine Änderung des Schulgesetzes. Schulleiter sollten auf Lebenszeit gewählt werden, um sie *„von der Abhängigkeit von den Wahlgruppen (Lehrer, Eltern, Schüler) zu befreien"* („Welt", 8.11., „Hamburger Abendblatt", 10.83, „Bild", 10.11.)

Schulen: Rekrutierungsbüros für Demonstrationen

Schulen: Rekrutierungsbüros für Demonstrationen

Auch der Deutsche Lehrerverband (DL), der mit seinen reaktionären Stellungnahmen zur Diskussion um die Friedenserzeihung in den Schulen schon auf sich aufmerksam machte, mußte natürlich wieder seinen Senf abgeben. Der DL-Präsident Clemens Christians warnte die Pädagogen davor, in den Schulen gegen die „Nachrüstung" zu agitieren, denn es mehrten sich die Anzeichen, daß sich die Lehrer dafür „einspannen" ließen, die Schüler zu „emotionalisieren". Es gebe Pädagogen, die ihre Amtsautorität dafür einsetzen, Schüler zur Teilnahme an Aktionen zu bewegen; Pädagogen, die als Studenten mit *„extrem linken Organisationen Aktionsbündnisse"* eingegangen seien und gegen *„Regelverletzungen nichts einzuwenden"* hätten. Lehrer seien als Beamte zur *„besonderen Qualität mit der Verpflichtung zur Loyalität gegenüber dem Staat verpflichtet"* („Hamburger Abendblatt", 2.9.). Und der DL-Sprecher Reinhard Behrends meinte, Schüler und Lehrer dürften *„auf keinen Fall den Ehrgeiz haben, mit Hilfe der Schüler den Herbst noch heißer zu machen"* („Hamburger Abendblatt", 1.10.). Warum eigentlich nicht?!

Wie schrieb Theodor Adorno in seinen „Studien zum autoritären Charakter": *„Autoritäre Unterwürfigkeit an sich ist dem antidemokratischen Potential offenkundig in hohem Maße förderlich, da sie das Individuum für die Manipulationen der stärksten äußeren Mächte empfänglich macht."* Die vielfältigen und phantasiereichen Aktionen während der Friedensaktionstage im Oktober sind ein guter Anfang, dieser gutdeutschen Schul- und Bildungstradition ein bißchen Sand ins Autoritätsgetriebe zu werfen. Die Aufregung der Rechten bestätigt das.

Kinderkommission/KB Hamburg

Aus dem Leben gegriffen

Schockierender Sex-Skandal

Das Hamburger Drecksblatt, das „Liebe" sagt, wenn Schläge und Vergewaltigung gemeint sind („Er zwang sie zur Liebe..."), und das von „Sex-Skandal" kreischt, wo normale Menschen von Liebe sprechen, teilt uns mit:

> **Verführte Klassenlehrerin einen 16jährigen Schüler?**
>
> **Von ANDREAS JOST**
>
> **Vergnügt gingen die rund 40 Schülerinnen und Schüler der Heideschule Buchholz auf Klassenreise — der letzten vor dem Hauptschulabschluß...Die Reise endete mit einem Skandal! Am vorletzten Tag rief eine völlig verstörte Schülerin aus dem Heim ihre Mutter an: „Unsere Klassenlehrerin hat einen Mitschüler verführt!„. Die aufgeregte Mutter fuhr sofort los, holte ihre Tochter nach Hause, alarmierte andere Eltern und die Bezirksregierung in Lüneburg. Empört sagte die Frau: „Wie können Lehrer ein Vorbild sein, wenn sie sich so benehmen?"**

Daß Lehrer überhaupt Vorbild sein können, wird wohl jeder bezweifeln, der selbst einmal Schüler war. Wenn aber, dann doch wohl noch am ehesten so, wie hier praktiziert. Was kann einem 16jährigen schon Angenehmeres passieren? Aber Andreas Jost, der niemals 16 war, notiert unerbittlich:

> .• Während sich die Lehrerin (Anfang 30) mit dem 16jährigen Schüler vergnügte, kreisten unter den anderen die Schnapsflaschen. Keiner hatte was dagegen. Der (verheiratete) Lehrer ließ sich auf der Fahrt von seiner Freundin begleiten...
> **Vier Tage nach den Anschuldigungen wurden Klassenlehrerin und Lehrer vorläufig an eine andere Schule versetzt — bis die Vorwürfe geklärt sind und entschieden ist, ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird.**
> (BILD 10.12.)

Daß das Drecksblatt zwar gegen Rambazamba auf der Klassenreise ist, aber ansonsten gar nicht prüde, sofern die Kasse stimmt, ist bekannt:

> Katja Bienert, die deutsche Brooke Shields, 17, kommt 1984 mit ihrem 8. Film als Liane, das Dschungelmädchen, ganz groß raus. Die Berliner Schülerin ist in dem Film noch leichter bekleidet als hier auf unserem Foto. (BILD, 8.12.)

Das war wohl nichts

> **Papst rettete Mörder vor elektrischem Stuhl**
>
> Der Papst hat den wegen Mordes zum Tode verurteilten Amerikaner Robert Sullivan (36, Foto rechts) vor dem elektrischen Stuhl gerettet.
> (BILD, 30.11.)
>
> **Robert betete, weinte, dann der Elektrische Stuhl**
>
> Gestern um 10.13 Uhr amerikanischer Zeit starb Robert Sullivan ... auf dem elektrischen Stuhl.
> (BILD, 1.12.)

Die Päpste sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Aber die Elektrischen Stühle funktionieren immer noch.

So feiert die Drogen-Mafia

> **Ei, Ei, Ei — Verpoorten heiratet Kieler Architektin**
>
> Von Brigitte Kappe
>
> Die Orgel in der Bonner Heiligen-Geist-Kirche spielte das „Ave Maria". William Verpoorten (27) steckte der Kieler Architektin Susanne Kreisel (27) einen goldenen Ehering auf den Finger, küßte sie. Ei, Ei, Ei Verpoorten — eine Hochzeit mit hochprozentigen Gästen:
> ... Unter den Gästen im Rittersaal der Bonner Godesburg: Günter Mast („Jägermeister"): Er schenkte einen silbernen Becher, verziert mit kleinen silbernen Herzen.
> Kurt „Kulle" Grün („Hansen-Rum") schenkte den gleichen Becher wie Kollege Jägermeister ...
> Emil Underberg („Underberg") brachte zwölf langstielige Magenbittergläser.
> Werner Schlichte („Steinhäger"): zwei Flaschenkorken mit silbernem Knauf.
> Arno Thienelt („Kroatzbeere"): ein Buchsbaumherz mit weißen Tauben ...
> Harro Moller-Racke („Racke Rauchzart") sorgte für Getränke aus eigener Kellerei: Kupferberg Brut und Kupferberg Gold.
> (BILD, 30.11.)
>
> **Betrunken im Betrieb — was uns das kostet**
>
> Etwa 2,2 Millionen deutscher Arbeitnehmer sind alkoholsüchtig, trinken oft im Betrieb, schätzen Ärzte und Experten. Das kostet unsere Wirtschaft (also uns alle) rund 15 Milliarden Mark für kaputte Maschinen, Aushilfen und Löhne, die weitergezahlt werden müssen ... Bei jedem dritten Arbeitsunfall ist Alkohol im Spiel ...
> BILD, 1.12.)

Beide Meldungen erschienen tatsächlich im Abstand von nur einem Tag. Springers Vertrauen auf die Blödheit seiner Leser ist grenzenlos, und sie rechtfertigen dieses in sie gesetzte Vertrauen jeden Tag aufs Neue.

Eiserne Lady

> **'Hanna-Granate' Laurien — eine Maggie für Berlin**
> (BILD, 5.12.)

Ob das nicht etwas übertrieben ist? Zwar:

> Sie rüttelte an geheiligten Tabus aus SPD-Tagen, schaffte den Null-Tarif für Kindertagesstätten ab.

Und:

> Beherzt bot sie der mächtigen Lehrergewerkschaft GEW die Stirn: „Kein Schulfrei für die Friedensdemo!" 1400 Lehrer scherten sich nicht drum. Sie ließ sich die Namensliste kommen, ordnete Disziplinarverfahren an. Soviel Härte waren die Lehrer seit Jahrzehnten nicht gewohnt.

Alles schön und gut. Aber wird sie auch wagen, Ostberlin zurückzuerobern?

Wieviel Milliarden sind keine Mark?

Nach der Abstimmung des Bundestages zum Vollzug der NATO-Nachrüstung erklärten die GRÜNEN:

> **...Einem Staat, der seine Bürger durch Aufstellung neuer Waffensysteme drangsaliert, muß jede Unterstützung — vor allem in finanzieller Hinsicht verweigert werden ... Nutzen wir unsere Freiheit zum Widerstand. Keine Stimme, keine Mark, keine Hand für den Krieg.**

Schön haben sie das formuliert. Und nun werden unsere grünen Volksvertreterinnen und -vertreter in Bonn einfach ein Nein ohne Wenn und Aber sagen, wann immer der Staat den mündigen Bürger zur Kasse bitten will? Und schon gar, wenn es sich um die sogenannten „Verteidigungsausgaben" handelt, sowieso? Nein, so einfach geht alternative Politik nicht. Sondern so: Die Grünen stellen im Bundestag Antrag, die „Verteidigungsausgaben" um insgesamt 16,4 Milliarden zu kürzen. Da der gesamte „Verteidigungsetat" 47.8 Milliarden beträgt, wissen wir es nun genau: Wenn die GRÜNEN sagen „Keine Mark für den Krieg," so sind sie immer noch bereit, dem Moloch „Verteidigung" über 31 Milliarden Mark in den Rachen zu werfen. Zweifellos muß es sich dabei um flexible Realpolitik handeln, oder wie sonst soll man sich so einen Unfug erklären?

Zwei Fundamentaloppositionelle mochten da jedoch nicht mittun:

> Die Grünen-Abgeordneten Bastian und Kelly enthielten sich bei der Abstimmung über den Antrag der eigenen Fraktion der Stimme.
> („taz", 9.12.)

Wer hätte das von Bastian erwartet? Ausgerechnet!

Erotische Wende

Der Kampf um DIE WENDE tobt auf den unmöglichsten Schauplätzen. Das geht beispielsweise so:

Der „Stern", dessen Sympathien für die alte sozialliberale Regierung bekannt sind, erscheint am 1. Dezember mit einem Titelbild voller Busen.

> **Frauen sprechen über ihre BRÜSTE**
>
> Ihren Busen zu zeigen, ist heute für viele Frauen kein Problem mehr, wenn Männer dabei nicht vergessen, daß Frauen auch einen Kopf haben.

Am selben Tag erscheint die „Quick", deren Sympathien für die bayerische Staats-und Heilspartei bekannt sind, mit zwei Frauenhintern auf der Titelseite.

> **Die erotische Wende**
>
> Während wir alle noch auf den Durchbruch der wirtschaftlichen Wende warten, hat in der Erotik bereits eine rasante Kehrtwendung stattgefunden. Deutschlands Männer haben den weiblichen Po als neues Schönheitsideal entdeckt. **Der Busen ist in der Reizskala auf Platz zwei gerutscht.**

Pech für Nannen und die SPD. Nämlich:

> Männer, die einen großen Frauenpo lieben, sind ordentliche, allerdings leicht pedantische, konservative Männer, die bei der Frau den Halt und das Mütterliche suchen.

14 Tage später setzt BILD nach gegen die bereits schwer angeschlagenen Sozialliberalen. Schlagzeile am 15.12.:

> **Frauen-Revolte gegen Brüste im „Stern„**
>
> ... Jetzt tobt eine Frauen-Revolte gegen den „Stern": „Wir Frauen als Lustobjekt!" „Sexismus!" „Fleischbeschau!" Frauen riefen beim „Stern" an oder schrieben. Weiter auf Seite 18.

Ob das Thema noch für einen weiteren Tag gut ist? Aber immer! BILD am 16.12.:

> **Brüste im „Stern" Frauen immer zorniger**

An die Spitze der zornigen Frauen setzt sich Frau Marianne Strauß, die damit auch den Anspruch ihres Gatten auf ein Regierungsamt in Bonn unterstreicht:

> **„Mit Recht regen sich die Frauen auf. Das 'Stern'-Titelbild ist einfach mies und widerlich."**

Anmerkung für Irritierte: Die BILD selbst bleibt trotz erotischer Wende beim guten alten nackten Busen. In der Ausgabe vom 16.12. beispielsweise auf den Seiten 12 und 24. Kino-Anzeigen nicht mitgerechnet.

Schreibtisch-Mörder

Den Kommandeuren und Vollstreckern des Massenmordes eilen die Propagandisten des Massenmords gern einen Schritt voraus. Jürgen Liminski kommentiert in Springers „Welt" vom 19.11., zwei Tage nach dem Angriff französischer Kampfflugzeuge auf „gegnerische Stellungen" im Libanon:

> ... Aber Paris zeigt sich lernfähig ... Die französische Wende bedeutet nicht nur eine Anerkennung der Realitäten. Sie bedeutet auch eine Ausweitung des Auftrags der Friedenstruppe. Zur Bewahrung des Friedens gehört nun auch der Präventivschlag. Die militärische Logik hat sich durchgesetzt. Das unterstreicht das Engagement einer Schutzmacht. **Jetzt fehlt nur noch die Reaktion der Amerikaner auf das Massaker an den Marines.**

Die solchermaßen Angemahnten brauchten immerhin noch zwei Wochen, um dem Drängen des Kommentators Folge zu leisten: am 4. Dezember erfolgte der langerwartete „Vergeltungsangriff" amerikanischer Kampfflugzeuge, für den jeden Morgen in Springer Redaktionsstuben gebetet worden war.

Nebenbei haben wir gelernt: Zur Bewahrung des Friedens gehört der Präventivschlag. Das ist militärische Logik. Die Pershing 2 und Cruise Missile dienen der Bewahrung des Friedens. Alles übrige ergibt sich aus der Anerkennung der Realitäten.

Frau von Siemens bügelt Geschenkpapier

BILD, 4.8.83

...und wie andere Prominente sparen

4.8.83

Von INGRID GALLMEISTER

Die meisten Deutschen sparen – auch die Prominenten. Fürst Johannes von Thurn und Taxis (auf mindestens zwei Milliarden geschätzt) knipst jedesmal alle Lampen aus, wenn er aus einem Zimmer geht. „Meine Frau vergißt oft, das Licht auszumachen. Das kostet unnötig Strom." Sein Schloß St. Emmeram in Regensburg hat 500 Zimmer ...

Der Industrielle **PETER VON SIEMENS** (Weltumsatz 39 Milliarden Mark) verschließt angebrochene Champagner-Flaschen mit einem Spezial-Korken, damit er den Rest am nächsten Tag trinken kann.

Seine Frau **JULIA VON SIEMENS:** „Ich bügle Geschenkpapier auf und benutze es wieder. Ich sammle auch die Plastiktüten aus dem Reformhaus, gehe mit ihnen einkaufen. Dann brauche ich im Supermarkt keine neuen zu kaufen." Da kosten Plastiktüten oft 10 Pfennig.

Krupp-Manager **BERTHOLD BEITZ** läßt keinen Wurstzipfel verkommen. Sein Kühlschrank ist stets voll mit Resten von Wurst, Speck und Schnittkäse.

Filmproduzent **ATZE BRAUNER** sammelt Pfandflaschen.

Thema des Tages

TED KENNEDY schneidet die verbrauchte Tube Zahnpaste noch auf und kratzt die Reste heraus.

TINA ONASSIS läßt die Laufmaschen ihrer Seidenstrümpfe aufnehmen.

JACKY ONASSIS zieht ihre Seidenstrümpfe nur vorsichtig mit Seidenhandschuhen an, damit sie keine Fäden ziehen. Nach dem Waschen läßt sie sie aufbügeln, damit sie wie neu sitzen.

SOPHIA LOREN verkauft ihre Kleider im Second-Hand-Shop.

ADRIANO CELENTANO trägt nur Anzüge, Hemden, Krawatten und Pullis, die Produzenten für seine Filmrollen bezahlt haben.

Hollywoodstar **LYNN REDGRAVE** packt Seifenreste zu einem neuen Stück zusammen.

Kanzler **HELMUT KOHL** spart am Trinkgeld. Das stellten Wirte am Wolfgangsee fest, wo Kohl gerade Urlaub macht.

Der Aufschwung hat schon begonnen

> WIESBADEN. Ein „fast unglaubliches Ausmaß" hat der durch Wirtschaftskriminelle in Hessen verursachte Vermögensschaden nach Angaben von Justizminister Herbert Günther (SPD) angenommen. Mit mehr als 2,7 Milliarden Mark bezifferte der Minister ... den Schaden, den die Staatsanwaltschaft des Landes bei den von ihnen im Jahre 1982 abgeschlossenen Ermittlungsverfahren feststellte. **Gegenüber dem Vorjahr sei dies „eine in der Kriminalstatistik einmalige Steigerung von 700 Prozent."**
> (Frankfurter Rundschau, 2.12.)

Es wird wohl daran liegen, daß die Wirtschaft wieder Vertrauen in den Staat zu fassen beginnt.

Keine mildernden Umstände

> **Terroristen beschießen Bundesbahn!**
>
> **+ Stahl und Beton auf den Gleisen + Züge rasen in Schienen-Barrikaden + Weichen verstellt + Signale zerstört + Jetzt wollen sie ein NATO-Lager stürmen! Seite 2**
>
> **„KGB" — die Terroristen, die auf Züge schießen**
>
> **Nach Partisanenart wollen sie NATO-Nachschub stoppen**
>
> Von HORST-GÜNTER TOLMEIN und ERNST LÜTCKE
>
> Mit einer Serie von heimtückischen Anschlägen auf den Eisenbahnverkehr im Raum Bremen-Hannover sind jetzt radikale Gegner der westlichen Nachrüstung zum Angriff übergegangen.
> Menschenleben spielen ganz offensichtlich keine Rolle mehr in ihrem fanatischen Kampf gegen die NATO!
> BILD am SONNTAG erfuhr aus zuverlässiger Quelle: Allein zwischen dem 3. und 24. November kam es zu elf Sabotageakten. (...) Ein Wunder, daß noch keine Menschenleben zu beklagen sind! Die meisten Anschläge galten bisher Gleisen, über die gelegent-

Fortsetzung nächste Seite

lich der Nachschub für die NATO-Streitkräfte von Nordenham und Bremerhaven rollt. Ermittlungsbehörden vermuten hinter den Anschlägen Anhänger eines „Komitees gegen Bombentransporte KGB", das in Norddeutschland unverhüllt zu Sabotageaktionen aufgerufen hat. (...) Doch jetzt planen die linken Eisenbahn-Terroristen sogar den offenen Angriff! BamS erfuhr: **Am 17.Dezember — wahrscheinlich nachts — soll ein Terrorkommando das Munitionsdepot im schleswig-holsteinischen Bundeswehr-Standort Kellinghusen überfallen, Gebäude in Brand setzen oder sogar sprengen.**
(BILD am SONNTAG, 4.12).

Bundesbahn-Sprecher: „Kinderstreiche"

Die angeblich von „militanten Nachrüstungsgegnern" verübten Sabotageakte auf Züge der Bundesbahn im Raum Hannover, die ‚Bild am Sonntag' und dpa gemeldet hatten, gibt es nicht. Der Polizei waren genau drei Vorfälle seit Anfang Dezember bekannt ... In keinem Fall seien Menschen gefährdet worden ... So etwas komme immer wieder vor. Man habe in der letzten Zeit keine Häufung solcher Vorfälle beobachtet. Ein Sprecher der Oberzugleitung Hannover zeigte sich empört über die ‚Bild am Sonntag'. Das seien doch keine Terroranschläge, sondern Kinderstreiche ...
(„taz, 5.12.)

Statt „Anfang Dezember" muß es vermutlich „Anfang November" heißen. Mit dem Terrorkommando, das laut BamS das Depot Kellinghusen angreifen will, hat es folgende Bewandnis: Mitglieder von strikt g e w a l t f r e i e n Hamburger Gruppen haben mit einer Vielzahl von Flugblättern und anderen Publikationen ö f f e n t l i c h angekündigt, daß sie am 17. Dezember, und zwar „ab 13 Uhr", den nach der Lage der Dinge nur symbolisch gemeinten Versuch unternehmen wollen, Waffen in Kellinghusen zu zerstören. Die Darstellung der BamS kommt der Wahrheit also wieder äußerst nahe.

Ein Gericht, das sich zukünftig vielleicht einmal mit den Journalisten Tolmein und Lütcke zu befassen haben wird, sollte daran denken, daß weder Zwang noch materielle Not sie zu ihren Taten getrieben haben.

Im Namen des Volkes

BILD, 28.7.83

1 Flasche Bier geklaut — fristlos gekündigt

16 Jahre arbeitete Schlosser Hans Werner D. (51) in einer Brauerei in Jever. Nach schweißtreibenden Abbrucharbeiten nahm er sich eine Flasche Bier aus einem Kasten: „Ich habe mir nichts dabei gedacht." Der Braumeister erwischte den Schlosser, am nächsten Tag kam die fristlose Kündigung. Das Landesarbeitsgericht in Hannover gab der Brauerei recht: „Wer stiehlt, stört nachhaltig das Vertrauen des Chefs. Außerdem hätte er auch Leitungswasser trinken können."
(AZ: 7 SA 15/83

BILD: 7.7.83

50 Pfennig erpreßt! Schweißer 14 Monate ins Gefängnis

83 as Hannover, 6. Juli

Für 50 Pfennig Beute muß der arbeitslose Schweißer Karl M. (24) aus Hannover ein Jahr und zwei Monate ins Gefängnis.

„Geben Sie mir bitte einen Fünfziger", hatte er einen Tischlermeister mitten in Hannover angesprochen. Der Tischlermeister wies ihn ab: „Geh arbeiten, dann hast du Geld." Karl: „50 Pfennig, sonst setzt es was!" Der Tischler ging weiter; Karl rief nach seinen Freunden, die umzingelten den Tischler, der rückte deshalb das Fünfzigpfennigstück raus – und ging zur Polizei.

Ein Zeuge: Ich hab den Schweißer eine halbe Stunde beobachtet. Er hat mehrere Passanten genötigt. Richter Nosemann: „Das war räuberische Erpressung. Solche Fälle häufen sich. Da müssen wir durchgreifen."

Weder verblutet noch erfroren

Manchmal kann das Drecksblatt aber auch sehr pingelig mit der Wahrheit sein: Am gleichen Tag, an dem auf den Seiten 1 und 2 Horst-Günter Tolmein und Ernst Lütcke die linken Terroristen steppen ließen, entlarvte ebenfalls in der BamS ihr Kollege Reinhold Stimpert, daß der Vater von Gerda Haupt gar nicht im Ersten Weltkrieg vor Verdun verblutet ist. So ein Skandal! Dabei hatte Frau Haupt, Mitglied der SPD, doch am 22. Oktober an einer Friedensdemo in Hamburg mit einem Schild um den Hals teilgenommen: „Mein Vater verblutete vor Verdun, mein Mann erfror in Stalingrad. Meine Kinder und Enkel sollen nicht im Krieg umkommen." Aber der Vater ist gar nicht verblutet, sondern wurde im Ersten Weltkrieg nur verwundet. Ob wenigstens bei Verdun, muß auch noch bewiesen werden. Und erst der Ehemann. Der lebt sogar noch! Streng fragt ihn der BamS-Reporter:

„Waren Sie überhaupt im Krieg?"

Nein, nicht einmal das! Er war beim Roten Kreuz und konnte sich drücken. „Gott sei Dank", sagt er dazu auch noch. Da ist die wahrheitsliebende Sonntagszeitung aber sehr empört und textet:

Die bösen Lügen bei den Friedens-Demos
Weder verblutet noch erfroren

Stolze Kulturnation

Biblisch

Im biblischen Alter von 82 hat sich der gläubige Christ und Bankier Hermann Josef Abs um eine Bibel, um Deutschlands und Europas K u l t u r verdient gemacht: In einer b r i l l a n t e n Aktion r e t t e t e er das 700 Jahre alte Evangelien-Buch Heinrichs des Löwen (BILD berichtete). 30 Millionen Mark kostete es. Viel Geld!

Aber ohne G e i s t und ohne Geschichte wären wir nicht die stolze K u l t u r n a t i o n , weltweit geachtet.

S e i t J a h r z e h n t e n setzt sich Abs leise und energisch gegen den Ausverkauf deutscher Kunstwerke zur Wehr. Respekt und Dank!
(BILD, 8.12.)

(BILD, 8.12.)

Aus Scheiße Gold zu machen, ist rein gar nichts gegen so einen BILD-Kommentar! Aber wirklich, der Name Abs verbindet sich eng mit jenen 1000 Jahren, die Deutschlands Ruf als weltweit geachtete Kulturnation wenn auch nicht begründet, so doch auf die Spitze getrieben haben. Und das ging so:

Bis zum 31. Dezember 1937 war Abs Teilhaber von Delbrück, Schickler & Co., einem bekannten privaten Bankhaus in Berlin. Es wurde von den Naziführern bevorzugt ... Kurze Zeit nach seinem Eintritt in den Vorstand der Deutschen Bank am 1. Januar 1938 wurde Hermann J. Abs sein führendes und tatkräftigstes Mitglied. Er wurde auch der vertrauteste Verbindungsmann der Bank bei ihren Geschäften mit der Reichsregierung ... Der Einfluß von Abs auf die Regierung wurde von Schroeder, der ein Spezialist für die Beobachtung der Beziehungen zwischen dem Großkapital und der politischen Macht war, als "ungeheuer" beschrieben ... Emil Puhl, der Vizepräsident der Reichsbank, gab an, daß das persönliche Ansehen von Abs in führenden Regierungskreisen der Grund war, warum "die zuständigen Regierungsbeamten die Expansion der Deutschen Bank in großem Umfang begünstigten." ... **Die Deutsche Bank war der Exponent eines starken deutschen Banksystems, einer Art von System, die von den Nazis benötigt wurde, um ebenso schnell wie reibungslos ein K r i e g s p o t e n t i a l aufzubauen** ...

Abs gehörte dem Aufsichtsrat einiger der bedeutendsten Industrie- und Finanzunternehmen in Deutschland und in Ländern an, die von den Nazis beherrscht oder besetzt waren. In den Jahren 1941 und 1942 hatte Abs über 40 Aufsichtsratsämter inne. Abs' Billigung der in- und ausländischen Tätigkeit der Regierung spiegelte sich in seinen persönlichen Angelegenheiten ebenfalls wider ... Er nahm aktiv an der A r i s i e r u n g der Firma Adler & Oppenheimer teil. **Durch die persönliche Erwerbung früheren jüdischen Eigentums wurde er noch ein direkter N u t z n i e ß e r des Naziregimes ...**
(aus: "Bericht über die Ermittlungen in bezug auf die Deutsche Bank", dt. Übersetzung eines Berichts der US-Militärregierung vom November 1946).

Wer wäre fähiger, wer wäre würdiger, seinen Lebensabend mit einer kriminellen Transaktion zu beschließen, die v ö l l i g l e g a l abgewickelt wurde und die mit Phrasen über Geist, Geschichte und Kultur aufdringlich parfümiert werden muß? Bezahlt wird das hübsche kleine Kunstwerk (34,2 x 25,2 cm) selbstverständlich nicht von Herrn Abs, sondern im wesentlichen vom steuerzahlenden Volk. Das Geld fließt der Fürstenfamilie der Welfen zu, und zwar (laut FAZ vom 8.12.) nach diversen Abzügen noch netto 26,4 Millionen Mark. Im Übrigen sprechen alle Anzeichen dafür, daß bei der Auktion in London der Preis durch Absprachen künstlich in die Höhe gejagt wurde: zunächst war nur von einem voraussichtlichen Preis von einer Million Pfund die Rede gewesen, später von zwei bis vier Millionen, tatsächlich erzielt wurden schließlich 7,4 Millionen Pfund.

Die Frechheit soll man erst mal haben, dem Volk einen solchen tiefen Griff in seine Taschen auch noch so darzustellen, daß das Volk sich in der Rolle einer weltweit geachteten Kulturnation — also ausgerechnet! das darf doch wohl nicht wahr sein! — dumm geschmeichelt fühlt und das Geld gut angelegt meint in einem "Kulturgut der Nation", dessen bloße Existenz der BILD-Leser morgen sowieso schon wieder vergessen hat.

Doch nicht gekrochen

Walesa: Notfalls krieche ich zum Denkmal

Arbeiterführer Lech Walesa (40) will heute in Danzig am Denkmal für die Opfer der Arbeiterrevolte vom Dezember 1970 Blumen niederlegen. Walesa: „Ich gehe hin, selbst wenn ich kriechen muß. Falls mehr Arbeiter als Polizisten am Denkmal sind, werde ich auch zu meinen Freunden sprechen."
(BILD, 16.12.)

Walesa/Danuta legte Kranz nieder

Danuta Walesa (34) legte gestern vor dem Danziger ... einen weißroten Nelkenkranz nieder. Danuta: Lech liegt mit Fieber im Bett. Außerdem drohte die Werft ihn zu entlassen, wenn er selbst kommt.
(BILD, 17.12.)

Da nich für, Herr Rebmann!

Nur Pessimisten meinen, daß die Ak-

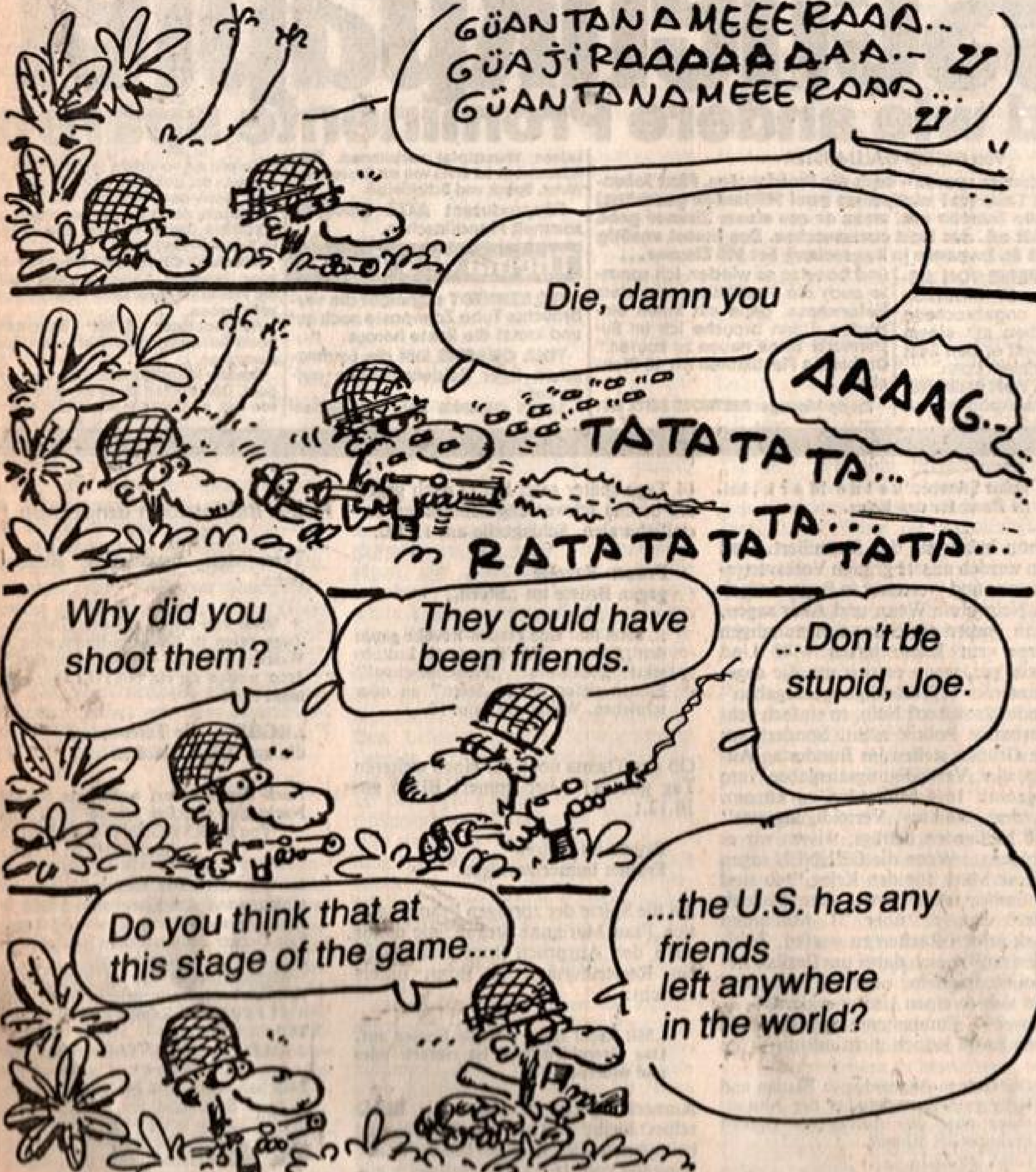
Nur Pessimisten meinen, daß die Aktionen gegen die „Nachrüstung" praktisch gar nichts gebracht haben. Andere sind zufrieden und rülpsen jetzt satt vor sich hin:

Generalbundesanwalt mit der Friedensbewegung zufrieden

KARLSRUHE, 14. Dezember. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat auf seiner Halbjahres-Pressekonferenz in Karlsruhe die Aktionen der Friedensbewegung vom Oktober als ‚im ganzen gesehen friedlich und maßvoll' bezeichnet. Für den deutschen Terrorismus sei es ein ‚Herbst der Isolation und auch der Frustration' gewesen, denn die Friedensbewegung habe sich konsequent von den Zielen des Terrorismus abgegrenzt ...

Rebmann, der im Sommer Teilnehmer von Blockadeaktionen nachdrücklich gewarnt hatte, sagte am Mittwoch wörtlich: „Der Herbst 83 hat die innere und äußere Sicherheit unseres Staates bedeutend weniger berührt, als wir noch im Juli dieses Jahres angenommen haben." Auch die behutsamen und besonnenen Reaktionen des Staates hätten zu einem „neuen Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Nachrüstungsdemonstranten, auch zwischen Bürger und Polizei geführt."
(„Frankf. Rundschau, 15.12.)

Aber da doch nich für, Herr Rebmann! Jederzeit wieder zu Ihren Diensten. Hat uns gar keine Umstände gemacht. Beehren Sie uns recht bald wieder. Und einen schönen Gruß auch an Herrn Leinen. Nein, wirklich nichts zu danken, Herr Bu...äh..Bundesanwalt.



„Warum hast du sie erschossen? Sie hätten Freunde sein können." — „Sei nicht dumm, Joe. Glaubst du, in diesem Spielstadium haben die USA noch irgendwo Freunde auf der Welt?"

Eine nicht überflüssige Bemerkung

Alle Überschriften und Texte, die durch kleinere Schrift als Z i t a t e gekennzeichnet sind, sind w i r k l i c h e Zitate, sofern es nicht ausdrücklich und eindeutig anders angemerkt ist. Einzig und allein die Hervorhebungen (gesperrt, fett) entsprechen zum Teil nicht den Originalen.

Zusammenstellung: Kt., Hamburg

Grüne Ostpolitik



Daß die Grünen kein Konzept für eine eigenständige Außenpolitik haben, könnte gerade noch verschmerzt werden. Zum Ärgernis wird es aber dadurch, daß t r o t z d e m von der Grünen Partei eine Reisetätigkeit und Pseudo-Diplomatie entfaltet wird, die eindeutig mehrere Nummern zu groß ist. Der grüne Bundestagsabgeordnete Dirk Schneider notierte (9.10.83): „... *Auch wer in welches Land reist und was dann diese Reisen politisch gebracht haben, erfährt man oft nur aus der Zeitung, obwohl diese Reisen natürlich Geld kosten und teilweise bei ihrer Planung auch viel Zeit aufgewendet wurde. Das Problem der mangelnden Transparenz, also der umfassenden Informierung untereinander, ist inzwischen als solches erkannt, und künftige Beschlüsse sollen Abhilfe schaffen. Schließlich sehen alle ein, daß es ein Unding ist, wenn nach einem halben Jahr nur wenige Protokolle der Fraktionsführung aus dem September existieren und von wichtigen Reisen kaum ein einziger Bericht.*"

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Dirk Schneider beschäftigt sich nur mit der trotstlosen Selbstherrlichkeit und Desorganisationen der grünen Abgeordneten im Umgang m i t e i n a n d e r. Daß die Bundesfraktion als Ganzes völlig von Basisdebatten und Basisbeschlüssen losgelöst ist, wird p r a k t i s c h von niemandem in Frage gestellt. Daß der Bundesvorstand der Grünen Partei neuerdings entschiedener versucht, mitbestimmend und kontrollierend auf die Bundestagsgeschäfte Einfluß zu nehmen, ist vorerst der Gipfel an Basisdemokratie, und real durchgesetzt ist das noch nicht einmal. Allzu lange hat man in dem berühmten „grün-alternativen Spektrum" persönliche Selbstherrlichkeit und Willkür mit Demokratie verwechselt, während verbindliche politische Festlegungen und gar Kontrolle durch Basisgremien als schlimmes Erbe des Stalinismus verteufelt wurden. Eine Parteibasis, die anscheinend sehr wenig Interesse hat, nicht nur einmal im Halbjahr das obligatorische Parteitags-Gemopper loszuwerden, sondern auch kritisch in die Bonner Geschäfte e i n z u g r e i f e n, erleichtert die Aufrechterhaltung des status quo.

Ziele grüner Ostpolitik

Grüne Ostpolitik schwankt zwischen einer Gleichsetzung der „beiden Blöcke" einerseits und einer deutlichen Relativierung zugunsten der Sowjetunion andererseits. So wird einerseits von den meisten führenden Grünen eingeräumt, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu den USA nicht an weltweiter (militärischer) Konfrontation interessiert sei, sondern einen ernstzunehmenden Willen zum Frieden habe. Andererseits wird behauptet, die Sowjetunion folge im Grunde der gleichen militärischen Logik wie die USA, und der Friedensbewegung im Osten gehe es eigentlich noch viel schlechter als der hier. Daraus ergibt sich für die grüne Praxis das Problem, daß sie das,

Andererseits wird behauptet, die Sowjetunion folge im Grunde der gleichen militärischen Logik wie die USA, und der Friedensbewegung im Osten gehe es eigentlich noch viel schlechter als der hier. Daraus ergibt sich für die grüne Praxis das Problem, daß sie das,

was sie z u g u n s t e n der Sowjetunion zu vermitteln versucht (wie z.B. Otto Schily in der „taz" nach der Rückkehr aus Moskau), gleich wieder selbst dementiert.

Recht widersprüchlich sind denn auch die Erwartungen der Grünen an ihre Ostpolitik:

— Da gibt es zum einen die Illusion, man werde im Osten als ein machtpolitischer Faktor ernstgenommen und könne auf dieser Grundlage einen wichtigen eigenen Beitrag zur Rettung der Entspannungspolitik leisten: Wenn sich durch das Scheitern der Genfer Verhandlungen und andere Umstände die Ost-West-Beziehungen total verhärten, könne den Grünen immer noch eine hochbedeutungsvolle Brücken-Funktion zukommen.

— Da gibt es sogar die Illusion, man könne mit der Pose des reinen Toren (bzw. noch besser: der reinen Törin — eine Rolle, die sich Petra Kelly auf den Leib geschrieben hat) den östlichen Staatsmännern ins Gewissen reden und ihnen einseitige Abrüstungsschritte schmackhaft machen.

— Es gibt andererseits die Hoffnung, man könne die Regierungen des Ostens unter D r u c k setzen bzw. ihnen einen P r e i s für das einheimische friedenspolitische Engagement abverlangen. Also: „Weil wir gegen die NATO-Nachrüstung eintreten, erwarten wir als G e g e n l e i s t u n g einseitige Abrüstungsschritte der Sowjetunion".

— Teile der Grünen — vor allem jene mit einer ML-Vergangenheit — sehen Kontakte zu den Regierungen des Ostens generell nur durch die taktische Optik. Also zum einen die gute, alte Entlarvungsstrategie („Die Sowjetunion ist in Wirklichkeit auch nicht besser als die USA"), und zum anderen der Versuch, mit diplomatischen Mitteln Freiräume für die Oppositionsgruppen im Osten zu erkämpfen, wobei es ziemlich gleichgültig ist, für welche politischen Ziele diese Oppositionsgruppen eintreten.

In der Praxis sind Reibungen unvermeidlich — wenn man zum Beispiel an den guten Willen der östlichen Regierungen appellieren u n d ihnen gleichzeitig durch Unterstützung der dortigen Oppositionsgruppen in den Hintern treten will.

Moskau: Außer Spesen nichts gewesen!

Die Reise einer grünen Delegation nach

Moskau: Außer Spesen nichts gewesen!

Die Reise einer grünen Delegation nach

Moskau war zunächst für die Zeit vom 3. bis 6. Oktober fest vereinbart und geplant. Dann teilten Petra Kelly und Gert Bastian kurzfristig mit, daß sie nicht — wie vorgesehen — an der Reise teilnehmen würden, da sie alternativ dazu wieder einmal in den USA mehr für ihre privaten Philosophien als für „die grüne Sache" werben wollten. Was die beiden n i c h t mitgeteilt hatten, erfuhr die grüne Bundestagsfraktion erst wenige Tage vor dem Reisetermin, und zwar zufällig, durch die sowjetische Botschaft: Kelly und Bastian hatten sich klammheimlich für die Zeit vom 14. bis 18. November in Moskau angemeldet. Wenn man weiß, daß das unzertrennliche Gespann ohnehin schon eine Fraktion in der Fraktion bildet und sich gegebenfalls um Fraktionsbeschlüsse einen Dreck kümmert (Bastian fühlt sich erklärtermaßen nicht einmal an Parteitagsbeschlüsse gebunden), wird der Zweck der Separatreise klar: ein Parallel-Unternehmen zur offiziellen Reise der Grünen, mit der erheblichen Zugkraft der Namen Kelly und Bastian, und ganz im Sinne von deren speziellen politischen Vorstellungen.

Wie bekannt, wurde die Moskaureise daraufhin erst einmal abgesagt. Obwohl die Wellen der Empörung zunächst sehr hoch geschwappt hatten, konnten Dreck und Wellen fraktionsintern wie schon so oft unter den strapazierfähigen Teppich gekehrt werden. Heraus kam ein neuer, nun gemeinsamer Reisetermin, Ende Oktober.

Was wollte man eigentlich in der Sowjetunion? Abgesehen von den notorischen Selbstdarstellern, für die der Inhalt noch nie ein Problem war, herrschte darüber in der grünen Bundestagsfraktion weder Klarheit noch Einigkeit. Zwar war am 6.9. von der Fraktion beschlossen worden: Vor der Reise nach Moskau sollten die Teilnehmer/innen „eine Konzeption vorlegen". Sich dran zu halten, hielt anscheinend keiner der Reisenden für nötig. Am 11.10. (eine Woche n a c h dem zunächst geplanten Reisebeginn!) war man immerhin soweit, in der Fraktion zu diskutieren: **„Gibt es eigentlich ein eindeutiges Konzept für die Moskaureise?"** (Vorweg verraten: Nein und nochmals nein!) **„Was könnten wir von der Sowjetunion verlangen...? Was bringen Auslandsreisen grundsätzlich?"** (Eine sehr intelligent gestellte Frage, die aber wieder niemand beantworten mochte). Verbindliche Beschlüsse wurden anscheinend in der Fraktion zu diesen Fragen nicht gefaßt, und die „taz" vermeldet süffisant, daß erst w ä h r e n d des Fluges nach Moskau, angeblich zwischen Beck-Oberdorf und

sehr intelligent gestellte Frage, die aber wieder niemand beantworten mochte). Verbindliche Beschlüsse wurden anscheinend in der Fraktion zu diesen Fragen nicht gefaßt, und die „taz" vermeldet süffisant, daß erst w ä h r e n d des Fluges nach Moskau, angeblich zwischen Beck-Oberdorf und

Schily, die konkrete Forderung an die sowjetische Regierung ausgeknobelt worden sei. Vielleicht war es aber auch erst später während des Festbanketts, zwischen dem dritten und dem vierten Gläschen Andropowskaya. Jedenfalls, die Grünen forderten ihre sowjetischen Gesprächspartner auf, e i n s e i t i g mit der Verschrottung der SS 20 zu beginnen. Petra Kelly hatte das sogar in kyrillischer Schrift — das ist die einzige Sprache, die der Russe versteht! — auf ihrem Pullover stehen. Natürlich hatte sie zum Wechseln auch noch ein gelbes T-Shirt mit, auf dem ihre Gesprächspartner zur Achtung der Menschenrechte und zur Auflösung des Warschauer Pakts aufgefordert wurden. Vergleichsweise ärmlich nahm sich dagegen MdB Milan Horacek aus, der lediglich mit einer Solidarnosc-Plakette zu provozieren versuchte. Daß die Gegenseite auf ähnliche Utensilien — z.B. Buttons „Macht die DKP stark!" oder T-Shirts mit der Aufschrift „Der Frieden muß bewaffnet sein" — verzichtete, unterstreicht noch einmal, auf welcher Seite vom Tisch die Politiker saßen und auf welcher Seite die Kinder. Da konnte auch eine auf wenige Minuten begrenzte Selbstdarstellung für die West-Medien auf dem Roten Platz nichts mehr verderben.

Nach der Reise äußerten sich die Grünen bitter enttäuscht und bestürzt, **„daß die Argumentationen in Ost und West sich so sehr gleichen"** und daß die sowjetische Regierung nichts von einseitiger Abrüstung hören will. Um das zu erfahren, hätte man jedoch nicht nach Moskau reisen müssen, zumal die Fliegerei nicht ganz ungefährlich ist und auch nicht von allen Menschen als reine Lust konsumiert wird. Ein Argument, warum die Sowjetunion irgendeinen Nutzen von einseitiger Abrüstung haben könnte, hatten die Grünen nicht mit nach Moskau gebracht. Höchstens dies: „Wir hätten es dann leichter, auch bei uns Abrüstungsschritte durchzusetzen". Heilige Einfalt! Da kennt man in Moskau ganz einfach die deutsche Mentalität sehr viel besser.

Jenseits von Mauer und Stacheldraht

Von Moskau aus ging es gleich weiter in die Stadt mit dem einprägsamen Vornamen Berlin und dem extravaganten Nachnamen Hauptstadt der DDR. Eine Demonstration grüner Prominenter auf dem Alexanderplatz vor ein

Von Moskau aus ging es gleich weiter in die Stadt mit dem einprägsamen Vornamen Berlin und dem extravaganten Nachnamen Hauptstadt der DDR. Eine Demonstration grüner Prominenter auf dem Alexanderplatz vor ein

paar Monaten hatte den Weg direkt zu Honecker gebahnt. Laut inoffiziellem Kommunique soll ein *„Austausch der Positionen"* („taz") stattgefunden haben. Diese Darstellung erscheint aber wenig glaubwürdig, denn nachher hatten alle noch genau dieselben Positionen wie vorher. Vielleicht hat wenigstens ein Austausch der Trikots stattgefunden? Feststeht auf jeden Fall, daß ein Austausch von Petra Kelly's T-Shirt stattfand: dem Staatsratsvorsitzenden signalisierte sie ihre Forderung, „Schwerter zu Pflugscharen" zu machen. Honecker setzte sein Peinlichkeitsgesicht auf, das wir noch aus der Zeit kennen, als Helmut Schmidt den Staatsratsvorsitzenden vor laufenden Kameras und Mikros mit Scherzen in Verlegenheit zu bringen pflegte. Vermutlich mit demselben Gesichtsausdruck unterschrieb Honecker zwei Punkte eines idiotischen „Persönlichen Friedensvertrags" — Verzicht auf Gewaltanwendung zwischen Honecker und der grünen Delegation!! —, nahm eine kleine „Schwerter zu Pflugscharen"-Statue entgegen („taz": „höflich lächelnd") und reagierte schließlich auf das grüne Ansinnen einer in Ost und West zu übertragenden Fernsehdiskussion mit einem zu nichts verpflichtenden Gebrabbel, das die grünen Gäste prompt als Zustimmung werteten und triumphierend in die Welt hinaustrompeteten.

Positiv war immerhin zu verbuchen, daß der Staatsratsvorsitzende zu Ehren seiner Gäste eine politische Gefangene freigab — ein uralter und schöner diplomatischer Brauch — und für einen weiteren Gefangenen eine „Überprüfung" versprach. Außerdem nahm er eine Liste mit den Namen von 30 Inhaftierten — angeblich alle der „unabhängigen Friedensbewegung" zugehörig — entgegen. Soweit gar nicht schlecht. Aber ein T e i l der grünen Prominenz war — vermutlich wieder einmal aufgrund einer maßlosen Selbstüberschätzung — nun der Meinung, das Erreichte noch offensiv ausbauen zu müssen...und zu können. Auf einer Pressekonferenz wurde bekanntgegeben, daß Grüne und Mitglieder der „unabhängigen Friedensbewegung" der DDR am 4.November in Ostberlin eine Petition bei den Botschaften der Sowjetunion und der USA übergeben wollten. Diese Petitionsübergabe sollte nach dem Willen einiger führender Grüner (an erster Stelle Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann) in eine öffentliche Demonstration verwandelt werden. Das hätte die Funktion gehabt, das in der DDR faktisch bestehende totale Demonstrationsverbot (abgesehen natürlich von Paraden unter staatlicher Regie) spektakulär zu durchbrechen. Für jemanden, dem vor allem daran gelegen ist, die DDR möglichst oft als Polizeistaat ins Bewußtsein der BRD-Bevölkerung zu bringen, war das eigentlich eine glänzende Idee. Da die grünen Initiatoren aber (gewiß zu recht) bestreiten werden, eben d i e s e Absicht gehabt zu haben, bleibt das Unternehmen einfach nur eine Riesendummheit. Die DDR reagierte berechenbar. Auf Details kann hier verzichtet werden. Viele Leute, die sich im Vertrauen auf die Schutzfunktion der Grünen zur Demo eingefunden hatten, wurden festgenommen; außerdem gab es zahlreiche vorbeugende Festnahmen und Hausarrest-Verfügungen. Von den vier angereisten grünen Prominenten wurden zwei gar nicht erst nach Ostberlin hineingelassen und zwei wenig später zurückgeschickt. Es entwickelte sich an diesen Vorgängen eine höchst interessante Debatte, jedoch al-

gab es zahlreiche vorbeugende Festnahmen und Hausarrest-Verfügungen. Von den vier angereisten grünen Prominenten wurden zwei gar nicht erst nach Ostberlin hineingelassen und zwei wenig später zurückgeschickt. Es entwickelte sich an diesen Vorgängen eine höchst interessante Debatte, jedoch al-

lem Anschein nach wieder einmal engstens auf die grüne Bundestagsfraktion begrenzt, ohne der Basis wenigstens ein paar kleine Einblicke zu gewähren. Eine durchschnittliche Großbaustelle in der BRD ist heute transparenter angelegt.

Kt., KB

Anmerkung zu dieser Beilage

Diese Artikel-Zusammenstellung erscheint parallel als Beilage zum „Arbeiterkampf" (Kommunistischer Bund) und zu den „Politischen Berichten" (Bund Westdeutscher Kommunisten). Im Mittelpunkt der Texte stehen die Versuchungen und Gefahren, die sich für die Grüne Partei und die von diesen repräsentierten politischen Strömungen aus einem Abgleiten auf Positionen eines „neuen Nationalismus" ergeben könnten. Nicht zufällig wird schon seit längerem von interessierter Seite im In- und Ausland versucht, die Grün-Alternativen und die Friedensbewegung als eine im Grunde nationalistische Bewegung darzustellen und ihnen zugleich gerade d i e s e n Weg schmackhaft zu machen.

Es sei nicht verschwiegen, daß unsere Kritik an, wie wir meinen, verhängnisvollen Entwicklungstendenzen der Grün-Alternativen aus einem sozialistischen Selbstverständnis kommt. Das erscheint uns umso wichtiger, nachdem die letzte organisierte sozialistische Strömung in der Grünen Partei, die ISP/„Moderne Zeiten", ihre Kritik fast nur noch parteiintern und zu gelegentlichen Einzelpunkten vorträgt, ohne einen programmatischen Zusammenhang herzustellen und ohne noch organisiert die Auseinandersetzung um Programm und Praxis der Grünen zu führen.

In der Beurteilung der grünen Politik herschen zwischen KB und BWK sowohl Übereinstimmung als auch Differenz, wobei die Übereinstimmung überwiegt, aber auch einige Differenzen noch erheblich sind.

Die einzelnen Artikel dieser Beilage geben die Meinung der Autoren und weitgehend auch ihrer Organisationen wieder, nicht aber unbedingt auch gemeinsame Meinung von KB und BWK.

Für den Neuaufbau Europas „von unten"?

Die GRÜNEN vor der Entscheidung über Europa-Kandidatur

Die Wahlkampfplanung der Europa-Bundesarbeitsgruppe der GRÜNEN für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 17.6.84 ist weit fortgeschritten. Ein „Konzeptvorschlag einer Kulturveranstaltungsreihe für den Europawahlkampf 1984" sieht vor, daß sich nach dem Vorbild des Bundestagswahlkampfs eine „Große Grüne Raupe" durch zehn europäische Städte bewegen soll: Von Frankfurt/München aus soll's gehen – nach Salzburg/Innsbruck/Wien! Von dort nach – Genf/-Zürich, und enden schließlich soll die Tournee in – Göteborg. Zu erheblichem Teil findet der Wahlkampf damit in Ländern statt, die der EG nicht angehören. Ob der Europa-Arbeitsgruppe in vollem Umfang klar ist, was sie sich da ausgedacht hat? Womöglich glaubt sie, so nutze der Europawahlkampf dem Aufbau einer grünen Internationale unter Führung der GRÜNEN. Dabei aber organisieren sie einen deutschen Propaganda-Feldzug für die Erweiterung der EG um Österreich, die Schweiz, Schweden und und greifen damit geltendes Völkerrecht voll an, d.h. den österreichischen Staatsvertrag (Friedensvertrag), in dem die Neutralität Österreichs festgelegt und jegliche Union mit „Deutschland" verboten ist.

Die formelle Beschlußfassung über die Beteiligung der GRÜNEN an den Europa-Wahlen steht jedoch noch aus. Unumstritten ist sie nicht. Der Bundeshauptausschuß empfiehlt fast einmütig die Kandidatur. Aber zumindest besteht noch die Möglichkeit, daß die Anfang nächsten Jahres tagende a.o. Bundesversammlung dagegen entscheidet.

Auch ausgesprochen „europäische" GRÜNE wie Petra Kelly greifen die EG an als „*Konzept einer arroganten und ausbeuterischen kapitalistischen Handelsmacht*", als „*das Europa der multinationalen Konzerne, das Europa der vereinigten Atomkraftwerke, der vereinigten Sprengköpfe und das Europa der Ressourcenverschwendung*". (1) Auch das von der Bundesarbeitsgruppe Europa ausgearbeitete „grüne Europa-Wahlprogramm in Kurzform" beinhaltet deutliche Kritik:

„*Die Wirtschaftspolitik der EG ist eine Politik für Konzerne und gegen die Interessen der Arbeitnehmer und der Verbraucher gerichtet. Die Agrarpolitik, die etwa 80 Prozent des EG-Haushaltes beansprucht, hat die Konzentration auf industrielle Agrarfabriken und Nahrungsmittel beschleunigt und damit – zum Ruin der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe – zur Vergiftung der Böden und Nahrungsmittel beigetragen. Die Atomgemeinschaft (EURATOM) trieb mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) eine menschen- und umweltfeindliche Energiewirtschaft voran. In der Außenpolitik, insbesondere in der Haltung gegenüber den Ländern der Dritten Welt, ist die EG in keiner Weise ihrer Verantwortung gerecht geworden*", obwohl die heutigen Mitgliedsländer „*als Kolonialmächte und imperialistische Eroberer seit Jahrhunderten die Länder und Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika ausgebeutet, unterjocht und an eigenständiger Entwicklung gehindert haben. Die Mehrheit des 1979 zum ersten Mal direkt gewählten Europäischen Parlaments hat ... sich zum Vorreiter einer Militarisierung der EG aufgeschwungen, indem sie – eine europäische Rüstungsagentur vorgeschlagen hat, – eine militärische Flottenkooperation der EG-Länder im Südatlantik fordert*". Für die Haltung der GRÜNEN zur EG zieht das „Kurzprogramm" sodann das Fazit: „*Die GRÜNEN sind Teil einer umfassenden Bewegung, welche die Europäische Gemeinschaft in ihren jetzigen Zielen in Frage stellt.*"

Aus einer solchen Positionsbestimmung ergibt sich, trotz der Einschränkung „in ihren jetzigen Zielen", eine Beteiligung an den Wahlen nicht. Im Gegenteil müßte auch den GRÜNEN an der *Schwächung* der Europäischen Gemeinschaft gelegen sein, an der Schwächung aller Versuche gerade auch der BRD-Imperialisten, den EG-„Überstaat" auszubauen (z.B. im Bereich der „inneren" und der „äußeren Sicherheit"). Und unzweifelhaft trägt jede Partei, die gegen die Wahlen zu einem der EG-„überstaatlichen" Organe, dem Europäischen Parlament, auftritt, und jeder Wahlberechtigte, der nicht wählt, zu einer solchen Schwächung bei. Aus diesen Gründen sind wir für den Boykott.

Trotzdem scheint eine starke Strömung innerhalb der GRÜNEN die Beteiligung zu wollen. Sie will den „Neuaufbau Europas von unten". – Aber warum eigentlich brauchen die GRÜNEN „Europa"? Zu umweltpolitischen Zwecken, einem der Schwerpunkte im „Kurzprogramm', brauchen sie „Europa" nicht. Die GRÜNEN schreiben dort selbst, daß Umweltschäden „*gesellschaftspolitische* Ursachen" haben; also können sie nur durch *gesellschaftspolitische* Veränderungen beseitigt werden und nicht durch die europäische Weiterung der Sichtweise. Daß das für alle Anliegen der GRÜNEN zutrifft, die sich klar auf Interessen von Menschen beziehen, ist hier nicht weiter auszuführen – der Zwang zur Begründung liegt im Gegenteil bei den grünen Europäern.

Die Vorstellungen über das neuaufzubauende „Europa von unten" sind noch – und bleiben's wahrscheinlich auch – ziemlich nebulös. Im letzten Abschnitt des „Kurzprogramms" wird hinsichtlich des „von unten" ausgeführt: „*Wir wollen ein ‚Europa der Regionen', der historisch gewachsenen, selbstbestimmten, aber untereinander vernetzten Einheiten.*" Zur Ergänzung Petra Kelly, die gegen das „Europa in Brüssel" ins Feld führt „*die Menschen in den dezentralen Regionen Europas, die wie z.B. im Dreiländereck Wyhl, im alemannischen Raum am Kaiserstuhl, jeden Tag ein Stück Schicksalsgemeinschaft und europäische Identität leben und erfahren*". (1)

Das Schlüsselwort für die „historisch gewachsene Einheit" ist die „Schicksalsgemeinschaft". Wodurch ist sie definiert? Nicht durch einen einheitlichen Wirtschaftsraum, nicht durch eine gemeinsame Geschichte, auch nicht durch die Geschichte eines gemeinsamen Kampfes der unterdrückten Klassen, zumindest seit dem Westfälischen Frieden von 1648 nicht mehr. Das „historisch Gewachsene", das den „alemannischen Raum" zu einer der „dezentralen Regionen" macht, die sich dann „untereinander" zu Europa „vernetzen" sollen, ist die Sprache. Das Alemannische ist eine deutsche Mundart, die außer in größeren Gebieten Baden-Württembergs auch in der Schweiz, im Elsaß, in Liechtenstein und in Vorarlberg gesprochen wird, und die „Einheit", die „Schicksalsgemeinschaft", ist – kann's nur sein – die alemannische „Volksgruppe" als Untergruppe deutschen „Volkstums".

Soll aber die politische Landkarte Europas statt durch Nationalstaaten durch solche durch den Sprachraum und die „Volksgruppe" gekennzeichneten „Regionen" gestaltet werden, ergibt sich das interessante Phänomen: Viele dieser „Regionen" sind „deutsch". Zählt man einmal alle zusammen, dann kommen die „Deutschen" in einem „Europa der Regionen" auf fast 90 Mio. Zungen, mit „Volksgruppen" von Ural bis fast nach Portugal. So viel können Franzosen und Engländer nicht einmal zusammen aufbringen. Da nimmt nicht wunder, wenn die völkisch bestimmten bzw. beeinflußten Europa-Vorstellungen seit eh und je in Deutschland behaust sind. Etwas Fortschrittliches ist davon niemals ausgegangen; vielmehr haben sie den verschiedenen blutigen Versuchen des deutschen Imperialismus, Europa „neu zu ordnen", stets ideologische Rückendeckung gegeben.

Zwar entwickeln die GRÜNEN ihr europäisches Konzept z.T. auch in Kritik an deutschem Nationalismus und Chauvinismus. Aber ihre Kritik ist nicht fortschrittlich, und ihre Propaganda des „Europa der Regionen" tut dem BRD-Imperialismus nicht weh. Im Gegenteil käme eine wachsende Popularität des „Volksgruppen"-Gedankens ihrer langerprobten diesbezüglichen Einmischungspolitik zupaß, die Dregger kürzlich so formulierte: „*Wir stehen auch den Deutschen bei, die loyale Glieder anderer Staatsvölker sind, die aber um ihre deutsche Sprache und Kultur kämpfen müssen ... Die Bundesrepublik Deutschland ist der Anwalt und die Heimstatt aller bedrängten Deutschen, ich betone: aller bedrängten Deutschen.*" (2)

(sec, BWK)

(1) Dtsch. Bundestag, Stenograph. Bericht v. 22.6.83, S. 919 ff.
(2) ebenda, 23.6.83, S. 1013

Dokumente

Dr. Antje Vollmer

AN ALLE FRAKTIONSMITGLIEDER

Betrifft: Fraktionsprotokoll über den DDR-Besuch und die Aktion am 4. November in Ost-Berlin

Nachdem ich das Protokoll der letzten Fraktionssitzung und insbesondere den Bericht von Lukas Beckmann in der Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstandes über die Aktion am 04. November gelesen habe, sehe ich, daß ich meine Einschätzung, Kritik und Fragen zu diesem Punkt wohl doch etwas deutlicher formulieren muß. Bei der letzten Fraktionssitzung hat mein Wunsch, dabei vorsichtig in persönlichen Urteilen zu sein, offensichtlich mehr zu Unklarheiten geführt, wie das Protokoll zeigt.

1. Ich halte das Honecker-Gespräch — so wie es verlaufen ist — sowohl unserem Auftreten nach als auch in den konkreten Ergebnissen, in der öffentlichen Wirkung hier und in der DDR für einen großen politischen Erfolg der Grünen.

Bei realistischer Einschätzung der politischen Verhältnisse in der DDR hätte uns das gerade dazu führen müssen, zu sehen, daß dieser Erfolg seine Grenzen hat und nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann. Eine solche realistische Einschätzung der Situation in der DDR mußte ein weiteres Nachgeben eher pessimistisch beurteilen. Wir haben das Gegenteil getan.

2. Die „Euphorie" anläßlich unseres Besuches in der DDR-Friedensbewegung kam nicht nur „spontan", wie Lukas dies hinstellt, sondern hat sehr viel mit unserem eigenen Auftreten zu tun:
- Mit den Fernsehverlautbarungen, was wir alles erreicht hätten,
— mit Lukas Ankündigung auf der Pressekonferenz: „Wir werden am Freitag hier in Ost-Berlin mit Freunden aus der DDR-Friedensbewegung demonstrieren!"
— mit der Einschätzung, daß die Grünen durch ihre bloße Existenz ein öffentliches Auftreten der Friedensbewegung in der DDR absichern könnten,
— mit den wiederholten Äußerungen: Öffentliche Ankündigung ist der beste Schritt, die DDR wird sich in der jetzigen Situation nicht getrauen, gegen die Friedensbewegung vorzugehen.

3. Die Freitags-Aktion hat einen guten Teil des politischen Ansehens, daß die Grünen gewonnen hatten, zerstört. Dies aus verschiedenen Gründen.

4. Konkret sind meines Erachtens folgende Fehler gemacht worden:

4.1 Von seiten der Kirche in der DDR war die Bitte gekommen, Honecker in unserem Gespräch einen Hinweis zu geben, daß Freitag die Petition übergeben werden sollte. Die öffentliche Ankündigung in der Pressekonferenz war damit **nicht** gemeint. Wenn dies noch (in der Eile der Informationszeit) ein Mißverständnis von Lukas sein konnte, so war mindestens am nächsten Tag ganz deutlich, daß die Kirchenvertreter dies als einen großen Fehler ansahen. Wir wurden deshalb noch einmal zu einem Gespräch ins Konsistorium gebeten (Lukas, Eppelmann und ich).

4.2 In diesem Gespräch hat Lukas die Kirchenleute in dem Glauben gelassen, es wäre möglich, die Aktion noch auf einen begrenzten Rahmen (kein West-Fernsehen, keine Prominenten aus dem Westen, etwa 25 Leute) zu reduzieren.

4.3 In dem unmittelbar anschließenden Gespräch mit einer Gruppe der Frauen der DDR hat sich Lukas an diese Zusage **nicht** gehalten, sondern die dort vorhandene Aktionsbegeisterung aufgenommen, öffentlich den Treffpunkt und den Beginn der Aktion genannt und gesagt, die Zahl 25 „sei von den Kirchenleuten offensichtlich auch nicht so ganz ernst gemeint" gewesen. Das kam einer Ermutigung gleich und hier liegt meine schärfste Kritik. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hatte die Aktion am 04. November aus meiner Sicht Züge eines politischen Roulett-Spiels, wo man vielleicht gewinnen, wahrscheinlich aber verlieren würde. Nur das Risiko trugen nicht wir!

4.4 Spätestens am Dienstag, als Professor Heber vom ZK in Bonn war, war abzusehen, daß die DDR alles tun würde, die Aktion am 04. November zu unterbinden. (Die Kirchenleute hatten uns in der selben Richtung nachdrücklich gewarnt) Trotzdem wurden Waltraud und Milan **ohne jede Vorinformation** von Lukas nach Ost-Berlin geschickt, sie waren also weder über die zu erwartende Situation in der DDR noch über die zu erwartende Kritik der Kirchen vorbereitet. Warum?

5. Meine persönliche Meinung ist, daß die Aktion vom 04. November
— in der Vorbereitung massiv in die Autonomie der Friedensbewegung der DDR eingegriffen und damit Grüne Prinzipien verletzt hat,
— Hoffnungen der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, die Grünen und die westlichen Medien als konstanten Sicherheitsfaktor der eigenen Bewegung einzuplanen, geschürt hat,
— die Widersprüche zwischen der Friedensbewegung in der DDR und der kirchlichen Friedensbewegung verstärkt hat (was ja auch notwendig sein mag, was aber keinesfalls von uns kommen darf),
— das Verhältnis der Grünen zu den Kirchen in der DDR nachhaltig beeinträchtigen wird.

6. Dabei gehe ich von der politischen Einschätzung aus, daß die Kirchen in allen Staaten des Ostblocks von großer politischer (Bedeutung sind) (Beispiel Polen, CSSR). Insbesondere die Evangelische Kirche in Berlin Brandenburg bietet im Augenblick keine Ansatz zu politischer Distanz (sie stand unmittelbar vor Beginn der Friedensdekade, die sie unter das Symbol Schwerter zu Pflugscharen gestellt hatte; Bischof Forck hatte geplant, versucht und inzwischen auch durchgeführt, die Petition in den Botschaften zu übergeben; er hat am 06. November öffentlich in den Kirchen die Mobilisierung in den DDR-Betrieben zu einer Nachrüstungsunterschriftenkampagne öffentlich verurteilt).

Um so schwerwiegender empfinde ich es, wenn wir von dieser Kirche in der jetzigen Situation als politisch unzuverlässig angesehen werden, was mir inzwischen wiederholt aus der DDR bestätigt wurde.

7. Die Rolle der Evangelischen Kirche gegenüber der Friedensbewegung in der DDR ist keineswegs schlichtweg vergleichbar mit der Rolle der Kirchen in unserer Friedensbewegung oder gar der Rolle der SPD gegenüber der Friedensbewegung. Dabei habe ich keine Illusionen über die Notwendigkeit des Aufbaus einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR und über die Grenzen der offiziellen Kirchen gegenüber solchen unabhängigen Bewegungen. Dies Verhältnis aber festzulegen, ist genau die Aufgabe der Friedensbewegung in der DDR. Da haben wir uns **nicht** einzumischen.

Ich fände es gut, wenn wir in der Fraktion über diese meine Einschätzung noch einmal diskutieren könnten.

Dr. Antje Vollmer

★

Dirk Schneider

An den
Bundesvorstand der GRÜNEN

Antrag

Der Bundesvorstand kritisiert den Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann, weil er bei der Organisierung von Unterstützungsmaßnahmen für die kirchliche Friedensaktion am 4.11.83 in Berlin (Ost) eine Reihe von selbstherrlichen Entscheidungen getroffen hat, die in unverantwortlicher Weise in das Leben von Hunderten von Menschen eingegriffen haben.

Lukas Beckmann hat, ohne sich mit dem Bundesvorstand oder der Fraktion rückzukoppeln, Handlungen geplant und durchgeführt, die eine große politische Tragweite haben. Sein Vorgehen wäre vertretbar, wenn es eine gemeinsame beschlossene Strategie der GRÜNEN zur Deutschlandpolitik gäbe als Rahmen für entsprechende dezentrale oder persönliche Aktionen. Beim derzeitigen Fehlen einer solchen klaren Linie setzen die Handlungen von Lukas Beckmann Fakten, die die GRÜNEN zu einem überlegten Vorgehen unfähig machen.

In der Art, wie Lukas gehandelt hat, liegen deutliche Züge von Geheimdiplomatie und Machtpolitik, die den basisdemokratischen Grundsätzen der GRÜNEN Hohn sprechen.

(Dirk Schneider)

★

Dirk Schneider

An die
Mitglieder
der Fraktion DIE GRÜNEN

Chronologie der gescheiterten Aktion am 4.11. in Ostberlin

Für den Beginn ihrer diesjährigen Friedensdekade, am Freitag, dem 4.11.83 wird in Kirchenkreisen der DDR die Übergabe von Petitionen zur Abrüstung bei den Ostberliner Botschaften der USA und der UdSSR geplant..

Am 30.10. teilt Lukas Beckmann auf einem Vorbereitungstreffen für das geplante Honecker-Gespräch den Mitgliedern der grünen Delegation mit, daß er im Zusammenwirken mit ehemaligen DDR-Bürgern die Beteiligung von GRÜNEN und ausländischen Freunden an der Freitagsaktion organisiert habe. Die Sache solle einen internationalen Charakter bekommen.

Am 31.10. reist die grüne Delegation mit 2 Automobilen einer berühmten Firma in die DDR ein. Lukas und Antje Vollmer treffen einige Vorbereiter der geplanten Aktion am 4.11. und werden gebeten, im Gespräch mit Honecker, die Übergabe der Petitionen anzukündigen, um nicht den Eindruck eine konspirativen Handlung aufkommen zu lassen.

Das Gespräch Honecker/GRÜNE dauert 2 3/4 Stunden. Die Atmosphäre ist konzentriert, ernst und verantwortungsvoll. Die Positionen beider Seiten werden authentisch und glaubhaft vorgebracht. Honecker bemüht sich sichtlich, den GRÜNEN entgegenzukommen. Er unterzeichnet 2 Bestimmungen des „Persönlichen Friedensvertrages", verspricht die Freilassung von Katrin Eigenfeld, die Überprüfung des Falles Rochau und bezeichnet das Treffen als einen Anfang. Die Ankündigung der Freitagsaktion nimmt er mit Lockerheit zur Kenntnis.

Nach dem Gespräch entrollt die grüne Delegation vor dem Staatsratsgebäude mitgebrachte Transparente. Über den Sinn der kurzen Schau für die Westpresse hatte es im Vorfeld einige Bedenken gegeben (Stellvertreteraktion im Schutz des Diplomatenstatus und der Einladung), die u.a. von Lukas mit dem Bemerken, die DDR-Friedensbewegung wolle sich auf solche Aktionsformen der GRÜNEN berufen, entkräftet wurden.

In der anschließenden 1 1/2 stündigen Pressekonferenz kündigt Lukas den Freitagstermin entgegen der Absprache mit den Initiatoren öffentlich an.

Am Abend kommen die Mitglieder der grünen Delegation zu einem als privat deklarierten Gespräch ohne jede Presse in der Wohnung eines Pastors zusammen. Um 24 Uhr verläßt die Gruppe die DDR.

In den Medien der DDR wird der Besuch der GRÜNEN als Spitzenereignis behandelt. Die Aktuelle Kamera berichtet 6 Minuten lang. Es soll einige Bewegung besonders unter DDR-Jugendlichen gegeben haben, weil auch das Emblem „Schwerter zu Pflugscharen" nachhaltig gezeigt wurde.

Am Tage nach dem Besuch, am 1. Nov., treffen sich Kirchenleute mit Lukas und Antje und präzisieren die Planungen. Sie legen eine vorsichtige Form der Aktion fest, die der Staat verkraften, der Kirche das Gesicht wahren und den Beteiligten von außerhalb der DDR die Teilnahme ermöglichen sollte. Danach will eine 25-köpfige Delegation die Petitionen überreichen. Eine volkreiche Demonstration soll vermieden werden.

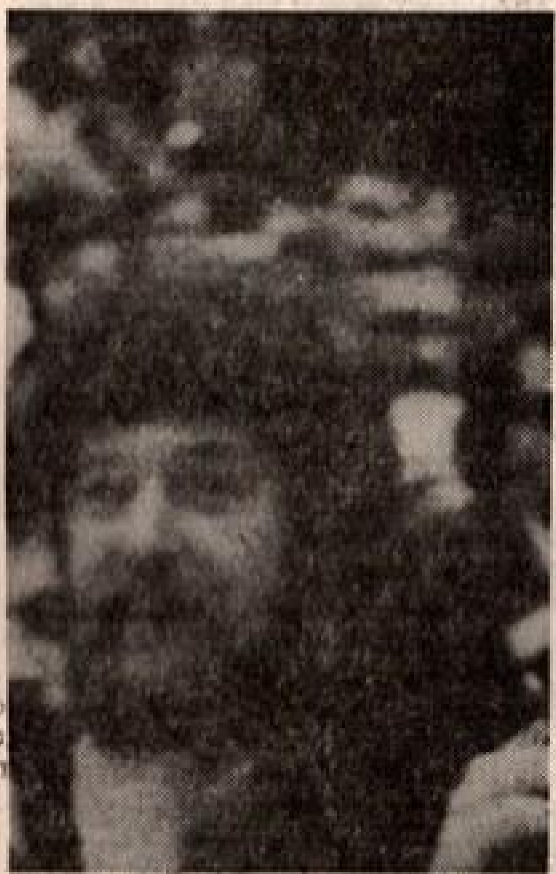
In einer anschließenden Diskussion mit Friedensbewegten unabhängiger Gruppen fand diese Abmachung wenig Gegenliebe. Die Stimmung war offensiv. Lukas bestärkte durch sein Verhalten die Neigung der Anwesenden, die Grenze zu überschreiten, die zwischen der Übergabe von Papieren durch eine Delegation und einer öffentlichen, massenhaften Demonstration liegt.

Am 2. Nov. übergab Petra Kelly der Presse in Bonn eine Erklärung, in der das private Gespräch der Mitglieder der grünen Delegation mit Menschen der Friedensbewegung in der DDR zu einem Politikum erhoben wird. Es bleibt unklar, ob die 12 Unterzeichner aus der DDR die Veröffentlichung in dieser Form gewollt haben und in welchem Maße Lukas an dem Zustandekommen des Textes beteiligt war.

Für die DDR wirkte das Papier und seine öffentliche Hervorhebung durch die GRÜNEN in Bonn wie ein rotes Tuch. Am 3. Nov. reist ZK-Beauftragter Prof. Haeber extra zur grünen Fraktion und vermittelt in einem Ge-

sprach gegenüber Gerd Bastian das strikte „nein“ der DDR zur geplanten Freitagsaktion. Man werden die GRÜNEN nicht einreisen lassen. Als Antwort wirbt Lukas bei Freunden und einigen grünen MdBs um Teilnehmer an der Aktion, die ohne die näheren Zusammenhänge zu kennen nach Berlin reisen. Eine gemeinsame Beratung über die entstandene Lage und die richtige Antwort findet nicht statt.

Am Freitag, dem 4. Nov., zeigt die DDR-Führung, daß sie eine Mobilisierung ihrer Bürger zu Kundgebungen via Westfernsehen als Einmischung in ihre Angelegenheiten betrachtet, und sie reagiert mit bekannter Härte. In der ganzen DDR kommt es zu vermutlich hunderten von Festnahmen, nachdem offensichtlich bei vielen Menschen die Erwartung geweckt worden war, daß sie zusammen mit den GRÜNEN an den Botschaften demonstrieren dürften. In Ostberlin sollen die Polizeireviere überfüllt gewesen sein. Lukas und Gaby Potthast werden an der Grenze abgewiesen. Waltraut Schoppe und Milan Horacek kommen durch die Kontrolle. Sie müssen sich bittere Vorwürfe von verantwortlichen Kirchenleuten anhören über die unverantwortliche Forcierung der Aktion durch die GRÜNEN, die Absprachen mit den Initiatoren nicht eingehalten hätten. Waltraud und Milan müssen erleben, daß sie von den Kirchenoberen zur Grenze zurückgeschickt werden, um dort von der Stasi als „unerwünschte Personen“ abgeschoben zu werden.



Angesichts des Scherbenhaufens bleibt nur noch der Protest gegen das rigorose Vorgehen der DDR-Behörden. Lukas formuliert das Schreiben an Honecker in eigener Regie.

Schlußfolgerungen und Grundsätze für Aktionen in der DDR

Schlußfolgerungen und Grundsätze für Aktionen in der DDR

Die DDR ist ein deutscher Staat, aber nicht Teil der Bundesrepublik. Sie hat ein völlig anderes Gesellschaftssystem als die BRD, andere Gesetze und ein hochgradiges Sicherheitsbedürfnis. Die DDR fürchtet westliche „Infiltration“ in Hinblick auf die Beeinflussung ihrer Bürger. Jede Information, jeder Besuch wird argwöhnisch überwacht, damit nur kein Keim gelegt wird, der einen gesellschaftlichen Erdrutsch wie in Polen auslösen könnte.

Es ist also abwegig zu erwarten, man könne in der DDR Aktionen planen, als ob man sich in Hessen, Bayern oder irgenwo im westlichen Ausland aufhalten würde. Voraussetzung für jedes Verhalten gegenüber der DDR ist eine möglichst genaue Kenntnis von Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Realitäten. Erst hingucken, lernen, analysieren — dann handeln!

Für die Beteiligung an Aktionen sollte gelten, daß diese von Gruppen in der DDR geplant sein sollten in einer Form, die die DDR-Bürger für machbar und verantwortbar halten. Die unabhängige Bewegung in der DDR muß ihren eigenen Weg finden, den wir dann mit solidarischen Aktionen unterstützen können oder dadurch, daß wir uns direkt einklinken. Jedes Hineintragen von Aktionen von außen in die DDR (aus als „brüderliche Hilfe“) halte ich für falsch. In Bezug auf die DDR dürfen die Grünen ihre grundsätzlich offene Arbeitsweise nicht an den Nagel hängen und mit Geheimbündelei beginnen. Das widerspricht unseren Grundsätzen, ist politisch gefährlich und bringt nur Mißerfolge.

Das Beste, was wir für die Menschen in der DDR tun können, ist ein nachdrückliches Zurückdrängen reaktionärer Politik auf unserer Seite der Grenze. Wenn wir in der Bundesrepublik eine fortschrittliche Politik voranbringen, dann schafft das auch Raum und Chancen für Bewegungen in der DDR.

Über „blockübergreifende Friedenspolitik“ und „unabhängige Oppositionsbewegungen“

Seit sich abzuzeichnen begann, daß die politische Opposition in der BRD die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen womöglich nicht verhindern würde, bekamen „friedenspolitische Alternativen“ Hochkonjunktur. Größere Teile der GRÜNEN entwickelten die bei der Linken schon immer ausgeprägte Kunst, Niederlagen in Siege zu verwandeln, zu neuen Höhepunkten, indem sie – die Seiten wechselten. Selbstverständlich sei man für einseitige Abrüstungsschritte, aber in allen Ländern (1), und ohne „Aufweichungen“ im Ostblock seien letztlich Erfolge gegen die Kriegsvorbereitungspolitik der NATO nicht zu erreichen. Solche Friedenspolitiker brauchen im anderen Block Kräfte, die ihre „blockübergreifenden“ Erwartungen zu erfüllen versprechen. Sie suchten und fanden „unabhängige Oppositions- bzw. Friedensbewegungen“. Da die Vertreter „blockübergreifender Friedenspolitik“ auf das Prädikat „unabhängig“ den allergrößten Wert legen, sehen wir uns zu der kritischen Frage genötigt:

Wovon denn und worin sollen besagte Bewegungen „unabhängig“ sein? Von den Regierungen? Dann ist unverständlich, warum Rumänien z.B. gern den „unabhängigen“ Kräften in Osteuropa zugerechnet wird. (2) In Verfolgung der eigenen sozialen Interessen? Dann ist nicht zu begreifen, daß die GRÜNEN für die oft lebhaften Auseinandersetzungen der Arbeiter z.B. in der DDR oder der Sowjetunion mit ihrer Lage jeden Funken Interesse vermissen lassen. Dabei geben die jeweiligen Gewerkschaftspublikationen ebenso wie die allgemein bekannten amtlichen Klagen über die „Arbeitsmoral“ der Arbeiter einige Aufschlüsse darüber, daß die Arbeiter in der DDR oder der Sowjetunion oder in jedem beliebigen osteuropäischen Land ihre sozialen Interessen nicht Regierungsinstanzen oder Betriebsleitungen anvertrauen, sondern sie mehr oder weniger unabhängig von ihnen verfolgen.

Auch an den entwickelten Klassenkämpfen in Polen interessiert die „blockübergreifenden“ Friedenspolitiker am wenigsten ihr sozialer Inhalt. Sie deuteten sie vielmehr als Kampf für nationale Unabhängigkeit. Bahro etwa bewertete sie so: *„Auf der anderen Seite hat das polnische Volk den östlichen Militärpakt ... in Frage gestellt.“* (3) Die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen verstiegen sich in ihrem Antrag an die 6. Bundesversammlung der GRÜNEN gar zur Behauptung einer

Die Vereinigten Münchner Friedensinitiativen verstiegen sich in ihrem Antrag an die 6. Bundesversammlung der GRÜNEN gar zur Behauptung einer

„polnischen Befreiungsbewegung“. Befreiung wovon? Aus den verschiedenen Ausführungen, leider auch aus der „Erklärung zur Friedenspolitik der GRÜNEN“, kommen die Antworten: Von der „Ordnung von Jalta“, genauer „von den Militärblöcken“, noch genauer „vom östlichen Militärblock‘ und ganz genau schließlich von der „Supermacht Sowjetunion“: Das Prädikat „unabhängig“ ist eine wohlweislich vorsichtige Umschreibung für – nicht einfach Nationalismus, sondern *anti-sowjetischen* Nationalismus.

Aus der vorurteilslosen, wissenschaftlichen Analyse der Klassenkämpfe in den Ländern des „realen Sozialismus“ kann dieser Begriff von „Unabhängigkeit“ nicht gewonnen sein. Oder ist etwa das Abkommen von Gdansk ein belangloser Wisch, weil die polnische Arbeiterbewegung darin unmittelbare soziale und politische Interessen formuliert hat wie auch Forderungen, die in die Verteilung von Arbeit und Gütern in der Volksrepublik Polen eingriffen, keineswegs aber Forderungen nach „nationaler Unabhängigkeit“ oder dergleichen? Daß bei Solidarnosc auch Kräfte wirkten, die im „blockübergreifenden“ Sinne „unabhängig“ waren und sind, ist unbestritten. Doch das wirft die Frage auf: Sind diese „Unabhängigen“ wirklich unabhängig?

Die Befassung mit den Ereignissen in Polen in den Jahren 1980 und 1981 führt unabweisbar auch zu den folgenden Feinden der Unabhängigkeit von Solidarnosc:

Erstens zur katholischen Kirche, die von Anfang an bestrebt war, die Gewerkschaft vom Kampf um soziale Interessen der Arbeiterklasse ab- und ihr stattdessen den Gedanken von Volksgemeinschaft und nationaler Verantwortung nahezubringen. Als mit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auch die Kritik an der Tätigkeit der Kirche zunahm und die Arbeiter



außer Kontrolle zu geraten drohten, zögerte die Kirche keinen Augenblick, ins Bündnis mit dem Offizierskorps der Armee und den leitenden Kräften in Wirtschaft und Verwaltung zu gehen. Wir erinnern uns nur zu gut, wie manche Linke hierzulande die Kirche als den Schutzpatron des polnischen Unabhängigkeitskampfes nicht genug hatten loben können.

Zweitens zu den westlichen Imperialisten, die an der Destabilisierung der VR Polen interessiert waren und die zu diesem Zweck ihre Propagandaapparate zur Bearbeitung von Solidarnosc heißlaufen ließen. Sie gewannen vor al-

VR Polen interessiert waren und die zu diesem Zweck ihre Propagandaapparate zur Bearbeitung von Solidarnosc heißlaufen ließen. Sie gewannen vor al-

lem in der opponierenden Intelligenz Kräfte, die in der Gewerkschaftsbewegung den Kurs eines Bündnisses mit der NATO vertraten, also nicht für irgendeine „Unabhängigkeit“, sondern eine sehr konkrete *Abhängigkeit* warben.

Fast noch deutlicher werden die Abhängigkeiten, in der sich oppositionelle Kräfte in Osteuropa befinden oder in die sie gebracht werden sollen, bei der „unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR.

Man braucht nicht rechten, ob die „unabhängigen Friedensinitiativen“ in der DDR ohne die evangelische Kirche in der DDR existierten oder nicht. Unbestreitbar ist, daß die Kirche diese Gruppen fördert, organisiert, beeinflußt und gängelt. Sie bietet nicht nur Raum für Austausch und Verständigung verschiedener Initiativen, stellt nicht nur ihre Vervielfältigungsapparate und Vertriebsmöglichkeiten zur Verfügung. Sie bietet vor allem die Plattform und die Kader, die diese innerhalb der „unabhängigen Friedensinitiativen“ vertreten. Und sie tritt als – es spricht der Propst von Erfurt – *„Interpret des Anliegens der Friedensgruppen bei den fachpolitischen und regierenden Kreisen“* auf. (4) In diesem Bilde des Propstes fehlt noch etwas: Wer läßt aufführen?

1969 lösten sich formal die DDR-Kirchen aus der bis dahin „gesamtdeutschen“ Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). In der BRD war die EKD maßgeblich an der Entwicklung der „neuen Ostpolitik“ beteiligt, Stichwort „Wandel durch Annäherung“, der Kirche in der DDR verschaffte die „Trennung“ größeren Bewegungsspielraum. Aber auch danach beanspruchten die beiden Kirchen eine „substantielle Einheit“, und bis heute finanziert die EKD den Haushalt des DDR-Kirchenbundes zu rund 60%, die Kirchenneubauten sogar zu 90%. Damit stellt sie die Unabhängigkeit der DDR-Kirchen von den Gläubigen in der DDR und ihre Abhängigkeit von der Kirche in der BRD sicher. Damit auch die Abhängigkeit vom westdeutschen Staatsapparat. Denn der zieht nicht nur die Kirchensteuer ein, die die Existenz auch der DDR-Kirchen sichert,sondern ist v.a. auch personell eng mit der EKD verflochten (verantwortliche Funktionen in der EKD haben u.a. Schmude, Richard v. Weizsäcker, Hamm-Brücher, Dollinger, Rau, Eppler und Roman Herzog).

1979, rechtzeitig zur spontanen Entstehung der Friedensbewegung in der BRD und auch der DDR, veröffentlichten die „beiden deutschen“ Kir-

1979, rechtzeitig zur spontanen Entstehung der Friedensbewegung in der BRD und auch der DDR, veröffentlichten die „beiden deutschen“ Kir-

chen ihre erste gemeinsame Stellungnahme seit der förmlichen Trennung: das „Wort zum Frieden“. Seit 1980 führen sie regelmäßige Konsultationen in Sachen „Friedensverantwortung“ durch. Dabei äußert sich die gemeinsame „Friedensverantwortung“ in entgegengesetzten Stellungnahmen. Der DDR-Kirchenbund lehnt Atomwaffen strikt ab, die EKD dagegen rechtfertigt ihre Stationierung in der BRD, der DDR-Kirchenbund tritt gegen den Wehrdienst in der DDR an, die EKD dagegen anerkennt den Wehrdienst in der BRD als „Friedensdienst“. Die „substantielle Einheit“ macht's möglich: In den beiden deutschen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ist Unterschiedliches richtig – Bewaffnung der BRD, Entwaffnung der DDR.

Wenn den GRÜNEN die Unabhängigkeit von Oppositionsbewegungen und Friedensbewegungen in osteuropäischen Ländern wirklich am Herzen liegt, dann tun sie gut daran, alle Fäden tatsächlicher Abhängigkeit, die in der BRD geknüpft werden, zu kappen, jeden Versuch der Einflußnahme des Staatsapparates und mit ihm verbundener Institutionen auf Oppositionsbewegungen „im Feindeslager“ ohne Wenn und Aber zu bekämpfen. Alles andere bringt sie in den Geruch, auf merkwürdige Weise mit der Reaktion zusammenzuspielen.

Was z.B. bewegt die „blockübergreifenden“ Friedenspolitiker gegenüber den eingebildeten „unabhängigen“ oder auch realen Oppositionskräften in Osteuropa den Vormund zu spielen nach dem Motto: GRÜNE machen *„Weltinnenpolitik von unten“*. (3) Daß die „Volksbewegungen in Ost-und Westeuropa“ als höchstes Ziel ein „wiedervereinigtes Europa“ anstreben, haben Bahro und andere längst für sich ausgemacht. Um „Vorschläge“, was die Oppositionskräfte in Osteuropa überhaupt und auf dem Wege dahin zu fordern und zu wollen hätten, sind sie auch nicht verlegen. (3) Auch hinsichtlich der „drüben“ notwendigen Aktionen sind manche GRÜNE gerne bereit, den „unabhängigen Bewegungen“ auf die Sprünge zu helfen – siehe die grünen Aktionen in Ostberlin.

Dieses selbstgefällige Vormundschaftsgebahren hat seine Wurzel in deutschem Nationalismus. So sieht Bahro in der *„Ökologie- und Friedensbewegung in Westeuropa und* besonders in der Bundesrepublik *eine zukunftsträchtige Dritte Kraft ..., die der Keim einer* völlig neuen Konstellation in Europa *sein kann.*“ An grünem deutschen Wesen ...? Vielleicht scheint das übertrieben. Aber wenn Bahro eine angebliche *„Fesselung* Europas, voran der Bundesrepublik“, durch die Raketenstationierung bedauert, nur um festzustellen: *„Das ist das genaue Gegenteil dessen, was generell und nun ganz besonders angesichts der ungelösten und auf absehbare Zeit unlösbaren polnischen Krise, die für die Krise des Ostblocks steht,* europäisches und deutsches Interesse *wäre*“ (5) – wie stellt er sich dann die *Entfesselung* der Bundesrepublik Deutschland vor? Uns scheint, als komme er in den Konsequenzen seiner Überlegungen den europäischen Neuordnungsplänen der westdeutschen Reaktion gefährlich nahe.

Dieser hemmungslose, zum Teil europäisch verkleidete deutsche Nationalismus stößt auch bei den GRÜNEN auf Kritik. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Juni antwortete Trampert auf Vorschläge, durch Anleihen beim Konservativismus CDU/CSU-Wähler zu gewinnen, u.a. auch: *„Laßt uns immer mit den Interessen von Menschen argumentieren* – niemals mit Deutschland. Laßt uns den Adler nur als Karikatur benutzen, die Farben schwarz-rot-gold niemals, und in der Friedenspolitik sollte jedes Wetteifern mit Sozial- und Christdemokraten unterbleiben, wer am besten ‚deutsche Interessen‘ vertritt. Wir wollen leben, wir wollen sinnvoll leben, das ist Motiv genug. Wir brauchen keine höhere Weihe durch die ‚Nation‘.“ (6)

Im Gegenteil birgt wuchernder Nationalismus die Gefahr des politischen Niedergangs der GRÜNEN (7), und wenn sie in „blockübergreifenden“ Strategien mit CDU/CSU und SPD wetteifern, dann haben sie die atomare wie überhaupt die weitere Aufrüstung der NATO schon halb geschluckt.
(sec, BWK)

wetteifern, dann haben sie die atomare wie überhaupt die weitere Aufrüstung der NATO schon halb geschluckt.
(sec, BWK)

(1) Siehe z.B. „Erklärung zur Friedenspolitik der GRÜNEN“, verabschiedet auf der 6. Bundesversammlung, 18. bis 20.11.83
(2) So die Arbeitsgruppe Außenpolitik der Alternativen Liste Berlin in: Abschied von Jalta – Perspektiven einer blockunabhängigen, alternativen Außenpolitik
(3) Rudolf Bahro, Michaela v. Freyhold, Entwurf, Charta für ein atomwaffenfreies Europa
(4) H. Falcke, Propst in Erfurt, zitiert nach: K. Ehring, M. Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen, Hamburg 1982.
(5) Nur 'gegen NATO-Waffen Friedens schaffen“, Rudolf Bahro zu der Hamburger Kritik an der Aktion auf dem Alexanderplatz, Unterstreichungen vom Verfasser
(6) zitiert nach: Arbeiterkampf Nr. 235 v. 27.6.83
(7) Es ist in diesem Zusammenhang nützlich, einmal die Erfahrungen der und mit der SPD gründlich zu untersuchen. Hier sei nur kurz angedeutet: Sie hat in den 50er Jahren „blockübergreifend“ bis zum Erbrechen gewirkt, „unabhängige Opposition“ in Osteuropa wo nur möglich gefördert, am sog. Arbeiteraufstand in der DDR am 17. Juni 1953 in der DDR mitgeschürt. Der Wiederaufrüstung und dem NATO-Beitritt der BRD hatte sie nicht viel entgegenzusetzen, und wenn sie dagegen auftrat, dann nur, weil sie die „Westintegration“ der BRD als Hindernis für die imperialistische Einverleibung der DDR („Wiedervereinigung“) ansah. Ihre „blockübergreifende“ Strategie paßte sich in die Roll-back-Strategie der NATO lückenlos ein und hat die Wiederaufrüstung und militärische Erstarkung der BRD nicht verhindert. Nebenbei sei über diejenigen, die heute unbedingt die DKP „ausgrenzen“ wollen, weil sie „mit einem Bein in Moskau“ stehe, bemerkt, daß sich die SPD seinerzeit der KPD entledigte, indem sie das KPD-Verbot betrieb. Mit dieser wüsten nationalistischen Politik in den 50er Jahren hat die SPD nicht sich, sondern der offenen Reaktion Mehrheiten verschafft. Sie selbst gewann die Wählermehrheit erst, als sie den Eindruck erweckte, als wolle sie Frieden mit den osteuropäischen Ländern schließen und die DDR anerkennen.

Gibt es eine blockübergreifende Friedensbewegung?

Daß das besonders bemühte Treiben einiger Grün-Alternativer um die ,,unabhängige Friedensbewegung'' Osteuropas herzlich wenig mit internationaler Solidarität, dafür aber sehr viel mit Parteipolitik gegen die DKP zu tun hat, ist ein offenes Geheimnis. Die Parole der ,,blockübergreifenden Friedensbewegung'' verdankt ihre Existenz nicht zuletzt auch der Suche nach Ansatzpunkten für eine Isolierung der DKP in der Friedensbewegung. Die Instrumentalisierung dieses Themas vor allem durch führende Grüne ist so plump und offensichtlich, daß sie manchmal schon wieder Solidarisierungseffekte mit der DKP bei Strömungen auslöst, die eigentlich mit dieser Partei überhaupt nichts am Hut haben.

Mit dem Beiwort ,,unabhängig'' wird ausgedrückt, daß die gemeinten Gruppierungen im Osten in Opposition zu ihren Staaten und zum System des ,,realen Sozialismus'' stehen. Das ist zwar nicht unbedingt logisch zwingend, aber so und nicht anders ist es gemeint. Je mehr sich diese Gruppen oder zum Teil auch nur einzelne Personen in Konfrontation mit ihren Regierungen begeben, umso interessanter werden sie. Leute, die sich im Osten für Frieden einsetzen, ohne deshalb staatliche Repressionen zu erleiden, können per Definition überhaupt nicht ,,unabhängig'' sein. Es wird sich drum im Westen auch kein Schwein für sie interessieren.

Das findet seine Entsprechung in einer extrem repressiven Praxis der meisten ,,realsozialistischen'' Staaten gegenüber jeder nicht absolut konformen Aktion. Ein Staat, der Leute zu politischen Kriminellen macht, weil sie mit

sten ,,realsozialistischen'' Staaten gegenüber jeder nicht absolut konformen Aktion. Ein Staat, der Leute zu politischen Kriminellen macht, weil sie mit

einer Kerze in der Hand auf der Straße gestanden haben, ist von Demokratie und Sozialismus gleichermaßen sehr weit entfernt. Wer aus Blindheit, Partei-Loyalität oder aus ,,sozialistisch'' kostümiertem Menschenhaß solche Zustände gutheißt oder beschönigt, fällt der Friedensbewegung in den Rücken.

Mit Radikalpazifisten in den ,,realsozialistischen'' Ländern solidarisch zu sein, sollte für die bundesdeutsche Friedensbewegung eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu kann auch gehören, daß Sprecher von nicht-konformen Friedensgruppen als Redner auf hiesigen Friedensveranstaltungen zu Wort kommen, ebenso wie auch Redner aus anderen Ländern (z. B. USA) hier gelegentlich auf Veranstaltungen auftreten. Diese Selbstverständlichkeit muß ohne jede Rücksichtnahme auf die DKP (und deren Umfeld) durchgesetzt werden. Erich Honecker kann nicht Schiedsrichter darüber sein, wen wir hier als Redner einladen. Und manch Mitglied der ,,unabhängigen Friedensbewegung'' in der DDR steht uns zweifellos hundertmal näher als der NATO-Befürworter Willy Brandt.

Dabei sollte jedoch klar und unumstritten sein, daß wir nicht unter der falschen Flagge einer ,,unabhängigen Friedensbewegung'' uns mit Leuten solidarisieren und verbinden, die alles Heil der Welt von einer starken NATO erwarten und die für unseren Kampf hier im Grunde nur Verachtung haben. Auch sollte schon in den Anfängen der naheliegenden Versuchung gewehrt werden, sich das Motto der ,,besonderen deutsch-deutschen Beziehungen'' zu eigen zu machen und die Solidarität mit Radikalpazifisten der DDR für eine nationalistische Strategie zu instrumentalisieren. Darüber hinaus sollte jeder Einengung der östlichen Friedenskräfte auf eine ,,unabhängige'' gleich systemoppositionelle Minderheit widerstanden werden.

Die Lage der Dinge bringt es mit sich, daß mittlerweile jede Opposition gegen den ,,realen Sozialismus'' sich als Friedensbewegung ausgibt. In der DDR kommt noch der zusätzliche Anreiz hinzu, daß auf diese Weise relativ schnell und sicher die begehrte Fahrkarte nach Westen zu bekommen ist. (Die DDR-Behörden haben dies allerdings inzwischen bemerkt, so daß wieder ein Gegeneffekt eingetreten ist).

Von einer ,,unabhängigen Friedensbewegung'' kann man, soweit überhaupt, nur in der DDR und Ungarn reden. Hingegen ist es ein ganz toller Streich der Grünen, einfach die polnische Solidarnosc (bzw. deren Nachfolge- und Exil-Gruppen) zum Teil der Friedensbewegung zu erklären. Solidarnosc hat zeit ihrer legalen Existenz keine Gedanken an Friedenspolitik verschwendet, es sogar ausdrücklich abgelehnt, gegen die ,,Nachrüstung'' Stellung zu nehmen. Solidarnosc-Vertreter haben sich vielfach gehässig und negativ über die Friedensbewegung geäußert, weil sie in dieser einen Partner der Sowjetunion sehen, während sie selbst sich von einer militärischen Stärkung der NATO Fortschritte für ihre eigenen Ziele versprechen. Erst neuerdings, seit ein paar Monaten, gibt es eine scheinbare Hinwendung von Solidarnosc-Vertretern zur Friedensbewegung des Westens, die sich jedoch in Wahrheit auf die Aussage reduzieren läßt: ,,Wenn Ihr schon gegen die NATO-Nachrüstung seid, dann nehmt wenigstens in mindestens demselben Umfang auch gegen die sowjetische Rüstung Stellung. Denn nicht die NATO, sondern die Sowjetunion ist der Störenfried, von dem die Kriegsgefahr ausgeht.''

Beispielsweise heißt es in dem bekannten Brief des polnischen KOS vom 9. Mai 1983 ,,an die Mitglieder der Friedens- und Antiatombewegung in Westeuropa'': *,,Euer Protest gegen das Wettrüsten wird gegenwärtig durch die Regierungspropaganda in den Ländern des Ostblocks ausgenutzt — indem er als Forderung nach einseitiger Beschränkung der Rüstung des Westens dargestellt wird. Auf diese Weise will das totalitäre kommunistische System die Friedensbewegung in den westli-*

schränkung der Rüstung des Westens dargestellt wird. Auf diese Weise will das totalitäre kommunistische System die Friedensbewegung in den westli-

chen Ländern für seine aggressiven, auf Gewalt beruhenden Handlungen und Ziele ausnutzen. Das tragische Merkmal unserer Zeit ist, daß Menschen guten Willens, die aufrichtig für die Verteidigung des Friedens engagiert sind, der Gefahr der Manipulation durch diejenigen ausgesetzt sind, die die schlimmste Form des Militarismus repräsentieren.'' Es folgt die unvermeidliche Behauptung, die Sowjetunion stelle **,,heute die entscheidende Bedrohung für den Weltfrieden''** dar.

Dies noch als Friedensbewegung mißzuverstehen, setzt voraus, daß man in jeder, aber auch wirklich in jeder Äußerung und Handlung, die sich gegen die Sowjetunion richtet und deren (vor allem militärische) Schwächung zum Ziel hat, einen friedenspolitischen Beitrag sieht. Und zwar nach der Logik: An der Blockkonfrontation sind die beiden Supermächte schuld. Die Sowjetunion ist eine der beiden Supermächte. Alles,was sie schwächt, trägt also zum Abbau der Blockkonfrontation bei. —

Das genaue Gegenteil ist jedoch wahr: Eine Schwächung der Sowjetunion, speziell in ihrem osteuropäischen Vorfeld, gibt einerseits den Rückeroberungs-Strategen der NATO Auftrieb, während sie andererseits die sowjetischen Politiker und Militärs auch nicht gerade rationaler und berechenbarer macht.

Das Problem kommt aus der Tendenz von Teilen der westlichen Friedensbewegung, entweder aus Berechnung oder aus einem Trottel-Liberalismus heraus, sich sogar noch auf die Seite von pro-westlichen Rüstungs-Propagandisten zu schlagen, sofern diese behaupten, sie seien auch für den Frieden. Als Exempel der Fall Manes Sperber. Als Exempel das Engagement westlicher Intellektueller für Sacharow, der nun wirklich gar nichts anderes ist als ein vorgeschobener Posten der NATO im Feindesland. Es ist leider so, daß die Karte ,,blockübergreifende Friedensbewegung'' mitunter vor allem zu dem Zweck ausgereizt wird, militant antisowjetische Positionen in der westlichen Friedensbewegung hoffähig zu machen. Der Friedensbewegung kann das nicht nutzen. Der ideologischen Kriegsvorbereitung der NATO aber sehr wohl.

Kt., KB

AL Westberlin

Der grüne Weg zur Wiedervereinigung

Mit der kürzlich auf dem Parteitag der Grünen beschlossenen sog. ,,Vertragslösung'' ist ein großer Schritt zur vollständigen Integration der AL Westberlin in die Grüne Partei getan worden. Weithin wird diese Entwicklung schlichten Gemüts als Machtzuwachs des linken Flügels der Grünen interpretiert und — je nach Standort — bejammert oder euphorisch abgefeiert. Wieweit durch die Integration der AL Westberlin auch linke Positionen gestärkt werden, soll hier nicht untersucht werden. Sicher ist in jedem Fall, daß mit der AL jene Strömung in den Grünen spürbare Verstärkung zugeführt bekommt, die auf die deutsche Frage, Ringen der beiden Supermächte und Zusammenschluß der unterdrückten europäischen Völker spezialisiert ist. Im Falle der AL Westberlin speisen sich neo-patriotische Überzeugungen in erster Linie aus der maßgeblich von Theorien der KP Chinas beeinflußten ML-Tradition: Westberlin war Ausgangsort und Hochburg der (1980 aufgelösten) ,,KPD'', und deren politisches Erbe hat von Anfang an kräftig in der AL durchgeschlagen, soweit es jene Fragen aller Fragen, die ,,nationale'', angeht.

Abschied von Jalta

,,Abschied von Jalta'' heißt die Überschrift eines Papiers der AG Außenpolitik der AL. Man hört diese Parole häufig in jenen Teilen des ,,grün-alternativen Spektrums'', wo der Neo-Patriotismus gepflegt wird. In Jalta wurde während des 2. Weltkrieges die Nachkriegsordnung Europas zwischen den alliierten Gegnern des Deutschen Reichs, bzw. deren Hauptmächten, ausgehandelt. Wenn die Neo-Patrioten ,,Abschied von Jalta'' sagen, so ist gemeint: Auflösung der sich in Europa gegenüberstehenden ,,Blöcke'', Zusammenschluß und Verselbstständigung Europas gegenüber USA und Sowjetunion, Schaffung einer ,,neuen europäischen Friedensordnung''.

Daß auch immer mehr Politiker der

gung Europas gegenüber USA und Sowjetunion, Schaffung einer ,,neuen europäischen Friedensordnung''.

Daß auch immer mehr Politiker der

NATO das ,,Ende von Jalta'' verkünden, sodaß Verwechslungen mit der Parole der Neo-Patrioten zumindest nicht ausgeschlossen sind, scheint diese nicht zu beeindrucken. Wenn NATO-Politiker eine ,,Revision von Jalta'' fordern bzw. die ,,Zeit von Jalta'' für beendet erklären, so ist damit gemeint: die historische Konstellation, in der der Sowjetunion die Vorherrschaft über einen Teil Europas zugestanden wurde, ist vorbei. **Eine Neuaufteilung Europas steht auf der Tagesordnung.** Wer so frisch wie die AL Westberlin den ,,Abschied von Jalta'' einfordert, wird in Kauf nehmen müssen, auch gegen eigenen Willen als Teil des ideologischen Szenarios jener Reconquista zu funktionieren.

Wieder einmal haben die bürgerlichen Politiker gegenüber den grün-alternativen Amateuren Recht: Nicht die ,,Blockteilung'' Europas ist das Ergebnis von Jalta. Sie ergab sich absolut zwingend aus dem vom Deutschen Reich begonnenen Krieg und der dadurch provozierten Bündniskonstellation. Jalta kann nur als Symbol dafür stehen, wie im Einzelnen die ,,Einflußzonen'' der Siegermächte abgesteckt wurden. Und nur als Forderung nach Neufestsetzung der ,,Einflußzonen'' — wobei die Sowjetunion möglichst auf die eigenen Grenzen zurückgedrängt werden soll — macht die Parole ,,Abschied von Jalta'' überhaupt einen Sinn.

Die Wiedervereinigung ist gut, weil sie richtig ist

Die Frage lautet: Wie verkauft man ausgerechnet die deutsche Wiedervereinigung, bei der man eigentlich eher Kalten Krieg, Adenauer und Revanchismus assoziiert, als den Schlüsselpunkt einer friedenspolitischen Strategie? Aber das Unmögliche geschieht. Die AG Berlin- und Deutschlandpolitik der AL behauptet in einem Papier (,,25 Thesen für eine Grüne Deutschlandpolitik''): **,,Man kann weder die Blockkonfrontation noch die Teilung Europas überwinden, ohne die Teilung Deutschlands in Frage zu stellen.''** Und gar: **,,Die unabhängige, blockübergreifende Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in West-Berlin kann ihre Identität und Politik nicht entwickeln, ohne die Teilung Europas und Deutschlands programmatisch in Frage zu stellen.''** Ja, wieso das denn?!

Selbstverständlich könnte es in einem hypothetischen ,,vereinten Europa'' auch drei deutschsprachige Staaten (BRD, DDR, Österreich) geben, statt nur zweien oder gar — wenn's dem Frieden dient?! — nur einem einzigen. Man könnte sogar glatt aus Bayern noch einen vierten deutschsprachigen Staat machen, ohne daß ,,Europa'' deshalb unbedingt Schaden nehmen müßte.

Das Hauptargument für die Wiedervereiniger aller Konfessionen — das Wort ,,Argument'' möge man an dieser Stelle nicht allzu wörtlich nehmen! — stützt sich darauf, daß ,,die deutsche Teilung'', also die Existenz der Staaten BRD und DDR, ,,unnatürlich'' sei. Manche sagen auch ,,widernatürlich'', obwohl dieser Begriff eher an ,,widernatürliche Unzucht'' denken läßt. Jedenfalls, es existiert angeblich ein Naturgesetz, das es erfordert, daß die BRD und DDR nicht getrennt existieren dürfen. Um dieses Naturgesetz zu begründen, wird vorzugsweise die ,,nationale Identität'' der Deutschen bemüht, die etwas ganz Besonderes zu sein verheißt. Außer Wein, Weib, Gesang und Gaskammern beinhaltet sie auch noch Goethe, Schiller und die Spider Murphy Gang. Sie ist so wertvoll, daß die AG Berlin- und Deutschlandpolitik der AL in ihren 25 Thesen klagt: **,,Die weitgehend gelungene Integration der BRD in das Wertesystem der ‚freien westlichen Welt' hat hier — und teilweise auch in der DDR — zu einem tiefgreifenden politischen Identitätsverlust geführt''.** An diesem Punkt, wo es eigentlich erst interessant zu werden verspricht, enden in der Regel die Selbstdarstellungen des grün-alternativen Neo-Patriotismus. Dabei wäre es hochinteressant, von dieser Seite einmal erklärt zu bekommen, wozu eigentlich eine spezielle deutsche ,,nationale Identität'' gut sein soll und was sich die Welt davon zukünftig noch alles erhoffen soll.

Die DDR muß heim ins Reich

Die DDR muß heim ins Reich

Wie die Wiedervereinigung vonstatten gehen und wie dabei mit der DDR umgesprungen werden soll, ist unter den Neo-Patrioten der AL Westberlin noch umstritten. Es scheint da sozusagen Falken und Tauben zu geben. Die einen repäsentiert in der AG Berlin- und Deutschlandpolitik, die anderen in der AG Außenpolitik.

Die AG Außenpolitik ist im Prinzip (das Wort ,,Prinzip'' ist hier im Sinne von Radio Eriwan zu interpretieren) für eine Anerkennung der DDR, was sie allerdings gleich selbst für eine ,,Paradoxie'' erklärt, da es schon komisch ist, die DDR erst anerkennen zu müssen, um sie dann wiederzuvereinigen. Außerdem kommen nun die heute so überaus beliebten realpolitischen Überlegungen zum Zuge: die Forderung nach voller Anerkennung der DDR (nämlich durch die BRD) ist realpolitisch nicht durchsetzbar, also eher, um es zeitgemäß auszudrücken, symbolisch gemeint. Ein ,,realisierbarer Zwischenschritt'' könnte immerhin der Austausch von Botschaftern sein, sagt die AG Außenpolitik.

Dafür soll die DDR dann aber gefälligst einen anständigen politischen Preis zahlen, fügt die AG Außenpolitik gleich hinzu: *,,Wir erwarten dabei''* — nämlich als Belohnung für den Botschafteraustausch — *,,Fortschritte bei der Senkung des Ausreisealters für DDR Bürger und Aufhebung der Einschränkungen bei der Einreise in die DDR. Der Informationsaustausch sollte erweitert werden.''* Das Wort ,,Informationsaustausch'' muß man wohl erläutern: Es bedeutet, daß die DDR-Bevölkerung endlich die BILD-Zeitung und die HÖR ZU beziehen kann. Falls sie will, natürlich auch die ,,taz''

Soweit also die Tauben in der AL. Verglichen mit den Falken der AL wirken jene fast schon wie Honeckers 5. Kolonne. Die AG Berlin- und Deutschlandpolitik mag in ihren 25 Thesen von Anerkennung der DDR nicht einmal als Paradoxie etwas wissen. Und dabei beansprucht sie auch noch, im Namen der DDR-Bevölkerung zu sprechen: **,,Kaum jemand im Osten dürfte darauf scharf sein, im Sinne der SED als Angehöriger einer ‚DDR-Nation' anerkannt zu werden''.** (Und mit den paar Leutchen, die darauf scharf sind, werden wir nachher schon fertig werden!). Statt Anerkennung der DDR empfiehlt die AG Berlin- und Deutschlandpolitik eine *,,übergeordnete deutsche Staatsbürgerschaft, die nicht nur die Bundesrepublik umfaßt.''* Also die Staatsbürgerschaft eines Phantomstaates, den es gar nicht gibt. Das soll sich dann aber auch ändern. Als realpolitische Zwischenlösung empfiehlt die AG eine ,,Konföderation'' zwischen der BRD und DDR, worüber unsere europäischen Nachbarn wirklich froh sein sollten, denn wir leisten damit schließlich auch *,,einen deutschen Beitrag für die Aufhebung der europäischen Teilung''*.

Im Konzept der AG Berlin- und Deutschlandpolitik wird der DDR zur Abwechslung einmal rein gar nichts angeboten (mit einer gleich noch zu erwähnenden Ausnahme), aber dafür das Doppelte gefordert: Außer den schon von der AG Außenpolitik gestellten Forderungen kommt u.a. noch hinzu: Zurücknahme des Zwangsumtausches , Austausch von Rednern zu verschiedensten Veranstaltungen, Jugendaustausch und selbstverständlich Eröffnung eines Büros der Grünen in Ostberlin, um — da nehmen wir gar kein Blatt vor den Mund! — *,,Kontakte zu organisieren und intensivieren''*. Macht das Tor auf! Und das Angebot? Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen BRD und DDR müssen ,,neu durchdacht werden'', sagt die AG. Es soll nämlich, sagt die AG, das Lebensniveau der DDR-Bevölkerung so gehoben werden, *,,daß eine Abwanderung aus wirtschaftlichen Gründen unnötig wird''*. Klingt nett. Kostet nur einige zig Milliarden. Und würde realpolitisch auf nichts anderes hinauslaufen als eine ökonomische Eroberung der DDR durch massiv einfließendes BRD-Kapital.

Vom Atlantik zum Ural: Europa für das Kapital!

Seltsame Dinge kommen ans Licht, wenn die Neo-Patrioten als Geschichtsphilosophen auftreten: *,,Wir sind uns natürlich bewußt, daß die Teilung Europas sehr tief sitzt. Die in Jahrhunder-*

philosophen auftreten: *,,Wir sind uns natürlich bewußt, daß die Teilung Europas sehr tief sitzt. Die in Jahrhunder-*

ten gewachsenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen Europas wurden nach 1945... zerrissen.'' So ist das. Da sind die Staaten und Völker Europas jahrhundertelang schlachtend und zerstörend über einander hergefallen und haben nebenbei gleich noch die ganze Welt zum Schauplatz ihrer Raub- und Umverteilungskriege gemacht. Aber die Neo-Patrioten sehen nur ,,gewachsene Bindungen'', die von den bösen Supermächten zerrissen wurden. Eher wäre darüber nachzudenken, ob die imperialistischen Nationen Europas unseren Kontinent vielleicht schon total zerstört hätten, wenn nicht die Existenz eines starken ,,Ostblocks'' sie zum Zusammengehen gezwungen hätte. Ebenso mutet es vor dem Hintergrund zweier von Europa — und in erster Linie von Deutschland — ausgegangenen Weltkriege sehr seltsam an, wenn die AL Westberlin hartnäckig behauptet, die Befreiung Europas aus der ,,Vormundschaft der Weltmächte'' (= USA und Sowjetunion) und die Besinnung auf die ,,europäischen Interessen'' (was immer darunter verstanden werden soll) sei der Schlüssel zum Weltfrieden, zu weltweiter Abrüstung etc.pp. *,,Die Blockpolitik verliert zunehmend den Schleier gemeinsamer Interessen, hinter dem die Weltmachtsinteressen der USA und der UdSSR verborgen sind. Die Regierungen der europäischen Blockstaaten stehen vor großen Legitimationsschwierigkeiten, die Blockpolitik als mit europäischen Interessen vereinbar darzustellen''*. (Papier der AG Außenpolitik). Soll heißen: Die Blöcke entsprechen in Wirklichkeit nur den Interessen der USA und der Sowjetunion, nicht aber denen der europäischen Mächte. Wäre das wirklich so, bliebe nur noch zu fragen, warum dann die europäischen Regierungen überhaupt noch Legitimationsschwierigkeiten haben, statt einfach aus den Blöcken auszutreten. Daß die (west)europäischen Großmächte mit NATO und ,,Blockkonfrontation'' eigene, weltweite imperialistische Interessen verfolgen, wird bestritten: *,,Die europ-ischen Staaten sind zu mittleren Mächten geworden, denen die Potenz für eine globale imperialistische Politik fehlt.''* (Papier der AG Außenpolitik). Da hatte offenbar jemand die ,,Peking Rundschau'' noch allzu gut im Kopf. Statt ,,mittlere Mächte'' kann man auch — erinnern Sie sich

Fortsetzung nächste Seite

„Deutsche Frage" mit Brechstange und Schmierseife

Wie von interessierter Seite vorgegangen wird, um auf Teufel komm raus eine Beschäftigung der Grünen mit der „deutschen Frage" zu erschleichen oder notfalls auch nur vorzutäuschen, läßt sich sehr anschaulich an der **„Konferenz ‚Grün-alternative Bewegung und deutsche Frage'"** demonstrieren, die am 5.-6.November in Köln stattfand. Veranstalter war eine Kölner Gruppe, die sich um die Zeitschrift „Debatte" („Zeitschrift für Ökologie und Sozialismus") schart. Es beteiligten sich an der Konferenz 40-50 Personen. Darunter die Bundestagsabgeordneten Milan Horacek und Dirk Schneider, Heiner Karuscheit von dem ML-Theoriezirkel „Aufsätze zur Diskussion", Gerd Koenen vom KBW und dessen Zeitschrift „Kommune" sowie Frieder O. Wolf von der ISP/„Moderne Zeiten". Einige der Teilnehmer, so vor allem Schneider und Wolf, waren — vermutlich in Überschätzung der Bedeutung der Konferenz — lediglich erschienen, um ihr entschiedenes Unbehagen gegen den Umgang mit der „deutschen Frage" vorzutragen. Daß sie dem Anliegen der Veranstalter weit mehr geschadet hätten, wenn sie die Konferenz ignoriert statt durch Anwesenheit aufgewertet hätten, wurde von ihnen offenbar nicht erkannt.

N i c h t zur Konferenz erschienen war die ansehnliche Galerie von Trägern prominenter Namen, mit deren Unterstützung und Teilnahme vorher groß geworben worden war: Heinz Brandt, Ossip Flechtheim, Karl-Heinz Hansen (DS), Wilhelm Knabe (Grüne), Wolf Schenke (ex-AUD und Zeitschrift „Neue Politik"), Ingeborg Drewitz, August Haußleiter (ex-AUD, Herausgeber der Zeitschrift „Die Grünen"), Ursula Schwarzenberger (Mitgl. d. Bundesvorstands der Grünen) und die Journalistin Carola Stern (SPD).

Offensichtlich hatten die Veranstalter ziemlich rücksichtslos mit solchen Promi-Namen operiert, um ihr Vorhaben als seriös und interessant darzustellen. O-Ton: *„An den Namen wird sichtbar, daß fruchtbare Kontroversen zu erwarten sind — und auch öffentliches Interesse und Reaktionen der Medien"*. (Aus einem Schreiben, mit dem um Unterstützung der Konferenz geworben wurde; dat. 9.9.). Oder auch mal ganz locker-flockig: *„Wie nicht ganz zu vermeiden, sind auch Prominente wie Heinz Brandt, Ingeborg Drewitz, Ossip K. Flechtheim, K.-H. Hansen, Wilhelm Knabe, Wolf Schenke, Carola Stern mit von der Partie, aber es gibt noch mehr Nichtprominente, die kommen wollen. Schon an den gerade genannten Namen wird deutlich, daß die Konferenz ein breites Spektrum unterschiedlicher Auffassungen vereinigen wird. Für Kontroversen ist gesorgt."* (Rolf Stolz in der Nov.-Dez.-Ausgabe einer Zeitschrift rade genannten Namen wird deutlich, daß die Konferenz ein breites Spektrum unterschiedlicher Auffassungen vereinigen wird. Für Kontroversen ist gesorgt." (Rolf Stolz in der Nov.-Dez.-Ausgabe einer Zeitschrift namens „Grüner Morgen". Ja, das gibt's tatsächlich schon!).

Ebenso rücksichtslos wurden grüne Gremien als angebliche Unterstützer der Konferenz gekeilt: Nach Angaben der Veranstalter sollen der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der Grünen die Konferenz unterstützt haben, ferner auch die grünen Landesverbände NRW, Baden-Württemberg und Niedersachsen, der Kreisverband Köln und eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen mit dem langen Namen „Gesamteuropa, der Ost-West-Gegensatz und die beiden deutschen Staaten". Zusätzlich wird in einem anderen Schreiben auch noch der grüne Landesverband Schleswig-Holstein erwähnt. Man geht vermutlich nicht fehl mit der Annahme, daß von den genannten Gremien einzig und allein die Bundesarbeitsgruppe mit dem langen Namen die Konferenz wirklich bewußt unterstützt und mit vorbereitet hat: diese AG ist vor allem ein Sammelpunkt für grün gewordene Alt-MLer, die nichts als die Deutsche Frage und die Supermächte-Theorie aus ihrer politischen Vergangenheit in die neue Heimat hinübergerettet haben.

Die anderen genannten Unterstützungen durch grüne Gremien dürften in erster Linie durch Gedankenlosigkeit und Bequemlichkeit, wie auch durch falsche Vorstellungen über den Charakter und die Bedeutung der Konferenz herbeigeführt worden sein. Wer das Klima langer Gremiensitzungen ungefähr kennt, wird selbst schon erlebt haben, daß man — vor allem zu vorgerückter Stunde — für die unglaublichsten Dinge eine formale Unterstützung abstauben kann, sofern sie zu nichts verpflichtet.

Das Interesse und Vorgehen der Veranstalter kann man ganz kurz so zusammenfassen: Die „deutsche Frage" soll als wichtiges Diskussionsthema in der Grünen Partei dargestellt werden. Mit Hilfe der Konferenz, die zum guten Teil durch gezielte Hochstapelei und Etikettenschwindel zusammengeschoben wurde, sollte diese Darstellung in die Medien transportiert werden. Und wenn in den Medien erst einmal b e h a u p t e t wird, daß die Grünen über die „deutsche Frage" diskutieren (speziell der „Deutschlandfunk" berichtete gleich mehrmals über die Konferenz), dann wird sich schließlich bei den Grünen wohl oder übel die Meinung durchsetzen, daß das eine sehr wichtige Frage ist.

Inzwischen wird schon für eine „Folgekonferenz" geworben, die im Sommer 1984 stattfinden soll. Ferner soll in Zusammenarbeit zwischen dem „Debatte"-Kreis und der Bundes-AG der Grünen mit dem langen Namen ein Materialdienst „zur deutschen Problematik" herausgegeben werden. Für beide Projekte wird wieder um die Unterstützung grüner Spitzengremien geworben. Außerdem sollen Unterzeichner für eine Plattform namens „Kölner Erklärung" gesammelt werden.

Wer sind die Veranstalter?

Die Zeitschrift „Debatte" erscheint seit 1981. Bisher wurde, trotz weitergehender schlechter Vorsätze und Ankündigungen, nur je ein Heft pro Jahr publiziert, d.h. es liegen jetzt drei Ausgaben vor. Die Zeitschrift ist absolut autonom gegenüber der Grünen Partei, stellt sich aber als ein pluralistisches und freies Diskussionsforum i n n e r h a l b des „grün-alternativen Spektrums" dar. In erster Linie dokumentiert sie Debatten-Texte aus den kontroversen Flügeln der Grünen Partei, gelegentlich konnte sie auch schon prominente Grüne als Gastautoren ge- nerhalb des „grün-alternativen Spektrums" dar. In erster Linie dokumentiert sie Debatten-Texte aus den kontroversen Flügeln der Grünen Partei, gelegentlich konnte sie auch schon prominente Grüne als Gastautoren ge- winnen. (Z.B. Petra Kelly zum „gewaltfreien Widerstand" in der Nr. 3). Man ist außerdem so frei, auch „Nationalrevolutionäre" (Rechtsradikale mit z.T. linker Demagogie) als Gastautoren publizieren zu lassen. (Peter Bahn in Nr. 3).

Ihr Konferenz-Projekt betreiben die „Debatte"-Leute schon seit 1981. Damals war für November eine Konferenz **„Einigung der Linken — Erfahrungen, Situation, Perspektiven"** angekündigt. Die „Möglichkeiten eines d e u t s c h e n Weges zum Sozialismus" standen damals nur als e i n Punkt unter einer Vielzahl anderer, traditioneller linker Schwerpunktthemen der Konferenz. Mangels Masse und Interesse fand die Konferenz nicht statt. In der „Debatte" Nr. 2 wurde versprochen, daß die Konferenz nunmehr am 6./7. November 1982 stattfinden solle. Die Themenstellung war damals eindeutig: **„Deutsche Frage und alternatives Deutschland"**, jedoch immer noch mit dem Zusatz **„Bilanz und Perspektiven der Linken"**. Auch dieser Termin fiel ins Wasser. Somit war die Konferenz, die jetzt in Köln stattfand, bereits der dritte Anlauf der „Debatte"-Leute. Diesmal endlich fanden sich Dumme genug, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, daß heuer jeder Hinweis auf L i n k e s konsequent unterlassen wurde.

Als Personen und Kontaktadressen treten für den Veranstalterkreis Willi Becker und Rolf Stolz, beide Köln, auf. Becker ist Chef der Zeitschrift „Debatte". Stolz hat eine ansehnliche Vergangenheit als grüner Funktionär: 1979-80 in der Bundesprogrammkommission, 1980-81 Mitglied des Bundesvorstands, 1983 Bundestagskandidat — und selbstverständlich Mitarbeiter jener schon mehrfach genannten grünen Bundes-AG mit dem langen Namen.

Becker und Stolz kennen sich seit langem: beide gehörten 1975-77 zum Kreis um die Zeitschrift „Einheit", die in Köln erschien und eine nationale Strömung im ML-Spektrum aufzubauen versuchte. Willi Becker war damals der offizielle Verantwortliche der Zeitschrift. Herausgegeben wurde die „Einheit" zunächst namens einer örtlichen „Initiative Partei der Arbeit", die von ehemaligen Mitgliedern der KPD/ML gegründet worden war. Aufgrund eines undurchsichtigen Fusionsprozesses trat später eine (gleichfalls auf Köln beschränkte) Gruppe „Vereinigte Linke" als Herausgeberin der „Einheit" auf. Diese VL kandidierte sogar (mit minimalem Ergebnis) zu den Kommunalwahlen. (Um dümmlichen Denunziations-Vorwürfen zuvorzukommen: Wir haben uns hier bewußt auf die Nennung von offiziell bekannten Fakten beschränkt.)

Man könnte diese Episode einfach vergessen, wenn nicht... die heutige Position der „Debatte"-Gruppe zur „deutschen Frage" nahezu identisch wäre mit derjenigen, die sie früher über die „Einheit" und die IPdA/VL ans Publikum zu bringen versuchte: Neben allgemeinen Bekenntnissen und Aufrufen zur sozialistischen Revolution und einem sehr stark aufgetragenen antifaschistischen Verbalradikalismus zeichnete sich die Gruppe vor allem durch nationale Demagogie aus. Unter ihren zentralen Forderungen hieß es:

„Sturz der Regime in Bonn und Pankow!
Bestrafung der Landesverräter!
Weg mit Mauer und Todesstreifen!
Friedliche Wiedervereinigung Deutschlands!
Vertreibung aller Besatzer!
Austritt aus NATO und Warschauer Pakt, aus EWG und COMECON!
Keine Waffen an faschistische Länder!
Neutralität und bewaffnete Selbstver-
lands!
Vertreibung aller Besatzer!
Austritt aus NATO und Warschauer Pakt, aus EWG und COMECON!
Keine Waffen an faschistische Länder!
Neutralität und bewaffnete Selbstver-
teidigung!"

Als Thema wurde vor allem „Deutschland als besetztes Land" mit besonderer Liebe behandelt. So heißt es in einer programmatischen Erklärung der IPdA: *„Im Westen Deutschlands tummeln sich die Besatzer: Amerikaner, Engländer, Franzosen, Belgier, Holländer und Kanadier. Sie verteidigen vor allem den Besitz der amerikanischen Riesenkonzerne, die in mehreren Branchen über die Hälfte kontrollieren. Was hat dieses Söldnergesindel auf deutschem Boden verloren? Das Volk bezahlt mit Milliarden an Steuergeldern das feine Leben dieser Nichtstuer, die sich noch dazu als Herrenmenschen aufführen und die Bevölkerung drangsalieren...*

Auch die EWG ist gegen die Völker gerichtet. Mit ihrer Hilfe bezahlen wir die fetten Großbauern oder dafür, daß die Russen billige Butter kaufen und mit Profit an arme Länder weiterverhökern.

Im Osten Deutschlands stehen statt der Amerikaner russische Besatzer. Der Kriegspakt heißt dort statt NATO Warschauer Pakt. Und statt durch die EWG werden die Menschen durch den COMECON ausgeplündert. Nur daß in der DDR noch viel mehr Macht in ausländischer Hand liegt. Der russische Stiefel regiert!" („Einheit" Nr. 1, 1. Mai 1975)



Am Morgen des 13. August 1961 am Brandenburger Tor. Bewaffnete Verbände mit Schützenpanzerwagen und Wasserwerfern haben die Grenze zu den Westsektoren hermetisch abgeriegelt.

Das besetzte Land

Und heute? Im Einladungsschreiben von Stolz und Becker zur Kölner Konferenz (dat. 9.9.83) wird behauptet, „Deutschland" habe *„den Status eines halb-souveränen, quasi besetzten Landes im Schlepptau fremder Weltmachtsinteressen"*. Die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in der BRD und die Gegenmaßnahmen der Sowjetunion in der DDR würden *„mit aller Dringlichkeit die Frage der eingeschränkten Souveränität der beiden deutschen Staaten auf die Tagesord-* BRD und die Gegenmaßnahmen der Sowjetunion in der DDR würden „mit aller Dringlichkeit die Frage der eingeschränkten Souveränität der beiden deutschen Staaten auf die Tagesord- *nung setzen"*. In der „Kölner Erklärung", taucht die **„von den Supermächten zugebilligte Halbsouveränität"** erneut auf. „Deutschland" dürfe **„nicht zum wehrlosen Spielball und Opfer von Imperialismus, Weltmachtstreben, Blockkonfrontation und Euroshima-Vorbereitungen werden"**.

Im Zusammenhang mit der NATO-„Nachrüstung" über den Besatzungsstatus und über die eingeschränkte Souveränität der BRD (oder auch „beider deutscher Staaten") zu sprechen, ist heute in grün-alternativen Kreisen schon eine Modeerscheinung. Daß es spezielle Besatzerrechte und Souveränitäts-Einschränkungen immer noch gibt, ist formal gar nicht zu bestreiten. Dieses Thema aber ausgerechnet im Zusammenhang mit der „Nachrüstung" in den Vordergrund zu schieben, läßt sich sachlich nicht rechtfertigen, sondern ist ein Ausweichen vor der wirklichen Problematik: Die Frage nach der Souveränität der BRD ist bei der Raketen-Stationierung überhaupt nicht gestellt. Dies ist keine Maßnahme, die einem halbkolonialen Land gegen dessen eigenen Willen aufgezwungen wird. Sondern das ist ein Rüstungsschritt zum Krieg, der von der Regierung dieses Landes, der BRD, „angeregt", mitbeschlossen und in jeder Phase aktiv vertreten wurde. Daß diese Politik gegen eine Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wird, hat nichts mit der nationalen Souveränität der BRD, sondern mit fehlender Demokratie zu tun. Ausgerechnet im Zusammenhang mit der „Nachrüstung" über eingeschränkte Souveränität zu debattieren, kann nur der bekannten deutschen Wehleidigkeit dienen, sich wieder einmal als Spielball fremder Mächte mißzuverstehen, statt sich endlich als Bevölkerung einer imperialistischen Großmacht zu begreifen, die für die Politik ihrer nationalen Obrigkeit voll verantwortlich ist.

Zu der eben zitierten „Kölner Erklärung" ist anzumerken: Sie ist k e i n Dokument des Kölner Kongresses, sondern wurde lediglich von dessen (anonymer) „Vorbereitungsgruppe" ausgearbeitet, also mutmaßlich im Wesentlichen von Becker und Stolz. Sie wird einerseits jetzt als Text für eine Unterschriftensammlung „im grün-alternativen Spektrum" verwendet, gilt aber andererseits noch als „Entwurf". Das heißt, man kann statt oder mit seiner Unterschrift auch noch Änderungsvorschläge einsenden. Die Spitzen-(Fehl?-)Leistung dieses Textes ist vermutlich die Forderung nach einem **„blockfreien, freidlichen, basisdemokratischen Europa von Portugal b i s z u m U r a l."** Es soll also gleich auch noch die Sowjetunion selbst „blockfrei" gemacht werden, was zwar einerseits überhaupt keinen Sinn ergibt, andererseits aber schon. Was mit dem östlich vom Ural gelegenen Teil der Sowjetunion zu geschehen selbst „blockfrei" gemacht werden, was zwar einerseits überhaupt keinen Sinn ergibt, andererseits aber schon. Was mit dem östlich vom Ural gelegenen Teil der Sowjetunion zu geschehen hat, wird vermutlich später geklärt. „Nu stirb doch erstmal, dann sehn wir schon weiter!". Wie bescheiden waren dagegen doch unsere Großväter, die es sich noch mit dem winzigen Viereck zwischen Maas, Memel, Etsch und Belt genügen lassen wollten!

Man darf gespannt sein, welche Figuren ihren Namen unter diesen Text setzen werden. Wollen wir mal raten?...*„Die ‚Kölner Erklärung' soll in ihrer endgültigen Fassung im nächsten Jahr auf einer Tagung des Unterstützerkreises beschlossen werden, zu der wir"* — nämlich Becker und Stolz — *„natürlich noch rechtzeitig einladen werden."* Gut möglich, daß bis dahin der blöde Ural aus dem Text verschwunden ist und dafür dann Polen steht, wie es sich unter anständigen grün-alternativen Neo-Patrioten eigentlich gehört.

Angeblich ist auf der Kölner Konferenz e i n s t i m m i g beschlossen worden, 1984 eine „Folgekonferenz" zu veranstalten und einen „Materialdienst zur deutschen Problematik" herauszugeben, sowie für beides die „Unterstützung der GRÜNEN" zu gewinnen. W e n n dies tatsächlich einstimmig so beschlossen wurde, sind zumindest die Konferenzteilnehmer Frieder O. Wolf und Dird Schneider in Dingen der praktischen Politik dümmer als zulässig. Denn diese Beschlüsse ermöglichen es der Firma Becker & Stolz, ihre Schiebereien und Hochstapeleien erst einmal fortzusetzen. Hier wäre von a l l e n in die Scheisse hineingezogenen grünen Parteigremien, insbesondere aber von den durch eigene Dummheit mißbrauchten Konferenzteilnehmern, endlich ein offizielles und absolut eindeutiges „Mit uns nicht!" zu fordern.

Kt., KB

Fortsetzung von vorheriger Seite

noch? — „Länder der Zweiten Welt" sagen. Und die müssen sich natürlich zusammenschließen, um dem Hegemonismus der beiden Supermächte (besonders der einen, na, sie wissen schon!) zu widerstehen.

Man scheint auch in der AL zu ahnen, daß ein „europäisiertes", „blockunabhängiges" Europa ein hochgerüstetes und zudem kapitalistisches Europa sein würde. Da fordert man zwar — aber vermutlich nur als symbolisches Fernziel? — die *„Vernichtung aller in Europa stationierten Waffen"*, räumt jedoch zugleich ein, daß auch in einem „blockunabhängigen" Europa die BRD als militärisches Vorfeld der französischen Atomstreitmacht dienen würde. Man problematisiert auch, daß in einem „blockunabhängigen" Europa die BRD weiterhin rücksichtslos ihre wirtschaftlichen Interessen gegen die kleineren europäischen Staaten durchsetzen würde. Das heißt, die proklamierte „Blockunabhängigkeit" soll über die b e s t e h e n d e n militärischen und ökonomisch-sozialen Zustände gestülpt werden. Jedoch vermutlich nicht so ganz, da schließlich die „Teilung Europas" überwunden werden soll. Und das geht nur, wenn jene Staaten, die heute das Vorfeld der Sowjetunion bilden, „reformiert" und nach Westen hin „geöffnet" werden. Niemand wird ernsthaft bezweifeln wollen, daß in einem solchermaßen „neugeordneten Europa" die Großmächte des Westens sich Osteuropa auf den ganz natürlichen und friedlichen Wegen der Ökonomie vollständig unterwerfen würden, ohne einen Gewehrschuß abgeben zu müssen. Aber gerade w e i l das so ist, wäre eine „Revision von Jalta" und „Neuordnung Europas" nur mit militärischer Gewalt gegen die Sowjetunion durchzusetzen. Also, realistisch betrachtet, wahrscheinlich überhaupt nicht. Oder nur in dem Sinne, wie Hiroshima und Nagasaki 1945 neugeordnet wurden. Immerhin, die bürgerlichen Politiker machen sich ernsthafte Gedanken und stellen militärische Mittel bereit, um vielleicht doch den „Abschied von Jalta" zu erzwingen. Die grün-alternativen Neo-Patrioten hingegen träumen davon, den selben Effekt mit einer heruntergerüsteten Bundeswehr oder gleich ganz ohne Militär zu erreichen. Also, wenn schon, denn schon! Oder?

Kt., KB

Souveränität, ein hohes Gut? Die GRÜNEN, die Ordnung von Jalta und die Souveränität der BRD

Wenn man sich das rückblickend noch einmal vergegenwärtigt, dann hat man den Eindruck, daß ursprünglich in der Kritik der GRÜNEN an der hiesigen Stationierung der neuen atomaren Mittelstrecken-Waffen die „Souveränität der BRD" doch eher eine untergeordnete Bedeutung hatte. Jedenfalls kann im Nachhinein festgestellt werden, daß sich diese Kritik mehr bzw. hauptseitig gegen die seinerzeitige Bundesregierung richtete – und in der Tat war es ja auch Helmut Schmidt gewesen, der bereits 1977 (mit Verweis auf die sowjetischen SS-20) die Notwendigkeit der Stationierung dieser neuen bzw. zusätzlichen Waffen in Westeuropa propagiert hatte. Aber die BRD hatte nicht nur als erstes NATO-Mitglied die Angelegenheit ins Rollen gebracht und auf den entsprechenden Ministerrats-Beschluß vom Dezember 1979 hingewirkt: Vielmehr hat diese damalige Bundesregierung Schmidt-Genscher mit der gleichen Rigorosität, mit der sie im Innern die politische Durchsetzung desselben betrieb, auch auf jene NATO-Regierungen (Belgien, Niederlande, Dänemark) eingewirkt, welche unter dem Druck der öffentlichen Kritik bzw. Meinung ihres jeweiligen Landes ins Wanken geraten waren. Alle diese Sachen waren jedem politisch interessierten Menschen bekannt, und sie fügen sich bruchlos zu jenen erst jüngst bekanntgewordenen Tatsachen aus dem Munde von Helmut Schmidt selbst bzw. seinem engsten Beraterkreis. (1)

Insofern läßt sich durchaus sagen, daß jene Kritik, die P. Kelly anläßlich des zweiten (von den GRÜNEN veranstalteten) „Nürnberger Tribunals gegen Erstschlag- und Massenvernichtungswaffen" formulierte, der „souverän" – nämlich frei von jeglichem äußeren Zwang – betriebenen westdeutschen Stationierungspolitik Rechnung trug:

„Die Grünen haben 1981 Strafanzeige gegen Helmut Schmidt, Hans Dietrich Genscher und Hans Apel erstattet unter dem Gesichtspunkt des Friedensverrats wegen ‚Vorbereitung eines Angriffskriegs' (§ 80a StGB) ... Da die neuen US-Waffen, die ab 1983 in der Bundesrepublik aufgestellt werden sollen, ausschließlich und eindeutig die Ei-

unter dem Gesichtspunkt des Friedensverrats wegen ‚Vorbereitung eines Angriffskriegs' (§ 80a StGB) ... Da die neuen US-Waffen, die ab 1983 in der Bundesrepublik aufgestellt werden sollen, ausschließlich und eindeutig die Ei-

genschaften von Erstschlagswaffen besitzen ..., macht sich die deutsche Bundesregierung durch ihre Zustimmung zu diesem Stationierungsbeschluß der Vorbereitung eines Angriffskriegs schuldig." (2) Der Verweis auf die „Souveränität der BRD" findet sich zwar auch schon in dieser seinerzeitigen Kritik, aber auch hierbei ist die Bundesregierung der Adressat, insofern sie „die Mißachtung der Hoheitsrechte der Bundesrepublik durch Verbündete" dulde. Trotzdem läßt sich insgesamt nicht feststellen, daß die GRÜNEN bereits 1981/82 oder zu Beginn des Jahres 1983 die „(Wieder-)Herstellung der Souveränität der BRD" als *das* politische Mittel im Kampf gegen die derzeitigen Schritte der Kriegsvorbereitung seitens der NATO bzw. der BRD hauptseitig propagiert haben.

Diese Abwendung vom konkreten politischen Angriff gegen die eigene Regierung – die ja immerhin völlig zu Recht der „Vorbereitung eines Angriffskriegs" bezichtigt worden war – und Hinwendung zum Geltendmachen nationaler Interessen gegenüber einer fremden Regierung hat sich offenkundig im Verlaufe des Sommers entwikkelt und schließlich folgenden (beispielhaften) Ausdruck genommen:

„Auf eine neue europäische Friedensordnung hinzuwirken, Blockfreiheit, militärische Neutralität und Integration in A-B-C-waffenfreie Zonen ... in Europa anzustreben, ist historische Aufgabe einer BRD, die ihre volle Souveränität gegenüber den ehemaligen Siegermächten erst noch herstellen muß." (3)

In dieser politischen Aufgabenstellung sind zwei Bezugspunkte bzw. Dimensionen enthalten: *Zum einen* wird auf jene von der Antihitler-Koalition in Jalta/Potsdam (Feb./Aug. 1945) beschlossene Installierung von Besatzungs-Regimes zwecks Durchsetzung einer „friedlichen Nachkriegsordnung in Europa" Bezug genommen; *zum anderen* auf zukünftige Schritte der Wiedererlangung der „vollen Souveränität".

I.

Es sei im folgenden zunächst etwas ausführlicher auf den ersten Bezugspunkt eingegangen; und zwar hat P. Kelly diesen Punkt (in ihrer Stellungnahme zu den Antworten der Bundesregierung Kohl-Genscher auf diesbezügliche Große Anfragen der grünen Bundestags-Fraktion) näher ausgeführt:

„Die BRD als größtes Stationierungsland und Hauptgefechtsfeld eines nuklearen Infernos ist sowieso Satelliten-Staat und steht als drittklassiger Partner da ... Die heutige Rechtsgrundlage für die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik sind ... nach Auffassung der Bundesregierung zwei Verträge aus dem Jahre 1954 (der Deutschland-Vertrag und der Aufenthaltsvertrag), also unter Besatzungsrecht entstandene Diktatverträge: Atomwaffenstationierung als Besatzungsrecht, ein Verstoß gegen die Souveränität der Bundesrepublik und ein Bruch des Volkerrechts!" (4)

Die Formulierung „Satelliten-Staat" ist kein einmaliger Einfall; ähnliche Verlautbarungen finden sich auch in den Stellungnahmen anderer grüner Bundestags-Abgeordneter – so etwa bei Roland Vogt, der die BRD als „eine Art Nuklearkolonie" sowie ebenfalls hinsichtlich der hier stationierten C-Waffen als „Kolonie der Vereinigten Staaten" (5) bezeichnet hat.

Beide – P. Kelly und R. Vogt – sind in ihren Stellungnahmen zu den bereits oben erwähnten Antworten der Bundesregierung *nicht* auf eine sehr denkwürdige Feststellung eingegangen, die sich – gleichlautend – in den Vorbemerkungen in zwei dieser Antworten findet:

„Rechtsgrundlage für die Stationierung der verbündeten Streitkräfte ... sind der Deutschlandvertrag sowie in seiner Ausführung der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 ... Durch diese Verträge ist sowohl dem Grundsatz der deutschen Souveränität als auch den weiteren Erfordernissen des Grundgesetzes Rechnung getragen". (6) Hätten P. Kelly und R. Vogt sich auf diesen Passus näher eingelassen, so mochte der von der Bundesregierung darin betonte Zusammenhang die Richtung gewiesen haben, in der eine unbefangene Vergewisserung jener o.a.

(6) Hätten P. Kelly und R. Vogt sich auf diesen Passus näher eingelassen, so mochte der von der Bundesregierung darin betonte Zusammenhang die Richtung gewiesen haben, in der eine unbefangene Vergewisserung jener o.a.

Verträge seitens der GRÜNEN hätte erfolgen können: Denn diese Verträge sind das gerade Gegenteil von dem, was P. Kelly behauptet („unter Besatzungsrecht entstandene Diktatverträge", s.o.a. Zitat!). Und diese fehlerhafte Auffassung hat ziemlich weitreichende politische Konsequenzen im Hinblick auf das, was als „(Wieder-)Herstellung der Souveränität der BRD" nunmehr propagiert wird:

a) Der Deutschlandvertrag in seiner seither bzw. jetzt gültigen Fassung vom 23.10.1954 dokumentiert bereits insofern die Ablösung des bis dahin geltenden Besatzungsregimes, als er die unterzeichnenden Vertragsparteien – die drei ehemaligen westlichen Mitglieder des Allierten Kontrollrats der Antihitler-Koalition (GB, F, USA) einerseits und die BRD andererseits – nunmehr gleichberechtigt nebeneinanderstellt. Das findet nicht nur in entsprechenden Formulierungen, sondern v.a. in Inhalten seinen Ausdruck, nämlich in der Festlegung des *gemeinsamen* Vertragszwecks bzw. Vertragsziels: die Ausdehnung der westdeutschen Kapitalordnung nach Osten hin und die Besiegelung dieser Expansion durch eine „frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung". Dies impliziert selbstredend gemeinschaftliche erfolgreiche Nötigung des vierten Mitglieds des ehemaligen Allierten Kontrollrats – d.h. der Sowjetunion.

b) Der Deutschlandvertrag vollendet daher die Spaltung der Antihitler-Koalition bzw. den Bruch der gemeinsamen (in Jalta/Potsdam formulierten und beschlossenen) Vereinbarungen. Es muß an diesem Punkt festgestellt werde, daß P. Kellys fehlerhafte Auffassung von jenen o.a. Verträgen („unter Besatzungsrecht entstandene Diktatverträge") negative Folgen für ein bestimmtes Charakteristikum im antifaschistischen Selbstverständnis der GRÜNEN selbst hat: Denn die Grünen haben verschiedentlich die Niederwerfung des reichsdeutschen Imperialismus sowie die Aufrichtung eines Besatzungsregimes zwecks Durchsetzung von inneren Verhältnissen, die eine Wiederkehr von Faschismus und Militarismus ein für allemal unmöglich machen, gutgeheißen und sich z.B. gegen den „17. Juni" und für den 8. Mai (1945, Tag der Kapitulation der Hitlerwehrmacht) als „nationalen Feiertag" ausgesprochen. (7) Desgleichen ist ja auch die bewußte positive Anknüpfung an das Nürnberger Tribunal der Antihitler-Koalition (s. oben) seitens der GRÜNEN ebenfalls eine Bejahung der gegen die ehemalige Reichsregierung und den Generalstab ergriffenen Maßnahmen seitens des Besatzungs-Regimes. Solche antifaschistischen Positionen geraten aber in der Konsequenz jener o.a. fehlerhaften Auffassungen nicht nur in Bedrängnis, sondern regelrecht in Gefahr: Denn sämtliche, dem niedergeworfenen reichsdeutschen Imperialismus auferlegten Beschänkungen waren doch nichts anderes als unter dem *„Diktat des Besatzungsrechts"* erfolgte Maßregeln zur Verhinderung der Wiederkehr einer (faschistischen) Aggression, also *das*, wogegen P. Kelly jetzt polemisiert!

c) Wenn man in Rechnung stellt, daß die ehemaligen reichsdeutschen Monopole und ihre politischen Interessenvertreter lediglich niedergeworfen waren, dann muß im Deutschlandvertrag ein bedeutsamer Meilenstein hinsichtlich der Wiedergewinnung der innen- und außenpolitischen Handlungsfreiheit des (west-)deutschen Imperialismus gesehen werden. *Das* exakt meint die Bundesregierung, wenn sie feststellt, daß jene o.a. Verträge dem „Grundsatz der deutschen Souveränität" Genüge getan haben: nämlich jenem seit dem 8. Mai 1945 ununterbrochen verfolgten Ziel der niedergeworfenen reichsdeutschen Monopole, zunächst in einem westdeutschen Teilstaat eine „souveräne" Ausgangsbasis für die schließliche Revision der Ergebnisse des 2. Weltkriegs zu gewinnen. (8) Was sind denn „die weiteren Erfordernisse des Grundgesetzes" anderes als jene in der Präambel und diversen GG-Artikeln fixierten Gebietsansprüche bzw. Expansionsziele?! Sie sind in dem Sinne „weitere Erfordernisse", als sie über den derzeitigen unmittelbaren Wirkungsbereich der „Souveränität" der westdeutschen Monopole und ihrer politischen Interessenvertretung hinausreichen.

Sie sind in dem Sinne „weitere Erfordernisse", als sie über den derzeitigen unmittelbaren Wirkungsbereich der „Souveränität" der westdeutschen Monopole und ihrer politischen Interessenvertretung hinausreichen.

Diese Expansionsziele bzw. Gebietsansprüche sind als gemeinschaftlicher Vertragszweck nicht nur des Deutschlandvertrags, sondern auch (über das entsprechende Beitrittsprotokoll beim Eintritt der BRD) des NATO-Vertrags fixiert. Die militärischen Mittel zur *Ausführung* dieser Zwecke (daher die o.a. Formulierung der Bundesregierung!) sind über den Aufenthaltsvertrag sichergestellt. Die ausländischen Truppen sollen bis zur Realisierung dieser Zwecke auf dem Territorium der BRD stationiert bleiben, danach entfällt jeglicher Aufenthaltsgrund: Insofern enthält er eine *„Klausel über die Beendigung des Vertrags, die den Charakter der Stationierung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik als einer interimistischen (= vorläufigen, einstweiligen, d.Red.), auf den Zustand zwischen Krieg und Frieden beschränkten Notmaßnahmen besonders hervorhebt."* (9)

Die GRÜNEN könnten unter Umständen gegen diese Zurückweisung ihrer Behauptungen vom (fortexistierenden) „Besatzungsrecht" die seinerzeitige bzw. seither immer wieder erfolgte Stationierung von US-amerikanischen A- und C-Waffen geltend machen: Ein Studium des diesbezüglichen Ausschußberichtes von 1954 (10) – die Kohl-Genscher-Regierung verweist in ihren o.a. Antworten genüßlich auf den seinerzeitigen Generalberichterstatter des auswärtigen Aussschusses, Willy Brandt – in Verbindung mit dem Vertragswortlaut zeigt aber, daß mit der Stationierung der US-Truppen selbstverständlich auch die Stationierung ihrer jeweiligen Bewaffnung gemeint und entsprechend vertraglich vereinbart worden war.

II.

Es gibt an diesem Punkt eine ganz eigentümliche Inkonsequenz in der Argumentation der GRÜNEN; diese Angelegenheit leitet über zur Behandlung des 2. o.a. Bezugspunktes:

Im Zusammenhang mit dem 2. Nürnberger Tribunal hatte P. Kelly daran erinnert, daß ihre Partei bereits 1981 gegen Schmidt, Genscher und Apel Strafanzeige wegen Vorbereitung eines Angriffskriegs gestellt hatte. Und zwar hatten die GRÜNEN das weniger an den politischen Kriegszielen der BRD festgemacht, sondern eher oder ausschließlich an den zur Stationierung vorgesehenden militärischen Mitteln – denn diese seien einzig und allein zum Angriff geeignet. Die GRÜNEN haben sich dabei wenig oder gar nicht an der Tatsache gestoßen, daß die von ihnen angeprangerten Massenvernichtungswaffen US-amerikanischen Ursprungs waren. Sie haben sich damals einfach darauf konzentriert, daß die BRD im Rahmen der NATO an der Nutznießung dieser Waffen für den Zweck eines Ankriffskriegs teilhat.

Die aktuellen Bekundungen der letzten zwei bis drei Monate sind nunmehr nahezu vollständig davon abgegangen – um ein Beispiel zu nennen: Die „Geheimhaltungspraxis" der jetzigen (wie auch aller vorherigen) Bundesregierung(en) hinsichtlich ihrer Kenntnis und ihrer vertraglichen Vereinbarungen bezüglich der Dislozierung und des Umfangs der US-amerikanischen A-, B- und C-Waffen wird zwar auch als eine gegen die eigene Bevölkerung gerichtete Politik kritisiert – aber das Hauptgewicht wird darauf gelegt, daß gerade darin der Kolonial-Status der BRD gegenüber den USA zum Ausdruck komme. (11) Was – so fragt man sich – hindert die GRÜNEN eigentlich daran, an ihren richtigen Einsichten von neulich festzuhalten; immerhin hatten diese Einsichten den Vorteil völliger Illusionslosigkeit darüber, daß der BRD-Imperialismus in der Verfolgung seiner Expansionsziele wild entschlossen ist, Massenvernichtungsmittel nicht nur zur Erpressung, sondern auch zur tatsächlichen Durchsetzung dieser Ziele zu nutzen? Wenn man diese Illusionslosigkeit mit dem eigenen, doch unzweifelhaft vorhandenen antifaschistischen Selbstverständnis kombiniert – dann müßte folgende politische Erkenntnis dabei herausspringen können:

Die direkten Fortsetzer der Kontinuität des gerade auch durch Massenvernichtung berüchtigten deutschen Imperialismus müssen jede Weckung von historischen Erinnerungen bzw. Erfahrungen vermeiden – insofern die dar-

Die direkten Fortsetzer der Kontinuität des gerade auch durch Massenvernichtung berüchtigten deutschen Imperialismus müssen jede Weckung von historischen Erinnerungen bzw. Erfahrungen vermeiden – insofern die dar-

über entstehende Kritik unweigerlich ihre so oft bekundeten „friedlichen (Expansions-) Mittel" zu jenen ebenso oft bekundeten „friedlichen Mitteln" der Reichsregierung A. Hitlers in Beziehung setzen würde. Dies wäre eine direkte Gefährdung der Expansionsziele selbst. Helmut Schmidt hat das in seinem seinerzeitigen Bericht vor der SPD-Fraktion (über sein Guadeloupe-Treffen mit Carter, Giscard d'Estaing und Callaghan) am 6.2.1979 so ausgedrückt: Er wolle in der Öffentlichkeit vermeiden, *„daß die Welt den Eindruck bekommt, als ob der Nicht-Nuklearwaffen-Staat Bundesrepublik de facto die poltischen Entscheidungen, die auf dem nuklearen Felde zu treffen sind, präjudiziert, am liebsten sie selber treffen möchte".* (12)

Es ist eingangs festgehalten worden, daß in der grünen Forderung nach der „(Wieder-)Herstellung der Souveränität der BRD" sowohl jener weiter oben behandelte Gesichtspunkt der Bezugnahme auf die Ordnung von Jalta enthalten ist (siehe Abschnitt I.) wie auch der Bezug auf bestimmte konkrete zukünftige Schritte zur Erreichung dieses Ziels. Als einen solchen konkreten Schritt hat der grüne MdB R. Vogt den folgenden benannt: *„Wir werden ... den positiven Schritt machen, die Geheimhaltungspraxis der Regierung gegen das eigene Volk zu durchbrechen und die Souveränität des deutschen Volkes über das eigene Territorium und über das eigene Schicksal wiederzugewinnen."* (13) Dies hat er insbesondere in Bezug auf die Antworten der Bundesregierung zur C-Waffen-Stationierung ausgeführt. Es ist weiter oben schon verdeutlicht worden, daß diese Argumentation vollständig abgekommen ist von jener Kritik an der Teilhaberschaft bzw. indirekten Verfügungsgewalt des BRD-Imperialismus über diese Sorte von Waffen.

Aber dieses Abkommen von jener ursprünglichen Kritik hat sich – das verdeutlicht der von R. Vogt vorgeschlagene „positive Schritt" – verschlimmert in Richtung auf tatsächliches Zusammengehen mit der politischen Interessenvertretung der westdeutschen Monopole: Diese verfügen in Gestalt der Planzenschädlings-Bekämpfungsmittel-Produktion von Hoechst, Bayer und BASF über eine „souveräne" C-Waffen-Produktions-Kapazität, die ihresgleichen auf der Welt sucht. Erste Frage: wie will man diese Verfügungsgewalt über die eigene Basis zur Produktion von Massenvernichtungswaffen ergreifen bzw. treffen können, wenn man sich zum Verfechter der Wieder-Erlangung einer angeblich nicht vorhandenen Souveränität der BRD gegenüber der USA macht?! Zweite Frage: es gibt nicht nur Kritik sondern Hetze in den Reihen der GRÜNEN, daß die BRD auf Beseitigung der antifaschistischen „Feindstaatenklausel" der Charta der Vereinigten Nationen (ein „tödlicher Anachronismus") hinwirken solle bzw. hinwirken müsse. (14) Diese Klausel war eine Waffe der internationalen Staaten- und Völkergemeinschaft gegen Reglungen der Wiederkehr faschisticher Aggression, unter anderem gegenüber dem niedergeworfenen deutschen Imperialismus. Die diesbezügliche Hetze gegen diese antifaschistische Bestimmung unter der Flagge der „(Wieder-)Herstellung der Souveränität der BRD" läßt Schlimmes befürchten. Wie etwa werden sich die GRÜNEN stellen, wenn die UNO konkrete Sanktionen gegen das eigene westdeutsche C-Waffen-Potential (zum Beispiel) beschließen sollte und hierbei an die Erfahrung mit dem Hitlerfaschismus anknüpft? Eines ist klar: Es wird verdammt schwierig sein, diesen Eingriff in die „Souveränität der BRD" gutzuheißen, wenn man sich vorher schon sozusagen mit Haut und Haaren mit deren „vollständiger (Wieder-)Herstellung" verpulvert hat – ganz zu schweigen von den hämisch-kühlen Anmahnungen der Bundesregierung, sich doch bitte an den endlich gewonnen nationalen Konsens zu halten!

(huh, BWK)

Anmerkungen

Anmerkungen

(1) Sich barfuß in die Tür der Weltpolitik klemmen? Genese und Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses für die SPD, H. Soell, FAZ, 12.11.1983, S.10.
(2) Petra Kelly, Artikel (Das Nürnberger Tribunal), abgedruckt in: Die Grünen, 19. 02.1983, S.5f.
(3) 13 Thesen für eine positive Argumentation in der Friedenspolitik, Torsten Lange, Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn.
(4) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 11.11.1983.
(5) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 13.10.1983.
(6) Antworten der Bundesregierung: a) Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 10/-444 vom 05.10.1983, S.5; b) Dtsch.BT, Drucksache Nr. 10/487 vom 14.10.1983), S.6.
(7) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestags, 05.05.1983 (Jürgen Reents, MdB, Die Grünen).
(8) a) Stenographische Berichte des Dtschen. BT, 07.02., 09.07.1952 (Adenauer); 09.07.1952 (Gerstenmaier), 15.12.1954 (Adenauer/Kiesinger); b) Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 1200 (Schriftlicher Bericht d. Ausschusses f. Auswärtig. Angeleg. zur Ablösung d. Besatzerregimes, Stationierung ausländischer Streitkräfte u. NATO/WEU-Beitritt etc.); c) Das Potsdamer Abkommen, das Grundgesetz und die Wiedervereinigung Deutschlands (v. Winterfeld, Vertreter der Bundesregierung im KPD-Verbots-Prozeß, Europa Archiv, 05.-10.1956; d) Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit (W.Greve, BRD-Delegationsleiter bei d. Verhdlg. zur Ablösung d. Besatzungsregimes), Stuttgart 1960, insbesondere: S. 11-108, S. 169-300, S. 324-338, S. 451-484; e) E. Klein, Aktuelle Bedeutung des Deutschlandvertrages, in: Außenpolitische Zschrft. f. intern. Fragen, IV. Quartal 1980, S. 394ff.
(9) W. Grewe (Kap. Souveränität der Bundesrepublik) a.o.S.85/86.
(10) Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 1200, a.o. S.49 (Kap. Verteidigungsbeitrag und Truppenstationierung), Deutscher Bundestag, Drucksache Nr. 1060 (betr. Aufenthaltsvertrag), 10.12.1954.
(11) Z.B. Roland Vogt, Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 13.10.-1983.
(12) FAZ, 12.11.1983 (a.o.)
(13) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestages, 13.10.1983.
(14) Die Feindstaatenklausel, Ein tödlicher Anachronismus, Artikel in: Die Grünen, 23.04.1983, S. 4.

Die Grünen contra „Einseitigkeit"
Die Spaltung an der Blockfrage

Die „Einseitigkeit" der Friedensbewegung gegen die NATO-„Nachrüstung" war vielen schon immer ein Dorn im Auge. Staat, Kapital und ihren Parteien eh, aber eben auch Teilen der Friedensbewegung, speziell den GRÜNEN, die sich in ihrer Mehrheit nur zähneknirschend darauf einließen. Immer wieder kommt aus dieser Partei die Forderung, die „Einseitigkeit" zugunsten einer „blockübergreifenden Friedenspolitik" aufzugeben, was massiv mit dem Hintergedanken verbunden wird, die Friedensbewegung an der „Blockfrage" zu s p a l t e n.

Der Grüne Parteitag vom 18. bis 20.11. in Duisburg bot wiederum weiten Raum, diese Frage auszuwalzen. Befreit von dem Druck, den die drohende Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen auf die Friedensbewegung ausgeübt hat und der, umso stärker mit dem Näherrücken des Stationierungstermins, die einseitige Orientierung der Friedensbewegung gegen die NATO-Rüstungspolitik e r z w u n g e n hat, brach sich die Forderung nach einer nicht nur gegen die NATO, sondern ebenso gegen den Warschauer Pakt gerichtete Friedensbewegung Bahn. Die Vorstellungen darüber sind zwar immer noch widersprüchlich, haben sich aber seit dem Parteitag 1981 in Offenbach, auf dem das „Grüne Friedensmanifest" verabschiedet wurde, weiter angenähert. Im folgenden wird sich auf die letztlich mit großer Mehrheit verabschiedete Vorlage des Bundesvorstands bezogen. Der Vollständigkeit halber soll jedoch erwähnt werden, daß weitere Papiere Grundlage der Diskussion waren:

— Zunächst ein Papier der Vereinigten Münchener Friedensinitiativen, das als eine Plattform der ganz harten ML-Fraktion innerhalb der Grünen anzusehen ist. Zentraler Inhalt ist die „Befreiung aus der Ordnung von Jalta", eine mitteleuropäische Lösung gegen die „Supermächte" sowie die Forderung nach der „deutschen Wiedervereinigung".

— Dann ein Papier der AL-Westberlin, das, allerdings etwas moderater formuliert, aus einer ähnlichen Richtung argumentiert. Darin wird vor allem die Forderung nach einer Diskussion über „alternative Konzepte von Außen- und Sicherheitspolitik" erhoben.

— Schließlich ein Antrag des linken Landesverbandes Schleswig-Holstein, in dem der „blockübergreifende" Aspekt gar nicht auftaucht und der an einer einseitigen Orientierung gegen die NATO festhält. Er spielte allerdings in der ganzen Debatte die geringste Rolle.

— Von besonderer Bedeutung war natürlich der Antrag der Bundestagsfraktion für die „Nachrüstungs"-Debatte im Bundestag, der später ohne Einwände verabschiedet wurde. Darin wird ausgerechnet die Bundesregierung aufgefordert, **„der Sowjetunion klarzumachen, daß die geforderten Abrüstungsschritte der NATO erleichtert würden, wenn die Sowjetunion schon jetzt mit dem Abbau der SS 20 mindestens bis zur Höhe der britischen und französischen Mittelstreckenraketen beginnt."** Damit hat sich die Bundestagsfraktion erstens auf das Niveau der NATO-Argumentation begeben, nämlich einseitige Vorleistungen der Sowjetunion zu fordern, und zweitens macht sie sich lächerlich, indem sie sich gerade an die Partei wendet (die Bundesregierung), die es zusammen mit ihren Verbündeten strikt a b g e l e h n t hat, die englischen und französischen Atomwaffen überhaupt zum Diskussionsgegenstand zu machen.

Der Antrag des Bundesvorstands formuliert die Leitlinien grüner Friedenspolitik nach der Stationierung. Daß er auf dem Parteitag mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, zeigt schon, daß sich darin alle Elemente der vorher skizzierten Richtungen wiederfinden. Zwar wird sich in dem Papier gerne auf den „unabhängigen" und „autonomen" Flügel der Friedensbewegung berufen, aber nicht die dort gegenwärtig diskutierte Stoßrichtung, eine noch schärfere Ausrichtung gegen die NATO, sondern die Ausrichtung auf eine „blockübergreifende Friedenspolitik" ist das zentrale Anliegen. Wird einerseits die aggressive Außenpolitik der USA verurteilt, wird dies gleich relativiert, denn *„die Militärpolitik des Warschauer Pakts garantiert uns im Kriegsfall das gleiche Schicksal"*. Schlußfolgerung: *„Das Leben der Menschen in Europa kann nur durch*

der USA verurteilt, wird dies gleich relativiert, denn „die Militärpolitik des Warschauer Pakts garantiert uns im Kriegsfall das gleiche Schicksal". Schlußfolgerung: „Das Leben der Menschen in Europa kann nur durch

eine praktische Politik der Souveränität und Selbstbestimmung — durch Emanzipation von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion erhalten werden. Weder die Bundesrepublik noch irgendein anderes Land darf Opfer der Macht- und Interventionspolitik der Großmächte sein." Dementsprechend wird in diesem Beschluß nicht mehr die einseitige Abrüstung des Westens gefordert, sondern es wird „blockübergreifend" formuliert: *„Für e i n s e i t i g e Abrüstungsschritte in a l l e n Ländern"*. Daß das „alle" das „einseitig" ad absurdum führt, scheint niemandem aufgefallen zu sein. Um das Paradoxon auf die Spitze zu treiben, wurde noch hinzugesetzt: *„Wir müssen damit bei uns anfangen"*. Für die Mehrheit der Partei existiert offensichtlich ein Bild von der BRD als Spielball der „Supermächte", als Opfer der „Macht- und Interessenspolitik der Großmächte". Unter den Tisch fällt bei dieser Betrachtungsweise, daß die BRD bzw. ihre jeweilige Regierung einen a k t i v e n Beitrag zur Kriegsrüstung leistet, daß ohne die Zustimmung der Bundesregierung eine Stationierung neuer Atomwaffen niemals infrage kommen würde und daß die Raketen gegen die Menschen in den Ländern Osteuropas gerichtet sind. Das alles ist von den GRÜNEN in anderen Zusammenhängen selbst oft genug gesagt worden, aber zum Leitgegenstand ihrer Politik wollen sie es nicht machen. Was bleibt, ist der jammernde Deutsche, der aus der Not eine Tugend macht, indem die von der eigenen Obrigkeit bedrohte Gegenseite auch noch unter Druck gesetzt werden soll, einseitig abzurüsten. Wer will der Sowjetunion angesichts der konkreten Kriegspläne der NATO das Recht absprechen, sich mit eigenen Waffen zu schützen? Lassen wir einmal militärtechnische Aspekte außer acht, kann dies nur jemand, der eine aggressive Bedrohung der Völker Westeuropas durch die Sowjetunion behauptet. Dies allerdings ist von der Grünen Partei, außer ihrem militanten ML-Flügel, bisher nicht geschehen. Die GRÜNEN in ihren Parteiaussagen beschränken sich darauf, daß bei einem Angriff auf die SU durch die entsprechenden Gegenreaktionen die BRD und ihre Bevölkerung (und die aller anderen mitteleuropäischen Staaten) ausgelöscht würde. Selbstverständlich muß diese Gefahr zum Gegenstand der Politik der Friedensbewegung gemacht werden, und nicht von ungefähr ist dies auch der zentrale Motor der heutigen Massenmobilisierung. Aber ebenso selbstverständlich muß dabei gelten, daß diese Gefahr nicht von den sowjetischen Raketen, sondern von der Kriegspolitik der NATO a u s g e h t. Andernfalls reiht man sich in die Riege derjenigen ein, die am Ausgang des 2. Weltkriegs in erster Linie die gefallenen, getöteten und vertriebenen Deutschen zählen und nicht den Massenmord an den vom deutschen Faschismus überfallenen Völkern.

Die GRÜNEN wollen mit ihrer „b l o c k ü b e r g r e i f e n d e n Friedenspolitik" in gleicher Weise auf beide „Blöcke" Druck ausüben. Dies vor dem Hintergrund, daß es der Friedensbewegung nicht gelungen ist, auch nur minimalste Zugeständnisse von den eigenen Regierungen zu erzwingen, und auch kein Weg zu erkennen ist, daß dies in nächster Zeit anders werden wird. Die GRÜNEN spekulieren anscheinend darauf, daß die Staaten des Warschauer Pakts gegenüber einer „unabhängigen Friedensbewegung" im eigenen Land anfälliger sind als die NATO-Staaten gegenüber der hiesigen Friedensbewegung. Sie spekulieren darauf, ja sie fordern sogar, daß die Sowjetunion gegenüber der NATO-Drohung „Vernunft" zeigt (siehe oben zitierte Erklärung der Bundestagsfraktion, wofür sich aber viele andere Beispiele nennen ließen) und von sich aus mit einer einseitigen Abrüstung beginnt. Sie versprechen dafür im Gegenzug die Abrüstung des Westens — nur, dieses Versprechen ist haltlos, denn erstens ist die Friedensbewegung gerade eben den Beweis schuldig geblieben, daß sie ihre eigene Regierung von Schritten zu einer weiteren Aufrüstung abhalten kann (geschweige denn, daß sie Abrüstungsschritte erzwingen könnte); und zweitens gaukelt dies die Illusion vor, die NATO ließe sich auf eine solche Logik ein. Die fatale Folge einer solchen Politik (sollte sie erfolgreich

abhalten kann (geschweige denn, daß sie Abrüstungsschritte erzwingen könnte); und zweitens gaukelt dies die Illusion vor, die NATO ließe sich auf eine solche Logik ein. Die fatale Folge einer solchen Politik (sollte sie erfolgreich

sein) wäre n u r, daß die NATO eine noch größere militärische Überlegenheit über die Sowjetunion erlangen würde. Falls die GRÜNEN ihre eigenen Aussagen ernst nehmen, daß die NATO mit der „Nachrüstung" die Kriegsfähigkeit und die Fähigkeit zum Erstschlag vorbereitet, dann würde eine militärische Schwächung der Sowjetunion die Kriegsgefahr nicht vermindern, sondern erhöhen.

Blockübergreifende Politik als Mittel zur Spaltung der Friedensbewegung

Anknüpfend an diese Art „blockübergreifender Friedenspolitik" wird im Parteitagsbeschluß formuliert: *„Die Entwicklung einer auf diesen Grundpfeilern beruhenden Friedenspolitik kann konstruktiv nicht mit Organisationen vorangetrieben werden, die mit mindestens einem Bein in Washington oder Moskau stehen"*. Das zielt in erster Linie gegen die DKP als einen wesentlichen Bestandteil der Friedensbewegung, kann auch gegen die SPD verstanden werden, muß aber in jedem Fall auch als gegen den KB und ähnliche Organisationen gerichtet gesehen werden, die in ihrer Einseitigkeit gegen die NATO ebenfalls als „5. Kolonne Moskaus" tituliert werden. Keinesfalls sind damit natürlich diejenigen gemeint, die nach wie vor der Theorie vom Hauptfeind Sowjetunion anhängen, in diesem Zusammenhang zwar auch die USA kritisieren, ansonsten aber munter den Kampf der europäischen imperialistischen Staaten gegen die SU propagieren, der real im Bündnis mit den USA geführt wird.

Die eben zitierte Aussage wird fortgeführt: *„Dies schließt eine aktionsbezogene Zusammenarbeit nicht aus"*. Das drückt zunächst nur aus, daß die GRÜNEN in der Forderung nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der DKP und ihr befreundeten Organisationen vorsichtiger geworden sind, weil sie zu unterschiedlichen Anlässen mit dieser Forderung in der Friedensbewegung gescheitert sind.

Selbstverständlich kann mit der DKP eine Politik wie von den GRÜNEN anvisiert nicht „konstruktiv" entwickelt werden. Dies gilt allerdings auch für nicht unwesentliche andere Teile der Friedensbewegung, speziell gerade für die „unabhängigen" Teile, auf die sich die GRÜNEN gern berufen. In politisch-praktischer Hinsicht stellen sich die Fragen jedoch ganz anders. Außerhalb der DKP hat beispielsweise kaum jemand etwas gegen das Auftreten von Vertretern der „unabhängigen Friedensbewegung" der DDR auf Veranstaltungen in der BRD, sofern sie sich eindeutig gegen die NATO-„Nachrüstung" aussprechen. Und selbst die DKP hat diese Kröte schon geschluckt, wenn die Mehrheitsverhältnisse klar waren. Dies allein kann es also nicht sein, was die GRÜNEN an der Zusammenarbeit mit der DKP stört. Nicht einmal eine gestörte Zusammenarbeit mit den „unabhängigen Friedensbewegungen" in Osteuropa könnte für einen Unvereinbarkeitsbeschluß herhalten, denn bisher gibt es keinerlei Bedingungen von dieser Seite, beispielsweise nur dann auf Veranstaltungen zu sprechen, wenn die DKP nicht auftritt. Es spricht deshalb viel dafür, daß es die durch die DKP am deutlichsten dokumentierte Einseitigkeit der Bewegung ist, die eliminiert werden soll; oder wie es Rudolf Bahro ausdrückt: *„Raus aus dem sowjetfreundlichen Minimalkonsens"*.

Diese Spaltungspolitik der GRÜNEN hat schon Tradition, auch wenn sie damit bisher immer gescheitert sind, was die heutige eher vorsichtige Formulierung verständlich macht:

— In der Vorbereitung der Anti-Reagan-Demonstration am 10.6.82 forderte Rudolf Bahro für die Grüne Partei auf der Vorbereitungskonferenz am 4.4.82: *„Wir brauchen die vollständige organisatorische Trennung"* (von der DKP war gemeint). Die GRÜNEN forderten ultimativ, in den Aufruf zu dieser Demonstration eine Unterstützung der „unabhängigen Friedensbewegung" der DDR mit aufzunehmen. Als dies mehrheitlich abgelehnt wurde, schrieben sie eine eigene Präambel zu dem mehrheitlich verabschiedeten Aufruf und fingen an, darunter Unterschriften zu sammeln. Als auch dieses

wegung" der DDR mit aufzunehmen. Als dies mehrheitlich abgelehnt wurde, schrieben sie eine eigene Präambel zu dem mehrheitlich verabschiedeten Aufruf und fingen an, darunter Unterschriften zu sammeln. Als auch dieses

Unternehmen scheiterte, verstiegen sie sich auf die letzte Variante, den Aufruf nur mit der eigenen Präambel zu verbreiten (woran sie niemand hätte hindern können). Aber selbst diese Drohung wurde angesichts der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse zurückgenommen.

— Vorläufer dieses Versuches wurden anläßlich des Breschnjew-Besuchs im November 1981 und anläßlich des von Reagan ausgerufenen internationalen Solidaritätstages mit Solidarnosc gestartet. Auf dem Bundesparteitag in Offenbach vom 2. bis 4. Oktober 1981 wurde die Durchführung einer Anti-Breschnjew-Demo beschlossen. Das Ergebnis der zentralen Mobilisierung war, daß sich einige Hundert Grüne mit der gesammelten Mannschaft aller Schattierungen der MLer trafen — ein eher kläglicher Versuch. Ähnlich erging es den GRÜNEN mit dem Solidaritätstag für Solidarnosc, an dem sie sich wiederum hauptsächlich mit den Resten von „KPD", KBW und MLD zusammenfanden — und gleichzeitig auch noch mit den von CDU, SPD und FDP mobilisierten Kleindemonstrationen mithalten mußten.

Es gibt viele Gründe, die DKP anzugreifen. Aber mit Sicherheit ist der schlechteste, dies an ihrem Verhältnis zur Sowjetunion in der Kriegs- und Friedensfrage zu tun. Die NATO-Kriegspolitik macht die Sowjetunion zu einem objektiven Verbündeten der Friedensbewegung in diesem Land. Wer an d i e s e r Frage die Spaltung der Friedensbewegung propagiert und provoziert, der muß sich schon die Frage gefallen lassen, wessen Interesse er vertritt, denn es geht um das Leben von Millionen.

he., KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperatie GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Flensburg
c/o Buchhandlung Tigerberg
Heiligengeistgang 9
2390 Flensburg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 10 31 41
2800 Bremen 1

Göttingen
Buchladen Rote Straße
z.Hd. KB
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 12 62
3000 Hannover 1

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
3140 Lüneburg

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
3300 Braunschweig

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
4630 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
4600 Dortmund 1

Köln
c/o BuLi-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Frankfurt
Postlagerkarte 032 776 B
6000 Frankfurt 1

Freiburg
c/o Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstraße 15
7800 Freiburg

Stuttgart
c/o „s'Blättle"
Böblinger Straße 59
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 15 04 72
8500 Nürnberg

Hannover
V. Campen
Postfach 12 62
3000 Hannover 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 15 04 72
8500 Nürnberg

Adressen der Landesverbände des BWK

BWK Hamburg/Schleswig-Holstein
Güntherstraße 6
2000 Hamburg 76
Tel. 040/229 74 19

BWK Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstraße 55
3000 Hannover 1
Tel. 0511/85 35 27

BWK Westberlin
Sprengelstraße 40
1000 Berlin (West) 65
Tel. 030/461 84 25

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestraße 19
5000 Köln 1
Tel. 0221/52 49 53

BWK Baden-Württemberg
Poststraße 5
7800 Freiburg
Tel. 0761/35978

BWK Bayern
Alpenstraße 9
8000 München 90
Tel. 089/69 62 82

Publikationen des BWK

Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis DM 2,50

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft DM 0,70:

— Stahl- und Metallindustrie
— Druckindustrie
— Chemie und übrige Industrien
— Handel, Banken, Versicherungen
— Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Schul- und wehrpflichtige Jugend
— Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte GmbH, Kamekestraße 19, 5000 Köln 1, Tel. 0221/51 74 57

Offener Brief **Nachdruck aus Arbeiterkampf 211, 26.10.1981**

An den Bundesvorstand und die Partei Die Grünen

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Ihr habt auf Eurem Parteitag Anfang Oktober ein Friedensmanifest beraten und beschlossen. Diese Erklärung enthält – unseres Wissen erstmalig in der Geschichte Eurer Partei – ausführlichere Aussagen zur Politik der Sowjetunion. Aussagen zu diesem Thema sind im Rahmen eines Friedensmanifestes selbstverständlich angebracht, denn erstens ist die Behauptung einer sowjetischen Bedrohung und militärischen Überlegenheit das Zentralmotiv der Herrschenden zur Mobilisierung von Sicherheitsbedürfnissen und Verteidigungsbereitschaft, und zweitens der Vorwurf der „Einäugigkeit" hinsichtlich der sowjetischen Kriegsrüstung das Zentralargument der Herrschenden gegen die Friedensbewegung.

Kritik haben wir aber am Zustandekommen und am Inhalt der Aussagen zur Sowjetunion in Eurem Friedensmanifest. Diese Kritik möchten wir Euch einigermaßen umfassend und detailliert mitteilen, weil wir der Meinung sind, daß die von Euch beschlossenen Aussagen dringend und rasch einer Korrektur bedürfen, da anderenfalls das Friedensmanifest insgesamt entwertet würde.

1. Es ist uns unverständlich, daß Ihr Aussagen mit dieser Tragweite beschlossen habt, ohne daß bisher eine gründliche und systematische Debatte zum Thema „Sowjetunion" in Eurer Partei geführt worden ist. Dem Anspruch „basisdemokratisch" hält ein solches Verfahren ganz gewiß nicht stand. Dieser Fehler ist umso schlimmer, weil das Friedensmanifest ja nicht nur ein programmatisches Dokument ist, mit dem Ihr jetzt nach innen leben müßt, sondern weil es auch Instrument Eurer Politik nach außen sein soll.

2. Es gibt anscheinend bei einigen von Euch einen Widerwillen, sich auf quantitative und qualitative Rüstungsvergleiche überhaupt einzulassen. Einen solchen Widerwillen halten wir für verständlich und respektabel. Nur sollte er dann auch wirklich konsequent durchgehalten werden. Euer Friedensmanifest macht aber zur sowjetischen Rüstung durchaus quantitative und qualitative Aussagen, wie etwa: Die Sowjetunion habe „mit den USA auf dem Feld der strategi-
titative und qualitative Aussagen, wie etwa: Die Sowjetunion habe „mit den USA auf dem Feld der strategi-
schen Atomwaffen gleichgezogen", Aussagen zur sowjetischen Kriegsflotte, zur SS 20 usw. Da Ihr Euch nun einmal auf dieses unerfreuliche und komplizierte Feld begeben habt, muß man Euch vorwerfen, daß die von Euch beschlossenen Aussagen Ausdruck von ganz und gar unzureichender Untersuchung des Gegenstands sind. Da zweifellos ein Großteil der Delegierten Eures Parteitages sich mit dem Gegenstand überhaupt noch nie im Detail befaßt hat, muß zudem davon ausgegangen werden, daß hier einfach nach dem Prinzip des Kopfnickens vorformulierten oberflächlichen Behauptungen zugestimmt worden ist.

3. Euer Parteitag hat beschlossen: „Auch die Militärmacht Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist". Diese Aussage könnte Gegenstand langer, gar nicht endgültig abzuschließender militärphilosophischer Debatten sein. Für Euch hingegen ist sie lediglich eine elegante Überleitung zur Übernahme der bundesdeutschen Staatsdoktrin vom globalen Eroberungswillen der Sowjetunion. Wie wollt Ihr eigentlich das Militärpotential definieren, „das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist"? Eine Garantie für die Wirksamkeit von „Abschreckung" gibt es ohnehin nicht. Demnach bleibt nur objektiv festzustellen, daß die Militärmacht der USA – und das ist in diesem Fall doch wohl der wichtigste „potentielle Gegner" – der der Sowjetunion in allen relevanten Bereichen erheblich überlegen ist.

Wenn wir nüchtern konstatieren müssen, daß die Friedensbewegung in den NATO-Ländern ihren Regierenden noch kein Schrittchen Abrüstung real abtrotzen konnte, dann ergibt sich für uns daraus auch, daß diese Friedensbewegung überhaupt kein Recht hat, das Militärpotential der Sowjetunion als „zu groß" in Frage zu stellen. Das gilt umso mehr für die Friedensbewegung in einem Land, das gerade vier Jahrzehnte von seinem furchtbaren Überfall auf die Sowjetunion entfernt ist und in dem immer noch dieselben Kräfte herrschen, die für die damalige verbrecherische Politik verantwortlich sind.

4. Euer Parteitag hat beschlossen: Die sowjetische Militärmacht ist „ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ... ein Mittel der Eroberung". Tendenziell ist jede Armee auch „ein Mittel der Eroberung". Alles ist relativ. Die winzige Armee des Senegal, die wahrscheinlich selbst der bundesdeutschen Polizei unterlegen wäre, hat sich als durchaus taugliches Instrument erwiesen, um das noch winzigere Gambia militärisch zu unterwerfen. Ein riesiger Staat wie die Sowjetunion unterhält selbstverständlich eine Armee, die auch zur Unterwerfung weit schwächerer Staaten geeignet sein könnte. Ebenso selbstverständlich ist, daß ein solcher Staat auch über erhebliche militärische Transport-Kapazitäten verfügen muß.

Daß die Sowjetunion tatsächlich vor Militäraktionen gegen schwächere Staaten nicht zurückschreckt, ist an Fallbeispielen bewiesen. Die Tatsache ist aber nicht in „Struktur und Umfang" ihrer Streitkräfte begründet. In Afghanistan unterhält die Sowjetunion, unterschiedlichen Angaben zufolge, ca. 80.000 bis 100.000 Soldaten. Auf welchen „Umfang" müßte man Eurer Ansicht nach die sowjetischen Streitkräfte in ihrer Gesamtheit reduzieren, um solche Militäraktionen auszuschließen?

5. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion strebt nach „Ausdehnung des eigenen Machtbereichs rund um den Globus". Dieser Behauptung möchten wir in ihrer Allgemeinheit gar nicht widersprechen. Es fragt sich nur, über welche militärischen und wirtschaftlichen Mittel sie dazu verfügt. Was diesen praktischen Gesichtspunkt angeht, verweisen wir noch einmal auf die globale Überlegenheit der USA und ihrer Verbündeten. Im übrigen wird die Formel vom sowjetischen Streben nach weltweiter Expansion als Zentralmotiv der Reagan-Kriegspolitik verwendet – wobei es in erster Linie und nahezu ausschließlich Befreiungskämpfe in Ländern der Dritten Welt sind, die als Resultat sowjetischer Expansion dargestellt werden (Nikaragua, El Salvador, Südafrika, Zaire/Shaba, Libyen, Nahost u.a.m.).

6. Euer Parteitag hat beschlossen: Die allgemeinen Krisenerscheinungen der Sowjetunion verstärken ihren Drang nach „Ausdehnung rund um den Globus". Das mag man glauben oder auch nicht. Halten wir uns an Tatsachen: Die von Euch erwähnten Krisenerscheinungen nicht bloß der sowjetischen Wirtschaft, sondern auch des gesamten politisch-sozialen Systems der SU und des von ihr dominierten Blocks reduzieren zunehmend die realen Möglichkeiten der Sowjetunion, außerhalb ihres eigenen Machtbereichs offensiv zu werden. Leute wie Alexander Haig, die nicht an Gespenster glauben -- nicht einmal an die von ihnen selbst erfundenen! – sagen denn auch ganz offen, daß sie auf einen Zusammenbruch des sowjetischen Systems in absehbarer Zeit spekulieren.

7. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion habe „in den letzten Jahren ... eine weltweit operierende Kriegsflotte aufgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeuge etc.pp. in Dienst gestellt...". Das sind nichtssagende, oberflächliche Stichworte, wie man sie jederzeit auch der „Peking Rundschau" oder dem neuen Propaganda-„Weißbuch" der US-Regierung zur „Gefahr aus dem Osten" entnehmen kann. Man wird es mit Recht bedauern, aber es ist nun einmal so, daß heute selbst Kleinstaaten laufend „neue Generationen" von Waffen einführen, weil Waffensysteme in extrem kurzer Zeit schon als „technisch überholt" gelten. Die einfache Feststellung, daß die Sowjetunion „neue Generationen" von Panzern produziert, gibt für den von Euch im Friedensmanifest behaupteten Zusammenhang (Sowjetische Eroberungsabsichten, Bedrohung etc.) gar nichts her. Stattdessen hättet Ihr lieber von Tatsachen sprechen sollen – z.B. davon, daß nach allgemeiner Übereinstimmung der Experten der bundesdeutsche Panzer „Leo II" den modernsten sowjetischen Gegenstükken in allen relevanten Belangen überlegen ist. Zu ähnlichen Ergebnissen hätte Euch ein qualitativer Vergleich zwischen den modernsten Kampfflugzeugen der NATO und des Warschauer Paktes führen können.

Dem Propaganda-„Weißbuch" der US-Regierung über die sowjetische Aufrüstung ist mit Recht vorgeworfen worden, daß es auf alle Vergleichswerte verzichtet, also nur einseitig die sowjetischen Schrekken an die Wand zu malen versucht. Diese Kritik reicht bis weit in konservative Kreise hinein. Genau dasselbe ist aber leider Euren Aussagen zur sowjetischen Rüstung vorzuwerfen. Für eine antisowjetische Propaganda ist der Hinweis auf die „weltweit operierende Kriegsflotte" der Sowjetunion sicher wirkungsvoll – es gibt in dieser Hinsicht ja auch schon eine lange Tradition. Besser wäre es aber gewesen, Ihr hättet dann auch die Verhältnisse tatsächlich analysiert. Dies hätte Euch nämlich zu der Schlußfolgerung führen können, daß die sowjetische Kriegsflotte sowohl in ihrer Größenordnung als auch unter dem Aspekt ihrer militärstrategischen Voraussetzungen (z.B.: der eklatante Mangel an sicheren Stützpunkten, die „Fallen"-Situation der sowjetischen Flotten in der Ostsee und im Schwarzen Meer) den Kriegsflotten der NATO und der NATO-Verbündeten (Südafrika, Australien etc.) klar unterlegen ist.

Euer Parteitag hat auch auf den NATO-Propaganda-Hit mit den „Flugzeugträgern" der Sowjetunion nicht verzichten wollen. Nur: In den NATO-Generalstäben weiß man – was Euren Delegierten anscheinend unbekannt ist –, daß diese sowjetischen „Flugzeugträger" nicht nur zahlenmäßig gegenüber denen der USA lächerlich unterlegen sind, sondern daß es sich zudem lediglich um Träger mit einer relativ kleinen Kapazität zu Zwecken der Seekriegs-Führung (Operationen gegen U-Boote z.B.) handelt.

8. Euer Parteitag hat beschlossen: Die Sowjetunion habe „in einem gigantischen 'Nachrüstungsbeschluß' mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen". – Aus den einschlägigen Statistiken hättet Ihr entnehmen können, daß die USA der Sowjetunion auch auf diesem Feld deutlich überlegen sind, also von Gleichstand keine Rede sein kann (Zahl der Sprengköpfe, Zielgenauigkeit, Mobilität und sonstige Sicherungen gegen einen 'Erstschlag' der Gegenseite).

Auch bei nur oberflächlicher Kenntnis der Materie hätten an diesem Punkt Eure Aussagen eigentlich einige von Euch stutzig machen müssen: Daß die Militärausgaben des Warschauer Pakts niedriger sind als die der NATO, kann der Interessierte sogar dem „Spiegel" entnehmen. Und daß ein Machtblock mit deutlich geringerem Wirtschaftspotential und niedrigerer Technologie unter solchen Umständen einen gegnerischen Vorsprung keinesfalls aufholen kann, liegt wohl für jeden Klardenkenden auf der Hand. Es sei denn, die Sowjetunion hätte zugunsten ihrer angeblichen „gigantischen Nachrüstung" bei den strategischen Atomwaffen ebenso „gigantische" Abstriche bei anderen relevanten Teilen ihrer Aufrüstung gemacht. Das hat aber noch niemand behauptet; im Gegenteil betont ja auch Euer Friedensmanifest die angeblich allseitige sowjetische Hochrüstung.

An diesem Punkt unserer Kritik möchten wir aus einem anderen Teil Eures Friedensmanifests zitieren: „*Die technologisch bedeutsamsten Erneuerungen im Militärbereich seit dem 2. Weltkrieg, bei denen die USA praktisch immer vorn waren, legen ebenfalls ein klares Zeugnis darüber ab, wer die stetig vorantreibende Macht im Rüstungskarussel war. Seit dem Amtsantritt von Reagan ist aus dem dauernden Vornewegtraben ein unzweifelhaftes Davongaloppieren geworden; von US-amerikanischer Seite wird die Intention des 'Totrüstens' der SU nicht verheimlicht*".

Offenbar ist den Delegierten Eures Parteitages bei dem unter enormem Zeitdruck stattfindenden Gebastel an einem konsensfähigen Kompromiß aus mehreren in ihrer Stoßrichtung kontroversen Entwürfen nicht aufgefallen, daß in der beschlossenen Fassung Aussagen zusammengeschnitten worden sind, die einander eklatant widersprechen. (Einerseits: die Sowjetunion habe bei den strategischen Atomwaffen „gleichgezogen"; andererseits: das „Davongaloppieren" der US-amerikanischen Rüstung).

Dies gilt ähnlich auch für den nächsten Punkt unserer Kritik.

10. Euer Parteitag hat beschlossen: Die sowjetische SS 20 sei „eine verstärkte Bedrohung Westeuropas". „Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf". Dem ersten Teil Eurer Aussage ist zuzustimmen. Nicht bloß die SS 20, sondern auch und mehr noch der zahlenmäßige Ausbau der sowjetischen strategischen Waffen (die ja auch nicht alle bloß auf die USA gerichtet sind) verstärkt die „Bedrohung Westeuropas". Wenn man weiß, daß die BRD das größte Atomwaffen-Arsenal der Welt darstellt, und wenn man zur Beseitigung oder Abschwächung dieses Zustands noch keinen praktischen Schritt geschafft hat, soll man sich nicht wundern, daß die Gegenseite diesen Atomstützpunkt der USA massiv „bedroht". Deswegen die Sowjetunion anzuklagen, mag zwar Eure „Glaubwürdigkeit" bei Helmut Schmidt oder Axel Springer erhöhen, aber es steht unserer Ansicht nach der bundesdeutschen Friedensbewegung überhaupt nicht gut zu Gesicht.

Euer Parteitag hat sich mit diesen Aussagen zudem die NATO-offizielle Version zu eigen gemacht, daß es auf diesem Gebiet eine sowjetische „Vorrüstung" gebe und es sich bei der neuen Raketenrüstung der NATO tatsächlich um eine „Nachrüstung" („Gegenmaßnahmen") handele. In dieselbe Richtung geht Eure Aussage, die Sowjetunion habe mit der SS 20 „den Rüstungswettlauf gefördert" – im Gegensatz zu der schon zitierten Aussage von anderer Stelle Eures Friedensmanifests, die den USA die antreibende Rolle beim „Rüstungswettlauf" zuschreibt. Die Sowjetunion hat übrigens zu diesem Thema durchaus glaubwürdiges Zahlenmaterial vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß es bei Einbeziehung
Sowjetunion hat übrigens zu diesem Thema durchaus glaubwürdiges Zahlenmaterial vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß es bei Einbeziehung
aller NATO-Waffensysteme (z.B. auch der britischen und französischen) keine sowjetische „Vorrüstung" in Gestalt der SS 20 gibt, also auch keinerlei Vorwand, einen behaupteten sowjetischen Vorsprung durch „Gegenmaßnahmen" auszugleichen.

Hierzu hat übrigens Petra Kelly (Bundesvorstand) schon einmal quasi-offiziell in einer Weise Stellung genommen, die wir durchaus unterschreiben könnten: „Die Krefelder Initiatoren übersehen keineswegs die sowjetische SS-20-Aufstellung, bewerten sie jedoch im Gegensatz zur Bundesregierung nicht als eine 'zur Nachrüstung' zwingende Vorrüstung, sondern als Antwort der UdSSR auf die mehrfache Verbesserung im westlichen Nuklearpotential in und für Europa, das dem sowjetischen Mittelstreckenpotential auch jetzt schon mindestens gleichwertig ist ..." (Pressemitteilung der Bundesgeschäftsstelle Die Grünen).

11. Eine Bemerkung möchten wir uns abschließend nicht verkneifen: Wer, wie wir, jahrelang intensiv die gesamte einschlägige linke Presse verfolgt hat, wird die von Eurem Parteitag beschlossenen Aussagen zur Sowjetunion nach Stil und Geist auf Anhieb als ein Kuckucksei identifizieren, das Euch Rest-Kader der aufgelösten "KPD" ins Nest gelegt haben. Die Verfasser haben sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, diese Herkunft stilistisch zu kaschieren. Für diejenigen unter Euch, die es nicht wissen oder es inzwischen vergessen haben: Es handelt sich um jene aus China importierte „Drei-Welten-Theorie", wonach der „sowjetische Sozialimperialismus" als „Hauptfeind der Menschheit" nach „weltweiter Hegemonie" strebt und dabei von allen Guten (einschließlich der Bundeswehr und der US-Army) gestoppt werden muß.

Wir wissen nicht, über welche Mittel und Wege Ihr verfügt, die zitierten Aussagen Eures Friedensmanifestes einer erneuten, diesmal hoffentlich gründlichen und analytischen Diskussion und Prüfung zu stellen. Bedauern würden wir es jedenfalls, wenn Euch hierzu kein Ausweg einfällt und Ihr dann – womöglich wider bessere Einsicht – mit dem einmal so beschlossenen Text weiterarbeiten würdet.

Leitendes Gremium des KB

Was stimmt denn nun?

Im grünen „Friedensmanifest" heißt es zur Rolle der Sowjetunion: „*Auch die Militärmacht Sowjetunion geht weit über das Maß hinaus, das zur Abschreckung eines potentiellen Gegners notwendig ist. Ihrer Struktur und ihrem Umfang nach ist sie ein Mittel der Eroberung. Das militärische Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die ‚Absicherung' des eigenen Machtbereiches durch seine Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv die Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen. Dieses Motiv muß sich um so dringender geltend machen, je mehr das Wirtschaftswachstum in der SU selbst abfällt, die Krisenerscheinungen selbst zunehmen, die Erschließung neuer Rohstoffquellen im eigenen Land an technische und finanzielle Grenzen stößt und die Produktivitätslücke gegenüber dem westlichen Kapital auseinanderklafft. Das ist in den letzten Jahren zunehmend der Fall.*

Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren nicht nur schöne Friedensparolen in die Welt gesetzt, sie hat gleichzeitig eine weltweit operierende Kriegsflotte aufgebaut (darunter Flugzeugträger), neue Generationen von Panzern, strategischen Bombern (Backfire), Kampfflugzeuge etc. pp. in Dienst gestellt und in einem gigantischen ‚Nachrüstungsbeschluß' mit den USA auf dem Feld der strategischen Atomwaffen gleichgezogen. Die sowjetische SS-20-Atomrakete stellt nach Aussage des Internationalen Friedensforschungsinstitutes SIPRI durch ihre Reichweite (bis 5.000 km), ihre Zielgenauigkeit und ihre Beweglichkeit eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung – und damit eine verstärkte Bedrohung Westeuropas dar. Sie liefert den Vorwand für westliche Gegenmaßnahmen und fördert somit den Rüstungswettlauf".

Im krassen Gegensatz zu den SU-bezogenen Teilen des grünen „Friedensmanifests" stehen Aus- tung wie der „Zeit" (Artikel vom 17.4.81) zu entnehmen, daß die Überlegenheit gesichts dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstrecken-

Im krassen Gegensatz zu den SU-bezogenen Teilen des grünen „Friedensmanifests" stehen Ausführungen der Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Frau Beck-Oberdorf, auf dem dortigen Landesparteitag. Vorauszuschicken ist, daß Frau Beck-Oberdorf eher zur „rechten Mitte" in der Grünen Partei und zu den Wegbereitern einer „alternativen Verteidigung" gehört. Das hinderte sie nicht, in ihrer Rede auf dem baden-württembergischen Landesparteitag sehr detaillierte und im Wesentlichen zutreffende Ausführungen zum militärischen Kräfteverhältnis zu machen... U.a. sagte sie:

„...So ist sogar einer sicherlich nicht der sowjetischen Propaganda zu verdächtigenden Zeitung wie der „Zeit" (Artikel vom 17.4.81) zu entnehmen, daß die Überlegenheit der USA bei strategischen Systemen derzeit gegenber der Sowjetunion 3200 Gefechtsfeldköpfe beträgt. Kein Wunder, wenn, wie im Weißbuch der Bundesregierung vom Jahre 79 geschehen, schlichtweg die 480 Sprengköpfe mittlerer Reichweite, die auf den Poseidon-U-Booten stationiert sind, vergessen werden. Die Dislozierung der SS 20, deren Vorgänger SS 4 und SS 5 bereits seit 20 Jahren westeuropäischen Boden erreichen können, schaffen keine neue strategische Situation, wie man uns jetzt weismachen will – anders jedoch ist es mit den Waffen des Westens, die sehr wohl eine neue Strategie ermöglichen. Angesichts dieser Rüstungsschritte des Westens wirkt die Forcierung der sowjetischen Mittelstreckenrüstung vielleicht gar nicht so unverständlich – jedenfalls nicht bei einer Politk, die ebenso wie die Politk des Westens den Gedanken des Gleichgewicht des Schreckens und damit des Aufrüstens anhängt" (zit. nach „Die Grünen", 10.10. – Hervorh. von uns).

Mit den entsprechenden Behauptungen im „Friedensmanifest" vertragen sich diese Ausführungen überhaupt nicht. Ein weiteres Indiz, daß die SU-bezogenen Teile des „Friedensmanifests" vom Parteitag der Grünen in unqualifizierter und unwürdiger Weise „durchgepeitscht" worden sind, ohne über den Inhalt ausreichend nachzudenken.

Gewaltfreiheit und "alternative Verteidigung"

Daß die Grünen gewaltfrei sind, auch „*grundsätzlich gegen die Anwendung zwischenstaatlicher Gewalt durch Kriegshandlungen*" (Bundesprogramm), und selbst nichts Ärgeres im Schilde führen als die „gewaltfreie Instandbesetzung des Bundestages" (Petra Kelly), ist allgemein bekannt. „Im Prinzip" ist das auch nach ihrem Einzug in den Bundestag so geblieben; Ohrfeigen etwa für den Bundeskanzler wären ein zu inhumanes Mittel, mit dem nie und nimmer humane Ziele erreicht werden könnten. (Auch das steht im Bundesprogramm). Bei der Beurteilung staatlicher Rüstungspolitik zeigen sich (einige) Grüne dagegen lern- und politikfähig: Ex-General Bastians Zustimmung zur Aufrüstung der Bundeswehr mit dem Kampfhubschrauber PAH-2 setzt Zeichen. Zwar gab es dafür Kritik, „solidarisch" und nicht-öffentlich, dennoch ist einiges in Bewegung geraten, was die grüne Grundsäule Gewaltfreiheit zum Einsturz zu bringen droht (natürlich nur außenpolitisch). Selbst Petra Kelly („gewaltfreier geht's nicht") ist mit dem General an ihrer Seite nicht wiederzuerkennen: bei der Abstimmung über eine von der Fraktion der Grünen beantragte Kürzung des Rüstungshaushaltes um 10 % enthielten sich beide der Stimme. Ob die grünen „Sicherheitspolitiker" — ehemalige „KPD"-Aktivisten, die baden-württembergischen Möchtegern-Staatsmänner und Bahro, bisher eine hoffnungslose Minderheit — innerhalb der grünen Partei demnächst mehrheitsfähig werden können, ist dennoch zweifelhaft, aber auch gar nicht so wichtig: grüne Politik wird in Bonn gemacht. Und wer „das Vaterland in Gefahr" sieht, schreibt sich sein eigenes Programm — auch wenn die bisherigen Beschlüsse der Grünen noch so eindeutig sind.

Saarbrücker Programm-Parteitag 1980

Das Saarbrücker Bundesprogramm der Grünen bekräftigt im Abschnitt „Europäische Friedenspolitik" die uneingeschränkte Gültigkeit des Prinzips Gewaltfreiheit: „**Ökologische Außenpolitik ist gewaltfreie Politik.**" Die verbindliche Beschränkung auf — allerdings wirkungsvollen — gewaltfreien Widerstand („soziale Verteidigung") soll einer (nicht näher definierten) „aggressiven fremden Macht" signalisieren, „*daß der Versuch der Besetzung und Beherrschung ihr mehr Schwierigkeiten und Belastung als Machtzuwachs und Gewinn bringen würde.*" Zu den „ersten notwendigen Schritten" aktiver Friedenspolitik zählt das Programm den „*Abbau der Bundeswehr und des staatlich verordneten Ersatzdienstes*"; langfristig „*wird eine Abschaffung des Militärdienstes erwartet*".

Der Programmteil Friedenspolitik wurde in Saarbrücken mit großer Mehrheit angenommen — gegen die Stimmen des damals noch der Partei angehörenden rechten Flügels um Gruhl und Springmann und des Blocks der Rüstungsbefürworter aus der gerade aufgelösten „KPD".

Gruhl und Springmann und des Blocks der Rüstungsbefürworter aus der gerade aufgelösten „KPD".

Das Rütteln am Tabu beginnt

Während die Rechten bald nur noch von außen über die vom grünen Bundesprogramm geforderte „*einseitige Entblößung der Bundesrepublik*" (Gruhl) zeterten, hatten sich die „KPD"-Militärexperten von ihrer vorübergehenden Schwäche schnell wieder erholt. Anfang 1981 erschien im Namen der Alternativen Liste Westberlin eine Broschüre der Berlin-AG (federführend neben „KPD"-Ortschef Wolfgang Kaiser die Wiedervereinigungs-Spezialisten Peter Brandt und Walther Grunwald) mit dem programmatischen Titel „**Paktfreiheit für beide deutschen Staaten. Atomwaffenfreies Europa vom Atlantik bis zum Ural. Einheit für Deutschland**". Im Abschnitt „Alternatives Verteidigungskonzept" geraten die Verfasser ins Schwärmen über die Schlagkraft dezentral organisierter „Selbstverteidigungs-Streitkräfte": „*Mit modernen Abwehrwaffen, Transportmitteln und einem dichten Nachrichtennetz ausgestattete Verteidigungsstreitkräfte, die sich in der ihnen bekannten Umgebung bewegen, könnten jeden Wald, jedes Feld, jedes Gebäude verteidigen. (...) Die Ziele eines Angriffs: Land, Beute oder Ausbeutung der Arbeitskräfte wäre unerreichbar. Ein flächendeckender Verteidigungskrieg würde jede Beute vernichten, wenn nicht durch Kriegshandlung, dann durch Sabotage.*" Eine wahrlich alternative „Verteidigungs-Konzeption": wir drohen einfach damit, uns selbst „in die Steinzeit zurückzubomben" (General Westmoreland).

Innerhalb der grünen Partei tat sich als einer der ersten ausgerchnet Rudolf Bahro mit der Lobeshymne auf das „*in den wesentlichen Elementen längst ausgearbeitete (etwa Afheldt, Ebert, Mechtersheimer, Vilmar) ganz andere Verteidigungskonzept*" hervor. Sonst unerbittlicher Gegner jeglichen „Modernismus", sprach er sich just in dieser Frage für die Nutzung allerneuester „Errungenschaften" der Waffentechnologie aus, wenn sie nur „unzweideutig defensiv" sind: „*d.h. keine auf gegnerisches Territorium zielende Kapazitäten, massiver Grenzschutz mit modensten Panzer-, Flieger- und vielleicht auch Raketenabwehrwaffen*" („Die Grünen", 25.4.81).

„Die Russenangst ernst nehmen"

Den ersten Versuch, einen ganzen Landesverband auf Alternativverteidigung einzuschwören, erfolgte im September 1981 in Baden-Württemberg. Im Bemühen um eine „realistische Konzeption hin zum Frieden" müsse man — forderten Kretschmann, Hasenclever und Hoss (jetzt MdB) —, die Bevölkerung da „abholen", wo sie steht, also mit ihrer Russenangst und der „instinktiven Auflehnung" gegen den Gedanken an „Kapitulation". Erst ein Aufstand der Delegierten konnte das Schlimmste verhindern. Der umstrittenste Satz aus dem friedenspolitischen Leitantrag wurde gestrichen: „*Wann im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet wrden kann, hängt von den Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab.*"

im Zuge solcher einseitigen Abrüstungsschritte ganz auf militärische Verteidigung verzichtet wrden kann, hängt von den Erfolgen der Friedensbewegung in Ost und West ab."

Der schließlich gefundene Kompromiß kommt allerdings den Alternativ-Verteidigern und Bundeswehr-Umstrukturierern sehr viel weiter entgegen als den Antimilitaristen: „Wir fordern die Auflösung der hierarchischen, zentralisierten Struktur der Armee, die sich als Angriffsinstrument einsetzbar macht."

Gegen den „moralischen Rigorismus" und für das Ablegen der allzu engen „grünen weißen Weste" (Kretschmann) sprach sich auf dem Parteitag übrigens auch Marie-Luise Beck-Oberdorf aus, damals Landesverbandssprecherin, heute Sprecherin der Bundestagsfraktion. In ihrer Einleitungsrede kritisierte sie an Afheldts Konzept der flächendeckenden und mit modernsten technischen Waffen ausgerüsteten „Techno-Kommandos" nur, daß es auf strategische Atomwaffen nicht verzichten will. Um die Angst der Bürger vor einem „Schutzvakuum" gerecht zu werden, sollten die Grünen die „Defensivkonzepte" doch einfach als „*Zwischenschritt auf dem Weg zur weitergehenden Demilitarisierung*" verstehen („Die Grünen", 10.10.81).

Bundesparteitag in Offenbach: Alternativverteidiger klar in der Minderheit

Nach der baden-württembergischen Landesversammlung war klar, daß es auf dem unmittelbar bevorstehenden Offenbacher Bundesparteitag — zentraler Tagesordnungspunkt: die Verabschiedung eines „Friedensmanifests" — zu heftigen Kontroversen (auch) in der Frage alternativer Verteidigung kommen würde. Die baden-württembergische Friedensresolution wurde als Antrag an alle Parteitagsdelegierten verschickt. Noch eindeutigere Festlegungen wollte der Landesverband Bayern durchsetzen. Da der Begriff „einseitige Abrüstung" bei der Bevölkerung „Ängste der Schutzlosigkeit" hervorrufen würde, sollte als Zusatz folgende Aussage in das Friedensmanifest aufgenommen werden: „*Solche einseitigen Abrüstungsschritte sind jederzeit ohne die Gefahr der Entstehung eines Machtvakuums möglich, wenn die Bundeswehr als erster Schritt zu ihrer endgültigen Abschaffung zu einer reinen Defensiv-Armee umstrukturiert wird.*"

Wilfried Maier (früher KBW, dann zeitweise Redakteur der „Modernen Zeiten", heute Mitglied der Hamburger Grünen) beantragte für den Kreisverband Mannheim die Entwicklung „*konkreter Abrüstungsvorschläge*" „*gegen die hierarchische, zentralisierte Struktur der Armee und gegen offensive Waffensysteme*".

In einer von den Z-Prominenten Ebermann, Reents und Stamm unterstützten Hamburger Globalalternative zu den vorliegenden Manifest-Entwürfen wurde für Vertagung plädiert. Soziale Verteidigung, Techno-Guerilla und die „Ausstattung des Heeres mit Waffen ausschließlich defensiven Charakters" müßten erst noch ausführlich diskutiert werden: „*Der derzeitige Stand der Diskussion läßt je-*

dert. Soziale Verteidigung, Techno-Guerilla und die „Ausstattung des Heeres mit Waffen ausschließlich defensiven Charakters" müßten erst noch ausführlich diskutiert werden: „*Der derzeitige Stand der Diskussion läßt je-*

doch noch nicht absehen, welches Modell alternativer Verteidigung den konkreten Ausgangsbedingungen der bundesrepublikanischen Situation am besten Rechnung trägt."

Aus den Reihen des Bundesvorstands schließlich gab es einen Vorstoß von Erich Knapp, der festgelgt haben wollte, „*daß unser mittelfristiges Verteidigungskonzept eine milizhafte Technoguerilla ist*".

Fortsetzung nächste Seite



Eine Glanzleistung grüner „Deutschlandpolitik" ist die nebenstehende Karte zur „atomaren Lage der Nation": ohne Grenzlinie zwischen BRD und DDR, ohne Kennzeichnung der DDR. Auf frischer Tat ertappt, wurde sie dann doch noch eingestampft

Bastian stimmt Kampfhubschraubern zu

Ein grünes Ja zur Vaterlandsverteidigung

Die Zeiten sind vorbei, da die eigene nationale Armee als „heldenhaftes" Instrument zur Eroberung von Ländereien, Unterwerfung von Nationen und Ausdehnung des eigenen Machtanspruchs gepriesen wurde. Der Krieg als Fortsetzung offensiver Machtpolitik mit anderen Mitteln ist fast vollständig aus dem Sprachschatz gestrichen. Heute gibt es auf der Welt fast ausschließlich „Verteidigungsarmeen". Bekanntlich ist ja auch die NATO ein rein „defensives" Bündnis und die beteiligten Armeen sind rein „defensiv" ausgerüstet und die Atomwaffen besitzen reinen „Abschreckungscharakter". Lediglich der andere Block läßt sich nach dieser Propaganda von Motiven des Machtausbaus auch mit militärischen Mitteln leiten. Wie absurd diese Verteidigungsdoktrin ist, läßt sich allein schon daraus ersehen, daß heute die NATO fast ausschließlich in Südostasien, im Nahen Osten, in Afrika und in Süd- und Mittelamerika „verteidigt" wird, alles Gebiete, in denen es gar keine Mitgliedsstaaten der NATO gibt. Und absurd ist auch der Gedanke einer rein defensiven Bewaffnung, denn im Prinzip benutzen allen Armeen, speziell die der NATO und die des Warschauer Pakts, die gleichen Waffensysteme, wobei es lediglich (was allerdings für die Kriegsfähigkeit eine enorme Bedeutung spielt) Unterschiede im technischen Entwicklungsstand und in der daraus folgenden Schlagkraft gibt. Womit wir bei einem Problem wären, was durch die Grüne Partei aufgeworfen, aber in der Partei noch gar nicht behandelt wurden.

Dieser Begründung ist in mehrerlei Hinsicht, im grundsätzlich politischen und im konkret militärischen zu widersprechen:

1. Gerd Bastian übernimmt wie selbstverständlich die NATO- und Bundesregierungsdoktrin, nach der sich die Bundesrepublik gegen einen Angriff zu verteidigen habe. Er unterstellt unhinterfragt, daß die Bundesrepublik Ziel einer Aggression sei, gegen die sie sich als Nation zu verteidigen habe. Er berücksichtigt dabei in keinster Weise, daß diese deutsche Bundesrepublik bruchlos das Erbe des Faschismus angetreten hat, unter dem die Sowjetunion mit einem barbarischen und völkermörderischen Krieg überzogen wurde. Die Entstehung der Bundesrepublik ging einher mit der Aufrechterhaltung des alten Feinbilds, diesmal allerdings im Verein mit den Westmächten, mit denen der Hitlerfaschismus selbst im Krieg lag. Die deutsche Bundesrepublik wurde hinter dem Propagandaschild aufgebaut, die deutsche Nation werde durch die Macht und die Existenz der Sowjetunion bedroht, obwohl Augenblicke vorher von diesem Boden aus versucht wurde, die Existenz der Sowjetunion und seiner Völker zu vernichten. Angesichts dieser Tatsache ist die Begründung der Bundeswehr als „Verteidigungsarmee" mit rein „defensivem" Charakter nichts als Zweckpropaganda.

2. Gerd Bastian behauptet, Panzerabwehrhubschrauber seien zu nichts anderem gedacht und zu verwenden als



Im Verteidigungsausschuß des Bundestages stimmte der Abgeordnete der Grünen Partei, der Ex-General Gerd Bastian, der Anschaffung der neuen Kampfhubschrauber PAH 2, sog. Panzerabwehrhubschrauber, für die Bundeswehr zu. Er selbst begründet diese Zustimmung folgendermaßen:

„Panzerabwehrhubschrauber werden in der Bundeswehr bereits seit längerer Zeit verwendet. Dabei handelt es sich um Hubschrauber, die mit weitreichenden Panzerabwehrraketen bestückt sind und angreifende Panzer vom eigenen Gebiet aus auf große Entfernung treffsicher bekämpfen können.

Für eine aggressive Verwendung sind Panzerabwehrhubschrauber dagegen weder gedacht noch geeignet. Für die von den GRÜNEN geforderte Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungs-Organisation sind Panzerabwehrhubschrauber daher besonders wichtig. Wer diese Forderung der GRÜNEN ernst nimmt und nicht zum bloßen Lippenbekenntnis abwerten will, hat daher allen Grund, sich für die Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern in der Bundeswehr einzusetzen." (Pressemitteilung vom 19.8.83)

zur „Verteidigung" von eigenem Boden gegen eine angreifende Panzerarmee. Sieht mensch sich einmal den Gang des 2. Weltkriegs an, so ist es zunächst eine Tatsache, daß die großen Panzerschlachten auf dem Boden der Sowjetunion stattgefunden haben. Die deutschen Armee hat mit der Panzerarmee den Eroberungsfeldzug geführt, die Sowjetunion hat sich mit Panzerarmeen verteidigt. Die deutsche Armee hat gegen die sich verteidigende sowjetische Armee Panzerabwehrwaffen eingesetzt, die sowjetische Armee hat ebensolche Waffen zur Verteidigung eingesetzt. Mensch sieht daraus, daß zu einer militärischen Offensive ebenso der Einsatz von „defensiven" Waffen gehört, um die gegnerische Abwehr zu zerschlagen. Welchen Sinn hat unter solchen Voraussetzungen die Unterscheidung „defensive" und „offensive" Waffensysteme? Es ergibt den einzigen Sinn, wenn unter dem Schutzschild der „Verteidigung" der Bundesrepublik bestimmte Waffensysteme salonfähig auch für die Friedensbewegung gemacht werden sollen. Mit der gleichen Argumentation wären allerdings auch Kampfjägerverbände der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Gewaltfreiheit und „alternative Verteidigung"

Die Radikalpazifisten waren also vorgewarnt und legten sich auf dem Parteitag mächtig ins Zeug. Vorentscheidend für die klare Niederlage der Alternativverteidiger dürften zwei Reden außerhalb der Tagesordnung gewesen sein, mit denen gleich zu Beginn des Parteitags die Stimmung vorbereitet wurde: ein Grußwort von — ja, allerdings! — Gert Bastian, damals noch nicht Mitglied der Grünen, und der friedenspolitische Rechenschaftsbericht von Petra Kelly.

Bastian wich sogar von seinem Redemanuskript ab, um die Grünen vor den Ratschlägen „falscher Freunde" zu warnen: Vertreter alternativer Verteidigung, namentlich der Techno-Guerilla, seien solche falschen Freunde. Die Behauptung, eine militärisch schwache Bundesrepublik würde einen Angriff der Sowjetunion provozieren, sei völlig falsch, das habe die Geschichte bewiesen. Bastian wurde mit Ovationen verabschiedet.

Noch deutlicher wurde im direkten Anschluß daran Petra Kelly, die nicht nur die Unvereinbarkeit des Prinzips der Gewaltfreiheit mit j e d e r Art militärischer Verteidigung erklärte, sondern auch klar machte, daß es rein „defensive" Militärapparate nicht geben kann: *„Wenn wir als Friedensarbeiter anfangen, personenverletzende Modelle für die Bundeswehr und für Herrn Apel zu entwickeln — so ist es, als ob wir, als Ökologen, Entsorgungskonzepte für den Atommüll, den wir ablehnen, erarbeiten! Wir können in unserer Friedenspolitik uns doch nicht für solche Konsequenzen aussprechen, wie z.B. weitere Militarisierung (weitere Streuung der Militärkader), oder für einen staatlichen Militärapparat, der zwar nach manchen Vorstellungen ‚defensiv' (nach außen) sein soll, aber sich genauso gut für eine Unterdrückung nach innen eignen dürfte, ja sogar für militärische Interventionen in der Dritten Welt (bewegliche, militärische Operationen)."*

„zu pressemeldungen ueber eine angebliche ‚zerstrittenheit' der gruenen erklaert der sprecher im bundesvorstand, rainer trampert: die gruenen sind — entgegen anderslautenden berichten — in sicherheitspolitischen fragen keineswegs zerstritten. sowohl die gruenen im bundestag als auch die bundespartei der gruenen stehen voll inhaltlich zu den auf der 6. bundesversammlung in duisburg verabschiedeten beschluessen zur friedenspolitik der gruenen." (pressemitteilung, 12.12.83, 16.00 uhr)

der gruenen." (pressemitteilung, 12.12.83, 16.00 uhr)

Bei der Beschlußfassung über das Friedensmanifest wurden alle Anträge im Sinne einer Umstrukturierung der Armee mit jeweils klaren Mehrheiten abgelehnt. Zwischenschritte — „Abrüstung von Waffensystemen, die eindeutig zum Angriff geeignet sind" — läßt das Manifest nur gelten *„im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen"* und als „vordringliche Etappen", von denen aus *„weitere Schritte einer Abrüstung gegen Null bis hin zur vollständigen Auflösung der Bundeswehr und aller Militärapparate unternommen werden"* sollen. Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, wurde noch hinzugefügt, daß für den Fall eines Angriffs auf die BRD während der „Übergangszeit" keinerlei militärische Verteidigung akzeptiert wird: **„Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Fall nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungseskalation führen würde."**

Auch dieser Absatz wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Dagegen stimmten die Vaterlandsverteidiger aller Schattierungen, die Ex-„KPD"ler ebenso wie die baden-württembergischen „Realpolitiker".

An dieser Beschlußlage hat sich seitdem nichts geändert. Worauf sich Gert Bstian neuerdings mit seiner Behauptung bezieht, die Grünen seien für die *„Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungs-Organisation"* und müßten folgerichtig auch für den zu diesem Zweck „besonders wichtigen" bewaffneten Hubschrauber PAH-2 stimmen, wird für immer sein Geheimnis bleiben: derartige Beschlüsse der grünen Partei gibt es nicht.

Js., KB

Grüner Wertkonservativismus — oder: Aus Liebe zu Volk und Heimat

In einer Grundsatzrede legte Hasenclever am 2.7.1980 dar, worin die frisch gewählten grünen Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag ihre Aufgabe sehen: *„Eine vordringliche Aufgabe heutiger Politik ist es, den Menschen die Angst vor der Zukunft zu nehmen, für Perspektiven zu sorgen, auf die man Hoffnungen setzen kann."* (1) Wären sie doch schlicht bei der Unterstützung der sozialen und politischen Interessen geblieben, deretwegen sie in den Landtag gewählt wurden! (2)

Aber nein! Höheres sehen sie auf dem Spiele stehen. Eine „Wertekrise", eine „Identitätskrise" schüttle „unsere gesamte Gesellschaft": *„Unter dem Schlagwort ‚Wertekrise' verbirgt sich die Zerstörung menschlicher Beziehungen; dahinter verbirgt sich die Vereinzelung, die Zukunftslosigkeit, die Heimatlosigkeit einer Gesellschaft ..."* (3) Also machte sich die grüne Landtagsgruppe zur Aufgabe, die „Werte" aus der Krise zu retten, die menschlichen Beziehungen wiederherzustellen, den Menschen die Zukunft und der Gesellschaft die Heimat zurückzugeben. Ihre Kritik an der CDU verkommt konsequent fast gänzlich zu dem Vorwurf, in Wahrheit zu vernichten, was sie zu erhalten vorgibt, eben die „Werte". Theoretisch führt eine solche Kritik zu grünem Wertkonservativismus, praktisch oft genug zu einem Bündnis mit der Reaktion gegen die Arbeiter.

Für Familie, Nestwärme und Lohnsenkung

Auf der Suche nach den Ursachen der „Wertekrise unserer gesamten Gesellschaft", auf der Suche nach der verlorenen Hoffnung stoßen die GRÜNEN im baden-württembergischen Landtag – auf die Familie, genauer: auf den „Funktionsverlust der Familie". Dieser, so Holger Heimann, *„macht sich fest an der Abhängigkeit beider Ehepartner in vielen Familien und gerade in den ärmeren Familien von abhängiger Beschäftigung"*. (4) So weit, so gut. Doch worin besteht nach Auffassung der GRÜNEN der Verlust?

Deutet Heimann immerhin noch an, daß zu einem großen Teil Armut die Frauen in die Fabriken und Büros getrieben hat und treibt, daß also die Verhältnisse, in denen die Arbeiterbevölkerung in der BRD leben muß, dem Familienleben abträglich sind, so sieht seine Kollegin Elsbeth Mordo das ganz anders. Nachdem sie sich erst über die „Mutterliebe" ausgelassen hat (*„Mutterliebe ist Gnade und Barmherzigkeit"*) und über die Folgen der „Berufstätigkeit der Frau mit Kindern" (*„Gestreßte Mütter sind zwangsläufig Rabenmütter"*), bemerkt sie spitz:

„Mutterliebe" ausgelassen hat („Mutterliebe ist Gnade und Barmherzigkeit") und über die Folgen der „Berufstätigkeit der Frau mit Kindern" („Gestreßte Mütter sind zwangsläufig Rabenmütter"), bemerkt sie spitz:

„Mich wundert nicht, daß wir es gerade in dieser Zeit, in diesem Land, in einer Epoche von verhältnismäßig hohem materiellen Wohlstand, sozialer Absicherung ... mit einer jungen Generation zu tun haben, der es wie noch nie zuvor häufig an Nestwärme gefehlt hat und die dadurch gefährdet ist, die durch Drogen, Alkoholsucht, Konsumgier gekennzeichnet ist, durch Orientierungslosig- und Ziellosigkeit und nicht selten durch den Mangel an Fähigkeit zu lieben." (5) Uns wundert, daß die Frauenbewegung der grünen Abgeordneten Mordo dies so einfach durchgehen läßt.

Denn zwar findet diese: *„Die wachsende Bewegung zur Befreiung der Frau ist von unerhörter Bedeutung"*,



Noberta Blüm demonstriert die preiswerte Herstellung von Nestwärme

aber unter der Befreiung der Frau versteht sie offensichtlich das freiwillige Aufgehen in der Rolle der „liebenden Mutter". Ganz ähnlich wie das frühere Bundesvorstandsmitglied der GRÜNEN Manon Maren-Grisebach, die die Erleuchtung hatte, daß *„die einstmals als Beschränkung gedachte Rollenfixierung"* – „Kinder und Küche" – *„jetzt zur Rettung und Bereicherung des verflachten, technizistischen Lebens"* geworden ist. (6) Doch könnte vielleicht sein, daß all das Gerede von der „liebenden Mutter" und der „Rabenmutter", von dem „hohen materiellen Wohlstand" und der „Nestwärme" wirklich nur Gerede ist? Daß die Abgeordnete Mordo mit der Propaganda von Nestwärme und Familie ganz einfach denjenigen Frauen aus den bessergestellten Schichten das Wort redet, die nach einigen Jahren Studium und/oder Berufstätigkeit feststellen, daß ohne Arbeit leben angenehmer ist? – Das dann aber als „Befreiung der Frau" zu bezeichnen, ist ein ziemlich deftiger Schlag gegen die Frauenbewe-

die nach einigen Jahren Studium und/oder Berufstätigkeit feststellen, daß ohne Arbeit leben angenehmer ist? – Das dann aber als „Befreiung der Frau" zu bezeichnen, ist ein ziemlich deftiger Schlag gegen die Frauenbewe-

gung.

Die Entdeckung der Familie durch die GRÜNEN kündigt aber noch Schlimmeres an. Wir befürchten, daß sich die Entdecker direkt den Kapitalisten und der Reaktion gegen die Arbeiterbewegung andienen. In den Jahren des Arbeitskräftemangels waren die Kapitalisten stark an allem interessiert, was die Verwandlung von Reproduktionszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für die Kapitalisten ermöglichte. Dies hatte gewisse Folgen für die Reproduktionskosten der Lohnabhängigen (Waschmaschine und Kühlschrank z.B., in denen Elsbeth Mordo „verhältnismäßig hohen materiellen Wohlstand" erblicken mag, wurde für die Organisation der Reproduktion praktisch unverzichtbar) und für die Ansprüche an öffentliche Leistungen. Heute wollen die Kapitalisten diese Ansprüche bekanntlich beseitigen und die Löhne auf einen deutlich niedrigeren Standard drücken.

Da muß ausgerechnet der GRÜNE Heimann den „Funktionsverlust der Familien" als „erheblichen Kostenfaktor" anprangern – und Verbilligungsvorschläge für das Lohnarbeiterleben durch Rückbesinnung auf die gute alte Familie und bewährte Frauentugenden anbringen: Gemüse und Obst selbst einkochen statt in die Tiefkühltruhe greifen, Pullover selbst stricken statt kurzlebige Kunstfaserüberzieher kaufen, Muttermilch selbst „bereitstelen" statt Nestle-Fertigprodukte kaufen. (4) Die GRÜNEN im baden-württembergischen Landtag sehen offensichtlich noch so viel Spielraum für die Senkung der Lebenshaltungskosten der lohnabhängigen Familien, daß Hasenclever der Landesregierung frank und frei das Angebot unterbreitet: *„Wir sind also der Auffassung, daß Gehaltskürzungen*

noch so viel Spielraum für die Senkung der Lebenshaltungskosten der lohnabhängigen Familien, daß Hasenclever der Landesregierung frank und frei das Angebot unterbreitet: „Wir sind also der Auffassung, daß Gehaltskürzungen

sehr diskutabel sind ..., daß sie aber mit entsprechenden Arbeitszeitverkürzungen im öffentlichen Dienst gekoppelt sein müssen." (7)

Anleihen bei der christlichen Soziallehre

Auch über „Lebensqualität" und wie sie sich erhöhen läßt haben die GRÜNEN im baden-württembergischen Landtag nachgedacht. Sie kamen zu dem Ergebnis: Nicht „mehr Konsum" braucht der Mensch, sondern „mehr Zeit", und zwar für: „mehr Selbsthilfe", „mehr Selbstversorgung" und „ein Mehr an Nachbarschaftshilfe". (8) In der Debatte über die „Lage der älteren Generation in Baden-Württemberg" malte Hasenclever aus, wie sich solcherart die „Lebensqualität" der Menschen mit der Entlastung der Sozialversicherungen und des Staates verbinden läßt (in der christlichen Soziallehre heißt das „Subsidiarität"):

„Die Pflege zu Hause, die wir alle ... für das Ideal halten, sollte insofern unterstützt werden – ich mache nur einen zusätzlichen Vorschlag dazu –, als diejenigen, die Alte pflegen, die Möglichkeit haben sollten, sich pflegerisch beraten zu lassen, damit sie in die Lage versetzt werden, mit den gesteigerten Anforderungen fertig zu werden." Billiger als die Bezahlung von Pflegekräften ist das allzumal. *„Wo Familien vorhanden sind, ist da sicher die beste Lösung für jeden alten Menschen. Aber es ist nicht nur für die Alten sehr wichtig. Wir haben schon darüber gesprochen, daß es auch für die Kinder sehr wichtig ist. In den meisten Fällen ist das Zusammensein gerade von Kindern und Alten sehr harmonisch."* (9) Ist das nichts? Da kann der Staat an den Renten sparen und die Familie das Kindergartengeld. Wer das für überspitzt hält, sollte spätestens aufhorchen, wenn MdL Hasenclever der CDU-Fraktion das „Prinzip" entgegenschleudert, *„das Sie selbst vertreten und das ich größtenteils für richtig halte ..., nämlich das Subsidiaritätsprinzip, also das Prinzip, daß der Staat nur da einspringt, wo Eigenhilfe nicht möglich ist"*. (10) Von „einspringen" im Hinblick auf den Staat bei Vorrang der „Eigenhilfe" in diesem Zusammenhang auch nur zu reden, heißt, die Sozialversicherungs*ansprüche* der Lohnabhängigen und ihre *Ansprüche* an öffentliche Leistungen theoretisch bereits beseitigt zu haben.

In anderen Zusammenhängen jedoch ist die grüne Landtagsgruppe hinsichtlich des „Einspringens" des Staates nicht so spröde. Zwar äußert Hasenclever einerseits analog zur CDU die Auffassung: *„Eine ausufernde Bürokratie erschwert jede private Initiative oder jeden Versuch einer Gruppe von Menschen, selbst aktiv zu werden."* Andererseits jedoch wünscht er sich die staatliche Förderung ganz bestimmter „privater Initiativen". So haben die GRÜNEN selbst ein „Existenzförderprogramm für selbständige junge Unternehmer" vorgeschlagen und vor allem dann gefordert: *„So sind Modelle zu fördern, bei denen sich Arbeitende mit Verwaltenden zu genossenschaftlichen Unternehmensformen verbinden."* (1)

zu fördern, bei denen sich Arbeitende mit Verwaltenden zu genossenschaftlichen Unternehmensformen verbinden." (1)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Ein grünes Ja zur Vaterlandsverteidigung

Luftwaffe zu rechtfertigen. Und, um auf ein „banales" Beispiel zu kommen, mit der gleichen Begründung wäre auch die Ausstattung der Polizei mit Schild und Knüppel zu rechtfertigen.

3. In einem Brief an den ARBEITERKAMPF verweist Gerd Bastian auf den Unterschied zwischen Kampf- und Panzerabwehrhubschrauber und behauptet dann, letztere ließen sich nicht als allgemeine Kampfhubschrauber, beispielsweise zur Unterstützung von Bodentruppen, verwenden. Er behauptet dann weiter: *„Sie sind wie auch die Panzerabwehrraketen am Boden in der Tat Abwehrwaffensysteme ohne offensive Verwendbarkeit."* Das ist nachweislich falsch. Die Grundversion des PAH ist der Hubschrauber der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm vom Typ BO 105. Wie der Ausgabe des „Spiegel" vom 21.11. zu entnehmen ist, wird dieser gerade als Kampfhubschrauber im Krieg zwischen Iran und Irak eingesetzt. Die heute bestehende Version des Panzerabwehrhubschraubers, der PAH 2, ist mit 6 HOT-Raketen zur Panzerabwehr ausgerüstet. Bei der jetzt einzuführenden Version, dem PAH 2, bleibt diese Bewaffnung gleich. Nun ist aber bekannt, daß beispielsweise der BO 105 mit einer 20mm-Kanone (1000 Schüsse pro Minute) ausgerüstet werden kann. D.h. es ist davon auszugehen, daß dies ebenfalls für die PAH-Version gilt. Die „FAZ" vom 23.6.83 meldet, daß der PAH 2 als Grundversion gemeinsam von der BRD und Frankreich entwickelt werden soll, aber so, *„daß jeder von ihnen aus dem gemeinsamen Panzerabwehrhubschrauber andere Versionen entwickeln kann, so wie es seinen Interessen entspricht."*

4. Gerd Bastian berücksichtig überhaupt nicht, daß von den Militärstrategen diesen Hubschrauberverbänden schon ganz andere Aufgaben als allein Abwehrmaßnahmen gegen „feindliche" Panzerarmeen zugedacht werden. Dazu der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte, von Senger, in der „Europäischen Wehrkunde" 8/83: *„Der Kampfhubschrauber ist der Vorläufer des zukünftigen Main Battle Air Vehicle. Wir sollten bereits jetzt Vorsorge treffen, daß diese Waffensysteme nicht ‚verkleckert' werden. Sie sollten vielmehr dazu genutzt werden, das Organisationskonzept und die taktischen und operative Grundsätze für luftmechanische Verbände zu erproben, ... Die Möglichkeit, daß unsere Streitkräfte in ein atomares Gefecht verwickelt werden könnten, erhöht noch den Wert von Verbänden, für die ich hier eintrete. Politische Hemmnisse sollten uns nicht davon abhalten, unsere Vorstellungskraft zum Erproben neuer Organisationsformen und Taktiken einzusetzen. Wir haben in den Landstreitkräften lange Zeit Schwierigkeiten gehabt, die Probleme der Taktik in einem atomaren Gefecht geistig zu bewältigen. Diese immer noch vorhandenen Schwierigkeiten müssen wir überwinden, indem wir entschlossen Möglichkeiten zur Erhöhung unserer Beweglichkeit ausschöpfen, die uns die neue Technik bietet."* Einfacher gesagt: Die Kampfhubschrauber sollen (unter anderem) zur E r p r o b u n g von offensiven Kampftechniken dienen, die über die aktuellen Möglichkeiten dieser Hubschrauber bereits hinausweisen und die, was man bitte beachten möge, mit dem „begrenzten" Atomkrieg kalkulieren. In diesem Zusammenhang sei an den Rogers-Plan und den Airland-Battle-Plan erinnert, was hier nicht weiter ausgeführt werden kann.

Neben dem militärischen Unsinn, den Gerd Bastian über den „defensiven" Charakter dieser Waffensysteme verbreitet, ist politisch vor allem eines interessant: Die GRÜNEN haben sich als eine ihrer tragenden Säulen die Gewaltfreiheit gewählt. Nach dieser Doktrin ist es den Untertanen verboten, sich mit einem Helm gegen Angriffe der Polizei zu schützen; schon gar nicht ist es erlaubt, sich gegen Polizeihorden aktiv zur Wehr zu setzen; in den Bereich des absoluten Tabus ist beispielsweise der Angriff auf eine, ein Militärprojekt schützende Polizeikette gestellt worden. Zu verabscheuende Gewalt ist es dann schon, nach Definition des gleichen Ex-Generals, wenn ein amtierender General symbolisch mit Blut bespritzt wird. Während also die Untertanen gegenüber ihrer Obrigkeit auf rein politisch-moralische Widerstandsformen festgenagelt werden sollen, wird der gleichen Obrigkeit zugestanden, sich mit Mordinstrumenten höchsten Kalibers zu bewaffnen, um sich gegen einen angeblichen äußeren Feind zu verteidigen. Dies ist die gleiche Mentalität und Logik, mit der die Sozialdemokratie 1914 einen Aufruf zu Rebellion und Revolution strikt ablehnte und die Untertanen lieber für das Vaterland in den Krieg zur „Verteidigung" des Vaterlandes schickte.

Dies alles wäre zu verkraften, wenn es sich dabei um die Einzelmeinung eines Mitglieds der GRÜNEN handeln würde. Wir haben es hier allerdings mit der Meinung eines hochangesehen Abgeordneten der GRÜNEN zu tun und wir haben es damit zu tun, daß es innerhalb der GRÜNEN selbst nach Bekanntwerden dieser Zustimmung zu keinerlei merklichen Protesten gekommen ist. Die Grundlage für eine solche „Gleichgültigkeit" gegenüber einer solchen Entscheidung ist, daß offensichtlich die Mehrheit der GRÜNEN die deutsche Bundesrepublik allein als ein gefährdetes, bedrohtes Gebilde ansieht und nicht als einen Staat, der aktives und treibendes Mitglied eines aggressiven militärischen Bündnisses — der NATO — ist. Die Möglichkeit, daß dieses Land in einem Atomkrieg selbst vernichtet wird, verblendet dabei offensichtlich die Augen davor, daß die Obrigkeit dieses Landes selbst aktiv an den Kriegsplänen gegen die Sowjetunion mitwirkt, daß die Bevölkerung dieses Landes nicht von der Gegenseite bedroht wid, sondern von den militärischen Zielen der eigenen Obrigkeit und daß somit die Opferung jedes Bluttropfens zur „Verteidigung" dieses Staates reine Verschwendung wäre.

he, KB

Fortsetzung

Grüner Wertkonservativismus oder: Aus Liebe zu Volk und Heimat

Eine „Perspektive" für die soziale Basis der GRÜNEN wäre es schon, in eigener Regie statt auf Weisung und zum Nutzen der Kapitalisten zu „verwalten". Es muß jedoch ernsthaft bezweifelt werden, daß die „Arbeitenden" zu *dieser Art* „Verbindung" mit den „Verwaltenden" kommen wollen. Anders ausgedrückt: Solcherart kann sich ein Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und grün-alternativer Bewegung nicht entwickeln.

Jeder auf seinen Platz? Grüne Bildungspolitik

Grüne Politik, so Hasenclever in einer Grundsatzrede im Landtag, *„steht gegen eine Politik, die das Heil in der Spaltung der Atome, statt im Bewußtsein und in der Seele des Menschen sucht"* (1). Grüne Kritik an der herrschenden Gesellschaft ist vor allem Kritik an deren Unfähigkeit, „Leben zu bewahren". Die Alternativbewegung verstehen sie als Repräsentanten einer „Ethik der Zukunft", sich selbst als Fleischwerdung dieser neuen Ethik: *„Die Ethik der Zukunft wird gekennzeichnet durch die Liebe zum Leben"*, so Hasenclever mit Albert Schweitzer (11) und – *„Grün ist die Farbe des Lebens"*, so ergänzend eine der drei früheren Bundesvorsitzenden der GRÜNEN, Manon Maren-Grisebach. (6)

Auf ihrer Heilssuche in der Seele des Menschen behaupten nun die GRÜNEN, die Waffen gefunden zu haben, mit denen auch das gegenwärtige Schulsystem kritisiert und verändert werden kann. Das, was zunächst noch als Kritik an der Unterwerfung der Schulbildung unter die Interessen des Kapitals erscheinen mag (*„Ich bin nicht der Ansicht, daß man immer nur das unterrichten soll, was unmittelbaren gesellschaftlichen oder sonstigen Nutzen mit sich bringt"*, so Kretschmann, MdL (12)), kehrt sich einen Satz weiter in die mystische Verherrlichung des bürgerlich-humanistischen Bildungsideals: *„Ich möchte diese modernistische Auffassung zurückweisen ... Aristoteles hat unter ‚Praxis' ein Handeln verstanden, das an sich gut ist, also nicht Handeln im Sinne von Irgendetwas-Herstellen ... Das nenne ich Wertebildung."* (12)

Mit Aristoteles gegen Mayer-Vorfelder – das ist der kritische Dreh und die vorgebliche Pfiffigkeit dieser Sorte Fundamentalopposition: *„Das Erstaunliche ist jedoch, daß gerade die Politiker, die jetzt wieder nachhaltig*

deln verstanden, das an sich gut ist, also nicht Handeln im Sinne von Irgendetwas-Herstellen ... Das nenne ich Wertebildung." (12)

Mit Aristoteles gegen Mayer-Vorfelder – das ist der kritische Dreh und die vorgebliche Pfiffigkeit dieser Sorte Fundamentalopposition: *„Das Erstaunliche ist jedoch, daß gerade die Politiker, die jetzt wieder nachhaltig*

bestimmte Werte für die Schule fordern, selbst gar nicht nach diesen Maximen handeln." (12) Diese Enthüllung der Christdemokraten als Werteverräter gipfelt dann in einem Zwischenruf, den Kretschmann ihnen entgegenschleudert: *„Die sind doch gar nicht konservativ! Die erhalten doch nichts! Sie machen alles kaputt!"* (12)

Die Frage, was die CDU den GRÜNEN kaputt macht, wird so beantwortet: Z.B. ... *„Liebe zu Volk und Heimat. Es ist doch ihre Wachstumspolitik (gemeint ist die CDU-Landesregierung, d. Verf.), die die Originalität, die Unverwechselbarkeit, Schönheit und kulturelle Produktivität unserer Landschaften ... immer mehr uniformiert und zerstört. Ach schauen Sie sich die Fildern an (Landschaft südlich Stuttgart, wo das Kraut herkommt, d. Verf.), was ist da noch Heimat, was ist da noch heimelig?"* (12)

Soweit dabei angekommen, der Reaktion Verrat an der eigenen Sache nachgewiesen zu haben, gehen die grünen Bildungspolitiker dazu über, eine weitere Sünde der Schulpolitik der CDU aufzudecken: *„... ich prophezeihe dem Kultusminister auf jeden Fall eines: Wenn er jeder Kritik von Eltern an der Schule – diese Kritik ist gar nicht einmal unberechtigt – billig und sofort nachgibt, ohne auch einmal zu zeigen, ... daß sie den gesellschaftlichen Einflüssen wehren muß, wird ein solcher Populismus auf ihn selbst zurückfallen."* (12) Erziehung also ist Lehrersache, da soll sich niemand einmischen – vor allem nicht die Eltern.

Daß Lehrer ihre besonderen Interessen verteidigen – im Zweifelsfall auch gegen „Ansprüche der Eltern", kann man ihnen kaum übelnehmen. Daß die GRÜNEN sich der Interessen der Lehrer annehmen, sicher auch nicht. Wenn sie aber all das als Bildung für alle verkaufen wollen, gerät das Konzept zu einer Unterstützungskampagne für reaktionäre Bildungsreform. Was ihre praktischen Vorschläge angeht, sind sie da auch gelandet und haben an manchen Punkten – gedanklich – den Wunschtraum manch reaktionären Schulpolitikers überflügelt.

„Die Grünen fordern ein buntes Angebot an verschiedenen Schultypen, aus denen die Eltern die Schule für ihr Kind auswählen können, die den Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes entspricht." (13) Statt gesetzlich garantierter und einheitlicher Mindestbedingungen des Schulunterrichts: die möglichst freie Entfaltung des Privatschulwesens – mit staatlicher Zusatzfinanzierung, versteht sich, entweder per staatlichem „Bildungsgutschein", einlösbar an staatlichen wie privaten Schulen, oder: *„Denkbar wäre auch, daß die Eltern die Schule direkt frei finanzieren und das festgesetzte Schulgeld mit ihren Steuern verrechnet wird."* (13) Ein Bauherrenmodell zur Geistesbildung – das bildungspolitische Ei des Kolumbus Kretschmann! Vorbei all der ideologische Streit um die Schulen. Die freie Waldorfschule mit musischem Schwerpunkt für den Zögling des grünen MdL, die Montessori-Anstalt für die Tochter des Dipl.Phys. in Sachen Sonnenenergie (ganzheitlich), und für die Arbeiterkinder auch das Ihre – vielleicht mehr eine Schule, in der das „Irgend-etwas-Herstellen" gelernt werden kann (ruhig auch ganztags, was man sonst nicht so liebt, wegen der „Beschulung" und der „Erziehungskraft der Familie").

Man sieht, Interessenten könnte man sich denken für eine solch „bunte" Bildungspolitik, deren volle Farbenpracht man in den USA studieren kann, deren schönste Blüte die GRÜNEN aber in der Wiederentdeckung der Dorfschule feiern. Allein, hierfür bedarf es „Anreize", damit der Pädagoge dem faden Landleben sich ausliefere: *„Wenn die Dörfer ihre Möglichkeiten nutzen, um ihrerseits Anreize zu schaffen (z.B. billige Wohnmöglichkeiten mit Garten) ..., könnte die Versorgung des ländlichen Raums mit Lehrern sicher gewährleistet werden."* (14)

Unbestritten, die Lehrer gibt's, die sich sowas ganz putzig denken könnten. Dorfschulmeister mit freier Dienstwohnung nebst biol.-dyn. Schulgarten. Da mal einen Sack Kartoffeln, und zur Versetzung eine halbe Sau. Und ansonsten mit dem Pfaffen und dem Bürgermeister das Sagen haben. Daß das die Wunschperspektive der Masse der GRÜNEN und ihrer Wähler ist, kann man bezweifeln. Sie haben großteils ihre eigene Erfahrung mit diesen heimattreu-humanistischen und wertebewußt-staatstragenden Steißtrommlern. Für die Hauptbetroffenen, die Werktätigen in der Stadt oder auf dem Land, steht solch Bildungsideal jedenfalls nicht zur Debatte.

wertebewußt-staatstragenden Steißtrommlern. Für die Hauptbetroffenen, die Werktätigen in der Stadt oder auf dem Land, steht solch Bildungsideal jedenfalls nicht zur Debatte.

Für Heimat und Vaterland

Eines der Lieblingsobjekte zivilisationskritischer grüner Fürsorge ist der Wald. (Ihr großer Einsatz auf diesem Gebiet sei unbestritten und ihre Verdienste neidlos anerkannt.) Würden sie sich dabei auf das beschränken, was der Wald nun einmal ist – eine Pflanzengesellschaft mit einer Vielzahl nützlicher natürlicher und gesellschaftlicher Funktionen –, alles weitere Mäkeln wäre ungehörig. Doch, es geht um mehr: *„Förster ist mit Abstand der Traumberuf des deutschen Mannes. Darin kommt – so meine ich – die hohe Wertschätzung, die die Deutschen für den Wald haben, zum Ausdruck. Wir alle können froh ein, daß wenigstens ein starkes emotionales Verhältnis zum Wald besteht ..."* (15) Ironische Rhetorik eines grünen Parlamentariers gegen die Deutschnationalen von der CDU? Von wegen! Nur die Hervorhebung ist von uns. Der Ton ist original Kretschmann und *kein* Ausrutscher.

Was das Waldsterben angeht: Auch bei der grünen Landtagsgruppe in Stuttgart hat sich herumgesprochen, daß der Sauerregen, der den Wald zerstört, deutsch ist. So deutsch wie die Konzerne, die ihn produzieren. Es ist zwar nicht belegt, aber daß ein deutscher Sauerregenproduzent gern deutscher Förster geworden wäre (wie sowieso die Wahrscheinlichkeit für die Weckung dieses Berufswunsches mit dem monatlichen Einkommen des Vaters steigen wird), ist nicht unwahrscheinlich. Daß selbiger insbesondere *als Deutscher* das verlorene Berufsglück heute vielleicht durch eine mittlere Jagdpacht in den bayerischen Alpen auszugleichen versucht und insofern ganz natürlich ein emotionales Verhältnis zum deutschen Wald entwickelt, ergibt sich. Trotzdem relativiert sich die emotionale Waldbindung dieser Persönlichkeit in ihrer Funktion *als Sauerregenproduzent*, sollte er auf diese Seite seines Seins verzichten müssen, ganz beträchtlich. Umweltschutz nämlich drückt auf die Profite, was die Konkurrenzfähigkeit schwächt, mit Folgen nicht bloß für den deutschen Wald, sondern für das Deutschtum an sich. Und da werden dann nicht bloß die Produzenten des sauren Regens ausgesprochen emotional!

nis zum deutschen Wald entwickelt, ergibt sich. Trotzdem relativiert sich die emotionale Waldbindung dieser Persönlichkeit in ihrer Funktion *als Sauerregenproduzent*, sollte er auf diese Seite seines Seins verzichten müssen, ganz beträchtlich. Umweltschutz nämlich drückt auf die Profite, was die Konkur-

Die GRÜNEN wollen also die deutschen Luftverpester an ihrer emotionalen Bindung zum deutschen Wald packen, um sie vom Dreckmachen abzuhalten. Wie bei den Bildungsidealen – nur hier nicht Aristoteles als Wertespender, sondern vielleicht Ganghofer? Bei *der* „Taktik" kann eher passieren, daß der deutschnationale Dreck die GRÜNEN packt und am Ende nicht bloß der Wald tot ist, sondern die GRÜNEN schwarz-rot-gold sind oder noch brauner. Das Heimatgesäusel der GRÜNEN und ihre naive Deutschtümelei zielen auf Volksgemeinschaft und Vertuschung bestehener Interessen der verschiedenen sozialen Klassen.

Nicht soziale Interessen und Widersprüche zu den herrschenden Klassen, die politische Gegensätze auslösen, bestimmten das gesellschaftliche Handeln der Menschen, sondern ihre „Identität", geprägt durch die „Heimat", welche durch die Wachstumsgesellschaft zerstört werde. Das ist ihre immer wiederkehrende Argumentation. (16) So z.B. Kretschmann in einer Debatte über den Kulturetat: *„Das aktive und künstlerische Engagement finden wir auch heute noch in den neuen Liedern eines Walter Moßmann. All diese jungen Künstler wollen ihr kulturelles Bewußtsein retten, ihre geistige Heimat, die aus Landschaft, Wäldern und Bächen besteht ..."* (17) Es steht uns nicht an zu beurteilen, ob ein Moßmann sich das gefallen lassen muß. Was wir wissen ist, die meisten Lieder Moßmanns sind entstanden in der Auseinandersetzung um das KKW Wyhl, in der er für die Gegner des Baus Partei ergriffen hat. Er hat für Interessen gesungen. Auch wer Moßmann nicht mag, wird anerkennen, daß sein „Bewußtsein" (soweit öffentlich) nicht bloß aus „Landschaft, Wäldern und Bächen" besteht, und seine Lieder auch nicht.

ergriffen hat. Er hat für Interessen gesungen. Auch wer Moßmann nicht mag, wird anerkennen, daß sein „Bewußtsein" (soweit öffentlich) nicht bloß aus „Landschaft, Wäldern und Bächen" besteht, und seine Lieder auch nicht.

Es wäre töricht zu bestreiten: Was

Es wäre töricht zu bestreiten: Was dem Alemannen der Schwarzwald ist, das ist dem Holsteiner die See, und ein Tausch kommt nur in Ausnahmefällen in Frage. Doch was Alemannen beim Sauren Regen und Holsteiner bezüglich der Dünnsäure so fuchtig macht, ist nicht ihr Nationalcharakter und der ihnen drohende „Identitätsverlust". (Genauso wie man weiß, daß es unter Alemannen wie Holsteinern welche gibt, die ihre „Identität" gerade im Säure-Verklappen oder -Vergasen finden.)

Unternimmt man den Versuch, Interessen durch „Identität" zu ersetzen, kann es bei dem harmlos scheinenden „Regionalismus" nicht bleiben. Aus dem Kampf für die Erhaltung der „Heimat" wird der Kampf für das Patriotische. Das Vaterland steht auf dem Spiel. Zu seiner Verteidigung angetreten Holger Heimann: *„Auch die politische Heimatlosigkeit wird in zunehmender Weise von den Altparteien beklagt. Doch wo soll denn irgendein Patriotismus entstehen, wenn die etablierte Politik bereit ist, Deutschland als Schlachtfeld an amerikanische Rüstungsstrategen zu verkaufen? Was ist der Nachrüstungsbeschluß anders als der Verkauf der Heimat?"* (18) Hier geht es ganz direkt und unverhohlen um die Verteidigung des deutschen Imperialismus. Die Militärkonzeption klingt alternativ. Das strategische Ziel jedoch kommt dem derer nahe, die man zu bekämpfen vorgibt.

Was die Landtagsgruppe in Stuttgart macht, ist sicher keine für alle GRÜNEN repräsentative Politik. Und – man kann weiter hoffen – auch nicht für den Landesverband in Baden-Württemberg: Bis auf Heimann wurden alle anderen durch Rotation gebremst. Noch kann man also als *Frage* an die GRÜNEN formulieren: Wollen sie wirklich ernst machen mit dem in Stuttgart vorexerzierten Weg zum theoretischen und dann auch praktischen Bündnis mit der Reaktion?

(kuh, sec, BWK)

Stuttgart vorexerzierten Weg zum theoretischen und dann auch praktischen Bündnis mit der Reaktion?

(kuh, sec, BWK)

(1) Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode, Landtagsdebatte am 2.7.1980
(2) Es soll nicht bestritten werden, daß die grüne Landtagsgruppe im baden-württembergischen Landtag in dieser Hinsicht einiges Nützliche geleistet hat.
(3) Landtagsdebatte am 2.4.81
(4) Landtagsdebatte am 10.3.83
(5) Landtagsdebatte am 28.1.81
(6) Manon Maren-Grisebach, Philosophie der Grünen, München 1982
(7) Landtagsdebatte am 10.11.82
(8) Landtagsdebatte am 28.1.81
(9) Landtagsdebatte am 30.4.81
(10) Landtagsdebatte am 24.3.82
(11) Landtagsdebatte am 16.7.80
(12) Landtagsdebatte am 21.10.81
(13) Die Grünen im Landtag, Nr. 5, Schulpolitik, hrsg. von der Gruppe der Grünen im Landtag Baden-Württemberg
(14) Drucksachen des Landtags Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode, Drucksache Nr 2290 (Antrag der Gruppe der Grünen: „Wiedereinführung von Dorfschulen", v. 26.1.82)
(15) Kretschmann in der Landtagsdebatte am 2.7.81
(16) So führte z.B. Heimann am 2.4.81 in einer Rede zu den Ursachen des Jugendprotestes aus: „Die derzeitige Rebellion vor allen Dingen der Jugendlichen von Zürich bis Berlin ist die Spitze eines Eisbergs einer tiefen Identitäts- und Wertekrise unserer gesamten Gesellschaft. Unter dem Schlagwort ‚Wertekrise' verbirgt sich die Zerstörung menschlicher Beziehungen; dahinter verbirgt sich die Vereinzelung, die Zukunftslosigkeit, die Heimatlosigkeit einer Gesellschaft, deren einziger Wert mehr und mehr der Mehrwert ist. Ich will das zunächst am Stichwort ‚Heimatlosigkeit' – das Recht auf Heimat steht in der Landesverfassung ø darlegen, verbirgt sich doch hinter dem Wert der Heimat die Sehnsucht des Menschen nach der eigenen Identität. Wenn man die Heimat des Menschen zerstört, zerstört man damit auch ihre Identität."
(17) Landtagsdebatte am 4.3.82
(18) Landtagsdebatte am 2.4.81

Über Staat, gute Sitten, Gewaltlosigkeit, Kant und Ähnliches

Mit „dem Staat" haben die GRÜNEN im Grundsätzlichen – wie man so schön sagt – „keine Probleme". Die kommen erst, wenn's ums praktische Detail geht, und dabei werden dann die Grundsätze diskutiert, fixiert, bestätigt, neu geboren und auch problematisiert. So z.B. anläßlich des „blutigen Denkanstoßes" (aus einem Glückwunsch zur Aktion) von Schwalba-Hoth gegen den US-General Williams im hessischen Landtag. (1)

Die Generalsuniform war noch nicht wieder geputzt, und schon brach gegen die hessischen GRÜNEN und den Landtagsabgeordneten Schwalba-Hoth eine bundesweite Einheit aller Demokraten los, die sich bis weit in die Reihen der GRÜNEN erstreckte. Aus den Reihen der baden-württembergischen Staatsgrünen um Kretschmann und Hasenclever wurde an den Landesvorstand der GRÜNEN in Baden-Württemberg sogleich die Forderung nach Verurteilung, Verdammung, Ächtung solcher „abscheulicher Aktionen" (Gert Bastian) gestellt. Als der Landesvorstand dazu keine Veranlassung sah und das auch noch in einer Presseerklärung kundtat, da hielt es Kretschmann nicht länger. Unterschrieben mit „freundlichem Gruß Winfried Kretschmann" und gegengezeichnet von den Abgeordneten Hasenclever und Heimann, setzte er einen dreiseitigen Brief an und gegen den Landesvorstand ab, der so ziemlich alles enthält, was die neugrüne Staatsphilosophie in Zukunft machen soll. (2) Das Verhalten des Landesvorstandes finden die drei schon mal „schäbig" und „politisch für verheerend". Das „Ethos der Gewaltlosigkeit" sei verlassen, die Würde eines „Menschen" verletzt, denn auch in Generalsuniform sei Williams „ein Mensch". (Wer wollte das bestreiten?) Am Feind zeige sich, ob man wirklich gewaltlos sei oder nicht. Außerdem läge „im Dialog" – mit Williams – der „Höffnungsfunke zum Frieden", der jetzt blutig gelöscht sei. Die „internationalen Gepflogenheiten" seien verletzt. Wenn das so weitergehe, könnte „niemand sicher sein ..., ob er nicht erschossen, entführt, eingesperrt, verprügelt, bespuckt, mit Farbe beschmiert und mit Blut bespritzt wird", was dann alles in allem die „Gefahr von Kriegen und Auseinandersetzungen" steigern würde. Und die Gastfreundlichkeit sei verletzt, und: *„Wenn die Gastfreundschaft als eine der wenigen Bastionen, in der die Menschen wenigstens gewaltlos und höflich miteinander umgehen, auch noch fällt, dann können wir unsere pazifistischen Utopien gleich einsargen."* Und nicht zuletzt: So, genau so und deswegen zöge man sich immer den Zorn des „politischen Gegners" zu.

Solche und ähnliche Angriffe gegen die hessischen GRÜNEN und ihre Landtagsaktion wurden aber von anderen Mitgliedern der GRÜNEN scharf zurückgewiesen. Der Bundeshauptausschuß der GRÜNEN z.B. verabschiedete am 13./14.8. in Bremen eine Erklärung zu der Aktion im hessischen Landtag. Sie kritisiert die US-amerikanische Aggressionspolitik gegen die lateinamerikanischen Staaten und stellt dann unter anderem fest:

„Wir fallen den hessischen Landtagsabgeordneten nicht in den Rücken, sondern erklären, was mit der Aktion ausgesagt werden soll ... Wir sagen, wie die realen Gewaltverhältnisse aussehen ... Wir stellen fest, daß die Aktion im Wiesbadener Landtag gewaltfrei war ... Die Orden auf der Uniform stehen für Blut. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, auch noch als GRÜNE Vietnam-Generäle als Staatsgäste zu hofieren."

Und R. Trampert vom Bundesvorstand der GRÜNEN erklärte in einer Begründung zum Beschluß des Bundeshauptausschusses: *„Winfried Kretschmann und seine Freunde stellen sich aber schützend vor die Generäle, ganz im Sinne der Staatspolitiker, und drängen die völlig gewaltlose Aktion von Frank in die Gewaltecke."*

Was neben vielem an dieser Auseinandersetzung um grüne Staatspolitik oder grüne Staatskritik auffällt, ist, daß die Frage der „Gewaltlosigkeit" bzw. „Gewaltfreiheit" eine völlig unterschiedliche Bedeutung hat, je nachdem, ob sie von grünen oder staatsgrünen Positionen aus aufgeworfen wird. Während z.B. im Beschluß des Bundeshauptausschusses und in vielen Stellungnahmen, die die Aktion gegen reaktionäre und gegen staatsgrüne Kritik verteidigen, die Frage „Gewaltlosigkeit/-freiheit" tatsächlich noch – wenn auch ziemlich methodisch abstrakt – eine Frage von Aktionen gegen politische Unterdrückung und imperialistische Kriegsvorbereitung ist, geht es Kretschmann und Co. darum schon längst nicht mehr. Unter der Flagge der Gewaltlosigkeit/-freiheit und angefeuert von CDU/CSU/FDP/-SPD und der bürgerlichen Presse vollführen Kretschmann und Freunde den Eiertanz um die positive Befürwortung und Absegnung des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staates, und damit die Befürwortung und Unterstützung des Monopols der herrschenden Bourgeoisklasse auf Bestimmung und Sicherung der herrschenden Verhältnisse und der herrschenden Gesellschaftsordnung.

Ist die Aktionsformen- und -methodendebatte sowieso schon eine „Überdebatte" – nämlich leider nicht um die Sache, sondern über die Methoden zur Behandlung der Sache, was leider immer schon ein untrügliches Zeichen für linke Ratlosigkeit war und ist –, so wird sie mit der staatstheoretischen Aufladung durch Kretschmann, Hasenclever und andere vollends zum Überlaufen gebracht und damit voraussichtlich in Kürze ad absurdum geführt. (3) In kühler Erkenntnis dieser Sachlage macht die staatsgrüne Abteilung deshalb auch tiefschürfende Anleihen – u.a. beim deutschen Idealismus.

Aus der Regierungszeit Helmut Schmidts ist ja noch bekannt, wird's feierlich, kommt Kant – kommt Kant, kommt Staat. (4) Auch Kretschmann, Hasenclever und Heimann eröffnen ihren Brief an den Landesvorstand mit einer Kantpräambel. Auch die rührenden Ausführungen über die „Gastfreundschaft" im Imperialismus scheinen einiges von Kants „drittem Defini-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Über Staat, gute Sitten, Gewaltlosigkeit, Kant und Ähnliches

tivartikel zum Ewigen Frieden" abbekommen zu haben, der den Kolonialismus unter dem Motto der notwendigen weltweiten Hospitalität (Gastfreundschaft) rechtfertigt. (5) Daß der rechtsgrünen, staatstragenden Abteilung der unverdaute deutsche Idealismus schwer im Magen liegt und von dort mächtig auf den Kopf drückt, wird schließlich vollends deutlich an einem – und zwar in einem Jahrgang einzigen – reichlich grundsätzlichen Artikel der Zeitung „Die Grünen". Unter dem Titel „Was für ein Staat?" lesen wir da: (6)

„*Es gilt der Lehrsatz: Je stärker der Staat ist, um so geringer ist die Freiheit, die in ihm herrscht. Und umgekehrt: wenn einmal die praktische Vernunft im Sinne des Philosophen Emmanuel Kant zur Richtschnur allen menschlichen Handelns geworden wäre, dann bedürfte es keines Staates mehr.*" – Das ist aufschlußreich. Erstens: wenn totale Vernunft – wessen? – die Welt regiert, dann kein Staat. Zweitens: da dem nicht so ist, muß mangels vorherrschender Vernunft ein Staat her. Drittens: da es mensch – wie man weiß – bekanntlich nie lernt, erfordert also die Natur des Menschen den Staat zwecks Ordnung und Vermeidung von Chaos. (Sieht man ja im hessischen Landtag). Viertens: zwar hat Kant und der deutsche Idealismus etwas ganz anderes vertreten – daß nämlich der Staat die Verwirklichung der bürgerlichen Vernunft *ist* –, aber praktisch läuft's ja auf dasselbe hinaus. Kurz und bündig finden wir beim richtigen Kant den richtigen „Lehrsatz": „*A. Gesetz und Freiheit ohne Gewalt (Anarchie). B. Gesetz und Gewalt ohne Freiheit (Despotismus). C. Gewalt, ohne Freiheit und Gesetz (Barbarei). D. Gewalt, mit Freiheit und Gesetz (Republik). Man sieht (sagt Kant, d. Verf.), daß nur die letztere eine wahre bürgerliche Verfassung genannt zu werden verdient.*" (7)

Eben. Denn *Gewalt* des bürgerlichen Staates als „*Formation bewaffneter Menschen*" (Engels) zur Unterdrükkung einer Klasse durch die andere mit *Freiheit*, nämlich Freiheit des Privateigentums, wie die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 fordert, und *Gesetz*, also die Rechtsförmigkeit der Organisation der staatlichen Unterdrückung und der Regulierung der kapitalistischen Konkurrenz, das macht nun mal die bürgerliche Republik aus, den Rechtsstaat.

gentums, wie die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 fordert, und *Gesetz*, also die Rechtsförmigkeit der Organisation der staatlichen Unterdrückung und der Regulierung der kapitalistischen Konkurrenz, das macht nun mal die bürgerliche Republik aus, den Rechtsstaat.

Muß wirklich die Aktionsformendebatte über den Protest gegen den US-Imperialismus herhalten, um auf Schleichwegen über die Gewaltlosigkeitsdebatte sich zur Anerkennung, Befürwortung, schließlich Verteidigung dieser Gewalt des bürgerlichen Staates durchzuringen?

Der Artikel „Was für ein Staat" klingt unheilschwanger aus, wie folgt: „*Wir wollen nicht den Unheilstaat, der über uns hängt wie eine Gewitterwolke vor dem Donnerschlag. Sondern den Staat, der dadurch menschlich ist, daß er seine Bürger nicht unterdrücken muß, und der ihre Selbstverwirklichung zu fördern vermag, weil er nicht über ihnen steht, sondern als die größte aller Bürgerinitiativen ihre natürliche Gemeinsamkeit darstellt.*"

Der Staat als „natürliche Gemeinsamkeit", und speziell der deutsche, hat seine blutigen Schleifspuren durch die Geschichte und quer durch Europa gezogen, ob nach der Auflösung aller Parteien in Deutsche (Kaiser Wilhelm), ober nach der Herstellung der „natürlichen Gemeinsamkeit" der germanischen Rasse. Soll das ernstlich gemeint sein? Für wen bitte ist der bürgerliche Staat – und um diesen und keinen anderen handelt es sich bekanntlich – ein Förderverein zur Selbstverwirklichung? Wie anders als durchtränkt vom tieftriefendsten deutschen Nationalismus kann man eigentlich die staatliche Unterdrückungsmaschinerie, Resultat krassester und unversöhnlicher sozialer Widersprüche, zum Hort der „natürlichen Gemeinsamkeit", also wohl der Volksgemeinschaft, machen? Oder ist vielleicht die staatsgrüne Idee vom schmuseweichen Kuschelstaat, vom warmen – nicht fern und kalten – Plüschadlerstaat zum Anfassen nur die handgreifliche Nutzanwendung der Devise: „Kommt der Prophet nicht zum Berg, dann umgekehrt": kommt der Staat dann nicht nach unten, so der Staatsgrüne wenigstens nach oben.

Sollten die staatsgrünen Staatspolitiker das tatsächlich alles meinen und wollen, was sie da so von sich geben, dann wäre mehr als die Einfallslosigkeit und Dürre dieses altdeutschen Mistes zu beklagen.

Für „weniger Staat" – mit mehr Marktwirtschaft oder durch mehr gesellschaftliche Organisation und Planung?

Die Grünen artikulieren als eine Partei der neuen Mittelklasse Widersprüche zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, der imperialistischen



Die neue Uniform für den General mußte aus Bad Homburg nach Wiesbaden gebracht werden.

Konkurrenz und der imperialistischen Reaktion. (8) Sie fordern eine Veränderung bestehender Verhältnisse im Rahmen und auf der Grundlage der herrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Sie kritisieren nicht, wie die Sozialdemokratie und der Reformismus, das Bestehen des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, um dann seine Versöhnung zu behaupten und zu versuchen, sondern sie behaupten seine Auflösung im Gegensatz von Mensch und Natur, um sich den Weg zur Kritik der herrschenden Klasse ohne Klassengegnerschaft zu ermöglichen.

Ihre am Gegensatz von Mensch und Natur entwickelte Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der herrschenden Bourgeoisie ist fortschrittlich – d.h. sie begünstigt die Kritik der herrschenden Produktionsverhältnisse und die gesellschaftliche Einigung der arbeitenden Klassen dagegen –, solan-

Ihre am Gegensatz von Mensch und Natur entwickelte Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der herrschenden Bourgeoisie ist fortschrittlich – d.h. sie begünstigt die Kritik der herrschenden Produktionsverhältnisse und die gesellschaftliche Einigung der arbeitenden Klassen dagegen –, solan-

ge sie damit die Unfähigkeit der herrschenden Klasse zur Lenkung der Gesellschaft kritisieren. Sie wird rückschrittlich, sobald sie die Unterwerfung der Gesellschaft unter die von ihnen angeblich aus der Natur geklaubten, tatsächlich aber gesellschaftlich bestimmten Gesetzmäßigkeiten des Privateigentums, der Konkurrenz, der Lohnarbeit usw. fordern.

Den bürgerlichen, imperialistischen Staat kritisieren sie – soweit überhaupt – als Unterfall „menschlichen Zusammenlebens", statt als die gegenüber der Gesellschaft verselbständigte Zwangsanstalt der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden und abhängigen Klassen.

All das führt die GRÜNEN in theoretische und praktische Schwierigkeiten, wo an sie die Forderung gestellt wird, Interessen der arbeitenden Klassen gegen den bürgerlichen Staat zu unterstützen, die nur mit dem Ziel der gesellschaftlichen Kontrolle und Verfügung der arbeitenden Klassen über die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion zu verwirklichen sind.

Gegenwärtig betreibt die Reaktion die finanzielle, rechtliche und ideologische Zerschlagung erkämpfter gesellschaftlicher Rechte, Arbeits- und Lebensbedingungen. Was werden die Grünen tun? Werden sie die erkämpften Rechte und Ansprüche der arbeitenden Klassen – an eine gesetzliche Sozialversicherung, an gesetzliche, also allgemeine und gesellschaftlich gültige Regelungen der Arbeitszeiten usw. –, werden sie diese gesellschaftlichen minimalen Standards verteidigen, oder werden sie sich dem Kurs der Reaktion öffnen, mehr Privatinitiative fordern, Belebung des Privateigentums anregen und schließlich für die marktwirtschaftlich erforderliche staatliche Ordnungspolitik eintreten, was dann konsequent bei mehr und stärkerem Staat als Ordnungsfaktor endet?

In der Analyse Heimanns z.B. ist der Wunsch nach Privatlösung schon wieder zum Vater der Bestandsaufnahme geworden. (9) „*Die Krise des Sozialstaates ist vorhanden. Sie ist durch drei Faktoren bestimmt: 1. Durch die Auflösung funktionierender Gemeinschaftsformen. 2. Durch die Abhängigkeit des Sozialstaates vom herkömmlichen Wirtschaftswachstum. 3. Durch die Kosten des Faktors Arbeit.*"

Und Hasenclever hält die dazu nötige Ordnungspolitik in seinen Grundsätzen zur Landtagswahl schon parat: „*4. Hierzu muß das Prinzip von der Freiheit des Menschen Grundlage unserer Ordnungspolitik in den verschiedenen Bereichen sein ... Diese Freiheit des Einzelnen ist freilich eingeschränkt durch die ökologische Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs ... Diesen Handlungsspielraum sehen wir im System einer ökologischen und sozialen Marktordnung verwirklicht.*" (10)

Hier hat Ludwig Erhard einen Teil derer, die auszogen, dieses „bankrotte System" (Kelly (11)) zu kritisieren und zu verändern, mit langem, in Ökologie getunktem Arm eingeholt. So privatökologisch ist die CDU/CSU immer, daß sie den Staatsgrünen freundlich lächelnd die Säge reichen kann, damit sie sich eigenhändig den grünen Ast absägen, auf dem sie sitzen.

Basisdemokratie für Nicht-Besitz-Bürger – und die FDGO?

Basisdemokratie für Nicht-Besitz-Bürger – und die FDGO?

Der programmatische Standpunkt der GRÜNEN zur parlamentarischen Demokratie ist, daß sie für ihre Belebung und Erneuerung eintreten. Da die großen bürgerlichen Parteien versagt, den Staat für ihre Interessen mißbraucht haben, muß die parlamentarische Demokratie durch die GRÜNEN erneuert werden. So soll die Berücksichtigung bisher unterdrückter gesellschaftlicher Interessen zur Sprache und zur Geltung gebracht werden. (12) Was bedeutet dabei nun die Basisdemokratie?

„*Basisdemokratische Politik bedeutet verstärkte Verwirklichung dezentraler, direkter Demokratie ... Wir setzen uns in allen politischen Bereichen dafür ein, daß durch verstärkte Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung in regionalen, landesweiten und bundesweiten Volksabstimmungen Elemente direkter Demokratie zur Lösung lebenswichtiger Planung eingeführt werden.*" (13)

In der programmatischen Entwicklung der GRÜNEN war die Forderung nach Basisdemokratie ein fester Bestandteil über alle politischen Entwicklungen von rechts nach links hinweg. Bereits das Programm der AUD (Aktion unabhängiger Deutscher) fordert sie. Basisdemokratie allein ergibt also keine Bestimmung der politischen Richtung innerhalb der GRÜNEN. Das ist auch naheliegend, denn die Forderung nach Basisdemokratie ist ja keine Forderung nach qualitativen Veränderungen der Gesellschaftsverhältnisse und der dementsprechenden Staatsform. Die Forderung nach „Basisdemokratie" bezieht sich vielmehr nur auf die Abwicklung der Herrschaft der bürgerlichen Klasse oder allgemeiner auf die „Ausgestaltung" der bürgerlichen Republik. Auch die freiheitlichste Republik ist – wie Marx und Engels bereits entwickelt haben – eine Republik der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Das werden auch die Grünen mit ihren Menschen-, also Bürgerrechts-Forderungen nicht bestreiten. Was ist also nun „Basisdemokratie"? Basisdemokratie ist die Forderung nach der Ausweitung und Anwendung bürgerlicher Rechte und nach der Teilnahme an der Verwaltung des bürgerlichen Staates auch durch den Nicht-Besitz-Bürger. Der konservative Staatstheoretiker und -praktiker Lorenz von Stein hat diese Entwicklung bereits im 19. Jh. als logische Konsequenz aus der Herrschaftsorganisation der Republik des Eigentums geschlußfolgert. Die Behauptung der bürgerlichen Rechte als Rechte für alle – obwohl materiell nur mit Privateigentum zu verwirklichen – werde dazu führen, daß die Rechte und Forderungen der „*Republik des industriellen Besitzes*" (Stein) durch Vertreter einer „*Republik des industriellen Nichtbesitzes*" (Stein) erhoben werden. (14) Als Forderungen dieser „*Republik des industriellen Nichtbesitzes*" nennt Stein u.a. allgemeines Stimmrecht, direkte Wahl, Ernennung der Minister durch die Volksvertretung im Bereich der Verfassung u.ä.

Es ist klar, daß es sich dabei nicht um die Forderung nach der Republik der Arbeit handelt, denn das Privateigentum bleibt unangetastet. Daß gegenwärtig führende Staatsrechtler der Reaktion diesen Widerspruch einer bürgerlichen Kritik am bürgerlichen Staat mit bürgerlichen Mitteln in Untersuchungen, Seminaren, Büchern hin und her wälzen, hängt damit zusammen, daß die basisdemokratischen Forderungen des Nicht-Besitz-Bürgers durchaus im Gegensatz zur Entfesselung der imperialistischen Exekutivgewalt aus den letzten Hemmnissen bürgerlicher Republik stehen. (15) Entwickelt und vertieft als republikanische Kritik an der imperialistischen Reaktion können sie ein Beitrag zur Kritik der Reaktion sein. Leider ist diese Tragweite ihrer Staatskritik den GRÜNEN offensichtlich nicht recht klar, sonst könnten sie sich nicht so gedankenlos auf die „Regierbarkeitsdebatte" einlassen und sich als Regierbarmacher auch noch andienen. (16)

Tatsächlich sind – neben den Kämpfen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung – die GRÜNEN selber es nämlich, die zur „Unregierbarkeit" im Sinne der Reaktion beitragen. Unter dieser Fragestellung wird auch untersucht, ob und inwieweit die GRÜNEN noch verfassungsgemäß, vor allem FDGO-gemäß sind. (17)

Und die FDGO – die freiheitlich-demokratische Grundordnung – umfaßt bekanntlich die positive Wertentscheidung für die herrschenden kapitalistische Ordnung. Wenn die GRÜNEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundanständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD

NEN auch nur einen Funken ihrer fortschrittlichen Gesellschaftskritik aufrecht erhalten, dann können sie gar nicht so rechtsstaatlich, gewaltlos, legal und grundanständig sein, daß sie nicht in Widerspruch zur Legitimation der herrschenden Ordnung in der BRD

durch die FDGO kommen. Denn das ist ja schließlich der Clou an der BRD-Verfassung und ihrer besonderen Rechtsstaatlichkeit, daß sie rechtsstaatlich mit der FDGO und ihren unveränderbaren Grundwerten die Rechtsstaatlichkeit, die „Legalität" der „Legitimität" der herrschenden Ordnung unterordnet. Die Legitimität der herrschenden Ordnung steht über jeder Legalität, und mag diese Legalität selbst schon so reaktionär sein wie der Verfassungs- und Gesetzesstand.

Mit brutaler Offenheit hat Rainer Barzel gegen die GRÜNEN und die Friedensbewegung festgestellt: „*Einige nehmen die Legitimität in Anspruch, um gegen die Legalität zu Felde zu ziehen.* (Gemeint ist das Beharren auf einem Widerstandsrecht, d. Verf.). *Hier heißt es aufpassen und den Anfängen wehren ... Hierzulande ist nach dem Grundgesetz die Legalität durch die Legitimität begrenzt.*" (18)

Das ist Originalton Carl Schmitt, und Carl Schmitt war und ist der Staatstheoretiker des Faschismus und der direkten Form der Diktatur der Bourgeoisie. (19)

In Sachen Rechtsstaat, Verfassung und FDGO ist der Standpunkt der GRÜNEN leider unter jeder bürgerlichen Vernunft und kann die grüne Partei noch Kopf und Kragen kosten.

Wie der imperialistische Krieg aus inneren ökonomischen und politischen Widersprüchen des Imperialismus entsteht, so der Nationalismus aus der Stellung in und zu den sozialen und politischen Klassenverhältnissen in einer Gesellschaft.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung zwischen grüner Staatspolitik und grüner Staatskritik geht offensichtlich darum, ob aus den GRÜNEN doch wieder eine wirtschaftsliberale und nationalliberale Partei alten Typs wird, oder ob die GRÜNEN gegen den Druck und den Angriff der Reaktion die Kritikfähigkeit und politische Kraft finden, sich tatsächlich zu einer bürgerlich-fortschrittlich, republikanisch-oppositionellen Reformpartei neuen Typs zu entwickeln.

Je nachdem werden sie entweder unter der Flagge des Deutsch- und Europanationalismus, zusammen mit Brandt, Lafontaine und anderen, eine objektive Variante westdeutschen Expansionismus alternativ vertreten oder zusammen mit der Arbeiterbewegung gegen alle Varianten deutschen Nationalismus und westdeutschen Expansionismus auftreten.

(che, BWK)

(1) Schwalba-Hoth hatte nach Rücksprache und mit Unterstützung seiner Landtagsfraktion den US-General mit Blut bespritzt. Eine ausführliche Dokumentation der Auseinandersetzung findet sich in: „Die Würde einer Uniform ist antastbar", die GRÜNEN im hessischen Landtag.
(2) Dokumentation, S. 31. Die folgenden Zitate sind ebenfalls der genannten Dokumentation entnommen.
(3) Das zeigt sich schon an der fortwährend komplizierteren Begriffsbildung. Gewaltlosigkeit, Gewaltfreiheit, Gewaltlosigkeit gegen Sachen und/oder Personen.
(4) Immanuel Kant, 1742–1804
(5) Näheres dazu in: System der bürgerlichen Ideologie vom Krieg; in: Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg, Frankfurt 1977, hrsg. vom damaligen KBW.
(6) Die GRÜNEN v. 8. Oktober 1983, S. 1
Einen ganz anderen Standpunkt vertritt M. Maren-Grisebach in ihrem ansonsten etwas verunglückten Büchlein „Philosophie der GRÜNEN": „Staatlich verordnete Gesetze sind ebenso wie alle anderen Regeln veränderbare Dinge und unterliegen dem Grundprinzip der historischen Bewegung. Nicht Absterben des Staates schlechthin ist vorläufig Ziel, aber Aushöhlung seiner Machtansprüche." S. 85
(7) Kant, Antropologie in pragmatischer Hinsicht, zitiert nach: Der Staat, das deutsche Staatsdenken seit dem 18. Jahrhundert, H.P. Waldrich, München 1973, S. 61
(8) Siehe dazu: Die Grüne Partei, die Partei der Mittelklasse, ein Beitrag des BWK, Arbeiterkampf v. 8. August 1983.
Zur bürgerlichen, liberal kritischen Sicht der Entwicklung der Neuen Mittelklasse und ihrer Parteien z.B.: A. Giddens, Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt 1979; und: A.W. Gouldner, Die Intelligenz als Neue Klasse, 16 Thesen zur Zukunft der Intellektuellen und der technischen Intelligenz. Bei Gouldner findet sich eine ausführlich kommentierte Bibliographie. Sowie: Was sollen die Grünen im Parlament, Hrsg. W. Kraushaat, Frankfurt 1983.
(9) Aus: Ist dem Sozialstaat noch zu helfen? Rede zum Haushalt 1983/94 vor dem Landtag, 10. März 1983.
(10) Grüne Blätter, Die GRÜNEN Baden-Württemberg, Nr. 23, Juli 1983, S. 15.
In den Grünen Blätter, die die Debatte der Grünen in Baden-Württemberg dokumentieren, werden auch andere, kritische Positionen vertreten. Aber sie stehen neben denen der Staatsfraktion, nicht kritisch dagegen.
(11) Petra K. Kelly, Um Hoffnung kämpfen, Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, 3. Aufl. 1983 — 1. Kapitel „Das System ist bankrott".

tieren, werden auch andere, kritische Positionen vertreten. Aber sie stehen neben denen der Staatsfraktion, nicht kritisch dagegen.
(11) Petra K. Kelly, Um Hoffnung kämpfen, Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, 3. Aufl. 1983 — 1. Kapitel „Das System ist bankrott".

(12) Dazu u.a. die Beiträge von Fischer, Huber und Oswalt in: Was sollen die GRÜNEN im Parlament.
(13) Die GRÜNEN, Das Bundesprogramm, S. 5
(14) Zitiert nach E.W. Böckenförde, Lorenz von Stein als Theoretiker der Bewegung von Staat und Gesellschaft zum Sozialstaat, in: Staat und Gesellschaft, Hrsg. E.W. Böckenförde, Darmstadt 1976. Böckenförde gehört zu den Vorreitern der gegenwärtigen reaktionären Staatstheorie und Politik.
(15) Exemplarisch hier ein Oberreaktionär: W. Leisner, Demokratie, Selbstzerstörung einer Staatsform, Berlin 1979. Als Übersicht zur Entwicklung der gegenwärtigen reaktionären Staatstheorien: R. Saage, Rückkehr zum starken Staat, Frankfurt 1983; und: Konservativismus in der BRD, Dietz-Verlag, Berlin (DDR) 1983
(16) Eckpunkte dieser Entwicklung sind: 1975 veröffentlichte die trilaterale Kommission einen Bericht zur Regierbarkeit westlicher Demokratien, in der sie Ratschläge für diktatorische Maßnahmen gibt. 1979 veröffentlichten Hennis, Kielmannsegg und Matz im Auftrag der Thyssen-Stiftung: Regierbarkeit, Studien zu ihrer Problematisierung.
(17) Zur FDGO als „Überverfassung" z.B.: U. Preuß, Legalität und Pluralismus, Beiträge zum Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1973. In der Dezember-Ausgabe von „Konkret" untersucht H.L. Gremliza im Konkret-Report die rechtsstaatliche Aushebelung der Legalität durch die Legitimität der FDGO.
Umfassend entwickelt ist die FDGO im KPD-Verbotsurteil.
Zur Frage: stehen die GRÜNEN auf der FDGO: R. Stober, Grüne und Grundgesetz, Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 9, September 1983
(18) Vorwort zu: Frieden im Lande, vom Recht auf Widerstand, Hrsg. Basilius Streithofen
(19) Carl Schmitt, Legalität und Legitimität, in: Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924–1954, Materialien zu einer Verfassungslehre, Berlin 1958